

Gorleben: Den Widerstand organisieren!

S. 9

Arbeiterkampf

Jg. 8 Nr. 147 5.2.79

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

China will Bündnis mit dem US-Imperialismus

Der Besuch Deng Hsiao-pings hat die Bestrebungen der chinesischen Führung noch um einiges deutlicher gemacht, auch die USA in ein Kriegsbündnis gegen die Sowjetunion und gegen die mit dieser verbündeten Staaten und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt einzubeziehen. Nicht zufällig wählte Deng die USA auch als Standort, um die bisher unverschämteste Kriegsdrohung gegen Vietnam auszusprechen.

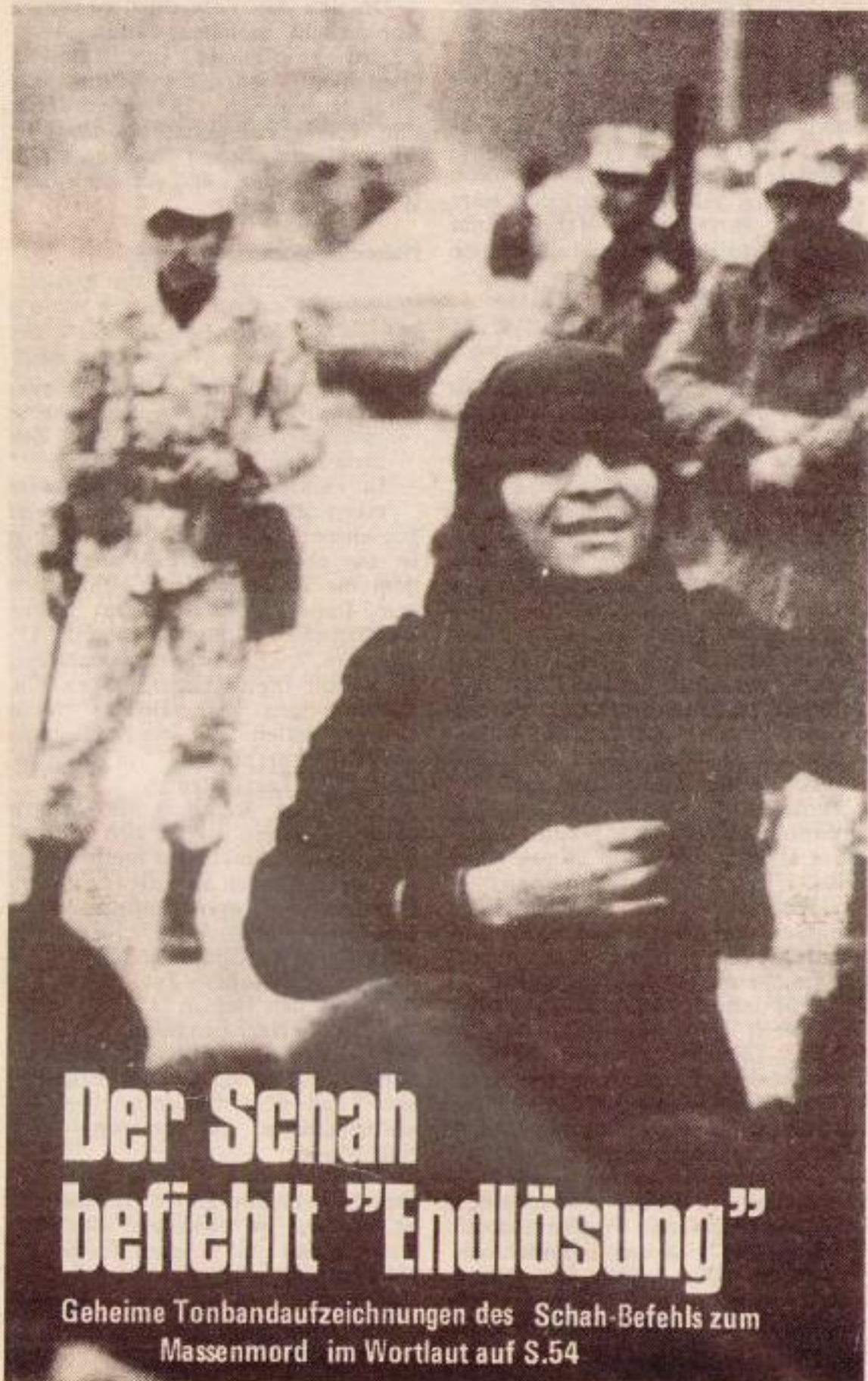
Die chinesische Führung hat nun auch in Worten – in Taten hatte sie es schon seit längerem – endgültig den Worten – in Taten hatte sie es schon seit längerem – endgültig Schluß gemacht mit ihrer Polemik gegen die beiden „Supermächte“, Sowjetunion und USA. Übrig geblieben ist ein Bündnis-Angebot an den Imperialismus.

Was konkret während des Besuchs von Deng in den USA besprochen wurde, ist aus den offiziellen Verlautbarungen kaum herauszulesen. Man mag annehmen, daß Deng und Carter beim Austausch freundschaftlich-unverbindlicher Erklärungen blieben, oder man mag über folgeschwere Geheimabreden spe-



Fortsetzung Seite 3

Iran vor dem Bürgerkrieg?



Der Schah befiehlt "Endlösung"

Geheime Tonbandaufzeichnungen des Schah-Befehls zum Massenmord im Wortlaut auf S. 54

Die iranischen Militärs haben keine... Zweifel daran gelassen: stürzt die vom Schah eingesetzte „Zivil“-Regierung Bakhtiar, so ist spätestens dies der Anlaß für einen Militärputsch. Der wichtigste Führer der Opposition, Ayatollah Khomeiny, hat es bisher nicht auf eine Machtprobe ankommen lassen. In dem Augenblick, in dem Khomeiny die Zusammensetzung des islamischen Revolutionsrates und die Bildung einer Regierung bekannt gibt, wäre diese Machtprobe da. Die Einsetzung eines Revolutionsrates wäre der Aufruf zum Sturz der Regierung Bakhtiar.

Dies ist der Grund, warum sowohl Bakhtiar als auch Khomeiny derzeit auf Zeitgewinn arbeiten. Bakhtiar hat die Einreise Khomeinys zunächst durch die militärische Besetzung des Teheraner Flughafens hinausgeschoben. Aber auch Khomeiny ist nicht unmittelbar nach Abreise des Schahs in den Iran zurückgekehrt. Die seit Wochen angekündigte Bildung eines islamischen Revolutionsrates wird immer wieder hinausgeschoben.

Khomeiny hat inzwischen zu erkennen gegeben, daß auch er zu Kompromissen bereit ist, und er hat auf seiner ersten Pressekonferenz in Teheran zugegeben, daß er Kontakte zu den Militärs unterhält (Tageschau, ARD, 3.2., 20 Uhr 15). Gespräche werden aber auch mit der – von ihm immer wieder als „illegal“ angegriffenen Regierung Bakhtiar und den USA geführt. Wie weit die von Khomeiny gezeigte Kompromissbereitschaft gehen wird und ob sie auf eigene politische Interessen und Absichten zurückzuführen oder Folge des Drucks ist, der sowohl vom iranischen Regime und vom US-Imperialismus als auch von rechten bürgerlichen und religiösen Oppositionellen ausgeht, wird, ist schwer zu beurteilen. Sicher ist, daß mit der Bildung eines islamischen Revolutionsrates und einer Regierung die bewaffnete Konfrontation zwischen der Bevölkerung und dem iranischen und ausländischen Militär da wäre.

Fortsetzung Seite 2

Betrug bei der Stahl-Urabstimmung?

Nach der Urabstimmung der Stahlarbeiter, mit der der sechswöchige Streik beendet wurde, äußerte sich das für die Tarifpolitik verantwortliche IG Metall-Vorstandsmitglied Hans Janßen gegenüber dem „Handelsblatt“ zufrieden: „Ich freue mich darüber, daß die Mehrzahl der abstimmenden Kollegen dem Ergebnis zugestimmt hat.“ („HB“, 12.1.79).

Inzwischen sind ernstzunehmende Zweifel aufgekommen, ob die von der IG Metall veröffentlichten Zahlen korrekt sind. Bereits kurz nach der Urabstimmung wurde der Verdacht

geäußert, daß die IGM-Führung Stimmenthaltungen als JA-Stimmen ausgezählt hat. Der „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten“ (Nr. 266 vom 27.1.) veröffentlichte jetzt einen Vergleich des „offiziellen“ Gesamtergebnisses mit einer Reihe von Teilergebnissen, der den Verdacht der Manipulation sehr nahelegt. Der Leiter der Abteilung Organisation beim IGM-Vorstand in Frankfurt, Breiting, hat zu den Vorwürfen bisher geschwiegen.

Fortsetzung Seite 2

Nazi-Terroristen aufgefliegen

Es bleibt dabei: Schonbehandlung für bewaffnete Nazis

Am 29.1. und 1.2. fand die Polizei bei Hausdurchsuchungen im Raum Ostwestfalen eine große Zahl von Schusswaffen, Sprengstoff sowie Nazi-Literatur und Nazi-Utensilien, samt Uniform und Gasmasken.

Da all dies miteinander verbundenen Nazi-„Kampfgruppen“ gehörte, war eine entsprechend bescheidene Behandlung in den Medien garantiert. Man muß schon die Lokalpresse lesen, um überhaupt Informationen über diese „Kampfgruppen“ zu bekommen. Selbst die liberale Presse begnügte sich mit Kleinstmeldungen.

Zu den gängigen offiziellen Verschleiern solcher Nazi-Banden gehört auch die Tatsache, daß weder der Name des inhaftierten „Rädelführers“ noch die Namen der vorübergehend festgenommenen Bandenmitglieder bekanntgegeben werden. Typisch ist auch, daß die „Neue Westfälische“, die (immerhin als einzige Zeitung überhaupt!) am 1.2. zwei Fotos von Bandenmitgliedern veröffentlichte (uniformiert und mit Maschinenpistole im Arm!), die Gesichter der Nazis durch große weiße Flächen völlig unkenntlich machte. So rücksichtsvoll ist man natürlich nur, wenn es um Nazi-Terroristen geht. Eine „Mithilfe“ der Bevölkerung, von der Polizei und Presse gegen Linke Terroristen stets lautstark gefordert, soll von vornherein unmöglich gemacht werden, wenn es um Nazis geht. Zur Polizei-Routine gegenüber Nazis gehört auch, daß von

wohl insgesamt 12 Festgenommenen überhaupt nur einer in U-Haft genommen wurde, während man die übrigen gleich laufen ließ!

Die erste Polizeiaktion gegen die Nazi-„Kampfgruppen“ fand am Montag, dem 29.1. statt. Durchsucht wurden Wohnungen in Albaxen und Stahle (Kreis Höxter), in Bad Karlshafen (Nordhessen) sowie in Bevern und Holzwinden (Niedersachsen). Die Ausbeute war stattlich: 8 Kilo Sprengstoff; vier Maschinenpistolen; ein automatisches Gewehr G-3; „mehrere“ Pistolen und Gewehre; dazu Uniformen, Stahlhelme, Gasmasken, allerlei Nazi-Plunder sowie Akten-Material der „Kampfgruppen“. Mindestens sieben der Nazis wurden festgenommen (die lokale Presse spricht auch von neun oder zehn Festnahmen), aber nur einer davon, ein 26-27-jähriger aus Bad Karlshafen, wurde in U-Haft genommen.

Die zweite Polizei-Aktion fand am Donnerstag, dem 1.2. statt. Es gab fünf Hausdurchsuchungen in Höxter, Lügde, Bödexen und Polle. Ausbeute: eine Maschinenpistole und weitere Schusswaffen. Fünf Festnahmen, offenbar aber auch nur vorübergehend.

Die Bande, die jetzt teilweise unter dem Namen „Kampfgruppe Ostwestfalen“ in den Medien firmiert, war offenbar in mehrere „Kampfgruppen“ untergliedert, die jeweils fünf bis sechs Mitglieder

Fortsetzung Seite 2

Seveso in Hessen

Weil es dem Darmstädter Chemiekonzern Merck zu teuer war, über 120.000 Tonnen Giftmüll in Fässer abzufüllen und in eine Giftmülldeponie zu schaffen, hat die BRD einen „neuen“ Umweltskandal. Tatsächlich haben die Kapitalisten und die Behörden jahrzehntelang in krimineller

Weise einen Zustand herbeigeführt bzw. geduldet, der nur mit einer gefährlichen Umweltvergiftung enden konnte, wie sie jetzt offensichtlich ist: Seit mindestens 2 Jahren ist die Milch von 54 Erzeugerbetrieben aus der Umgebung verseucht – erst

jetzt wird diese Milch aus dem Verkehr gezogen! Nach der Einlagerung hochgiftiger Substanzen aus den USA in der Müll-Deponie Herfa in Nordhessen ist dies bereits der zweite „dicke“ Umweltskandal der Börner-Regierung. Dabei muß man daran erinnern, daß die SPD im zurückliegenden Landtagswahlkampf die Stirn gehabt hatte, Hessen als „grünes Musterland“ anzupreisen und sich selbst als „größte Bürgerinitiative“ in Sachen Umweltschutz (Zitat Holger Börner) zu verkaufen!

Fortsetzung Seite 3

Betrug bei der Stahl-Urabstimmung?

Fortsetzung von Seite 1

Im einzelnen sieht die „ID“-Rechnung wie folgt aus: Die Teilergebnisse von Stadt Duisburg, Stadt Dortmund, Krupp Geiswald und Mannesmann-Holzhausen, Siegen-Niederschelden, Klöckner Bremen, Klöckner und Georgsmarienhütte Osnabrück ergeben eine Summe von 83 705 Stimmberechtigten, also gut die Hälfte der von der IGM angegebenen 154 065 stimmberechtigten Stahlarbeiter. Die IGM gibt an, daß insgesamt 14 051 Kolgen nicht von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht hätten (= 9,12% der Stimmberechtigten). In dem vom „ID“ herangezogenen Teilergebnis findet sich aber schon die Zahl von 12 784 Stimmenthaltungen (= 15,27%). Für die vom Teilergebnis nicht erfaßten 70 360 stimmberechtigten Stahlarbeiter verbleiben also ganze 1 267 Stimmenthaltungen — eine Beteiligung an der Urabstimmung von 98,2 Prozent, während es im erfaßten Gebiet nur 84,7 Prozent waren. Oder anders ausgedrückt: in dem vom „ID“ erfaßten Teilbereich haben nach dieser Rechnung mehr als zehnmal so viel Kollegen nicht an der Abstimmung teilgenommen wie in dem nicht erfaßten Gebiet ... Der „ID“ rechnet weiter: „Bekanntgeworden sind auch die Teilergebnisse der Stadt Hagen, der Thyssenhütte Oberhausen, der Thyssen-Edelstahlwerke Krefeld. Von diesen drei Städten kennen wir noch nicht die genaue Zahl der Stimmberechtigten. Bei den Thyssen Edelstahlwerken in Krefeld gab es angeblich eine Wahlbeteiligung von 89%, nehmen wir bei Hagen und Oberhausen nur 10% Enthaltungen an (vorsichtig geschätzt), so kommen wir zu einer Summe von 14 206 Enthaltungen bei 97 398 Stimmberechtigten. Die IG Metall jedoch gibt nur 14 051 Enthaltungen für den gesamten Stahl-Wahlbereich an. Somit hätten die übrigen 56 667 Wahlberechtigten 36 822 Stimmen abgegeben! Der Stahl-Wahlbereich an. Somit hätten die übrigen 56 667 Wahlberechtigten 56 822 Stimmen abgegeben! Das entspräche einer Wahlbeteiligung von 100,3%. Traumhaft!“

Nach „ID“-Rechnung müßten in den jetzt noch verbleibenden Gebieten, um die „offiziellen“ IGM-Zahlen zu erreichen, von den 56 596 übrigen Stahlarbeitern 64,3% mit Ja (= Annahme des Ergebnisses) gestimmt haben und nur 35,7% mit Nein (= Ablehnung) — vorausgesetzt, es hat sich niemand enthalten. Doch auch aus diesen Betrieben liegen einzelne Grob-Ergebnisse vor, die bei 50 Prozent Nein-Stimmen liegen.

Nach Auskunft des „ID“ stammen die herangezogenen Einzelergebnisse zum großen Teil von den IG Metall-Verwaltungsstellen. Dazu „Kollege“ Breiting von der IGM-Vorstandsverwaltung: „Die sind wertlos, das sind keine offiziellen Resultate.“ Wenn die IGM-Führung eine reine Weste hätte, wäre es ihr ein Leichtes, den schwerwiegenden Verdacht der Wahlmanipulation zu entkräften — sie brauchte nur die Einzelergebnisse zu veröffentlichen. Dazu Breiting: „Aber die geben wir nicht der Presse.“

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate setzt sich die IGM-Führung dem schweren Verdacht der Wahlfälschung aus. Noch frisch in Erinnerung ist die Manipulation bei den Daimler-Benz-Betriebsratswahlen in Stuttgart. Dort wurden ca. 1500 gefälschte Stimmzettel zugunsten der IG Metall-Liste in den Wahlurnen gefunden. Die Wahl mußte vom Arbeitsgericht für ungültig erklärt und wiederholt werden. Die IGM-Liste steckte schwere Verluste gegen die linke Hoss/Mühlisen-Liste ein. Angesichts des starken Protests in den Stahlhütten gegen den miserablen Tarifabschluß und gegen die dafür verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre taten die IGM-Führer gut daran, schleunigst den schweren Verdacht einer erneuten Wahlmanipulation zu entkräften — sofern sie es können.

Vorerst macht die IGM Führung noch in Sicherheit. Loderer und Jansen brüsten sich mit der Mehrheit für den Tarifbeschluß. Noch hat keine der großen Zeitungen die vom „ID“ vorgelegten Fakten aufgegriffen. Die linke Presse hat beim jetzigen Stand der Dinge die Verantwortung dafür, daß diese Nachricht nicht „unterbleibt“. Schaffen wir die Öffentlichkeit, um die IGM-Führer zu zwingen, die Karten aufzudecken!

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Fortsetzung von Seite 1

Zur Situation im Iran

Mit der militärischen Besetzung des Teheraner Flughafens und der verhinderten Einreise Khomeinys wurde von der Regierung Bakhtiar eine blutige Auseinandersetzung provoziert. In der Nacht vor der erwarteten Ankunft Khomeinys ordnete die Regierung die unbedingte Durchsetzung des Demonstrationsverbotes durch das Militär an. Ausdrücklich erteilte die Regierung Schießbefehl („FR“, 27.1.79).

Die Folge waren mindestens weitere 1.000 Tote in Teheran und tagelang dauernde blutige Auseinandersetzungen. Erstmals machten auch Demonstranten von Schußwaffen Gebrauch und töteten mehrere Soldaten.

Da die Menschen trotz Demonstrationsverbotes und vieler Toter sich nicht davon abbringen ließen, für die Rückkehr Khomeinys zu demonstrieren, stimmte die Regierung Bakhtiar am Dienstag schließlich einer Rückkehr Khomeinys zu.

Khomeiny wurde mit unbeschreiblichem Jubel von der iranischen Bevölkerung empfangen. Viele Millionen Menschen waren auf den Beinen. Aber wird er die Erwartungen der Menschen erfüllen?

Der mehr als ein Jahr dauernde aktuelle Kampf gegen das Schah-Regime hat enorme Veränderungen im politischen Bewußtsein und alltäglichen Leben der iranischen Menschen gebracht, die auch den Spielraum Khomeinys für Kompromisse eingenommen. In vielen Städten Irans wird die öffentliche Ordnung nicht mehr akzeptiert. Anordnungen der Verwaltung werden einfach ignoriert. Vielerorts haben sich Volksräte gebildet. Sie organisieren u.a. die Verteilung des Öls und der Nahrungsmittel. In den Versorgungskomitees, die von allen Linken unterstützt werden, arbeiten alle oppositionellen Gruppen zusammen. Politische Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppierungen finden im allgemeinen an der Universität statt.

In den Fabriken, die alle bestreikt werden, finden regelmäßig politische Versammlungen statt, die von den neugebildeten Fabrikräten organisiert werden. Einmal in der Woche werden Vollversammlungen mehrerer Fabriken veranstaltet. Obwohl es im Iran keinerlei kulturelle Veranstaltungen mehr gibt, herrscht keine Langeweile. Viele Familien sind wegen des Ölmanagements zusammengezogen. Eifrig werden politische Diskussionen geführt.

Die im Streik stehenden Steuer- und Zollbeamten haben aus ihren Kassen Gelder für Propagandakampagnen der Opposition abgezweigt. Der Streikfond der Zeitungsangestellten ist inzwischen auf 500.000 DM angewachsen. Beeindruckend ist das Kommunikationssystem der Opposition. Nachrichten werden sehr schnell im ganzen Land verbreitet. So sah sich beispielsweise die Regierung genötigt, Übergriffe der SAVAK in einem Ort schon sechs Stunden später im Fernsehen zu dokumentieren, da sich die Nachricht im

Nazi-Terroristen aufgefliegen

Fortsetzung von Seite 1

hatten. Insgesamt wird von 15 Mitgliedern der Bande gesprochen. Tatsächlich sprechen einige Umstände dafür, den Umkreis der Bande sogar noch größer anzunehmen.

Die Bande hatte u.a. einen regelmäßigen Treff in einer Gaststätte in Holzminde (Weserbergland), Fürstenbergerstraße, wo halböffentlich fröhliche Anlässe wie „Führers Geburtstag“ begossen wurden — ohne daß dies anscheinend besonderen Anstoß erregte. Die Polizei äußerte sich zunächst „verwundert“, daß die Existenz der Bande „völlig unbekannt“ geblieben sei, obwohl doch in den betreffenden Dörfern jeder jeden kennt. Inzwischen weiß man: Die Nazi-Banden hatten in nahegelegenen Waldgebieten „Unterstände“, „Schützengräben“, Schießstände usw. angelegt, wo sie regelmäßig „Übungen“ veranstaltete. Und, wie die lippische Landeszeitung (2.2.) schreibt: „Inzwischen steht auch fest, daß zumindest ein Teil der Bewohner in den Orten Albxen und Stahle ... Kenntnis von der Existenz dieser Neonazi-Gruppe hatte, dies aber als „Kinderunfug“ und „Soldatenspielerlei“ abtat.“ Kein Wunder, daß so gedacht wird, wenn auch das „Westfalenblatt“ am 1.2. munter über die aufgefliegene Bande schrieb: „Es ist schwer, hier von zielstrebigem Neonazis zu sprechen, eher von jungen Wirtköpfen, denen der Sinn für

ganzen Lande ausgebreitet hatte.

Die Krankenhäuser sind ein Zentrum der politischen Diskussionen und des Informationsaustausches. Dies ist der Grund, weshalb Militär und SAVAK so scharf gegen Krankenhäuser und Ärzte vorgehen. Zum Teil wurden Ärzte bis zehn Tage alte Säuglinge ermordet.

Die in vielen Orten schon vollständige Selbstverwaltung der Bevölkerung sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß Polizei, Militär und SAVAK in ihren Grundstrukturen vollständig intakt sind. Erst kürzlich wurde die Polizei vollständig neu mit Schilde, Stöcken und Wasserwerfern ausgerüstet (Informationen aus den Beiträgen der CISNU und des Journalisten U. Tilgner auf der Westberliner Iran-Veranstaltung vom 2.2.79).

Meldungen über Streiks und Demonstrationen beim Militär, von der Teilnahme einzelner Einheiten an Demonstrationen, von bewaffneten Auseinandersetzungen unter Militärangehörigen häufen sich. Besonders betroffen von Protesten scheint die Luftwaffe zu sein. So mußte der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Abbas Gharabaghi, zugeben, daß sich verschiedene Protestbewegungen in der Luftwaffe entwickeln und daß „unglücklicherweise auf Grund schlechter Propaganda gewisse Elemente der Luftwaffe an Demonstrationen teilnehmen. Sie werden nach dem Kriegsrecht verfolgt werden“ („Le Monde“, 30.1.79).

Diese Erscheinungen bedeuten aber noch keine Zersetzung der Armee. Von den rund 400.000 Armeemännern sind 160.000 Berufssoldaten, die hoch bezahlt werden. 50.000 gehören der besonders ausgebildeten „kaiserlichen Garde“ an. Hinzu kommen 40.000 amerikanische Militär-„Berater“ und etwa die gleiche Anzahl „zivilen“ Berater. Der stellvertretende Oberkommandierende der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Robert Huyser, hält sich seit einiger Zeit in Teheran auf („Welt“, 13.1.79).

Planen die USA eine Intervention?

Auf seiner ersten Pressekonferenz im neuen Jahr erklärte der amerikanische Präsident Carter zu Iran:

„Wir haben weder die Absicht noch die Fähigkeit oder den Wunsch, in die inneren Angelegenheiten von Iran einzugreifen, und wir haben bestimmt nicht die Absicht, andere Länder in die inneren Angelegenheiten Irans eingreifen zu lassen ... Selbst wenn wir die Ereignisse hätten voraussehen können, die sich in Iran abspielten, oder in anderen Ländern, wäre unsere Fähigkeit, diese Ereignisse zu bestimmen, sehr beschränkt ... Wir haben gewiß keinen Wunsch und auch nicht die Fähigkeit, massive Kräfte nach Iran hineinzuschicken oder in irgendein anderes Land, um den Ausgang von innenpolitischen Konflikten zu entscheiden. Wir haben nicht die Absicht, so etwas jemals in anderen Ländern zu tun. Wir haben es in Vietnam „ersucht, und es gelang gut“

eine funktionierende Demokratie fehlt.“

Die ostwestfälische Bande hätte wahrscheinlich noch lange Schießübungen und halböffentlichen Hitler-Kult veranstalten können, wenn sie nicht durch zwei Einbrüche bei der Polizei dumm aufgefallen wäre:

+ Am 20. August 1978 waren Banden-Mitglieder in ein Krankenhaus eingebrochen und hatten dort Handfunkengeräte und eine Funkanlage mitgenommen.

+ Außerdem waren Banden-Mitglieder in das Schützenhaus in Albxen eingebrochen und hatten zwei Kleinkaliber-Gewehre geklaut.

Die Polizei gibt, wie in solchen Fällen üblich, erst einmal sehr starke Töne von sich: „Diese kriminelle Vereinigung ist sehr ernst zu nehmen, man darf sie keinesfalls bagatellisieren“ (Bielefelder Polizeipräsident Funk); es handele sich bei den bisherigen Entdeckungen nur um „die Spitze des Eisbergs“, es werde weiter ermittelt (Oberstaatsanwalt Weichert, Dortmund). Äußerungen wie diese sind als Routine anzusehen, gleichzeitig wird schon an der Verwicklung der Spuren gearbeitet: „Fragen nach Kontakten zu anderen neonazistischen Organisationen in Ostwestfalen wehrte Weichert (Oberstaatsanwalt) allerdings mit dem Hinweis auf weitere Ermittlungen ab: „Wir sind immer noch beim Zugreifen“ (Neue

„Neue Zürcher Zeitung“, 20.1.79).

Diesen frommen Carter-Versprechen steht entgegen, daß die USA schon begonnen haben, Truppen in dieser Region zu massieren (vgl. dazu Artikel in dieser Ausgabe). Wesentlicher allerdings ist, daß die iranische Armee vollständig zur Verfügung des US-Imperialismus steht.

Dafür garantieren die 40.000 amerikanischen Militärberater, die die iranische Armee fest im Griff haben. Genau genommen hat der US-Imperialismus schon vor Jahren militärisch im Iran interveniert, sitzt dort fest im Sattel und bereitet derzeit eine Verstärkung seiner Interventionstruppen vor.

Was die USA im übrigen alles als Einmischung an derer Länder in „innere Angelegenheiten“ ansehen, hat Kissinger in einem Interview mit der „Time“ deutlich gemacht. „Die Streiks in Persien sind mit Sicherheit das Resultat weltweiter sowjetischer Unterstützung radikaler Bewegungen, die nun auch den Iran erreicht haben ... Wenn die Sowjetunion nicht einzieht, daß Entspannung internationale Zurückhaltung bedeutet, dann müssen wir dem Expansionsdrang entgegenzutreten, wo immer und wie indirekt er sich auch zeigt.“ (Zit. nach „Bunte Illustrierte“, 18.1.79).

Selbst der Kommentator der „NZZ“ warnt im Anschluß an die Carter-Außerung vor einer „allzu extensiven Interpretation des Vietnamdebakels“, die schließlich die amerikanische Außenpolitik lähmen würde. Eine indirekte Aufforderung zur amerikanischen Intervention! Putsch in die Militärs im Iran, so handeln sie auf Befehl der USA. „Experten“ im Pentagon haben schon die Aufstellung einer Sonderstreitmacht für den Persischen Golf angeregt. Dies wies der amerikanische Kriegsminister Brown mit der Begründung zurück, daß eine solche Einheit jederzeit aus bestehenden Truppen zusammengestellt werden könne („FR“, 27.1.79). In der Tat.

Kommt es zu einem Kompromiß?

Kommt es zu einem Kompromiß?

Nicht nur wegen der offenen Drohung der iranischen Militärs zu putzen, zeigen sich die Führer der Nationalfront und die „gemäßigten“ religiösen Führer wieder kompromissbereit. Die besonders durch die Streiks gewachsene Eigenständigkeit großer Teile der nach wie vor religiös stark beeinflussten oppositionellen Bewegung, drängt sie in Richtung Arrangement mit den Militärs und dem US-Imperialismus, wenn sie nicht riskieren wollen, daß das in Bewegung befindliche Volk über die von ihnen gesteckten Ziele hinausgeht. Die Führer der Nationalfront wollen die Herrschaft der nationalen Bourgeoisie, die Forderungen der Bevölkerung — und auch die von ihr geschaffenen Tatsachen — sind ihnen schon viel zu weitgehend. Eigentlich wäre Bakhtiar durchaus ihr Mann — und die konstitutionelle Monarchie hatte

die Nationalfront ja auch ursprünglich gefordert, diese Forderung dann aber unter dem Druck der Massen aufzugeben. Erst kürzlich äußerte Bakhtiar: „Streiks und Aufruhr haben in Persien jetzt schon mehr gekostet als Korruption und Verschwendung in den letzten 25 Jahren“ („Welt“, 23.1.). Ein wahrer Vertreter seiner Klasse! Menschenleben? Hauptsache die Kasse stimmt.

Und verschiedene Führer der Nationalen Front haben immer wieder deutlich gemacht, daß ihnen an der Rückkehr Khomeinys gar nichts gelegen sei. So bedauerte ein Vertreter der Nationalen Front in einem Gespräch, daß die Rückkehr Khomeinys leider unausweichlich sei, er jedoch noch von der Idee eines islamischen Revolutionsrates abweichen könne. Auf diesem Wege könne die Regierung allmählich ausgetrocknet und ein „geordneter Übergang“ gewährleistet werden. „Wir brauchen die Armee. Wenn wir die Armee nicht auf unserer Seite haben, ist dies ein großes Problem. Wenn Khomeiny nicht die Notwendigkeit sieht, daß die Armee zumindest neutral ist, hoffe ich, daß er nicht nach Teheran zurückkommt“ („SZ“, 23.2.).

Auch der sich in letzter Zeit radikal zeigende Ayatollah Schariat Madari äußerte sich in die gleiche Richtung: „Falls wir einen Revolutionsrat haben, sollten wir an einen Weg denken, eine rechtmäßige Regierung zu schaffen, die nicht nur vom Volk, sondern auch von der Armee und anderen Ländern anerkannt werde. Ich will eine auf dem Gesetz beruhende Regierung“ („SZ“, 23.1.79). Außerdem werden bei Vertretern der Nationalfront „Vorbehalte“ gegen die zu „linken“ Berater Khomeinys laut. Namentlich erwähnt werden dabei Banisadr, Yazdi und Sadek Ghotzadeh. Gerade Ghotzadeh hatte bei der Ankunft in Teheran geäußert, daß im ganzen Land Waffen an die Anhänger Khomeinys verteilt würden („NZZ“, 1.2.79).

Vor der Ankunft Khomeinys forderten schiitische Geistliche die Bevölkerung in der Zeitung „Kayan“ auf, eine „48stündige Ruhepause einzulegen“, da Bakhtiar nach Paris reisen wolle und dies zeige, daß die islamische und nationale Bewegung Imam Khomeinys Führung anerkenne („FR“, 29.1.79).

Die sogenannten „gemäßigten“ Führer scheinen jetzt auf eine Volksabstimmung orientieren zu wollen — ohne die Regierung Bakhtiar zu stürzen. Das jedenfalls ist der Vorschlag Sandjabis, der gleiche Standpunkte in dieser Frage bei Bakhtiar und Khomeiny entdeckt haben will. Bakhtiar habe nämlich geäußert, daß das Volk als Souverän selbstverständlich das Recht habe, die Verfassung zu ändern, und auch Khomeiny wolle eine Volksabstimmung über die zukünftige Staatsform.

Ob sich das Volk einen so faulen Kompromiß gefallen lassen wird, scheint zweifelhaft. Das iranische „Parlament“ jedenfalls scheint sich schon aufzulösen. 23 Abgeordnete sind bisher zurückgetreten und 40 Abgeordnete haben nach „Morddrohungen“ das Land verlassen oder sind untergetaucht.

Nahost-Kommission

warf. Außerdem bietet Obermeyer Nazi-„Raritäten“ für Sammler in einschlägigen rechtsradikalen Zeitungen feil.

+ In Höxter gibt es seit längerem einen „Bund Deutscher Nationaler Sozialisten“. Gründer dieser Gruppe ist ein ehemaliger NPD-Funktionär, dem die NPD „zu lasch“ geworden war. Dieser Mann soll, laut „Neue Westfälische“, Kontakte zu „NSPAP-Gruppen, speziell zu dem Hamburger Nazi Wolf Dieter Eckard haben. Die Verbindungen der Höxter Nazi-Gruppe sollen zu ostwestfälischen „NSPAD-Stützpunkten“ in Minden, Rheda und Lemgo laufen.

In dieser Richtung die Augen offen zu halten, dürfte sich lohnen. Öffentlicher Druck und breite Information (z.B. auch über die regionalen Alternativ-Zeitungen) müssen dafür sorgen, der Polizei und Justiz das Verwischen der Spuren so schwer wie möglich zu machen. Zu fordern ist: Raus mit den Namen aller festgestellten Nazi-Banden! Offenlegung aller festgestellten Querverbindungen! Offenlegung aller Erkenntnisse aus dem umfangreichen beschlagnahmten Aktenmaterial der Nazi-Bande!

Zum Schluß: Ein besonders herzliches Dankeschön an die Genoss/innen, die uns in Windeseile alle Ausschnitte aus der lokalen Presse zugesandt haben. Ein Beispiel, das unbedingt auch in anderen Regionen Schule machen sollte!



China will Bündnis mit dem US-Imperialismus

Dieser Händedruck wird die Völker der Welt noch teuer zu stehen kommen.

Fortsetzung von Seite 1

kulieren, beispielsweise hinsichtlich eines chinesischen Abenteuers in Indochina. Von dem wurde, wie bisher bekannt wurde, scheint das interessanteste Dengs Interview in der „Time“ (5.2.79) zu sein. Deng gab dabei u.a. folgende Äußerungen von sich:

+ „Er halte den Brief für gut, in dem 170 pensionierte US-Generäle und -Admirale vor der militärischen Überlegenheit der Sowjetunion warnen und für eine verstärkte Aufrüstung der USA plädieren.“

+ „Südjemen sei von der Sowjetunion übernommen worden; in Äthiopien habe sie 1978 an Einfluß gewonnen; „Gehen wir weiter nach Osten, dann ist da Afghanistan, und jetzt ist da der Iran, wo die Unruhen kein Ende zu nehmen scheinen...“

+ „Wir meinen, daß der eigentliche Kriegsbrandstifter die Sowjetunion ist, nicht die USA.“ – „Derzeit haben die USA keinen Grund und keine Notwendigkeit, einen Krieg zu führen.“

+ „Nach der Herstellung von Beziehungen zwischen China, Japan und den USA müssen wir unsere Beziehungen entwickeln und vertiefen. Wenn wir wirklich den Polarbären (die Sowjetunion) bändigen wollen, gibt es nur eine realistische Sache für uns: wir müssen uns zusammenschließen.“

(„the only realistic thing for us is to unite“). Wenn wir uns nur auf die Stärke der USA verlassen, dann reicht das nicht aus. Wenn wir uns nur auf die Stärke Europas verlassen, reicht das nicht aus. Wir sind ein unbedeutendes, armes Land, aber wenn wir uns richtig zusammenschließen, dann kriegt das Gewicht.“

Was soll man daran noch mißverstehen?! Dengs westdeutscher Fan-Club, die „KPD“, hat darauf verwiesen, daß Deng doch in einem früheren Interview („Peking Rundschau“, 2/79) erklärt hatte, China wüßte „keine Allianz“ mit den USA und Japan („Rote Fahne“, 1.2.). Das ist, betrachtet man's formal, wohl wahr; Deng spricht von „Zusammenschluß“, nicht aber von einem formalisierten, vertraglich fixierten Bündnis. Diesen feinen Unterschied macht Deng offenbar, weil er richtig kalkuliert, daß derzeit die USA oder Japan (oder auch Westeuropa) zu einem vertraglich fixierten Bündnis

garnicht bereit wären, so daß er nur seine Partner verschrecken würde, wenn er jetzt schon von einer „Allianz“ sprechen würde. Gerade der US-Imperialismus spekuliert z.Zt. immer noch darauf, mit mehreren „Karten“ zu spielen. Eine dieser „Karten“ ist immer noch das Bekenntnis zur „Entspannungspolitik“ gegenüber der Sowjetunion. Die Imperialisten würden diese „Karte“ aus der Hand geben, wenn sie jetzt schon, aus ihrer Sicht vorschnell, eine formalisierte Allianz mit China bilden würden.

Millionen-Geschenke für Chinas Bourgeoisie

Kurz vor Deng's Eintreffen in den USA wurde in China eine weitere volksfeindliche Maßnahme bekanntgegeben: Chinas „nationaler Bourgeoisie“, d.h. den früheren Kapitalisten, werden alle während der Kulturrevolution beschlagnahmten Bankkonten, Gold- und sonstigen Wertgegenstände, Häuser und Grundbesitz etc. pp. zurückerstattet. Für die Zeit, wo sie darüber nicht verfügen konnten, werden sie Zinsen und „Entschädigungen“ erhalten. Die „Rückerstattung“ soll ohne Rücksicht auf die Höhe der Summen sofort erfolgen. Außerdem sollen die „Gehälter“ und Renten alter Kapitalisten, die während der Kulturrevolution auf ein vernünftiges Maß zusammengestrichen wurden, nun wieder angehoben werden. Für die Zeit seit der Kulturrevolution soll den Kapitalisten das gestrichene Geld voll „nachbezahlt“ werden.

Diese Maßnahme bedeutet nicht nur, daß auf Kosten der Arbeiter und Bauern Chinas Millionen- und Milliardenbeträge den alten Kapitalisten und Direktoren in den Rachen geworfen werden. Sie bedeutet auch, und das ist in der Auswirkung weit schwerwiegender, daß Chinas „nationale Bourgeoisie“ auf einen Schlag über riesige Geldsummen verfügt. Diese riesigen finanziellen Mittel machen die „nationale Bourgeoisie“ gemeinsam mit den Spitzen des Partei- und Staatsapparates, zum privilegierten Nutznießer der neuen Luxusgüter (Farbfernseher, Pariser Mode, Reisen, üppige Ferienwohnungen etc. pp.), aber nicht nur das: Es wird Kapital geschaffen, das nach

Verwertung und Mehrwert drängt. Es wäre gegen alle Gesetze der Ökonomie und Politik, wenn sich dieses Kapital nicht auch alsbald einen „freien Markt“ schafft, auf dem es „angelegt“ werden kann.

Man muß diese folgenschwere Maßnahme vor dem Hintergrund der Tagung des ZK der KP Chinas (18.-22.12.78) sehen: Dort wurde „auf Vorschlag“ Hua Guo-fengs beschlossen, die Kampagne gegen die „Viererbande“ zu beenden und „den Arbeitsschwerpunkt der ganzen Partei und die Aufmerksamkeit des ganzen Volkes auf die sozialistische Modernisierung zu verlegen“. Diese „allgemeine Aufgabe für die neue Etappe“ – und nicht mehr der Klassenkampf, so ist zu ergänzen! – müsse fortan der „Arbeitsschwerpunkt“ sein. „Heute gibt es in unserem Land noch eine winzige Zahl von Konterrevolutionären und Verbrechern, die der sozialistischen Modernisierung in unserem Land feindlich gesinnt sind und sie zu stören suchen. Wir dürfen unseren Klassenkampf gegen sie keineswegs vernachlässigen, ebenso wenig dürfen wir die Diktatur des Proletariats schwächen. Aber es ist genauso, wie Genosse Mao Tsetung gesagt hat (nanu?! – Anm. AK): Der umfassende, stürmische Klassenkampf der Massen ist im wesentlichen beendet“. Nunmehr dürfe, abgesehen von den erwähnten paar „Konterrevolutionären und Verbrechern“, nur noch „Stabilität und Einheit“ herrschen.

Offensichtlich ist die Parallele zur Sowjetunion, wo Mitte der 30er Jahre verkündet wurde, fortan gebe es keine antagonistischen Klassen mehr, sondern nur noch die Volksgemeinschaft und einige „Spione und Agenten“ auf der anderen Seite – und wo dies der Auftakt zu umfassenden blutigen „Säuberungen“ und Prozessen war. Und, was China angeht, hat das ZK zwar die Kampagne gegen die „Viererbande“ für abgeschlossen erklärt, aber die Welle der politischen Prozesse – einen kleinen Überblick gaben wir schon in AK 146 – scheint gerade erst richtig anzulaufen.

Folgende weitere Prozesse, zusätzlich zu den in AK 146 erwähnten, wurden bekannt:

+ Im Bezirk Hsienyang (Provinz Shansi) wurden am 15.12.78 vier Personen verhaftet und auf einer

Massenversammlung zur Schau gestellt; sie hätten „gekämpft, zerstört und geplündert“, lautet die Anklage – eine Standardformel, die auf Demonstrationen, sit-ins, Besetzungen öffentlicher Gebäude etc. hinweist.

+ Am selben Tag wurde in Paotschi (Provinz Shansi) die Verhaftung von neun „aktiven Konterrevolutionären“ bekanntgegeben. Diese hätten einem „fraktionellen Netz“ angehört, hätten die Massen zu Kämpfen provoziert, hätten eine Reihe bewaffneter Kämpfe und Blutvergießen verursacht (Radio Sian/Shansi, 28.12.78 – nach SWB, 20.12.1978).

+ In Peking fand am 10.1. eine Massenversammlung (100.000 Teilnehmer) statt, auf der zwei „Konterrevolutionäre“ angeklagt wurden: sie hätten Konflikte provoziert, bei denen Gewalt angewendet wurde; sie hätten „Schlagen, Zerstören und Plündern“ betrieben; und sie hätten „große Empörung bei den Massen erregt“ (letzteres ist meist die Formel für ein Todesurteil!) (Radio Peking, 14.1., nach SWB, 19.1.).

In Peking fand am 23.12.78 eine öffentliche Anklage-Versammlung gegen Chang Tsao-ching (bereits am 25.2.77 verhaftet) und gegen Hsu Kai und Li Kuei-lin statt; die Verhaftung der beiden letzteren wurde während der Versammlung bekanntgegeben. Eine Auslese aus den Anklagen: Chang Tsao-ching habe am 30. Januar 1967 (also auf dem Höhepunkt der „revolutionären Machtergreifung“ in der Kulturrevolution!) insgeheim mit einigen Leuten geplant, das Polizeipräsidium von Peking zu stürmen und habe die Massen dazu aufgehetzt. Hsu Kai habe während der Kulturrevolution zunächst die Macht in seiner Fabrik an sich gerissen (!); dann hätten er und seine Anhänger das Eisenbahn-Ministerium besetzt; sie hätten einige Funktionäre „entführt“ (d.h. festgesetzt und auf Massenversammlungen vorgeführt); Hsu Kai habe die Aufstellung einer Miliztruppe in seiner Fabrik organisiert (wohlgekannt: während der Kulturrevolution!) und habe an dem Sturm auf das Polizeipräsidium teilgenommen sowie an weiteren „bewaffneten Kämpfen“ – diese werden dann im einzelnen aufgezählt; Li Kuei-lin, ebenfalls ein Arbeiter, habe am 7.8.67 an einem „bewaffneten Kampf“ teilgenommen, insgesamt sei er an „20 Zwischenfällen mit bewaffnetem Kampf“ beteiligt gewesen. (Radio Peking, 31.12.78), nach SWB, 16.1.).

Es sei an dieser Stelle an unseren ersten Kommentar erinnert, wenige Tage nach dem Rechtsputsch vom 6.10.76: „Einmal fest im Sattel wird und kann die Hua-Gruppe nicht bei der Verhaftung von vier oder auch 40 Parteiführern stehen bleiben. Sie wird zur gewaltsamen Zerschlagung der Linken im gesamten Land übergehen, zur terroristischen Unterdrückung der revolutionären chinesischen Werktätigen und Studen-

ten“. (AK 91, 18.10.76) Eben dies erleben wir heute. Es ist aber nur der Anfang. Es mag den Rechten und den alten Kapitalisten Genugtuung bereiten, jetzt ihre Todfeinde der Kulturrevolution in den Knast, ins Arbeitslager oder vor die Erschießungskommandos zu bringen. Es ist eine Begleichung alter Rechnungen, gewiß mit abschreckendem Effekt für jede Opposition, aber noch nicht viel mehr. Weit gefährlicher als die „Rebellen“ der Kulturrevolution ist für die neue und alte Bourgeoisie Chinas die breite Opposition, die eine Restauration des Kapitalismus im Parteiparagrafen und im Volk finden wird. Daß der „umfassende, stürmische Klassenkampf der Massen im wesentlichen beendet“ sei, wie es das ZK der KP Chinas beschloß, ist der Wunschtraum von Chinas neuer und alter Bourgeoisie. Die Wirklichkeit sieht anders aus. „Der Klassenkampf ist noch nicht zu Ende. Der Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie...wird noch lange andauern und verwickelt sein und zuweilen sogar sehr scharf werden“. (Mao, Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke).

„KPD“: Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache

Nicht nur mit der Politik, sondern anscheinend auch mit der Sprache hat es die „KPD“ anlässlich des USA-Trips von Deng Hsiao-ping schwer. In der „Roten Fahne“ vom 1.2. war nämlich zu lesen: „...In einer solchen Situation kann Deng gar nicht so sehr aufzutreten. Eine offensiv chinesische Außenpolitik bestätigt die geschwächte Hegemonialpolitik des USA-Imperialismus und schafft günstige Bedingungen für den Kampf gegen die gefährlichere Supermacht Sowjetunion“. Daraus ist zu entnehmen: Es gibt eine Hegemonialpolitik der USA. Diese Hegemonialpolitik der USA wird durch eine „offensive“ Außenpolitik Chinas „bestätigt“. Ausserdem ist diese Hegemonialpolitik auch noch „geschwächt“. Vielleicht wird sie durch die chinesische „Bestätigung“ wieder etwas gestärkt?... Diese Schlussfolgerung ist, legt man die Maßstäbe einer marxistisch-leninistischen Analyse an, tatsächlich naheliegender. Aber die „Rote Fahne“ meint es sicher ganz anders. Vielleicht so: durch eine „offensive“ Außenpolitik Chinas wird „bestätigt“, daß die Hegemonialpolitik der USA „geschwächt“ ist?... Das gibt zwar politisch auch noch nicht viel Sinn, kommt aber der Linie der „KPD“ sicher näher.

„KPD“ sicher näher. Politisch, wie gesagt, gibt die Aussage der „Roten Fahne“ auch in veränderter Form noch nicht viel her. Denn eine bestimmte chinesische Außenpolitik (sei sie nun mal „offensiv“, d.h. „forsch“ auf ein Bündnis China-USA gegen die Sowjetunion gerichtet) kann gar nicht bestätigen, ob die Hegemonialstellung der USA denn nun wirklich geschwächt ist oder nicht.

Vielleicht kann der Genosse Willi Jasper, Chefredakteur der „Roten Fahne“ und anscheinend Verfasser dieses Kommentars (unterschrieben W.J.), die Geschichte beim zweiten Anlauf mal ins Reine schreiben? Zu beides ist er wahrlich nicht um seine Aufgabe!

IMPRESSUM

Impressum
Herausgeber - Druck - Verlag
ARBEITERKAMPF
Verlag J. Reents
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlags-
adresse
Auflage 12.500
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 2,-

Verlagskonten: Dresdner Bank,
451 8378, J. Reents, und
Postcheckkonto Hamburg,
240 595, J. Reents

Fortsetzung von Seite 1

Was war passiert? In einigen Ortschaften aus dem Darmstädter Raum war bei amtlichen Probeuntersuchungen seit mindestens April 77 immer wieder festgestellt worden, daß in der Milch die zulässigen Höchstwerte von Hexachlorcyclohexan (HCH) überschritten wurden und zwar teilweise um das 32-fache! Diese Substanz ist ein Gift, das als Rückstand bei der Produktion von Pflanzenschutzmitteln (Pestizide) entsteht. Es ruft Leber- und Nervenschäden sowie Mißbildungen bei Ungeborenen hervor und ist krebserregend.

Die täglich produzierten mindestens 3.000 Liter an verseuchter Milch, wurden zwei Jahre lang in der Darmstädter Molkerei der Milchliefervereinigung Starkenburg „mit 120.000 Litern einwandfreier Milch vermischt“ und weiter verarbeitet („Hamburger Abendblatt“, 24.1.79). Das heißt, das Gift wurde einfach so weit verdünnt, bis die vorgeschriebenen Grenzwerte wieder unterschritten wurden. Auf diese Weise haben hunderttausende von Menschen mit HCH angereicherte Molkereiprodukte zu sich genommen!

Nun will es keiner gewesen sein. Görlach entließ zwar einen seiner Mitarbeiter, weigert sich aber, selbst den Hut zu nehmen. Tatsächlich jedoch ist die chemische Zeitbombe, die in Südhessen tickt, schon seit langem bekannt. Seit 1946 produzierte der Merck-Konzern das inzwischen wegen der damit verbundenen Gefahren verbotene Pflanzenschutzmittel „Lindan“. Das HCH-Gift fällt dabei als Rückstand an. Der Giftmüll hatte bei Merck bis 1960 auf Halde gelegen, und wurde dann einfach vergraben, wozu Merck übri-

Seveso in Hessen

gens erst 1967 eine amtliche Genehmigung erhielt.

Amtlich sind 82.000 Tonnen HCH-Müll, die vergraben wurden, erfasst (wo liegen sie??). Die Milchvergiftung ist nur die letzte, breiter bekannt gewordene Folge dieses kriminellen Verfahrens:

– Als der Hexa-Müll noch auf Halde lag, wurden angrenzende Felder durch Windwirkung verseucht. Die Kartoffeln konnten damals nicht einmal mehr zur Viehfütterung verwendet werden. Merck mußte 100.000 DM Entschädigung an die Bauern zahlen („FAZ“, 25.1.).

– Von Merck wurde firmeneigenes Gelände in der Nähe der Gernsheimer Produktion mit der Auflage verpachtet, auf den Feldern nur bestimmte Pflanzensorten zu bestellen und keine Tiere zu halten. Als sich ein Pächter in den 50iger Jahren nicht daran hielt, mußte sein Zuchtbulle notgeschlachtet werden, da das Veterinäramt chemische Rückstände feststellte.

– 1971 hatten Forstleute in den Stoppelfeldern Fasane geschossen und zur Untersuchung an das Landwirtschaftliche Chemische Untersuchungsamt in Darmstadt gegeben. Die Ergebnisse waren katastrophal. 1974 wurden Proben an das Bundesgesundheitsamt in Westberlin und ein Münchner Institut geschickt. Auf die Ergebnisse warten die Forstleute heute noch (Darmstädter Echo, 25.1.).

Alle diese alarmierenden Fakten sind von den Behörden bewußt vernachlässigt worden. Nur der „Umweltminister“ (wie war's mit der ehrlicheren Bezeichnung: Giftminister?) will von nichts gewußt haben. Was

aber das Schlimmste ist: Nicht einmal nach Bekanntwerden des Milchskandals werden Konsequenzen gezogen: Der Minister lehnt es ab, den Hexa-Müll von Merck ausgraben und beseitigen zu lassen, da für ihn nicht erwiesen sei, daß die Pestizid-Rückstände in der Milch auf diese Ablagerung zurückzuführen seien („Süddeutsche Zeitung“, 26.1.). Er wolle nicht „in einer wilden Buddelaktion“ in einem Abfall herumwühlen, der angeblich „unter Kontrolle“ sei (FAZ, 25.1.). Was muß eigentlich noch alles passieren?!

Bei solch willkommener Schützenhilfe dementiert natürlich auch Merck selbst jede Verantwortung: „Wenn das Gift von uns kommt, dann kann es allenfalls durch Herbststürme aus den 60er Jahren in die Luft gewirbelt sein“ (Abendpost Nachtausgabe, 24.1.). Mit was für gemeingefährlichen Leuten man es bei den Chemiekapitalisten zu tun hat, wird schon aus den bisherigen Methoden deutlich, mit denen Merck die „Beseitigung“ des Hexa-Mülls angegangen ist.

– 78.000 Tonnen wurden als „sehr geeigneter Baustoff“ (!) in die Fundamente der Gernsheimer Merck-Fabrikhallen verstaubt, 10.000 Tonnen im Darmstädter Betrieb.

– Mit 9.000 Tonnen wurde ein Werks-Parkplatz direkt am Rheinufer aufgeschüttet. Zwei Kilometer stromabwärts ist ein Trinkwasserwerk geplant!!

– 30.000 Tonnen wurden zu Salzsäure und zu jenem Pflanzengift verarbeitet, mit dem die US-Bomber in Vietnam den Dschungel entlaubten, demselben Gift, das im italienischen

Seveso einen Landstrich zur Wüste machte (Spiegel, Nr. 38/74). Die Produktion dieses Gifts wurde offenbar eingestellt, bald nachdem die USA aufgrund internationaler Proteste diese Art des Völkermords stoppten. Das läßt die Vermutung zu, daß neben dem Bayer-Konzern auch die Merck-Kapitalisten zu den Lieferanten für die Amerikaner gehörten.

– Als Merck allerdings den Behörden einmal Hexa-Müll zur Aufschüttung einer Bahnüberführung offerierte, lehnten diese ab.

Das gesamte Ausmaß der Gefährdungen ist freilich noch überhaupt nicht klar zu übersehen. So wurden in der Milch neben dem HCH auch noch Chromrückstände ermittelt, die den erlaubten Grenzwert um das 136fache überschritten. Hierbei handelt es sich um ein hochgradiges Nervengift, wie ein Beispiel aus Japan zeigt. Dort starben mindestens 30 Menschen und über 200 wurden unheilbar krank, nachdem der Nippon Chemical-Konzern 530.000 Tonnen Hexachrom-Schlacke als Füllmaterial für Schulhöfe, Kinderspielfläche, Sportanlagen und Eisenbahnschienen an die Behörden verkauft hatte (Spiegel, 37/65). Nach Quecksilber- und anderen Rückständen werden zur Zeit noch Untersuchungen angestellt. Uns reicht's!

Sofortige Beseitigung des Hexa-Mülls! Entschädigung der betroffenen Bauern! Bestrafung aller Verantwortlichen!

Nach Berichten und Artikeln aus Darmstadt, Frankfurt und der AKW-Nein-Kommission

Nazi-Bomben gegen „Holocaust“: Die Spur ist eindeutig!

Am 18.1. zerstörten zwei Bombenanschläge den Sender Koblenz (Südwestfunk) und den Fernmeldeturm bei Nottuln (bei Münster) zum Teil erheblich. Zu der Zeit wurde eine Vorbereitungssendung zu der Serie „Holocaust“ ausgestrahlt.

Verbreitet wurde von Regierung und Bundesanwaltschaft „der Verdacht (...), daß hinter den beiden Anschlägen eine gutorganisierte rechtsradikale Gruppe stehe“ („Tagesspiegel“, 20.1.79). Zahlreiche weitere Attentatsdrohungen liefen insbesondere beim WDR ein.

Ginge es um „linke Terroristen“, wäre unter diesen Umständen längst eine Großaktion — mit Straßensperren, Razzien, Massenfestnahmen usw. angelaufen. Solche Aktionen sind bekanntlich bereits unter dem Vorwand angeblicher Bomben-Drohungen durchgeführt worden, die der RAF angelastet wurden. Nichts von alledem in diesem Fall: Statt Fahndungsaufrufen, Plakaten in Millionenauflage, Fernseh-Mobilisierung der Bevölkerung etc. raffte sich die Bundesanwaltschaft eine volle Woche nach den Bombenanschlägen lediglich zur Erklärung auf, die Fahndung laufe „mit allem Nachdruck“; es gebe aber bislang kein konkretes Ergebnis („UZ“, 23.1.79).

Zugleich wurde von Kreisen der „Sicherheitsbehörden“ verbreitet, möglicherweise seien die Bombentäter überhaupt keine Rechtsradikalen, sondern könnten „aus einer völlig anderen Ecke“ kommen („FR“, 23.1.79). In einem Interview mit dem „Hamburger Abendblatt“ erklärte Innenminister Baum inzwischen auf die Frage nach dem „Holocaust“-Anschlag, der „organisierte Rechtsextremismus“ sei bekanntlich zersplittert, und bei den offenen Nazis handle es sich „häufig um sehr kleine Gruppen, die kaum Organisationsstrukturen erkennen lassen“ oder „fanatische neonazistische Einzeldinger“ („Hamburger Abendblatt“, 27./28.1.79).

Nach allen Erfahrungen mit dem bisherigen „Fahndungs“-Einsatz von BKA, Bundesanwaltschaft etc. in Sachen Neonazis ist zu befürchten, daß damit die stillschweigende Einstellung aller Ermittlungen — selbstverständlich „aus Mangel an konkreten Ergebnissen“, „fehlenden Spuren“ etc. — eingeleitet werden soll.

Konzertierte Aktion gegen „Holocaust“

Konzertierte Aktion gegen „Holocaust“

Seit Bekanntwerden der Pläne, den Film „Holocaust“ auch in der BRD zu senden, entfachte die gesamte Nazi-Szene eine Kampagne dagegen. Einhellig verbreiteten die „Deutsche Wochenzeitung“ (NPD-orientiert), das Nazi-Journal „Nation Europa“ und genauso Freys „Deutsche Nationalzeitung“ Beitrag um Beitrag, in dem die Nazi-Verbrechen herabgespielt oder geleugnet wurden. Die Nazi-Jugendzeitung „Mut“, die ihr gesamtes Januar-Heft 1979 dem Thema „Holocaust“ widmete, zog das Fazit: „Jeder anständige Deutsche (...) hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, gegen die jetzt erneut auf Hochtouren laufende Beschimpfung unseres Volkes (...) politisch aufzubegehren!“ Diese „Mut“-Nummer wurde noch vor der Sendung kostenlos zusammen mit einem Anti-„Holocaust“-Schreiben der „Deutschen Volksfront“ des „Mut“-Autors und „Stahlhelm“-Funktionärs Hans Hertel verteilt. — Auch die übrige Nazi-Szene zog mit:

— So wurden im Januar '79 während des Films Flugblätter einer „Kampfgruppe Zündel“ aus Toronto (Canada) in Briefkästen verteilt, die zu „Anti-Holocaust-Demonstrationen“ aufriefen. Zündel betreibt auch einen „Samisdat-Verlag“, der u.a. Verteileradresse für auf Kassetten aufgenommene Reden des flüchtigen Nazis Roeder und seines Kumpanen Christophersen ist.

An der Kampagne gegen „Holocaust“ beteiligt sich natürlich auch Schönborn: Schon im Dezember 1978 hatte Schönborn anlässlich des antifaschistischen Films „Sie gaben nicht auf“ (im ZDF gesendet) gesprochen von „Aktionen, die angebracht wären, die Absetzung des Films zu erzwingen“. ZDF-Journalisten seien, so Schönborn, „Abschaum der Menschheit“ und „jeder normale Deutsche (habe) nicht nur das Recht, sondern die Pflicht (...), jeden nicht bekannten ZDF-Mitarbeiter öffentlich anzuspucken“. Ebenfalls von Ende 1978 stammt ein anderes Schönborn-Flugblatt, das in dem Satz gipfelt:

„Kämpft mit uns gegen die Holocaust-Mafia!“

Auch der Herausgeber des Nazi-Blatts „Unabhängige Nachrichten“, Martin Voigt aus Bochum/Essen, nahm kein Blatt vor den Mund: „Mit der Filmserie ‚Holocaust‘ wird ein Höhepunkt der Massenbeeinflussung und Seelenknete erreicht, gegen den sich jeder anständige Deutsche wehren muß. (...) Es gibt Situationen, da man alle, wenn und aber vom Tisch wischen und handeln muß“, und weiter, fettgedruckt: „Wir meinen, mit ‚Holocaust‘ ist ein solcher Augenblick gekommen“.

Zur Erinnerung: Das von den „UN“ veranstaltete Pfingsttreffen 1978 in Scharzfeld/Harz hatte sich als geballtes Nazi-Stelldichein mit Christophersen, „Hansa“-Bande usw. entpuppt, was damals zu einer Polizeiaktion führte.

Gegen „Holocaust“ hatten die „UN“ ein im „Bild“-Zeitungsformat aufgemachtes Extrablatt herausgegeben, das in verschiedenen Städten von rechtsradikalen Gruppen verteilt wurde.

Aktionen folgen

Diese Aufrufe blieben nicht ohne Wirkung:

— In Buchholz verbreitete Edgar Geiß (verurteilt wegen seines Hitlergrußes am Grab von Kappeler, jetzt Aktivist der „Hansa“-Bande) ein Flugblatt einer „Deutschen Bürgerinitiative gegen Kriegsschuld- und Vergessungslüge“, in dem die Bombenanschläge als gerechter „Volkszorn“ begrüßt wurden.

— In Westberlin verteilten Angehörige der „Wiking-Jugend“ den Sonderdruck der „UN“.

— In Hamburg verteilte die NPD-Jugendorganisation JN ein Flugblatt, dessen Überschrift direkt der „Mut“-Ausgabe vom Januar 1979 entnommen war. Auch in anderen Städten verteilte die JN ähnliche Flugblätter.

Alle bisher bekannten Tatsachen über Nazi-Umtriebe im Zusammenhang mit „Holocaust“ deuten eindeutig auf denselben Kreis von Nazi-Aktivist, der im engsten Umkreis um die „Hansa“-Bande, die „NSDAP“, die „Wiking-Jugend“ und die NPD/JN angesiedelt ist.

Aus demselben Kreis wurden in der letzten Zeit wiederholt Sprengstoffanschläge sowie Waffen- und Sprengstofffunde gemeldet:

— So Mitte September 78 in Karlsruhe, wo ein Waffenlager der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“ ausgehoben wurde, das auch größere Mengen Sprengstoff enthielt.

— So in Westberlin, wo anlässlich des 40. Gedenktages des Judenpogroms („Reichskristallnacht“) zwei jüdische Einrichtungen von Bombenattentaten bedroht waren und wo Sylvester einem Faschisten der selbstgebastelte Sprengsatz unter den Fingern explodierte.

— So Mitte September 78 in Karlsruhe, wo ein Waffenlager der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“ ausgehoben wurde, das auch größere Mengen Sprengstoff enthielt.

— So in Westberlin, wo anlässlich des 40. Gedenktages des Judenpogroms („Reichskristallnacht“) zwei jüdische Einrichtungen von Bombenattentaten bedroht waren und wo Sylvester einem Faschisten der selbstgebastelte Sprengsatz unter den Fingern explodierte.

— So in Braunschweig, wo bei einem bekannten „NSDAP/AO-Aktivist“ Ende November 78 Sprengstoff gefunden wurde.

Hinzu kommen weitere Anschläge, die eindeutig faschistische Handschrift tragen:

— Gegen das AStA-Büro in Göttingen (Mai 78).

— Ein Brandanschlag auf das SPD-Informationsbüro in Hannover (Dezember 78).

— Schon im September 77 war in Braunschweig bei „NSDAP“-Anhängern Sprengstoff gefunden worden.

All dies veranlaßte den Westberliner „Tagesspiegel“ am 20.1.79 zu der Meldung: „Seit Monaten beobachten die Sicherheitsbehörden eine verstärkte Aktivität von rechtsextremistischen Organisationen in der Bundesrepublik. So wurden mehrfach Sprengstoff- und Waffenlager entdeckt, allein in den letzten Monaten in Hannover, Hamburg, Stuttgart, Köln, Düsseldorf, Lüneburg und Karlsruhe“.

Doch trotz der eindeutigen Hinweise auf den vermutlichen Täterkreis, der mehrfach in der Vergangenheit bei ähnlichen Delikten ertappt wurde und der angeblich „gut im Griff“ sein soll — Generalbundesanwalt Rebmann tappt natürlich im Dunkeln.

Und die NPD voll mit dabei

Die NPD selbst, ansonsten peinlich darauf bedacht, ihren Antisemitismus nicht allzu deutlich werden zu lassen und stets auf „Distanz“ zum offenen kriminellen Neonazismus, steht im Zentrum der Anti-„Holocaust“-Kampagne:

— Udo Walendy, „langjähriger Parteifreund“, Verfasser mehrerer Rechtfertigungsbücher für den Hitlerfaschismus, Inhaber des einschlägigen „Verlag für Volkstums- und Zeitgeschichtsforschung“, hat wesentlichen Anteil an dem „UN“-Extrablatt. — Eben dieses „UN“-Extrablatt wird in der neuesten Ausgabe der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ (Februar 79) ausdrücklich empfohlen!

— Dieselbe „Deutsche Stimme“ erschien mit dem Titel „Holocaust International“ — ein Faksimile-Nachdruck der „Mut“-Überschrift vom Januar 79.

— Klaus Hoffmann, NPD-Vorsitzender von Soltau/Fallingb., inserierte gleich zweimal am 25.1.79 im „Soltau Anzeiger“: Einmal als „Buchdienst“, der das von „UN“

veröffentlichte, zweimal am 25.1.79 im „Soltau Anzeiger“: Einmal als „Buchdienst“, der das von „UN“ und Walendy propagierte Nazi-Geschreibsel anbietet, zum anderen als NPD, die unkomentiert den Satz veröffentlicht: „Unter Hitler hat es keine Gaskammern gegeben“. Dieser Hoffmann ist zugleich „Gauführer Niedersachsen“ der „Wiking-Jugend“ und wegen eines Überfalls auf einen Journalisten im Sommer 78 angezeigt.

Antifa-Kommission Hamburg



Erstaunen bei DDR-Zuschauern über Unkenntnis im Westen

Reuter

Die „Holocaust“-Serie im Fernsehen der Bundesrepublik über die Judenverfolgung durch das nationalsozialistische Deutschland hat auch in der DDR viele Menschen bewegt.

Die Reaktionen waren auch dort von Überraschung, Erschrecken und Empörung bestimmt — jedoch weniger über den Film selbst als über viele Stimmen und Fragen westdeutscher Zuschauer, die im

Anschluß an die einzelnen Episoden den Experten im Studio bei ihren Diskussionsrunden zugingen.

„Wir haben das alles schon früher gesehen, es ist nicht neu — aber es ist erschreckend, daß so viele Westdeutsche offenbar nicht wissen, was bei den Nazis geschehen ist. Dieser Film kam 30 Jahre zu spät“, sagte ein junger Ost-Berliner in einer wohl typischen Reaktion. Obwohl nur in den Dritten Fernsehprogrammen ausgestrahlt, konnte die Serie teilweise auch in der DDR gesehen werden. Die Stimmen zu diesem Film ließen erkennen, daß in 30 Jahren kommunistischer Herrschaft bei vielen Menschen in der DDR sehr genaue Vorstellungen über Ursachen, Entwicklung und Exzesse des Nationalsozialismus entstanden sind.

Mit dreistem Zynismus forderten Springer-Presse und Bundeskanzler, daß „Holocaust“ nun aber gefälligst auch in der DDR gezeigt werden müsse. Was von diesem Verlangen zu halten ist, zeigt folgende Meldung der britischen Nachrichtenagentur REUTER, entnommen dem „Spandauer Volksblatt“ (Westberlin) vom 25.1.1979.

„Holocaust“ — 30.000 Fragen müssen beantwortet werden

Die im Januar ausgestrahlte Fernsehserie „Holocaust“ hat eine seit Bestehen der BRD einmalige Diskussion der faschistischen Vergangenheit ausgelöst. Über 20 Millionen Zuschauer, Zehntausende von Anrufern bei den ARD-Anstalten (zu gewöhnlich nachtschlafener Zeit), zahlreiche begleitende Fernseh- und Rundfunksendungen und unzählige Berichte und Leserbriefe in der gesamten BRD-Presse: Das alles sind Hinweise auf das ebenso unerwartete wie außergewöhnlich große Echo dieses Films über die Nazi-Verbrechen, insbesondere über die Ermordung von Millionen Juden.

Unerwartet zumindest angesichts der Anstrengungen, die Wirkung des Films möglichst gering zu halten. Seit Jahr 1978 entspann sich in den BRD-Fernsehanstalten ein Gerangel um die Nichtsendung des vom WDR aufgekauften Films — mit dem Resultat, daß eine Abschiebung in die dritten Programme zu später Sendezeit (ab 21 Uhr) beschlossen wurde. Die Masse der Zuschauer, besonders Jugendliche, war damit ausgeplant.

Die in der Presse im Vorhinein breitgetretene Kritik brachte immer wieder die gleichen Vorwände gegen eine Sendung von „Holocaust“:

— Die Darstellung des Films sei kitschig, übertrieben, „Schund“ (so Südwestfunk-Fernsehspiel-Chef Schulze-Rohr in der „Zeit“, 23.6.78). — Das Ganze sei bloße „Geschäftemacherei“ (CSU-Chef Strauß, „Frankfurter Neue Presse“, 1.7.78). — Deutsche und Juden, Nazis und Opfer seien einseitig dargestellt: „Ganz Gute und ganz Böse stehen sich gegenüber“ — also sei alles unglaublich und schlecht (Schulze-Rohr, s.o.).

— Überhaupt: Der Film stamme aus den USA, „ein typisches Produkt der US-amerikanischen Fernsehindustrie“ („Welt der Arbeit“, 12.10.78) und sei überdies — so seit Monaten die rechtsradikale Presse — deuscheneindlich, „Nestbeschmutzung“.

Diese insgesamt gegen die Ausstrahlung gerichtete Kampagne — mitgetragen von liberal scheinenden Blättern wie „Zeit“ und „Frankfurter Rundschau“ — knüpfte durchaus an richtigen Punkten an: Natürlich ist der Film im Stil amerikanischer Unterhaltungsfilm, also oberflächlich, sentimental, undifferenziert usw. gemacht. Natürlich stellt er, hier die Nazis — dort die Juden, zwei Gruppen gegenüber, ohne die Kapitalisten, die Zionisten, die Arbeiter, die Frauen, die Kinder, die Behinderten, die Homosexuellen, die Minderheiten, die „Fremden“ etc. etc. gemacht. Natürlich stellt er, hier die Nazis — dort die Juden, zwei Gruppen gegenüber, ohne die Kapitalisten, die Zionisten, die Arbeiter, die Frauen, die Kinder, die Behinderten, die Homosexuellen, die Minderheiten, die „Fremden“ etc. etc.

Im wesentlichen aber ist — gerade auch dank seiner Spielfilm-Machart, emotional, effektbezogen, stilisieren, — das Grauen des Nazi-Staats, das System der faschistischen Terror-Maschinerie durch diesen Film

besser vorstellbar und, soweit möglich, nachvollziehbarer gemacht, als durch das meiste, was bislang hierzu-lande in über dreißig Jahren „Aufklärung“ überlicherweise zur Information bereitgestellt wurde. Die bürgerliche Kritik an der Machart des Films oder an Einzelheiten ist — angesichts des üblichen Verdrängens und Vergessens, der ausbleibenden Unterrichtung in den Schulen, der Nicht-Verfolgungspraxis westdeutscher Gerichte gegenüber Nazi-Verbrechern usw. — bestenfalls eine naive Frechheit, eher wohl ein erneuter Beleg für die Absicht, die Nazi-Vergangenheit verschweigen und vergessen zu wollen.

Das breite Echo auf die Serie — nicht allein in der veröffentlichten Meinung, sondern tatsächlich „auf der Straße“, am Arbeitsplatz, in Schulen etc. — belegt, wie offenbar „unbewältigt“ die Nazi-Vergangenheit ist. Besonders zeigt sich die große Bereitschaft und das Bedürfnis unter Jugendlichen, mehr zu erfahren und zu wissen.

Die Fragen der Zuschauer waren durchaus nicht nur auf Bestürzung oder Empörung beschränkt. Ausgehend von der Schilderung des Films wurden Fragen gestellt, die von den „Expertenrunden“ nach jeder Sendung im großen und ganzen weggerechnet wurden.

— Wen verfolgten die Faschisten?

Nicht nur Juden waren die Opfer, nicht nur rassistisch Verfolgte (wie die Zigeuner). Der Nazi-Terror richtete sich auch gegen Demokraten, Sozialisten, Kommunisten.

— Wie konnte es zur Hitler-Herrschaft kommen? War „das ganze deutsche Volk“ hinter ihm? Die Rolle des Widerstands, die Frage nach den Möglichkeiten der Bekämpfung des Faschismus muß geklärt werden.

— Wer waren die Verantwortlichen?

Wer deckte die Dorfs, den Heydrich, den Himmler? Wer förderte, wer finanzierte die Nazis?

— Was ist mit den Nazis heute?

Was ist aus den Eric Dorfs geworden? Gibt es die Gasöfen-Firma noch? — Sooft gestellt, sooft wurden solche Fragen nicht beantwortet!

„Holocaust“ hat weithin Diskussionen zu solchen Fragen ausgelöst. Sie sind von dem Film nicht beantwortet (was nur zum Teil ihm anzukreiden ist); daß sie — etwa im Zusammenhang mit der im Frühjahr anstehenden Verjährungs-Debatte — von offizieller Seite aufgegriffen, gemacht, natürlich stellt er, hier die Nazis — dort die Juden, zwei Gruppen gegenüber, ohne die Kapitalisten, die Zionisten, die Arbeiter, die Frauen, die Kinder, die Behinderten, die Homosexuellen, die Minderheiten, die „Fremden“ etc. etc.

Zusammenhang mit der im Frühjahr anstehenden Verjährungs-Debatte — von offizieller Seite aufgegriffen, geschweige denn beantwortet werden, ist kaum anzunehmen. (Man denke nur: Carstens, Ex-NSDAP'ler und Bundespräsident in spe, beantwortet die Frage: „Haben Sie wirklich nichts gewußt?“)

Für die antifaschistische Aufklärungsarbeit aber hat „Holocaust“ mehr als nur einen Ansatzpunkt geschaffen. Worauf warten?

Antifa-Kommission Hamburg



Zensurprozeß gegen Verlag J. Reents:

Staatsanwalt will mindestens 6 Monate Knast!

Ohne daß der Zensurprozeß gegen den Verlag J. Reents überhaupt schon in eine wesentliche Erörterung des Inhalts des angeklagten „Russell-Buch Nr. 5“ eingetreten ist, hat die Staatsanwaltschaft am 3. Prozeßtag (26.1.) bereits rausgelassen, auf welches Urteil sie hinaus will: mindestens sechs Monate Knast! Dieser Vorgriff auf das Plädoyer, das am noch gar nicht abzusehenden Ende des Prozesses zu halten wäre, macht deutlich, daß Staatsanwalt Reumann am Verlauf des Prozesses überhaupt nicht interessiert ist, daß er gar nicht daran denkt, die von der Verteidigung bereits angekündigten Beweisangebote über den Wahrheitsgehalt des Buches zu überprüfen: Ebenso gut hätte die Staatsanwaltschaft schon vor Beginn des Prozesses ihre Urteilsforderung gleich in die Anklageschrift mit reinschreiben können.

Was ist geschehen?

Schon während der Erklärungen des Verteidigers und des Angeklagten am 1. Prozeßtag war Staatsanwalt Reumann dadurch aufgefallen, daß er dem Prozeßgeschehen selbst offenbar wenig Aufmerksamkeit beimessen will. Man kann zwar nicht sagen (weil nicht beweisbar), daß er regelrecht gepennt hat; zumindest „verfolgte“ er aber die Ausführungen des Verteidigers und des Angeklagten über längere Strecken nur mit geschlossenen Augen. Seine anschließenden Wortmeldungen waren entsprechend: Er sei solche Einstellungsangebote schon „gewohnt“ und finde sie „unergiebig“ – punktum.

Das betonte Desinteresse des Staatsanwalts am Prozeßverlauf erreichte am 26.1. einen neuen Höhepunkt: Reumann beschäftigte sich überwiegend mit prozeßfremden Dingen (er brachte zusehens fremden irgendetwas Gesetzbuch auf neuesten Stand), statt der Buchverlesung zuzuhören – und das nicht etwa verschämt unter der Bank, wie manch Schüler langweilt, weil der Unterricht comiclastig ist – sondern mit selbstherrlicher Offenheit. Die Strafprozeßordnung (StPO) räumt einem Staatsanwalt aber nicht das Recht ein, sich geistig von der Verhandlung fernzuhalten. Im Gegenteil: Die Staatsanwaltschaft ist durch § 160.2 StPO sogar schon während eines Ermittlungsverfahrens, und natürlich umso mehr in der Hauptverhandlung selbst, dazu angehalten, „auch die zur Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln“ – und zur Entlastung gegenüber der verzerrten, aus dem Zusammenhang zuziehenden und teilweise sogar verfälschenden Begründung der Anklageschrift dient u.a. die vollständige Verlesung des inkriminierten Buches.

Nachdem StA Reumann auch nach mehr als zwei Stunden von sich aus keine Anstalten machte, seine Aufmerksamkeit wieder von

Nachdem StA Reumann auch nach mehr als zwei Stunden von sich aus keine Anstalten machte, seine Aufmerksamkeit wieder von seinem Schmöker ab- und dem Prozeßverlauf zuzuwenden, teilte die Verteidigung mit, daß sie Dienstaufsichtsbeschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft stellen und eine Ablösung von StA Reumann verlangen wird. Rechtsanwält Maeffert beantragte, den Prozeß bis zur Entscheidung über diese Dienstaufsichtsbe-

schwerde zu unterbrechen.

Richter Betz lehnte dies jedoch zunächst mit der sensationellen, weil bislang nie gehörten Begründung ab, daß die Staatsanwaltschaft sonst „zum Herren des Verfahrens“ würde (Richter Betz meinte damit, daß es im Ermessen des Oberstaatsanwalts liege, wann er über diesen Ablösungsantrag zu entscheiden gedenke, und damit auch, wann der nächste Prozeßtermin stattfinden – allerdings werden solche Dienstaufsichtsbeschwerden in aller Regel sehr schnell, z.T. schon in wenigen Stunden entschieden, und der Richter hat sich auch gar nicht erst die Mühe gemacht, beim zuständigen Oberstaatsanwalt Paulsen dazu eine Erkundigung einzuholen).

Mit der gleichen Logik könnte Richter Betz z.B. bei einer Prozeßunterbrechung wegen Einholung einer Aussagegenehmigung für einen Polizeizeugen (was gang und gäbe ist) behaupten, daß damit die Polizei „zum Herren des Verfahrens“ würde. Ob er dann auch so argumentieren würde...?

Rechtsanwalt Maeffert forderte Richter Betz jedenfalls unter Hinweis auf dieses und andere Argumente dazu auf, seinen Beschluß und die dafür gegebene Begründung noch einmal zu überdenken, zumal der Richter weder auf irgendeine vergleichbare Rechtsprechung dazu verwiesen, noch den Staatsanwalt Reumann wegen seines Verhaltens gerügt hatte. Hilfsweise würde die Verteidigung beantragen, daß sonst der Angeklagte bis zur Entscheidung über den Ablösungsantrag von seiner Anwesenheitspflicht entbunden würde, weil es nicht zumutbar ist, in dieser Situation weiter einem tatsächlich abwesenden Staatsanwalt gegenüber zu sitzen.

Dieser hilfsweise Antrag bei Aufrechterhaltung der Nichtunterbrechung veranlaßte StA Reumann nun, sich nach längerem Grinsen zu Wort zu melden: Den Angeklagten von der

Verleugung über den Wahrheitsgehalt des Buches vor Gericht zu erheben. Der 5. Prozeßtag ist festgesetzt für: Donnerstag, 8. Februar, 9.30 Uhr Strafjustizgebäude Sievekingplatz 3, Raum 297

jetzt feststeht, daß er auf alle Fälle und unabhängig vom weiteren Prozeßverlauf einen solchen Weiteinsatz stellen wird. Der § 233 StPO schreibt die Anwesenheit des Angeklagten nämlich nicht allgemein dann vor, wenn gemäß der erhobenen Anklage eine „Straftat“ mit einer solchen Strafhöhe bedroht ist, d.h. wenn eine solche Strafhöhe laut Gesetz möglich ist, sondern eben nur dann, wenn dies zu erwarten ist. Die „Erwartung“ von StA Reumann kann indes nur auf eine bereits jetzt bei ihm vorhandene Urteilsforderung rückschließen lassen. Diese Bemerkung bestätigt darum, daß die Staatsanwaltschaft diesen Prozeß mit einem rigiden Gesinnungsurteil abschließen will, daß sie sich als wahrhafte Zensurbörde aufspielt. Der urteilshörde aufspielt. Der urteilshörde aufspielt. Der urteilshörde aufspielt.

Richter Betz schien nach der ausführlichen Gegenargumentation von RA Maeffert aber doch die Erkenntnis gemerkt zu sein, daß er sich mit der Begründung für die Zurückweisung des Unterbrechungsantrags arg auf Glatteis begeben hat. Er revidierte seinen Beschluß und verkündete Unterbrechung des Prozesses bis zum 1. Februar – ein kleiner Erfolg der Verteidigung in diesem Prozeß.

Die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen StA Reumann wurde inzwischen von der Oberstaatsanwaltschaft mit Hinweis darauf abgelehnt, daß Reumann schließlich erklärt habe, er sei sehr wohl „geistig anwesend“ gewesen...

Die Verlesung des Buches wurde dann am 4. Prozeßtag (1.2.) abgeschlossen. Tatsächlich geschah es hier einmal, daß Reumann seine Aufmerksamkeit auch sichtlich unter Beweis stellte: Er schlug dem Richter vor, doch auf die Verlesung der Liste von Alt-Nazis, die ihre neuen Pfründe in Führungsstellen des Polizei- und Geheimdienstapparates der BRD fanden, zu verzichten. Daß Reumann ausgerechnet diese Seiten aus der Verlesung raushaben wollte, spricht schon für sich!

Nach Ende der Buchverlesung geht es jetzt darum, die bereits angekündigten Beweisanträge der Verteidigung über den Wahrheitsgehalt des Buches vor Gericht zu erheben. Der 5. Prozeßtag ist festgesetzt für:

Donnerstag, 8. Februar, 9.30 Uhr Strafjustizgebäude Sievekingplatz 3, Raum 297

Über die voraussichtliche Dauer des Prozesses ist noch nichts bekannt. Weitere Termine werden wahrscheinlich jeweils donnerstags stattfinden.

Beginn des 90a-Prozesses gegen Kai Ehlers am 26. April

Nach telefonischer Mitteilung von Richter Reimers wird der 90a-Prozeß gegen Kai Ehlers am 26. April beginnen. Kai Ehlers ist als Presseverantwortlicher des ARBEITERKAMPF wegen der Berichterstattung des AK zu den „Selbstmorden“ in Stammheim und Stadelheim ange-

klagt. Der AK hatte ausführlich seine Zweifel an der offiziellen „Selbstmord“-Version begründet und die Befürchtung geäußert, daß weiter „an die Liquidierung der ‚prominentesten‘ Gefangenen gegangen werden könnte“ (AK 117, Nov. 77).

konkret

In ihrer Februar-Ausgabe veröffentlichte die Zeitschrift „konkret“ nunmehr einen Artikel zum Prozeß gegen den Verlag J. Reents. An einen längeren Auszug aus der Anklageschrift schließt sich dort der Kommentar an: „Wie soll man da noch Diskussionen über die politische Entwicklung in der BRD führen? Wenn diese Sätze aus der Anklageschrift in ein paar Wochen oder Monaten in einem Urteil stehen sollten, wird jeder in einem Zeitungsartikel, einem Buch, auf einer öffentlichen Veranstaltung oder auch nur in einem vervielfältigten Seminarmanuskript peinlich darauf achten müssen, daß er nicht von einer Fälschung dieses Staates, geschweige denn von vollendeter Fälschung spricht. Ginge es nach dem Willen von Staatsanwalt Reumann, dürfte man selbst den Begriff Polizeistaat nicht mehr für die BRD benutzen.“

Der Autor, Warner Poelchau, spart andererseits auch nicht mit herben Vorwürfen gegen das Buch: es zeichne sich durch „einen kaum zu übertreffenden Eklektizismus“ aus, man finde darin „eine gehörige Portion Blauäugigkeit“ und „die wegen analytischen Teile des Buches“ seien „dilettantisch“ verfaßt. Nun gut, das ist seine Meinung – wenn gleich es schon ein wenig befremdlich ist, daß in einer Zeitschrift wie „konkret“ so schablonenhaft und unter Verzicht auf Begründungen geschrieben wird.

Geradezu unerfindlich für uns ist

aber, warum der Autor sich veranlaßt sah, Versatzstücke aus dem Buch, die nicht einmal (!) in der Anklageschrift selbst enthalten sind, in einer Weise zu zitieren, die nur als „beweiserhärtend“ für die Anklage verstanden werden kann.

Warner Poelchau schlußfolgert aus seinem (vielleicht etwas „eklektizistischen“) Studium des Buches, daß es „nicht zuletzt am KB selbst“ liege, wenn sich „auch die linke Öffentlichkeit in diesem Fall mit der Solidarität schwer tut“.

Wir halten das ehrlich gesagt für eine dumme und auch gefährliche Ausrede, die Schwierigkeiten, die manche Linke hierzulande mit der Solidarität haben, ausgerechnet mit den politischen Auffassungen derjenigen zu entschuldigen, die das jeweilige Opfer staatlicher Verfolgung sind. Es spricht doch wahrscheinlich weniger gegen den KB als gegen die linke Monatszeitschrift „konkret“, wenn diese sich da, wo es lediglich um den Protest gegen staatliche Zensurmaßnahmen geht, zu mehr Distanzierung von den Zensierten veranlaßt sieht, als dies etwa die liberale niederländische Wochenzeitung „Vrij Nederland“ für nötig hielt ... oder??

Wir haben dem Herausgeber von „konkret“, Hermann Vogels, übrigens in einem Brief vorgeschlagen, daß wir für seine Zeitschrift einen Artikel über unsere (unverfälschte) Sicht über die Gefahren einer neuen GeStaPo schreiben; als Beitrag für die auch von „konkret“ als notwendig betonte Diskussion in der Linken über die politische Entwicklung in der BRD. Mal sehen, was daraus wird.

Amberger Initiative gegen AKWs

„Wir, die Amberger Initiative gegen Atomkraftwerke, fordern die Aufhebung der Anklagen gegen Kai Ehlers und Jürgen Reents wegen ‚Staatsverleumdung‘ im Zusammenhang mit der Herausgabe des Buches ‚Antifaschistische Russell-Reihe 5‘. Besonders in letzter Zeit geht der Staat immer mehr dazu über, auf die Anwendung demokratischer Rechte mit Repression zu antworten. In beson-

derem Maße sind davon die AKW-Gegner betroffen. Unabhängig von der Einstellung zu der Politik des KB treten wir für die freie Meinungsäußerung jeder demokratischen Organisation ein.

Wir fordern darum: Weg mit dem § 90 a! Weg mit den Anklagen gegen Jürgen Reents und Kai Ehlers!

„Pupille“, Würzburg

Einen Artikel der örtlichen KB-Sym-

Entwicklung wiederfindet, was dem

„Pupille“, Würzburg

Einen Artikel der örtlichen KB-Sym- pathisantengruppe über den Prozeß gegen den Verlag J. Reents veröffentlichte die Würzburger Stadtzeitung „Pupille“ in ihrer Januar-Ausgabe. In diesem Artikel wird u.a. darauf hingewiesen, daß die in dem Buch enthaltene Analyse sich in bestimmten Aspekten auch in Äußerungen liberaler Kritiker der bundesdeutschen

Entwicklung wiederfindet, was dem Staat ebenfalls mehr und mehr „sicherheitsgefährdend“ erscheint. Erinnert wird in diesem Zusammenhang auch „an die Staatsverrats- und Hochverratsprozesse, mit denen ab 1951 gegen die KPD und in der Folge gegen kritische Demokraten vorgegangen wurde.“

„Stadtstreicher“, Mannheim

Die Redaktion des Mannheimer „Stadtstreicher“ sandte uns am 25.1. folgende Solidaritätserklärung: „Die Prozesse gegen Kai Ehlers und Jürgen Reents stellen eine neue Stufe dar in der Unterdrückung von unliebsamen Meinungen. Zweifel an staatlichen Maßnahmen, Kritik an be-

stehenden Verhältnissen soll kriminalisiert werden.

Die Redaktion des „Stadtstreicher“, Mannheimer Stadtzeitung, erklärt sich solidarisch mit den Angeklagten Kai Ehlers und Jürgen Reents und fordert die Einstellung der Verfahren.“

Fuldaer Stadtzeitung

Die „Fuldaer Stadtzeitung“ informierte in ihrer Januar-Ausgabe über die Anklage gegen das „Russell-Buch 5“. Die Anklage zeige, „daß damit nicht nur ein kleiner, linker Verlag getroffen werden soll, son-

dern daß unsere Pressearbeit in Stadtzeitungen und überhaupt die Arbeit der links-liberalen Presse insgesamt gefährdet ist“, heißt es in diesem Bericht.

Schülerzeitung „Holzauge“, Hamburg

„Holzauge“, die Schülerzeitung des Hamburger Gymnasiums Uhlenhorst-Barmbek, berichtete in ihrer Nr. 9 über „Zensur gegen Hamburger Verlag“.

Bezugnehmend auf die inkriminierte Passage des Bandes 5 der Russell-Reihe „... Diese Liste enthält eine Auswahl von Alt-Nazis in Führungsstellen des staatlichen Gewaltapparates“ heißt es in dem Artikel: „... würde es zu einer Verurteilung kommen, so hieße das, daß

die antifaschistische Woche, die wir an unserer Schule gemacht hatten, ebenfalls ein kriminelles Delikt war, denn auch wir nannten Namen von hohen Politikern, die eine ‚statische‘ Nazi-Vergangenheit haben, auch wir berichteten darüber, daß in diesem Lande das Auftreten von Neo-Nazis geschützt wird!“

„Holzauge“ fordert: „Einstellung aller Anklagen gegen den Reents-Verlag!“

POCH, Schweiz

Die Schweizer POCH erwähnte die Anklagen gegen das Russell-Buch 5 und gegen die Stammheim-Berichterstattung des ARBEITERKAMPF

in ihrer Zeitung vom 25.1. im Rahmen eines Artikels über die 2. Sitzungsperiode des III. Russell-Tribunals.

Solidarität in den Niederlanden

Die wunderschöne Anzeige (s. AK 146), mit der „Vrij Nederland“ ankündigte, daß „Nach Schleyer ...“ nunmehr auch über den Leserservice der Zeitung zu beziehen ist, ist mittlerweile in drei Ausgaben von „VN“ hintereinander erschienen. Gut eine Woche nach dem ersten Erscheinen der Anzeige bereits 50 Exemplare des Buches bereits verkauft und lagen weitere 30 Vorbestellungen vor. „VN“ hat nun gleich weitere 100 Exemplare für ihren Vertrieb nachbestellt. Wir freuen uns!

Die Russell-Unterstützungsgruppe Sittard – derzeitiger Rekordhalter in der Solidaritätsarbeit in den Niederlanden gegen die Anklagen – hatte zu ihrer Veranstaltung über die zweite Sitzungsperiode des Russell-Tribunals u.a. Kai Ehlers eingeladen, um über die Zensurprozesse gegen den Verlag Jürgen Reents zu berichten. Zum Abschluß der Veranstaltung wurde die Erklärung gegen die Zensurprozesse gegen den Verlag verlesen. Die rund 150 Teilnehmer der Veranstaltung erklärten sich in einer Abstimmung bei zwei Gegenstimmen und einigen Enthaltungen mit der Erklärung solidarisch.

Die Abteilung Sittard des der niederländischen KP (CPN) nahestehenden Allgemeinen Jugendverbandes (ANJV) sowie der Internationale Kommunistenbund (IV. Internationale) sandten Solidaritätserklärungen an die Veranstaltung (Siehe Bericht zur Veranstaltung in diesem AK).

Die Abteilung Sittard-Geleen der Pazifistisch-Socialistischen Partei (PSP) schrieb an das Amtsgericht Hamburg: „Die Mitglieder der Abteilung Sittard-Geleen der Pazifistisch-Socialistische Partei sprechen ihre Ablehnung aus über die Beschuldigung und Anklage gegen das Buch ‚Nach Schleyer: Sonderkommandos in der BRD – Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo‘ und fordern die westdeutsche Justiz nachdrücklich auf, jede Maßnahme zur Beschränkung der Meinungsfreiheit zu unterlassen.“

Am 7.1. brachte der kirchliche Rundfunksender IKON (Ausstrahlung über Zensur II) ein Programm über „Zensur in der BRD und den Niederlanden“. Als

Beispiele westdeutscher Zensur wurden Berichte und Interviews vom Russell-Tribunal gebracht: Ein Bericht über den Tod des bekanntlich (...) nicht von der Polizei ermordeten Günther Routhier, Gespräche mit Hannes Heer über Zensur beim NDR, mit dem Geschäftsführer des „Anderen Buchlades“ in Köln über Beschuldigungen und Plakaten zu den Zensurprozessen gegen den Verlag J. Reents. – Nach einer Einleitung über den Inhalt des § 90 a („In der letzten Zeit hüllt sich die Bundesrepublik immer häufiger beleidigt“) und zu Inhalt und Absicht der „Antifaschistischen Russell-Reihe“ wurden Kai Ehlers Ausführungen zu den wesentlichen Inhalten von „Nach Schleyer ...“ gekürzt gesendet. Der Interviewer fügte dem noch hinzu: „Ein anderer Prozeß, ebenso wegen Beleidigung der Bundesrepublik und ihrer Organe richtet sich gegen den Umstand, daß derselbe Verlag in der Zeitung Arbeiterkampf nach dem Tod der Gefangenen von der Roten Armee Fraktion über Selbstmord in Führungszeichen gesprochen hat.“

Niederlande-Kommission

Jetzt 1400 Unterschriften Zur Diskussion um die Solidarität im KB

Wir veröffentlichen im folgenden wieder einige Unterschriften, die inzwischen neu unter die Erklärung eingegangen sind, mit der die sofortige Aufhebung der 90a-Anklagen gegen Kai Ehlers und Jürgen Reents gefordert wird. Diese Unterschriften stehen wieder stellvertretend für alle Neuunterzeichner. Die Gesamtzahl der Unterschriften liegt jetzt bei 1400.

BRD

Andreas Beck, 1. Vorsitzender des Stadtjugendrings Neumünster
Volker Becker, Schornsteinfeger, Aachen
Jürgen Crummenerl, Rechtsanwalt, Köln
Heino Giermann, Rektor, Frankfurt
Hans Harnischfeger, Ingenieur, Frankfurt
Ralf Leopold, 1. Vorsitzender der Jugendvertretung AEG-Kanis-Essen
Helga Spindler, Rechtsanwältin, Köln
Christel Wenzel, Dozentin, Aachen
Volker Witte, Ingenieur, Münster
alternativer Buchladen „die gruppe“, Tübingen
Kasseler Stadtzeitung
Pit Meyer für: Spökenkieker, Kieler Stadtzeitung
AStA der Universität Hannover
AStA der PH-Ruhr, Dortmund
autonomes Frauenreferat an der FHS für Sozialwesen, Münster
Uni-Frauengruppe Münster
Antifaschistischer Arbeitskreis Münster
Gefangenenselbstinitiative (GSI), Hamburg
11 Unterschriften aus dem Kinderladen Tübingen-Unterjesingen

Belgien

Michel Colpant, Gewerkschaftsdelegierter des FGTB
Arbeid-V.S.B., Flamen
Pour le socialisme

Dänemark

Kopenhavns Bogcafe, Internationaler sozialistischer Buchhandel, Kopenhagen

Euskadi/Baskenland

E.I.A.

Frankreich

Gérard Dupuy, Journalist, Paris
Otto und Saide Saekur, Mitgl. d. Comité contre EGA (Komitee gegen ein deutsch-amerikanisches Europa), Fontenay-aux-Roses
Jean-Pierre Vigier, Hochschullehrer, Paris
Cedetim (antimperialistisches Studien- und Forschungszentrum, Paris)

Großbritannien

Big Flame

Irland

Sinn Féin (Provisionals)

Italien

Alexander Langer, Landtagsabgeordneter der „Nuova Sinistra“ in Alto Adige (Südtirol)
Democrazia Proletaria (DP)

Niederlande

Jan Everhard, Fotograf, Amsterdam
Eric Hermans für: Pacifistisch-Socialistische Partij (PSP), Abteilung Sittard-Geleen
Eric Köhler, Vorsitzender des VVDM (Verband von Wehrpflichtigen) und 6 VVDM-Mitglieder
H. Olde Oldhof für: Informatie politieke gevangen, Amsterdam

Österreich

H. Ebner, Dr. phil. med., Wien
Dr. Christoph Leitner, Politologe, Wien
Martin Schicken, Diplom-Dolmetscher, Gmunden

Portugal

MES
Organização Unitária de Trabalhadores (OUT)
für 83 Einzelunterschriften seien stellvertretend genannt:
Joaquim Oliveira Caetano, Student, Beja
Fernando Jose Costa Lopes, Tischler, Argea
M. Conceicao Goncalves, Lehrerin, Lissabon
Maria Conceicao Tome, arbeitslos, Lissabon
J. de Lima Alves, Krankenpfleger, Beja
Adelina Pereira, Hausangestellte, Lissabon
Joao Silva, Elektriker, Lissabon

Schweden

15 Unterschriften von der Stockholmer Unterstützungsgruppe für das III. Russell-Tribunal

Spanien

MC-OIC
PTE

SPENDEN

Solidaritätsspenden für die „Staatsverurteilung“ gegen Kai Ehlers und Jürgen Reents sind inzwischen weiter eingegangen von:

| | |
|------------------------------------|-----------------|
| Wandsbek, KB/Hamburg | 160,- |
| Druckbereich, KB/Hamburg | 100,- |
| Steilshoop, KB/Hamburg | 500,- |
| Bergedorf, KB/Hamburg | 125,50 |
| (unbekannt) | 12,- |
| Arbeiterbuch/Hamburg | 170,- |
| Arbeiterbuch/Hamburg | 20,- |
| U.U., Hamburg | 100,- |
| C.R., Hamburg | 250,- |
| S.L., Frankfurt | 500,- |
| Antifa-AK, Hildesheim | 14,90 |
| K.M., Hannover | 50,- |
| ehem. Kaktus-Mitglieder, Flensburg | 191,- |
| H.F., Tübingen | 50,- |
| K.H.S., Aachen | 1.000,- |
| H. Hildesheim | 20,- |
| B.H., Castrop-Rauxel | 100,- |
| Verlagsüberweisung | 220,50 |
| Gesamt | 3.583,90 |

Die Gesamtsumme der bisher zur Prozessunterstützung eingegangenen Spenden beträgt damit

9.369,80

Wir möchten uns bei allen Spendern herzlich bedanken und zur weiteren finanziellen Unterstützung der beiden 90a-Prozesse und der sie begleitenden Öffentlichkeitsarbeit aufrufen. Spenden können eingezahlt werden auf das Konto der

Arbeiterhilfe e.V.
Bank für Gemeinwirtschaft/Hamburg
Kto.-Nr.: 1 244 365 3

Bitte den Vermerk „Prozesse Russell-Buch 5 und Stammheim-Berichterstattung“ eintragen.

„ajd – die geyer“ und „äh“, Hamburg

„Wir, die anarchistische Jugend Deutschlands die geyer und die anarchistische hilfe, erklären uns trotz Widersprüche und gegenseitigen Anmachens mit den Angeklagten Jürgen Reents und Kai Ehlers solidarisch. Wir können nicht stillschweigend mit ansehen, wie der Staatsschutz mit seinen Gerichten immer mehr versucht, durch die Kriminalisierung einzelner Genossen die linke Opposition zu zerschlagen. Darum fordern wir die sofortige Einstellung der Verfahren gegen Jürgen Reents und Kai Ehlers! ajd – die geyer ah“

Bei einem Treffen von Anleiter(innen) der KB-Gruppen in Nordrhein-Westfalen wurde zusammengetragen, was in den einzelnen Orten zur Solidarität mit Jürgen und Kai, gegen die zur Zeit als Presseverantwortliche des KB Prozesse laufen, bisher unternommen wurde. Dabei wurden aus einigen Ortsgruppen Positionen vertreten, die überhaupt besondere Anstrengungen zu diesen Prozessen ablehnten; teilweise hatte man sich gar nicht darum gekümmert! Als Gründe wurden genannt:

- Generelle Abstumpfung gegenüber Prozessen gegen Linke wegen einer Flut von Antifa-Prozessen (Münster).
- Es wurde der Vorwurf der „Parteiborniertheit“ geäußert, zusammen mit dem Vorwurf mangelnder Solidarität bei den Grohnde-Prozessen (ebenfalls aus Münster).
- Eine Solidaritätsarbeit zu den KB-Prozessen habe alternativ zur Weiterführung der Krisenendebatte gestanden; da sei für die Behandlung der Prozesse eben nicht so viel Zeit gewesen.

In der folgenden Diskussion wurde zum einen die angebliche Alternative: Krisendiskussion oder Solidarität als falsch zurückgewiesen; „a u c h im Sinne der Krisenendebatte“ müsse schleunigst über die Prozesse diskutiert werden. Weiterhin wurde vertreten, es gehe bei den Prozessen gar nicht in erster Linie um zwei angeklagte und vom Knast bedrohte Genossen unserer Organisation, sondern in erster Linie gehe es bei den Prozessen um die „Kriminalisierung zentraler Inhalte kommunistischer Propaganda“ und überhaupt um einen Angriff auf die Pressefreiheit. D e s h a l b sei die Solidaritätsarbeit zu den Prozessen besonders wichtig. Wir meinen, daß diese Dis-

kussion Verfallserscheinungen der Solidarität innerhalb des KB kennzeichnet. Wenn im KB schon erläutert werden muß, die Anstrengungen erfolgten ja gar nicht „in erster Linie“ für die beiden Genossen unserer Organisation, sondern die Solidarität aus dem „politischen Stellenwert“ des Angriffs abgeleitet werden muß, mangelt es doch wohl an eigener Betroffenheit.

Die Bielefelder Ortsgruppe, aus der die erwähnten Positionen auch vertreten wurden, hat auch auf ausdrückliche Bitte um eine Stellungnahme zu ihrem Vorgehen für den AK sich bisher nicht gerührt. Die Münsteraner Genossen, die die oben für Münster benannten Standpunkte vertreten hatte, hat uns eine Stellungnahme geschickt. Sie schreibt, es sei ihr die Begründung, daß Kai und Jürgen KB-Mitglieder sind, „nicht ausreichend“ gewesen, um „volle Pulle loszulegen, während zu Genossinnen und Genossen, die nicht im KB sind, nichts gemacht wird und die Solidarität gegenüber Genossen aus der eigenen Gruppe zu wünschen übrig läßt. (Ich hörte zum ersten Mal, daß D. (Anm.: ein KB-Genosse aus einer anderen NRW-Stadt) ein Verfahren wegen Antifa am Hals hat).

Um diese Position zu erklären, muß ich die damalige Situation etwas ausführlicher darstellen. Einige Wochen vorher wurde von zwei Frauen in der Uni-FG der Vorschlag gemacht, Solidaritätsarbeit zu Astrid Proll aufzunehmen. Von ... und mir wurde dies, völlig zu Unrecht, abgelehnt. Unser Verhalten hatte einen historischen Hintergrund... Klar ist, daß wir unmöglich damit umgegangen sind. Erst aufgrund einer Intervention von R. (Anm.: die NRW-Frauenanleiterin) brachten wir dieses Thema in der Uni-FG wieder ein und dann erst

wurde eine entsprechende Arbeit wieder aufgenommen.

Der zweite Hintergrund betraf die Iran-Solidarität. Kurz nach den Frankfurter Ereignissen und der Gefahr der Auslieferung von Cismu-Genossen wollte ich diese Ereignisse in der Ortsgruppe diskutieren, natürlich mit dem Ziel, eine praktische Arbeit aufzunehmen. Die wurde zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht gemacht. Nun zurück zu Jürgen und Kai. Auf meine o.g. Position wurde scharf zurückgeholzt, allerdings immer nur mit Argumenten, weil es KB'ler sind. Ich hielt dagegen, daß ein weiteres Kriterium für mich die zu erwartenden Repressionen (deutscher Knast für Astrid, Situation im Iran für die Cismu-Genossen) ist.

Wir fordern auf, die Diskussion fortzuführen!

90a-Prozeß gegen KBW-Mitglied

Z. Zt. läuft in Norderstedt gegen den ehemaligen Pastor und KBW'ler Helmut Lechner ein Prozeß wegen Beleidigung des Norderstedter Magstrats - er hatte anlässlich einer Strompreiserhöhung den Bürgermeister der Stadt einen „Obergauner, Dieb und Plünderer“ genannt - und wegen Beleidigung von Filbinger und Staatsverleumdung, weil er die Stammheim-Plakate des KBW, auf denen Filbinger in SS-Uniform Gefangene erschießt, öffentlich gezeigt hat.

Der Prozeß mußte bereits mehrmals vertagt werden, da es immer an Vernehmungsprotokollen von Filbinger fehlte. Ein Urteil ist noch nicht gesprochen worden.

KB/Norderstedt

„Modell Deutschland? – Nee bedankt!“

Unter diesem Motto stand die Veranstaltung der Russell-Unterstützungsgruppe Sittard (Niederlande) am 19. 1. zur 2. Sitzungsperiode des Russell-Tribunals. Im Zusammenhang dieser Veranstaltung wurde Oscar van Alphen Fotoausstellung über die BRD („Das reiche Unvermögen“) gezeigt.

Dank einer guten Presseinformation konnte sich die Gruppe bei der Mobilisierung auf eine ziemlich umfangreiche und positive Vorberichterstattung in der (konservativen) örtlichen Presse bis hin zu den Anzeigenblättern des Raums stützen. Auf der Veranstaltung wurden über 150 Karten verkauft, was gegenüber den 80 Besuchern der Russell-Veranstaltung in Sittard im Juni '78 (s. AK 133, S. 15), aus der die Gruppe hervorgegangen ist, fast eine Verdoppelung darstellt (dazu muß man wissen, daß Sittard ein sehr kleiner Ort in einem politisch nicht gerade progressiven Gebiet - Region Limburg - ist).

Auf der Veranstaltung sprachen - Frank Schwalba-Hoth, Mitarbeiter des „ID“ und Mitglied der Russell-Initiative Marburg, der einen ausschnittweisen Überblick auf Verlauf und Ergebnisse der zweiten Sitzungsperiode gab;

- zwei Genossinnen vom Agit-Druker-Kollektiv, die, unterstützt von einem Film, die Zensur in der BRD am eigenen Fall darstellten;

- Kai Ehlers, Kommunistischer Bund, über den laufenden Zensurprozeß gegen den Verlag J. Reents und den Inhalt des angeklagten Buches „Nach Schleyer...“, wobei er im besonderen die Langfristigkeit und Planmäßigkeit der Fälschung in der BRD herausstellte;

- die Anwältin Frau Josephine Dubois (ehemalige Verteidigerin von Knut Folkerts, Christoph Wackernagel und Gerd Schneider), die von ihren Erlebnissen mit der niederländischen Justiz während der Haft und der Auslieferung ihrer Mandanten erzählte.



Russell-Veranstaltung in Sittard: Kai Ehlers (KB) spricht zur Anklage gegen den Verlag J. Reents.

Zum Abschluß des Informations- teils der Veranstaltung wurden Protesterklärungen gegen die Anklage gegen den Verlag J. Reents und die Verurteilung der Agit-Druker zur Abstimmung gestellt und von der Mehrheit der Teilnehmer bei je zwei Gegenstimmen und drei bzw. sieben Enthaltungen angenommen.

Gegen die „Konkurrenz“ der ganz ausgezeichneten „Veulpoepers“, die mit einem Konzert den Abend be-

schlossen, fand auf den Wunsch etlicher Veranstaltungsbesucher noch in einem Nebenraum eine Diskussion mit den Podiumssprechern statt.

Die Russell-Gruppe Sittard, die die Veranstaltung organisiert hatte, ist übrigens auch an Kontakten mit Russell-Gruppen in der BRD interessiert (Russell-Unterstützungsgruppe Sittard, p.A. Donkiesjot, Kapittel-Straat, Sittard, Niederlande).

Niederlande-Kommission



Russell-Veranstaltung in Sittard: (v.l.n.r.) Frank Schwalba-Hoth vom „ID“, H. von der Russell-Gruppe Sittard und Kai Ehlers (KB).

Beschlagnahmt-freigegeben! Erneut angeklagt!

RUSSELL - BUCH Nr. 5

Nach Schleyer: „Sonderkommandos“ in der BRD - zügiger Ausbau der neuen GeStaPo

Der Journalist Hendryk M. Broder in der „Frankfurter Rundschau“ vom 15.8.1978 zu diesem Buch:

„Die Justiz maßt sich wieder an, darüber zu bestimmen, wie weit Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen gehen darf und welche Stücke der Vergangenheit sie aussparen muß. Das sollte jeder bedenken, dem das Buch, um das es hier geht, selbst keinen Protest wert ist...“

Antifaschistische RUSSELL-REIHE

5

Anti-faschistische RUSSELL-REIHE

Nach Schleyer: „Sonderkommandos“ in der BRD - Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo

240 Seiten DM 14,- ISBN 3-88305-005-9

Alternative Liste Bremen aufbauen!

Wie wir bereits im ARBEITERKAMPF berichteten, hat sich die alternative Wahlbewegung in Bremen gespalten. Besiegelt wurde diese Spaltung am 13.1., als eine Gruppe um das Ex-SPD-Mitglied Olaf Dinne beschloß, im Alleingang zu den Bremer Bürgerschaftswahlen anzutreten. Vordergründig wurde diese Abspaltung mit der „Unmöglichkeit“ begründet, mit organisierten Linken zusammenzuarbeiten. Tatsächlich stehen dahinter allerdings weitgehende politische Differenzen in der Orientierung der Liste und der Versuch, die Linke durch Unvereinbarkeitsbeschlüsse auszuschalten. Mittlerweile hat dieser Kreis um das „Grüne Licht“ (so nennt sich sein Führungskreis) einen eigenen Programmentwurf vorgelegt. Damit findet der seit Wochen beschleunigte Trennungsprozeß vom bisher breit unterstützten Vorhaben, eine gemeinsame alternative Liste zu den Bürgerschaftswahlen aufzustellen, seinen Abschluß.

Stück für Stück kommen wir Euch näher?

Auf das Drängen von Teilen des „Initiativkreises für eine Grüne/Bunte Liste in Bremen und Bremerhaven“ (bisher gemeinsamer Träger der alternativen Wahldiskussion) hin war am 14.1., dem Tag nach der Spaltung durch den Dinne-Kreis, beschlossen worden, ein nochmaliges Plenum aller bisher an der Diskussion Beteiligten zustande zu bringen. Gekoppelt war dieser Vorschlag mit der Dokumentation weiterer Kompromißbereitschaft, so z.B. der ausdrücklichen Absage an „Partei- und Organisationshegemonismus“ in der Liste, und dem Ansetzen eines weiteren Kompromißgesprächs mit Vertretern des „Grünen Lichts“. Hinter diesen Vorschlägen stand offenbar die Hoffnung, durch weitere „Spitzengespräche“ und immer weitere Zugeständnisse der Linken doch noch eine Einigung zustande zu bringen. Von dieser Einschätzung war auch das Verhalten von Teilen der Linken während des „Kompromißgesprächs“ geprägt. Obwohl die Vertreter des „Grünen Lichts“ wiederum keinerlei Kompromißbereitschaft zu erkennen gaben, gingen diese Teile ihnen noch einen Schritt weiter entgegen, indem sie den folgenden Vorschlag unterbreiteten:

- Kandidaten sollen nur „Parteiunabhängige“ werden (was einem Unvereinbarkeitsbeschuß auf Kandidatenebene gleichkommt!)
- auf allen anderen Ebenen der Wählergemeinschaft kann jeder mitarbeiten, unabhängig von einer Mitgliedschaft in anderen Organisationen.

Vereinbart wurde dann nur, daß das „Grüne Licht“ sich auf dem Plenum am 27.1. verbindlich zu diesen Vorstellungen äußern soll.

Das Plenum vom 27.1.

Nach einem Bericht über den Verlauf des „Kompromißgesprächs“ hatten die Vertreter des „Grünen Lichts“ das Wort – aber, oh weh, Olaf Dinne fehlte noch, und der war als einziger in der Lage, für den gesamten Kreis zu sprechen. So kamen nur unverbindliche persönliche Erklärungen, die alle in die Richtung „Festhalten an Unvereinbarkeitsklauseln“ liefen. Verständlich, daß sich die anwesenden 50 an einer gemeinsamen Liste Interessierten durch dieses Vorgehen verarscht fühlten, zumal sich vom Kreis um das „Grüne Licht“, der vorgibt, 53 Bürgerinitiativen zu vertreten, wieder nur 5 Leute eingefunden hatten.

Mitten in die Diskussion platzte dann Guru Olaf Dinne, eigens von seinen Mitstreitern mobilisiert, die sich offensichtlich alleingelassen fühlten. In einem wortgewaltigen Beitrag führte Dinne aus, daß es ihm um „Erfolg“ ginge, im Gegensatz zu denen, die über das Schüren von Unmut zur „großen Revolution“ kommen wollen. Und, wer Erfolg haben will, der dürfe eben nicht mit einem klebrigen Kaugummi an der Hose vor die Massen treten, und dieser Kaugummi seien die „K-Leute“ – womit Olaf Dinne wieder seinem Ruf, K-Fresser zu sein, Ehre machte. Als der Diskussionsleiter Dinne aufforderte, verbindlich dazu Stellung zu nehmen, wie es mit ihrer Haltung zur Abgrenzung bzw. Unvereinbarkeit mit Kommunisten und mit der Bereitschaft zur Veränderbarkeit ihres Programms aussähe, erklärte dieser, Programme seien „eh nur für Buchhalter“, sie hätten ein „lockeres Verhältnis“ dazu und alles, was „rausgefallen“ ist, könne wieder rein. Was einen Unvereinbarkeitsbeschuß nur auf Kandidatenebene angeht, könne man darüber reden, wenn der KB mit eingeschlossen sei. Da von den Versammelten

endlich verbindliche Aussagen gefordert wurden, zogen sich die wenigen Anwesenden aus dem Kreis um das „Grüne Licht“ zu einer Beratung zurück, der andere Kreis diskutierte ebenso seine Haltung. Hier schälten sich zwei Positionen heraus:

1. Der „Initiativkreis“ soll sich festlegen auf die „Kompromißformel“, die den Unvereinbarkeitsbeschuß auf Kandidatenebene akzeptiert. Auf allen anderen Ebenen soll es allerdings keinen UVB geben. Die bisher erarbeiteten inhaltlichen Positionen sollten unverzichtbar sein. Alles gilt nur vorbehaltlich der Zustimmung durch das „Grüne Licht“.
2. Der UVB auf Kandidatenebene wird abgelehnt. Die Kandidatenfrage ist eine Frage, die demokratisch in der Wählergemeinschaft gelöst werden muß. Es gibt überhaupt keinen Grund für ein weiteres Zurückweichen gegenüber dem Kreis um das „Grüne Licht“. Die Erfahrung zeige, daß fortwährend der „Initiativkreis“ Positionen zugunsten der erhofften Einheit aufgegeben hat, die Dinne-Gruppe ihrerseits aber keinerlei Zugeständnisse gemacht hat. Jetzt müsse erst einmal dieser Kreis Entgegenkommen beweisen.

Nach dieser Beratung trafen beide Kreise wieder zusammen. Und siehe da, Dinne schien plötzlich weitestgehende Kompetenzen zu haben: Er schmiß scheinbar allerlei Beschlüsse von den angeblichen „53 Bürgerinitiativ-Vertretern“ über den Haufen, die ausdrücklich auf ihrem letzten Plenum (auf Dinnes Antrag hin!) einen generellen UVB angenommen hatten. Dinne erklärte:

- ein UVB für Kandidaten sei gut, wenn der KB eingeschlossen sei (dies war vorher umstritten, weil der KB keine Partei ist, die bereits zu Wahlen kandidiert hat)
- wenn dies nach dem Wahlgesetz möglich sei (er selbst zweifelte das allerdings an), könnten Partei-

mitgliedschaften an den Mittelstand zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung! Herausgefallen sind aus dem Programm ebenfalls die Forderungen nach dem Wahlrecht für Ausländer und zur Reform des Strafvollzugs. Zieht man das Fazit aus dem vorliegenden Programm des „Grünen Lichts“, so bleibt:

- es enthält zunehmend am kleinbürgerlichen Mittelstand orientierte Forderungen (z.B. „Förderung von Klein- und Mittelbetrieben“)
- es macht Abstriche gerade bei den Gruppen in dieser Gesellschaft, die zunehmend in Konfrontation zur vorherrschenden Politik und den großen Parteien geraten sind: bei den Werktätigen, die in wachsendem Maße für ihre Forderungen streiken, bei den Frauen, der Anti-AKW-Bewegung, den jugendlichen Kriegsdienstverweigerern, sowie bei benachteiligten Minderheiten wie den Ausländern und den Gefangenen...

Hier geht es offensichtlich nicht „nur“ um die Unvereinbarkeitsklausel gegen organisierte Linke, sondern um eine ganz andere inhaltliche Ausrichtung der Liste. Nicht mehr um die Gewinnung eines fortschrittlichen Prototyps, was sich von den bürgerlichen Parteien abzuwenden beginnt und um das Zusammenfassen der Anliegen der vielfältigen außerparlamentarischen Bewegungen geht es hier, sondern um den Wettstreit um ein Wählerpotential, das die großen bürgerlichen Parteien heute abdecken. Damit ist der Ansatzpunkt der alternativen Bremer Wahlbewegung längst verlassen! Wer nun meint, durch scheinbare Kompromisse in der Kandidatenfrage die eigentlichen Differenzen überwinden zu können, befindet sich unseres Erachtens auf dem Holzweg.

Es folgten zwei Kampfabstimmungen, in der jeweils mit knapper Mehrheit eine Festlegung des „Initiativkreises“ auf den „Kompromiß“ abgelehnt wurde. Zunächst soll sich die Gruppe um das „Grüne Licht“ verbindlich äußern und ihr Entgegenkommen beweisen. Das Plenum endete chaotisch. Rufe wie „der KB hat gespalten“ und „der KB hat den Kompromiß verhindert“ (die anwesenden KB-Genossinnen und -Genossen hatten sich gegen UVBs auf allen Ebenen ausgesprochen und dementsprechend eine Festlegung auf UVBs für Kandidaten abgelehnt) wurden laut. Beschlossen wurde dann nur noch, daß der Kreis um das „Grüne Licht“ aufgefordert wird, innerhalb der nächsten 14 Tage eine verbindliche, schriftliche Stellungnahme abzugeben. Ein Plenum am 17.2. soll dann das weitere Vorgehen beraten.

Wohin geht das „Grüne Licht“?

Entgegen der Versuche Dinnes, den Eindruck zu erwecken, es sei alles noch „offen“, hat sich in diesem Kreis eine Politik der „Öffnung nach rechts“ durchgesetzt. Peter Willers, einer der führenden Köpfe in diesem Kreis im Interview mit dem ARBEITERKAMPF: „Wir wollen auch die klassischen und konservativen Bürgerinitiativen mit erfassen, wir wollen überhaupt in den bürgerlichen Bereich möglichst weit hinein“. Deutlich wird diese Ausrichtung in dem vorliegenden „Programmentwurf“, aus dem fortschrittliche Positionen weitgehend herausgestrichen wurden:

- Die Anti-Atom-Bewegung, eine der größten und aktivsten Basisbewegungen in Bremen, wird auf 7 Programmseiten nur mit dem Satzchen: „Wir setzen uns ein für die Nutzung natürlicher Energie-

quellen und den sofortigen Stop des Atomprogramms“ bedacht. Die alte Forderung nach Stilllegung aller AKWs, wie z.B. des AKW-Essenhamm an der Unterweser, ist mit dieser „Stop“-Forderung aufgegeben. Die Ablehnung der militärischen Nutzung der Atomenergie ist ganz gestrichen! Anscheinend haben sich hier die Vorstellungen der PFB („Partei freier Bürger“, kandidierte als Versuch einer Straußschen 4. Partei 1975 in Bremen, Exponenten dieser Partei arbeiten heute im Kreis um das „Grüne Licht“ mit), die 1975 in ihrem Programm noch „eine unserem Verteidigungsauftrag entsprechende militärische Ausrüstung und Bewaffnung“ forderte.

Der gleiche Einfluß wird dafür den Ausgleich gegeben haben, daß die Forderung nach „Abschaffung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer, keine längeren Dienstzeiten für Ersatzdienstleistende“ ersatzlos gestrichen wurde.

– Auch die Forderung der Frauen nach Emanzipation und Gleichberechtigung gibt es nicht mehr. Selbst die fürstigen Formulierungen aus dem Willers-Entwurf (dieser diente als Vorlage für das jetzige Programm) zur Doppelbelastung der Frauen durch Haushalt und Beruf wurden ersatzlos gestrichen.

– Auch Forderungen zur Verbesserung der Lage der Werktätigen wie die „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“, wie das „allgemeine Streikrecht und Verbot der Aussperrung“ sind entweder aus dem Programm verschwunden oder abgeschwächt formuliert: „Arbeitszeitverkürzung zur gerechteren Verteilung der Arbeit“ heißt es jetzt. Die berechtigte Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit zur Entlastung von Streß und zunehmender Arbeitsetze verschreckt offensichtlich zu viele Bürger. Auch hier also

zu viele Bürger. Auch hier also Zugeständnisse an den Mittelstand zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung! Herausgefallen sind aus dem Programm ebenfalls die Forderungen nach dem Wahlrecht für Ausländer und zur Reform des Strafvollzugs.

Zieht man das Fazit aus dem vorliegenden Programm des „Grünen Lichts“, so bleibt:

- es enthält zunehmend am kleinbürgerlichen Mittelstand orientierte Forderungen (z.B. „Förderung von Klein- und Mittelbetrieben“)
- es macht Abstriche gerade bei den Gruppen in dieser Gesellschaft, die zunehmend in Konfrontation zur vorherrschenden Politik und den großen Parteien geraten sind: bei den Werktätigen, die in wachsendem Maße für ihre Forderungen streiken, bei den Frauen, der Anti-AKW-Bewegung, den jugendlichen Kriegsdienstverweigerern, sowie bei benachteiligten Minderheiten wie den Ausländern und den Gefangenen...

Hier geht es offensichtlich nicht „nur“ um die Unvereinbarkeitsklausel gegen organisierte Linke, sondern um eine ganz andere inhaltliche Ausrichtung der Liste. Nicht mehr um die Gewinnung eines fortschrittlichen Prototyps, was sich von den bürgerlichen Parteien abzuwenden beginnt und um das Zusammenfassen der Anliegen der vielfältigen außerparlamentarischen Bewegungen geht es hier, sondern um den Wettstreit um ein Wählerpotential, das die großen bürgerlichen Parteien heute abdecken. Damit ist der Ansatzpunkt der alternativen Bremer Wahlbewegung längst verlassen! Wer nun meint, durch scheinbare Kompromisse in der Kandidatenfrage die eigentlichen Differenzen überwinden zu können, befindet sich unseres Erachtens auf dem Holzweg.

Ran an'n Speck! Wahlbeteiligung vorbereiten!

Die Enttäuschung über die Spaltung einer einheitlichen Liste ist verständlich. Es gibt unserer Meinung nach aber keinen Grund, hierin zu verharren und gelähmt wie das Kaninchen auf die Schlange/„Grünes Licht“ zu starren. Der „Initiativkreis Grüne/Bunte Liste“ hat in der Vergangenheit kontinuierlich für die Verbreiterung und Aufrechterhaltung der Wahldiskussion gesorgt. Er hat heute bereits eine ansehnliche Breite in der Beteiligung erreicht, die Teile der Basis- und Frauenbewegung sowie fortschrittliche und linke Organisationen und zahlreiche Einzelpersonen erfaßt. Es ist einfach ein demagogischer Rechtfertigungsversuch für das eigene und demokratische Vorgehen, wenn führende Teile des „Grünen Lichts“ um Olaf Dinne penetrant zu verbreiten versuchen, es handle sich beim „Initiativ-Kreis“ ja doch nur um KB und „KPD“.

Solche billigen Methoden sind lei-

der durch die Spaltergruppe „Grüne Aktion Zukunft“ des Ex-CDUlers Gruhl eingeführt worden und der Wahlkampfleitung der großen Parteien abgeschaut. Wir halten ein zielstrebiges Aufbauen des „Initiativkreises“ und die zügige Verbreiterung einer Wahlbeteiligung bei gleichzeitiger Bereitschaft zur Zusammenarbeit für richtig. Der „Initiativkreis“ sollte noch stärker seine Vorstellungen von fortschrittlicher Alternative verbreiten.

- Diskussion um die bisher erarbeiteten Vorstellungen in allen interessierten Bereichen
- demokratische Programmdiskussion in der Basisbewegung, Erstellung

Erklärung des Bremerhavener Wahlplenums

Das Plenum des Bremerhavener Initiativkreises für eine Grüne/Bunte Liste am 26.1.79 bedauert die Aufkündigung der Zusammenarbeit durch den „Horner Kreis“ und verurteilt den Versuch dieses Kreises, die alternative Bremer und Bremerhavener Wahlbewegung durch die beabsichtigte öffentliche Präsentation eines „Bremer Bürger-Bündnisses“ vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Die Bremerhavener Initiative lehnt diese „Friß oder stirb“-Alternative ab, zumal sowohl die Programmatik als auch der formale Rahmen dieses „Bündnisses“ nichts mit den zu Beginn der Diskussion gemeinsam festgelegten Grundsätzen gemein haben.

Auf der Basis dieser Grundsätze sind wir weiterhin zu Verhandlungen bereit. Allerdings vermissen wir den von uns im-

eines Programms auf diskutierter Grundlage auf einer Vollversammlung

Demokratische Strukturen von Wählbarkeit und Abwählbarkeit in der Liste, keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Zusammenarbeit mit jedem, der bereit ist, die gemeinsam erarbeiteten Grundlagen der Arbeit anzuerkennen.

Vor allem ist es an der Zeit, mit den bisherigen Vorstellungen an die Öffentlichkeit zu gehen, und mit konkreter praktischer Arbeit und Vorbereitung in Stadtteilen, Betrieben, Schulen und Hochschulen zu beginnen.

Wahlausschuß KB/Gruppe Bremen

mer wieder dokumentierten Willen zur Einheit im Verhalten des „Horner Kreises“. Deshalb darf auch nicht weiterhin die Bereitschaft zum Kompromiß und zur Diskussion unsererseits gleichzeitig bedeuten, die Schaffung der inhaltlichen und formalen Voraussetzungen für die Bildung einer alternativen Wählergemeinschaft, die diesen Namen auch verdient, immer wieder hinauszuschieben.

Wir arbeiten darauf hin, in diesem Sinne so bald wie möglich eine entsprechende Gründungsversammlung auf Mitgliederbasis durchzuführen. Die bisherigen Diskussionsergebnisse, d.h. der Präambelentwurf, die Entwürfe für die einzelnen Bereichsplattformen und der Strukturvorschlag stellen eine ausreichende Grundlage für diesen Schritt dar.

Neue Linie der „KPD“? Unvereinbarkeitsbeschlüsse in alternativen Listen

Ein besonders jämmerliches Bild in der Auseinandersetzung um Unvereinbarkeitsbeschlüsse für Kandidaten gab die „KPD“ ab. Nachdem auf dem Plenum des „Initiativkreises“ verschiedene Sprecher die Annahme dieses „Kompromisses“ empfohlen hatten, fielen die anwesenden „KPD“-Vertreter, die anfangs noch zaghaft dagegen gesprochen hatten, um und setzten sich in der Folge vehement für Unvereinbarkeitsbeschlüsse ein. Ihre einzige Bedingung war dabei, daß auch der KB darunter fallen muß, sonst würden sie dagegen stimmen. Einer der „KPD“-ler formulierte höchstpersönlich den Text des UVB.

Nachdem in der Abstimmung eine (knappe) Mehrheit die Festlegung des „Initiativkreises“ auf solche undemokratischen Prinzipien abgelehnt hatte, betätigten sich die „KPD“-ler als lauteste Schreier gegen den KB, der sich im Gegensatz zu dieser „glorreichen Partei“ nicht selbst in den Arsch getreten

Renommier-Professor Jens Scheer behauptete sogar einen Tag später auf einem Treffen von Anhängern des „Dritten Wegs“, der KB wäre ja nun raus aus der Wahldebatte, der KB hätte gespalten usw.

Offensichtlich sind diese Leute sich in ihrem Opportunismus für nichts dreckig genug. Bleibt abzuwarten, ob sie demnächst auch für Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf allen Ebenen der Wählergemeinschaft stimmen.

Mit ihrem Vorgehen hat die „KPD“ nicht nur sich selbst geschadet, sie diskreditiert damit leider auch linke Politik über ihren eigenen Parteiladen hinaus (wenn's nur um den gehen würde, wär's nicht schade drum!).

Wir fordern die „KPD“ auf, sich von dem Verhalten ihrer Vertreter auf dem letzten Wahlplenum öffentlich zu distanzieren.

Wahlausschuß KB/Gruppe Bremen

„Bunte Liste“ in Freiburg gegründet

Am 18.1. hatten sich rund 70 Personen, teilweise aus Initiativen zusammengefounden, um eine „Bunte Liste“ Freiburg zu gründen. Die Liste will bei den Gemeinderatswahlen am 28.10. für einen zukünftig „bunten“ Gemeinderat sorgen. An der Gründung waren u.a. Mitglieder des Badischen Mietering, der Jugendzentrumsinitiative, der Bürgerinitiative gegen Berufsverbote und der Initiative Wohngemeinschaften, die Marxistisch-Reichistische Initiative (MRI) und der KB vertreten. Inzwischen hat sich die „Bunte Liste“ auch in einem Flugblatt öffentlich vorgestellt und fordert zur Mitarbeit auf.

Es wurden Arbeitsgruppen zum Umweltschutz, Mietfragen und zur Repression gebildet. Die Arbeitsgruppe „Frauen für eine Bunte Liste“ hat sich bereits getroffen und ein gemeinsames Flugblatt beschlossen.

Außerdem fordert die „Bunte Liste“ die Studenten auf, durch rechtzeitige Ummeldung die Liste aktiv zu unterstützen. Denn das Kommunalwahlgesetz ist eigens geändert worden, man muß jetzt sechs Monate vor der Wahl in Freiburg seinen 1. Wohnsitz haben, um dort wählen zu dürfen.

Der KBW, der lange Zeit in der Linken in Freiburg dominiert hatte, sieht nun auch bei den Wahlen, zu denen er mit eigener Liste antritt, seine Felle vollkommen davonschwimmen. Das hat ihn zu Unter der Überschrift „Die letzte Chance – vom „Latscher“ zum Bourgeoispolitiker“ poltert er in der „KVZ“ vom 22.1.79 los: In der erklärten Absicht der Bunten Liste, mindestens einen Sitz im Gemeinderat zu erreichen, sieht der KBW „das bunte Fieber von der Rangelei um die Posten“. Die beteiligte MRI ist für den KBW ein Verein, der „der Bourgeoisie zur Abspaltung der Intelligenz von der Arbeiterklasse dienen soll“. Daß die MRI sogar im Stadtrat der SPD Zugeständnisse abzurufen gedenkt, bringt nun den KBW total ins Geifern: „Man kann sich schon die „Zugeständnisse“ der SPD vorstellen, wenn der Vertreter der „Bunten“ im Stadtrat im Zuge des Kampfes gegen die „Geschlechterdiskriminierung“ ... beantragt, die Hälfte aller öffentlichen Toiletten zu schließen und dafür Männer- und Frauentoiletten zusammenzulegen“ – ein Ausguß der KBW-Kloakenphantasie!

UNTERSTÜTZT DIE GAZ DIE GRÜNE LISTE SCHLESWIG-HOLSTEIN??

Das Gerangel zwischen GAZ und GL SH um Zusammenarbeit und Kandidatur geht weiter. Wie in AK 146 berichtet, hatte das GAZ-Vorstandsmitglied Kaminski eine Unterstützung der GL SH und den Verzicht auf eine Eigenkandidatur davon abhängig gemacht, daß die Zusammenarbeit mit „linksradikalen Kräften“ (Anm., gemeint waren AUD und GLU!) eingestellt werde. Gruhl und die anderen Vorstandsmitglieder erklärten demgegenüber, daß die GAZ auf eine Kandidatur verzichte, wenn das Programm der GL SH annehmbar sei. In seinem Brief des GL-Vorstands an Gruhl (11.1.) heißt es: „Der Vorstand der Grünen Liste erklärt dazu, daß das Ergebnis der bisherigen Programmarbeit noch nicht abgeschlossen ist und veröffentlicht werden kann. Als programmatische Grundlage wird die Grüne Liste eine Wahlplattform benutzen, welche Ihnen umgehend zugestellt wird. An der Erarbeitung dieser Plattform können nach wie vor bis zu drei GAZ-Mitglieder mitwirken. Ohnehin wird in der Wahlplattform der Inhalt des Grünen Manifests seinen Niederschlag finden.“ Dies sowie insgesamt das Verhältnis zur GAZ scheint jedoch nach wie vor umstritten. So hieß es nach der GL-Mitgliederversammlung vom 21.1.: „Mit der in Schleswig-Holstein auftretenden Gruppierung der GAZ will die Grüne Liste nicht zusammenarbeiten. Einer der drei Landesvorsitzenden der Grünen Liste, Baldu Springmann, (Anmerkung., bekannt wegen seiner offe-

nen Sympathien für Neonazis) bewertete sie als rechtsradikal, wovon man sich ebenso distanzieren müsse wie von Linksradikalen“ (Kieler Nachrichten, 22.1.).

Dennoch scheint die GL-Mitgliederversammlung den Bedingungen Gruhls (Annäherung des Wahlprogramms an das Grüne Manifest) Rechnung getragen zu haben: „Nach hartem Ringen, widersprüchlichen Abstimmungsergebnissen und einzelnen Austrittsdrohungen aus der Landesorganisation hat eine Landesversammlung der GL SH schließlich mit breiter Mehrheit beschlossen, ihre Programmaussagen auf die Gesichtspunkte des Umweltschutzes und einer gegen die Atomenergie gerichteten Politik zu beschränken. Teilweise standen bis zu fünf Programmwürfe zur Diskussion... Von der Steinburger Gruppe, deren Redner sich als gemäßigt rechts einstufen, war zu hören, breite Programmaussagen würden bei der GL SH nur unnötig Gegensätze aufreißen...“ (Kieler Nachrichten, 22.1.). Schließlich wurde nach einigem Hin und Her beschlossen, das alte Programm vom Rendsburger Gründungskongreß (Mai 78) zur verbindlichen Wahlplattform zu machen, was sich eben ganz auf Aussagen zur Ökologie beschränkt. Damit scheinen die nach der Spaltung noch in der GL SH verbliebenen Kräfte, die in das Programm radikal-demokratische Elemente aufnehmen wollten (Frauen, Antimilitarismus usw.), endgültig abgebürstet.

Landesleitung Schleswig-Holstein

Hans Schwalbach macht weiter

Hans Schwalbach – Atomföhl, ÖTV-Chef und (noch) rechter SPD-Landtagsabgeordneter – läßt nicht locker in Sachen VS und „Linksextremismus“. Im Dezember stellte er im Landtag eine Anfrage zur Bündnispolitik der K-Gruppen, die ihm ein ganz besonderer Dorn im Auge zu sein scheint: Hans Schwalbach hat sich in der Vergangenheit einen Namen gemacht durch den Gewerkschaftsausschluß der Lübecker Betriebsrätin B. Schultek wegen Unterstützung des Russell-Tribunals. Hinter Protesten von Jusos und SPD-Mitgliedern witterte er den KB als „Drahtzieher“. Die Landesregierung beantwortete Schwalbachs Anfrage „positiv“: „Trotz unterschiedlicher ideologischer Zielsetzung setzen alle kommunistischen Parteien die Schaffung von Bündnissen und Aktionsgemeinschaften und die Unterwanderung demokratischer Or-

ganisationen stärker denn je als Instrument zum Erreichen ihrer Ziele ein.“ (Kieler Nachrichten, 29.12.78).

„Eine ähnliche Taktik verfolgten die maoistisch orientierten Parteien und Gruppierungen. Wie die Landesregierung ausführt, verfolgen diese ihre Ziele nicht nur durch Aktivitäten der eigenen Organisation, sondern auch durch die Gründung von Hilfs- und Tarnorganisationen. So habe der Kommunistische Bund es früh verstanden, sich an die Bürgerinitiativbewegung gegen Kernkraftwerke anzuhängen und dort führende Positionen zu erobern. Darüber hinaus agitierte der KB auch in anderen Organisationen... Einzelmitglieder des KB beteiligten sich in Gruppen wie dem „Arbeitskreis für Politik“ in Lübeck“ (Kieler Nachrichten, 29.12.).

Wie sagte doch Hans Schwalbach seinerzeit ganz richtig? „Ja, die Hinterleute... die sind gefährlich“.

Fredersdorf („Steuerpartei“) für Strauß

Zu den Dauerbrennern der rechten Parteigründerszene gehört seit einem knappen Jahr der Vorsitzende der Steuergewerkschaft Hermann Fredersdorf. Zu GAZ-Gründungszeiten wurde sein Name häufig in Verbindung mit Gruhl genannt. Dann wollte er aber doch lieber alleine gründen. Nach dutzenden von Gründungsankündigungen im Sommer vergangenen Jahres wurde es monatelang still um ihn. Gemeldet wurde nur, daß die SPD ihn endgültig rauschmeißen wollte, was im Dezember auch geschehen ist, und daß er seine Steuerprotestpartei „endgültig“ am 1. Mai 79 ins Leben rufen will.

Inzwischen bemüht sich vor allem die Springerpresse, Fredersdorfs Steuerpartei, die er möglichst Bürgerpartei nennen möchte, wieder in die Diskussion zu bringen. In der WELT durfte er in einem Interview seine Pläne erläutern. Interessant ist vor allem der Punkt Koalition. Fredersdorf erklärt klipp und klar, daß es ihm darum geht, einer CDU/CSU-Regierung in den Sattel zu verheilen. „Eine Bürgerpartei würde keine Koalition schließen, aber sie wäre durchaus in der Lage, eine CDU/CSU-Minderheitsfraktion als Regierungspartner zu tolerieren.“ (30.1.79) Sein Idealkanzler heißt Strauß. „Für mich selber wäre klar, daß Franz Josef Strauß Bundeskanzler werden müßte, weil ich ihm allein zutrauen kann, verlorene Freiheitsräume für den Bürger zurückzugewinnen...“ Fredersdorf sieht deshalb analog zu den CDU/CSU-Überle-

gungen zur Gegenblockbildung gegen den angeblichen SPD/FDP-Block die Hauptaufgabe seiner Neugründung darin, „...daß die Bürgerpartei die neue politische Kraft wäre, die endlich die Aufgabe wieder wahrnehmen könnte, die die FDP sträflich vernachlässigt hat, weil sie sich gerierte wie eine Volkspartei...“ Zu deutsch: Fredersdorfs Bürgerpartei will eben auch deutlich Bürgerblockpartei sein, und eine solche Partei „...muß sich darüber im klaren sein, daß sie ihr parteipolitische Programm nicht in der Breite von Helga Schuchhardt bis Rötger Groß strecken kann.“ Fredersdorfs Bürgerpartei soll eben astrein auf den kleinbürgerlich-rechten Mittelstand ausgerichtet sein und insbesondere auf der Welle reiten, wie sie gerade jetzt wieder von der CDU-Mittelstandsvereinigung angegeben worden ist. Für den Mittelstand (d.h. die kleinen Kapitalisten und die Selbständigen) ist „die Steuerbelastung das Thema Nr. 1...“ (WELT, 2.2.79). Sie wollen vor allem die „...ausufernden Sozialbelastungen bescheiden“. Das Thema ist bei der CDU also schon „aufgehoben“. Wie Fredersdorf dann zu Prognosen kommt, mit seiner Partei gut und gerne 6% zu schaffen, bleibt natürlich bei diesen politischen Konstellationen erst einmal unerfindlich. Aber Aufschneiderien gehören bei den rechten Parteigründern sozusagen zur Grundausrüstung. Gruhls GAZ wollte in Hessen beim ersten Anlauf ja auch gleich auf 8% hinauf. Man weiß, was daraus geworden ist.

Jansen: „Ich gehöre in der SPD zu den AKW-Gegnern“

Viel Staub hat ein Brief des SPD-Landesvorsitzenden Günther Jansen an namhafte AKW-Gegner wie Robert Jungk und Knut Kiesewetter aufgewirbelt. Dieser Brief, in dem Jansen sehr weitgehende Versprechungen in Sachen AKW macht, falls die SPD am 29. April an die Regierung kommt, wurde am 27.1. von der Zeitung der dänischen Minderheit „Flensborg Avis“ veröffentlicht:

„Ich bin kein Apostel gegen Atomenergie, und ich will auch nicht ausschließen, daß die Menschen eines Tages die Kernenergie und den Atomabfall beherrschen, genauso wie sie heute Petroleum und Penicillin beherrschen. Aber es ist unbestritten, daß kein Techniker, kein Wissenschaftler und auch kein Politiker heute für eine absolut sichere Nutzung der Kernenergie garantieren kann. Solange dies so ist, gehöre ich in der SPD zu den Atomkraftgegnern, die konsequent ihre Stellung und ihre Mitgliedschaft in der SPD davon abhängig machen, daß ein weiterer Ausbau der Atomkraft gestoppt wird, soweit dies im Verantwortungsbereich der Sozialdemokraten liegt. Diese Aussage gilt natürlich ganz besonders für die Atomkraftprojekte in Schleswig-Holstein, wo wir wahrscheinlich am 29. April gemeinsam mit der FDP eine direktere Möglichkeit erhalten werden, einzugreifen. Für eine SPD-geführte Landesregierung gilt: 1. Das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf wird nicht gebaut. 2. Das fertige Kernkraftwerk in Krimmel wird nicht in Betrieb genommen. Diese Aussagen bringe ich ohne Wenn und Aber vor für die Legislaturperiode bis 1983, auch weil wir bis zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage sein werden, die

endgültige Lagerung des Atomabfalls zu realisieren, so wie es auf dem SPD-Landesparteitag gefordert wurde. 3. Das Kernkraftwerk in Brunsbüttel wird erst wieder eine Betriebs-erlaubnis erhalten, wenn die sicherheitsgefährdenden Störungen ausgeschlossen sind. So steht es in unserem Programm. Ich sehe mich nicht in der Lage, irgendeine Kontrollinstanz zu nennen, die Garantien für eine solche Aussage übernehmen könnte.“ Diese Äußerungen Jansens gehen über das bisher gewohnte „normale“ Maß hinaus. Insbesondere die Ankündigungen, die Mitgliedschaft in der SPD abhängig zu machen von einem „Anti-AKW-Kurs“ des Landesverbandes. Was darunter allerdings zu verstehen ist („...daß ein weiterer Ausbau der Atomkraft gestoppt wird, soweit dies im Verantwortungsbereich der Sozialdemokraten liegt“), ist sehr weit „auslegbar“. Klar ist, daß bei einem Wahlsieg SPD und FDP die Regierung stellen und der SPD-Spitzenkandidat Matthiesen schon jetzt Mäßigung der Partei-„Linken“ unter Hinweis auf den zukünftigen Koalitionspartner verlangt. So distanzierte sich Matthiesen auch von dem Brief Jansens. „Der Inhalt des Briefes sei offenbar nicht mit dem SPD-Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten... abgestimmt worden. Matthiesen selbst habe erklärt, er hätte nicht so unzweideutig wie sein Landesvorsitzender formuliert, um Spielraum bei möglichen Koalitionsverhandlungen mit der FDP zu erhalten“ (Kieler Nachrichten, 30.1.).

Die Versprechungen Jansens in Sachen Brokdorf gehen über die gängigen Parteitagebeschlüsse hinaus, wo es heißt: Brokdorf soll nicht gebaut werden. Insbesondere diese Passage in dem Brief rief Widerspruch bei Matthiesen hervor. Er hätte „eine

Formulierung vorgezogen, die besagt, daß Brokdorf nicht weitergebaut werden soll... (Es) besteht die Möglichkeit, daß Ministerpräsident Stoltenberg schon vor der Wahl eine weitere Betriebsgenehmigung erteilt und daß die neue Regierung in Kiel Erstattungskosten von der Atomindustrie in Milliardenhöhe am Hals hätte, würde sie den Weiterbau stoppen. Matthiesen will sich ausschließlich darauf festlegen, daß es keine Betriebsgenehmigung für das fertige AKW Brokdorf geben wird“ (Flensborg Avis, 27.1.). Stellt man in Rechnung, daß Matthiesen (und nicht Jansen) als Ministerpräsident die Politik bestimmen würde und zum anderen die FDP mit in der Regierung sitzt, wird wohl deutlich, daß die Wahlversprechungen Jansens nicht eingelöst werden. Bleibt noch die Frage, ob dieser Brief mehr Imagepflege gegenüber den AKW-Gegnern und den Linken in der SPD (nach den Protesten linker Parteimitglieder gegen die Zustimmung der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten zum Schnellen Brüter) als ernst gemeinte Absichten sind.

Zumindest ist noch in Erinnerung, daß ähnlich weitgehende Versprechungen Jansens in Sachen Brunsbüttel einen kläglichen Weg gegangen sind: Noch im Sommer letzten Jahres hatte Jansen auf einer Veranstaltung in St. Margarethen versprochen, daß eine SPD-Landesregierung die Betriebs-erlaubnis für das AKW Brunsbüttel zurückziehen würde. Auf dem letzten Landesparteitag (26.11.78) jedoch brachte Jansen, gemeinsam mit den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten einen entsprechenden Antrag der SPD-Linken zu Fall!

Landesleitung Schleswig-Holstein

Brunsbüttel muß stillgelegt werden
AKW Brunsbüttel muß stillgelegt werden

„Bisher gibt es aus technischer Sicht keinen Grund, das Kernkraftwerk Brunsbüttel nicht wie vorgesehen im Frühjahr 1979 wieder in Betrieb zu nehmen. Über politische Gründe hätten sich die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) keine Gedanken zu machen. Dies erklärte der neue technische Betriebsleiter... Ingenieur Werner Hartel... Und dies unterstrich auch der neue Geschäftsführer der Kernkraftwerk Brunsbüttel GmbH, Dr. Timm“ (Eckernförder Zeitung, 15.1.).

Nach einer Diskussion im Innenausschuß des Bundestages wurde gemeldet: „Die Anlage in Brunsbüttel kann nach optimistischen

Schätzungen“ der zuständigen Bundes- und Landesbehörden von Schleswig-Holstein ihren Betrieb im Frühsommer wieder aufnehmen.“ (Kieler Nachrichten, 18.1.).

Von der HEW wurde die Wiederinbetriebnahme des AKW „Brunsbüttel Ende April oder Anfang Mai“ als eine „Schicksalsfrage für dieses Geschäftsjahr und die weitere Zukunft“ verkauft. (Kieler Nachrichten, 17.1.).

Nach diesen neuen Verlautbarungen der AKW-Betreiber und Regierung kann man gespannt sein, welche Stellungnahme nun vom SPD-Landesvorstand abgegeben wird, da das Schrott-AKW Brunsbüttel zum bri-

santen Wahlkampfthema wird.

Die „Liste für Demokratie und Umweltschutz“ hat zu einer Demonstration Ende März, also in der „heißen“ Phase des Wahlkampfes aufgerufen. Dem Aufruf haben sich bereits ca. 30 Verbände und Initiativen angeschlossen (s. AK 145).

Mehrere tausend Unterschriften wurden schon in Hamburg und Schleswig-Holstein für die endgültige Stilllegung des AKW Brunsbüttel gesammelt.

Von der SPD und den Jusos, die ja im Wahlkampf gegen das AKW Brunsbüttel „zu Felde“ ziehen wollen, war bisher allerdings noch nichts zu hören.

„Eurobarometer“ – Indiskretion oder Meinungsmache?

Laut einer „Umfrage“ unter 8.400 Bürgern der 9 EG-Staaten vom Oktober 78 (Auftraggeber: die EG-Kommission), soll das Wahlergebnis bei den ersten Direktwahlen zum Europa-Parlament im Juni dieses Jahres folgendermaßen ausfallen: 38,5% der Stimmen sollen auf die Sozialisten bzw. Sozialdemokraten entfallen, 22,1% auf die Christdemokraten, 9,9% auf die Liberalen und 7,5% auf die Kommunisten (nach FAZ, 30.1.79), sowie 3,6% auf die Gaullisten (FR, 27./28.1.79).

Offiziell sollten diese Zahlen nicht veröffentlicht werden, da sie vor allem den französischen Vertretern als zu brisant und möglicherweise wahlbeeinflussend erschienen, doch „wie in solchen Fällen üblich, hat die Kommission die Rechnung ohne die Durchlässigkeitsquote amtlicher Schweigegebote gemacht“ (FAZ, 30.1.).

So kamen denn auch die Zahlen ohne viel Federlesens zum Vorschein, doch sie wirken – v.a. bei genauerer Betrachtung der nationalen Einzelergebnisse – so wundersam, daß die Frage nach dem Zweck dieser „Indiskretion“ sich geradezu aufdrängt.

So wird für die SPD ein deutlicher Sieg mit 47,5% vor der CDU mit 41,6% und der FDP mit 8% prognostiziert (FAZ, 30.1.).

Die französischen Sozialisten sollen gar mit 39,7% um ca. 17% über ihrem Ergebnis bei den letzten Parlamentswahlen liegen, während den Kommunisten lediglich noch 10,9 von ehemals 21,2% zugetraut werden. Die Gaullisten fallen in der „Umfrage“ von 22,2 auf 14%, die Giscardisten können sich um 1,4% auf 21,4% verbessern.

Ein klarer Sieg für die Sozialdemokraten also und eine ebenso klare Absage der Franzosen an die gaullistischen und kommunistischen EG-Gegner und Kritiker?

Fast noch spektakulärer sollen sich die Wählerfronten in Italien verziehen. Die Kommunisten würden demnach von 34,4% bei den Parlamentswahlen 1976 auf 22% fallen, während die Democrazia Cristiana ihr Ergebnis halten kann. Ein wahrhafter Erdbeben wird zugunsten der italienischen Sozialdemokraten prophezeit, die 1976 mit 9,6% noch ein Schattendasein fristeten. Sie sollen sich auf 23,8% steigern können.

Wenn auch derartige Umfrageergebnisse bezüglich ihrer Zuverlässigkeit allemal angezweifelt werden müssen, so mutet es dennoch besonders eigenartig an, daß diese doch angeblich gar nicht für das Licht der Öffentlichkeit bestimmten Zahlen, die ja einen nahezu totalen Sieg der Sozialdemokraten prophezeien, nun doch so deutlich mit eben diesem Licht kokettieren. Es scheint wohl eher so zu sein, daß die Veröffentlichung der Zahlen recht gut in das Konzept der SPD-Spitzenpolitik paßt, die einerseits ein Desinteresse „des Bürgers“ für Europa konstatiert, sich andererseits aber optimistisch geben, daß der Bürger schon die Wichtigkeit dieses „historischen Ereignisses“ (SPD-Friedrich nach NDR II, 28.1., 23.30 Uhr-Nachr.) begriffen habe, so daß schließlich 75–80% zur Wahl gingen.

Und natürlich sind solche angeblich objektiven Umfragen als massive Wahlmischung zu werten, mit dem Ziel, EG-Gegner bzw. auch nur partielle Kritiker der heutigen EG als hoffnungslose Minderheit darzustellen. Besonders für Frankreich und Italien, wo die sozialistischen Parteien noch nicht vollständig dem imperialistischen SPD-Kurs angepaßt sind, verfolgt die Umfrage eindeutig den Zweck, die Hinwendung dieser Parteien zur SPD als wählerwirksam und erfolgreich darzustellen. Craxi, Mitterrand und Rocard werden mit derartigen Umfrageergebnissen im Rücken

die imperialistische EG-Integration als demokratische Erfüllung der Volksmeinung verkaufen. Für solche Manöver erhalten sie auch vom sonst gar nicht so „sozialistenfreundlichen“ EG-Apparat die notwendige Unterstützung. Wir werden im Europawahlkampf ähnliche Manöver sicher noch häufiger erleben.

Eurowahlkommission
KB/Gruppe Göttingen

Klarstellung der Democrazia Proletaria zu den Europa-Wahlen

Zur AK-Berichterstattung über die Gespräche linker Organisationen zu den Europa-Wahlen erreichte uns folgender Brief von Democrazia Proletaria (Italien):

„Liebe Genossen, in dem in AK 145 erschienenen Artikel zum Turiner Treffen gibt es Ungenauigkeiten, die ich klarstellen möchte:

1. DP hat sich noch nicht entschieden, eine Liste zu den Europa-Wahlen aufzustellen. Das Dokument, auf das ihr euch bezieht, ist der Vorschlag unserer Nationalen Leitung. Die Entscheidung, ob eine Liste aufgestellt werden soll, wird auf der Delegierten-Versammlung von DP fallen, die im Februar stattfindet.

2. DP hat bei keiner Gelegenheit die Aufstellung einer europäischen Liste vorgeschlagen, sondern ist immer gegen solche Vorschläge gewesen.

Indem wir unsere hier erwähnten Positionen bekräftigen, fordern wir euch auf, sie in der nächsten Ausgabe des AK zu veröffentlichen, um die Position unserer Organisation nicht gegenteilig erscheinen zu lassen.

Mit kommunistischen Grüßen, für die Internationale Kommission und das Esecutivo Nazionale der DP, A.R.“



Nachrichten vom Widerstand

Arbeitstreffen der Anti-AKW-Bewegung

Am 10./11.2. findet in Braunschweig ein bundesweites Arbeitstreffen für alle Atomkraftgegner statt. Dieses Treffen wird ein erfreulich breites Spektrum der Bewegung repräsentieren. Der Vorbereitungskreis von BIs aus der Region Südniedersachsen konnte sich inzwischen mit dem BBU (der unabhängig davon ein Treffen geplant hatte) und der BI-Lüchow-Dannenberg auf die gemeinsame Durchführung dieses Treffens einigen, am Ende der Konferenz wollen sie auch eine gemeinsame Pressekonferenz durchführen.

Bislang haben sich bereits 300 Teilnehmer angemeldet, die Veranstalter rechnen mit insgesamt rund 1000 Teilnehmern. Dieses Treffen ist

ein Ausdruck davon, daß jetzt angesichts des für diese Tage angekündigten Beginns der Probebohrungen in Gorleben die Organisation eines breiten und längerfristigen Widerstands gegen die bisher bedrohlichste Projekt des Atomprogramms auf der Tagesordnung steht. „Die Schlacht um Gorleben hat begonnen“, heißt es in Stellungnahmen der BI-Lüchow-Dannenberg. Dieses Treffen dürfte dabei für die weitere Entwicklung von großer Bedeutung sein, selbst wenn die Veranstalter ursprünglich lediglich eine Aussprache innerhalb der Bewegung ohne festere Meinungsbildung, Abstimmungen und Beschlüsse im Auge hatten. Doch auf dem Vorbereitungs-

treffen am 27.1. in Braunschweig setzte sich dann doch die Bereitschaft durch, über die Diskussion in den verschiedenen Arbeitsgruppen hinaus Diskussionen und Meinungsbilder am 2.Tag im Plenum zuzulassen.

Im folgenden werden von uns wesentliche Positionen, die in der Bewegung derzeit eine große Rolle spielen, anhand von einigen Papieren dokumentiert (zum Arbeitskongress selbst soll noch eine rund 250-seitige Vorbereitungsmappe mit den verschiedensten Stellungnahmen verschickt werden). Aus den dargestellten Positionen ergibt sich, daß es noch ein Stück Arbeit sein dürfte, tatsächlich zu breit getragenen, ge-

meinsamen Aktionen in der Bewegung zu kommen. Sowohl von gewaltfreien Strömungen als auch von Sponti-Seite werden Bedenken gegen bisher durchgeführte Großaktionen vorgetragen. Die eine Seite propagiert „gewaltfreie dezentrale Widerstandsaktionen“ und will ansonsten auf die Entwicklung des Widerstandes in der örtlichen Bevölkerung für eine eventuelle weitergehende Planung warten. Ebenso wie von Sponti-Seite wird die weitere Bedeutung von Großaktionen nach Kalkar - wo sie mehr oder weniger das Gefühl einer „Demonstration der Schwäche“ gegenüber der Polizei gehabt hätten, angezweifelt. Viele Kräfte, die mit dem Willen von Bau-

platzbesetzungen die damaligen Großaktionen durchgeführt hatten, haben sich heute aus der Bewegung zurückgezogen, dagegen hat sich bei Teilen der Sponti-Kräfte in der BI-Bewegung die Bevorzugung von individuellen Sabotage-Aktionen durchgesetzt. Wir halten daran fest, daß wir neben der wichtigen Diskussion über einzelne Aktionen, als bedeutsamstes Mittel für einen Auftakt einer breiten Kampagne gegen den Bau der WAA in Gorleben die Durchführung einer Großaktion halten.

AKW-Nein-Kommission

Stellungnahme zum Vorgehen in Gorleben

BI-Lüchow-Dannenberg:

In ihrer Stellungnahme vom 1.12.78 erklärt die BI, sie halte an ihrem „dezentralen“ Konzept fest, das „hauptsächlich“ auf Aktionen abziele, „die von jeder Initiative an ihrem Ort in Eigenverantwortung durchgeführt werden können“, eine Großdemonstration würden sie allerdings nicht ausschließen.

Ihre Vorbehalte werden dabei mit den Erfahrungen in Kalkar begründet. „Trotz der zahlenmäßigen Stärke“ sei Kalkar als ein taktischer „Erfolg der Polizei“ anzusehen. Anders als in Brokdorf III sei „das Durchbrechen des Demonstrationsverbotes am Bauplatz selbst nicht erkaufte worden“, sondern dem politischen Ziel der Polizei „hart, aber besonnen“ zur „Demoralisierung der Demonstrationsteilnehmer“ beizutragen, zuzuschreiben. Sie befürchten, „zuzuschreiben. Sie befürchten, daß Demonstrationen auf dem Weg nach Gorleben noch besser abgefangen werden könnten, die Polizei sei für solche „empfindlichen Störungen“ inzwischen gut gerüstet“. Durch dezentrale auch überraschende Aktionen hofft die BI, die „Stärke des Gegners“ unterlaufen zu können.

Weiterhin begründen sie ihr Konzept mit der Notwendigkeit eines „langfristigen“ Vorgehens. Atomanlagen seien „nicht in einer militärischen Schlacht, sondern nur über ein verändertes Bewußtsein breiter Teile der Bevölkerung zu verhindern“. Für die Atomlobby seien nicht „20 000 linksorientierte Demonstrationen“ sondern das „gemeinsame Vorgehen von konservativen und antikapitalistischen Kräften“ bedrohlich. Sie fordern daraus schlußfolgernd eine entsprechende „Rücksichtnahme“, damit die Aktionen geeignet seien, „unsere Positionen im Landkreis zu stärken“.

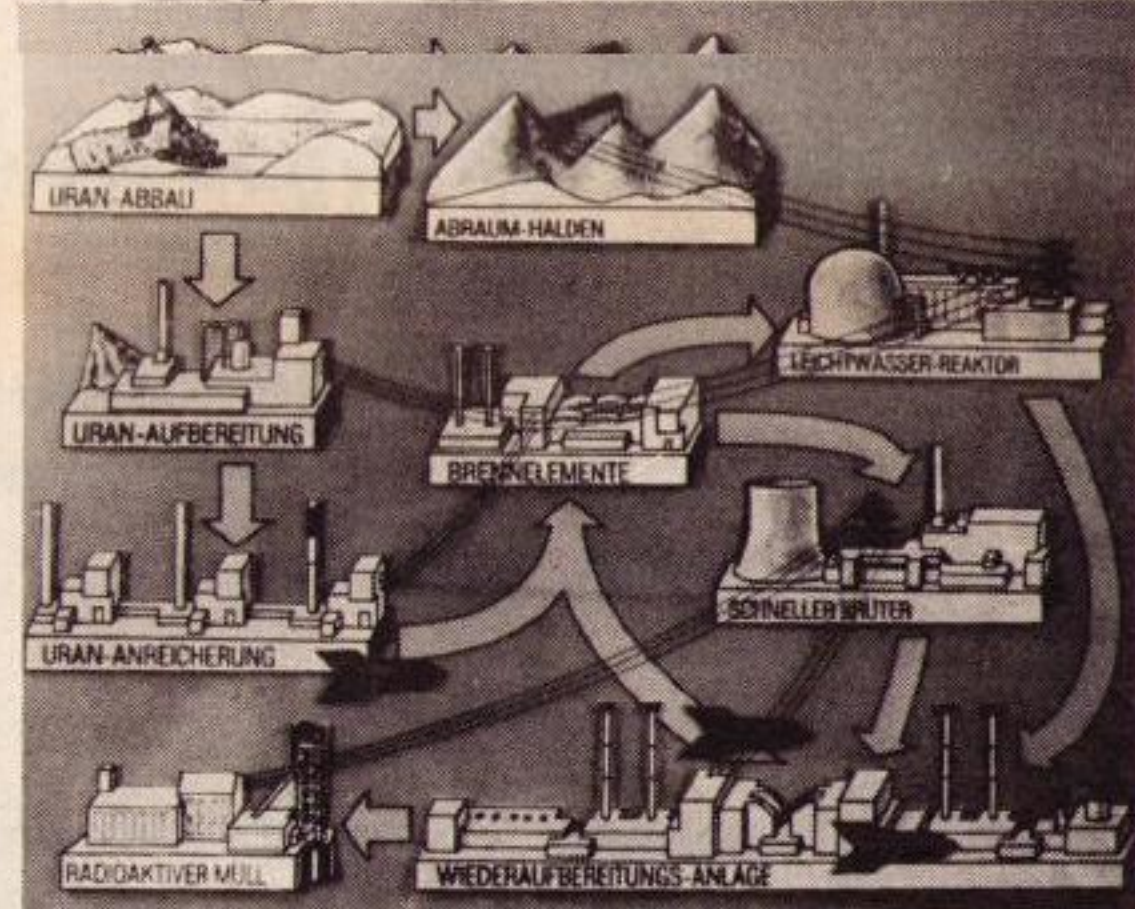
Wann „die Zeit reif für dezentrale Aktionen im ganzen Bundesgebiet“ sei, können sie noch nicht sagen. Wenn auch „die Schlacht um Gorleben ... schon begonnen“ habe, würde seitens der niedersächsischen Landesregierung und der DWK der Baubeginn aber „schleichend“ vollzogen.

Am Tag X müsse „eine neue Stufe“ der Aktivitäten erreicht werden, gemeint sind „gewaltfreie“ Aktionen mit „direktem Verhinderungscharakter“ gegen „Atomindustrie, Zulieferer und staatliche Entscheidungsorgane“, je nach „Einschätzung der Bedingungen“ an den verschiedenen Orten.

Gewaltfrei

Wir wollen hier auch auf die Argumentation der „Graswurzelrevolution“ zum dezentralen Widerstandskonzept eingehen. Diese deckt sich zwar in vielen Punkten mit Sternsteins „Position gegenüber anderen Teilen der Bewegung, nimmt allerdings genauer zur Frage der Großdemonstration Stellung und verschiebt sie nicht pauschal auf „irgendwann“. Diese Positionen haben nicht unbedeutenden Einfluß in den Freundeskreisen. Sie erklären, daß bei bisherigen Großaktionen aufgrund ihrer Erfahrungen nicht von „der Einheit der Bewegung“ die Rede sein könne, wie dies herausgestrichen worden sei. Sie hätten sich etwa in Grohnde von den „Avantgarde-Aktionen“ der „entschlossenen“ AKW-Gegner entmündigt“ gesehen. Gewaltaktionen seien auch „nur dann aktuell, wenn bei

Aktionen Gegengewalt im Bereich des Möglichen liegt, sei es kollektiv oder als individuelle Notwehr. Zur Zeit ist dies nicht möglich - darüber sind sogar viele Befürworter von Grohnde II gleicher Ansicht, weil die Bewegung solche Aktionen nicht decken könnte“, allerdings wollten sich diese Teile der Bewegung das wieder „für einen späteren Zeitpunkt offenlassen“. Sie allerdings wollten mit ihrem ausdrücklich gewaltfreien Auftreten nicht spalten, sondern der „Tendenz, jede Bewegung in die Ecke der Krawallmacher und Unruhestifter zu drängen, selbst wenn die Polizei als einzige prügelt... nicht durch unser Verhalten erleichtern“, deshalb komme es ihnen auf den „bewußten Verzicht auf Gewalt“ an, das mache ein „Nebeneinander ... unmöglich“.



Schematische Darstellung des Brennstoff-Kreislaufs

Sie selbst wollen eine Großdemonstration nicht völlig ausschließen, auch nicht angesichts der „strategischen Voraussetzungen zum Abriegeln“ (der Zugang zum Landkreis führt über wenige Brücken), es sei ja „auch der Zaun von Grohnde einzu reißen“ gewesen. Daß „mehr Menschen zu Demos als zu direkten Aktionen bereit sind“, also die „Großdemos die Arbeit in den Städten vorangebracht“ hätten, sei ein berechtigter Einwand. Aber man solle vor allem „Brennpunkte des Widerstands schaffen“, eine spätere Großdemo solle sich auch an der Stärke dieses Widerstandes orientieren. Vor allem befürchten sie, „daß eine Großdemo den örtlichen Widerstand be- wenn nicht verhindert... Der Landkreis muß seine eigene Erfahrungen mit der Polizei und dem Atomstaat machen.“

Sternstein: „Gebt uns eine Chance“
Wolfgang Sternstein ist Schriftführer im BBU-Vorstand. Während ein Großteil des BBU-Vorstandes für eine Vorbereitung einer Großaktion eintritt, sich dabei aber nicht gegen die BI-Lüchow-Dannenberg stellen will, ist Sternstein ausdrücklicher Verfechter eines dezentralen „gewaltfreien“ Konzepts. In einem Brief nimmt er dazu Stellung: Er wendet sich dagegen, daß das gewaltfreie Widerstandskonzept „jetztlich auf eine Spaltung der Anti-AKW-Bewegung ... zwischen „guten“ und „bösen“ AKW-Gegnern“ hinauslaufe. Er verstehe zwar die

Sorge, daß dies „unserem Gegner die willkommene Gelegenheit“ dazu biete, allerdings liege es an der Bewegung selbst, ob sie das zulasse.

Allerdings behauptet Sternstein, daß „die beiden Widerstandskonzepte ... sich von der Sache her gegenseitig“ ausschließen, man könne sie „nicht gleichzeitig verwirklichen“. Deshalb fordert er erst einmal eine Zeitspanne für ihr Konzept: „Gebt uns eine Chance, das gewaltfreie Widerstandskonzept zu realisieren! Selbst wenn ihr davon überzeugt seid, daß wir scheitern müssen, gebt uns eine Chance!“

Es ginge bei ihrem Konzept nicht um „Gewaltverzicht, „friedliche“ Demonstration und legalen Protest“, sondern um die „Verweigerung der Zusammenarbeit mit dem Unterdrücker und bürgerlichen Ungehorsam,

Atomexpress Göttingen:

„Die bisher vorliegenden Vorschläge zum Widerstand“ kritisiert der Atomexpress, hätten „vorwiegend defensiven“ Charakter und das sei „falsch“. DWK und vor allem die Polizei wollten gerade das mit ihrer Strategie erreichen. „Sie sagen es ja selbst, jeden auch noch so zaghaften Widerstand im Keim zu ersticken ... Vorstellungen, Probebohrungen mit Sitzblockaden usw. zu verhindern“ (gemeint sind die Vorstellungen des dezentralen Konzepts), erübrigten sich nach Meinung des Atomexpress, angesichts dieser konkreten Pläne von selbst.“

Außerdem befürchten sie durch dieses Konzept vor allem eine „Spaltung“ der Bewegung. Die DWK würde durch „Unterstützung der friedlichen, gesprächsbereiten Kräfte“ und durch „Hetze gegen die AKW-Gegner, die sich nicht von vornherein auf Gewaltlosigkeit festlegen wollen“, spalten, deshalb fordert der Atomexpress, „die örtlichen BIs und die Freundeskreise sollten ihr Konzept noch einmal überprüfen“.

Vorschlag einer Bauplatzbesetzung

Als ein „Schwerpunkt“ wird die Frage der Bauplatzbesetzung aufgeworfen, die „seit Kalkar als Widerstandskonzept praktisch nicht mehr diskutiert worden“ sei, weil sie nicht anstand, aber auch daran „nicht mehr geglaubt wurde“. Doch selbst Bauplatzbesetzungsversuche hätten schon Baustopps zur Folge gehabt. Bauplatzbesetzungen seien schon mit einer „Handvoll AKW-Gegnern“ möglich - wie das Anti-Atomdorf Grohnde und die Besetzung in Wyhl gezeigt haben. Sie geben zu bedenken, „daß das Ziel, den Bauplatz zu besetzen, umso schwieriger wurde, je weiter die Baumaßnahmen an den entsprechenden Projekten schon fortgeschritten waren, je mehr die Betreiber investiert hatten“, die Befestigungsanlage in Gorleben (um ein 12 qkm großes Stück Landschaft) lasse „sich aber nicht aus dem Boden stampfen und ist auch nicht so einfach zu rechtfertigen“. Sie sprechen davon, daß ein solches Dorf die Solidarisierung aller AKW-Gegner herausfordern würde („Geld zu beschaffen und all das zu tun, was nötig ist, um ein Abräumen des Dorfes zu verhindern“, damit sind auch dezentrale Aktionen gemeint, „um eine Räumung so teuer wie möglich zu machen“).

Der Atomexpress spricht auch von der „Aussicht, von der örtlichen Bevölkerung unterstützt zu werden“, bedauerlicherweise wird aber nichts dazu gesagt, wie diese Unterstützung hergestellt werden kann, was dazu zu unternehmen ist: die Besetzung in Wyhl wurde gemeinsam getragen, in Brokdorf und Grohnde leider nicht!

Ziele einer Großaktion

Der Atomexpress tritt für eine Großdemonstration ein, ihre Wirkung sei „bedeutend“. Er verweist darauf, daß das Ziel der Großdemonstration in Brokdorf und Grohnde, den Platz zu besetzen, zwar nicht erreicht worden sei. „In Kalkar wurde dieses Ziel nur noch halbherzig angestrebt. Trotzdem ist es in allen drei Fällen zu einem Baustopp gekommen“. Allerdings dürfe eine Demo „nicht durch zu starke Beschränkungen behindert sein“, wenn man von der Polizei allzu sehr „hin und hergeschubst werden“ könne, „wie es denen paßt“, dann könne das von einer „macht-

vollen Demonstration hin zu einer Demonstration unserer Ohnmacht“ werden. Man solle daher auch erwägen, „ob man z.B. an einer Demonstration am Bauplatz festhalten sollte“, oder vielleicht nicht etwa auch Bonn oder Hannover nehmen könne. Viel wichtiger sei es aber, die „Perspektiven ... einer solchen Demonstration und Kundgebung“ deutlich zu machen. Es sei „nicht zu erwarten, daß wir mit einer Massenaktion an einem Tag ein Projekt wie die WAA oder das ganze Atomprogramm verhindern können“. Daher bestehe die Gefahr, daß nur mit gewaltigem Aufwand gezeigt werde, „wieviele wir sind, daß wir nichts Greifbares erreicht werden und daß wir hinterher vollkommen enttäuscht und hilflos nach Hause gehen.“

Die Träger der Demo müßten zeigen, daß es weiter gehe und mit welchen Perspektiven weitergemacht werden müsse. Man könne sich zwar auf kein einheitliches Konzept einigen, aber man müsse „erbitterte“ Feindschaft vermeiden. Als einen Vorschlag für eine Perspektive sieht der Atomexpress den Aufbau eines Anti-WAA-Dorfs (unter dem Motto: „Wo wir sind, werden Häuser und keine Plutoniumfabriken gebaut!“).

Waldwache:

In einem Flugblatt teilte die autonome BI St. Georg aus Hamburg mit, sie habe seit dem 2.1. im Landkreis eine Waldwache eingerichtet, diese solle folgende Funktionen haben:

- Präsenz der Städte im Landkreis, um ihr Recht und ihre Pflicht auf praktischen Widerstand am Ort gegen die WAA zum Ausdruck zu bringen.
 - Eine offene Auseinandersetzung über verschiedene Vorstellungen von praktischen Widerstandsformen mit der dortigen BI und untereinander.
 - Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit der dortigen Bevölkerung.
 - Überwachung der Bauvorhaben, damit verbunden ein Vertrautwerden mit den dortigen Verhältnissen.“
- Die Waldwache versteht sich als eine Art Schaltstelle der Bewegung, sie soll „direkte Information aus dem Landkreis in die Städte ... tragen und umgekehrt“, im Landkreis Öffentlichkeitsarbeit leisten. Ansonsten ist die Waldwache, was Aktionen anbetrifft, autonom: „Voraussetzung einer gemeinsamen Arbeit mit allen ist ein Akzeptieren aller Widerstandsformen“. Leider sei „über andere Aktionsformen als das „Gewaltfreie“ Dezentrale Konzept“, um die Atomindustrie an so vielen Stellen wie möglich zu behindern, „kaum oder überhaupt nicht diskutiert“ worden.

Als Anlaufstelle will die Waldwache vorerst das BI-Büro der örtlichen BI benutzen. Für die Einrichtung einer eigenen Anlaufstelle und für Telefonkosten - sie stellen sich eine Art Koordinierung und Anleitung der Bewegung über Telefonketten vor - fordern sie zu Geld- und personeller Unterstützung auf.

Ihre Vorstellungen vor der Bewegung offen darzulegen, soweit da was koordiniert werden soll, das macht die BI nicht.

AKW-NEIN-KOMMISSION

Dritte Gorleben-Aktionstage

Vom 21.-28.1. fand in Göttingen eine von vielfältigen Aktivitäten geprägte Gorleben-Aktionswoche statt, veranstaltet vom „Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie“. Den Anfang machten zwei ausverkaufte Vorstellungen der „Theaterwehr Brandheide“, die am Sonntag und Montag „Heiße Kartoffeln“ aufführten, ein lustiges Anti-WAA-Stück, das u.a. das Vorgehen der DWK bei den Landkauf-Erpressungen zeigt.

Auf einer Veranstaltung zur WAA-Technik mit zwei Vertretern des Asse-Komitees, die mit 45 Teilnehmern recht schwach besucht war, wurde über die Grimmel- und Hermann-Gutachten berichtet und über die derzeit bei der Asse erfolgenden Endlagerungs-Tests für mittelaktive Abfälle. Die Tests sollen für den WAA-Bau ausgewertet werden. Zwei Betreuer-Filme verdeutlichten Aspekte der Propaganda-Offensive der DWK für den WAA-Bau.

Am Mittwoch fand unter dem Motto „Formen des Widerstands“ eine von ca. 300 Leuten besuchte Diskussionsveranstaltung mit Vertretern der GLU (Otto), der BI Lüchow-Dannenberg (Inge Mombauer), des Freundeskreises der BI Lüchow-Dannenberg, des AStA der Uni Göttingen und des AK gegen Atomenergie statt, auf der die unterschiedlichen Vorstellungen zum Widerstand dargestellt und diskutiert wurden. Der Göttinger Freundeskreis und I. Mombauer traten für ihr Konzept des dezentralen Widerstands nach dem „2-Phasen-Modell“ ein, und insbesondere I. Mombauer wandte sich entschieden gegen die u.a. auf eine Großdemonstration abzielenden Vorschläge des Vertreters des Göttinger AK, als nicht in die politische und geographische Landschaft des Kreises passend. Besonders der Punkt, daß sämtliche Materialien und Geräte in den Landkreis hineingebracht werden müßten, spräche für das dezentrale Konzept.

Für die GLU berichtete Otto über eine beabsichtigte Bevölkerungs-Befragung im Raum Gorleben, sowie über die geplante Einrichtung eines Öko-Fonds, der u.a. zur Finanzierung von Prozessen verwendet werden soll. Er betonte ausdrücklich die Bedeutung außerparlamentarischer Aktionen (auch Großdemos), an denen sich die GLU, sofern ihr gewaltfreier Ablauf gesichert sei, beteiligen würde. Desweiteren schlug Otto vor, anlässlich des von Albrecht für März geplanten Gorleben-Symposiums, eine Art „Gegentribunal“ zu veranstalten.

Der Vertreter des AStA ging besonders auf die politischen Bedingungen ein, die beim Kampf gegen die WAA berücksichtigt werden müssen, und stellte wesentlich die Bürgerdialog- und Integrationsaktivität von Regierung und Betreibern heraus.

Der Göttinger AK schlug vor, die Frage der Großdemonstration und der Bauplatzbesetzung in der Bewegung zu diskutieren. Zunächst plant der Göttinger AK, am Wochenende nach den ersten Flachbohrungen einen überregionalen Autokontroll nach Gorleben zu organisieren. Abgeschlossen wurde die Aktionswoche am Samstag mit einer großen Anti-AKW-Fete mit Musik, Filmen, Sketchen, Spels und Trank und ca. 1.500 Besuchern.

Begleitet wurde die Aktionswoche von Büchertischen und Aktionen in der Innenstadt und einer Fotoausstellung an der Uni. Bei den Aktionen in der Stadt (Sandwich Aktion: „Keine Atomkraftfabrik in Gorleben“ und einem Unfall beim Atomtransport mit anschließender Absperung des verseuchten Gebiets) kam es zu einer Personalfeststellung durch die Polizei.

AKW-Nein-Kommission
KB / Gruppe Göttingen

Lüneburg

Am Gorleben-Aktionstag in Lüneburg beteiligten sich die Mitglieder der WAA-Gruppe und der BI Umweltschutz. Aufsehen erregte eine große „lebendige Litfaß-Säule“, die mit Plakaten und Informationen zu Gorleben beklebt war. Es wurden Gorleben-Flugblätter verteilt und zu einem Grohnde-Solidaritätsfest mobilisiert.

Dort erschienen am 27.1. insgesamt 350-400 AKW-Gegner. In einem Vortrag teilten die beiden Lüneburger Grohnde-Angeklagten über ihre Fälle. Von den drei örtlichen Anti-AKW-Gruppen wurde ein gemeinsames Referat zu den anstehenden Probebohrungen und den geplanten Widerstandsaktionen in Gorleben vorgetragen. BI-Songgruppe und die Jazz-Rockgruppe sorgten für einen ausgehenden Fetenabschluß.

Hannover

Ca. 130 AKW-Gegner Hannovers fanden sich am 20.1.79 (Samstag) vor dem Gebäude der DWK in Hannovers Innenstadt ein, um dort die Endlagerung von Müll auszuprobieren. Auf Transparenten protestierten sie gegen ein „atomares Ruhrgebiet“ im Landkreis Lüneburg-Dannenberg. Hannovers Polizei schien dieses Ereignis so bemerkenswert, daß sie eine Abordnung Fotografen schickte. Als diese Zivilen mit einigen Schneebällen bedacht wurden, nahmen sie das zum Anlaß, einen AKW-Gegner zu verhaften. Die Anklage lautet auf „Körperverletzung“, weil angeblich „mit Eisbrocken“ geworfen wurde.

KB / Hannover

Bielefeld

Am Freitagnachmittag nahmen ca. 80-100 AKW-Gegner an einem Schweigemarsch durch die Innenstadt teil. Auf Transparenten und Flugblättern wurde vor den Gefahren und der Bedrohung durch die WAA gewarnt, sowie der sofortige Stop aller Polizeivorbereitungen und Bauvorbereitungen gefordert. Ziel des Schweigemarsches war das „Haus der Technik“, eine Werbe- und Informationszentrale der Bielefelder Stadtwerke. Hier wurde eine kurze „Mahnwache“ abgehalten, um noch einmal darauf hinzuweisen, daß die Bielefelder Stadtwerke am Bau des AKW Grohnde beteiligt sind und somit indirekt auch noch den WAA-Bau zu verantworten haben.

Am Samstagvormittag beteiligten sich etwa 30 AKW-Gegner an einem symbolischen Atom-Müll-Transport durch die Innenstadt. Am Sonntagabend schauten sich noch etwa 20 Besucher im Umweltzentrum einen Diavortrag über Gefahren und Bedeutung des WAA-Projektes an.

Aachen

Die Aachener AKW-Nein-Gruppe hat ebenfalls zu den Aktionstagen Straßenaktionen in der Innenstadt mit „Atomüllfässern“ u.ä. durchgeführt. Außerdem mobilisierten sie zu einer Gorleben-Veranstaltung am 25.1., die mit rund 100 Teilnehmern gut besucht war. Neben einem Diavortrag, einem Referat über das Atomprogramm und Kulturbeiträgen sprach ein Mitglied der BI Lüneburg-Dannenberg.

Bonn

Die Anti-AKW-Gruppe der Bürgeraktion Umweltschutz Bonn führte im Rahmen des Gorleben-Aktionstages am 21.1. eine „bürgerliche Endlagerung“ durch. Es wurde Atomüll in Form von Elerkohlen verteilt. In einem dazugehörigen Flugblatt wurden die Bonner Bürger aufgefordert, den Atomüll bei sich zuhause zu lagern und damit ihren Beitrag zur Endlagerung zu leisten. Diese Aktion, die mit großem Interesse aufgenommen wurde, brachte den AKW-Gegnern die Möglichkeit, das Problem des Atomülls und der Atom-

energie mit vielen Leuten zu diskutieren. Zum Abschluß zogen ca. 30 AKW-Gegner mit großen auf Pappe gemalten Buchstaben mit der Forderung „Keine Atomülldeponie in Gorleben“ durch die Bonner Innenstadt.

KB / Gruppe Bonn

Marburg

Mit einem „Atomtransportunfall“ machten über 20 AKW-Gegner in einer der Hauptverkehrsstraßen Marburgs auf die Gefahren der „friedlichen Nutzung“ der Kernenergie aufmerksam: Von einem „Atomülltransporter“ stürzte ein Faß mit der Aufschrift „Vorsicht! Radioaktiv!“ herab. Unmittelbar danach brachen „Passanten“ strahlenverseucht zusammen. Sofort regelten „Strahlenschutzleute“ in weißen Anzügen die Unfallstelle ab und mahnten die übrigen Passanten über Lautsprecher zu Ruhe und Ordnung und forderten sie auf, sich in die Hauseingänge und Kaufhäuser zurückzuziehen. In Verbindung mit der Aktion wurde ein Aufklärungsflugblatt verteilt. Auch die örtliche Presse berichtete darüber.

Landau

Die „Bürgeraktion Umweltschutz Rhein-Neckar“ (BURN) veranstaltete am 20.1. eine Demonstration, auf der sie durch Transparente und Atomüll-Transporte auf die Gefahren der WAA hinwies.

Schweinfurt

Die KKW-Nein-Gruppe Schweinfurt zog am 20.1. durch die Straßen ihrer Stadt und verteilten im Namen des „Amtes für Strahlenwesen“ Atomüll (mit Leuchtfarbe bestrichene Erbsen) an die Bevölkerung. Dazu verteilten sie eine Erklärung zur Gefährlichkeit der geplanten WAA in Gorleben.

Bamberg

Die Bamberger Initiative führte anlässlich des Aktionstages Filmveranstaltungen mit dem La Hague-Film durch, und zwar in Bamberg (35 Teilnehmer), Lichtenfels (60 Teilnehmer) und Haßfurt (60 Teilnehmer).

München

Der Freundeskreis in München machte mit Büchertisch und Flugblättern auf die Entsorgungsfahren aufmerksam.

2.500 auf der Demonstration in Ahaus

Über 2.500 Demonstranten waren dem gemeinsamen Aufruf von 13 Bürgerinitiativen aus Ahaus und der näheren und weiteren Umgebung und des BBU zum Aktionstag gegen das geplante Brennelementezwischenlager (BEZ) am 27.1. gefolgt. AKW-Gegner und Umweltschützer aus allen Teilen Nordrhein-Westfalens, aus Niedersachsen und aus dem benachbarten Holland waren in Ahaus zusammengekommen, um ihrem Protest Ausdruck zu geben.

Den ganzen Vormittag über bot sich der Ahauser Bevölkerung ein ungewöhnlich buntes Bild. Mit Informationsständen stellten einzelne Gruppen ihre Arbeit gegen umweltzerstörende Projekte, wie z. B. gegen das in den Dortmunder Rieselwäldern geplante Energiezentrum dar. Zum Aufwärmen wurde Glühwein mit Kuchen angeboten. Gegen eine geringe Spende durfte das Gewicht eines der letzten nicht radioaktiven Schinken geschätzt werden. Mit einer Luftballon-Aktion sollten die Bewohner der weiteren Umgebung darauf aufmerksam gemacht werden, daß auch sie durch das Ahauser Atomülllager bedroht sind. Das ganze wurde abgerundet durch mehrere Straßenmusikgruppen wie z. B. die Bochumer MEK (Mobil Einsatzkapelle).

Gleichzeitig lief in der Ahauser Stadthalle ein Umweltschutzprogramm ab, das ständig von 300 bis 400 Interessierten besucht war. Auch hier gab es Info-Stände, u.a. zu Gorleben. Die AG Gorleben des AKU Münster hatte einen Dia-Vortrag vorbereitet. Es wurde der Nina-Gladitz-Film „Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv“ gezeigt. Starke Beifall für ihren Auftritt erntete die Musikgruppe des AKU Münster. Gegen 13 Uhr wurde eine Kundgebung abgehalten. Redner waren



Roland Vogt vom BBU-Vorstand, Gerda Degen für die Bürgerinitiative Stop Kalkar und Lydia Schmitz für die Ahauser Bürgerinitiative. Alle betonten die besondere Bedeutung des BEZ im Brennstoffkreislauf, vor allem angesichts der ungelösten Wiederaufarbeitung.

Im Anschluß daran formierte sich ein Demonstrationzug zum etwa vier Kilometer entfernten BEZ-Gelände. Die Polizei – etwa eineinhalb Hundertschaften wurden nach offiziellen Angaben zusammengezogen – beschränkte sich im wesentlichen auf ihre verkehrsbezogenen Aufgaben. Lediglich am Haus des Ahauser Stadtdirektors Jünemann, an dem die Demonstration vorbeiführte, waren offensichtliche Sicherheitsvorkeh-

rungen erkennbar. Neben einer besonderen Bewachung waren sämtliche Rollläden heruntergelassen worden. Daneben ist jedoch zu erwarten, daß der Verfassungsschutz diesen Tag wieder einmal dazu benutzt hat, seine Fotoalben aufzufüllen. Es wurden Zivilpersonen beobachtet, die – aus Polizeiwagen aussteigend – sich unter Volk mischten.

Am BEZ-Gelände angelangt, wurde eine „Bauplatzbegehung“ mit Verbrennung eines „Atomüllhaufens“ vorgenommen. Im Verlauf dieser Aktion geschah es, daß die beiden Bauwagen der Bohrfirmen, die noch auf dem Gelände standen, kurzerhand auf die Seite gelegt wurden. Mit einer Abschlußkundgebung wurde der Aktionstag offiziell beendet.

18 Grohnde-Demonstranten verklagt
Vorerst 234.000 DM
„Schadenersatz“ gefordert
Demonstranten sollen chemische
Kampfstoffe bezahlen



Jetzt sollen einige von uns stellvertretend für alle dafür bezahlen, daß wir in Grohnde praktischen Widerstand geleistet haben

Nachdem die Bezirksregierung Hannover am 14.9.78 erfolglos 18 Grohnde-Demonstranten aufgefordert hatte, zusammen 233.926,09 DM für Schäden zu zahlen, die der Polizei angeblich bei der Demonstration am 19.3.77 in Grohnde entstanden sind, hat sie am 10.1.79 nach Absprache mit der Landesregierung Zivilklage beim Landgericht Hannover erhoben. Begründet wird diese Klage im Kern damit, daß die 18 durch ihre Anwesenheit die Gewalttätigkeiten „psychisch unterstützt“ hätten. Für die 234.000 DM – deren beliebige Erhöhung sich die Bezirksregierung vorbehält – sollen die 18 gesamtschuldnerisch haften. Diese Forderung gilt praktisch auf Lebenszeit, da die normale Verjährungsfrist von 30 Jahren auf Antrag verlängert werden kann. Die eingeklagte Summe wird sich nach Schätzung des Vorsitzenden Richters, der mit mindestens einem halben Jahr Prozeßdauer rechnet, durch die Verfahrenskosten mindestens verdoppeln. Die jetzt zugestellte Klagschrift umfaßt 124 Seiten zuzüglich eines 462 Seiten starken Anlagenbandes. Dazu gehört ein Lichtbildband, der „wegen seines Umfangs“ nur beim Gericht eingesehen werden kann. Prozeßbeginn soll der 26. April sein.

Betroffen von dieser Anklage sind 10 verurteilte und drei freigesprochene Grohnde-Angeklagte, vier am 19.3.

estgenommene Demonstranten, gegen die nie Anklage erhoben wurde sowie ein über Fotos identifizierter

AKW-Gegner.

Dabeisein ist alles

Für den Irrsinn, Demonstranten für angebliche Schäden zahlen zu lassen, deren Verursachung ihnen gar nicht vorgeworfen wird, kann sich die Bezirksregierung auf ein Urteil des Bundesgerichtshofes stützen, der 1972 die beiden Anti-Springer-Demonstranten Horst Mahler und Günther Amendt zu jeweils 70.000 DM Ersatz für Schäden verurteilte, die bei einer Demonstration nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am Springer-Hochhaus in Berlin entstanden waren.

Dies Urteil begründete der BGH damit, „daß bei Beteiligung mehrerer es dem Geschädigten häufig nicht

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von S.10

möglich ist, nachzuweisen, inwieweit der Schaden von dem einen oder anderen Täter verursacht worden ist. Dann aber könne sich der Geschädigte nicht ganz schadlos halten, und das „verstehe in elementarer Weise gegen den Gerechtigkeitsgedanken. Mit gutem Grund überbürdet das Gesetz daher dieses Risiko den Schädigern und überläßt es ihnen, sich untereinander nach Maßgabe ihres Schadensbeitrages auseinanderzusetzen.“ Zu deutsch: die Verurteilten sollen sich das Geld bei anderen Demonstranten wieder einklagen!

Angewandt wird dieses Urteil nun auf 18 von mindestens 126 Demonstranten, die bei der Polizei vom 19.3. her namentlich bekannt sind (so viele Ermittlungsverfahren wurden ursprünglich eingeleitet). Diese Auswahl, betonte der Sprecher der Bezirksregierung gegenüber Journalisten, sei keine Willkür, im Gegenteil: jedem der 18 könne man individuell seine Beteiligung an Gewalttätigkeiten nachweisen.

Streicht man allerdings von diesen „individuellen Beweisen“ all das weg, womit offensichtlich nur demonstriert werden soll, was in der BRD bereits alles verboten ist (siehe Kasten), so bleibt im Kern der bei allen gleiche Vorwurf, der Beklagte hätte „Beihilfe dadurch geleistet, daß er ... den gewalttätigen Demonstranten ... mindestens psychische Beihilfe leistete, weil er sich mitten unter diesen gewalttätigen Demonstranten befand.“ (Klageschrift).

Und auch dabei kann sich die Bezirksregierung auf ein Urteil des BGH stützen, der 1974 Hausbesetzer (Arndtstraße, Hannover) zur Zahlung der Polizeieinsatzkosten für die Räumung verurteilte. Sie hätten sich insofern an den Gewalttätigkeiten beteiligt, als sie „durch Bekundung ihrer Verbundenheit ... den eigentlichen Akteuren jedenfalls das Gefühl vermittelt haben, den offenen Rechtsbruch in der Anonymität der Masse ungeahndet begehen zu können.“ Und nochmal ganz deutlich: „Auch eine solche psychische Unterstützung kann Beihilfe zur Aus-

führung der Tat sein; diese setzt keine physische Mitwirkung bei der Tat voraus.“

Albrecht als oberster Richter

Das juristische Prinzip „Anwesenheit genügt“ ist also durch den BGH abgesichert, auch wenn es allen rechtstaatlichen Prinzipien Hohn spricht, daß hier – die Juristen mögen das anders nennen – eine zweite Strafe verhängt wird, wo die vom Gericht ausgesprochene als nicht ausreichend angesehen wird.

Beispiel Linda: nimmt man nur das absolute Minimum der auf sie entfallenden Verfahrens- und Schadensersatzkosten, so erreicht das jetzt schon die stolze Summe von 35.000 DM – mehr als das 100-fache der vom Gericht verhängten Strafe von 300 DM – und beliebig erhöhbar durch weitere (schon angekündigte) Schadensersatzforderungen und eine andere Verteilung dieser Forderungen: denn jeder der 18 soll für die volle Summe von vorerst 234.000 DM haften! Also Existenzvernichtung, Verurteilung zu lebenslanger Fronarbeit.

Was besonders rechtstaatlich daran ist: Diese Strafe wird von der Regierung verhängt – die Gerichte haben im wesentlichen nur noch die Summe zu prüfen. Damit schwingt sich Albrecht zum obersten Gerichtsherrn empor: Er wird in Zukunft nicht mehr wie nach dem 19.3. an die Gerichte appellieren müssen, drastische Strafen zu verhängen. Er verhängt sie jetzt selbst.

Man muß sich diesen Wahnsinn wirklich klarmachen: Die 18 sollen zahlen, weil sie „Beihilfe zur Sachbeschädigung und Körperverletzung“ geleistet haben. „Beihilfe“ ist aber ein strafrechtlicher Vorwurf, der in Strafprozessen gar nicht erst erhoben, geschweige denn bewiesen wurde, aber zivilrechtlich vom BGH schon durch die Anwesenheit erfüllt angesehen wird.

Grohnde 19.3.: 733 Tränengasgranaten „zerstört“

Der Wahnsinn bekommt Methode, wenn man sich die Aufstellung der „im Zusammenhang mit unerlaubten Handlungen der Demonstranten beschädigten, zerstörten oder verloren gegangenen Gegenstände“ anschaut. Aufgeführt werden da:

- 167 Schlagstöcke unterschiedlicher Ausführung,
- 387 Filter für Gasmasken a 15 DM = 5.805 DM (durch Gaseinsatz verbraucht),
- 135 Nachfüllpatronen für die chemische Keule a 13,67 DM = 1.845,45 DM (leergeschossen),
- 733 Tränengasgranaten a 22,50 DM = 16.492,50 DM.

Eine solche Art von „Schadensersatz“ war bisher nur aus Persien bekannt, wo nach Berichten von Ärzten das Militär von den Angehörigen erschossener Demonstranten 150 DM je Kugel im Körper des Erschossenen forderte, bevor die Leiche herausgegeben wird (lt. Walter Mossmann am 27.1.78 – das System mit der gesamtschuldnerischen Haftung hat demgegenüber allerdings den Vorteil, daß auch die „fehlgegangenen“ Kugeln mitbezahlt werden!).

Darüber hinaus soll die Schadensersatzklage zur Aufrüstung der Polizei beitragen, z. B. werden die Kosten für 70 komplette Chemische Keulen (a 64,- DM = 4.480 DM) angefordert – oder will die Polizei im Ernst behaupten, die Demonstranten hätten ihr am 19.3. 70 von diesen Dingen geklaut? Schön wär's ja.

Und schließlich muß auch für die einzelnen Polizisten noch eine Belohnung herauspringen:

- da wollen etliche Bullen endlich mal 'ne neue Armbanduhr haben,
- die Stader Polizei möchte 13 Einsatzanzüge a 188,- DM,
- und ein ganz anspruchsvoller hannoverscher Bulle wünscht sich eine neue Reithose zu 148,- DM und ein Paar Stiefel dazu (241,20 DM).

Dem Erfindungsreichtum sind hier keine Grenzen gesetzt, denn die angeforderten 234.000 DM sind nur

der Schaden, „der bei Aufforderung an die Beklagten am 14.9.1978 der Klägerin bekannt war. Da bei der Bezirksregierung Hannover ständig weitere Schadensmeldungen und -belege eintreffen (fast zwei Jahre nach der Demonstration!), erhöht sich die Klageforderung laufend. Eine Erweiterung der Klage bleibt deshalb vorbehalten.“ (Klageschrift).

Politisches Ziel: Gorleben

Als die „HAZ“ am 11.1. von der Klageerhebung berichtete, fand sich gleich unter diesem Artikel auf der gleichen Seite die Überschrift „Bald Flachbohrungen in Gorleben – Regierung stimmt Baugrunderkundung zu“. Wir hätten auch einen weniger deutlichen Wink mit dem Zaunpfahl verstanden.

Denn neben dem Umbau des Landkreises Lüneburg-Dannenberg zum Manövergelände ist diese Klage die andere Seite der psychologischen Vorbereitung der „Schlacht um Gorleben“, die Albrecht und Schmidt in einer ganz anderen Größenordnung als in Grohnde zu führen gedenken. Die jetzt eingeklagte Viertelmillion ist ja in der Tat ein Pappentstiel gegenüber den (im Bundes- und Landeshaushalt für 1979 je zur Hälfte eingeplanten) 100 Millionen für Schäden, die Polizei und Bundesgrenzschutz bei den Gorleben-Demonstrationen anrichten sollen.

In diesem Zusammenhang liegt aber gleichzeitig unsere politische Chance gegen die Klage: Die ersten, viel zu spärlichen Erfahrungen mit der Solidaritätsarbeit zeigen, daß es neben dem faktischen Demonstrationsverbot als Folge dieser Klage gerade der unverhohlene Bezug dieser Drohung auf Gorleben ist, der eine ganze Reihe von Gruppen und Leuten auf die Palme (und an die Öffentlichkeit) bringt, die sich zu den Grohnde-Strafprozessen nicht äußern mochten (aber deren Bedeutung jetzt, vermittelt über die Klage, auch befreit).

Das zeigt sich schon am vergleichsweise starken Interesse der Medien an einer sehr kritischen Berichterstattung über die Klage („Spiegel“, NDR-Funk und -Fernsehen). Die GLU Niedersachsen fordert jetzt

in einem Brief an Albrecht die Amnestie für alle Grohnde-Angeklagten, die GLU Hannover fordert die Rücknahme der Klage.

Neben den Jusos, deren Bundesvorsitzender Schröder in der Klage einen „ganz klaren Angriff auf Grundrechte“ sieht, mit dem „der Rechtsstaat auf den Kopf gestellt“ wird, hat sich auch erstmals eine SPD-Gliederung zu Wort gemeldet: Der SPD-Ortsverein Hannover-Oststadt wird dem Unterbezirksparteitag eine Resolution vorlegen, die die Rücknahme der Klage als einen Schritt zur Abschaffung des Demonstrationsrechts fordert. SPD-Landesvorsitzender von Oertzen, der die Zahlungsaufforderung in einem Gespräch als „rechtswidrig“ bezeichnete, möchte sich bisher nicht öffentlich äußern.

Als erste Gruppe außerhalb der Anti-AKW-Bewegung in Hannover hat das Seminar für politische Wissenschaft an der Universität Hannover am 18.1. eine Veranstaltung „Grohnde-Prozesse und der Rechtsstaat“ mit 200 Besuchern durchgeföhrt, an der sich neben den betroffenen Dozenten des Seminars, Prof. Jürgen Seifert, Juso-Vorsitzender Gerhard Schröder und die GLU beteiligten.

Auf diesem Hintergrund waren sich die am 13.1. in Hannover zusammengekommenen neuen Betroffenen, acht Anwälte und zahlreichen BI- und Ermittlungsausschussvertreter schnell darüber einig (mit Ausnahme des KBW), daß jetzt nicht eine Sonderkampagne gegen die Klage gestartet werden soll, sondern daß die Klage Thema jeder Gorleben-Veranstaltung und -Aktion werden muß (wozu die EAs brauchbares Material für die BIs zusammenstellen wollen). Als besonders wichtig wurde gleichzeitig angesehen, sich (wie in Hannover ansatzweise geschehen) an Leute und Gruppen außerhalb der Anti-AKW-Bewegung zu wenden und sie zu selbständigen Aktivitäten gegen die Klage zu veranlassen.

(Das ist auch eine Aufforderung an jeden, der diesen Artikel liest! Von selbst wird eine solche Solidaritätsfront nicht auf die Beine kommen.) Goetz

Nasse Hosen sind strafbar

Wenn auch die vielen in der Klageschrift angeführten „individuellen Beweise“ für Gewalttätigkeiten juristisch uninteressant sind, da die Bezirksregierung die bloße Anwesenheit Beweis genug ist, sind sie hier doch erwähnenswert, weil sie zeigen, wie weit die Kriminalisierung politischer Opposition bereits vorangekommen ist.

Als Beweis dient z.B. bei den freigesprochenen Demonstranten die einfache Wiederholung der (vom Gericht widerlegten) Anklageschrift. Als Beweis dient die Unterschrift unter der gemeinsamen Erklärung der Angeklagten, „in welcher er sich dazu bekennt, daß der Widerstand gegen das Atomprogramm und ihre (?) Realisierung nicht an Parlamente, Parteien und Gerichte delegiert werden kann“. Als Beweis dient, daß Linda „nach Feststellungen des Gerichts ... nach wie vor zum gewalttätigen Widerstand gegen das Atomprogramm entschlossen“ ist.

Beweis für die Gewalttätigkeit eines Demonstranten in der ersten Reihe: „Zu diesem Zeitpunkt waren die letzten gemäßigten Demonstranten von denjenigen, die zur Beseitigung der Sperre entschlossen waren, mit Fußtritten und Stockhieben (!) in die hinteren Reihen gedrängt worden.“

Und: „Die Beklagte hat sich offensichtlich auf den Fall ihrer Festnahme vorbereitet. Bei der erkenntnisdienlichen Behandlung wurden auf ihrem linken Unterarm Telefonnummern gefunden.“

„Die Beklagte war mit verschiedenen Essenzen ausgerüstet, die bei Tränengaseinwirkung und ähnlichem vorbeugen sollten. Sie war also auf eine gewaltsame Auseinandersetzung mit der Polizei eingerichtet.“ (In der Tat eine bestechende Logik: Wer sich gegen das Tränengas schützt, muß die Gasgranaten bezahlen!)

Das alles – wie gesagt – Beweise für Gewalttätigkeit, die allerdings von dem folgenden noch in den Schatten gestellt werden: „Der Beklagte ... konnte ... festgenommen werden. Da seine Hosen z.T. durchnäßt waren, ist anzunehmen, daß er sich bereits an den Angriffen auf das KKW beteiligt hatte. ... Bei seiner Festnahme wurden bei ihm u.a. 14 Exemplare der kommunistischen Volkszeitung gefunden.“

Wäre das nicht eine gelungene „Bild“-Schlagzeile: KOMMUNIST MACHT SICH IN DIE HOSE – ZU 234.000 DM SCHADENERSATZ VERURTEILT!

Goetz

Soll man sich auf die Prozesse „einlassen“?

Auf dem Treffen zur Klage der Bezirksregierung am 13.1. in Hannover entzündete sich eine heftige Diskussion an der von Bremer Anwälten geäußerten Überlegung, ob man sich auf diese Verfahren überhaupt „einlassen“ soll.

Sie gehen davon aus, daß – im Unterschied zu den Strafprozessen – in diesen Verfahren das Ergebnis eindeutig feststeht und von uns juristisch nicht zu beeinflussen sei. Zudem sei ein Zivilprozeß vor dem Landgericht die beschissenste Ebene, die man sich für den Kampf gegen AKWs vorstellen kann.

Sie überlegen daher, ob man nicht einfach die vom Gericht gesetzten Fristen vertreiben lassen soll. Damit würde ohne Verhandlung ein „Versäumnisurteil“ ergehen, wodurch Betroffene und Anwälte immens viel Zeit sparen würden, die sie anderweitig sinnvoller verwenden könnten. Anstelle der Prozeßführung müßte man sich dann darauf konzentrieren, die Eintreibung des Geldes zu verhindern, wozu es nach ihrer Einschätzung ausreichend juristische Tricks gibt. (Leider ist diese Position trotz Vereinbarung noch nicht schriftlich formuliert, so daß sie hier so wiedergegeben werden muß.)

Obwohl keiner der Betroffenen (nur einer sah sich durch die Argumente verunsichert) und der anderen Anwälte diese Position so teilte, muß hier dazu Stellung genommen werden – denn hier droht die gleiche Diskussion wieder aufzukommen, wie sie zu Beginn der Grohnde-Prozesse um die Frage geführt wurde, ob man sich juristisch verteidigen soll, eine Diskussion, die eigentlich durch die Erfahrung der Grohnde-Prozesse erledigt sein sollte.

1. Die Anti-AKW-Bewegung wird die Betroffenen nicht ein ganzes Leben lang unterstützen können. Früher oder später werden sie mit einem solchen Urteil allein fertig werden müssen.

2. Sich mit dem Urteil abfinden und tatsächlich nicht zahlen wollen – das erfordert, ein Leben lang herumzutricksen und Herumzukampeln, um offiziell nicht mehr als das Existenzminimum (600 DM im Monat) zu haben; bedeutet, nicht mehr offen in seinem Beruf arbeiten zu können (Lohn wird gepfändet). Ich selbst

wäre nicht bereit, mich heute für mein ganzes Leben in solcher Weise festzulegen. Deshalb finde ich es unverantwortlich, den Betroffenen so etwas auch nur zu raten.

3. Selbst wenn einige das durchhalten würden: Wenn auch nur ein einziger der 18 irgendwann zu zahlen anfängt, dann muß die Anti-AKW-Bewegung zahlen – wenn sie es dann noch kann. Und zwar die volle Summe. Darum müssen wir in unserem und dem Interesse der Betroffenen auch die kleinste Chance nützen, einzelne Leute von diesem Druck zu befreien und die eingeklagte Summe soweit wie möglich runterzudrücken. Und wenigstens diese Chance besteht in dem Prozeß.

4. Die Klage hat durch ihren Grundsatzzusammenhang vor allem eine Einschüchterungsfunktion, die wir letztlich akzeptieren, wenn wir nicht mit allen Mitteln gegen sie angehen. Denn diese Drohung zielt auf künftige Demonstrationen – und wenn würde sie weniger gewichtig erscheinen, wenn er weiß, daß einzelne Lebenskünstler trotz einer solchen Verurteilung klarkommen?

5. Diese Klage ist ein Angriff auf die linke Opposition und erst in zweiter Linie auf einzelne, gegen den alle Betroffenen mit allen Mitteln angehen müssen. Eine politische Bewegung kann nicht einen solchen generellen Angriff dadurch zurückschlagen, daß einzelne Betroffene wegtreten oder die Justiz austricksen.

6. Der Prozeß ist der letzte Kristallisationspunkt für gemeinsame und massive Aktionen. Es ist ein Witz zu behaupten, man könne diese Möglichkeit auslassen, um dann umso massiver gegen Pfändungsversuche (z.B. Lohnpfändungen im Bankeinzugsverfahren) vorgehen zu können.

7. Nicht zuletzt werden unsere Solidaritätsaufrufe an die liberale Öffentlichkeit unglaubwürdig, wenn wir selbst die – zugegeben geringe – Chance auslassen, die uns der Prozeß bietet.

Es ist ein völlig anderes Thema zu diskutieren, wie man in dem Prozeß eine Spaltung verhindert, wie man ihn abkürzen kann, wie man Anwälte und Betroffene entlasten kann.

Goetz

„Atomenergie? Ende der Zukunft!“

Dieser von der Harburger Filmgruppe entstandene Dokumentarfilm gibt den wohl bisher umfassendsten Überblick über die Gefahren der Atomtechnologie. So werden mit Hilfe von Trickaufnahmen, der Aufbau eines Atoms, seine Spaltung, die Atomspaltung in einem Atomkraftwerk dargestellt und einige technische Dinge mehr.

Daneben enthält der Film zahlreiche Aufnahmen von den Anti-AKW-Demonstrationen in Biblis, Kalkar, Uentrop und Gespräche mit der betroffenen Bevölkerung.

In einer Filmbesprechung schreiben die Filmhersteller selbst: „Baubeginn ohne Einverständnis der Bevölkerung, Demonstrationsverbote, provokatorische Übergriffe der Staatsgewalt, willkürliche Verhaftungen, Straßensperren, konstruierte Anklagen und Verurteilungen werden unserem Kampf gegen Atomanlagen zur Einschüchterung und Kriminalisierung entgegengesetzt. Dies sind Beispiele für die Entschlossenheit der Herrschenden, ohne Rücksicht auf

die betroffene Bevölkerung ihre Atompläne mit allen Mitteln durchzusetzen. Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit ist deshalb notwendig. Die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben sollte in nächster Zeit ein Schwerpunkt dieser Arbeit sein. Verstärkt müssen wir auch die Lügen der Politiker und der Atomindustrie und nicht zuletzt die Repression gegen AKW-Gegner an die Öffentlichkeit bringen. Unsere Zweifel an der Technologie und Politik der Atomanlagenbetreiber werden durch die Unfälle in Brunsbüttel, Ohu, Lingen und die Atomrüstungs geschäfte mit Brasilien, Südafrika und anderen diktatorischen Ländern bestätigt.“

Dieser sehenswerte Film hat eine Spieldauer von 85 Minuten und ist in Farbe. Zu entleihen bei:

Großheidestraße 27
2000 Hamburg 60
Tel. 040/27 68 87
täglich 18 - 20 Uhr

AKW-Nein-Kommission

Kurzmeldungen

Nach der Revision von Andreas ist jetzt auch die Revision von Eso vom Bundesgerichtshof verworfen worden. Damit muß der zweite AKW-Gegner eine 12-monatige Gefängnisstrafe absitzen. Auch Rüdigers Urteil ist vom Bundesgerichtshof für rechtskräftig erklärt worden.

Nach dem Freispruch in erster Instanz ist Klaus W. vom Landgericht Hannover zu 15 Tagessätzen a 13 DM verurteilt worden. Er soll bei einer Saalräumung im Grohnde-Prozeß einen Justizbulle getreten haben.

Auf einmal!

„Als wirkungsvoll erwies sich allein der Gebrauch von auf der Baustelle befindlichen Feuerlöschern, ... die Demonstranten dadurch zu stören vermochten, daß deren Brillen und damit ihre Sicht eingeschränkt wurden. Schließlich gebrauchte die Polizei auf dem Baugelände lagernde Moniereisen, um Demonstranten bei ihrer Arbeit zu stören. Diese Stangen wurden den Beamten jedoch z.T. entrissen und gegen sie verwandt“, erklärte die Bezirksregierung Hannover zum 19.3.77 in ihrer Klage und wiederholt damit das, was bisher immer als übelste Verleumdung durch die AKW-Gegner bezeichnet wurde!

Anzeige:

Über das Neuerberger Strahlenforschungsinstitut und andere bayerische Atomanlagen steht mehr in der Broschüre der Nürnberger Initiative gegen AKWs. Zu beziehen über:

Klaus Meyer
Keflerplatz 15
8500 Nürnberg

ATOMANLAGEN IN BAYERN



ab 10 Stück: 1,50 DM pro Exemplar

Geplante Aktivitäten zu Gorleben Landesregierung rüstet zur „Schlacht um Gorleben“

Baden-Württemberg. Am 27. Januar führten die Baden-Württembergischen BIs eine Landeskonzferenz durch, an der 17 BIs teilnahmen, darüberhinaus Jo Leinen vom BBU-Vorstand und Nina Gladitz, die bekannte Filmemacherin.

Zu Gorleben planen die BIs folgendes: Am 1. Freitag nach Bohrbeginn sollen in Löss und in der 3. Februarwoche in Ellingen im Rahmen von Aktionstagen jeweils örtliche Demonstrationen zu Gorleben stattfinden. Am „Tag X“ werden nachts die Ortschleicher in allen Orten überklebt mit „Gorleben ist überall“.

Am 31. März soll an zwei Orten in der Region für Gorleben demonstriert werden: In Neckarwestheim und in Südbaden, wobei der genaue Ort (Wyhl, Fessenheim, Frelburg) noch von den badisch-elsässischen BIs bestimmt wird. Beide Demonstrationen sollen den Charakter landesweiter Großdemos haben.

Weiter wurde folgendes diskutiert: Im Rahmen der Pfingstmärsche, die dieses Jahr international sind, wurde von Jo Leinen auch ein Pfingstmarsch in Gorleben vorgeschlagen. Der Freundeskreis Gorleben der badisch-elsässischen BIs schlug vor, im Sommer den Landkreis Löss-Dannenberg zu „belagern“, d.h. ein riesiges Camp zu errichten. Gleichzeitig sollen im Lager selber und in den umliegenden Städten Kulturaktionen, Festivals etc. stattfinden. Die „Belagerung“ soll längere Zeit andauern und ständig etwa 10000 Teilnehmer haben. Da bei den bisherigen Camps, ohne große Mobilisierung, auch schon hunderte von Dauerteilnehmern waren, hofft man bei europäischer Vollmobilisierung, schon auf einige tausend Dauerbelagerer zu kommen. Auf der Landeskonzferenz waren alle Teilnehmer begeistert vom Vorschlag. Explizit dafür sprachen sich aus: Jo Leinen, Nina Gladitz, BfU Tübingen, AK Leben Stuttgart, BI Heilbronn, BI Offenburg. Der Freundeskreis will den Vorschlag jetzt auch auf dem Braunschweiger Arbeitstreffen in die Debatte einbringen.

Hessen. Die Bürgerinitiative Offenbach hat alle im Rhein-Main-Gebiet ansässigen Anti-AKW-Initiativen zu einer Vorbereitungsbesprechung nach Offenbach eingeladen. Sie schlagen vor, 1-2 Wochen nach Beginn der Flachbohrungen in Gorleben eine regionale Demonstration durchzuführen. In ihrem Aufruf-Vorschlag begründen sie, warum Offenbach als Demonstrationssort bevorzugt wird:

„well Offenbach Sitz der KWU ist.“

weil Offenbach – im Zentrum des Rhein-Main-Gebietes – optimale Voraussetzungen für eine breite Einbeziehung der Bevölkerung bietet.

Das Treffen findet am 3. Februar statt.

Der Frankfurter Freundeskreis hat auf einer Veranstaltung mit rund 300 Teilnehmern dazu aufgerufen, zum Baubeginn in Gorleben (Probebohrungen) der in Sachsenhausen ansässigen Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) „einen schönen großen ‚Einwegteppich‘ vor die Haustür zu stellen, der aus Aluminiumgetränkedosen, Kunststoffverpackungen und Einwegflaschen besteht.“ Der Termin der Protestaktion soll kurzfristig bekannt gegeben werden.

Bayern. Die bayerischen Anti-AKW-BIs planen für den 24. Februar (seit längerer Zeit mal wieder) eine Regionalkonferenz in Nürnberg, auf der über die weitere Gorleben-Arbeit beraten werden soll. Außerdem hat die Schwefelurter KKW-Nein-Gruppe den Vorschlag gemacht, im März aus Anlaß des Prozeßbeginns gegen das AKW Grafenrheinfeld dort zu demonstrieren. Der Zusammenhang zu Gorleben soll dadurch hergestellt werden, daß bei der Öffentlichkeitsarbeit die Frage der Entsorgung, speziell das geplante Kompaktlager in Grafenrheinfeld, in den Vordergrund gestellt werden soll.

Die Landshuter AKW-Nein-Gruppe hatte ursprünglich geplant – entsprechend dem 3-Phasen-Konzept – zu einer regionalen Demo nach Ohu aufzuziehen, hat sich aber jetzt zusammen mit anderen AKW-Gegnern aus Landshut entschlossen, kurz nach Beginn der Probebohrungen eine örtliche Fahrrad-Demo durchzuführen.

Die Nürnberger Initiative gegen AKWs plant Anfang Februar, eine Woche lang Filmveranstaltungen in Jugendzentren, bei Jusos, Falken und anderen Gruppen durchzuführen. Dabei soll über die gesamte Entsorgungsfrage berichtet werden.

Nordrhein-Westfalen. Auf der letzten Landeskonzferenz der NRW-BIs wurde über Gorleben diskutiert. Dabei sind die BIs zu folgenden Überlegungen gekommen:

– Jede BI bereitet jetzt schon Verschiedenes vor, um schnell reagieren zu können, z.B. Blockaden, Fässer-Demos oder andere Aktionen mit entsprechender Öffentlichkeitswirksamkeit. Entsprechende Utensilien sollen jetzt schon vorbereitet werden.

werden. Einige BIs wollten sofort oder am Tage nach Bohrbeginn die Aktionen starten, die große Mehrheit jedoch legte fest, daß am Samstag nach dem Bohrbeginn möglichst einheitlich in ganz NRW Aktionen zu Gorleben laufen sollen.

Bei Bohrbeginn sollen Aktionsgruppen aus NRW nach Gorleben fahren. Diese Aktionsgruppen sollen möglichst jetzt schon zusammengestellt werden, allerdings muß gewährleistet sein, daß auch „vor Ort“ Aktionen stattfinden.

Um sicherzustellen, daß der Bohrbeginn schnell bekannt wird, wurde eine Telefonkette eingerichtet. (nach: „Info-Landeskonferenz-NRW-Sondernummer“)

Schleswig-Holstein. Der Arbeitskreis Brokdorf der BUU hat auf seiner Sitzung am 11.1. beschlossen, „gemäß dem Vorschlag der BI Löss-Dannenberg und der Freundeskreise bei Beginn der Bohrarbeiten zu einer Demonstration am Bauplatz Brokdorf aufzuziehen. Wir wollen mit dieser Demonstration den Zusammenhang zwischen dem geplanten AKW Brokdorf und der Wiederaufbereitungsanlage, die in Gorleben geplant ist, sinnfällig zum Ausdruck bringen. Diese Demonstration soll unter dem Motto stehen: Gorleben soll leben! Deshalb darf Brokdorf nicht gebaut werden!“ Demonstriert werden soll am „nächsten auf den Beginn der Bohrungen folgenden Sonnabend. Und zwar wollen wir uns an diesem Tag um 14 Uhr an der Brokdorfer Kirche treffen“ (Zitate aus einem Brief des Arbeitskreises Brokdorf)

Bürgeraktion Küste. Auf dem letzten Treffen der Bürgeraktion Küste (BAK) wurde berichtet, daß weiterhin in Absprache mit der BI Löss-Dannenberg Tag und Nacht Wachen an den Brücken des Elbe-Seitenkanals aufgestellt werden. Bei Bohrbeginn soll im Landkreis Löss-Dannenberg eine Tracker-Demonstration von Landwirten stattfinden.

Hamburg. Am 17. Februar soll in Hamburg eine Fahrrad-Demonstration gegen die geplante Atommüll-Fabrik in Gorleben stattfinden. Diese Demonstration wird bislang von fünf Stadteil-BIs geplant: Winterhude, Eppendorf, Rotherbaum, Hoheluft, Elmsbüttel.

Treffpunkt: Sonnabend, 17.2., 9 Uhr Winterhuder Fährhaus

Schmidt befürchtet: 20 Milliarden für AKWs in den Sand gesetzt

Auf dem SPD-Kongreß „Arbeit und Technik“ am 1.2. in Essen kamen Bundeskanzler Schmidt düstere Ahnungen über die Zukunft der Atomtechnologie. Der Staat könne bei seiner Zukunftsplanung „Pech“ haben, „so wie bei den Kernkraftwerken, erhebliches Pech sogar“ (aus „Süddeutsche Zeitung“, 2.2.79). „Manche Heißsporne würden es am liebsten sehen, wenn die 20 Milliarden Mark für Kernenergie (gemeint sind hier „nur“ die staatlichen Zuschüsse in die Forschung – Anm. AK) Fehlinvestitionen wären. Das freilich wäre dann eine phantastische Fehlinvestition“.

Auch der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Professor Rodenstock, konnte sich diesen Befürchtungen nur anschließen: „Die Technologiepolitik der

Bundesregierung stoße ... ins Leere, wenn wesentliche gesellschaftliche Gruppen aus einer Haltung der Technologiefeindlichkeit heraus zum Beispiel der Weiterentwicklung der Kerntechnologie, die ja auch einer Weiterentwicklung des Sicherheitsstandards diene (hört, hört AKW-Gegner – Anm. AK), immer neue Hürden in den Weg stellen“. Er klagte, „daß seit einigen Jahren fast jedes große Industrieunternehmen auf den Widerstand von Bürgerinitiativen stoße. Bisher hätten die Politiker zum Teil mit erheblichen Mut die Bahn für den technischen Fortschritt freigehalten“ (s.o.).

Den traurigen Mut, das Sicherheitsrisiko für Millionen von Menschen durch Atomanlagen herunterzulügen und den schleichenden Tod durch Krebs und andere „Zivilisationskrank-

heiten“ aufgrund zunehmender Umweltvergiftung seitens der Industrie mit „Fortschritt“ gleichzusetzen, gegen den bloß „Maschinenstürmer“ sein könnten, bloß weil den Kapitalisten der Umweltschutz zu teuer ist; diesen traurigen Mut mögen angesichts des wachsenden Widerstands in der Bevölkerung immer weniger Politiker aufbringen.

Doch auch nicht nur da sieht es düster für die Atomapostel aus. So schrieb die „Süddeutsche“ zu Schmidts Sorgen: „Offensichtlich stand er unter dem Eindruck, daß die künftige iranische Regierung und auch die brasilianische Regierung vertraglich schon vereinbarte Lieferungen deutscher Kernkraftwerke drastisch reduzieren wollen ... Ein weiterer Grund für die Überlegungen des Bundeskanzlers könnte die prekäre Entsorgungssituation deutscher Kernkraftwerke und die Verzögerung beim geplanten Bau des Entsorgungszentrums in Gorleben sein.“

Der jetzt beginnende Bau in Gorleben dürfte den Widerstand und Protest in der Bevölkerung gegen das Atomprogramm noch erheblich vergrößern.

Angesichts dieser Entwicklung wurde bereits auf dem SPD-Treffen angedeutet, daß man diesem Widerstand durch Drohungen über die Arbeitslosigkeit entgegenzutreten gedanke, als wenn sich diese Herren über die jahrelange Arbeitslosigkeit von einer Million Menschen in der BRD, die in Zukunft noch erheblich ansteigen dürfte, bisher schlaflose Nächte bereitet hätten. Auch DGB-Vetter kündigte in Essen an, daß er da mitmachen will: Natürlich seien sie keine „Maschinenstürmer“, natürlich seien sie für den „Fortschritt“. Schmidt erklärte dazu: „Mehr als die Hälfte der Bürger hätten Angst vor dem technischen Wandel“. Es gehe darum, „ihnen diese Angst zu nehmen“.

Anderes, als dies mit der Schürung noch größerer Angst um die Arbeitsplätze zu erreichen, fiel ihnen dabei nicht ein! Eine schöne „Fortschritts-gesellschaft“.

AKW-Nein-Kommission

Meinungsumfrage: Bevölkerung in Gorleben lehnt WAA ab!

Im Auftrag des Bundesinnenministers Baum wurde in Gorleben und Umgebung eine Meinungsumfrage zur geplanten Wiederaufbereitungsanlage durchgeführt. Das Ergebnis kann kaum eindeutiger sein:

- 64% bezeichnen sich als erklärte Gegner des WAA-Projektes
 - 17% stehen der Sache gleichgültig gegenüber
 - 19% sind dafür.
- Gefragt nach ihren „Bedenken“ gegenüber der WAA antworteten
- 18%, sie hätten keine Bedenken
 - 10%, sie hätten keine Bedenken

- 29%, sie hätten leichte Bedenken und
 - 58%, sie hätten schwerwiegende Bedenken.
- Auf die Frage, wie sie zum weiteren Bau von AKWs stehen, waren
- 55% gegen den Bau von noch mehr Atomkraftwerken
 - 24% dafür und
 - 21% unentschieden.
- (Angaben nach „Lüneburger Landeszeitung“ und „FR“, 31.1.79)
- Eine Volksbefragung wäre da wohl genau das Richtige...

Gorleben-Nachrichten

Am 27.1. wurde von der Mehrheit der GLU-Landesversammlung (Nordrhein-Westfalen) eine Erklärung angenommen, die von der „Bürgerinitiative Aktion Umwelt Mülheim“, der AUD Mülheim und der GLU Mülheim als Presseerklärung heraus-

gegeben worden war. In dieser wenden sich die Unterzeichner gegen den Bau der WAA in Gorleben und die Probebohrungen, gegen jede weitere Produktion von Atomkraft und treten für den Betriebsstopp für alle laufenden AKWs ein.

Neuherberg/München: Atommülllager am Rande einer Millionenstadt

„Will man in Zukunft Oberschleißheim besuchen, wird es bald so sein, daß man nur noch die Wahl hat, sich seinen Weg entweder durch die blauen Bohnen vom Schießplatz oder durch die radioaktiven Strahlen der GSF zu suchen“, bemerkte kürzlich der bayerische SPD-Landtagsabgeordnete P. Gantzer. Dabei bezog er sich auf den Plan der „Gesellschaft für Strahlenforschung“ (GSF), in diesem Vorort Münchens eine neue Großlagerhalle für radioaktiven Müll zu errichten. Die Sache hat folgenden Hintergrund:

In Neuherberg betreibt die GSF neben einem Versuchsreaktor und einer Reihe Labors, in denen mit radioaktivem Material u.a. an Versuchstieren experimentiert wird, auch die „Landesstelle für radioaktive Abfälle“. Bisher wurden hier jährlich 240 Tonnen radioaktiver Abfälle der Kategorie „schwach- bis mittelaktiv“ aus Industriebetrieben, Kernkraftwerken, Kliniken und Arztpraxen zwischengelagert („Münchner Merkur“, 22.12.78). „Sicherheits-technisch“ sowie „strahlentechnisch überprüft“, wurde der Müll dann in die Salzstöcke von ASSE weitergeleitet.

Für ASSE II lief nun aber mit dem 31.12.78 die Genehmigung vorläufig aus. Angeblich soll jetzt erkundet werden, ob der dort gelagerte Atommüll „rückholbar“ ist. Sei es wie es sei, auf jeden Fall gibt's erstmal einen großen Atom-Müll-Stau.

Die GSF – im übrigen auch die Betreiberfirma von ASSE II, löste das Stau-Problem in Bayern auf ihre Art: Obwohl bisher immer behauptet wurde, der schwach- bis mittelaktive Müll müsse in Salzstöcken gelagert werden, wurde nun seit dem 1. Januar 79 das Institutsgelände von Neuherberg auf vorerst nicht absehbare

Zeit als Lagerstätte gewählt (nach „Süddeutsche Zeitung“ vom 8.1.79)!

Doch die GSF plant noch weiter: Da der bereits neu gestellte Antrag auf Verlängerung der Asse-Genehmigung noch eine Weile dauern kann, wird „eine neue Halle und eine Entsorgungsanlage“ notwendig – so ein Sprecher der GSF. In dieser neuen Lagerhalle, einer „Fertigbauhalle“, sollen dann „bis zu 240 je 200-Liter fassende Fässer mit leicht-radioaktivem Abfall lagern“ („MM“, 2.8.78). Plötzlich geht es auch ohne Salz!

Es gibt noch mehr neue „technische Errungenschaften“: Laut Klaus Göttel, Leiter der „Abteilung Strahlenschutz und Sicherheit“ der GSF kann nun dank der „neuen Lager-technik“, für die bereits ein sicherheitstechnisches Gutachten erstellt wird, die Kapazität auf ein Jahr verlängert werden („SZ“, 8.1.79). Zusätzlich wird dann noch die geplante „Entsorgungsanlage“ das Volumen des Mülls durch „Verdampfen, Verbrennen und Kompression um den Faktor fünf bis zehn“ verringern („SZ“, 8.1.79).

Zu allem Überfluß liegt das Gebiet direkt neben einem Bundeswehr-Schießübungsplatz, über den ununterbrochen Militärflugzeuge rasen.

Unzwischen brachten einige SPD-Landtagsabgeordnete im bayerischen Landtag einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem sie u.a. eine Verhinderung der Entsorgungsanlage fordern. Der Oberschleißheimer Gemeinderat hat nämlich inzwischen – mit den Stimmen der CSU – dem Bau der neuen Lagerhalle zugestimmt, mit der Bitte, daß doch möglichst etwas seltener Bundeswehrmaschinen über die heiße Zone jagen möchten...

Eine Genossin aus Nürnberg

Immer mehr lehnen die Atomenergie ab!

Mittlerweile zeigen Meinungsumfragen in der BRD, daß die Zahl derer steigt, die die Atomenergie ablehnen (laut einer Umfrage im „stern“ 47/78). Direkt nach Zwentendorf sprachen sich in Schleswig-Holstein 56% für eine Volksabstimmung aus, 37% wollten, daß keine AKWs mehr gebaut werden. In einer „stern“-Umfrage zum Jahresende 78 waren es 53%, die bundesweit dagegen waren, daß neue AKWs gebaut werden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Umfrage des Jülicher Atomforschungszentrums, die als interner Bericht zugänglich wurde. Hierin wird den Bürgerinitiativen bescheinigt, daß sie die Bevölkerung besser als die Atomindustrie über die Atomenergie informieren. Und bezugnehmend auf ihre Erfahrungen als Betreiber schreibt Jülich: „Im Laufe der nuklearen Auseinandersetzung und des Bombardements mit Informationen werden Befürworter häufiger als ihre Gegner mit der für ihre Einstellung bedrohende

Tatsache konfrontiert, daß ihre Auffassung von Kernenergie nicht der Wirklichkeit entspricht“ (Öko-Mitteilungen, 6/78).

Das Atomprogramm stößt auf immer größere Ablehnung. Wie aus einer jüngst veröffentlichten Umfrage hervorgeht, ist seit 1975 der Anteil der Befürworter der Atomenergie von 60% auf 39% zurückgegangen. Die Zahl der Gegner sei von 16% auf 18% gestiegen. Hierbei ergeben sich sehr starke regionale Unterschiede. So wird die WAA in Gorleben von 64% der Bevölkerung im Landkreis abgelehnt, entgegen allen Beteuerungen der Kommunalpolitiker und Betreiber (siehe auch Gorleben-Teil) im Umkreis des immer noch geplanten AKW-Wyhl sprachen sich 62% gegen jegliches weitere AKW aus.

Darüberhinaus ist vor allem das Vertrauen in Aussagen der Betreiber stark erschüttert. Vertrauten ihnen 1975 noch 67%, waren es 1978 nur noch 48%. Von vornherein aus gutem Grund mißtrauisch sind mittlerweile 49% („Frankfurter Rundschau“, 31.1.79).



Kurzmeldungen

Total krank... — dieses System

In Aachen entsteht eine neue Uniklinik, eine „Krankenburg“, selbst von der „FAZ“ als „ebenso häßlich wie menschenfeindlich“ bezeichnet (26.1.79). Die Klinik soll eines Tages mal Platz für 1.600 Betten, für 1.800 Medizinstudenten und Hunderte Mediziner bieten.

Schon jetzt ist völlig zweifelhaft, ob dieses Mammut-Bauwerk „überhaupt jemals voll funktionsfähig werden wird“ (ebenda). Während der laufenden Bauarbeiten sind schwere Schäden an den Gebäuden aufgetreten und das 245 Meter lange und 135 Meter breite Bauwerk senkt sich „aus nicht geklärten Gründen“ immer weiter ab. Die Stromversorgung ist völlig unzureichend. Die Trafoleistungen liegen um 35 % unter der notwendigen Kapazität. Zum Teil ist eine „fachgerechte Stromversorgung nicht gewährleistet“ (ebenda). Aber auch die Notstromaggregate sind viel zu schwach, so daß „bei einem Stromausfall Katastrophen befürchtet werden“. Ebenso das Kühl- und Isoliersystem, weshalb die Abnahme der Energiezentrale „in dem unfachgerechten baulichen Zustand mit Recht abgelehnt“ wurde.

Statt diese Krankenburg gleich wieder abzureißen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, wird munter weiter gebaut. Denn es lohnt sich: Die Baukosten, die ursprünglich auf 550 Mio. DM veranschlagt worden sind, werden nach den derzeitigen (!) Berechnungen auf 1,5 Milliarden DM schnellen. Und da sage noch mal einer, für unsere Gesundheit würde nichts getan!...

Um den Skandal komplett zu machen, haben allem Anschein nach die „Neue Heimat“, die natürlich wieder voll dabei ist, und die Aachener Hochschule so offen geschoben, daß ihnen sogar der Rechnungshof des Landes auf die Schliche gekommen ist. Er mußte schließlich das Fehlen wichtiger Planungsunterlagen monieren, die einfach verschwunden waren...

Jetzt sollen die Verantwortlichen innerhalb von sechs Monaten die verschwundenen Aktenberge (z.B. über Auftragsvergabe und Honorarzählungen an Ingenieurfirmen im Elektrobereich) wieder herbeschaffen. Ob diese Frist deshalb so lang ist, um sicherzustellen, daß die Akten auch wirklich im „sauberen“ Zustand ankommen?...

...

Duogynon freigesprochen?

Schon 1959 erschien eine Studie über drei Kinder mit Mißbildungen am Magen-Darm-Trakt, nachdem die Mütter Östrogene genommen hatten. Danach häuften sich die Berichte über Mißbildungen nach Anwendung hormoneller Schwangerschaftstests.

1967 veröffentlichte Dr. Isabel Gal erste statistische Untersuchungen über einen Zusammenhang zwischen der Einnahme von Duogynon (oder uoer einen Zusammenhang zwischen der Einnahme von Duogynon (oder Primodos, wie das Mittel in England heißt) und mißgebildeten Neugeborenen.

1969 stellte die Schering Tochtergesellschaft in England die Werbung für Primodos vorläufig ein.

Dr. Normann Dean stellte 1969 fest, daß Primodos die Schwangerschaft nicht nur testet, sondern auch abbrechen kann. Er empfahl Schering das Produkt vom Markt zu nehmen.

Gleichzeitig zog der Schering-Konkurrent Roussel sein Präparat „Amenorone Forte“ zurück.

Die Englische Arzneimittel-Kennzeichnungskommission schaffte es 1970, daß Primodos nicht mehr als Schwangerschaftstest empfohlen wurde.

1971 warnte der deutschsprachige Informationsdienst „arzneitelegramm“ als erster vor der Anwendung von Gestagen-Östrogen-Kombinationen in der Frühschwangerschaft.

Nun vermehren sich die Versuche an Schwangeren. Man wollte es ganz genau wissen.

Eine erhöhte Rate von angeborenen Herzfehlern stellte die Studie NORA und NORA 1973 fest.

Weitere Fälle von angeborenen Herzfehlern werden auch von der ROBERTSON-RINTOUL-Studie 1974 publiziert.

Die BROGAN-Studie berichtete 1974 von einem häufigen Auftreten von Lippen- und Gaumenspalten, ebenso wie verschiedene Skelettmißbildungen.

1973 wurden von der Arbeitsgruppe SPIRA Versuche mit 8.387 schwangeren Frauen gemacht, 43 Kinder mit schweren (!) Mißbildungen wurden geboren.

Obwohl für einzelne Mißbildungen eine Zunahme festzustellen war, wurde eine weitere Aufschlüsselung wegen Geringfügigkeit eingestellt.

1975 ging das Experiment weiter: Von 11.468 Kindern kamen 447 mit schweren und 525 mit geringfügigen (!) Mißbildungen zur Welt. Damit wurde die „Zufallsgrenze“ (!) gerade eben überschritten.

Ermittlungen gegen Schering

BERLIN, 30. Januar (AP). Die Staatsanwaltschaft Berlin ermittelt gegen zwei leitende Angestellte des Pharmakonzerns Schering AG im Zusammenhang mit der Vertriebung des Medikaments „Duogynon“ wegen des Verdachts der fahrlässigen Körperverletzung und Verstoßes gegen das Arzneimittelgesetz. Anzeige hatte im August vorigen Jahres eine Privatperson erstattet. Außerdem hatte die Berliner Staatsanwaltschaft im Dezember 1978 ein seit 1975 bei der Staatsanwaltschaft Oldenburg schwebendes Ermittlungsverfahren übernommen, zu dem die Anzeige der Eltern eines mißgebildeten Kindes gegen die behandelnden Ärzte wegen fahrlässiger Körperverletzung geführt hatte. Die Eltern vertreten die Ansicht, es solle auch gegen Schering ermittelt werden, weil die Mißbildung auf die Einnahme von „Duogynon“ während der Schwangerschaft zurückzuführen sei. Aus: „FR“, 31.1.79

Nach einer Pressekampagne 1975 war Schering in England gezwungen, die Packungen mit einem Warnetikett zu versehen — aber eben nur in England. 1978 zog Schering sein Präparat ganz vom englischen Markt zurück, da der Verkauf um 80% gesunken war. Für Irland wird von Schering keine neue Lizenz beantragt.

In Schweden, Finnland, Belgien, Niederlanden und Australien ist Duogynon schon seit Jahren verboten.

In der BRD wird immer noch geforscht. 1977 wurden 33 Frauen mit Kindern mit Herzmißbildungen 66 Frauen mit gesunden Kindern gegenübergestellt. Fünf Frauen mit mißgebildeten Kindern hatten Duogynon genommen und acht Frauen andere Medikamente mit Sexualsteroiden. Von den 66 Frauen mit gesunden Kindern hatten sechs Duogynon genommen.

Tierversuche, die unternommen wurden, wurden nicht als ausreichender Beweis eingestuft. Es wurden zwar im erhöhten Maße Gaumenspalten, Nieren- und Herzmißbildungen und Skelettanomalien festgestellt, aber erst der Versuch am Menschen gibt Gewißheit!

Am 10. und 11. Oktober 1978 fand ein Fachgespräch von Wissenschaftlern des Bundesgesundheitsamtes und deren Kollegen aus dem In- und Ausland in Berlin statt. Man wollte (?) die weltweit bekannt gewordenen Studien kritisch beleuchten. Die Schlußfolgerung aus dem „Fachgespräch“ war: „Die Annahme eines Zusammenhangs zwischen Hormoneinnahme und allgemeiner Zunahme von Mißbildungshäufigkeit ließ sich nicht belegen.“

Schering hat seinen Freibrief. Vom 1. September an soll das mit einer neuen Gebrauchsinformation ausgestattete Präparat nur unter dem Namen „Cumorit“ vertrieben werden.

Die Sachverständigen halten bei einem weiteren Vertrieb folgende Punkte für notwendig:

1. Die Anwendung von Hormonpräparaten zum Nachweis oder Ausschluss einer Schwangerschaft hat außer Betracht zu bleiben.
2. Die Behandlung einer sekundären Amenorrhoe mit derartigen Präparaten soll frühestens acht Wochen nach der letzten Regel und nach Ausschluss einer Schwangerschaft durch einen zweimaligen Test im Abstand von mindestens acht Tagen erfolgen.
3. Außerdem gibt es gegenwärtig keine wissenschaftliche Begründung, die den Nutzen einer Behandlung mit Duogynon bei Blutungen während der Schwangerschaft rechtfertigen kann. 1977 wurden 1,2 Mio. Packungen Duogynon in der BRD verkauft.

In der Pharmaliste vom 1. Quartal 1978 wird Duogynon immer noch als Mittel zur Früherkennung von Schwangerschaften geführt.

Obwohl an der Wirksamkeit des Medikamentes gezweifelt wird, hat die Schering AG weitere Versuche (mit Schwangeren?) angekündigt.

Chemiekommission
KB/Gruppe Hamburg

Clofibrat-Hersteller wollen offenbar einen neuen Conterganfall

Das mit Wirkung vom 15.1.1979 aus dem Handel genommene Präparat Clofibrat (s. AK 145, S. 45) war den betroffenen Pharmafirmen so lieb und teuer, daß sie eine umfangreiche Pressekampagne zur Aufhebung des Verkaufsverbots entfachten. Tag für Tag flatterten den Ärzten nach der Verbotsankündigung durch das Bundesgesundheitsamt (BGA) die Werbezettel auf den Schreibtisch.

14 Hersteller clofibrathaltiger Präparate verschickten gemeinsam ein dreiseitiges Papier, in dem sie deutlich zu erkennen gaben, daß sie nicht gewillt wären, 110 Millionen DM Jahresumsatz (1978) in den Rauch zu schreiben. Sie streichen darin die „Vorteile“ des Präparates bei der Verhinderung von Herzinfarkten breit heraus und reiten auf der angeblichen Zufälligkeit der erhöhten Krebsrate bei clofibrat-behandelten Patienten rum.

Wohlweislich ignoriert haben die Pharmafirmen die wesentlichen Argumente des BGA: „Es besteht hinreichende Veranlassung zu der Annahme, daß diese Risiken (Häufung von Todesfällen und Anstieg der Krebsfälle u. a. d. vor allem die größere Häufigkeit von Gallensteinen und Gallenblasenoperationen) den Nutzen einer Clofibrat-Behandlung überwiegen“ (Verbotsbegründung des BGA vom 18.12.78). Auch auf Maßnahmen unterhalb der Verbotschwelle geht das BGA ein: „Dieser negativen Bilanzierung ... steht nicht entgegen, daß andere Maßnahmen zur Risikoabwehr unterhalb des ausgesprochenen Widerrufs der Zulassung als völlig ausgeschlossen erscheinen. Ausschlaggebend fällt jedoch ins Gewicht, daß die ... Risikoerhöhung ernstzunehmen ist, ohne daß auf der anderen Seite mit Sicherheit gesagt werden könnte, daß weniger weitreichende Schutzmaßnahmen tatsächlich zur Risikominderung beitragen können“ (ebenda). Mit diesen Sätzen nimmt das BGA Bezug auf das Contergan-„unglück“, das sein verheerendes Ausmaß durch die Profitgier der Herstellerfirma Grünenthal erreichte, die ihr Präparat trotz eindeutiger Warnungen der Ärzte erst über zwei Jahre nach Bekanntwerden von Gliedmaßenverstümmelungen bei Neugeborenen vom Markt nahm. — Was natürlich nur möglich war, weil solche „freien unternehmerischen Initiativen“ wie von Grünenthal behördenlicherseits voll gedeckt wurden. Es ist nicht anzunehmen, daß die jetzt betroffenen Firmen sich anders verhalten hätten, wenn nicht das Präparateverbot ausgesprochen worden wäre.



Den Widerstand gegen die kriminellen Praktiken der Pharma-Konzerne organisieren wollen Westberliner Kolleginnen und Kollegen, die hierzu eine gutbesuchte Veranstaltung durchführten

Selbstverständlich haben die betroffenen Firmen versucht, durch eine Klage den sofortigen Vollzug des Verbots zu verhindern. Das Gericht wies jedoch am 15. Januar 79 die Klage zurück und bestätigte die Auffassung des BGA.

In den Listen der Apothekengroßhändler, die alle zwei Wochen erscheinen, wurden die clofibrat-haltigen Präparate noch am 22. Januar 79 ohne Hinweis auf das Verbot den Apotheken zumindest in Hamburg angeboten.

Aus allem läßt sich leicht das Motiv der Aktivitäten der Pharmafirmen herleiten. Am Ende des zitierten Gemeinschaftspapiers der 14 Firmen

wird noch einmal ausgesprochen, wozu es geht, nämlich um das Geld: „Als Hersteller Clofibrat-haltiger Präparate werden wir geeignete Maßnahmen ergreifen, um eine Aufhebung des Verbots von Clofibrat zu erreichen“. Kein Wort mehr von Wirksamkeit oder Wohl des Patienten, sondern nur noch: Wir wollen weiter verkaufen und verdienen. Das Verbot des BGA hat dies auf absehbare Zeit erst einmal verhindert und das sollte im Interesse der Patienten auch so bleiben. Einmal Contergan war schon zuviel!

Gesundheitskommission

Kunstfehler im Kreiskrankenhaus Friedberg. Skandalöse Zustände gefährden Patienten

Aus dem Kreiskrankenhaus Friedberg (nahe Frankfurt) wurden in den letzten Wochen Tatsachen bekannt, die ein Schlaglicht auf die Mängel in der stationären Patientenversorgung werfen. Schon seit Jahren wurden hinter vorgehaltener Hand Vorwürfe über eine lebensgefährliche Patientenversorgung erhoben, die bisher, wenn sie in die Öffentlichkeit gelangten, von den Ärzten heftig bestritten wurden. Jetzt ereigneten sich innerhalb von 2 Wochen 2 spektakuläre Todesfälle. Am 8. Januar erstickte nach einer routinemäßigen, nur 6 Minuten dauernden Mandeloperation ein fünfjähriger Junge an seinem eigenen Blut; am 21. Januar verstarb eine 26-jährige Frau an einem Vergiftungsschock und Verblutung. Die im 5. Monat schwangere Frau war von ihrem Frauenarzt, der in der Klinik zusammen mit einem anderen Arzt über 25 Belegbetten verfügte, einbestellt worden, da die Herztöne des Kindes nicht mehr zu hören waren. In der Klinik wurde dies durch eine Ultraschalluntersuchung bestätigt, der Tod des Fötus als sicher angenommen. Das tote Kind sollte sofort aus dem Mutterleib entfernt werden. In den folgenden 4 Tagen gelang es den Gynäkologen offenbar nicht, dies durchzuführen. Zunächst sollten die Wehen künstlich eingeleitet werden. Als sich kein Erfolg zeigte, versuchten die Ärzte, mit einer Schlinge das Kind aus der Gebärmutter zu holen. Ohne Erfolg. Nun wurde es kriminell: Da Freitag war, gab der Gynäkologe weitere Versuche auf, tröstete die Frau auf die nächste Woche und verschwand ins Wochenende! Damit war das Schicksal der jungen Frau besiegelt, denn nun kam, was kommen mußte. Die durch die Manipulationen zwangsläufig in die Gebärmutter gelangten Keime vermehrten sich, es kam zu einer Entzündung der gesamten Gebärmutter und in deren Gefolge zu einer lebensbedrohenden Vergiftung. Jetzt versuchten zwei andere Gynäkologen, mit einer Operation, bei der Kind und Gebärmutter entfernt wurden, das Leben der Frau zu retten, aber vergebens. Wegen ihres schlechten Zustandes noch in die nahe Uniklinik Gießen gebracht, verstarb sie dort noch in derselben Nacht.

Zwei schlimme Einzelfälle, könnte man meinen. Ein Protokoll des HNO-Arztes Dr. Bader, der den fünfjährigen Jungen operiert hatte, zeigt, daß in Friedberg solche Dinge offenbar an der Tagesordnung waren. Einen vorübergehenden Herzstillstand, einen Blutdruckabfall auf bedrohliche Werte und eine fast zu spät vorgenommene Bluttransfusion allein in seinem Bereich zählt der Arzt innerhalb einer Woche auf. Insbesondere werden der Anästhesieabteilung Mißstände vorgeworfen, die auch zum Tode von Patienten hätten führen können („FR“, 26.1.79). Dem Chefarzt der Abteilung wirft er vor, die wichtige Intubation (Einlegen einer Kunststofföhre in den Kehlkopf, um der Ersticken vorzubeugen) häufig von Schwestern ausführen zu lassen und nicht (wie üblich) von Ärzten. Außerdem habe er den Kollegen schon öfter während der Narkoseleitung schlafend im Operationssaal beobachtet („FR“, 25.1.79).

Der haarsträubende Fall Friedberg ist aber nur die Spitze eines Eisberges. Fälle, wie sie sich dort häufen, sind auch in allen anderen Krankenhäusern Alltag, wenn auch nicht immer in solch krasser Weise. Jeder, der als Pflegekraft oder Arzt in einem Krankenhaus arbeitet, kennt sie, die Infektionen durch mangelnde Hygiene, die nicht rechtzeitig beobachtete Blutung und die Todesmeldung am Montag auf die oft bange Frage, ob der Patient, den man am Freitag Nachmittag in kritischem Zustand verlassen hat, noch lebt.

Der „Trost“, er wäre wegen seines Alters, der Schwere seiner Erkrankung oder der fehlenden Heilungsmöglichkeit ohnehin gestorben, erscheint in solchen Augenblicken als blosses Alibi. Ein Alibi, für mangelnde Qualifikation und Profitsucht der (Fach-)Ärzte, schlechte Ausbildung der Assistenten, Arbeitshetze und Personalmangel bei Pflegepersonal und Ärzten, ein Alibi, das aber für die Verhältnisse in Friedberg nicht gelten kann. Insbesondere der letzte Fall ist eindeutig Putsch und kriminell.

Trifft alles zusammen, wie offenbar in Friedberg, werden schlimmste

Zustände offenbar, die andernorts elegant vertuscht werden. In Friedberg laufen jetzt Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Tötung gegen die an den Todesfällen beteiligten Ärzte. Doch vermutlich werden diese, außer möglichen Geldstrafen, wenn überhaupt, keine weiteren Folgen zu gewärtigen haben.

Und hier geht der Skandal in Friedberg noch weiter. Nicht etwa der Anästhesist oder der Gynäkologe, denen ganz konkrete kriminelle Taten vorgeworfen werden, müssen gehen, sondern Dr. Bader, dem es nicht mehr reichte, daß alles hinter vorgehaltener Hand gesagt wurde. Zunächst hatte er versucht, über den ärztlichen Direktor mit einem Mängelkatalog, der nach den jüngsten Ereignissen von der „Frankfurter Rundschau“ veröffentlicht wurde, die Zustände zu ändern. Er fand kein Gehör. 4 Tage vor dem Tod der jungen Frau wurde er bei einer Ärztesammlung, bei der auch Vertreter des Kreises (Behördenvertreter) anwesend waren, massiv unter Druck gesetzt, das Papier zurückzunehmen („FR“, 26.1.79). Nachdem sich nun die Vorwürfe als traurige Wahrheit erwiesen, wurde Dr. Bader vom Kreis (dem Träger des Krankenhauses) fristlos gekündigt mit der Begründung „er habe unzutreffende Erklärungen im Hessischen Rundfunk und in der Presse über angebliche Unterdrückung seiner Mitteilung an den ärztlichen Direktor abgegeben. Damit sei eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich, da das Vertrauensverhältnis tiefgreifend gestört ist“ („FR“, 31.1.79). Die „FAZ“ hatte schon am Vortag die Kündigung unter Hinweis auf „Stimmen“ gefordert, „die dem HNO-Belegarzt Dr. Bader vorwerfen, dem Ansehen des Krankenhauses durch seine Veröffentlichung schwer geschadet zu haben“. („FAZ“, 30.1.79).

Das ist die perverse Logik der Systemvertreter, die nicht den angreift, der die kriminelle Tat begeht, wenn er sonst nur ins System paßt, sondern den, der sie aufdeckt. Dagegen und vor allem gegen die kriminelle Puscherei im westdeutschen „Gesundheitswesen“ muß Front gemacht werden!

Gesundheitskommission

den, der sie aufdeckt. Dagegen und vor allem gegen die kriminelle Puscherei im westdeutschen „Gesundheitswesen“ muß Front gemacht werden!

Gesundheitskommission

Leserbrief zu

„Keine Angst vor Krebs?“

Liebe Genossen, ich bin zwar kein Arzt, habe auch nicht Hackethal gelesen und mich auch sonst mit dem Thema Krebsbehandlung nicht allzu tief schürfend auseinandergesetzt, allerdings habe ich Krebs und die Tatsache, daß ich wahrscheinlich bald wieder als gesund gelten kann, verdanke ich Urologen. Warum ich das schreibe? Weil ich es langsam unverantwortlich finde, wie in Artikeln des AK zum Thema Krebs mit Parolen wie „Laufen Sie, wenn Sie einen Urologen sehen“ hantiert wird.

Haben die Artikel Fakten gebracht, die überzeugend beweisen, daß es besser sei, sich nicht einer Vorsorgeuntersuchung zu unterziehen? Dazu einige Zitate aus AK 146, S. 13:

– „Was Krebs heilt, kann ihn auch hervorrufen“ („Welt“);
– „Auch eifrigste Verfechter der schulmedizinischen Krebsbehandlung sind nicht in der Lage, bei der feingeweblichen Untersuchung mit dem Mikroskop zu einer sicheren (!) Diagnose – Krebs oder kein Krebs – zu kommen.“

Oder

– „Mammographie steht im Verdacht, Krebs auszulösen“. Anschließend daran zählt der Artikel auf, wieviel Zehntausende unter unnötigen Operationen leiden mußten. Auch ich verurteile das schärfstens – aus der Erfahrung heraus, daß schon notwendige Operationen oft das Maß des Ertragbaren überschreiten, um wieviel mehr dann die „Schnippenleien“. Aber was empfiehlt ihr denn eigentlich den Patienten? Sollen sie warten, bis die Schulmedizin absolut sichere Diagnosemöglichkeiten hat? An kann noch lange dauern, und an wem sollen sie erprobt werden? Woher habt ihr den „Verdacht“, daß Mammographie Krebs auslöst?

Ich finde es albern, von der Medizin zu erwarten, sie könne eines Tages die fertige, völlig ungefährliche Diagnose und Behandlung frei Haus liefern. Wahrscheinlich wird man gar nicht umhin können, bestimmte Dinge beim Menschen zu erproben, auch wenn das vorher schon an tausend Ratten gemacht wurde – weil es eben doch etwas anderes ist. Für mich stellt sich dabei die Frage nur:

– Kennt der Patient die möglichen Folgen?
– Kann er eine echte Entscheidung treffen, was er will und

was nicht?

– Ist alles geschehen, um das Risiko möglichst klein zu halten?

Das sollten auch Kriterien für fortschrittliche Mediziner sein! Leichtsinng finde ich auch Sätze wie diesen im AK: „Um den statistischen (!) Erfolg komplett zu machen, wird jetzt erwogen, auch die 15 bis 29-jährigen Frauen in die Vorsorgeuntersuchung miteinzubeziehen“, wenn dann im nächsten Absatz suggeriert wird, die Frau, die sich der Vorsorge unterziehe, liege auch schon halb auf dem Operationstisch mit amputierter Brust. Das ist Leichtsinng! Wenn die Mammographie tatsächlich krebszeugend ist, dann weg damit! Aber die Erweiterung der Vorsorge kann ich nur begrüßen, weil es für viele tatsächlich nicht zu spät ist, wenn Krebs früh genug bemerkt wird.

Im übrigen halte ich von Hackethals sinnigen Vorschlägen, wie er sie seiner krebserkrankten Schwiegermutter gab, nämlich einen längeren Urlaub auf den Bahamas zu machen, statt einer Behandlung, nicht viel – zumindest nicht bei jüngeren Menschen.

Wichtig sind für mich solche Fakten, wie, daß über 40 % der Hausärzte Krebs nicht erkennen, was ich auch schon von vielen Patienten gehört habe, die deshalb manchmal jahrelange Leidenswege hinter sich hatten und bei denen es irgendwann zu spät war für den Spezialisten.

Von der Diskussion im AK erwarte ich deshalb nicht, zum x-ten Mal zu hören, daß der Kapitalismus am Krebs Schuld ist (was ja stimmt), und auch nicht, daß wir vor Ärzten davonlaufen sollen, wenn das nur auf Spekulation beruht. Ich erwarte: Welche Anforderungen stellen wir an die medizinische Forschung, an Ärzte, besonders an fortschrittliche? Wie können sie uns unterstützen dagegen, als Versuchskaninchen ausgenutzt zu werden? Wie können wir erreichen, nicht in Fachchinesisch, sondern genauestens verständlich beraten zu werden? Wie können wir selbst uns zusammenschließen? Damit eben nicht Tausende bei Ärzten hocken bleiben, die keinen Schimmer haben und Krebs für eine Entzündung halten, damit wir nicht dumm gehalten werden können, sondern beste Behandlung erfahren!

Ein Westberliner Genosse mit Krebserfahrung

bei der Kind und Gebärmutter entfernt wurden, das Leben der Frau zu retten, aber vergebens. Wegen ihres schlechten Zustandes noch in die nahe Uniklinik Gießen gebracht, verstarb sie dort noch in derselben Nacht.

Fall ist eindeutig Putsch und kriminell.

Trifft alles zusammen, wie offenbar in Friedberg, werden schlimmste

„Humanisierung des Gesundheitswesens“

Auf Einladung der Fachgruppe Medizin am Oberstufen-Kolleg sowie dem Zentrum für interdisziplinäre Forschung an der Universität Bielefeld fand vom 26. bis 28.1. nach sechs Jahren erstmals wieder ein medizinisch-soziologischer „Alternativkongreß“ statt.

Das Thema „Humanisierung des Gesundheitswesens“ beinhaltet eine Fülle von Teilbereichen, die untergliedert waren in „Gesundheits- und Krankheitsverständnis“, „Institutionelle Strukturen der Krankenversorgung und mögliche Alternativen“, „Berufsrolle und neue Kooperationsformen“, „Aus- und Weiterbildung“ und „Präventionsstrategien“. Außerdem fand ein Projektbasar statt, auf dem sich mit Hilfe von Stellwänden und Diskussionsmöglichkeiten viele verschiedene Initiativen und alternative Projekte vorstellen. Ein Workshop bot Gelegenheit zu psychosozialen Training in kleinen Gruppen.

Den ersten Abend schloß eine Podiumsdiskussion ab, die sich als nichtssagendes „Expertengespräch“ gestaltete. Da fiel es gar nicht auf, daß ein „gestandener“ Klinikchef seine Thesen über die „Humanisierung des Gesundheitswesens“ darlegte. Positiv waren dagegen die Beiträge zum Thema Frauen und Gesundheit von der Politologin I. Kickbusch (Konstanz), auf die aber trotz Aufforderung niemand auf dem Podium eingehen mochte.

Einen besonderen Beitrag leistete die Leitende Schwester, Frau K. Krüger (Hannover), die auch als Vertreterin der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie sprach. Auf konkrete Probleme eingehend, erklärte sie eine Behandlung „psychisch Kranker“ mit Elektroschocks für notwendig, wenn vorher eine ein- oder zweijährige medikamentöse Behandlung nicht geholfen hätte. Die Frage aus dem Publikum, ob Elektroschocks zum Therapieprogramm der DGSP gehören, wollte sie nicht beantworten. So sieht also die „Humanisierung des Gesundheitswesens“ von oben aus.

Am Samstag diskutierten über 400 Teilnehmer (hauptsächlich Medizinstudenten und Ärzte) in 36 Untergruppen. (Einen Überblick wollen wir später geben, da z.Z. die Protokolle noch nicht vorliegen.) Bei der Abschlusssitzung am Sonntag faßte R. Schwendter vom Fachbereich Sozialwesen in Kassel die Ergebnisse der Untergruppen so zusammen:

Dem Abbau des Expertentums mit Hilfe von Selbsthilfegruppen, Entwicklung von „sekundären Experten“ und der Aktivierung der Patienten wird große Bedeutung beigemessen. Innerhalb der Institutionen, die als krankmachender Faktor eine große Rolle spielen, bleibt augenblicklich nur „kleines Bröckchen“, Mitarbeit in Gewerkschaften, soweit möglich, Bekämpfen des „Integrierten Systems Medizinischer Versorgung“, das in Zukunft die Entmenslichung des Gesundheitswesens weiter vorantreiben wird. Langfristig müssen die Institutionen in das Alltagsleben des Menschen zurückge-

nommen werden, also etwa in Richtung gemeindeorientierte Gesundheitsversorgung. Eine Ausnahme macht die Psychiatrie: entsprechend der italienischen Praxis sollte hier bereits kurzfristiger auf eine Auflösung der Anstalten hingearbeitet werden.

Für alternative Modelle, wie etwa das Frauengesundheitszentrum in West-Berlin oder Gruppenpraxen kommt es auf gegenseitiges Lernen, intensivere Zusammenarbeit an.

Die Aus- und Weiterbildung von Medizinalfachberufen war ein weiterer Schwerpunkt. Hier gibt es bereits einige Modelle wie das Grundbildungsjahr, das Projektstudium etc., wobei der Entwicklung eines positiven Menschenbildes im Gegensatz zur naturwissenschaftlichen, zersplitternden Betrachtungsweise große Bedeutung beigemessen wird.

Abschließend wurden Möglichkeiten einer Fortsetzung dieses Neubeginns von überregionalem Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit diskutiert. In Planung sind verschiedene überregionale Treffen zu Themen wie Gruppenpraxis und Frauenselbsthilfe. Desweiteren wurde aber auch die große Bedeutung der Entwicklung alternativer Projekte sowie der Zusammenarbeit von Menschen, die im Gesundheitsbereich tätig sind, vor Ort hervorgehoben.

Insgesamt für die etwa 500 Teilnehmer ein sehr erfreuliches und ermutigendes Treffen!

Eine Genossin aus Bremen

Unbequeme

Nachrichten

Extra

Seit ca. 2 Jahren arbeitet in Köln das Beschwerdezentrum. – LKH Be-

Unbequeme

Nachrichten

Extra

Seit ca. 2 Jahren arbeitet in Köln das Beschwerdezentrum. – LKH Betroffene gemeinsam mit Interessierten – gegen die unmenschlichen und verbrecherischen Zustände in den Rheinischen Landeskrankenhäusern (LKH).

Es gelang uns, die katastrophalen Zustände im LKH Brauweiler aufzudecken, was daraufhin im vergangenen Jahr geschlossen werden mußte. Durch zahlreiche Zuschriften von „Patienten“ erfahren wir immer wieder, daß die gleiche verheerende Praxis in den anderen LKH's ebenso üblich ist: „Patienten“ beschwerten sich ständig über hemmungslose Spritzenverabreichung, körperliche Mißhandlungen, willkürliche Zwangsunterbringung durch fadenscheinige Gutachten, völlige eigene Rechtlosigkeit und keine wirksame Beschwerdemöglichkeit. Immerhin konnten wir vor Gericht nachweisen, daß im LKH Düren genau wie vorher in Brauweiler unverantwortlich gespritzt wird und daß die Menschen im LKH nicht die Hilfe bekommen, die sie brauchen.

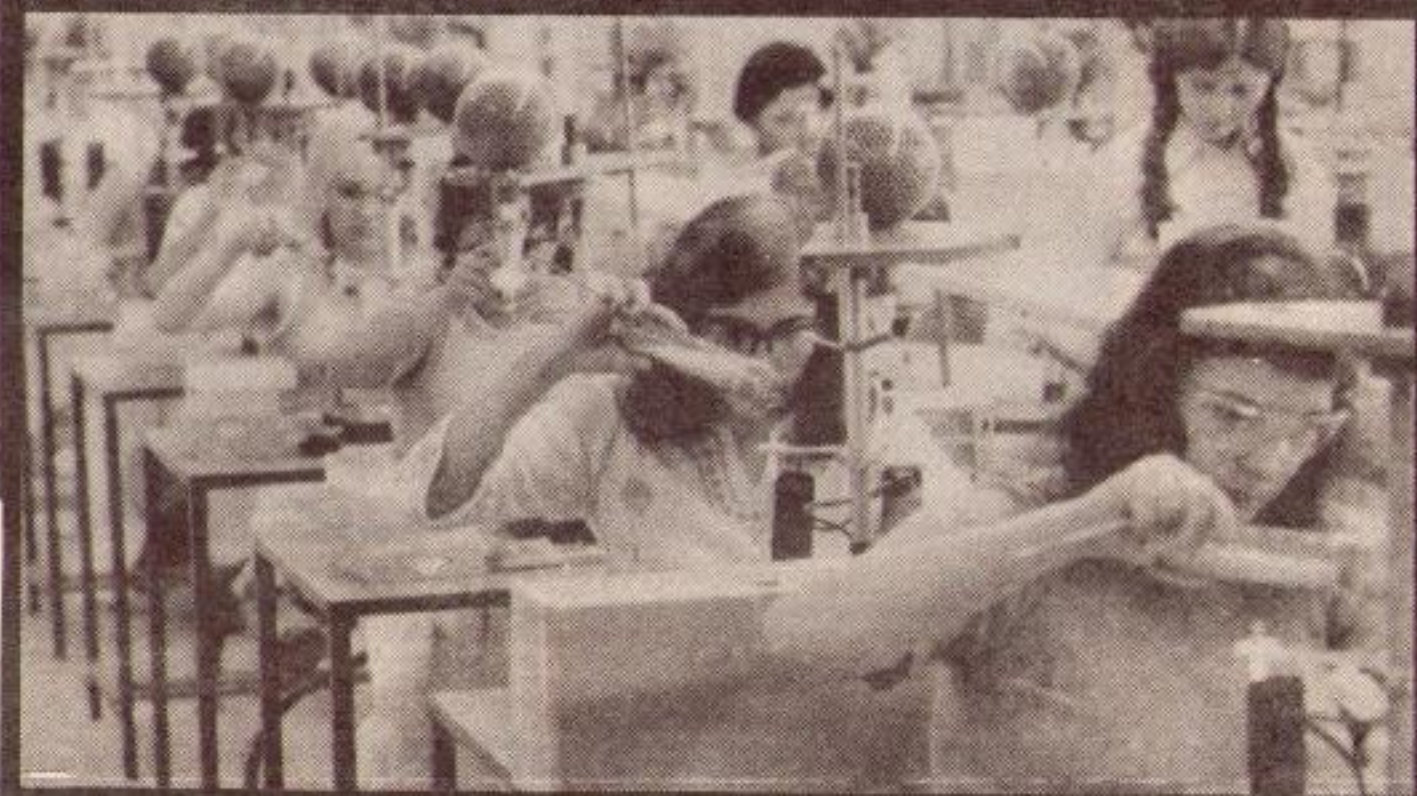
In den „Unbequemen Nachrichten“, einer Zeitung des Beschwerde-zentrums (Anlage) haben wir das Leben von Josef B. veröffentlicht, der seit 12 Jahren zu Unrecht im LKH Düren einsitzt. Er gehört zu den Ärmsten der Armen, wurde in Waisenhäusern und Erziehungsheimen groß, und war schon immer völlig auf Behörden angewiesen. Josef B. hat bis heute nie eine Möglichkeit gehabt, ein eigenständiges Leben zu führen. Im LKH Düren wurde Josef B. systematisch fertig gemacht und bereits in mehrere verzweifelte Selbstmordversuche getrieben. Eine Behandlung fand bei ihm bis heute nicht statt. Bei unangepaßtem Verhalten wird er mit Dämpfungsmitteln und Spritzen ruhiggestellt. Bei Josef B. führte das nachweislich zu Vergiftungserscheinungen und einer Tabletten-sucht, die bis heute anhält. Beweise dafür haben wir verkürzt veröffentlicht (s. Anlage).

Bei der Staatsanwaltschaft Köln erstatteten wir gegen den Landschaftsverband Rheinland (LVR) und den zuständigen Arzt Dr. Horst Werner Strafanzeige wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Mißhandlung von Wehrlosen. Um Gerechtigkeit für Josef B. zu erreichen, ist es jedoch damit nicht getan. Öffentlich ist ein entscheidender Schritt gegen die grauenhaften Verhältnisse in den LKH's. Josef B. ist kein Einzelfall, sondern nur ein Beispiel für viele.

Köln, den 11.1.79

Beschwerdezentrum
Liebigstr. 25
5000 Köln 30
Tel.: 0221/556189 (täglich)

Betrieb und Gewerkschaft



Linke Betriebsräte in der BRD — Eine notwendige Diskussion hat (wieder) begonnen

In etwa 50 Betrieben konnten linke Listen, linke Oppositionsblöcke oder profilierte linke Kollegengruppen bei den Betriebsrätewahlen 1978 Erfolge erzielen und sind als Opposition im Betriebsrat vertreten. In der Regel waren sie gezwungen, eigene Listen aufzustellen, da in vielen Betrieben alteingesessene Betriebsratscliquen ihre Machtposition benutzen, eine aktive und demokratische Betriebsrätearbeit zu verhindern. Sie können sich dabei zumeist auf die im Betrieb dominierende DGB-Gewerkschaftsvertretung stützen. Von den Führungen der DGB-Gewerkschaften wird alles getan, eine demokratische Kandidatenaufstellung und Wahl der Betriebsräte zu behindern. Hauptkriterium ist für sie, solche Betriebsräte zu haben, die der offiziellen Gewerkschaftspolitik treu ergeben sind.

Linke Betriebsräte sind daher, wollen sie nicht auf die Verwirklichung demokratischer Regeln und einer an den Interessen der Kollegen orientierten Politik verzichten, fast zwangsläufig in der Opposition zur alten Betriebsratsmehrheit und zur politischen Praxis der DGB-Gewerkschaft im Betrieb. Oppositionelle Betriebsratsgruppen, linke Betriebsräte stehen bei ihrer Arbeit vor zwei Grundproblemen:

- Sie führen ihre Arbeit unter der Bedingung schwach entwickelten Klassenbewußtseins durch und sind gebunden an ein vom Kapital diktiertes Gesetz: das Betriebsverfassungsgesetz, das nur einen engen Spielraum für aktive Betriebsratsarbeit läßt und eine Reihe von Fesseln („Friedens- und Schweigepflicht“) enthält
- Sie haben in der Regel keine gewerkschaftliche Unterstützung, sie stehen einer Front alter und gewiefter Betriebsratshasen gegenüber, die ihre Mehrheiten ausnutzen, die Opposition von wichtigen Ausschüssen und Informationen fernzuhalten. Schlimmer noch: Durch die gewerkschaftliche Praxis, linke Minderheiten aus den Gewerkschaften auszuschließen, fehlt ihnen jeder gewerkschaftliche Schutz, sind sie dem Druck von Unternehmensleitungen noch stärker ausgesetzt, als es sowieso der Fall ist.

Erfahrungen austauschen und diskutieren!

Erstmals nach den Wahlen 1978 hat jetzt ein Erfahrungsaustausch der Arbeit oppositioneller Betriebsratsgruppen stattgefunden. Am 14.1.79 hatte das SB („Sozialistisches Büro“) Oppositionsgruppen von Daimler-Benz Stuttgart, Opel Bochum und Bayer Leverkusen sowie aus Frankfurter Betrieben zu einer Diskussion nach Frankfurt eingeladen. Dabei gab es eine Reihe konkreter Erfahrungen, die diskutiert wurden. Darüber hinaus war die Veranstaltung zunächst von einer starken Polarisierung bestimmt. Die Vertreter der „Gewerkschaftsoppositionellen Gruppe“ bei Opel Bochum stellten ihre konkrete Arbeit dar und verbanden sie mit ihrem weitergehenden Anspruch der Abschaffung des Lohnsystems. Sie kritisierten, daß die anderen Vertreter — Bayer und Daimler Kollegen — sich zu sehr darauf beschränkten, das bestehende Betriebsverfassungsgesetz und die betrieblichen Gegebenheiten auszu-schöpfen, ohne diese Perspektive dabei im Auge zu haben. Gerade von den Opel-Kollegen wurde ihre Orientierung auf selbständige Aktionen der Kollegen, vor allem den Streik, betont. Demgegenüber wiesen Kollegen von Daimler und Bayer darauf hin, daß es für sie in erster Linie gelte, ihre Betriebsratsarbeit entlang dem Bewußtsein der Kollegen zu machen und daß diese Tätigkeit eben unter der Existenz solcher Gesetze wie das Betriebsverfassungsgesetz stattfinde, das heute überwiegend noch akzeptiert werde. Trotz dieser Differenz vereinbarten die Beteiligten, die Debatte weiterzuführen. Das SB hat mit der letzten Ausgabe seines Betriebs-„Express“ die Diskussion ebenfalls weiterverfolgt. In der „Roten Fahne“ vom 25.1. hat auch die „KPD“ in die Diskussion eingegriffen. Wir begrüßen diesen notwendigen Austausch von Erfahrungen und die Diskussion hierum. Wir wollen uns daran beteiligen und drucken nachstehend Beiträge der Oppositionsgruppen von Daimler-Benz Stuttgart, Opel Bochum, Bayer Leverkusen (alle entnommen aus „Express“ 1 vom 16.1.79). Wir fordern alle Oppositionsgruppen in Betriebsräten, alle oppositionellen Betriebsräte im KB und außerhalb des KB auf, sich an dieser notwendigen Diskussion mit ihren Erfahrungen und Meinungen zu beteiligen.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Opel Bochum

Zur Situation der „Liste für die Belegschafts-forderungen“

Nach der Betriebsratswahl haben wir (9 Betriebsräte) in unserem ersten Informationsblatt erklärt: „Wir schätzen diese Wahl insgesamt als Erfolg für die Geschäftsleitung ein.“ Die bisherige Entwicklung im Betriebsrat bestätigt das Urteil.

Dazu werden wir als Klassenkämpferische Gewerkschafter aufgrund der objektiven Bedingungen vor schwierige Aufgaben gestellt:

- Der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn erfordert mehr denn je konsequente Ablehnung der Sonderschichten und Überstunden.
- Den Kampf gegen die Arbeitssetze (— am 16.11.78 tödlicher Unfall eines Schweißers, der in seiner Kabine unter einem nicht ordnungsgemäß befestigten Schweißbock verblutete —) müssen wir in Verbindung mit dem vor unseren Augen ablaufenden Rationalisierungsprogramm verschärft anpacken.
- Von den 48 gewerblichen Lehrlingen, die im Januar 1979 die Lehrabschlußprüfung machen, will Opel nur vier in ihren Beruf übernehmen. Auch vier Bürogehilfen, die sich bisher sehr mutig und mit Teilerfolg (befristete Verträge) gegen ihre Entlassung gewehrt haben, sind für Ende Dezember gekündigt worden.
- Die Tarifrunde läuft sehr schleppend an. Die Erfahrungen vom Vorjahr (über 90% für Streik, dann Abschluß ohne Kampf mit 5%) sitzt als Resignation tief in den Knochen. Die anhaltende Konjunktur in der Autoindustrie hält die Hoffnung wach, sich mit dem vergleichsweise besseren Opel-Lohn und der einen oder anderen Extra-Schicht besser über Wasser halten zu können als die von Kurzarbeit und Entlassung bedrohten Stahlkollegen in unserer Umgebung oder gar die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen.

Auf diesem Hintergrund etwa ist die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb und die Lage im Betriebsrat zu beurteilen:

1.) Sofort nach der Wahl haben sich 15 der 19 „IG Metall-Listen“-Betriebsräte (14 rechte SPD, meist die alte Betriebsrats-Garde, plus der DKP-Betriebsrat Jaszcyk) mit den 7 (auch von Gewerkschaftsverfahren betroffenen) CDU-Betriebsräten zusammen getan und den Betriebsrats-Vorstand besetzt: G. Perschke wieder Vorsitzender, als Stellvertreter der neu gewählte Meister (!) Steputat. Mit einer Ausnahme (Juso Reppel) stellen sie auch den geschäftsführenden Ausschuß, die Vertretung im Gesamtbetriebsrat, sowie die Ausschuß-Vorsitzenden.

Genau entgegen unserer Forderung, als Blockbetriebsräte Produktionsbereichen zugeteilt zu werden, erhielten wir dann prompt — mit einer Ausnahme — die Facharbeiter und Zeitlohnabteilungen zugewiesen. Alle diese Maßnahmen resultierten aus der Überlegung, wie man uns möglichst aus den entscheidenden Gremien fernhalten und uns in der Belegschaft toilaufen lassen könnte.

2.) Über 70 Gewerkschaftsverfahren laufen gegen die Betriebsrats-Kandidaten, die als IG-Metaller nicht auf der offiziellen IG-Metall-Liste kandidiert haben. Dazu strengte Perschke

Fortsetzung nächste Seite

Bayer Leverkusen Opposition soll isoliert werden

Bei der Betriebsratswahl in der Bayer AG, Leverkusen, hat die Liste „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat“ auf Anhieb 36 Prozent der Stimmen im Arbeiterbereich und 19 Prozent im Angestelltenbereich erhalten, sie besetzte damit 13 von 49 Betriebsratsitzen.

Bei der konstituierenden Sitzung des Betriebsrats wurde von der Mehrheit der IG-Chemie-Betriebsräte konsequent eine Mitarbeit sowohl bei den Freistellungen als auch in den Betriebsratsausschüssen verhindert, während einer Mitarbeit von DAG und CGB-Vertretern in den Ausschüssen zugestimmt wurde. Damit will die Mehrheit die Arbeit der oppositionellen Gewerkschafter nicht nur erschweren, sondern auch bei den wichtigen Entscheidungen, die in den verschiedenen Ausschüssen getroffen werden, ausschalten. Dies gilt insbesondere für die Arbeit im Personalausschuß, im Betriebsausschuß und im Wirtschaftsausschuß.

Von den Sitzungen des Wirtschaftsausschusses und des Betriebsausschusses erhalten die Kolleginnen und Kollegen kein schriftliches Protokoll. Ihnen steht lediglich das Recht zu, in die Protokolle, die auf dem Betriebsratsbüro gesammelt werden, Einsicht zu nehmen.

Auch in den Betriebsrats-Sitzungen wird die oppositionelle Minderheit in ihren Möglichkeiten laufend eingeschränkt. Nach zwei bis drei Wortmeldungen wird grundsätzlich der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt, der dann von der Betriebsrats-Mehrheit angenommen wird. Eine konkrete Mitarbeit und die Auseinandersetzung für eine veränderte Betriebsratspolitik gegenüber dem Unternehmer wird

durch das Verhalten der IG-Chemie-Mehrheit im Betriebsrat von vornherein verhindert.

Für die Kolleginnen und Kollegen von der oppositionellen Liste bedeutet dieses Vorgehen der Betriebsrats-Mehrheit einen wichtigen Lernprozeß. Sie mußten lernen, ihre Betriebsratsarbeit ohne die Möglichkeit eines direkten Einflusses im Betriebsrat und in den Betriebsrats-Ausschüssen zu organisieren. Das heißt:

- sich nicht in Geschäftsordnungsdebatten verwickeln lassen,
- Anträge in den Betriebsrat einbringen, die sich an den konkreten Interessen und Forderungen der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb orientieren,
- alle von ihnen eingebrachten Anträge im Betrieb bekanntzumachen und über
- die Entscheidungen des Betriebsrates zu den gestellten Anträgen die Belegschaft informieren.

Mit Hilfe von Gerichtsverfahren die Opposition fertigmachen

Am 7.9.1978 verteilen die „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat“ ihr erstes Flugblatt nach der Betriebsratswahl. In dem Flugblatt wird u.a. die Praxis des Betriebsrates bei Kündigungen kritisch dargestellt. Dem Personalausschuß des Betriebsrates, der über Kündigungen, Versetzungen usw. entscheidet, wird vorgeworfen, bei beantragten Kündigungen

- nicht lange nach Widerspruchgründen zu suchen,
- keine persönliche Anhörung der von einer Kündigung bedrohten Kolleginnen und Kollegen vorzunehmen;

- innerhalb von zwei Monaten nur in einem Falle von 16 beantragten Kündigungen widersprochen zu haben.

Gegen diese Behauptungen haben die Personalausschuß-Mitglieder beim Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung beantragt. Am 16. Oktober 1978 hat das Arbeitsgericht im Wege einer einstweiligen Verfügung den Verfasser des Flugblattes untersagt, weiterhin zu behaupten, „der Personalausschuß des Betriebsrates der Firma Bayer AG, Werk Leverkusen, habe innerhalb von zwei Monaten bei 16 beantragten Kündigungen nur einer widersprochen“. Der Personalausschuß hat glaubhaft nachgewiesen, daß diese Tatsachenbehauptung falsch ist, denn „der Personalausschuß (hat) in der Zeit von zwei Monaten ab der 1. Sitzung (14.6.) nicht nur einer von 16 Kündigungen, sondern von 33 Kündigungen vier Kündigungen widersprochen“. Alle anderen Behauptungen dürfen weiterhin verbreitet werden.

Insgesamt kann das Ergebnis der einstweiligen Verfügung als Erfolg für die oppositionelle Gruppe gewertet werden. Dies haben auch die Mitglieder des Personalausschusses erkannt und gegen die von ihnen angestregte einstweilige Verfügung Beschwerde eingelegt. Sie wollen erreichen, daß auch die übrigen Behauptungen nicht wiederholt werden dürfen.

Mit dieser Taktik, jede sich bietende Gelegenheit zu nutzen, um Gerichte anzurufen, versucht die Betriebsratsmehrheit die Kolleginnen und Kollegen von der oppositionellen Liste so zu beschäftigen, damit sie von ihrer eigentlichen Betriebsratsarbeit im Be-

trieb abgehalten werden. Ein weiteres Ziel, das hinter der Einleitung von Gerichtsverfahren durch die Betriebsratsmehrheit stehen kann, ist die finanzielle Belastung, die dadurch auf die Kolleginnen und Kollegen zukommt. Wenigstens materiell will man sie vernichten, wenn es schon nicht anders möglich ist.

Am Rande sei noch vermerkt, daß die Betriebsrats-Mehrheit von Rechtsanwalt Heinz Gester vertreten wird, der als Justitiar beim DGB-Bundesvorstand beschäftigt ist, nebenher noch ein eigenes Rechtsanwaltsbüro (in den Räumen des DGB-Bundesvorstandes) unterhält und als Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat der Bayer AG sitzt.

IG-Chemie-Verwaltungsstelle klagt gegen den Hauptvorstand

Den Beschluß des IG-Chemie-Beschwerdeausschusses, daß die vom Hauptvorstand aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen Kolleginnen und Kollegen der Liste „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat“, weiterhin Mitglied der IG Chemie sind, will der Vorstand der Verwaltungsstelle Leverkusen nicht akzeptieren. (Die IG Chemie-Verwaltungsstelle hatte gegen 60 Kollegen den Ausschluß beantragt! Anm. des AK).

In der letzten Sitzung des Vorstandes der Verwaltungsstelle — die Mehrheit der Vorstandsmitglieder kommt aus der Bayer AG — hat der Vorstand gegen wenige Stimmen beschlossen, den Hauptvorstand der IG Chemie zu verklagen.

Ziel der Klage soll sein, die Entscheidung des IG-Chemie-Beschwerdeausschusses aufzuheben und damit durchzusetzen, daß die Betriebsräte der oppositionellen Liste nicht Mitglieder der IG Chemie bleiben dürfen.

A.D. Timm

Fortsetzung von S. 15

ein Verfahren an gegen die beiden Vorsitzenden der Vertrauenskörperleitung, da sie sich unrechtmäßig mehrfach 5,- DM Sitzungsgeld zugeschrieben hätten. Ein Betriebsrat der IG-Metall-Liste, der als linker SPDler den alten Haufen scharf bekämpft, erhielt ein Verfahren, da er auch eine eigene Liste geplant haben soll.

Die Verfahren sind bisher noch nicht angelaufen. Viele Kollegen sind natürlich gespannt, was mit den noch nicht ausgeschlossenen Kandidaten unserer Liste passiert. 3.323 Belegschaftsmitglieder hatten unsere Liste gewählt und damit unser Programm, in dem wir dazu aufgefordert hatten, zum arbeiterfeindlichen Kurs der Gewerkschaftsführung Stellung zu beziehen; am Beispiel der Tariffrunden und des Kampfes für die Arbeitszeitverkürzung hatten wir das ja auch klar getan.

3.) In diesem Zusammenhang ist die wichtigste inhaltliche Auseinandersetzung zu sehen, die die Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit seit Mai bei Opel bestimmt: die Anträge der Geschäftsleitung auf Sonderschichten. Im Juni erreichten wir in Zusammenarbeit mit den Juso-Betriebsräten zunächst eine Ablehnung von 24 Stimmen gegen 13; 14 Tage später der große Umfaller: bei wiederholtem Sonderschichten-Antrag stimmten 22 zu, nur 17 blieben bei dem „Nein“. Im September sollte Opel 8 weitere Sonderschichten haben und „bot“ zusätzlich 125 DM und einen Tag bezahlt ohne Arbeit. Mit Hilfe eines klaren Votums der Vertrauensleute erreichten wir 20 Stimmen gegen diese Arbeitszeitverlängerung, 19 Betriebsräte (einschließlich Perschke) stimmten zu und machen seitdem Stimmung gegen den Ablehnungsbeschluss.

In der Vertrauensleutevollversammlung unterstützte Heinz Janßen

vom IG-Metall-Vorstand diese knappe Mehrheitsentscheidung. Dabei stellte ein Kollege dann fest, daß die „Chaos-ten“ diese Entscheidung schließlich mitheingeführt hätten und fragte, ob die nicht in die IG-Metall und die anderen raus gehörten ... Es gibt jetzt, auch im Zusammenhang mit der Entwicklung bei Daimler-Benz, eine ganze Menge Kollegen und Vertrauensleute, die einen Wiederaufnahmeantrag unsererseits unterstützen würden.

Besonders schlimm und für uns äußerst erschwerend war und ist die Haltung der Rüsselsheimer Betriebsräte, die ja den Sonderschichten zugestimmt haben und damit unseren reaktionären Geschäftsleitungsfeinden Wasser auf die Mühlen geben.

4.) Die Widersprüche, die bei der Sonderschichtendeckelung eine Einigung grundsätzlich unmöglich machen, treten natürlich auch in den anfangs kurz angerissenen Problembereichen auf. So haben wir zur Zeit im Betriebsrat eine totale Konfrontation, die eigentlich nur mit Auflösung und Neuwahlen beendet werden könnte. Soweit möglich, gehen wir mit den rund fünf Betriebsräten zusammen, die sich ebenfalls um einen klaren Kurs gegen das Opel-Kapital bemühen. Dabei werden wir unterstützt:

a) von der Vertrauenskörper-Leitung, die die Kritik an der jetzigen Betriebsrats-Führung unterstützt, aber unsere Einschätzung der IG-Metall-Führung (defensiv) zurückweist, b) von einigen Vertrauensleuten, die unseren Kurs insgesamt richtig finden sowie c) einem kleinen Teil der Belegschaft, besonders aus den Produktionsbereichen, die besonders in der schwierigen Frage der Sonderschichten-Ablehnung hinter uns bleibt.

5.) Das Wahlergebnis und die harten, vor und mit der Belegschaft schwierig zu führenden Auseinandersetzungen

mit den verschiedenen Kräften und Strömungen im Betriebsrat und Vertrauenskörper haben uns dazu gedrängt, über unsere bisherige Arbeit eine gründliche Aufarbeitung zu beginnen. Unsere Diskussionsthemen können hier ebenfalls nur kurz angesprochen werden:

- Wie ordnen wir unsere gewerkschaftsoppositionelle Arbeit in die Entwicklung der Gewerkschaft ein, wie sie besonders seit dem 2. Weltkrieg in der BRD läuft?

- Wie sind die verschiedenen Strömungen in der Gewerkschaftsopposition heute einzuschätzen, wo liegen unsere Gemeinsamkeiten, unsere Differenzen?

- Welche Bedeutung hat jetzt die „klassenkämpferische Gewerkschaftsbewegung“ gewonnen; wie sieht unsere Zukunftsperspektive aus?

- Wie schätzen wir in dem Zusammenhang die kommunistische Bewegung in der BRD ein; in welchem Verhältnis dazu sehen wir unsere Arbeit als klassenkämpferische Gewerkschaft?

- Wie hat sich das Verhältnis unserer Betriebsrats-Arbeit zur gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb verändert, seitdem die Belegschaft erfahren hat, daß ein paar „Aufklärer“ im Betriebsrat auch nicht ihre Interessen besorgen können?

- Welche Möglichkeiten sehen wir jetzt in der Betriebsrats-Arbeit; in welchem Maß und in welcher Form müssen wir den Schwerpunkt bewußt auf die gewerkschaftliche Auseinandersetzung legen?

- Wie können wir unsere Gruppenarbeit entsprechend lebendig gestalten; wie die Verbindung zu den fortschrittlichen Kolleginnen und Kollegen in den anderen Betrieben praktizieren?

27.11.78, EINIGE BETRIEBSRÄTE DER GOG-BOCHUM



Betriebsratsgruppe um Willi Hoss bei Opel-Bochum

Daimler-Benz Stuttgart Drei Monate im neuen Betriebsrat

Gespräch mit einem Mitglied der Plakat-Gruppe bei Daimler-Benz in Stuttgart-Untertürkheim

„express“: Was hat sich eigentlich verändert, seit der neue Betriebsrat gebildet wurde?

Früher waren wir eine Fünf-Mann-Opinion, „ohne Verantwortung“, wie die Betriebsräte der IG Metall-Liste immer wieder betonten. Jetzt stehen wir in der vollen Mitverantwortung, jetzt zeigt sich, was wir wirklich verändern können am Arbeitsstil und an den Inhalten. Der Kurs der Ortsverwaltung ist: Laßt die

Belegschaft grundsätzlich deutlich zu machen, und damit aufzuzeigen, daß der Tarifvertrag für uns nur Mindestbedingungen absichert. So wollen wir Voraussetzungen schaffen für den Abschluß von Betriebsvereinbarungen, die über die Bestimmungen des Tarifvertrages hinausgehen. Wenn eine Absicherung gegen Abgruppierungen bei Daimler-Benz nicht möglich ist, bei der guten Geschäftslage, wo denn sonst?

„express“: Zeigen sich auch sachliche Differenzen, selbst wo Ihr Euch die größte Mühe gebt, das Denken in starren Fraktionsblöcken zu überwinden?

Ja, da ist das ISAA — Informationssystem Arbeitseinsatz und Arbeitsplatzplanung, auf deutsch: Allumfassendes Personalinformationssystem. Die Firma will ein perfektes Personalinformationssystem aufbauen. (Wir wollen darüber für den Februar-„express“ einen Bericht schreiben). Unsere Zustimmung will sie mit dem Vorwand erreichen, daß so die Voraussetzungen geschaffen werden, Arbeitsplätze für ältere oder leistungsgeminderte Kollegen zu finden. Die Meinung der IG Metall hierzu beschränkt sich darauf, zu sagen, wir akzeptieren das System, wenn wir darin mitbestimmen können und wenn der Datenschutz gesichert ist. Unsere Position: Wir verweigern der Firma jede persönliche Information, die über die jetzt schon bestehende hinausgeht. Wir haben mehrmals alternative Vorschläge gemacht, wenn die Firma wirklich nur um die Arbeitsplatzfindung für bestimmte Kollegen besorgt wäre, können sie sich auf unsere Vorschläge einlassen. Das wäre auch viel billiger.

„express“: Welche Erfahrungen macht Ihr nun in dieser Zusammenarbeit?

Insgesamt kann man sagen, das strikte Denken in Fraktionen ist ein bißchen aufgeweicht. Das ist auch unser Ziel: Sachbezogene Diskussionen, nicht in starren Blöcken, zumal wir uns auch als Gewerkschafter verstehen. Wir wissen, daß innerhalb jeder Fraktion verschiedene Meinungen vorhanden sind, die müssen auch diskutiert werden. Die Zusammenarbeit muß sich an Inhalten festmachen und kann nicht nur in formalen Zugeständnissen zwischen den Fraktionen bestehen. „express“: Kannst Du dafür Beispiele aus Eurer Arbeit nennen?

Es gibt keine Personalmaßnahmen (Kündigung oder Verwarnung) mehr, ohne daß mit den Betroffenen gesprochen wird. Das war vorher nicht so. Im Personalausfluß versucht man jetzt auch, die Fälle ausdiskutieren und nicht durch Abstimmung eine Entscheidung zu erzwingen.

Im Lohnausschuß läuft das auch so. Es liegt jeweils sehr viel an dem Ausschlußvorsitzenden. Wenn der tolerant und kooperationsbereit ist, läuft es gut. Jetzt kommen wir auch immer wieder in Situationen, in denen wir klar sehen, daß der Betriebsrat oft machtlos ist, z.B. in der Betriebsjustiz. Leute im Betrieb werden bei kleinen Vergehen, „Bagatelldiebstahle“, härter bestraft, als das nach dem bürgerlichen Recht möglich wäre, nämlich mit dem Verlust des Arbeitsplatzes. Die Betriebsjustiz schlägt da unheimlich hart zu.

Machtlos fühlen wir uns auch, wo der Tarifvertrag nicht ausreicht, z.B. bei Versetzungen aufgrund von Produktionsverlagerungen, und in der Folge: Abgruppierungen. Hier versuchen wir weiterhin, die Problematik und die Absichten der Firma der

„express“: Was habt Ihr in der nächsten Zeit vor?

Vor allem wollen wir den Anlaufstellen näherkommen. Die freigestellten Betriebsräte sollen in ihren Bereichen soweit möglich Anlaufstellen errichten können: Telefon, Schreibtisch, Büroschrank, Sachbearbeiter. So werden sie von Arbeiten entlastet, die sie an der Wahrnehmung ihrer eigentlichen Arbeit behindern, z.B. Schreibarbeiten, Statistiken, Weiterleiten von Anfragen, Beschwerden, die an den Vorgesetzten gehen müssen, usw. Stattdessen werden sie freier in den Abteilungen ihres Bereiches anwesend sein, Probleme, die die Kollegen artikulieren, direkt aufzunehmen, Alternativen mit ihnen zu entwickeln und dann praktische politische Schritte einzuleiten, Betriebsvereinbarungen zum Beispiel.

70 Gewerkschaftsausschlußverfahren bei 70 Gewerkschaftsausschlußverfahren bei Opel Bochum

Von 76 eingeleiteten Untersuchungsverfahren über „gewerkschaftsschädigendes Verhalten“ bei Opel in Bochum sind bereits abgeschlossen und müssen vom Hauptvorstand der IG Metall behandelt werden. „Angeklagt“ waren 7 Mitglieder der „Liste für die Belegschaftsforderungen“, die seit 1972 (damals als GOG Bochum) mit einer eigenen Liste im Betriebsrat vertreten ist. Ihnen wird die Bildung einer eigenen Liste anlässlich der Betriebsratswahlen 1978 vorgeworfen. Hier die Urteile:

- 2 Ausschlüsse aus der Gewerkschaft
 - 1 Kollege erhält 5 Jahre Funktionsverbot (er hatte bereits nach den Wahlen 1975 zwei Jahre Funktionsverbot)
 - 2 Kollegen erhalten 2 Jahre Funktionsverbot
 - 2 Kollegen erhalten eine „Rüge“.
- Gegen 7 weitere Mitglieder dieser linken Liste laufen noch Verfahren. Die 10 restlichen Mitglieder sind bereits nach den Betriebsratswahlen

1972 und 1975 ausgeschlossen worden.

Neben diesen 14 Verfahren gegen die Linken, die bei den BR-Wahlen 25,1% der Stimmen erhielten, laufen noch folgende Verfahren:

- 37 gegen die Liste 1 CDA/CDU in der IGM (16,6%)
- 9 gegen die Angestellten-Liste der CDA/CDU in der IGM (1 Sitz im BR).
- 1 Verfahren gegen einen türkischen Einzelkandidaten
- 3 gegen die von der IGM-Liste abgesprungene „Basis-Liste“ (ohne Sitz im BR).

Die Verfahren gegen die Linken sind vorgezogen worden. Unklar ist bis jetzt geblieben, wie die unterschiedlichen Urteile zu erklären sind. Nach vorläufigen mündlichen Angaben von einem GOG-Mitglied muß die unterschiedliche Urteilsprechung als ein Mittel angesehen werden, in der Liste der Linken zu spalten und Mißtrauen zu säen. Gespannt darf man sein, wie sich

die IGM-Führung gegenüber den anderen betroffenen Listenmitgliedern, insbesondere den CDU-Anhängern verhält.

So viel haben diese Verfahren bereits deutlich gemacht: es wird in den Gewerkschaften auch weiterhin mit Disziplinierung und Gewerkschaftsausschluß gearbeitet, um die undemokratischen Methoden beim Aufstellen offizieller IGM-Listen abzusichern. Die jetzt ausgeschlossenen und disziplinierten IGM-Mitglieder hatten sich nämlich alle für demokratische Listenaufstellung und Persönlichkeitswahl ausgesprochen, was führende IGM-Funktionäre innerhalb und außerhalb des Betriebes verhinderten. Es gibt also auch nach einer Reihe von Pleiten der IGM bei den letztjährigen Betriebsratswahlen in den Führungsspitzen keinerlei Bereitschaft, die eigene Praxis selbstkritisch zu überprüfen.

Wir fordern: Zurücknahme der Ausschlüsse Einstellung der Untersuchungsverfahren.

37 mal Funktionsverbot bei Opel-Rüsselsheim

Bereits im Juli letzten Jahres wurden die Gewerkschaftsausschlußverfahren im Rüsselsheimer Opelwerk behandelt. Eingeleitet waren die Verfahren gegen:

- 29 Mitglieder der Rechtsabspaltung der IGM-Liste, der „Alternative 78“, Mitglieder der Parteien CDU und SPD
- 6 italienische Mitglieder, die eine eigene Liste gemacht hatten
- 1 allein kandidierenden Griechen
- 1 Mitglied der „RGO“-Liste „Arbeiteropposition“.

Letzterer wurde ohne Verfahren ausgeschlossen, da er sich nicht schriftlich zu dem Vorwurf „gewerkschaftsschädigendes Verhalten“ geäußert hatte.

Gegen die 29 „Alternative“-Mitglieder, die entgegen den Karrierehoffnungen ihrer Listenführer nur 6,9% der Stimmen erhielten, beantragte die Untersuchungskommission jeweils 3 Jahre Funktionsverbot. Gegen 5 Italiener und den griechischen Kollegen gab's jeweils 1 Jahr; einer wurde nur gerügt, man glaubte ihm seine Unkenntnis der Satzungsbestimmungen.

Entgegen diesen Anträgen der Untersuchungskommission an den Vorstand hat die Darmstädter IGM-Ortsverwaltung mit Unterstützung des Rüsselsheimer Vertrauenskörpers im Opelwerk auf Ausschluß der 29 „Al-

ternative“-Mitglieder wegen schwerwiegendem gewerkschaftsschädigendem Verhalten“ bestanden.

Ein Spruch des IGM-Hauptvorstands ist uns bisher nicht bekannt.

Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen: „Als Quellenwerk immerhin erwägenswert für große Bibliotheken...“

Der „Zentrale Lektoratsdienst für öffentliche Bibliotheken“ hat eine Rezension des vom KB erstellten „Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen“ verschickt, die wir nachfolgend zitieren:

Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen.

(Mit Gutachten z. Russell-Tribunal). 1. Aufl. Hamburg: Reents, 1978. 646 S., 111., Faks. kt. 22,—

Eine vom Kommunistischen Bund (KB) initiierte Dokumentation zur Praxis der gewerkschaftlichen Ausschlußverfahren aufgrund linksextremistischer bzw. gewerkschaftsschädigender Aktivitäten. Auch wenn an Objektivität und Ausgewogenheit der Darstellung gezweifelt werden darf, bleibt ein gewisses Unbehagen über das gewerkschaftliche Vorgehen gegen u.U. nicht immer nur politisch unliebsame Mitglieder zurück. Fast würde man sich eine klare Stellungnahme der Gewerkschaften zu einigen Fällen. Der Rezensent sieht sich außerstande, dieses Buch abschließend zu beurteilen. — Als Quellenwerk immerhin erwägenswert für große Bibliotheken mit differenzierten wissenschaftlichen Beständen. (B/BuB: R. Brenner)

ekz-Informationsdienst

Wer das Buch bestellen will, schreibt an:
Reents Verlag — Lerchenstraße 75 — 2000 Hamburg 50

Integrierte Entgelttarifverträge: Durchbruch in der Tarifpolitik oder fauler Zauber?

1970 schrieb der Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der deutschen chemischen Industrie an die IG Chemie, die Mobilität der Arbeitnehmer, die Angleichung der allgemeinen Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten verlangten ein einheitliches Lohngruppenschema. Der Arbeitsring schlug vor, darüber in zentrale Verhandlungen zu treten.

Die IG-Chemie-Vorstände waren bereit. Seit Jahren beschäftigten sich Vorstände und Bürokraten der IG Chemie mit Entgelttarifen, die das bisherige Tarifgefüge ablösen sollen oder schon in einigen Betrieben abgelöst haben.

Die Forderung nach einem solchen Tarifvertragswerk, das Arbeiter und Angestellte in einem gemeinsamen Tarif unterbringen soll, kam kaum aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten. Umso eifriger bemühen sich die Gewerkschaftsvorstände die integrierten Tarife anzupreisen. Sie würden endlich eine Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten in Entlohnungsfragen bringen und der technischen Entwicklung angemessen sein, wird behauptet.

Eine rege Kommissionstätigkeit von Vertrauensleuten und angebli-

chen Experten auf dem Tarifvertragsfeld hat eingesetzt; eine rege Schulungs- und Unterweisungstätigkeit hat begonnen, um interessierte Gewerkschaftsmitglieder von den Vorteilen dieser Idee zu überzeugen. Was es mit der angeblichen Gleichbehandlung der Arbeiter und Angestellten unter dem Dach eines integrierten Entgelttarifes auf sich hat, wollen wir in diesem Artikel exemplarisch untersuchen.

Das Hauptergebnis nehmen wir vorweg: Auch in Entgelttarifen steht die Frau am untersten Ende der Lohnskala, der Arbeiter wird im

Vergleich zu Angestellten nach wie vor als Mensch behandelt, der angeblich wenig zu denken hat und deshalb schlechter bezahlt werden müsse, und Auszubildenden wird nach wie vor ein Existenzlohn verweigert. Andererseits wird mit dem Entgelttarif regelmäßig eine analytische Arbeitsplatzbewertung, eine Leistungsbeurteilung und eine darauf ausgerichtete Bezahlung eingeführt. Die Entgelttarife legen die Höhe des Lohnes weitgehend in die Hände der kapitalistischen Lohnfinder.

Sie sind somit eine Grundlage für die Anpassung der Löhne an die fort-

schreitende Abqualifizierung der Arbeitsausführung und eine mit viel Aufwand, Denkarbeit und Mitbestimmung verbundene Ablenkung von Tarifkämpfen und den wichtigen Forderungen:

- existenzsichernde Lohnerhöhungen in Mark und Pfennig für alle Arbeiter und Angestellten;
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit;
- Abschaffung der Leichtlohngruppen;
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich;
- Arbeitsplatzsicherung;
- Existenzlohn für Auszubildende.

Entgelttarif: Lohnzerstückelung ohne Lohnangleichung für Frauen und Arbeiter

Ein kleiner Überblick: Bisher hat die IG Chemie bei der Esso AG und in der Hamburger Ölmühlenindustrie Entgelttarife abgeschlossen.

Für den Bereich der Chemischen Industrie ist im Dezember 1977 eine paritätisch besetzte „technische Kommission“ eingesetzt worden, die auf Bundesebene die Möglichkeiten einer Zusammenführung der Lohn- und Gehaltstarifverträge zu einheitlichen Entgelttarifen untersuchen soll, d.h. hier arbeitet der Kapitalist in einer paritätischen Kommission schon an der Aufstellung der gewerkschaftlichen Forderungen der übernächsten Tarifrunde mit. Der erste Zwischenbericht dieser Kommission soll erst Ende 1979 vorliegen. Außerdem hat die IG Chemie bei

Ein zweiter Unterschied: In den bisherigen Tarifverträgen der chemischen Industrie wurde pro Gruppe ein festes Gehalt ausgewiesen. In den Entgelttarifen werden in den einzelnen Gruppen Mindest- und Höchstgehälter benannt. Innerhalb dieser Beträge soll der Arbeiter oder Angestellte durch Vereinbarungen zwischen der Geschäftsleitung und Betriebsrat eingeordnet werden. So ist es z.B. in der Ölmühlenindustrie tarifvertraglich vereinbart. Die festgeschriebene Regelung: „Die Eingangssätze (Mindestlohn in einer Gruppe) verstehen sich für eine Normalleistung. Für darüber hinausgehende Leistungen werden nach betrieblicher Bewertung im Einvernehmen zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat tarifliche Leistungszulagen bis zur Höhe des in der jeweiligen Gruppe festgelegten Betrages gewährt.“

Geschlecht des jeweiligen Positionsinhabers zu. „Genauso sind Arbeiterberufe weitgehend verschlüsselt und auf den ersten Blick nicht zu erkennen. Ein Chemiearbeiter heißt bei Esso Operator, was sich vielleicht gut anhören mag, ihn aber nicht über eine mittlere Einstufung hinausbringt. Fazit: Alle typischen Frauenberufe finden sich in den unteren Lohngruppen (bis maximal Gruppe 6), ebenso finden sich unten die Arbeiterberufe wieder, wie Chemiearbeiter und Handwerker, allerdings etwas höher als die Frauen: in den Gruppen 6 und 7.

Im Vergleich dazu wollen wir das wohlklingende tarifpolitische Ziel des IG Chemie-Hauptvorstandes nennen: „Mit der fortschreitenden Technisierung sind die Grenzen zwischen Gewerblichen und Angestelltenberufen immer fließender und die Diskrepanzen in der Bezahlung in Relation zu vergleichbaren Tätigkeiten in beiden Bereichen immer größer geworden. Die künftigen tarifpolitischen Forderungen sollten daher auf nachfolgende Punkte besonders ausgerichtet sein:

- Wegfall der Stundenentlohnung durch tarifliche Einführung des Monatslohns...
- Vergleichbare Tätigkeiten aus dem Gewerblichen- und Angestelltenbereich sind materiell tariflich gleichzubehandeln...

Analytische Arbeitsplatzbewertung und Bezahlung

Ein nicht zu übersehender Aspekt, der die Kampfkraft der Arbeiter und Angestellten schwächen soll, ist die Orientierung auf die analytische oder anders gesagt pseudowissenschaftliche Lohnfindung. Die soziale Lage der Arbeiterklasse wird in Tariffragen abgedrängt. Ein ganzer Gewerkschaftsapparat schult sich in einer Wissenschaft, die ihn übers Ohr haut. Es wird neue Experten geben, die nur noch über eine wissenschaftliche Lohnfindung sprechen wollen und Forderungen nach existenzsichernden Lohnerhöhungen als banal und unwissenschaftlich ermittelt abtun werden. Ganze Vertrauensleutkörper in der IG Chemie beschäftigen sich bedauerlicherweise schon damit.

Es gibt generell zwei verschiedene Methoden: die arbeitsplatzbezogene und die personenbezogene. (Häufig sind beide miteinander gekoppelt). Während die „Analytische Arbeitsplatzbewertung“ Faktoren wie Belastung am Arbeitsplatz, Verantwortlichkeiten und die Arbeitsumgebung berücksichtigt und danach den Arbeitsplatz in eine der vorhandenen Lohngruppen einordnet, geht die „Leistungsbeurteilung“ des einzelnen Kollegen von seinem Fachkönnen (Ausbildung, Berufserfahrung) und von seiner individuellen Leistung am Arbeitsplatz aus, die seinen Charakter notwendig mit einbezieht. Danach wird der Einsatz des Kollegen auf einen bestimmten Arbeitsplatz und seine Bezahlung festgelegt.

Wir wollen die Systematik dieser Lohnfindung an dem Esso-Vertrag erläutern: Der 17 Gruppen umfassende Plan wurde von einer „technischen Kommission“, die paritätisch besetzt ist, ausgearbeitet. Grundlage für den Entgeltplan war die „analytische Arbeitsplatzbewertung“, die nach einem „Genfer Schema“: Fachkönnen, Belastung, Verantwortung und Arbeits-

umgebung berücksichtigt. Die IG Chemie war sich mit den Kapitalisten in dieser Frage sehr schnell einig: „Dieses Bewertungssystem ist in sorgfältiger Detailarbeit bereits einverständlich von der Entgeltkommission entworfen und von den Tarifvertragsparteien gutgeheißen worden“ („Gewerkschaftliche Umschau“ Nr. 6/74).

Am 1. Oktober 1975 trat der Tarifvertrag in Kraft. Die bisherige „technische Kommission“ ist als sog. Eingruppierungskommission beibehalten worden. Die „Eingruppierungskommission“ wird tätig, „wenn neue Tarifpositionen einzugruppieren sind und die Eingruppierung bestehender Positionen zu überprüfen ist, wenn deren Anforderungen und Aufgabenstellung sich derartig geändert haben, daß eine Revision für notwendig gehalten wird“ (aus der Vereinbarung über die Einsetzung einer ständigen Eingruppierungskommission).

Bekanntlich ist es der Kapitalist, der die Anforderungen und Aufga-

Bekanntlich ist es der Kapitalist, der die Anforderungen und Aufgabenstellungen bestimmt, d.h. die Kommission wird wesentlich dann tätig, wenn der Kapitalist neue Rationalisierungsmaßnahmen ergriffen hat, die immer häufiger zu einer Dequalifizierung der Arbeit führen (Bildschirmarbeit). Die damit verbundene neue „analytische Bewertung“ des Arbeitsplatzes wird dann auch in aller Regel eine Abgruppierung zur Folge haben. Eine Maßnahme, gegen die sich der betroffene Kollege kaum noch wehren kann, denn diese Abgruppierung ist ja durch die paritätisch besetzte Kommission — in der neben Gewerkschaftsvertretern auch Betriebsräte sitzen — legalisiert worden. Ihm bliebe nur der Gerichtsweg, der allerdings auch kaum Aussicht auf Erfolg haben dürfte, da der Kollege nicht nur gegen die geballte Macht der Kapitalisten und Gewerkschaftsführer ankämpfen müßte, sondern auch gegen das „arbeitswissenschaftlich anerkannte Instrument der analytischen Arbeitsplatzbewertung“ („Umschau“ 6/74).

Der Gewerkschaftsführung ist es sehr wohl bekannt, daß es in Zukunft immer mehr Abgruppierungen geben wird, wie zahlreiche gewerkschaftliche Veröffentlichungen zeigen. Darum hat sie wohl eine sog. Schutzklausel in den Tarifvertrag eingebaut: „Ist die Umgruppierung in eine niedriger bewertete Position ausschließlich durch den Arbeitgeber zu vertreten ... so gilt hinsichtlich der Differenz zwischen dem bisherigen und dem neuen Entgeltgruppensatz folgendes: Nach fünf Dienstjahren wird die Differenz als Ausgleichszulage weitergezahlt. Der Arbeitnehmer wird aber solange nicht an allgemeinen tariflichen Erhöhungen teilnehmen, bis die Ausgleichszulage durch die auf die niedrigere Entgeltgruppe erfolgenden tariflichen Erhöhungen ausgeglichen ist“ (§ 4 des ETV). Der betroffene Kollege wird also nicht nur abgruppiert, sondern ihm wird auch noch das Recht auf eine Tarifierhöhung abgesprochen.

Die in einigen Betrieben zwischen Kapitalisten und Betriebsräten vereinbarten Leistungs- und Charakterbeurteilungen werden durch die integrierten Tarife gewerkschaftlich/tarifpolitisch abgesichert bzw. dort neu eingeführt, wo ein solches System nicht vorhanden war. Damit werden Nachteile für Arbeiter und Angestellte gewerkschaftlich legalisiert:

- Die Leistungsbezahlung, die den Konkurrenzstreit unter den Arbeitern

Wir sagen nicht, daß solche entsolidarisierenden Entlohnungsformen erst durch integrierte Entgelttarife geschaffen werden müssen. Sie sind häufig schon auf Betriebsebene eingeführt. Der Charakter dieser Entlohnung wird aber durch ihre Einbeziehung in den Tarifvertrag als gewerkschaftspolitisches Ziel ausgegeben und in den Tarifvertrag als gewerkschaftspolitisches Ziel ausgegeben und die Gewerkschaften arbeiten an der Ausfeilung solcher Systeme, anstatt sie zu bekämpfen.

Die Tarifpolitik soll der technologischen Entwicklung angepaßt werden

Wir haben herausgearbeitet, daß eine tarifpolitische Orientierung auf eine individuelle Arbeitsplatzentlohnung im allgemeinen langfristig zu einer Schlechterbezahlung führen muß, weil immer größere Bereiche im Produktionsbereich, Verwaltungs- und Vertriebsbereich automatisiert werden und der arbeitende Mensch zum Handlanger der Maschine degradiert wird. Eine so verstandene Angleichung der Bezahlung ist umso besser möglich, wenn abgeschnitten von der Ausbildung, den Berufsjahren usw. der Lohn den tatsächlich ausgeübten Handgriffen zugemessen wird. Ein Beispiel: Ein Buchhalter mit entsprechender Ausbildung mußte gestern noch verschiedene Konten führen, die Belege richtig auf diesen Konten verbuchen, die Abstimmung vornehmen und das Konto auf die Bilanz übertragen etc. Morgen sitzt derselbe Buchhalter nur noch vor einem Stapel von Belegen ein und derselben Art, die er tagaus tagein in einem Automaten einzugeben hat. Das übrige schafft der Automat allein. Dieser Buchhalter kann das Buchhaltungswissen vergessen und einen Zehn-Finger-Blind-Schreibkursus belegen, weil bei ihm gefragt ist, wie schnell er tippen kann. Eine Datentypistin könnte diese Tätigkeit sicher besser bestücken, weil sie schneller wäre.

Daß eine solche Angleichung erfolgen soll, muß nicht unbedingt erst der einzelnen Untersuchung einer analytischen Arbeitsplatzbewertung und Entlohnung entnommen werden, sondern folgt natürlich aus der Klassenlogik. Wenn Kapitalisten eine neue Entlohnungs- oder Tarifform verlangen, können sie keine Angleichung nach oben meinen: Arbeiter an die Angestellten, Frauen an die Männer.

Im November 1970 schrieb der Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der deutschen Chemischen Industrie in einem Sozialpolitischen Grundsatzprogramm an die IG Chemie unter Punkt I: „Eine weitere Angleichung der Arbeitsbedingungen beider Be-

Fortsetzung nächste Seite



„Die Entgelt-Kommission, die einen neuartigen Tarifvertrag für die Firma Esso A.G. ausarbeitet, setzt sich paritätisch aus Vertretern des Arbeitgebers und der Arbeitnehmer zusammen.“ (gewerkschaftliche Umschau, IG Chemie)

der Deutschen Texaco eine gewerkschaftliche Untersuchungskommission eingesetzt, die seit zwei Jahren arbeitet und voraussichtlich 1980 erste Ergebnisse vorlegt, die dann in die Tarifverhandlungen einfließen sollen.

Im Bereich der Gewerkschaft Nahrung und Genußmittel wurden ebenfalls zwei Entgelttarifverträge abgeschlossen: Bei Reemtsma und bei BAT.

Die bisher vorliegenden oder geplanten integrierten Entgelttarifverträge unterscheiden sich voneinander mehr oder weniger stark durch die Anzahl der Gruppen, den Grad der Einbeziehung von Arbeitsplatzbewertungen usw., nicht aber in ihrem Charakter.

Der Entgelttarif bei der Esso zerstückelt die Löhne beispielsweise in 17 Gruppen. Jede dieser 17 Gruppen ist noch einmal wieder unterteilt nach verschiedensten Tätigkeitsgruppen. Ein weiteres Beispiel: Im Entgelttarif der Ölmühlenindustrie Hamburgs sind z.B. in der Gruppe 2 ganze 35 Tätigkeiten aufgeführt. Bisherige Tarifverträge enthielten immer nur allgemeinere Umschreibungen der Tätigkeitsmerkmale einer Gruppe, ergänzt durch einige Beispiele der dieser Gruppe zugeordneten Tätigkeiten.

Wo finden sich Frauen und Arbeiter in der Gruppenvielzahl wieder?

Beispiel Esso: Aus der Zuordnung der Tätigkeiten zu den 17 Gruppen ist ersichtlich, daß von einer Aufhebung des Unterschieds zwischen Arbeitern und Angestellten keine Rede sein kann. Ebenfalls sind die typischen Frauenberufe in den unteren Gruppen angesiedelt. Allerdings sind diese Tätigkeiten quasi verschlüsselt worden, indem durchgängig die männliche Berufsbezeichnung gewählt wurde. So heißt es z.B. in der Gruppe 2: Kontorist, obwohl bekannt ist, daß Kontoristin ein typischer Frauenberuf ist. Genauso heißt es in Gruppe 3 Laborhelfer für Laborgeräte-Reinigung. Dieser Posten ist — natürlich — von einer Putzfrau besetzt. So geht es weiter: Phonotypist statt Phonotypistin, Telefonist statt Telefonistin. Wenn man diesen Vertrag liest, könnte man auf den Gedanken kommen, bei Esso seien nur Männer beschäftigt. Besonders zynisch ist der Hinweis, der dem Tarifvertrag vorangestellt wurde: „Die Positionsbezeichnungen sind arbeitsplatzbezogen und geben die typische betriebliche Bezeichnung wieder. Sie lassen keine Rückschlüsse auf das

Fortsetzung von S.17

schäftigungsgruppen (gemeint sind Arbeiter und Angestellte, d. Red) in der chemischen Industrie erscheint im Zuge des technischen Fortschritts ... sozialpolitisch diskussionswürdig. ... Und unter Punkt II heißt es weiter: „Die Arbeitgeber sind bereit, die Angleichung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten auch auf dem Gebiet der Entlohnungsformen zu fördern. ...“ Unter Punkt III des „Grundsatzprogramms“ heißt es dann schließlich: „Das Lohngruppenschema soll in seinen für alle Betriebe verbindlichen Grundlagen für die chemische Industrie einheitlich sein. Die

anteile selbst verändern. ... Langfristig gleichbleibende Entlohnungsmaßstäben in den Tarifverträgen steht eine in ständiger Umstrukturierung befindliche Arbeitswelt gegenüber. Die Betriebe passen sich dem durch immer mehr innerbetriebliche Regelungen, besonders in der chemischen Industrie, an. ... Der Integrationsprozeß zwischen Arbeiter- und Angestelltenfunktionen verwischt bestehende Grenzen und Trennlinien und ebnet damit den integrierten Entlohnungsmaßstäben (= Entgelttarif) den Weg. ... In der Praxis zeigt sich ein immer stärkerer Trend zu analytischen Lohnsystemen (!), vor allem bei Grundlöhnen und Grundgehältern. Dieser

„Um eine anforderungsgerechte Entgeltfindung zu gewährleisten, sind die Lohn- und Gehaltsgruppendefinitionen durch zusätzlich folgende Kriterien zu ergänzen:

- Physische Belastung
- Psychische Belastung
- Vielseitigkeit
- Geschicklichkeit
- Verantwortung“

Lohnfestsetzung ohne gewerkschaftlichen Einfluß

Die IG Chemie-Führung hat die Lohnfindung damit hauptsächlich in die Hände der Kapitalisten gelegt. Wenn der IG Chemie-Vorstand selbst feststellt, mit der Personalplanung, der Arbeitsanalyse und der Personalanalyse seien Daten, Inhalt und Aufgabe schriftlich vorhanden, die auch über die Wertigkeit des Arbeitsplatzes oder der Tätigkeit aussagekräftige Angaben machen, hat sie damit den nur vom Kapitalisten aufgestellten Werten ihre Eingruppierungsanalyse angepaßt. Als hätte eine sich verselbstständigte technologische Entwicklung den Trend zur analytischen Betrachtung erhöht, dem man sich jetzt als Fortschrittsdenker anpassen müsse.

Tatsächlich liegt nichts anderes vor, als daß die Kapitalisten ihren Einflußbereich in Entlohnungsentscheidungen erhöhen wollen, weil sie die Löhne der arbeitsinhalten Degradierung anpassen wollen, weil sie entsolidarisieren wollen und wegkommen wollen von klassenkämpferischen Tarifforderungen und Tarifkämpfen.

Sie haben mit Unterstützung der höheren und mittleren Gewerkschaftsbürokraten neue Schwerpunkte für Tarifrunden gesetzt:

Ein großer Teil der Tarifrunde ist ausgediebt worden. Mit analytischen Arbeitsplatzbewertungen gekoppelte Tarifrunden lassen sich nur noch auf den Betrieb beschränkt durchführen — schließlich muß jeder Handschlag beurteilt werden — und reißen den gewerkschaftlich organisierten Kollegen ein Stück mehr die Einflußnahme in einer Tarifrunde aus der Hand. Denn die individuelle Eingruppierung tritt in den Vordergrund und diese erfolgt nunmehr in paritätisch besetzten Mitbestimmungszirkeln. Entweder entscheidet der Kapitalist direkt unter Einbeziehung des Betriebsrates, wobei der Betriebsrat selbstverständlich in seiner Betrachtung auf die vorgegebenen Werte wie Personalplanung, Arbeitsanalyse und Personalanalyse festgeschrieben wird. Oder dasselbe Spiel erfolgt paritätisch unter Einbeziehung von Gewerkschaftsbürokraten.

unter „Einbeziehung von Gewerkschaftsbürokraten.“

Mindestens genauso bedeutend wie die genannte Systematik ist der legale Rahmen, den dieser Tarifpart erhält. Im Gegensatz zu den üblichen Tarifrunden, in denen ein wenn auch eingeschränkter Rahmen für Kämpfe vorhanden ist, wird jetzt ein Teil der Entlohnung aus gewerkschaftlichen Tarifrunden herausgenommen und dauerhaft in die Hände von mitbestimmten Gremien gelegt, die wie beispielsweise Betriebsräte eine gesetzlich verordnete Friedenspflicht haben. Wenn ein Betriebsrat mit dem Kapitalisten über die Lohnerhöhung von Arbeitern eines Bereiches spricht, gelten für ihn als Verhandler immer die Gesetze über die Einhaltung des Betriebsfriedens, die Geheimhaltung, die vertrauensvolle Zusammenarbeit, somit das Verbot einer Mobilisierung. Von einer anderen Seite her betrachtet, wird der selbstverordnete legale Rahmen den Gewerkschaftsführern immer als Ausrede dienen können.

Tatsächlich ist eine Angleichung zwischen den Arbeitsbedingungen der Angestellten und denen der Arbeiter festzustellen. Im Zuge der sich objektiv ändernden Arbeitsbedingungen der Angestelltenmasse — grob gesagt: Weg von der rechten Hand des Unternehmers, hin zu Bedingungen, unter denen Arbeiter schon immer zu arbeiten hatten — verlangt der Kapitalist eine Angleichung nach unten.

Der integrierte Tarifvertrag wird politisch ausdrücklich von den Gewerkschaften angeboten als Tarifvertragswerk, das der technologischen Entwicklung angemessen erscheint. Das sei allein schon eine Verbesserung. Auf der zweiten Bundesarbeitskonferenz der IG Chemie vom 5. bis 8. November 1978 in München wurde im Protokoll zur Tarifarbeit besonders festgehalten: „Während der Verhandlungen über einen Entgelttarif darf es nicht zum Stillstand in der allgemeinen Tarifpolitik kommen.“ Wie real eine solche Gefahr ist, beweisen die bisherigen Entgelttarifrunden und Vorbereitungen. Der ausdrückliche Hinweis, überhaupt noch allgemeine Tarifpolitik — d.h. eigentliche Tarifpolitik — machen zu müssen, geht offensichtlich auf Kritiken aus den Reihen der Gewerkschafter zurück.

Chemiekommision
KB/Gruppe Hamburg

Metall

Stahlarbeiter: „Im Sinne der langfristigen Ziele der Arbeiterbewegung sind personelle Konsequenzen absolut notwendig“

„Die Vertrauensleute-Vollversammlung von Hoesch-Hüttenwerke AG, Werk Phoenix fordert vom Vorstand der IG Metall die Ablösung des Bezirksleiters Kurt Herb. Sollte der Vorstand die Verhaltensweise des Bezirksleiters für richtig halten, so muß der Vorstand eigene Konsequenzen ziehen. Mit Personen, die ihre Glaubwürdigkeit gegenüber der Mitgliedschaft verspielt haben, kann man in Zukunft keine Tarifpolitik mit Aussicht auf Erfolg führen. Im Sinne der langfristigen Ziele der Arbeiterbewegung sind personelle Konsequenzen absolut notwendig.“

Mit 73 gegen 60 Stimmen bei 10 Enthaltungen verabschiedeten die Vertrauensleute im Dortmunder Phoenix-Werk der Hoesch-Stahlwerke diese Resolution an den IGM-Vorstand. Noch deutlicher war der Protest im größten Hoesch-Werk, der Westfalenhütte. 400 Vertrauensleute stimmten für eine ähnlich lautende Resolution, 32 dagegen, 12 enthielten sich (in anderen Meldungen wird sogar nur von 8 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen gesprochen!).

Einstimmig verabschiedeten die gewerkschaftlichen Vertrauensleute beider Betriebe einen Brief an Herb und den IGM-Vorsitzenden Loderer, in dem beide aufgefordert werden, sich für ihre Diffamierung aktiver Gewerkschafter als „Chaoten und Extremisten“ zu entschuldigen.

Rebellion der Streikaktivisten

Bereits während des Stahlarbeiter-Streiks gab es verschiedentlich Proteste vor allem gegen den nordrhein-westfälischen IGM-Bezirksleiter Kurt Herb. Herb war praktisch der oberste Verhandlungsführer der IGM im Auftrag des Vorstandes. Immer wieder orientierte er auf einen Kompromiß unterhalb der Ausgangsforderung nach der 35-Stunden-Woche. Höhepunkt dieser Art Kompromißbereitschaft war die Präsentation eines IGM-Angebots an die Unternehmer Anfang dieses Jahres durch Herb. Erstmals rückte dieser faule Kompromiß von der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ab und stieg auf das Unternehmerangebot ein, alternativ hierzu den Urlaub zu verlängern. Bereits hier nahmen die Proteste zu. Auf der Sitzung der Großen Tarifkommission der IGM äußerten 500 Streikaktivisten lautstark ihren Protest, bereits hier fielen aus dem Mund von IGM-Führern Äußerungen wie „Pöbel“ und „Meute“ gegen die Protestierer. Zwei Tage später, am 4.1. verschärfte sich die Auseinandersetzung vor der Großen Tarifkommission. 1.000 Stahlarbeiter protestierten, unter anderem führten sie ein Spruchband mit: „Steinkühler komm nach Essen, dann können wir Herb vergessen“. Im Anschluß an diese Sitzung distanzierte sich der IGM-Vorstand scharf von den Kollegen, dabei fielen aus dem Munde von Loderer und Herb Worte wie „Chaoten“ und „Extremisten“.

In einer späteren Ausgabe der IGM-„Streik-Nachrichten“ beschwerte Eugen Loderer sich über die „persönliche Verunglimpfung“ und schrieb: „Die Eindrücke, die der Öffentlichkeit mit der Protestaktion vermittelt wurden, könnten der Organisation mehr schaden als nutzen“ (Streik-Nachrichten Nr.30). Bereits hier sollten Kritiker an der Verhandlungspolitik der IGM-Führer also mit dem Makel „gewerkschaftsschädigend“ belegt werden, um die Kritik abzuwürgen.

Die Vertrauensleute bei Hoesch haben sich jedoch nicht einschüchtern lassen. Die Kollegen der Westfalenhütte warfen dem Vorstand u.a. noch vor, daß er noch am 3. Januar 20.000 weitere Arbeiter in den Kampf geschickt hat (nachdem diese dies seit fünf Wochen forderten!), obwohl zu diesem Zeitpunkt der Vorstand bereits auf Abschluß drängte. Die hier gebrachten Opfer der Kollegen seien daher „unnötig“ gewesen.

Die Forderung nach Absetzung Herb's ist gleichzeitig mit einer Aufforderung an den Vorstand verbunden, Stellung zu beziehen. Es handelt sich also nicht, wie verschiedentlich behauptet, um eine Suche nach einer schuldigen Person.

Der Vorstand hält an seiner Allmacht fest

Unverschämte frech reagierte die IGM-Führung auf die Forderung der Vertrauensleute. Gegenüber der „Westfälischen Rundschau“ erklärte der Dortmunder IGM-Bevollmächtigte Dietrich, daß sie „kaum Konsequenzen“ haben werde, „die Bezirksleiter seien Angestellte des Vorstands, nur der Tarifkommission und dem

Vorstand verantwortlich“ (WR, 30.1.79). Der Vorstand meldete sich über seinen Sprecher Barcynski zu Wort: „Wir denken nicht im Traum daran, Herb angesichts dieser Forderung abzulösen“ (SZ, 31.1.79).

Damit versucht der Vorstand bereits während des Streiks diskutierte Vorstellungen von mehr innergewerkschaftlicher Demokratie abzuwehren. Im Streik hatten die Stahlarbeiter u.a. gefordert:

- öffentliche Tarifkommissionssitzungen;
 - Wählbarkeit der Bezirksleiter.
- Die aktiven Streikbetriebe hatten u.a. durchgesetzt, daß ihre Mitglieder in der Großen Tarifkommission bei Abstimmungen an das imperative Mandat, Vertretung der Mitgliedermeinung und nicht der persönlichen Anschauung, gebunden sind.

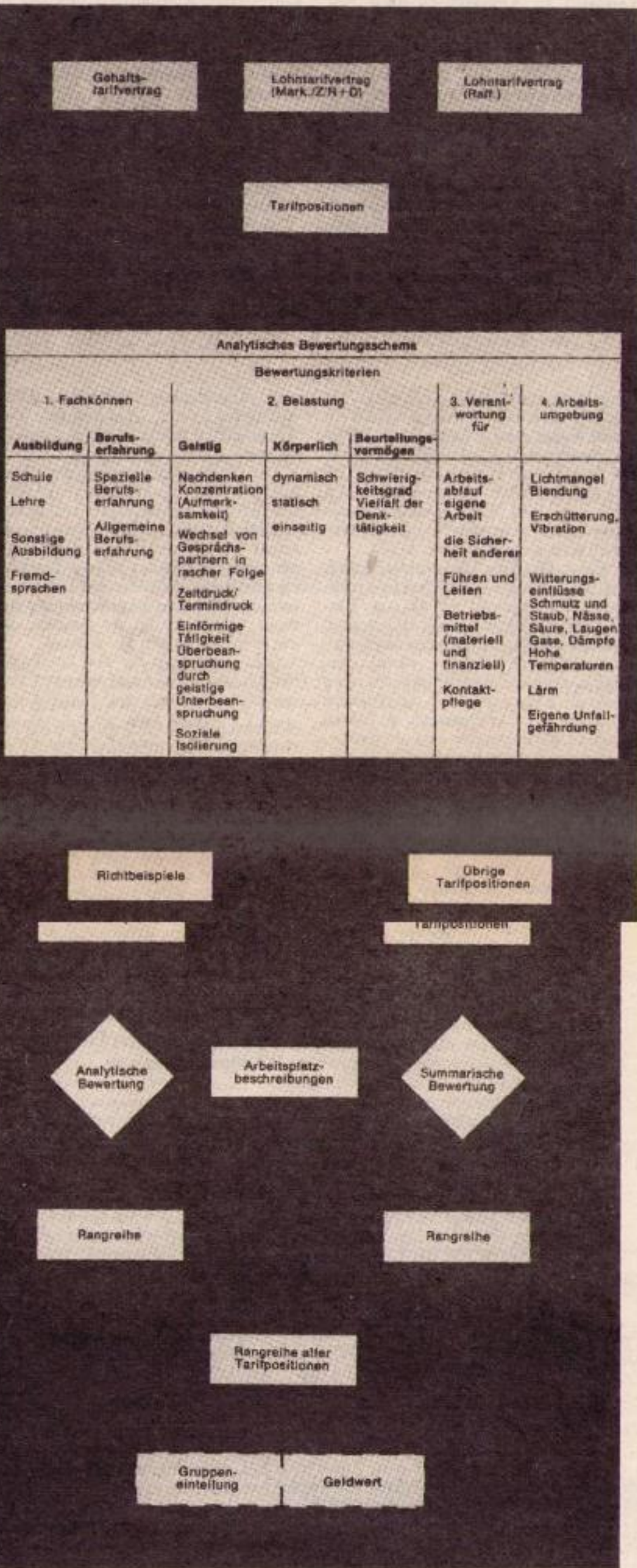
Der Vorstand aber will daran fest-

halten, daß er die Bezirksleiter von oben ernannt (sie sind auch nur ihm verantwortlich!), daß diese wiederum das Recht haben, hauptamtliche, nichtgewählte Funktionäre als Tarifkommissionsmitglieder zu ernennen und durch die Bezirksversammlungen bestätigen zu lassen. Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ kommentiert sicher richtig, wenn sie schreibt: „Die IG Metall hat mit ihrer Satzung und mit Richtlinien indessen einer Revolution von unten vorgebaut“ („WAZ“, 31.1.79). Doch gerade diese „Vorsorge“ wird derzeit massiv angegriffen. Die gleiche „WAZ“ gibt sich wohl informiert über daß, was im Essener und Frankfurter Vorstandskreisen über die Hoesch-Forderungen kolportiert wird. Es handele sich um einen „autoritären Stil der innergewerkschaftlichen Opposition. Die ‚Personifizierung‘ eines möglichen Sachkonfliktes lasse darauf schließen, daß linksradikale Kräfte sich die begreifliche (?) Enttäuschung bei manchen Mitgliedern und einer Reihe von Funktionären zu Nutzen gemacht hätten, um den IG Metall-Vorstand unter Druck zu setzen“ („WAZ“, 31.1.) — also wie gehabt: nicht der Vorstand hat Selbstkritik zu üben, sondern man greift zu billigen Lügen von der „kommunistischen Unterwanderung“.

Die fortschrittlichen Gewerkschafter tun gut daran, die im gleichen „WAZ“-Artikel angekündigte „Untersuchung“ durch IGM-Vorstand ernst zu nehmen und sich nicht einschüchtern zu lassen. Ansonsten sei noch einmal daran erinnert, daß bei den Betriebsrätewahlen 1978 sich bereits angekündigt hatte, wie groß der Unmut über die IGM-Politik bei Hoesch-Phoenix ist. Eine „RGO“-Liste der KPD/ML, die wie ein Pilz aus dem Boden schoß, erhielt auf Anhieb 34% der Stimmen und selbst bei der Wahlwiederholung noch 18%!

Der Vorstoß der gewerkschaftlichen Vertrauensleute bei Hoesch sollte breit unterstützt werden, bietet er doch Gelegenheit, über Streiktaktik und Fehler im Kampf zu diskutieren und stellt er einen berechtigten Angriff auf die Vorstandsallmacht in der IGM dar, die zu brechen eine Stärkung gewerkschaftlicher Kampfkraft bedeutet!

Kommision Betrieb und Gewerkschaft



Analytische Lohnfindung bei ESSO:

Mobilität der Arbeitnehmer (?), die Angleichung der allgemeinen Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten ... verlangen ein einheitliches Lohngruppenschema als Grundlage für die betriebliche Praxis (!). Die Arbeitgeber schlagen deshalb vor, in zentralen Verhandlungen (!) einen neuen Einigungsversuch über ein verbessertes, der technischen Entwicklung entsprechendes Lohngruppenschema zu unternehmen.“

Diesem Papier können wir entnehmen, daß bereits Ende 1970 vom „Arbeitsring“ Vorstellungen entwickelt wurden, die die zukünftige technische Entwicklung (= Rationalisierung) tarifpolitisch auffangen soll.

Bereits 1972 stellte der IG Chemie-Hauptvorstand fest, daß „die Wandlungen in der Produktions- und Arbeitstechnik die Ergebnisse bestehender lohntechnischer Maßstäbe und Inhalte und damit die Höhe der Lohn-

Trend wird verstärkt durch die Personalplanung, die jetzt auch im BetrVG ihren Niederschlag gefunden hat. Sie basiert auf zwei Analysen: Arbeitsanalyse — Personalanalyse. ... Damit sind Daten, Inhalt und Aufgabe schriftlich vorhanden, die auch über die Wertigkeit des Arbeitsplatzes oder der Tätigkeit aussagekräftige Angaben machen. Daraus Konsequenzen auch für die Entlohnung zu ziehen, ist eine der vordringlichen Aufgaben unserer Organisation. ... Beide — Arbeits- und Personalanalyse — erhöhen den Trend zur analytischen Betrachtung und liefern viel notwendiges Material für Entlohnungszwecke.“

Auf dem 10. Gewerkschaftstag der IG Chemie 1976 waren die gewerkschaftspolitischen Vorstellungen denen der Kapitalisten so weit angeglichen, daß die IG Chemie bezüglich eines Entgelttarifvertrages folgende Forderungen als notwendig erachtete:

In einem atemberaubenden Tempo haben die IG-Metall Führer, nachdem sie die Stahlarbeiter nach sechs Wochen Arbeitskampf in die Niederlage geführt hatten, ihren Kapitulationskurs fortgesetzt. Am frühen Morgen des 23. Januar wurden die Verhandlungen in der Hessischen Metallindustrie zum Abschluß gebracht. Wesentliches Ergebnis: die Lohnerhöhung für 1979 beträgt nur 3,9%, die IG-Metall verzichtet bis zum 31.12.1983 auf alle Forderungen zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Mit diesem einmaligen Abschluß haben sich die Gewerkschaftsführer dem „Tabu-Katalog“ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) voll unterworfen.

Gleichzeitig überführen sie sich selbst der Lüge, daß durch den Stahlstreik die 40-Stundenwoche durchbrochen sei. Die Süddeutsche Zeitung vom 15.1. zitierte den IGM-Vorsitzenden Loderer noch mit dem bemerkenswerten Satz: „Wir haben in der Stahlindustrie den Grundsatz der 40-Stunden-Woche durchlöchert. Wenn so etwas einmal geschafft ist, geht es hinterher sehr viel schneller.“ Doch was schert mich mein Geschwätz von gestern? Der IG-Metall Vorstand hat unzweideutig zu verstehen gegeben, daß er an der Durchsetzung der 35-Stundenwoche kein Interesse hat. Die Pfeife, nach der die IGM-Führer tanzen, wird vom Gesamtmetall-Geschäftsführer Kirchner wie folgt geblasen: Für ihn sei das Thema so arbeitskampfrichtig, „daß wir glauben, mit einer solchen langfristigen Neutralisierung dieser Forderung auch ein Stück tarifvertraglichen Friedenspolitik angeboten zu haben“ (Handelsblatt, 18.1.).

Dieser Abschluß hat weitreichende Bedeutung über den Bereich der Metallindustrie hinaus. Auch in anderen Branchen werden es in Zukunft die kapitalhörigen Gewerkschaftsführer leichter haben, ihre Gewerkschaftsmitglieder im Zaum zu halten, wenn es um die Aufstellung von Forderungen nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit geht. Mit dem Hinweis auf die Kapitulation der „mächtigsten Einzelgewerkschaft der Welt“ sollen zukünftig derartige Forderungen vom Tisch gewischt werden. Den Anfang hierbei hat inzwischen Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, gemacht. Wohl wissend, daß die 35-Stunden-Forderung in der besonders rationalisierungsbedrohten Drupa-Mitgliedschaft breite Sympathien genießt, hatte er noch vor wenigen Wochen bei jeder Gelegenheit in radikalen Tönen Entschlossenheit zur Schau gestellt. Mittlerweile hat er allerdings Rückzugsge-

Mieser Abschluß bei 3,9 %, 40-Stundenwoche zementiert!

schichte angetreten: es könne sein, so ließ er verlauten, daß die Gespräche mit den Druck-Kapitalisten darüber erst im Herbst beginnen werden.

„Modell-Abschluß“ ohne Kampf

Noch vor Beendigung des Stahlarbeiterstreikes ließen Gewerkschaftsführer und Kapitalisten durchblicken, daß sie für die metallverarbeitende Industrie einen möglichst raschen Abschluß ohne weiteren Kampf anstrebten. Gemäß der jahrelang geübten Praxis sollte in einem Tarifgebiet der Abschluß ausgehandelt und dieser dann auf alle übrigen Tarifgebiete übertragen werden. In diesem Jahr einigte man sich auf Hessen als „Vorreiter“. Auch wenn diese Taktik – regionale Verhandlung und dann de facto zentraler Abschluß – nichts grundlegend neues ist, hatte der diesjährige Verlauf der Verhandlungen doch einige Besonderheiten aufzuweisen. So waren bei den Schlussverhandlungen die Spitzengremien sowohl der Metall-Kapitalisten als auch der IG Metall am Verhandlungsort Bad Nauheim, auf Kapitalisten-Seite zusätzlich die regionalen Verhandlungsführer der anderen Tarifgebiete vertreten.

Hatte die IG Metall-Führung noch im Frühjahr 1978 beim Streik der Metaller in Baden-Württemberg lautstark gegen die „ferngesteuerte Verhandlungsführung“ der Kapitalisten gewettert, so spielte man jetzt das Spiel ganz offen mit. Die „Frankfurter Allgemeine“ (24.1.) meldet gar, daß sich ein IGM-Vorstandsmitglied schriftlich verpflichtet hatte, „die volle Übernahme der Hauptpunkte und sinnvolle Übertragung der Hauptpunkte des Hessen-Modells in den anderen Tarifgebieten zu empfehlen“, wohl gemerkt, bevor das Verhandlungsergebnis bekannt war.

Und so wurde denn auch verfahren. Noch am Abend des Hessen-Abschlusses kam aus West-Berlin und aus Nordbaden/Nordwürttemberg die Nachricht, man habe das Hessen-Modell übernommen. Am nächsten Tage folgten die anderen Tarifgebiete im Südwesten, wenig später das mit 1.1 Millionen Beschäftigten größ-

te Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen. In einer Sondersitzung am Tage nach der Hessen Einigung verabschiedete der IGM-Vorstand die endgültige und offizielle Order an alle regionalen Tarifkommissionen, das Ergebnis zu übernehmen. Im einzelnen heißt das:

- 4,3% mehr Lohn und Gehalt auf dreizehn Monate, umgerechnet auf ein Jahr 3,97% brutto. Dieser Lohnabschluß ist seit vielen Jahren der weitaus niedrigste und wird nur von dem Abschluß in der Stahlindustrie von 4 % auf 15 Monate unterboten;
- 4,3% mehr Ausbildungsvergütung.

Dieses Ergebnis ist besonders beschämend. Hier hatte die IG Metall in allen Gebieten zwischen 40 DM und 60 DM gefordert; – Stufenplan zur Verlängerung des Jahresurlaubes auf sechs Wochen. Besonders dieser Punkt soll die Kollegen über den Verzicht auf die 35-Stundenwoche hinwegtrösten. Die Gewerkschaftsführer können hierbei auf die Unterstützung der bürgerlichen Presse rechnen, die nicht müde wird, die IGM zur „Erreichung eines ihrer Traumziele“ zu beglückwünschen. Doch auch hier sind einige Haken zu vermelden: die Kollegen über 30 Jahre, mit 70% der größte Anteil der Beschäftigten, erhalten in diesem Jahr gerade einen Tag mehr Urlaub als nach der alten Regelung. Die Staffeln sieht zwar vor, daß ab 1983 alle Kollegen sechs Wochen Urlaub haben. Jedoch ist das Abkommen erst Ende 1985 wieder kündbar – so lange soll Ruhe herrschen an der Urlaubsfront.

Von einiger Bedeutung könnte die Übernahme des Lohngruppen-schlüssels in den Lohntarif werden. Dies bedeutet, daß bei zukünftigen Tarifverhandlungen das bisher in starren Prozentsätzen festgelegte Verhältnis der Lohngruppen untereinander in jeder Lohnrunde neu festgelegt werden könnte und damit auch in der Metallindustrie Festgeldforderungen möglich sind.

Regionale Forderungen völlig abserviert

In den vergangenen Jahren war die IG Metall nicht müde geworden, den regional unterschiedlichen Charakter ihrer Tarifforderungen zu betonen. Noch in der Vorbereitung der diesjährigen Tarifrunde hatten die IGM-Strategen in einer Reihe von Gebieten die Forderung nach der 35-Stunden-Woche mit dem Vorstandsargument abgelehnt, man müsse unterschiedliche Forderungen aufstellen, damit die Kapitalisten nicht unter Hinweis auf gleiche Forderungen auch in Gebieten aussperren können, in denen die IGM noch keinen Arbeitskampf ausgerufen habe.

Nunmehr ist von den regionalen Forderungen nichts mehr übrig geblieben. So ist in Baden-Württemberg beispielsweise die Beseitigung der (Frauen-)Leichtlohngruppen I und II unter den Tisch gefallen, im Nordverbund die Forderung nach einem Zuschuß zum Kurzarbeitergeld.

Einzig in Nordrhein-Westfalen wurde über das „Hessen-Modell“ hinaus noch eine befristete Verdienstsicherung bei Abgruppierungen vereinbart.

Proteste aus den Betrieben

Im Tarifgebiet Hessen, aber auch in anderen Gebieten, ist es in einer Reihe von Betrieben und gewerkschaftlichen Gremien zu Protesten gegen den hundsmissigen Abschluß und insbesondere gegen den Verzicht auf die 35-Stunden-Woche gekommen. So sammelten im Kasseler Daimler-Benz-Werk Vertrauensleute über 2.000 Unterschriften gegen das Verhandlungsergebnis. Eine ähnliche Initiative gab es bei den Henschel-Flugzeugwerken. Nach einer Meldung der „UZ“ (27.1.) kam es auch bei Henschel-Thyssen zu „heftigen Diskussionen“ über das Verhandlungsergebnis.

In Mannheim bezeichneten die Teilnehmer einer Tagung von Betriebsratsvorsitzenden und Vertrauenskörper-Leitern das Ergebnis als „in seiner Gesamtheit unzureichend“ und kritisierten vor allem die Festschreibung der 40-Stunden-Woche.

Auch in Hamburg machten Gewerkschafter aus ihrer Ablehnung der Einigung keinen Hehl. Vor den entscheidenden Verhandlungen mit den Nordverbund-Kapitalisten stimmten in der Tarifkommission des Nordverbundes die sieben Hamburger TK-Mitglieder gegen die Empfehlung des Vorstandes, auf der Basis des „Hessen Modells“ eine Einigung anzustreben. Gleich nach dem Ende des Stahlstreiks beurteilte der Vertrauenskörper von HDW-Hamburg, der sich ursprünglich auch für die 35-Stunden-Woche ausgesprochen hatte, das Ergebnis dahingehend, daß das Ziel des Streiks nicht erreicht worden sei. Die rechte Gruppe um den Betriebsratsvorsitzenden Werner Peters vermerkte allerdings, daß dies ja auch kein Wunder sei bei derart hohen Forderungen (!).

Heftige Kritik an dem sich anbahnenden Ergebnis wurde auf der Sitzung des Vertrauenskörpers der Werft Blohm & Voss am 30.1. laut. Die VK-Leitung äußerte die Ansicht, daß der Vorstand die Einführung der 35-Stunden-Woche gar nicht ernsthaft gewollt habe. Schon auf dem IGM-Gewerkschaftstag 1977 habe der Vorstand gegen die Aufnahme der Forderung polemisiert. Auch habe

der Vorstand eine völlig unzureichende Informationspolitik betrieben und dadurch nicht gerade zu einer Verbreiterung der Solidarität beigetragen. Schließlich wurde folgende 4-Punkte-Entscheidung verabschiedet:

„1. Der sogenannte Einstieg in die 35-Stunden-Woche wurde nicht erreicht, weil der (Stahl-)Streik in dem Moment abgebrochen wurde, als er Wirkung bei den Arbeitgebern zeigte (Automobil- und andere Blechverarbeitende Industrien).“

2. Die IGM-Vertrauensleute protestieren mit Nachdruck gegen das Festschreiben der 40-Stunden-Woche für 5 Jahre.

3. Das in Hessen ausgehandelte und für den Nordverbund angebotene Ergebnis können die IGM-Vertrauensleute nicht akzeptieren, weil die für sie wichtige Frage der Absicherung bei Kurzarbeit nicht gelöst wurde.

4. Es ist außerdem zu fragen, ob es künftig noch sinnvoll ist, regionale Forderungen aufzustellen, die von der Mitgliedschaft getragen werden und sich dann nicht im Ergebnis wiederfinden.“

Ähnliche Erklärungen liegen aus weiteren Hamburger Betrieben vor, so von Valvo und Still Fahrzeugwerke.

Peinliches von der IGM-Berichterstattung

Wie sehr die Abwicklung der diesjährigen Metall-Tarifrunde ein Alleingang allerhöchster Funktionäre, in enger Tuchfühlung mit den Spitzen des Kapitalistenverbandes, nicht aber mit den Funktionären (geschweige denn Mitgliedern) der eigenen Organisation war, zeigen einige Peinlichkeiten aus der jüngsten Berichterstattung der IGM. So erschien am 24.1., also einen Tag nach der Hessen-Einigung, die erste – vorher fertiggestellte – diesjährige Ausgabe der Gewerkschafts-Zeitung „Metall“ mit der kuriosen Überschrift „Kaum eine Chance für zügigen Abschluß“.

Ähnlich die „Metall-Nachrichten für den Nordverbund“ vom 19.1. mit der Überschrift „Erstes Angebot ist wirklich das „Letzte““. In dem Flugblatt wird dann den IGM-Forderungen das schäbige Kapitalisten-Angebot gegenüber gestellt und wie folgt kommentiert: „Selten in der Tarifgeschichte Norddeutschlands haben die Arbeitgeber so unverblümt die Katze aus dem Sack gelassen. (...) Jeder Arbeiter, Angestellte und Auszubildende sollte sich über die Unmöglichkeit dieses Angebots im Klaren sein (...) Die Zementierung der 40-Stunden-Woche als Bedingung für die Verlängerung des Urlaubs ist unverträglich.“

Nur wenige Tage nach diesen starken Worten der Hamburger Bezirksleitung war eben dieses „unmögliche Angebot“ unter Dach und Fach, mit einigen Veränderungen, die aber nicht am Wesen der Sache rührten. In einer Reihe von Betrieben kam das Flugblatt gar nicht zur Verteilung, bei Blohm & Voss wurde die Auslieferung gestoppt: „Das gibt sonst Ärger bei den Kollegen ...“

Kommission Betrieb und Gewerkschaft



METALL-NACHRICHTEN

für die Metallindustrie im Nordverbund

Herausgegeben von der IG Metall, Bezirksleitung Hamburg
Herausgegeben von der IG Metall, Bezirksleitung Hamburg

19. Januar 1979
19. Januar 1979

Erstes Angebot ist wirklich das »Letzte«

So kommentierte die IGM in Norddeutschland 4 Tage vor der Hessen-Einigung die Tarifrunde. Wenige Tage später war das „Letzte“ wahr: leicht verändert wurde abgeschlossen!

An die Mitglieder der Hamburger Tarifkommission:

Grundvoraussetzung gewerkschaftlicher Tarifpolitik war es bisher und sollte es weiterhin sein, eine Zentralisierung der Tarifverhandlungen zu verhindern.

Aus diesem Grunde wenden wir uns dagegen, daß die IG Metall sich dem Diktat der Unternehmer beugt und den in Hessen vereinbarten Tarifabschluß auf alle übrigen Tarifgebiete überträgt.

Hauptsächlich wenden wir uns gegen die Festschreibung der 40-Stunden-Woche. Die ursprüngliche Entscheidung der Hamburger Tarifkommission lautete: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden. Sie hat den Vorschlag der Bezirksleitung nach Urlaubsforderung nur unter der Voraussetzung unterstützt, daß eine Festschreibung der 40-Stunden-Woche unter allen Umständen verhindert wird.

Die Festschreibung über ein Jahr hinaus und länger ist im Hinblick auf die Beschäftigungsentwicklung im Norddeutschen Raum nicht zu verantworten. Sie bedeutet die weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Wir fordern die Mitglieder der Tarifkommission auf, den Hessischen Abschluß nicht zu übernehmen.

Die Vertrauensleute der Still GmbH, Berzeliusstraße.

Die Werfthilfeprogramme der Bundesregierung und die Belegschaftszahlen der Werftindustrie von 1962 bis 1983 (geplant):

| Jahr | Werfthilfeprogramm | Durchschn.jährl. gezahlte Subventionen/„Werfthilfen“ (in Mio DM) | Belegschaftszahlen | Umsätze der Werften (in Mrd. DM) |
|---------|--------------------|--|--|--|
| 1962-69 | I bis V | 94,3 | 1963: 84.841 1969: 80.899 | 1962: 2,5 1969: 3,5 |
| 1970-75 | VI bis VII | 189,2 | 1970: 80.424 1975: 71.222 | 1970: 4,8 1975: 6,9 |
| 1976-83 | VIII | 280,9 | 1975: 71.222 1980: 49.994 (geplant it. VDS) | (Die Umsätze werden nicht mehr veröffentlicht) |

Zu diesen Subventionen müssen noch die anderer „Programme“ und „Beihilfen“ addiert werden (Reedereihilfe, Zinsbeihilfen, regionale Strukturprogramme, Steuervergünstigungen, etc.) (Die Zahlen sind verschiedenen „VDS-Berichten“ und dem „Hamburger Abendblatt“ vom 4.8.78 entnommen).

Die Tabelle zeigt, daß bei steigenden Subventionen (durch Rationalisierung und Konzentration) die Belegschaftszahlen sinken.

Der Hauptteil der Subventionen des Staates geht indirekt an die reichsten Konzerne der BRD:

| | |
|---|---|
| AG/Weser und See- bremer Vulkan/B + V Nordseewerke HDW | Krupp Thyssen Thyssen Salzgitter |
|---|---|

Eine Milliarde DM für Schiffbau- und Schiffahrtkapitalisten

Unter der Überschrift „Die Arbeitsplätze an der Küste werden sicherer“ informiert am 18. Januar das „Hamburger Abendblatt“ über das Milliarden-Programm zur „Rettung der Werften“.

Seit langem schon hatten gemeinsam der Verband der Deutschen Schiffbauindustrie, der Verband Deutscher Reeder, Stoltenberg und Klose, Albrecht und Koschnick, sowie die Führung der IG Metall in einer fast beispiellosen Einheitsfront Millionen-Programme für die Werften gefordert. Jetzt ist das Programm verabschiedet:

660 Mio. DM Auftragshilfe für die Werften
360 Mio. DM zinslose Darlehen für Reeder
500 Mio. DM für Bürgschaften.

Die 660 Mio. DM „Hilfe“ für die Werften braucht nur zurückgezahlt werden, wenn ab 1983 wieder Gewinne gemacht werden. Und selbst dann nur zur Hälfte, wenn damit Schiffbauarbeitsplätze abgebaut worden sind.

„Allerdings dürfen die Werften weitere Investitionskosten auf ihre Rückzahlungsverpflichtung zur Hälfte anrechnen, soweit solche Investitionen dem Strukturwandel oder der Rationalisierung dienen. Eine Erweiterung der Schiffbaukapazität soll nicht begünstigt werden.“ („Weser Kurier“, 18.1.79).

Die 360 Mio. DM sogenannte Darlehen für die Reeder sind vor-

gesehen, als „ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung der unternehmerischen Initiativen“ („Weser Kurier“, 18.1.79). Extraprofite machen Spaß und beleben das Geschäft. Mit diesen Darlehen sollen Schiffsbauten in Auftrag gegeben werden: „Die Darlehen können später erlassen werden, wenn innerhalb von drei Jahren nach Darlehensvergabe Schiffsbauten in Auftrag gegeben werden“ („Weser Kurier“, 18.1.79).

Dieses Milliarden-Programm, mit dem Werftbesitzer und Reeder Geschäfte und Profite machen und Arbeiter und Angestellte rausrationalisiert werden sollen, gilt als Sofortprogramm. Weitere Finanzhilfen werden beschlossen, wenn Vorschläge zur langfristigen Umstrukturierung des Norddeutschen Wirtschaftsraums vorliegen.

Der Verband der Deutschen Schiffbauindustrie hätte gern noch etwas mehr und hängt sich an die IG Metall: „Der Verband bedauert, daß (...) die von den Werften vorgetragenen Vorschläge zur Verbesserung der Schiffbaufinanzierung, die sowohl von Küstenländern als auch von der IG Metall unterstützt werden, von der Bundesregierung bisher nicht aufgegriffen worden sind“ (Täglicher Hafenbericht 19.1.79).

Der IG Metall Bezirksleiter für Norddeutschland, Otto v. Steeg, hält sich vornehm zurück, obwohl doch gerade von dieser Seite die Werftarbeiter mit Forderungen für Subventionen auf die Straße geschickt worden sind. Sollte ihm der

Passus aufgefallen sein, nachdem die Gelder dem Abbau der Arbeitsplätze („Kapazitäten“) dienen sollen?

Stellungnahme der Hamburger Werftenbetriebszellen des KB:

Wir lehnen diesen Subventions-schwindel ab. Schon immer sind die Werfthilfeprogramme zur Rationalisierung und zum Arbeitsplatzabbau verwendet worden (siehe nebenstehende Tabelle). Neu ist allerdings, daß das ausdrückliche Ziel des Programms ist, Arbeitsplätze abzubauen, bislang ist zumindest in Worten die Arbeitsplatzsicherung noch als Hauptpunkt betont worden.

Gerade mit diesem Passus im Programm: „Subventionen nur für Rationalisierungen und Umstrukturierungen“ wird der Betrug an den Werftarbeitern offensichtlich. Die IG Metall-Führung, die die begonnenen Kampfkaktionen der Werftarbeiter im Hinblick auf die Subventionsverhandlungen abbrach, muß jetzt Farbe bekennen:

— Keine Entlassungen
— Garantien für die Sicherheit der Arbeitsplätze!

Metallkommission
KB Gruppe Hamburg

Rationalisierung im Grundig-Konzern

Nachdem noch im vergangenen Oktober bei der Einweihung des neuen Grundig-Videorekorderwerks die fränkische und bundesdeutsche Presse voll war mit Meldungen wie: „Grundig schafft 1.000 neue Arbeitsplätze“ und „Grundig investiert trotz schlechter wirtschaftlicher Lage zum Wohl des Landes und der Mitarbeiter“ („Nürnberger Zeitung“, 13.11.78), gibt es seit Dezember die Ankündigung von Entlassungen und Kurzarbeit. Kurzarbeit ist bisher in folgenden Werken angemeldet:

- in Georgensgmünd (Hi-Fi-Anlagen) ab 5. Februar für sechs Wochen
- 19. - 28. Februar;
- Begründung: Mangel an Aufträgen in Landau;
- in Vohenstrauß soll die Radiorekorderproduktion eingestellt werden. Die Heimarbeiter sind bereits ohne Arbeit. Hierhin soll die Lautsprecherfertigung von Werk Zirndorf verlegt werden;
- das Zirndorfer Werk soll ganz geschlossen werden. Ca. 400 Arbeiter und Angestellte sind hier beschäftigt;
- ebenfalls stillgelegt werden soll die Radiofertigung in Fürth und die Tunerfertigung. Hier sind ca. 350 Leute beschäftigt.

(Informationen aus: „Amberger Zeitung“ vom 20.1.79; „Nürnberger Nachrichten“ vom 15.1.79 und vom 20.1.79).

In der Elektroindustrie steht eine Rationalisierungswelle bevor, die bisher nur ansatzweise zu erkennen ist. So gibt es inzwischen die technische Möglichkeit, besonders arbeitsintensive Tätigkeiten wie z.B. die Bestückung von Leiterplatten (Frauenarbeit, meist Lohngruppe 2 oder 3), durch Bestückungsautomaten verrichten zu lassen. Ein solcher Bestückungsautomat spart 20 Frauenarbeitsplätze ein. Er kann außerdem Tag und Nacht eingesetzt werden, was bedeutet, daß die Produktivität steigt. Für die beschäftigten Bestückerinnen bedeutet dies langfristig Entlassungen, für die Verbleibenden Schichtarbeit. Im Moment sollen im Nürnberg/Fürth Bereich zehn dieser Automaten eingesetzt werden, im Klartext: 200 Arbeitsplätze weniger. An diesen Arbeitsplätzen arbeiten nur Frauen!

Bestückungsarbeitsplätze gibt es darüber hinaus allerdings noch sehr viel mehr. Daher kann man damit rechnen, daß dies nur der Anfang ist. Möglichkeiten der Rationalisierung sind aber auch bei anderen Arbeitsplätzen, bei der Prüfung, bei der Reparatur vorhanden. Datensichtgeräte, bisher ansatzweise in der Lagerbuchhaltung verwendet, werden auch in der Fertigung verstärkt eingesetzt werden.

Seit November 1978 gibt es bei Grundig Einstellungsstopp. Laut „Nürnberger Zeitung“ (vom 19.1.79) will die Geschäftsleitung, wenn nötig, die Belegschaft „über natürliche Fluktuation verringern“, d.h. Abgänge durch Kündigungen, wegen Fehlzeiten oder Krankheit, Ausscheiden aus Altersgründen, bei Heirat oder Schwangerschaft o.ä.). Die „natürliche Fluktuation“ beläuft sich im Grundig-Werk Nürnberg/Fürth bei 15.000 Beschäftigten auf 2.000 Beschäftigte pro Jahr!

Die Anmeldung von Kurzarbeit, die normalerweise nur dann genehmigt wird, wenn durch die Gewährung von Kurzarbeitergeld den Arbeitnehmern die Arbeitsplätze erhalten bleiben (Arbeitsförderungsgesetz), dient den Elektrokonzernen nur zu einer Verschonungspause! Die Kurzarbeit dient keinesfalls dazu, Arbeitsplätze zu erhalten. Vielmehr bereiten sich die Konzerne auf einen verstärkten Kampf vor. Dies wird u.a. bei Grundig daran deutlich, daß der langjährige Vertriebschef Stoffels durch gleich zwei neue Spitzenkräfte ausgetauscht wurde: den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Gerresheimer Glas AG und den Vertriebsexperten Axel Bartmann („Zeit“ vom 26.1.79).

Hier geht es natürlich langfristig nicht um Reduzierung der Produktion, sondern um Ausdehnung der Marktanteile. Worum es geht, ist, einen möglichst eleganten Weg zur Reduzierung der Belegschaft zu finden! Mit den neuen Führungskräften will Grundig den erbitterten Kampf weiterführen einerseits gegen die Konkurrenz, andererseits gegen die Grundig-Belegschaft.

Nach dem Stahlstreik weitere Rationalisierungsentlassungen

Der Streik in der Stahlindustrie, der nicht die geforderte Wochenarbeitszeitverkürzung brachte, fand vor dem Hintergrund des Vorhabens der Stahlindustrie statt, bis 1981 durch Rationalisierungen und Stilllegungen weitere 25 % der beschäftigten Stahlarbeiter zu entlassen. Kaum ist der Streik vorbei, werden neue Entlassungspläne bekannt:

- Klöckner will in Osnabrück die Stahlgießerei und damit zusammenhängende Nebenbetriebe schließen. 600 der 3.600 Beschäftigten sind hiervon betroffen, nachdem seit 1970 bereits 900 entlassen sind.

Am stärksten betroffen scheint bisher die Belegschaft des Zirndorfer Werks, das noch in diesem Jahr stillgelegt werden soll. Die Belegschaft wird bisher mit dem Versprechen hingehalten, daß niemand entlassen wird. Wer wohin kommt, weiß allerdings noch niemand.

Die Belegschaft dieses Werks ist bisher am entschiedensten gegen die Stilllegung vorgegangen. Anfang Januar legten die Kolleg(innen) die Arbeit für drei Stunden nieder, um gegen die geplante Stilllegung zu protestieren und die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Die Kolleg(innen) erreichten immerhin, daß die lokale Presse am nächsten Morgen das erste Mal über die geplanten Entlassungen berichtete. Allerdings gab die Presse einseitig die Stellungnahmen der Geschäftsleitung wieder, die besagte: „Niemand wird entlassen, sämtliche 400 Mitarbeiter werden in anderen Werken untergebracht“ („Abendzeitung“).

Auf der Grundlage der Empörung der Zirndorfer Belegschaft wurde allerdings nur in diesem Werk ein Flugblatt der IGM Fürth verteilt, in dem noch eine Tendenz in Richtung Erhaltung der Arbeitsplätze vorhanden war. So hieß es u.a.: „Keine Kündigung aus betriebsbedingten Gründen und zweitens Beibehaltung der Fertigung vom Werk Zirndorf in den Fürther Werken.“ Allerdings blieb die Aktion der Zirndorfer Kollegen isoliert und ihre Aktion wurde kaum unter der Belegschaft der anderen Werke bekannt.

Die Richtung, auf die sich jetzt Gesamtbetriebsrat und die IGM Nürnberg/Fürth geeinigt haben, heißt: Sozialplan. Mit einem Sozialplan ist allerdings noch keine Entlassung verhindert.

Die Diskussion in der Belegschaft und unter den Vertrauensleuten über die geplanten Angriffe der Grundig-Geschäftsleitung und den besten Weg des Widerstands dagegen muß weitergehen!

KB/Gruppe Nürnberg

— Mannesmann-Kammerich in Westberlin schließt Mitte 1979 sein Stahlformwerk. 330 Arbeiter sollen wegen „nachhaltigem Beschäftigungsmangel“ entlassen werden.

— Die Friedrich-Krupp-Hüttenwerke Bochum wollen in den nächsten Wochen die Entscheidung über die Zukunft der Bochumer Schmiedebetriebe und des Krupp-Stahlwerks in Höntrup fällen. Auch hier drohen Massenentlassungen!

Auch nach dem sechswöchigen Streik bleibt der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze in den Stahlbetrieben auf der Tagesordnung!

ÖTV

Fällt jetzt der Bereitschaftsdienst für Ärzte?

Der ÖTV-Arzt Dr. Gerhard Limbrock kann im Prozeß gegen die Hamburger Gesundheitsbehörde einen Erfolg in puncto Arbeitszeitverkürzung für die Krankenhausärzte verbuchen. Das Arbeitsgericht entschied am 31.1.:

„... daß die Vorschriften der Arbeitszeitordnung von 1938 (!) auf das Arbeitsverhältnis von angestellten Ärzten in Krankenhäusern Anwendung finden. Konsequenz: Ein Klinik-Mediziner braucht täglich nicht länger als 13 Stunden und wöchentlich nicht länger als 48 Stunden zu arbeiten“ („Hamburger Abendblatt“, 1.2.1979).

„Nach Ansicht des Gerichts ... haben die tarifrechtlichen Normen lediglich lohnrechtliche Bedeutung. Selbst wenn dort arbeitszeitrechtliche Vorschriften enthalten seien, dürften sie nicht den Schutzrechten der Arbeitszeitordnung zuwiderlaufen. Zu den Schutzrechten der Arbeitszeitordnung zählt, daß tägliche Höchstarbeitszeiten sowie Wochenarbeitszeiten nicht überschritten werden und Mindestruhezeiten zwischen den Arbeitsschichten eingehalten werden müssen“ („Frankfurter Rundschau“, 2.2.79).

Damit könnte der bisherige Tarifvertrag, in dem die bisher von den Klinik-Ärzten zumeist verlangte Arbeitszeit von 70 Stunden pro Woche (!) festgeschrieben ist, hinfällig werden. Diese hohe Stundenzahl ergibt sich dadurch, daß zweimal pro Woche Bereitschaftsdienst geleistet werden muß, was einen durchgehenden Dienst von zum Teil 36 Stunden rund um die Uhr ergibt. Gegen diese mörderische Arbeitszeit ist auch ein Kollege Limbrocks, ein ebenfalls am Krankenhaus Heidberg in Hamburg beschäftigter Arzt, Dr. Heinz Jung-hans, vor Gericht gegangen. Bereits im Oktober letzten Jahres erstritt er vor dem Landesarbeitsgericht in zweiter Instanz das Recht, „nur“ noch vier Bereitschaftsdienste pro Monat leisten zu müssen.

Doch das letzte Wort ist noch längst nicht gesprochen, denn so ohne weiteres läßt sich die Behörde nicht zu den einschneidenden Konsequenzen zwingen, die aus den Urteilen folgen müßten. Denn kommen die Ärzte mit ihrer Klage auch vor dem Bundesarbeitsgericht durch, müßten erheblich mehr Ärzte eingestellt werden, die ganze Organisation im Krankenhaus verändert werden usw. Deshalb kommt diesen beiden Prozessen grundsätzliche Bedeutung zu. Die Behörde und die ärztlichen

Standespolitiker sehen das Ganze als Kostenproblem. Für die Behörde geht es darum, daß der Haushaltsposten für das Gesundheitswesen nicht noch größer wird (obwohl im Endeffekt die Kosten auf die Patienten abgewälzt werden), und für die (Standes-) Ärzte geht es schlicht um den Geldbeutel. Der reaktionäre Marburger Bund hatte in einer ersten Stellungnahme klargemacht, daß die Krankenhausärzte gegenüber den Niedergelassenen in ihren Verdienstmöglichkeiten nicht beschnitten werden dürften. Daraus leitete er die Forderung nach Erhalt der Bereitschaftsdienste ab und wollte sogar, daß die Krankenhausärzte selbst liquidieren können ...

Die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung fällt bei diesen Herrschaften natürlich völlig unter den Tisch. Obwohl allseits bekannt ist, daß ein Arzt, der 36 Stunden hintereinander auf den Beinen ist, keinen Patienten garantiert heilen, sondern im Halbschlaf nur noch bedrohen kann, „Kunstfehler“ sind in diesem Versorgungssystem schon vorprogrammiert.

Unter fortschrittlichen Krankenhauskollegen hat die Diskussion über die Möglichkeiten eines Kampfes gegen die bestehenden Tarifvereinbarungen begonnen. In der linken Medizinzeitschrift „Dr. med. Mabuse“ vom 25.1.79 wird über die beiden Prozesse berichtet und die Forderung nach der 40-Stunden-Woche für alle Krankenhausangestellten aufgestellt.

Um einen genaueren Überblick zu erhalten, wie sich die arbeitsrechtliche Situation insgesamt darstellt und welche Entwicklungen möglich wären, wollen die Kollegen hierüber Informationsmaterial zusammentragen und in einer Arbeitsgruppe auswerten. Es werden von ihnen Fragen aufgeworfen nach der gewerkschaftlichen Organisation und ständischen Organisation von Ärzten am Krankenhaus, nach arbeitsrechtlichen Grundlagen, Tarifverhandlungen, Fragen nach der jetzigen Situation der Ärzte usw. Informationen, Ideen und auch Fragen können gerichtet werden an:

Volkmar Aderhold
Menzelweg 2
69 Heidelberg
Tel.: 06221/372341

Gesundheits-Kommission

Das Krankenhaus macht krank

Nur viereinhalb arbeitsfreie Tage in vier Monaten hatte ein dreißigjähriger Arzt des städtischen Krankenhauses Berlin Neukölln, bevor er mit einem Herzinfarkt auf die Intensivstation eingeliefert werden mußte. Vier Monate lang hatte er fast allein die große chirurgische Station des Krankenhauses betreuen müssen. Hinzu kam ein dichtgedrängtes Operationsprogramm bis in die Nacht.

Krankheit von Kollegen, aber auch die reguläre Bereitschaftsdienstregelung hatten dazu geführt, daß der Krankenhausbetrieb ohne einen Dienst rund um die Uhr zusammengebrochen wäre.

Dieser spektakuläre Einzelfall ist nur die Spitze eines Eisberges ... (aus: Tageszeitung vom 2.12.78). (Der Text wurde von uns entnommen den „Eingriffen“, Nr. 15, Januar 1979).

Tarifrunde bei der Seeschifffahrt beendet

Nach mehreren Verhandlungen ist auch für die Seeleute die diesjährige Tarifrunde beendet. Im Schlichtungsausschuß wurde am 18. Januar vereinbart: Heuererhöhung um 171 DM. Die ÖTV-Führung hatte eine Festgeldforderung von 240 DM aufgestellt. Weiter wurde beschlossen: Berufsanfänger erhalten nur 120 DM

mehr und Auszubildende nur 54 DM. Die Inanspruchnahme der Seemannsrente wird von 58 auf 55 Jahre verkürzt. Obwohl der letzte Heuertarifvertrag schon eine Laufzeit von zwei Jahren (!) hatte, wurde die Laufzeit des neuen Vertrags jetzt auf 13 Monate festgelegt.

ÖTV-Kommission

Chemie

Verkürzung der Arbeitszeit für Chemie-Kollegen erst ab 1985? Keine Tarifrunde mehr für die Hoechst-Kollegen?

Bei der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung bildet die IG Chemie, wie schon oft in Tarifrunden, offenbar wieder mal das Schlußlicht unter den Industriegewerkschaften, sowohl was die Forderungen als auch was die Einbeziehung der Kollegen betrifft.

Der ehemals zum 31.12.77 gekündigte Manteltarifvertrag trat wieder in Kraft, nachdem es den Chemiekapitalisten gelungen war, ihn zusammen mit den Lohnforderungen für 78 zu verhandeln und im April 78 ganze 2 Urlaubstage mehr als Manteltarifneuevereinbarung herausgesprochen waren.

Jetzt, nach einem Jahr, wird der Manteltarif neu verhandelt. Zum Thema Arbeitszeitverkürzung enthält er zwei Forderungen:

- Verkürzung der Arbeitszeit für Wechselschicht-Arbeiter in vollkontinuierlichen Betrieben von 42 auf 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich oder Abgeltung über Freischichten; „Für alle Arbeitnehmer ist ein Grundurlaub von 6 Wochen anzustreben“

Noch allgemeiner heißt es dann im Forderungskatalog: „Aufgrund der Arbeitsmarktsituation ist eine grundsätzliche Diskussion über die weitere Verkürzung der Arbeitszeit zu führen.“ Die weiteren Forderungen des MTV betreffen Absicherung der Einkommen bei Umsetzungen, Verdienstschutz für ältere Kollegen und Schichtzulage.

Und mehr wird's wohl auch nicht werden, denn trotz heißer Diskussion um die Verkürzung der Arbeitszeit z.B. in der vergangenen Stahltarifrunde, werden von Seiten der IG Chemie keine weiteren Forderungen zu diesem Komplex vorgelegt werden, die Verhandlungen waren ja nur um „ein Jahr zurückgestellt“.

Auf der Januar-Betriebsversammlung bei Beiersdorf bemühte sich z.B. der Sekretär der Hamburger Verwaltungsstelle W. Holst redlich, der Geschäftsleitung klarzumachen, daß alles halb so wild ist, er formulierte hier auch nur den berühmten „Einstieg in die 35-Stunden-Woche“ mit eben diesen Forderungen.

Zur neuen Manteltarifrunde hat es bereits 3 Treffen mit den Kapitalisten gegeben. War es 1978 schon so gut wie unmöglich, überhaupt die Forderungen zu erfahren, die die IG Chemie stellt (bei Beiersdorf bekamen die Vertrauensleute trotz öfteren Nachfragens die Forderungen erst zu sehen, als die erste Gesprächsrunde mit den Kapitalisten vorbei war, sie sollten „geheim“ bleiben, damit auch die Kapitalisten überrascht werden), bekommen die Arbeiter und Angestellten der Chemischen Industrie in der diesjährigen Runde auch nur die Termine der Verhandlungen verraten. Wie der Stand der Verhandlungen ist (eine Verhandlung war im Dezember, zwei weitere im Januar) erfahren die Kollegen nicht, geschweige denn wird diskutiert, was zur Unterstützung der Forderungen unternommen werden kann.

Bis heute sind die Chemiekollegen nicht über den Inhalt eines knallharten Gegenkonzeptes, das der Kapitalisten-Arbeitsring Chemie bereits am 11. Dezember 78 der Verhandlungskommission vorgelegt hat, informiert worden; im Gegenteil, die Gewerkschaftsführung hat dieses Konzept ausdrücklich geheimgehalten!

Der „Rote Morgen“ der KPD/ML veröffentlichte dieses Gegenkonzept in seiner Ausgabe vom 26.1. und in der „Frankfurter Rundschau“ war's dann auch am 31.1.79 zu lesen.

Das Gegenkonzept (die Kapitalisten nennen es „Kompromißangebot“) enthält folgende Punkte:

- Die Wochenarbeitszeit für Kontinuierlich- und Wechselschicht soll in zwei Stufen gesenkt werden: Zum 1.4.1980 auf 41 Stunden, zum 1.4.82 auf 40 Stunden!
- „Im Rahmen der bisherigen Arbeitszeitgrenzen“ sollen „bis auf weiteres“ Überstunden verlangt werden können, außerdem soll vereinbart werden, daß nicht in allen Betrieben zu den o.g. Terminen die Arbeitszeit verkürzt werden muß.

Der Urlaub soll in Stufen verlängert werden:

- 1979 soll es einen Tag mehr geben für über 50jährige und mindestens 10jähriger Betriebszugehörigkeit (das wären 28 Tage)
- 1980 (nach „FR“, der „RM“ benennt 1981) 1 Tag Urlaub mehr

für alle. (Damit ergäbe sich eine Staffelung von 23 bis 29 Tagen)

- 1983 soll es einen Tag mehr geben für die über 34jährigen (nach „FR“, der „RM“ schreibt: für die unter 34jährigen)
- 1984 soll es dann noch einmal einen Tag mehr für alle geben. Damit wären 6 Wochen Urlaub 1984 erreicht – allerdings nur für die über 50jährigen mit 10jähriger Betriebszugehörigkeit!

Dafür soll eine andere Urlaubsklausel gestrichen werden: Kollegen, die an besonders gesundheitsgefährdeten Arbeitsplätzen arbeiten, erhielten bisher einen Zusatzurlaub von 3 Tagen, der jetzt weggelassen soll, da es „solche Arbeitsplätze nicht geben dürfe und könne“ (schön wär's!).

Das Urlaubsgeld soll folgendermaßen „erhöht“ werden:

- Ab 1980 von 23 auf 26 DM
- Ab 1982 auf 28 DM
- Ab 1984 auf 30 DM pro Tag.

IG Chemie verklagt IG Chemie

Ein Novum in der Gewerkschaftsgeschichte leistet sich gerade die IG Chemie Gewerkschaftsführung: Die IG Chemie-Verwaltungsstelle Leverkusen verklagt den Hauptvorstand, mit dem Ziel, daß 60 Mitglieder, die bei Bayer in Leverkusen beschäftigt sind, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden.

Hintergrund dieser Klage ist die Kandidatur dieser 60 Gewerkschafter auf einer Liste „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat“ bei der letzten Betriebsratswahl im Frühjahr 1978 bei Bayer. Diese oppositionelle Liste richtete sich gegen die herrschende Betriebsrats-Mafia um den Vorsitzenden Weber, der ebenfalls IG Chemiemitglied ist. Aufgrund der Kandidatur wurden die 60 Kolleginnen und Kollegen auf Antrag der Verwaltungsstelle Leverkusen aus der Gewerkschaft durch den Hauptvorstand ausgeschlossen. Auf die darauf folgende Beschwerde der Kollegen hin nahm der Beschwerdeausschuß den Ausschuß wieder zurück.

4711/Köln: IG Chemie behindert Gewerkschaftsarbeit

Bei „4711“, einem Betrieb mit 1600 Beschäftigten, überwiegend Frauen, sollte im Rahmen der Werbe-„Aktion 77“ der bis dahin 10%ige Mitgliederstand in der IG Chemie angehoben werden – mit satzungsgemäßen Beiträgen versteht sich.

Im Rahmen einer Mitgliederversammlung wurde der Aufbau eines auch von den Mitgliedern befürworteten Vertrauensleutekorper geplant, eine dort aufgestellte Liste von aktiven Gewerkschaftern wurde auch noch von der Verwaltungsstelle abgesegnet.

Die Verwaltungsstelle hatte offenbar vor, die Vertrauensleute lediglich mit Beitrittserklärungen durch den Betrieb zu schicken, denn das Dilemma begann, als die Vertrauensleute der Verwaltungsstelle ein Flugblatt vorlegten, in dem sie sich den Kollegen vorstellen wollten und gleichzeitig betriebliche Probleme offenlegten – eigentlich die beste Art, für einen Gewerkschaftseintritt zu werben. Das Flugblatt wurde mehrheitlich von den Vertrauensleuten getragen, ausgesprochen dagegen waren nur die Betriebsräte der IG Chemie, die ja auch automatisch Vertrauensleute sind.

Erst nach längerer Wartezeit kam das Flugblatt zurück, zensiert bis zur Unkenntlichkeit und angefüllt mit den üblichen DGB-Phrasen.

Der 4711-Geschäftsleitung war allerdings sogar das schon zuviel, den 4 Verteilern (Vertrauensleute) wurden Repressalien angedroht, das Flugblattverleihen als „kommunistische Umtriebe“ dargestellt und Gerüchte über eine KBW-Zugehörigkeit verbreitet. Auch die IG Chemie-Verwaltungsstelle hatte nichts eiligeres zu tun, als den Vertrauensleutekorper in der Folgezeit immer wieder auf seine Satzungsstreue und auf Vorschriften zu verpflichten.

Die Verdienstsicherung für Arbeiter über 50 Jahre und 10jähriger Betriebszugehörigkeit bei Umsetzungen soll von 6 auf 8 Monate erhöht werden.

Der neue MTV soll am 1.4.79 in Kraft treten und soll eine Laufzeit von 6 Jahren haben. D.h. insbesondere, daß bis zum 1.4.1985 jede Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit für alle Chemiearbeiter bzw. nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich außen vor sein soll!

Hierzu sollte die IG Chemieführung mehr sagen, als daß der „Kompromißvorschlag“ noch weit entfernt von den Forderungen („FR“) sei.

Schluß mit den Geheimverhandlungen!

Chemiekommision
KB/Gruppe Hamburg

Diese Rücknahme eines Ausschlusses war recht überraschend, da es bisher gängige Praxis der IG Chemie war, oppositionelle Listen generell auszuschließen, außer es handelte sich um rechte „Abweichler“. Dieses Verhalten der Gewerkschaftsführung stand offensichtlich auch unter dem Eindruck, daß die Kollegen mit ihrer Liste bei der Betriebsratswahl im Arbeiterbereich 36% der Stimmen und im Angestelltenbereich 19% der Stimmen erhielt.

Daß der Vorstand der Verwaltungsstelle Leverkusen jetzt den Hauptvorstand auf Ausschuß der sechzig verklagt, liegt wohl zunächst daran, daß in diesem Vorstand die rechten Vertreter von Bayer die Mehrheit haben. Die rechten Betriebsräte wollen eben auch Ruhe an der Gewerkschaftsfront haben, nachdem sie die 13 gewählten oppositionellen Betriebsräte bereits im Betriebsrat durch Verweigerung von Ausschusssitzen versucht haben kaltzustellen.

Kurz vor Weihnachten ist die Hoechst-Geschäftsleitung an den Betriebsrat des Hauptwerkes in Frankfurt mit dem Vorschlag für eine neue Betriebsvereinbarung herangetreten, die vorsieht, die sog. „persönliche Zulage“ um 15 DM zu erhöhen. Von diesen 15 DM sollen dann nach dem Tarifabschluß 7 DM auf die Tarifierhöhung (im Frühjahr diesen Jahres) angerechnet werden.

Diese Betriebsvereinbarung konnte bislang nicht abgeschlossen werden, weil sich einige Betriebsräte der „Monatslohnkommission“ quergelegt haben. („KVZ“ Nr.1/79)

Die „persönliche Zulage“ ist eine Hoechster Spezialität, der allgemein als „Nasenprämie“ bekannten individuellen Lohnzulagen, die nach Leistungs- und Persönlichkeitsbewertungssystemen den Kollegen gezahlt werden. Bei Hoechst gibt es derzeit neun Bewertungsstufen für die „persönliche Zulage“. Je nach

dem, in welcher dieser Stufen ein Arbeiter von seinem Meister eingruppiert wird, fällt die Höhe der Zulage aus. Gleichzeitig werden die Kollegen neu bewertet, wobei z.B. in einer Abteilung bei drei Arbeitern die Beurteilung erhöht, zehn gleich blieben und zehn Kollegen abgewertet wurden („KVZ“ 2/79). Die Folge dieser neuen „Bewertung“, ist, daß tatsächlich nur wenige Kollegen 15 DM mehr bekommen, viele bekommen erheblich weniger. Trotzdem soll bei allen Kollegen einheitlich 7 DM auf die nächst Tarifierhöhung angerechnet werden, was bei niedriger Neubewertung effektiv auf eine Kürzung der tatsächlich vereinbarten Tarifierhöhung hinauslaufen kann! Hinzu kommt, daß eventuell durch diese angebliche Vorweg-„anhebung“ die Hoechster Kollegen aus der Tarifrunde herausfallen und damit erheblich den Kollegen anderer Betriebe schaden. Immerhin ist Hoechst mit 28.000 Beschäftigten der größte Chemiebetrieb in Hessen! Daß der Betriebsrat diese Betriebsvereinbarung doch noch abschließt ist nicht auszuschließen, war doch die rechte Clique um den BR-Vorsitzenden R. Brand schon für ganz andere Schweinereien zu haben. In einem Interview v. 2.3.78 mit den „Frankfurter Nachrichten-Höchster Wochenblatt“ (zitiert in „Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1978/79“) äußerte sich Brand zur Sozialpartnerschaft: „Das Verhältnis Arbeitgeber-Belegschaft (er meint den Betriebsrat, d. Red.) war in der Hoechst AG immer gut. . . Wir hoffen, daß wir vom Betriebsrat, wie bisher, manchmal in freier Verhandlung weit mehr erreichen können, als im reinen Tarifvertrag verankert ist.“ Oder auch weniger.

Chemiekommision
KB/Gruppe Hamburg

Rotbuch
zum Rotwerden...

Rotbuch
zu den
Gewerkschaftsausschlüssen

Über 100 Fälle dokumentiert mit mehr als 350 Original Dokumenten

mit Gutachten zum Russel-Tribunal

Die Zeitschrift
„DASDA“ zu diesem Buch:
„...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...“

1973 wurden in den DGB-Gewerkschaften die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt, nach denen niemand, der einer kommunistischen Organisation angehört oder deren Politik irgendwie unterstützt, gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied sein kann. Auf dieser Grundlage wurde in den folgenden Jahren ein rigoröser Ausschußterror praktiziert. Die Zahl der Ausgeschlossenen geht heute bereits in die Tausende – und es sind keineswegs nur Kommunisten, die dieser Vorstandswillkür zum Opfer fallen. Es hat sich erwiesen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einem Instrument geworden sind, mit dessen Hilfe die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle (d.h. der Politik der Klassenversöhnung entgegenstehende) Aktivität zu liquidieren versucht. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind dabei auch Bestandteil anderer in den letzten Jahren vollzogener Maßnahmen, die den Spielraum der innergewerkschaftlichen Demokratie zunehmend eingeschränkt haben und den Charakter der DGB-Gewerkschaften als sozialdemokratische Richtungs-gewerkschaft (und das heißt heute auch: Regierungsgewerkschaften) absichern helfen.

ISBN 3-88305-011-3
650 Seiten DM 22,-

ARBEITERKAMPF Verlag J. Reents
Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50

Spraydosen-Verbot!

Wegen Gefährdung der Ozonschicht durch Fluorkohlenwasserstoff hat eine unabhängige Kommission der National Academy of Sciences (USA) empfohlen, Spraydosen mit dem alten Treibgas nur noch bis 1979 zu erlauben. Die kanadische Regierung hat mit der Wirtschaft eine Umstellung auf treibgaslose Spraydosen für das Jahr 1978 vereinbart. Auch in Schweden dürfen ab 1.1.79 keine Sprays mit dem Treibmittel weder hergestellt noch verkauft werden.

Und hierzulande? Im Dezember 1978 fand in München die zweite internationale Konferenz zu Fluorkohlenwasserstoff statt. Vertreter aus 17 Staaten waren anwesend. Der Staatssekretär Hartkopf (BRD) wies dort auf die Zusagen der deutschen Industrie-„Interessengemeinschaft Aerosole“ hin, den Ein-

satz von Fluorkohlenwasserstoffen bei Treibgasen 1979 zunächst auf zwei Drittel des Wertes von 1975 zu senken.

Als wenn die Ozonschicht dadurch nicht geschädigt werden würde! Als neues Treibmittel ist ein Gemisch aus Propan und Butan im Gespräch (brennbar!) und wird von einigen Herstellern bereits angewendet.

Im Laufe der Herstellung von Spraydosen ist schon vieles ausprobiert worden, unter anderem das kriminelle Vinylchlorid (!!), das erst 1972 in der BRD und 1974 in den USA verboten wurde. Daraufhin stieg man auf Fluorkohlenwasserstoffe um und heute brennbares Propan/Butan-Gemisch?

Chemiekommision
KB/Gruppe Hamburg

Druck

„Mitbestimmung“ in den SPD-eigenen Druck- und Zeitungsbetrieben

Durch die demnächst wohl erfolgende Stilllegung und der damit verbundenen Massenentlassung bei der zu 100% der SPD gehörenden Hamburger „Morgenpost“, bei der zur Zeit noch ca. 220 Drucker und Setzer beschäftigt sind, ist das von der DruPa- und auch SPD-Führung immer hervorgehobene Mitbestimmungsmodell in den SPD-eigenen Betrieben wieder in die gewerkschaftliche Diskussion gekommen. So forderte die Hamburger Delegiertenversammlung bzw. der Ortsvereinsvorstand, „daß endlich einmal die Auseinandersetzung über die sozialdemokratische Pressepolitik beginne“ (nach BED 6/79). Das ist eine unserer Meinung nach dringende Auseinandersetzung, sitzen in dem Aufsichtsrat der SPD-Betriebe auch mehrere DruPa-Führungsmitglieder.

Gegen die seit Anfang der 70er Jahre laufenden gewaltigen Rationalisierungen (nach vorsichtigen Schätzungen sollen 1978/79 die Investitionen der Druckkapitalisten um weitere 7% steigen gegenüber dem Vorjahr) innerhalb der westdeutschen Druckindustrie und den damit verbundenen Entlassungen hat die DruPa-Führung wie auch die anderen DGB-Gewerkschaften immer wieder seit Jahren die Mitbestimmung, als angebliches Mittel gegen Entlassungen und Arbeitsplatzvernichtung, gefordert.

Innerhalb der Druckindustrie kommt noch hinzu, daß es in ca. 40% aller Betriebe mittels Betriebsverfassungsgesetz die Einschränkung gibt, daß die betreffenden Betriebsräte einen Wirtschaftsausschuß bilden können, da diese Betriebe unter den Tendenzschutz fallen. Diese Einschränkung gegenüber der übrigen Wirtschaft wird damit begründet, daß Zeitungs- und Druckbetriebe durch die bedingte Mitbestimmung des Wirtschaftsausschusses nicht durch wirtschaftliche Maßnahmen bzw. Einsprüche von Betriebsräten usw. in ihrer Tendenz (sprich politischen Richtung) beeinflusst werden dürfen, um die absolute bürgerliche Pressefreiheit zu garantieren.

Mitbestimmung als Allheilmittel

Die DruPa-Führung hat die Forde-

men bzw. Einsprüche von Betriebsräten usw. in ihrer Tendenz (sprich politischen Richtung) beeinflusst werden dürfen, um die absolute bürgerliche Pressefreiheit zu garantieren.

Mitbestimmung als Allheilmittel

Die DruPa-Führung hat die Forde-

runge nach Mitbestimmung und Abschaffung des Tendenzschutzes immer mit in den Vordergrund ihrer gewerkschaftlichen Ziele gestellt. So sagte z.B. D. Hensche, Vorstandsliniker der DruPa, auf dem letzten Gewerkschaftstag im Oktober 1977 in Augsburg: „Seit Jahr und Tag steht im Zentrum unserer medienpolitischen Forderungen die Verwirklichung der Mitbestimmung und zwar in dieser dreifachen Gestalt: Beseitigung des Tendenzschutzes, mehr Mitbestimmung und Mitbestimmungsrechte für die Redaktion, Verzahnung zwischen Betriebsratsarbeit und der Arbeit eines Redaktionsausschusses“ (Protokoll, Seite 284).

Mit diesen Vorstellungen und Zielen ist die DruPa-Führung in den Verhandlungen mit den drei Druck-Kapitalistenverbänden in den letzten Jahren keinen einzigen Schritt weitergekommen (einzelne Zeitungen wie der „Stern“ ausgenommen, wo das Abkommen in der Praxis auch nur ein Stück Papier ist), da die Kapitalistenverbände hier keinerlei Zugeständnisse machen wollen.

Verhandlungen mit der SPD-Führung

Nur in den Verhandlungen mit der SPD-Führung ist man nach langem hin und her zu einer Einigung gekommen. Mitte 1977 hat die SPD in den zu 100% in Besitz der Partei befindlichen Druck- und Verlagsunternehmen die inner- und überbetriebliche Mitbestimmung eingeführt.

In dem Rechenschaftsbericht des Hauptvorstandes der DruPa zum letzten Gewerkschaftstag steht dazu: „sie (die Verträge) haben im wesentlichen folgenden Inhalt:

- Die Unternehmen verzichten auf den betriebsverfassungsrechtlichen Tendenzschutz; der Betriebsrat hat ein noch über das Betriebsverfassungsgesetz hinausgehendes Mitbestimmungsrecht in sozialen und personalen Angelegenheiten

- es werden Wirtschaftsausschüsse eingerichtet...
- der Aufsichtsrat der Konzernspitze der Konzentration GmbH &

es werden Wirtschaftsausschüsse eingerichtet...

- der Aufsichtsrat der Konzernspitze der Konzentration GmbH &

Co KG setzt sich paritätisch (!) aus Vertretern der Arbeitnehmer und der Anteilseigner zusammen“ (Protokoll Seite 73).

Die DruPa-Führung hat damit ihrer Ansicht nach eine der wichtigsten gewerkschaftlichen Forderungen zumindest gegenüber den SPD-Betrieben durchgesetzt. Will man der Gewerkschaftsführung Glauben schenken, dann dürften Entlassungen, einseitige Rationalisierungen usw. in diesen Betrieben nicht mehr vorkommen. Aber genau das Gegenteil ist der Fall, wenn man sich den letzten Fall der Hamburger „Morgenpost“ ansieht.

So erfuhren die Kollegen der Hamburger „Morgenpost“ morgens, daß die Abteilung Buchdruck geschlossen wird. Noch am selben Tag mußten sie ein Flugblatt der SPD aus der Reihe „Hamburg Aktuell“ drucken, wo zu lesen war: „Für Hamburgs Sozialdemokraten hat die Sicherheit der Arbeitsplätze nach wie vor absoluten Vorrang...“

Oder wie in Hannover, wo die SPD ihre eigene Zeitung dicht macht und gleichzeitig (!) mit 30% Beteiligung bei der CDU-nahen Zeitung einsteigt; oder wie im Fall der Druckerei Deutz, wo die SPD sich vorstellte, „nur jene zur Entlassung Anstehende in den geforderten gesetzlich (!) vorgeschriebenen Sozialplan einzubeziehen, die schon das 45. Lebensjahr erreicht haben“ (nach „Welt der Arbeit“ vom 22.6.78).

Doch lassen wir DruPa-Vorsitzenden L. Mahlein zu Worte kommen, der auch im Aufsichtsrat sitzt, wie er den Abschluß des Vertrages sieht: „Die I.G. Druck und Papier hat es deshalb begrüßt, daß es gelungen ist, mit der SPD ein Modell zu schaffen, in dem ihre Mitbestimmungsvorstellungen in der Praxis ausgestaltet wurden... und wird mit Sicherheit dazu beitra-

gen, daß sich künftige Konflikte in den Betrieben in demokratischer, fairer (!) Form lösen lassen, ohne daß es zu unüberwindbaren Spannungen und Kontroversen kommt... In den SPD-Betrieben wurde ein Modell geschaffen, das den Weg zu einer Lösung dieses Konflikts im gesamten Pressebereich der Bundesrepublik aufzeigt“ (nach „Pressefreiheit und Mitbestimmung“, Seite 4f).

Sehr gewichtige Worte, könnte man meinen, nur sieht die Praxis ganz anders aus. Auch die SPD-Führung hat den Abschluß des Vertrages begrüßt, da „man die Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmern auf der Basis einer institutionalisierten Mitbestimmung und Mitverantwortung anstreben“ will („Pressefreiheit und Mitbestimmung“, Seite 10). Denn da „wir aufgrund unseres sozialen Anspruchs und unseres Selbstverständnisses als Partei der Arbeitnehmer den technologischen Fortschritt und sicherlich notwendige Rationalisierungen anders bewältigen wollen als diejenigen, die im Zuge der Errichtung technologisch revolutionärer Druck- und Satz-zentren tausende von Arbeitsplätzen vernichten“ („Pressefreiheit und Mitbestimmung“, Seite 12).

Starke Worte, die angesichts der traurigen Wirklichkeit in den SPD-Betrieben nur dazu dienen, den Kollegen Sand in die Augen zu streuen, und die DruPa-Führung letztlich dieselbe Aufgabe vornimmt, wenn sie die Mitbestimmung als Möglichkeit anführt, die Vernichtung von tausenden von Arbeitsplätzen zu verhindern. Und schließlich ist die DruPa-Führung auch praktisch beteiligt, sitzt sie doch seit Abschluß des Vertrages im Aufsichtsrat dieser Betriebe.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

DruPa Hamburg:

Auseinandersetzung wird immer spannender

Auf der letzten Delegiertenversammlung wurde die Forderung vieler fortschrittlicher Delegierter immer stärker, sich doch endlich inhaltlich mit den Berufsverboten zu beschäftigen. Auch fiel in den Wortbeiträgen oft das Wort der Gewerkschaftsausschlüsse, hat es doch im Ortsverein Hamburg mehrere Massenausschlüsse gegeben. In einer mit großer Mehrheit angenommenen Empfehlung wurde der Vorstand aufgefordert, für eine der nächsten Delegiertenversammlungen den Hamburger DGB-Chef Saalfeld einzuladen, damit er seine Ansicht der Ablehnung des Klose-Planes der gewerkschaftlichen Basis erklärt, auf die er sich in seiner Ablehnung bezogen hatte. Um die Sache auch gleich rund zu machen, soll ein Mitglied der GEW eingeladen werden, das selbst vom Berufsverbot betroffen ist.

Für die nächste Delegiertenversammlung liegt bereits ein Antrag vor, auf der darauf folgenden Delegiertenversammlung über Gewerkschaftsausschlüsse und über die Möglichkeiten einer Wiederaufnahme von ausgeschlossenen Kollegen zu diskutieren. Da sich auf der Delegiertenversammlung letztlich alle linken und fortschrittlichen Delegierten dafür ausgesprochen hatten, und der Antrag nur aus formalen Gründen noch nicht abgestimmt werden konnte, ist mit weiteren Auseinandersetzungen zu rechnen.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Was passiert mit der „Hamburger Morgenpost“?

Das jahrelange hin und her über die weitere Zukunft der Hamburger „Morgenpost“ scheint sich mittlerweile aufzuklären, für die betreffenden Drucker und Setzer bedeutet das allerdings eine traurige Zukunft.

Tagelang wurde die Belegschaft wieder im Dunkeln gelassen, als die ersten Gerüchte über eine mögliche Schließung auftraten, hatte sich der Hamburger Ortsvereinsvorstand mit mehreren Betriebsräten von Auer-Druck (wo die Morgenpost erstellt wird) und dem Wirtschaftssenator Steinert getroffen, um genauere Daten über die Entwicklung bei Auer zu erfahren. Der Wirtschaftssenator wußte anscheinend noch weniger (also nichts) als der Ortsvereinsvorstand. Aber immerhin war zu erfahren, daß der Senat schon seit längerer Zeit ein Grundstück am Hamburger Stadtrand für einen Neubau der Druckerei bereit hält. In einem gemeinsamen Brief an den Schatzmeister der SPD, Halstenberg, wurde um Bekanntgabe der Pläne gebeten, was die SPD mit der Morgenpost vorhat.

Halstenberg kam dann ein paar Tage später selber nach Hamburg, wo es zu einem Gespräch zwischen dem Wirtschaftsausschuß, Redaktionsausschuß und Betriebsrat von Auer und 2 Mitgliedern des Landesbezirksvorstandes der DruPa kam, worunter sich auch H. Wolf als Mitglied des Aufsichtsrates befand.

Klar dürfte mittlerweile sein, daß die SPD-eigene Druckerei geschlossen wird, womit ca. 220 Drucker und Setzer ihren Arbeitsplatz verlieren und kaum eine Möglichkeit haben in Hamburg wieder ihren Beruf auszuüben.

Also wieder eine weitere Druckereileiche durch die SPD.

Ungeklärt scheint zur Zeit noch, ob die Morgenpost noch weiter erscheinen soll und nur in einer anderen Druckerei erstellt wird. Hierüber gibt es zur Zeit viele Gerüchte, so soll angeblich der Titel verkauft werden oder eine andere Druckerei die Ferti-

gung übernehmen. Laut „FR“ vom 25.1.79 „wird gegenwärtig darüber verhandelt, ob die Auflage der Morgenpost beim Verlagshaus Madsack in Hannover gedruckt werden kann“, auch wird der Name Augstein (Spiegel) immer wieder genannt.

Allerdings ist fraglich, ob die Morgenpost tatsächlich in einer anderen Druckerei gedruckt werden kann. Müßte sie nämlich außerhalb Hamburgs gedruckt werden, hätte das zur Folge, daß der Redaktionsschluß „um eineinhalb Stunden vorverlegt werden müßte, was angesichts der starken Konkurrenz durch Springer Blätter als schwerwiegend angesehen wird“.

Wenn es nicht gelinge „in nächster Zeit ein Drucker zu finden, werde die Absicht der SPD, die Zeitung zu erhalten, kaum zu verwirklichen sein“ („FR“, 25.1.79).

Dies dürfte der Wahrheit leider weit entgegen kommen, denn es ist wirklich kaum damit zu rechnen, daß die SPD einen Drucker findet. Die SPD kann sich dann guten Gewissens hinstellen und sagen, wir wollten ja, aber es hat leider nicht geklappt.

Das würde dann weitere ca. 100 Beschäftigten den Arbeitsplatz kosten, aber bei den SPD-Betrieben ist man ja schon einiges gewohnt. Um die Stilllegung zumindest der Druckerei in Ruhe durchzuziehen, hat sich die SPD was feines ausgedacht: Es kommen „nur diejenigen Mitarbeiter in den Genuß der Leistungen aus dem Sozialplan... die nicht gegen die Grundsätze eines Interessenausgleichs verstoßen, das heißt, die nicht durch Arbeitsverweigerung das Erscheinen der Morgenpost in den nächsten Wochen und Monaten verhindern“ („FR“, 25.1.79); denn Kampfmaßnahmen sind in einem SPD-Betrieb nicht erwünscht.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Am 23.1.79 wurde der Frankfurter Kriminalpolizist Detlef G. wegen fortgesetzter Verletzung von Privat- und Dienstgeheimnissen zu 9 Monaten Haft verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurden. Außerdem wurde ihm für 3 Jahre die Fähigkeit aberkannt, öffentliche Ämter zu bekleiden. Die Verhängung eines Berufsverbotes lehnte das Gericht ab.

Die der Verurteilung zugrunde liegenden Straftaten sind Bestandteile eines Skandals, in den neben der Frankfurter Polizei auch Privatdetektive und das Management der Toom-Supermarkt-Kette (Teil der „Leibbrand OHG“) verwickelt sind und in seinen Ausmaßen noch gar nicht abzusehen ist.

Einig gegen linken Betriebsrat!

Im Herbst 1976 plante das Management, den im Taunussteiner Toom-Markt beschäftigten linken Betriebsratsvorsitzenden Walter Zaschke loszuwerden. Der Geschäftsführer Hübner und sein Assistent Hoffmann erörterten zusammen mit dem Privatdetektiv Glatzel den Rausschluß. Das Ergebnis: Glatzel, (ein ehemaliger Kripo-Beamter) ließ über seinen ehemaligen Kollegen Detlef G. mit Hilfe von Polizeiakten und Verfassungsschutz-Computer feststellen, ob etwas gegen Zaschke „vorliegt“. Diese Ermittlungen verliefen negativ. Auftragsgemäß besorgte dann Glatzel Zaschkes Entlassungsgrund: Zusammen mit seinem Assistenten Koch organisierte er eine Pistole und 10 Morphium-Ampullen und deponierte dies in einer Tasche, die er mit Zaschkes Namen versah, in einem Schließfach. Dann gab er der Polizei einen „heißen Tip“, Zaschke wurde festgenommen und von der Geschäftsleitung sofort fristlos gekündigt. Zaschke wurde einen ganzen Tag festgehalten und verhört. Dabei stießen die Polizisten auf den „Informanten“ Glatzel. Der Verdacht drängte sich auf, die reichlich stümperhaften Versuche, einen Entlassungsgrund zu provozieren, könnten von Glatzel selbst stammen. Zaschke wurde frei-

gelassen und Glatzel festgenommen und dieser packte aus: Er belastete den Geschäftsführer Hübner und dessen Assistenten Hoffmann, ihm den Auftrag zu dem kriminellen Coup gegeben zu haben.

Am 20.12. wurden alle 4 von einer großen Strafkammer verurteilt: Geschäftsführer Hübner (2 Jahre auf Bewährung, 38.400 DM Geldbuße), sein Assistent Hoffmann (1 Jahr und 6 Monate auf Bewährung, 9.600 DM), Glatzel (1 Jahr und 8 Monate auf Bewährung, 9.600 DM), sein Mitarbeiter Koch (1 Jahr auf Bewährung).

Ein Sumpf tut sich auf!

Doch damit war dieser „Fall“ keineswegs abgeschlossen: Glatzel hatte seine Zusammenarbeit u.a. mit dem Kripo-Beamten G. preisgegeben, über den er ja Zaschke sozusagen amtlich abklopfen ließ. Dieser Kripo-Typ wurde jetzt – wie anfangs erwähnt – verurteilt. Das Verfahren gegen ihn wirft jedoch weit mehr offene Fragen auf, als mit seiner Verurteilung erledigt scheinen. Der Kripo-Beamte G., der übrigens bis zu seiner Verurteilung seit Februar 1977 bei 1.700 DM Nettobehältern vom Dienst suspendiert war, war allein Glatzel in insgesamt 3 Fällen behilflich. Er wies in dem Verfahren darauf hin, daß solche „Gefälligkeiten“ bei der Kripo üblich sind. „Wie der Angeklagte (G.) im Verlaufe der Verhandlung behauptete, arbeiten auch andere Beamte der Kriminalpolizei an Wochenenden als Hilfskräfte in Kaufhäusern und bei Buchmessen“ („Frankfurter Rundschau“, 9.1.79). Es ist bisher nicht bekannt geworden, ob die Staatsanwaltschaft in diesem Zusammenhang weitere Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Der Stand der Ermittlungsverfahren gegen diejenigen Kripo-Beamten, die von dem Privatdetektiv außerdem noch belastet worden sind, ist in der Öffentlichkeit ebenfalls nicht bekannt.

Daran ist schon zu erkennen, daß die Auffassung des Richters, mit der Verurteilung dieses einen Kripo-Beamten würde die Frankfurter Polizei

wieder ins rechte Licht gerückt, eine Vertuschung der wirklichen Zustände darstellt.

Welche Rolle spielt das BKA?

Glatzel behauptete, u.a. wegen des „gelinkten“ Rauschgift-deliktes, Skrupel bekommen zu haben. „Dies sei für ihn der Grund gewesen, gleichsam auf einem zweiten Klavier zu spielen: So habe er die Hoffnung gehabt, über den Zaschke-Fall mit dem Bundeskriminalamt ins Geschäft zu kommen, wo auf dem Versicherungsgebiet einige Aufträge gelockt hätten. Doch an der Enthüllung von „Machenschaften im Wirtschaftsleben“ sei das BKA nicht interessiert gewesen; die Sache sei zu klein, habe man dort gesagt und Glatzel solle sich an die örtliche Polizei wenden“ („FR“, 18.10.78).

Wenn es stimmt, was Glatzel behauptet, dann hat das BKA von den kriminellen Machenschaften der Toom-Kapitalisten gegen den linken Betriebsrat Zaschke gewußt – und dazu geschwiegen. Von Amts wegen hätte doch das BKA den Vorwürfen Glatzels nachgehen müssen. Ab wann wird es denn für das BKA „interessant“? Wenn Glatzel dies alles aber erfunden haben sollte, warum hat dann das BKA diese Behauptungen noch nicht einmal dementiert, obwohl sie seit gut 3 Monaten in der Öffentlichkeit bekannt sind?

Offensichtlich tut sich hier ein Sumpf auf, der mit den bisher erfolgten Verurteilungen auch nicht annähernd trockengelegt worden ist.

In diesem Zusammenhang ist es zu begrüßen, daß der SPD-Landtagsabgeordnete Gerd Lüttger in einer kleinen Anfrage von der Landesregierung wissen will „... ob, wann und in wie vielen Fällen in Hessen Daten und Fakten des Verfassungsschutzes und der Polizei an Privatdetektive weitergegeben wurden“ („FR“, 20.12.78). Wir dürfen also weiter gespannt sein.

KB/Gruppe Frankfurt

Neue Landessatzung in der IG Bau-Steine-Erden Berlin —



Der Vorstand putscht

Mit allem, was seine Stimme hergab, rief der Landesvorsitzende Werner Koch in den aufgeregten Saal: „Ich stelle fest, die Mehrheit ist für den Antrag, ich stelle fest, die Mehrheit ist für den Antrag, ich stelle fest, die Mehrheit ist für den Antrag“. Wortgewalt und die mehrfache Wiederholung waren nötig, um den Handstreich seitens des Landesvorstandes der IG Bau-Steine-Erden Berlin in Sachen neue Landessatzung über die Bühne zu bringen.

Worum geht's?

Seit Jahren ist in der IG Bau-Steine-Erden (IG BSE) Berlin eine neue Landessatzung im Gespräch, seit der Sommerpause gibt es einen Entwurf des Landesvorstandes unter Federführung des nun ein Jahr amtierenden neuen Landesvorsitzenden.

Ebenso lange hat sich in der IG BSE Berlin in den letzten Jahren, getragen von fortschrittlichen Kollegen, ein aktives Gewerkschaftsleben entwickelt. Mit der Wahl des neuen Landesvorsitzenden Werner Koch war der frühere Vorsitzende Werner Dittrich gegangen worden.

Zum erstenmal nach dem Krieg hatte die IG BSE Berlin im August 1978, wenn auch an einer Nebenforderung (dem Wegegeld) und mit Berlinpatriotismus durchsetzt, erfolgreich gestreikt und bewiesen, daß sich durchaus was auf die Beine stellen läßt. Gegenüber der Zeit vorher mit Stagnation und Rückgang der Mitgliederzahlen gab es jetzt eine enorme Eintrittswelle.

Der Entwurf der neuen Landessatzung aber zeigte, wo der Vorstand hin will: Mehr Mitglieder, aber weniger Mitgliederrechte. Nachdem man erst einmal die Zügel schiefen ließ und die Muskeln zeigte, geht es jetzt an die Disziplinierung der Basis. Die „Errungenschaften“ der neuen Landessatzung, so wie sie der Vorstand will: Reduzierung der Delegierten um 2/3 bei steigenden Mitgliederzahlen, Entmachtung der Ortsverbände, Förderung der berufs- und bereichsgruppenorientierten Fachgruppen, Beschneidung der Delegiertenversammlung.

Was sich seit dem 19.10.78 in der reichsgruppenorientierten Fachgruppen, Beschneidung der Delegiertenversammlung.

Was sich seit dem 19.10.78 in der IG BSE Berlin ausgedeutet hat: ein Musterbeispiel sozialdemokratischer Machtpolitik in der Gewerkschaft und des Demokratieverständnisses rechter Sozialdemokraten. Ein Lehrbeispiel dafür: Demokratie solange wie's dem Vorstand paßt.

Es fängt ganz demokratisch an ...

Am 19.10.78 fand die entscheidende Delegiertenversammlung über einen vom Vorstand vorgelegten Entwurf einer neuen Landessatzung statt. Die Mehrheit der Delegierten lehnte ab! In den Wochen zuvor hatte der Vorstand versucht, die Delegierten in seinem Sinne zu bearbeiten. Auf der Versammlung jedoch sah er sich einer Ablehnungsfront sowohl von mehr rechts orientierten Delegierten wie auch Linken gegenüber. Hauptgrund: Die Delegierten wollten sich nicht selber das Wasser abgraben, indem sie einer Reduzierung der Delegierten zustimmten.

Die Versammlung beschloß die Einsetzung einer durch Ortsverbände und Fachgruppen zu beschickende Kommission, zur Ausarbeitung eines neuen Satzungsentwurfes. Kaum war die Delegiertenversammlung vorbei, ließ sich der Landesvorstand, in dessen Händen die Einberufung der Kommission lag, Zeit: „Die Kommission soll ruhig aus 30 - 35 Mann bestehen, dann tagt sie bis in Ewigkeit.“ Mit dieser Begründung, „einige Ortsverbände haben ihren Vertreter für die Kommission noch nicht benannt“, wurde die Kommission erst gut knapp zwei Monate später, Anfang Dezember, zum erstenmal einberufen.

Folge für die Delegiertenversammlung am 5.1.79: Es lag kein neuer Entwurf der Landessatzung vor und es konnte damit nicht konkret abgestimmt werden. Dies war der erste Streich.

... und geht mit einem Diktat weiter

Konkret wurde aber zwischenzeitlich der Landesvorstand: Da ja nun keine neue Landessatzung vorläge, müsse der Landesvorstand selber Wahlrichtlinien einschließlich eines neuen Delegiertenschlüssels erlassen. Prompt, zwei Wochen nach der Delegiertenversammlung, auf der der Satzungsentwurf des Landesvorstandes abgebillt wurde, berief der Landesvorstand eine erweiterte Vorstandssitzung zusammen mit allen Vorsitzenden von Ortsverbänden und Fachgruppen. Einzigartiger Ordnungspunkt: Wahlrichtlinien und neuer Delegiertenschlüssel. Um keinen Zweifel an der Ernsthaftigkeit seines Vorgehens zu lassen, hatte der Landesvorstand dies in einer Sitzung einige Tage zuvor beschlossen. Argumentation dazu: Das alte Ortsstatut, das durch die neue Landessatzung abgelöst werden soll, sei nicht mehr gültig. Damit versuchte der Landesvorstand ganz nach seinem Belieben festzuschreiben, wann eine Ortsatzung (nach der noch eine Woche zuvor die Delegiertenversammlung zusammengetreten war!) gültig und wann nicht mehr ist. Daß das alte Ortsstatut nicht mehr gültig sei, wurde jetzt auf jeder folgenden Fach-

zusammengetreten war!) gültig und wann nicht mehr ist. Daß das alte Ortsstatut nicht mehr gültig sei, wurde jetzt auf jeder folgenden Fachgruppen- und Ortsverbandsversammlung wiederholt. Dies immer mit dem Tenor, daß unteren ehrenamtlichen Funktionären und den Mitgliedern klar werden sollte: Wenn der Landesvorstand etwas für nicht mehr rechtens hält, dann ist es das auch nicht mehr. Mit anderen Worten: Der Vorstand versuchte hier massiv Vereinsrecht in seinem Sinne zu machen: Solange die satzungsmäßig festgeschriebenen Rechte in der Gewerkschaft nicht allzusehr stören, sind sie gültig. Stehen sie der Politik des Vorstandes entgegen, werden sie durch Beeinflussung, Drohung und Einschüchterung außer Kraft gesetzt.

Auf der erweiterten Vorstandssitzung legte der Landesvorstand einen neuen Delegiertenschlüssel vor, der die Delegierten zwar von 124 auf 86 zusammenstreicht, dafür aber die Hälfte der Delegierten durch die Fachgruppen wählen läßt. Wobei die größte Fachgruppe, wie die der Maurer z.B. acht Delegierte erhält, die meisten anderen Fachgruppen entsprechend ihrer Mitgliederzahl aber nur je einen.

Die meisten Fachgruppenvorsitzenden stimmten diesem Modell zu, war die Direktwahl in den Fachgruppen doch ein Zugeständnis des Vorstands, das nicht zuletzt unter dem Eindruck der Aktivitäten der Fachgruppen zustandekam. Insbesondere die Fachgruppen der Maurer und Putzer hatten in ihrer Kritik am Landesvorstand in den letzten Tarifauseinandersetzungen stärkere Einbeziehung der Fachgruppen und mehr Einflußnahme gefordert.

Dies war aber auch das einzige Zugeständnis, vor allem wurde damit hingeworfen, daß durch einen Handstreich die Zahl der Delegierten um fast ein Drittel gekürzt wurde.

... und endet vorläufig mit einem Handstreich

Ganz in diesem Stile ging es weiter. Aufgrund dieses Diktats des Landesvorstandes forderten über 40 Delegierte eine außerordentliche Delegiertenversammlung — wie es dem gültigen Ortsstatut entspricht. Wieder trat der Landesvorstand auf und erklärte, das alte Ortsstatut gelte nicht mehr — „aber natürlich sind wir bereit, wenn eine Zahl von Delegierten dies wünscht, eine Delegiertenversammlung einzuberufen“. Wie gehabt: Recht ist, was der Vorstand für opportun hält.

Einberufen wurde die schon oben angesprochene außerordentliche Delegiertenversammlung (neue Sprachregelung: Landesverbandstag) zum 5.1.1979: So zeitig nämlich, daß eben noch kein Arbeitsergebnis der Landessatzungskommission für die neue Landessatzung vorlag. Und so günstig, daß der Landesvorstand für diese Sitzung plante, den Spieß umzudrehen: nämlich, die im November erlassenen Wahlrichtlinien und den Delegiertenschlüssel jetzt per Abstimmung absegnen zu lassen. Eigens hierzu war ein Mitglied des Bundesvorstandes angereist. Die Kollegen, die gegen die reduzierte Delegiertenanzahl waren, hatten bei einem Berliner Rechtsanwalt ein Gutachten erarbeiten lassen, das die Unrechtmäßigkeit des Vorgehens des Vorstandes aufzeigte und daß, solange nichts neues beschlossen, das alte Ortsstatut gilt. Dies wurde vorgelesen. Hiergegen zog der Kollege Herfurth vom Bundesvorstand vom Leder: „Von Gewerkschaftsfremden wird sich hier in die Belange der Gewerkschaft eingemischt ...“ usw. Neben ihm aber saß selbst ein Rechtsanwalt, den er eigens mitgebracht hatte!

Als abgesprochener Trick wurde schließlich Antrag auf Schluß der Debatte gestellt und — ohne jegliche Vorlage — über Delegiertenschlüssel

als abgestimmter Punkt wurde der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt und — ohne jegliche Vorlage — über Delegiertenschlüssel und Wahlrichtlinien „abgestimmt“. „Wer ist dafür? Der hebe die Hand!“ Das Augenmaß des Vorstandes bestimmte dann darüber, daß dies die Mehrheit war. Auszählen gab es nicht. Daß viele Delegierte von diesem Verfahren überrumpelt wurden und weder für noch wider die Hand hoben, galt ebenfalls nicht. War es dem Landesvorstand also auf der Delegiertenversammlung am 19.10.78 noch nicht gelungen, die Delegierten dahin zu bringen, sich doch freundlicherweise selber um die Hälfte zu reduzieren, so gelang ihm das in Art eines Putsches nun. Die Landessatzungskommission, die die gesamte Landessatzung ausarbeiten soll, wird sich schwer tun, gegen die nun geschaffenen Tatsachen etwas Abweichendes zu setzen.

Wie geht es weiter?

Die Situation ist also heute die, daß damit der Kern der neuen Landessatzung schon durchgesetzt ist. So werden bereits in diesen Wochen die Wahlen in den Ortsverbänden nach den neuen Richtlinien durchgeführt. Die nächste Delegiertenversammlung wird also vollständig nach dem neuen Schlüssel beschickt.

Soweit sozusagen das Tauziehen um die Form der Landessatzung. Wie es aber weiterhin mit der Vertretung der Mitgliederinteressen aussieht, wird sich zeigen. Keinesfalls ist nämlich klar, daß sich das durchsetzt, was der Vorstand will: die Mitglieder enger an die Leine legen und dabei die Linken ausschalten.

Gekürzter Artikel von

Kollegen aus der IG Bau Steine Erden Berlin

GEW

GEW-Westberlin Kündigt Frister die Fusion auf?

„Alle Verträge zur Fusion perfekt“ hieß es noch vor wenigen Wochen über den Schritt der GEW Westberlin, wieder in den DGB einzutreten. Verwunderung gab es schon seit einiger Zeit darüber, wie schnell Frister plötzlich bereit war die GEW Westberlin, in DGB-Kreisen als linksradikal verschrien, wieder aufzunehmen, und zwar zu genau den Bedingungen unter denen er sie 1976 ausgeschlossen hatte.

Jetzt sind jedoch die Vorbereitungen zur Fusion gestoppt worden. Der Bundesvorstand hat plötzlich Bedenken bekommen. Und zwar in zwei Punkten:

1. Die Landesvertreterversammlung (LVV) der GEW Westberlin hat auf ihrer entscheidenden Sitzung neben den notwendigen Satzungsänderungen eine politische Willenserklärung verabschiedet, die der Satzung als Präambel vorangestellt werden sollte. Darin wird erklärt, daß die GEW Westberlin die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB ablehnt, mit allen Ausgeschlossen solidarisch ist, weiterhin das Russell-Tribunal unterstützt und sich nicht auf einen Kooperationskurs gegenüber der SPD einschwenken läßt. Hierin sieht der Bundesvorstand eine Verletzung des Vorrangs der Bundessatzung, weil sich die GEW Westberlin eigene Entscheidungen und Auffassungen vorbehält.

2. Die GEW Westberlin hat sich auch in der neuen Satzung das Recht auf die eigene Mitgliedschaft und das Recht auf Auflösung bzw. Nichtauflösung vorbehalten. Dies war wichtig, weil ohne diese Rechte dem Bundesvorstand die Möglichkeit in die Hand gegeben worden wäre, bei einer ähnlichen Kontroverse wie 1976 den Westberliner Verband sang- und klanglos aufzulösen. Frister wollte dies nur als formale Übereinkunft gelten lassen, weil eine andere Lösung nach einem Gerichtsurteil nicht möglich war. Seiner Interpretation nach sollte es nach der Fusion keinen eigenständigen GEW-Verband mehr in Westberlin geben, sondern nur einen Teilverband der Bundes-GEW. Hier machte ihm abermals ein Gericht einen Strich durch die Rechnung.

In einer Entscheidung vom 11.1.79 urteilte das Landgericht, daß selbst bei Übernahme der Bundessatzung, also der Angliederung der GEW Westberlin an die GEW-Bund, der Westberliner Verband eigenständig bleibt, was eine eigenständige Mitgliedschaft beinhaltet. Das wiederum bedeutet, daß dem Bundesvorstand der genereller Zugriff auf die Mitglieder der GEW Westberlin verwehrt ist — z.B. kann er diesen Verband nicht auflösen.

Diese jetzt vom Bundesvorstand lin verwehrt ist — z.B. kann er diesen Verband nicht auflösen.

Diese jetzt vom Bundesvorstand geäußerten „Bedenken“ machen deutlich, daß Frister bisher mit falschen Karten gespielt hat. Von ihm

wurde der Eindruck erweckt, als ginge es um die Aufnahme der GEW Westberlin unter der Voraussetzung, daß diese eine minimale Eigenständigkeit behält. Im Nachhinein stellt sich dies jedoch als ein Trick heraus. Frister hatte damit gerechnet, daß die Strömung innerhalb der GEW Westberlin, die unter allen Umständen in den DGB zurück will, so stark ist, daß auf alle Eigenständigkeiten sowohl im organisatorischen als auch im politischen Teil verzichtet wird. Dieser Wunschtraum ist ihm durch die Präambel zerschlagen worden.

Seine Karten sind nun allerdings schlechter geworden. Denn sollte der Bundesvorstand tatsächlich die begonnene Fusion rückgängig machen (dies soll auf einer Sitzung am 11.2. entschieden werden), dann verletzt er sowohl einen schon geschlossenen Vertrag, und er würde damit deutlich machen, daß die von der GEW Westberlin entwickelte gewerkschaftspolitische Linie (die den Kampf gegen UVBs und gegen staatliche Repression einschließt) innerhalb des DGB nicht geduldet werden soll. Damit würde er genau die Befürchtungen und die Warnungen der Kritiker dieser Fusion voll bestätigen. Aber trotz aller Umrüstungsversuche (a la Klose in Fragen der Berufsverbote) geht die „Toleranz“ des DGB denn doch nicht soweit, daß ein Landesverband offen den Kampf gegen die UVBs propagieren darf. In diesem Fall soll wiederum Stärke demonstriert werden, um diesen Auffassungen innerhalb der GEW insgesamt die Spitze abzubreaken. Es offenbart sich gleichwohl aber auch eine Schwäche, da offenkundig ist, daß Frister meint, mit diesen Auffassungen innerhalb der GEW nicht leben zu können.

Die große Mehrheit der GEW Westberlin hat sich für den Wiedereintritt in den DGB entschieden, weil diese Mitglieder der Meinung sind, daß Gewerkschaftspolitik langfristig nur im DGB möglich ist. Hierzu gibt es sehr unterschiedliche Meinungen; auch wir sind der Meinung, daß dies mit sehr viel Illusionen in die DGB-Führung verbunden ist. Jedoch gab es zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen anderen Weg, um die Einheit dieses Verbandes zu wahren. Die Mitglieder der GEW Westberlin haben sich den Wiedereintritt jedoch nicht mit einem Kniefall zu erkaufen versucht, sondern haben unmißverständlich ihre eigenen Positionen formuliert. Deshalb gilt es jetzt, die Wiederaufnahme unter den ausgehandelten Bedingungen unter vollständiger Beibehaltung der Positionen zu erkämpfen.

Bedingungen unter vollständiger Beibehaltung der Positionen zu erkämpfen.

Bündniskommission KB/Gruppe Hamburg

GEW: Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie



Aus dem Inhalt:

- GEW Bund
- GEW nach Mainz: Das letzte Wort haben die Mitglieder (Teil 2)
- Lehrergewerkschaft auf dem Marsch nach rechts (Teil 1)
- GEW Hamburg
- Wer „manipuliert“ in der GEW?
- GEW-Vorstand knapp gescheitert
- Gewerkschaftsführung auf Spaltekurs
- Auf dem Weg zur völligen Willkür!
- GEW Westberlin

Preis: 3.50

Nach der Studentenbewegung praktizierte die GEW-Führung vom März 1973 — September 1976 — ähnlich wie die SPD — eine Integrationsstrategie gegenüber den Linken. Der Kieler Kongreß der GEW im Jahre 1971 stand ganz im Zeichen einer „fortschrittlichen“ Bildungspolitik. Damals wurde auch das Streikrecht in die Satzung der Lehrergewerkschaft aufgenommen. Daß es sich hierbei lediglich um ein taktisches Kalkül handelte, um eine Radikalisierung der jungen Lehrer und Erzieher zu verhindern, zeigen die nachfolgenden Ereignisse.



Die faschistische „Deutsche Volksunion“ (DVU) hatte für Anfang Dezember in Darmstadt eine Veranstaltung angekündigt. Als Redner sollten Dr. Gerhard Frey und Altnazi Rudel auftreten.

Der Darmstädter Magistrat, der zunächst die Kongreßhalle als Veranstaltungsraum zusagte, zog die Vernichtung des Saales kurzfristig zurück. Die Erklärung der DVU, diese Veranstaltung auf jeden Fall zu wiederholen, nahm der antifaschistische Arbeitskreis an der Fachhochschule zum Anlaß, eine Presseerklärung zu erstellen, in der der Magistrat aufgefordert wird, zukünftige Aktivitäten neonazistischer Gruppen zu verbieten. Die Erklärung richtete sich zunächst besonders an Gruppen und Personen der demokratischen Öffentlichkeit, wie Jüdische Gemeinde, Stadtjugendring, Jusos usw.

Der antifaschistische Arbeitskreis des Stadtjugendrings sowie auch die Jusos taten sich allerdings recht schwer mit einer Unterstützung. Obwohl anfangs eine Unterstützung der Erklärung relativ bereitwillig zugesagt wurde, machten die Jusos später einen Rückzug, weil an der Fachhochschule viele KB'ler seien, demzufolge wohl auch in dem antifaschistischen Arbeitskreis an der FH — und sie aus diesem Grund bei einer Unterstützung der Erklärung Schwierigkeiten mit ihrem Vorstand bekämen! Sie wollten stattdessen eigenständig eine ähnliche Erklärung herausgeben, die aber unseres Wissens nach bisher noch nicht erfolgte.

Letztendlich hat die Erklärung aber doch ein relativ breites Spektrum von Unterstützern gefunden. Dazu gehören: Jüdische Gemeinde Darmstadt; VVN Kreisvereinigung Darmstadt; Wählergemeinschaft Darmstadt; zwei Jugendvertreter der Chemie-Fabrik Merck; ein Jugendsekretär der IG Chemie; drei Jugendbildungsreferentinnen; zwei Pfarrer u.a.

Stuttgart

Stuttgart

Gegen den Protest von 3000 Antifaschisten konnte unter Polizeischutz die NPD in Stuttgart am 27.1. eine „Reichsgründungsfeier“ abhalten. Hinter verschlossenen Türen (selbst Press war nicht zugelassen) durfte die NPD sich im alten Landtagsgebäude versammeln.

Auf der antifaschistischen Kundgebung, die von DGB, VVN und SPD (!) organisiert war, wurde von den Rednern das Verbot derartiger Veranstaltungen gefordert. SPD-MdB Klein wies darauf hin, daß die schonende Behandlung der Nazis durch den Staat diesen nur mehr Auftrieb gebe.

Kaiserstuhl/Südbaden

30 antifaschistische Kneipenbesucher (KABD im wesentlichen) sowie eine „Mahnwache“ der VVN/DKP/SDAJ vor der Kneipe verhinderten eine NPD-Veranstaltung in Gottenheim/Kaiserstuhl. Obwohl 30 Polizisten aufmarschiert waren, zogen die etwa 15 Nazis wieder ab.

Westberlin

Eine für alle Antifaschisten (und solche, die es werden wollen) sehr interessante Ausstellung wurde von H.M. Broder am 16.1. in der Westberliner „Galerie 70“ eröffnet. Titel: „Deutschland erwacht. Aktionen und Tendenzen des Neo-Nazismus“. Fotos, Zeitungen, Schriftstücke usw. geben ein Bild vom Ausmaß der neonazistischen Aktivitäten in der BRD und Westberlin und ihrer Verharmlosung und Duldung durch staatliche Organe. Grundlage für die Ausstellung ist das gleichnamige Buch von Broder (siehe Besprechung im AK 138 und 140).

Im Rahmen der Ausstellung, die noch bis zum 3. März läuft, finden mehrere Film- und Diskussionsveranstaltungen statt, so z.B. zusammen mit der GEW-Berlin über „Rechtstendenzen an Berliner Schulen“.

Eine nachahmenswerte Sache — auch für andere Städte!

Antifa-Kommission Westberlin

Frankfurt

Am Samstag, den 27.1., war auf der Zeil wieder was los. Die Diskussionsgruppen waren größer, der Stil der Auseinandersetzung mit den Nazis härter als sonst. Die Nazis, die dort jeden Samstag ihre Hetze unter Volk

bringen, waren von ca. 80 Neonazis emporen umstellt. Die Nazis, die dort jeden Samstag ihre Hetze unter Volk bringen, waren von ca. 80 zumeist empörten Bürgern umstellt. Daß sich der KDS („Kampfbund Deutscher Soldaten“) erdreistete, ein Flugblatt zu verteilen, auf dem die Naziverbrechen gelehrt wurden, brachte das Faß zum Überlaufen: Einige Nazis bezogen Prügel! Um Schlimmeres zu verhindern, sah sich die Polizei gezwungen, einen der Nazis vorläufig festzunehmen. Diese Abreibung war längst fällig — zu lange schon treiben die Nazis im Zentrum Frankfurts ihr Unwesen!

Eine Gruppe von KB-Sympathisanten Frankfurt

Westberlin: Brutaler Bulleneinsatz gegen Antifaschisten



Im Anschluß an eine Demonstration der „Antifaschistischen Front Westberlin“ am 30. Januar, anläßlich des Jahrestages der „Machtergreifung“ der Hitlerfaschisten, kam es zu massiven Polizeieingriffen gegen mehrere hundert Demonstranten. Rund 250 Antifaschisten waren zum einschlägig bekannten Lokal „Kaiserstein“ im Bezirk Kreuzberg gezogen, wo — jedenfalls aus Anlaß des Jahrestages der „Machtergreifung“ — eine provokatorische „Siegesfeier“ von NPD und Jungen Nationaldemokraten stattfinden sollte.

Zum „Schutz“ des „Kaiserstein“ waren schon Stunden vor dem Eintreffen der Antifaschisten acht Mannschaftswagen der Polizei vor der Kneipe aufgefahren. Dieses Aufgebot wurde noch gesteigert, so daß schließlich vor dem „Kaiserstein“ und in den Seitenstraßen der Umgebung fünf Hundertschaften (!) für den militäntischen Schutz der Nazis bereitstanden.

Nachdem die Antifaschisten ihrer Empörung durch Sprechchöre „Nazis raus aus dieser Stadt“, „Tod dem Faschismus“ und „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ Luft gemacht hatten, entschied man sich angesichts des riesigen Bullenaufgebots, eine Konfrontation zu vermeiden und sich geschlossen in den nahe gelegenen U-Bahnhof Mehringdamm

zu begeben. Dort, wo die Nazis ebenfalls eine Konfrontation zu vermeiden und sich geschlossen in den nahe gelegenen U-Bahnhof Mehringdamm zurückzuziehen, um von dort abzufahren. Dort starteten die Bullen, die die Demonstranten verfolgt hatten, dann einen massiven Überfall: Als noch rund 200 Leute auf dem Bahnsteig auf die U-Bahn warteten, ließ die Polizei den U-Bahn-Verkehr auf dieser Strecke stoppen. Kurze Zeit später stürmten ca. 60 Bullen von beiden Seiten auf den Bahnsteig, begannen wild auf die Nächststehenden einzuknüppeln und die Wartenden — darunter auch viele unbeteiligte Passanten — zu einem dichten Knäuel zusammenzutreiben. Einzelne wurden herausgezogen und von jeweils drei bis fünf Bullen brutal mit Knüppeln, Fäusten und Fußtritten zusammengeschlagen. Ein Mann, der in der Panik vor den Bullen flüchten wollte, auf die Gleise sprang und ein Stück in den Tunnel lief, wurde festgenommen. Ihm wird jetzt die Unterbrechung des U-Bahn-Verkehrs zugeschrieben, „Verkehrsgefährdung“, „Sabotage“ usw. vorgeworfen! Selbst der „Tagesspiegel“ zitiert Äußerungen von Passanten, nach denen danach noch einzelne Demonstranten in den umliegenden Straßen von Polizisten gejagt worden seien („Tsp.“, 31.1.79). Fazit: Mindestens fünf Verletzte, eine Frau mußte mit Quetschungen, Platzwunden und einem schweren Schock ins Krankenhaus gebracht werden!

1.500 Nazis Nostalgie und Neo-Nazismus!

Vorausgegangen war eine Demonstration von rund 1.500 Antifaschisten durch die Arbeiterbezirke Neukölln und Kreuzberg, zu der die „Antifaschistische Front Westberlin“ (wir berichteten über ihre Gründung in AK 142) zu diesem 30. Januar auf-

gerufen hatte. Unterstützt hatten den Aufruf u.a. die Alternative Liste, „KPD“, KPD/ML, die AHA, das „Georg-von-Rauch-Haus, der KB...“

Ebenfalls beteiligte sich ein recht großer Block von türkischen Kolleg(inn)en. In mehreren Reden während der Demonstration und auf der anschließenden Kundgebung wurde auf die ständig zunehmenden neonazistischen Aktivitäten in Westberlin und der BRD hingewiesen, darauf, daß versucht wird, solche Verbrechen, wie sie z.B. in „Holocaust“ dokumentiert wurden, zu verharmlosen, darauf, daß „uns der Faschismus wieder schmachhaft gemacht werden soll“. Schon diese gesamte Demo wurde von einem großen Polizeiaufgebot „begleitet“, was offensichtlich der massiven Einschüchterung dienen sollte. Vereinzelte Steinwürfe einiger „Spontis“ am Rande dienten dazu nur als Vorwand.

Zwei Tage zuvor hatten ca. 500 Leute eine Informationsveranstaltung der „Antifaschistischen Front“ besucht, auf der neben antifaschistischen Musikbeiträgen usw. auch sehr konkret über die Neo-Nazi-Szene in Westberlin berichtet worden war. Ein türkischer Kollege ging auf die verstärkten Aktivitäten der Mörderbanden der „Grauen Wölfe“ in ganz Westeuropa ein, sowie auf den (ungehinderten) Auftritt ihres Führers A. Türkes vor einiger Zeit in derbänden der „Grauen Wölfe“ in ganz Westeuropa ein, sowie auf den (ungehinderten) Auftritt ihres Führers A. Türkes vor einiger Zeit in Westberlin. An dessen Hetzveranstaltung hatten sogar einige CDU-Abgeordnete teilgenommen!

Insgesamt ist die zahlenmäßige Beteiligung, v.a. an der Demonstration, sicher als ein Erfolg für die „Antifaschistische Front“ zu sehen, wenn man bedenkt, daß ein sehr großer Teil des antifaschistischen Spektrums Westberlins (SEW/VVN und Anhang, Jusos, Judos, Falken usw.) sich leider nicht an diesen Aktivitäten beteiligte.

Wahlkampfbeitrag des SPD/FDP-Senats?

Wenn solche Polizeieinsätze gegen Antifaschisten für westdeutsche Städte schon fast „alltäglich“ sind, verhält es sich hier doch etwas anders.

Provokation von Neonazis in Neukölln

Westberlin. Zu zahlreichen Zwischenfällen kam es am Dienstagabend in Westberlin während einer Provokation von Neonazis, die mit einer Demonstration an die Machtergreifung Hitlers erinnern wollten.

Die Neonazisten zogen unter Duldung der Polizei vom Kottbusser Tor in Kreuzberg zum Karl-Marx-Platz in Neukölln und zertrümmerten dabei zahlreiche Schaufensterscheiben von Geschäften. Im U-Bahnhof Mehringdamm wurde das BVG-Personal angegriffen und die Notsignalschalter betätigt. Die Polizei räumte den Bahnhof. Bezeichnenderweise wurde von der Polizei niemand festgenommen.

Die „Wahrheit“ und nichts von der Wahrheit...

Seit 1972 (damals knüppelte die Polizei ca. 2000 Antifaschisten auseinander, die teilweise erfolgreich versucht hatten, eine Kundgebung von 100 Faschisten zum 13. August zu verhindern) ist das der erste bekannte Fall, wo der Senat so massiv eine Faschistenveranstaltung beschützen und seine Polizei gegen Antifaschisten vorgehen läßt. Dabei muß man sehen, daß die NPD in Westberlin zwar nicht als Partei verboten ist, aber aufgrund alliierter Bestimmungen (!) ihr jegliches öffentliche Auftreten untersagt ist!

Das hat den Senat zwar noch nie gehindert, der NPD und anderen Faschisten Mittel und Wege zu lassen, dieses Verbot zu unterlaufen, veranlaßt ihn aber, viel und oft Sonntagsreden über seine „Wachsamkeit gegenüber neonazistischen Gefahren“ zu halten. Jüngstes Beispiel ist eine Erklärung des FDP-Vorsitzenden und Bürgermeisters Luder, die er aus Anlaß des 37. Jahrestages der „Wannsee-Konferenz“ (auf ihr beschlossen die Faschisten die „Endlösung der Judenfrage“) gegenüber dem Vorsitzenden der Westberliner Jüdischen Gemeinde, Galinski, abgab: „Wir alle wissen um die terroristische Neigung rechtsextremistischer Gruppen. Unsere jüdischen Mitbürger reagieren naturgemäß sensibel. Sie können aber versichert sein, daß wir mir allen Kräften ein Ausufern solcher Tendenzen verhindern werden“ („Tsp“, 20.1.79).

Schöne Worte! Was davon zu halten ist, zeigt die Tatsache, daß der Senat meint, es sich leisten zu können, mitten im Wahlkampf „mit allen Kräften“, wie Luder sagt, „zu verhindern“, daß den Nazis an den Wagen gefahren wird! Ganz offensichtlich geht das brutale Vorgehen der Polizei nicht auf das Konto einiger wildgewordener Bullen, sondern wurde „höherenorts“ als Einschüchterungsmaßnahme und „Lektion“ für die Antifaschisten ausgeklügelt!

Den Zynismus der SPD übertreffen (einmal mehr) die SEW-Revisoren: Sie versuchen die ganze Demonstration als Werk von Neo-Nazis hinzustellen (s. Faksimile-Abdruck)! Im gleichen Wortlaut ging diese Meldung übrigens über den DDR-Rundfunk! Soviel an Dummheit kann man der SEW wohl kaum (gutwillig) unterstellen: Immerhin ist sogar in der bürgerlichen Presse und sogar im Polizeibericht von einer anti(faschistischen) Aktion die Rede. Offensichtlich ist der SEW daran gelegen, auf diese ebenso plumpe wie unverschämte Art die „Antifaschistische Front“ und v.a. auch die „Alternative Liste“ zu diffamieren und ihre eigene Anhängerschaft für total dumm zu verkaufen.

Vielleicht macht der Senat sich diese Argumentationshilfe der SEW zunutze und dichtet auf diese Weise den Knüppelinsatz noch zu einer antifaschistischen Großtat um?!

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Westberlin

Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?



Dokumentation einer Podiumsdiskussion

Willfried Dörmann, Friedenspolitische Studiengesellschaft e.V. — Kai Scher, KP, Preisrichter von Rosenbaum — Werner Hill, Journalist — Hans Grottel, Historiker, Schriftsteller, Herausgeber der JVA-Funktion — Heide Grottel, Professor für Sozialrecht (Hilf Hil) — Peggy Pernice — Gerhard Meier, FDP — Hans Meier, Senator der Freien Hansestadt Bremen — Niederlande, Partij van de Arbeid — Leitung: Ulf Heineke, Völk

Die Podiumsdiskussion „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?“ fand am 22. Juli 1977 in Hamburg statt und ist in dieser Broschüre des „Unterstützungsausschuß ARBEITER-KAMPF gegen Rosenbaum“ dokumentiert. Anlaß war die öffentliche nicht begründete Beurlaubungs- und Begnadigungspraxis des Hamburger Senats gegenüber Nazi-Verbrechern wie u.a. Rosenbaum. Die Veranstaltung zeigte, daß der in der BRD bisher übliche Dialog zwischen den verschiedenen Lagern der Demokraten und Antifaschisten, einschließlich der Kommunisten möglich und nötig ist.

Format A4,
60 Seiten DM 4,-

zu erhalten über:
Verlag J. Reents

Aus der Nazi-Szene

KZ-Gedenkstätte Struthof zerstört

Zum zweiten Mal innerhalb von drei Jahren wurde das gerade neu eingerichtete Museum des ehemaligen Konzentrationslagers Natzweiler/Struthof zerstört.

Die Fenster der Museumsbaracke wurden aufgebrochen, Fotografien, Reproduktionen und Dokumente zerrissen sowie Vitrinen umgeworfen.

Die KZ-Gedenkstätte Struthof/Natzweiler im Elsaß ist jedem antifaschistischen Urlauber zum Besuch zu empfehlen, sie gibt in ihrer ziemlich weitgehend erhalten gebliebenen Gesamtanlage (Stacheldraht, Baracken, Wachtürme, etwas abseits die „medizinische“ Folterstätte) einen umfassenden Einblick in die KZ-Wirklichkeit.

„Wi king-Jugend“ auf „Hansa“-spuren

Anlässlich der Ausstrahlung von „Holocaust“ starteten ca. 20 Neonazis, v.a. Angehörige der „Wiking-Jugend“, in Westberlin eine Provokation nach dem Vorbild der Hamburger „Hansa“-Bande: An zwei Stellen in der City verteilten sie am 27.1. Flugblätter, in denen es u.a. hieß: „Ich Eselskopf glaube, was darin (in „Holocaust“) gezeigt wurde“ und „Stoppt endlich die Volksverhetzung“. Dazu hatten sich einige der Neo-Nazis Eselsköpfe aufgesetzt.

Nach Polizeiangaben wurde ein bekannter Führer der „Wiking-Jugend“ in Westberlin, Ralph Ollmann, vorübergehend festgenommen.

Da schmunzeln die Brandstifter

Der „Sturmwind“-Buchladen, das Zentrum der Kieler Neonazis (siehe AK 145), ist vorerst geschlossen. Einem Zettel am Eingang zufolge soll er ausgebrannt sein. Die Neonazis vermuten Brandstiftung.

Antisemitische Flugblätter im Ruhrgebiet

„Marx, Engels, Lenin, Hitler - alle waren Juden und Vampire!“, „Juden sind Vampire!“, „Raus mit Juden aus deutschen Ämtern!“, Flugblätter dieses Inhalts wurden im Namen einer „Bürgerwehr“ aus Bochum in verschiedenen Städten des Ruhr-Gebietes verteilt, u.a. in Wanne-Eickel, Bochum und Essen. Ein Pamphlet ähnlichen Inhalts und gleicher Herkunft war bereits im letzten Jahr im Wattenscheider Bahnhof gesichtet worden.

Typisch: Nazis bleiben frei

Nach angeblich „monatelangen“ Er-

Typisch: Nazis bleiben frei

Nach angeblich „monatelangen“ Ermittlungen gab die Staatsanwaltschaft in Frankfurt/M. jetzt bekannt, daß drei Verantwortliche (Namen wurden nicht genannt) für das Nazi-Blatt „Das Braune Bataillon“ („NSDAP-Frankfurt/Gau Hessen-Nassau“) ermittelt worden seien. Es handele sich dabei um eindeutige NSDAP-Propaganda. Verhaftet wurden die drei nicht, da keine Fluchtgefahr bestehe...! („heute“, ZDF, 1.2.79).

Das „Braune Bataillon“ wurde u.a. in der Zeitung der „Hansa“-Bande, „Sturm“, angepriesen, wo es als Lektüre empfohlen wurde.



Der war am 27.1. in Harburg auch dabei. Gehört zum Umkreis der „Hansa“-Bande. Wer weiß mehr über ihn?

„Wiking-Jugend“ und „Hansa“-Bande gemeinsam in Hamburg-Harburg

Am 27.1.79 tauchten zum zweitenmal innerhalb kurzer Zeit Neonazis in der Harburger Fußgängerzone auf. Wie schon eine Woche vorher, verteilten sie Flugblätter der „Wiking-Jugend“ (und der AKON). Bei dem ersten Auftritt waren es vier, eine Woche später acht. Die Verstärkung hielten sie wohl für nötig, weil Antifaschisten vereinzelt versuchten, die Flugblattverteilung zu behindern. Am 27.1. wurde der Trupp vom NPD-Kreisvorsitzenden mit Handschlag begrüßt. Zu den Nazis gehörten u.a. Grabsch („Hansa“-Bande), ein Vogel (wohl JN-Mitglied) namens „Holli“ aus Hörsten (mit VW-Kübel, Nummer: WL-U 966), und Jens Gregar (Zimmermannstr.1, Hamburg 90).



Er nennt sich „Holli“ und fährt einen VW Kübel mit der Nummer WL-U 966

Anti-jüdische Provokation in Münster

Am ersten Sendetag von „Holocaust“ fand der Geschäftsführer der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Münster ein Exemplar der „NSDAP“-Zeitung „Wille und Weg“ in seinem Briefkasten vor. Er war erstaunt darüber, wie schnell die Nazis seine neue Adresse herausbekommen hatten, denn er war - aus guten Gründen - ohne viel Aufheben umgezogen!

wie schnell die Nazis seine neue Adresse herausbekommen hatten, denn er war - aus guten Gründen - ohne viel Aufheben umgezogen!

JN-Überfall

Eine Gruppe Neonazis störte im Jugendzentrum Hamburg-Rotenburg eine Veranstaltung der DGB-Jugend, wo der Film „Nazis gibt's die noch?“ gezeigt wurde. Unter den Nazis befand sich der bereits einschlägig bekannte Landesvorsitzende der JN, Fritz Ulrich Bundt. Mit Polizeihilfe wurden die Nazis vertrieben. („Hamb. Abtbl.“, 1.2.79).

7200 Mark Geldstrafe

Zu einer Geldstrafe von 7200 Mark wurde ein Druckereibesitzer aus Dürkheim/Zweibrücken verurteilt. Er hatte mehrere Ausgaben des ohne Impressum vertriebenen Schmutzblattchens „Wille und Weg“ („Organ der NSDAP“) sowie 5000 Plakate mit Hakenkreuzen gedruckt. Er wurde nur wegen des Druckens verurteilt; die Anklagen wegen Volksverhetzung und Beleidigung wurden fallengelassen. Die Staatsanwaltschaft hat Revision eingelegt. („Rheinpfalz“, 25.1.).

Brandanschlag auf SPD-Büro

Wie wir erst jetzt erfahren, wurde kurz vor Jahreswende ein Nazi-Brandanschlag auf das SPD-Informationsbüro in Hannover-Döhren verübt. Durch die Glastür wurde eine Rauchbombe geworfen, die das Inventar und alle Akten zerstörte. Außerdem hinterließen die Faschisten Hakenkreuze und NSDAP-Aufkleber an den Fensterscheiben. Als die Jutos daraufhin ein Flugblatt verfaßten, wurden sie durch Kripo

und SPD an der Veröffentlichung gehindert: die Ermittlungen seien noch nicht so weit, hieß die Begründung. (Bis heute hielten sie sich daran! Lediglich eine kleine Notiz findet sich im Juso-Rundbrief 2/79). Doch die Feigheit geht noch weiter: Als kurz nach dem Anschlag die Hauswirtin den Mietvertrag wegen der Vorkommnisse nicht mehr verlängern wollte, verlautete aus der SDP lapidar: man wolle bald umziehen. Punkt.

Die Hannoverschen Nazis ließen sich diese Ermütigung gefallen und reagierten auf ihre Weise: In der Nacht nach dem ersten „Holocaust“-Teil schmierten sie ganz Döhren voll mit Hakenkreuzen und NSDAP-Parolen. Trotz Information der HNP (SPD-Postille) durch Antifaschisten erschien darüber bis heute kein Artikel.

Nazi-Aktionen in Frankfurt

Über Monate hinweg verhielten sich die militanten Nazis in Frankfurt relativ ruhig. Kurz vor Jahreswechsel verstärkten sie aber wieder ihre Tätigkeiten.

Gezielt nahm sich eine fast zehnköpfige Gruppe einen DKP-nahen Buchladen in der Goethestraße vor. Die 10-16 Jährigen, die von einem etwas Älteren angeführt wurden, traten uniformiert, in Stiefel und Parka mit Runenabzeichen auf. Am 27.12.78 konnten die Verkäufer die Bande hinausdrängen; am 3.1. konnten die Jungfaschisten nichts ausrichten, da der Laden wegen Inventur geschlossen war; am 6.1. fielen sie jedoch wieder ein, provozierten herum und verursachten 3000 Mark Schaden durch Umwerfen verschiedener Materialien; der Endpunkt der Aktion gegen den Laden besteht vorerst in einer Klebeaktion vom 10.1.1. dabei klebten die Nazis ihre „Visitenkarte“ aufs Schaufenster: Aufkleber „Laßt Hess frei“ und ein Flugblatt der „WSG-Hoffmann-Truppe Sturm Frankfurt-Main“. Angeboten wird in dem Flugblatt u.a. Ausbildung im Nahkampf und Beteiligung an Großmanövern. Dem Blatt nach trifft sich die Frankfurter WSG-Bande regelmäßig und hat über Zulauf nicht zu klagen.

Inzwischen ist zwar Anzeige erstattet worden, aber die Polizei behauptet, sie habe keine Erkenntnisse über strafrechtlich-relevantes Verhalten der Bande! („FR“, 16.1.79).

In die Reihe der Dreistigkeiten der Neonazis fügt sich auch ein Drohbrief an unseren presserechtlich verantwortlichen Genossen vom November 78 ein. Darin droht eine angebliche „Geheimorganisation Werwolf Stützpunkt Frankfurt“: Für jedes deiner Verbrechen haftest du mit deinem Leben und dem Leben deiner Familie. Der Tag der Rache naht!

deiner Verbrechen haftest du mit deinem Leben und dem Leben deiner Familie. Der Tag der Rache naht!

Tibor Schwarz immer noch frei

In der Nacht vom 29. zum 30.1. griff der „Hansa“-Nazi Tibor Schwarz eine Gruppe von Antifaschisten in Hamburg an. Schwarz, der zuvor die Gruppe in einem U-Bahn-Wagen provoziert hatte, schoß beim Aussteigen einem der Antifaschisten aus unmittelbarer Nähe mit einer Gaspistole ins Gesicht, eine sich in Sicherheit bringende Frau schoß er an. (Die Verletzten mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.) Die sofort alarmierte Polizei erschien noch in der gleichen Nacht in der Wohnung von Schwarz. Als nicht geöffnet wurde, trat ein Polizist die Tür ein. Schwarz wurde herausgebracht, wobei er schrie: „Ich habe nicht geschossen!“. Vor dem Haus wurde eine Waffe gefunden. - Schwarz ist inzwischen wieder auf freiem Fuß!

In Frankreich ist Faschismus teuer

Wegen Rassenhetze wurde in Straßburg Marcel Iffrig zu sechs Monaten Gefängnis (mit Bewährung) und zu ca. 50.000 (!) Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Elsa“ den Völkermord der Nazis an den Juden beschönigt. Wegen einer ähnlichen Geschichte war Iffrig schon im Sommer 78 zu ca. 45.000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Iffrig ist übrigens ein guter Bekannter des Frankfurter Nazis Schönborn. Der braucht hierzulande solche Urteile nicht zu befürchten!

Betr.: Nazi H.-M. Fiedler

In AK 142 (Seite 25) berichteten wir über Nazi-Umtriebe u.a. in Hannoversch-Münden: Acht neofaschistische Provokateure, die eine VVN-Veranstaltung störten (bis hin zur Schlägerei) wurden am 30.10.78 von der Polizei abgeführt, darunter die Jung-Nazis Gerald Wagner aus Hann.-Münden, Wolfgang Neffken und Christian Dörr aus Rinteln - sowie Hans-Michael Fiedler aus Göttingen.

Fiedler behauptete in einer „Gegendarstellung“ (siehe AK 144, S. 25)

1. Er habe die Provokation in Hann.-Münden nicht geleitet.
2. Er sei weder gegenwärtig NPD-„Ordner“, noch sei er es jemals gewesen.
3. Er sei nicht „Chef“ des Göttinger „Unabhängigen Schülerbundes“ (USB).

Zunächst mal ist nicht uninteressant, was Fiedler nicht bestreitet, nämlich:

- Daß er bei der Nazi-Aktion dabei war, sprich: beteiligt war.
- Daß er mit den genannten Jung-Nazis, die über NPD/JN bis hin zu Hoffmanns „Wehrsportgruppe“ in die Nazi-Szene verstrickt sind, gemeinsame Sache macht.

Nun zu den Punkten seiner „Gegendarstellung“.

Zu 1.: Fiedler bestreitet, genau gesehen, etwas, was im AK gar nicht gestanden hat. Dort hieß es lediglich: „Er leitete anscheinend die Provokation“. Sollte dieser Anspruch in Wahrheit getrogen haben, muß Fiedler sich das selbst zuschreiben: Immerhin war er, soweit bekannt, der „prominenteste“ Nazi-Aktivist der Provokationstruppe - mit mehr als 10-jähriger Erfahrung u.a. als NPD-Funktionär und ideologischer Nazi-Kader in allen möglichen braunen Gefilden (Aktivitäten in bzw. für „Mut“, „Deutscher Studentenanzeiger“, BHJ u.a.).

Aber nehmen wir an, Fiedler habe Recht: Er war nicht der Leiter der „Aktion“. Wer dann?

Zu 2.: Fiedlers NPD-Verbindung wurde schon erwähnt. Daß er, als Partei-Ideologe, nicht zu den „Ordnern“ gezählt werden will, verwundert denn doch. (Sollte Fiedler die Erinnerung an die Zeiten scheuen, da der NPD-„Ordnerdienst“ im Rahmen der „Aktion Widerstand“ Aufsehen erregte, was schließlich die Auflösung dieser „Ordner“-Riege notwendig werden ließ?). Aber warum spekulieren: Am 18.3.1974 führte die NPD, u.a. mit dem damaligen Parteichef v. Thadden, eine Veranstaltung in Göttingen durch. Fiedler betätigte sich dort als „Ordner“, gekennzeichnet durch eine entsprechende Armbinde.

Zu 3.: In der Tat ist bzw. war Fiedler nicht „Chef“ des USB im Sinne eines offiziell verantwortlichen Vorsitzenden o.ä. Als der USB 1974 neu belebt wurde, war Fiedler auch längst kein Schüler mehr. Interessant ist aber, wie es zur USB-Aktivität kam: Anfang der 70er Jahre wurde in Göttingen - wo Fiedler an der Uni studierte - eine „Unabhängige Schüler-Union“ (USU) gegründet, u.a. mit Schülern des Max-Planck-Gymnasiums im Alter von etwa 11, 12 Jahren. Diese USU logierte in den Räumlichkeiten des Göttinger „Östpolitischen Deutschen Studentenver-

bandes“ (ODS), dessen damaliger „Referent für Schülerfragen“ kein anderer als Fiedler war. Er bildete einen „Arbeitskreis Schülerfragen“ und tauchte beim USU als politischer Anführer auf. Ein ehemaliges USU-Mitglied: „Aus dieser Zeit ist mir Fiedler bekannt, der damals die USU in den Räumen der ODS beherbergte und später die USU mit Christian Heck und Konrad Pachnicke zum „Unabhängigen Schülerbund -USB“ umfunktionierte“ (Persönliche Erklärung, 19.4.77).

Der genannte Christian Heck gehörte fortan zu den eifrigsten Freunden, die Fiedler um sich scharte: Er zeichnete für den USB in Göttingen verantwortlich, ebenso übrigens für den ODS. Außerdem verstand Fiedler es, sich mit Heck auch in der Redaktion des „Deutschen Studentenanzeigers“ (bis zu dessen Aufgehen in „student“) zusammenzutun.

Die wahre Rolle Fiedlers beim Aufbau und der Organisation neofaschistischer Schüler- und Jugendkreise ist mithin mit der Nennung irgendeiner formalen Funktion im USB nicht richtig beschrieben. Da hat Fiedler durchaus Recht. Weit eher dürfte seine Rolle als eines ideologischen und organisatorischen Drahtziehers zu kennzeichnen sein, der es verstanden hat, im Laufe der Jahre eine stattliche Reihe von Zöglingen heranzubilden.



Das ist Fiedler

Daß Fiedler nach wie vor im Jugendbereich Rekrutierungsarbeit leistet, belegt - neben seinem unverändert erscheinenden Blatt „Miasma“ - nicht zuletzt sein gemeinsames Auftreten mit den Jungfaschisten in Hann.-Münden. Zumindest einige von ihnen waren für Fiedler keine Unbekannten: Schon in Nr. 3/78 der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ berichtete Fiedler über eine NPD-Veranstaltung, die am 11.2.78 in Göttingen stattfinden sollte, aber von Antifaschisten verhindert wurde. Zu den „jungen Kameraden“ und „jungen Idealisten“, die Fiedler ausdrücklich für ihren NPD-Aufmarsch lobte und ermunterte, und die zum Teil „zum ersten Mal im Einsatz standen“, gehörten auch Jürgen Dörr und Wolfgang Neffken, die jetzt mit Fiedler in Hann.-Münden waren!

Antifa-Kommissionen Göttingen und Hamburg

Innenminister Baum gegen Verbot der NPD

In seiner Antwort auf eine Anfrage der CDU zum Rechtsextremismus gab Innenminister Baum am 15.1.79 kräftige Sprüche von sich:

- Die NPD sei verfassungsfeindlich;
- Ihre Zielsetzung sei von einer der nationalsozialistischen Ideologie entlehnten Überbewertung der Volksgemeinschaft geprägt, die deutlich auch rassistische Züge trage;
- Das NS-Regime werde von der NPD verherrlicht;
- Die NPD und insbesondere ihre Jugendorganisation JN würden immer aggressiver;
- NPDler würden bei neonazistischen Ausschreitungen mitmachen.

Wenn diese Äußerungen ernst gemeint wären, müßte der konsequente Schritt ein Antrag auf Verbot der NPD sein.

Doch das will Baum durchaus nicht. Auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Conradi hin erläuterte Baum den kleinen, aber feinen Unterschied zwischen „verfassungsfeindlich“ und „verfassungswidrig“: „Verfassungswidrig“ sei eine Partei nur dann, wenn dies vom Bundesverfassungsgericht entschieden sei. Eben darauf will Baum es aber gar nicht erst ankommen lassen.

Man/frau erinnert sich vielleicht noch: 1968, als die NPD auf dem Höhepunkt ihrer parlamentarischen Erfolge angelangt war, war es ebenfalls ein frischgebackener Innenminister, Ernst Benda (CDU), der in genau demselben Tonfall wie Baum zur Beruhigung der Öffentlichkeit sogar einen Verbotsantrag gegen die NPD ankündigte. Er habe - so Benda - genug Material zusammen! („Spiegel“, 52/68).

Doch auch damals gab es keinen Verbotsantrag und auch die damals heftig für ein Verbot eintretende SPD unternahm ein Jahr später in der sozialliberalen Koalition keinen Schritt in diese Richtung, im Gegenteil:

In den 11 Jahren, die zwischen den markigen Worten von Benda und Baum liegen, wurde Schritt um Schritt die weitere Legalisierung der NPD vorangetrieben: Höhepunkt dieser Entwicklung war das Mannheimer Urteil vom Mai 78, das der NPD sogar ihre „Verfassungskonformität“ bescheinigte.

Die Herrschenden mögen sich offenbar von dieser Partei absolut nicht trennen. Warum nur, warum? ...

Antifa-Kommission Hamburg

„Hansa“-Chef Kühnen vor Gericht

Michael Kühnen, Chef der Hamburger „Hansa“-Bande, derzeit wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ in Haft, stand 1978 zweimal in Nürnberg vor Gericht.

Während er im ersten Prozeß, in dem er mit seinem „Stellvertreter“ Worch (derzeit skandalösweise immer noch frei, neuer Chef der „Hansa“-Bande) vor Gericht stand, noch mit Bewährung davon kam, muß er nach dem Urteil des zweiten Prozesses sechs Monate absitzen.

Im ersten Prozeß ging es um Nazi-Plakate, die zwischen dem 16. und 18. Oktober in verschiedenen Nürnberger Stadtteilen auftauchten.

Kühnen und Worch waren von der Polizei beim Plakatieren überrascht und festgenommen worden.

Beide gehörten auch zum Gefolge des inzwischen untergetauchten Nazi-Anwalts Roeder, als dieser am 16.10.77 aus Anlaß der 30. Wiederkehr des Hinrichtungstages der Hauptkriegsverbrecher vor dem Nürnberger Justizgebäude eine „Kranzniederlegung“ veranstaltete. Angereist waren die beiden in einem Bus der „Wiking-Jugend“.

Der Prozeß endete mit der Verurteilung beider zu je zehn Monaten mit Bewährung wegen Volksverhetzung. Als Bewährungsaufgabe wurden beide zu 80 Stunden Dienst in einem Heim für körperbehinderte Kinder verpflichtet („NN“, 12.8.78).

Im zweiten Prozeß ging es um das Zur-Schau-Stellen faschistischer Symbole durch Kühnen und zwei Begleiter

auf dem ehemaligen Nürnberger Reichsparteitagsgelände. Sie fielen einem Nürnberger Stadtrat, der zur gleichen Zeit jüdischen Gästen das Gelände zeigen wollte, auf. Dieser verständigte die Polizei, die die Personalien der mit schwarzen Jacken, schwarzen Hosen, Schäftstiefeln und hakenkreuzverzierten Gürteln uniformierten Nazis aufnahm.

Kühnen versuchte sich vor Gericht damit herauszureden, daß Freunde doch gern gleiche Kleidung tragen. Die Hakenkreuze hätten sie nicht absichtlich gezeigt. Außerdem müsse der Staat doch ihn und seinesgleichen politisch verkraften. Dieser Meinung wollte sich der Richter nicht anschließen: „Sie sind kein harmloser Typ. Sie sind ein gefährlicher Mann. Dumme können Hakenkreuze zeigen, das wissen Sie. Sie aber wollen in wenigen Tagen kaputtmachen, was in dreißigjähriger politischer Arbeit mühsam geschaffen wurde“. Der Richter betonte, daß sechs Monate Haft an der untersten Grenze lägen („NN“, 12.12.78).

Interessant ist, daß diese Begründung den „Wehrsport“-Hoffmann schon längst in den Knast hätte bringen müssen, der ja auch nicht dumm, dafür aber sehr gefährlich ist. Auffällig ist auch, daß derselbe Richter, der Kühnen nun verurteilte, noch vor einhalb Jahren den bereits erwähnten Rechtsanwalt Roeder freisprach, als dieser wegen einer bereits 1976 versuchten „Kranzniederlegung“ vor Gericht stand.

Wesentlicher Grund des Freispruchs: Der Richter war der Meinung, Roeder sei politisch nicht ernst zu nehmen („NN“, 19.5.77).

Es bleibt abzuwarten, ob die Nürnberger Justiz nur ein Exempel an Kühnen statuiert hat, oder ob sie in Zukunft gegen alle Neonazis härter durchgreift.

Für Nürnberger Antifaschisten heißt das, in erster Linie erneut mit allem Nachdruck zu fordern: Hoffmann endlich in den Knast!

Seit dem 1.2.79 steht M. Kühnen nun endlich in Hamburg vor Gericht. Anklage: Verbreitung von NS-Propaganda in der Zeit vom Juni 77 bis Juli 78. Mit ihm angeklagt ist der Schüler Friedhelm Pützmann. Vor begeisterten Zuschauern (etwa zehn Jungnazis und zehn bis fünfzehn ältere Nazis) hielt Kühnen am ersten Verhandlungstag flammende Reden.

Da gegen Kühnen ein weiteres Verfahren als Rädelführer einer terroristischen Vereinigung läuft, findet der Prozeß im Staatsschutzsaal 237 (mit Kontrolle und Fotokopieren der Ausweise) statt.

Nächste Termine: 7.2., 9.2., 12.2., jeweils um 9.00 Uhr.

KB Nürnberg und Antifa-Kommission

Gegen Verjährung von NS-Verbrechen

Naziverbrecher in den Knast!

Durch die Ausstrahlung der Serie „Holocaust“ ist erfreulicherweise eine breite Diskussion in der Bevölkerung um Verfolgung und Verjährung von NS-Verbrechen aufgebrochen. Daher sind die Chancen für eine generelle Aufhebung der Verjährung von Mord, über die voraussichtlich Mitte April im Bundestag diskutiert werden soll, gestiegen.

Im Folgenden wollen wir einen kurzen Überblick über die bisherigen Argumentationslinien und deren Vertreter geben.

Faschisten und Reaktion

Im Sommer 78 hatte die Debatte um die drohende Verjährung (Ende 1979) von Naziverbrechern in der BRD begonnen – von rechts: Strauß trat nach der Panne mit Filbinger die Flucht nach vorne an und forderte eine Generalamnestie für alle Naziverbrecher.

In der „Bild am Sonntag“ geiferte Strauß im Stil der „Nationalzeitung“: „Das Materialsammeln, Drecksuchen, brechen.“

In der „Bild am Sonntag“ geiferte Strauß im Stil der „Nationalzeitung“: „Das Materialsammeln, Drecksuchen, Anstießen, Hetzen, Rufmorden, Abschießen war eine beliebte Methode der Nazis, deren gelehrte Schüler heute die Roten sind ... Das ist die fortgesetzte neue Spaltung unseres Volkes, die mit der Suche nach geschichtlicher Wahrheit und menschlicher Läuterung nichts gemein hat“ („BamS“, 13.8.78). Der rechtsradikale „Freiheitliche Rat“ (Zusammenschluß von DVU, Wiking-Jugend, AKON, Deutscher Block – insgesamt von „Nationalzeitung“-Herausgeber Frey bestimmt) verabschiedete eine Entschließung: „Der Freiheitliche Rat fordert die Parteien des Bundestages auf ... weitere Manipulationen der Verjährungsfristen ... nicht vorzunehmen, sondern eine Generalamnestie zu erlassen“ („NZ“, 22.12.78). Inzwischen ist dieser Text von 500 hinlänglich bekannten Gestalten der Alt- und Neonazi-Szene unterzeichnet worden.

Wenn auch nicht insgesamt für eine Generalamnestie, so doch gegen die Aufhebung der Verjährungsfrist wendet sich die CSU-Bundestagsfraktion (bis auf einen Abgeordneten), die Mehrheit der CDU und der FDP – bis auf bisher 26 in der CDU und 4 in der FDP – sowie die bayerische Staatsregierung.

Der Wehner-Vorschlag

Ende Oktober schaltete sich SPD-Vorstandsmitglied Herbert Wehner in die Debatte ein, als er während einer Reise in Israel erklärte, sich für die generelle Aufhebung der Verjährung von Mord in der BRD einzusetzen.

Die Vorteile der generellen Aufhebung von Mord liegen für die Bourgeoisie darin, daß damit zum einen formal dem Protest vor allem aus dem Ausland entsprochen und damit dieser Protest aufgefangen wird (Mit ihrer Verjährungs- und Justizpraxis gegenüber Nazi-Verbrechern ist die BRD international weitgehend isoliert).

Zum anderen wird mit dem Wehner-Vorschlag erfolgreich verhindert, die NS-Verbrecher entsprechend den internationalen Abmachungen verfolgen zu müssen. Die Verjährungsdebatte wäre nämlich sehr schnell zu beenden, wenn von der BRD die seit Jahren vorliegende UNO-Konvention über die Nichtverjährbarkeit von NS-Verbrechen unterzeichnet würde. An der derzeitigen Praxis der Nichtverfolgung, Nichtbestrafung und Begünstigung von Nazis ändert der Wehner-Plan gar nichts, sondern lenkt eher von diesem Generalproblem ab. Zudem stößt der Wehner-Plan in die Propaganda und Diskussion um ein schärferes Strafrecht, das dann nur den einen „Schönheitsfehler“ hätte, daß davon auch ein paar Nazi-Verbrecher erfaßt werden könnten. Die Aufhebung der Verjährung für Mord generell bedeutet auch ideologische Vorfeldarbeit für ein schärferes Strafrecht insgesamt – sei es für die Wiedereinführung der Todesstrafe, sei es für die Sicherheitsverwahrung (d.h. lebenslange Haft ohne Begnadigung) für „Terroristen“ oder für die bundeseinheitliche Regelung der Begnadigungsmöglichkeit.

Kritik am Wehner-Vorschlag

Während die Strauß-Forderung nach Generalamnestie eine Flut des antifaschistischen Protests im In- und Ausland hervorrief, sind aus naheliegenden Gründen die bisher öffentlich bekannten Kritiken am sozialdemokratischen Vorschlag eher spärlich. So ist der Punkt der Strafrechtsverschärfung unseres Wissens bisher nur von Abendroth kritisiert worden. Zahlreicher sind hier die Stimmen, die sich gegen die Gleichsetzung von Mord und Völkermord wenden. Stellvertretend sei hier Prof. Abendroths Kritik zitiert: „Vor allem soll der besondere Charakter des staatlich organisierten Völkermordes gegenüber dem einfachen Mord aus dem öffentlichen Bewußtsein entfernt werden, in das er einst 1946 durch das Statut für das internationale Militärtribunal in Nürnberg auch des deutschen Volkes gelangt war“ („die tat“, 19.1.79). In ähnlicher Weise äußerten hierzu Kritik: SPD-Ortsverein Bremen-Borgfeld; SPD-Bundestagsabgeordneter Waltheim; die UdSSR (oberstes Gericht); die „Interessengemeinschaft deutscher Widerstandskämpfer in den vom Faschismus okkupierten Ländern“ (IEDW). Allerdings hat Waltheim seine Kritik mit einem eigenen Vorschlag verbunden, der den eigentlichen Absichten Wehners durchaus entgegenkommt: Keine Verjährung soll es geben für NS-Verbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, aber auch für Verbrechen, die von „terroristischen Vereinigungen“ begangen wurden.

Unsere Aufgaben

Es besteht die Gefahr, daß sich der Protest gegen die Verjährung von NS-Verbrechen durch den Wehner-Plan schwächen lassen wird. Damit besteht die Gefahr, daß mit Verabschiedung eines Gesetzes über die generelle Nichtverjährung von Mord die Protestbewegung wieder in sich zusammenfällt, bevor sie eine eigenständige bewußte Kraft entfaltet hat, die Druck auf die konkrete Praxis der Nichtverfolgung von Nazis ausüben könnte.

Unsere Aufgaben liegen deshalb in der Stärkung der Eigenständigkeit und Bewußtheit der Bewegung:

- Kampf gegen die Fortsetzung der Tradition des Faschismus;
- Aufdeckung der Organisationen der Altnazis und ihrer Verbindungen zum Staatsapparat;
- Naziverbrecher in den Knast, gegen eine Verschärfung des Strafrechts;
- Organisation antifaschistischer Aufklärung gegen die Beschönigung der NS-Verbrechen;
- Aufnahme einer Öffentlichkeitsarbeit über die NS-Prozesse, keine Begünstigung der Justiz für NS-Verbrecher;
- Kampf dem Antisemitismus heute; Entwicklung der Zusammenarbeit von Linken und antifaschistischen Juden in der BRD.

Antifa-Kommission Hamburg

Antifaschistische **RUSSELL-REIHE**

3 »NSDAP«-Propagandisten unter der Lupe

Unter den neofaschistischen Gruppierungen, die heute in der BRD nahezu ungehindert durch Behörden auftreten können, sind die rassistischen und nazistischen Aktionisten um Manfred Roeder, Thies Christophersen und Erwin Schönborn am provokativsten. Seit Jahren betreibt dieser Kreis offen antidemokratische Hetze für ein neues faschistisches „Reich“. Dabei sind sie keine isolierten Spinner, sondern stehen mit allen neofaschistischen Zirkeln (einschließlich NPD) in Kontakt.

Dargestellt werden die Umtriebe dieser Bande, ihre in- und ausländischen Beziehungen und Helfershelfer, ihre Tolerierung durch Staat, Justiz, Polizei.

Paperback, 210 Seiten, DM 13,50

Oberstaatsanwalt stellt Ermittlungsverfahren gegen Ziesel ein

Am 7.4.1978 und 1.8.1978 stellte der KB gegen Kurt Ziesel, Geschäftsführer der CSU-nahen „Deutschland-Stiftung e.V.“, Strafanzeige „wegen falscher Versicherung an Eides Statt und Prozeßbetrugs“. Das Verfahren wurde nun von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I (Oberstaatsanwalt Dr. Stocker) eingestellt.

Folgende Sachverhalte schienen auf eine strafbare Handlung K. Ziesels hinzudeuten:

1. Ziesel erklärte in einer eidesstattlichen Versicherung vom 13.3.78, er sei weder Schriftleiter der „Deutsch-Österreichischen Tageszeitung“ gewesen, noch sei dieses Blatt jemals „NSDAP-Leitorgan“ gewesen. Auch sei er nicht wegen eines drohenden Hochverratsverfahrens aus Österreich geflüchtet. Dagegen steht: In einem Brief an das Oberste Parteigericht der NSDAP in München vom 1.11.1936, in einem Schreiben an den „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Hess, vom 23.11.1934, sowie in einem selbstverfaßten Lebenslauf schrieb Ziesel genau das, was er heute bestreitet!
2. In einer eidesstattlichen Versicherung vom 23.12.1977 erklärte Ziesel, er Altnazi E. Kernmayr habe nicht gemeinsam mit ihm die rechtsradikale „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) gegründet.

Das „Mittelteilungsblatt“ der GfP vom Januar 1969 weist jedoch Erich Kernmayr als Gründungsmitglied aus. 3. In einer eidesstattlichen Erklärung vom 16.5.1978 heißt es: „Bei Prof. Schoeps handelt es sich um einen jüdischen Bürger, dessen Familie von den Nazis ausgerottet wurde. Ihm Rechtsradikalismus zu unterstellen, als beamteten Universitätsprofessor, ist eine besondere Niedertracht“.

Dieser Erklärung steht ein Urteil des Oberlandesgerichts München aus dem Prozeß Manfred Pahl-Rugenstein (Verlag)/Ziesel gegenüber. Danach hat Prof. Schoeps in der Zeit vor 1945 zumindest zeitweise einer faschistischen Organisation (Gründer von „Der deutsche Vortrupp, Gefolgschaft deutscher Juden“) angehört. Und das soll nicht rechtsradikal sein?

Der Oberstaatsanwalt urteilt

Beim ersten Punkt ging der Oberstaatsanwalt voll auf die Argumentation ein, die im vorangegangenen Prozeß Ziesel/ARBEITERKAMPF von Ziesel entwickelt wurde: Ihm könne nicht widerlegt werden, daß seine Äußerungen während der Nazi-Zeit nur „Schutzbehauptungen“ seien, „die den Zweck hatten, ihn bei den damaligen Machthabern in einem günstigen Licht erscheinen zu lassen“ (Bescheid der Staatsanwaltschaft). „Obwohl die Angaben des Beschuldigten zu seinem Werdegang Widersprüche aufweisen, ist ihm nicht nachzuweisen, daß er in der eidesstattlichen Versicherung vom 13.3.1978 unwahre Behauptungen aufgestellt hat“ (ebd.).

Auch zum zweiten Punkt argumentierte der Oberstaatsanwalt ganz im Sinne von Ziesel.

Ziesel will – ohne Kernmayr – die GfP Pfingsten 1960 in Neustadt gegründet haben, bei der tatsächlichen (juristisch gültigen) Gründung im Herbst 1960 in Frankfurt aber nicht dabei gewesen sein. Bei polizeilichen Ermittlungen zu dem beantragten Verfahren wurden Kernmayr und andere alte GfPler als Zeugen befragt. Alle stützten Ziesels Aussagen. Das genügte dem Oberstaatsanwalt.

Der unterschiedliche Gebrauch des Begriffs „Gründungsmitglied“ sei entstanden, „weil unter den an der Gründung beteiligten Personen keine klaren Vorstellungen über die rechtliche Qualifikation der Versammlungen und der Teilnehmer bezüglich des Gründungsaktes geherrscht haben“.

Auch im dritten Punkt wollte der Oberstaatsanwalt kein Hauptverfahren eröffnen. Ziesel habe über Schoeps nur eine „Meinungsäußerung“ abgegeben, nämlich, daß dieser keineswegs ein „Rechtsradikaler“ sei.

In diesem Zusammenhang machte der Oberstaatsanwalt noch einige interessante Bemerkungen zum Begriff „Rechtsradikalismus“. Interessant deshalb, weil das Oberlandesgericht

München dem ARBEITERKAMPF verboten hat zu behaupten, die „Deutschland-Stiftung e.V.“ habe Verbindungen zu rechtsradikalen Gruppierungen. Das Gericht hielt unsere Beweise nicht für ausreichend, weil wir keine Verbindung der „DS e.V.“ zu Gruppierungen nachweisen konnten, die im Verfassungsschutz-Bericht als „rechtsradikal“ bezeichnet werden.

Bei Ziesel werden da plötzlich ganz andere Maßstäbe angelegt:

„Der Begriff ‚Rechtsradikalismus‘ wird im politischen Meinungsstreit als – politisches – Werturteil verstanden. Mit diesem Begriff wird über eine politische Haltung oder über einen politischen Standort geurteilt; es wird eine Meinung zum Ausdruck gebracht. Der wertende Charakter steht eindeutig im Vordergrund. Ein gleichzeitig gegebener Tatsachengehalt tritt zurück; er hätte nur die Bedeutung, eine politische Meinung zu rechtfertigen“.

Was soll denn das nun wieder heißen?!

Widersprüchliche Entscheidungen

Die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Ziesel erstaunt uns.

Im Hamburger Prozeß Ziesel/ARBEITERKAMPF erlaubte uns das Oberlandesgericht, auch weiterhin zu schreiben:

1. Ziesel war 1931 – 1933 Schriftleiter des NSDAP-Leitorgans in Wien, der „Deutsch-Österreichischen Tageszeitung“.
2. Ziesel wurde beim „Völkischen Beobachter“ ausgebildet, nachdem er wegen eines drohenden Hochverratsverfahrens aus Österreich flüchtete.

Ziesel soll keinen Meineid geschworen haben. Wir jedoch dürfen genau das Gegenteil von dem behaupten, was er beidete hat.

Da liegt doch der Verdacht nahe, daß mit der Staatsanwaltschaft im CSU-regierten München etwas nicht stimmt?

Antifa-Kommission Hamburg

Ausschluß von drei Antifaschisten aus der VVN Nürnberg

Wie in AK 133 berichtet, sollen in Nürnberg drei Antifaschisten aus der VVN (DKP-nah) ausgeschlossen werden. Die Gründe gibt der VVN-Kreisvorstand an:

1. „Antisowjetismus“
2. Mitarbeit in der Antifaschistischen Aktionseinheit gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann, in der auch der KB mitarbeitete;
3. Nichtentretreten für „Entspannung und Abrüstung“.

Nachdem der Fall breit in der Nürnberger Antifa-Szene bekannt geworden ist und dadurch sehr kritisch über das Vorgehen der VVN diskutiert

wurde, liegen nun schon 7 Stellungnahmen von Organisationen gegen diesen Ausschluß vor: Jusos Nürnberg; Sozialistische Jugend Deutschlands/Die Falken Bezirk Mittelfranken; DFG/VK Nürnberg; CVJM Nürnberg-Gibitzenhof; Antifaschistische Aktionseinheit gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann; Bund Deutscher Pfadfinder/BDJ; Werkstatt Nürnberg im Werkkreis Literatur der Arbeitswelt.

Auf der Jahresmitgliederversammlung der Nürnberger VVN wurde der Ausschlußantrag des Vorstands mit großer Mehrheit bei wenigen Gegen-

stimmen und einigen Enthaltungen angenommen. Der Vorstand ging sogar so weit, den drei Betroffenen zu erst überhaupt kein Rederecht zu gewähren. Schließlich durften sie doch jeder kurz Stellung nehmen.

Als nächstes kommt der Ausschlußantrag vor die Landesmitgliederversammlung, aber die Hoffnungen sind insgesamt sehr gering, daß er zurückgenommen wird. Auf jeden Fall hat das Vorgehen der VVN hier in Nürnberg positive Diskussionen ausgelöst, wie man im Antifa-Kampf zusammenarbeitet.

KB/Nürnberg

Weltweiter Protest gegen Verjährung

Das Internationale Auschwitz-Komitee hat sich am 26.1.79, dem 34. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, gegen die Verjährung ausgesprochen ("de Volkskrant", 27.1.79).

Der Vorsitzende des Internationalen Auschwitz-Komitees, Dr. Maurice Goldstein, rief am 28.1., dem jährlichen Gedenktag der KZ-Opfer auf dem Amsterdamer Nieuwe Oosterbegraafplaats, zum Protest gegen die Verjährung auf: "Das Jahr 1979 weckt unsere ernsthafte Besorgnis, denn es könnte mit einer großangelegten Amnestie für Kriegsverbrecher in der Bundesrepublik enden. Dies dürfen wir nicht zulassen". - Nach Angaben Dr. Goldsteins haben rund anderthalb Millionen Deutsche Kriegsverbrechen begangen, nur zwölftausend von ihnen wurden für ihre Taten verurteilt. ("de Volkskrant", 29.1.79).

Anlässlich des 46. Jahrestages der "Machtergreifung" fanden vor zahlreichen diplomatischen Vertretungen der BRD in Europa und Amerika am 31.1. Kundgebungen gegen die Verjährung statt.

Vor der BRD-Botschaft in Wien demonstrierten rund 120 österreichische ehemalige Widerstandskämpfer und KZ-Häftlinge.

Dem BRD-Botschafter Grabert wurde ein Schreiben an Kanzler Schmidt übergeben, in dem eine Verjährung "dieser grausamen Verbrechen der Menschheitsgeschichte" als schwere Mißachtung der Opfer des Faschismus bezeichnet wird.

Ähnliche Petitionen wurden in den BRD-Vertretungen in Los Angeles, Chicago und New York übergeben. Vor der Bonner UNO-Mission in New York protestierten 200 Juden, die zum Teil als KZ-Häftlinge gekleidet waren. - Das Landesparlament von Kalifornien verabschiedete eine Resolution gegen die Verjährung. Weitere Resolutionen werden derzeit in den Landesparla-

menten der Bundesstaaten New York, Georgia, Colorado, Washington und Massachusetts vorbereitet. Auch im US-Kongress soll in Kürze eine entsprechende Resolution eingebracht werden. Das kürzlich in Los Angeles gegründete "Simon-Wiesenthal-Institut für Holocaust-Studien" plant eine "Holocaust-Woche" vom 24. bis 30. April. ("Die Welt", 1.2.).

Gegen die geplante Verjährung von Nazi-Verbrechen, hat sich auch die "Deutschi-Polnische Gesellschaft" Berlin ausgesprochen. Es gehe nicht nur darum, ob auch der letzte Täter noch gefaßt werde, sondern darum, daß sich "das ganze deutsche Volk für immer und unverjährbar von jedem menschenrechtswidrigen Geschehen distanziert" (nach "Abend", 18.1.79).

Bisher haben sich folgende Staaten, Organisationen und Personen gegen die Verjährung von NS-Verbrechen in der BRD und für die Anerkennung der UN-Konvention über die Nichtverjährbarkeit von NS-Verbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit seitens der BRD ausgesprochen:

- Polen, UdSSR
- die internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)
- die französische Föderation der Deportierten, Internierten, Widerstandskämpfer und Patrioten (FNDIRP)
- die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
- Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste
- Bundesvorstand der Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ)
- Bundesverband österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus / KZ Verband
- Juso-Vorsitzender Schröder
- Jungdemokraten
- KB
- Föderation der Zwangsrekrutierten in Luxemburg
- Internationales Rombergkomitee

- Internationales Auschwitz-Komitee
- Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen
- SPD-Ortsverein Bremen-Borfeld
- Robert Kempner, ehemaliger Hauptankläger der USA bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen
- Interessengemeinschaft ehemaliger deutscher Widerstandskämpfer in den vom Faschismus okkupierten Ländern (IEDWL)
- Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora
- der nationale Kongress des Verbandes der ehemaligen französischen Widerstandskämpfer (ANACR)
- Verband der Antinazikämpfer und Opfer des Nazismus (Israel)
- der tschechoslowakische Verband der antifaschistischen Kämpfer
- Internationales Buchenwald-Komitee
- Internationales Sachsenhausen-Komitee
- Dr. Heinz Düx, Vorsitzender Richter beim Oberlandesgericht Frankfurt/Main
- Folgende Stimmen haben sich bisher gegen eine Verjährung von NS-Verbrechen, nicht aber für die Anerkennung der UN-Resolution ausgesprochen:
- + Israel
- + das Jüdische Dokumentationszentrum in Wien mit Simon Wiesenthal
- + die jüdischen Gemeinden in der BRD
- + eine Gruppe britischer Abgeordneter
- + der Vorsitzende der niederländischen sozialdemokratischen Partei der Arbeit, Jan van den Heuvel
- + die Gewerkschaftsführer Loderer, Vetter
- + Abgeordnete aus SPD, FDP, CDU

Niederlande-Kommission und Antifa-Kommission Hamburg

6.300 neue Polizeistellen in Baden-Württemberg

"Baden-Württemberg weist bei der personellen Ausstattung der Polizei von allen Bundesländern seit 1973 die größte Zuwachsrates auf. Wir werden diesen Weg fortsetzen..." (Ministerpräsident Lothar Späth in seiner Regierungserklärung, 31.8.78).

Baden-Württemberg hat zwar z.Z. eine geringere Polizeidichte als andere Bundesländer, aber das soll sich ändern! Während jetzt 1 Polizist gegen 456 Einwohner steht, soll dieses Verhältnis bis 1985 auf 1: 334 gebracht werden.

Um das zu erreichen, verabschiedete die Landesregierung Anfang Dezember 78 den Sicherheitsplan II: Von 1981 bis 1987 sollen 2,5 Milliarden Mark für den Ausbau des Polizeipersonals ausgegeben werden. 6292 neue Stellen sollen bei der Polizei bis 1987 eingerichtet werden.

Neben dem Ansteigen der allgemeinen Kriminalität nennt Baden-Württembergs Innenminister Palm in seinem Bericht vom 11.1.79 folgende Gründe für den Ausbau der Polizei:

- die "politisch motivierte Gewaltkriminalität" und der Terrorismus;
- das verstärkte Auftreten "politischer Extremisten" und
- die Zunahme "militanter Erscheinungen" bei Großdemonstrationen.

Ausgebaut werden vor allem folgende Bereiche:

- **Kontaktbereichsbeamte:** Als eines der bedeutendsten Ziele gibt Innenminister Palm die Verbesserung des Kontakts zwischen Polizei und Bürger an. Deshalb sollte der Streifen dienst ausgedehnt werden. "Kontakt" wurden "probeweise" schon in Stuttgart, Ludwigsburg, Mannheim, Offenburg und Freiburg eingeführt. Zu ihren Aufgaben gehört: Sammlung umfassender Personen- und Ortskenntnisse in ihrem Bezirk;

Besuch von Versammlungen und Veranstaltungen; Kontaktpflege mit Geschäftsleuten, Gastwirten, Hausfrauen ...; Sammlung von "Erkenntnissen" über "Konflikt- und Randgruppen"; Hilfe bei "Ermittlungen" in Meldeangelegenheiten.

- **Jugendpolizei:** Für besonderen Be- spitzelung der Jugendlichen sollen sich "Jugendpolizisten" in Jugend- zentren und anderen von Jugendli- chen bevorzugten Plätzen herumtrei- ben. In Stuttgart, wo es das seit kur- zem (neben Reutlingen und Freiburg) gibt, beginnt sich in den Jugendzen- tren ein Widerstand dagegen zu orga- nisieren.

- Die Abteilungen gegen Rauschgift- und Wirtschaftskriminalität.

- Die Abteilungen Staatsschutz und Fahndung

- **Verfassungsschutz:** "Personal- boom beim Verfassungsschutz" ist die Überschrift eines Artikels in der "Badischen Zeitung". Um rund 50% soll der Verfassungsschutz in Baden- Württemberg vergrößert werden - von bisher 347 auf 515 Schnüffler.

- **Der Personen- und Objektschutz** soll ein selbständiger Dienstzweig werden.

- Die Stabschefschaften der Be- reitschaftspolizei sollen ausgebaut, weitere Einsatzhundertschaften sol- len gebildet werden.

- Die Sonderkommandos sollen ebenfalls ausgebaut werden.

- Neubauten: 920 Mio. Mark sind im Sicherheitsplan II für Baumaß- nahmen vorgesehen, durch die die Polizei stärker zentralisiert und ra- tionalisiert werden soll.

Die SPD begrüßte den Sicherheits- plan II. Mit ihm werde einer seit Jah- ren erhobenen Forderung der SPD entsprochen!

Ein Genosse aus Stuttgart

GSG 9 soll verstärkt Kaderfunktion im Ausland erfüllen

Die GSG 9 hat Nachwuchssorgen. Die nach dem Mogadishu-Abenteuer geplante Aufstockung der GSG 9 von ca. 180 auf 320 Beamte scheitert laut Aussagen aus dem Bundesinnenmi- nisterium daran, daß die Bewerber den extremen Qualifikationsansprüchen nicht genügen und auch die Zahl der Bewerber rückgängig sei (lt. "Welt", 28.1.79).

"Die bisherigen Versuche, in ge- nügender Anzahl geeigneten Nach- wuchs aus dem Grenzschutz selbst und dem Bereich der Länderpolizeien zu erhalten, haben nicht den ge- wünschten Erfolg gebracht" ("Tages- spiegel", 10.1.79). Dazu trage auch die "Unattraktivität dieses Berufs" bei: Die GSG 9ler klagen über schlechte Bezahlung (Durchschnitts- verdienst angeblich 1.200 Mark netto, keine Zulagen, nur teilweise Überstun- denvergütung), hohes Gesundheitsrisi- ko, zu geringe berufliche Aufstiegsmöglichkeiten.

Zur Behebung dieses "Notstands" plant das Bundesinnenministerium: "Die Laufbahnverordnung für BGS- Beamte soll geändert werden. In Zu- kunft sollen Zeitsoldaten, die ihren Dienst bei der Bundeswehr beendet haben, vom Bundesgrenzschutz nach einer verkürzten Ausbildungszeit übernommen werden. Dabei ist an Soldaten gedacht, die aufgrund ihrer Einzelkämpfer-Spezialausbildung ... für die GSG 9 besonders geeignet erscheinen" (FR, 9.1.79).

Die Rekrutierung des GSG 9- Nachwuchses aus ehemaligen Zeitsol- daten stellt im Grunde keine neue Qualität der Ausrichtung der GSG 9 dar, sondern unterstreicht noch ein- mal den militärischen Charakter die- ser Truppe. Die Rekrutierung von Zeitsoldaten geschieht unter dem Ge- sichtspunkt der Effizienz, denn sie sind schneller einsatzbereit als BGSler, die erst besonders ausgebildet werden müssen.

Die Frage ist: Warum soll die GSG 9 überhaupt aufstockt werden? Dazu Innenminister Baum am 8.9.78 anlässlich eines Besuchs von Bundeskanzler Schmidt und Staats- minister Wischnewski im GSG 9- Standort Hangelar: "Um die Einsatz- bereitschaft der GSG 9 zu erhalten und zu stärken, wird sie in einer ersten Stufe um etwa 70 Beamte auf ins-

gesamt 329 Mann verstärkt werden, um u.a. eine Ausbildungs- und eine Aufklärungseinheit aufstellen zu können". Die Ausbildungseinheit will er jetzt "in einige Länder entsenden" (nach "KVZ", 15.1.79). Die beiden ge- nannten Einheiten sind neu in der GSG 9, und da von einer "ersten Stufe" die Rede ist, sind anscheinend weitere Stufen geplant, was im Rahmen der Umstrukturierung des Bundesgrenz- schutzes bis zum Jahre 1983 zu sehen ist).

Die Aufstellung einer Ausbildungseinheit, die ins Ausland geschickt werden soll, um dort beim Aufbau GSG 9-ähnlicher Sonderkommandos behilflich zu sein, unterstreicht unsere These, daß die GSG 9 nicht in erster Linie für den Einsatz im Innern der BRD geplant ist - dafür sind die Sonderkommandos der Länder zu- ständig - sondern daß ihr Hauptauf- gabengebiet im Ausland liegt. Ansätze

einer internationalen Zusammenarbeit zwischen GSG 9 und ausländischen Sonderkommandos existieren schon seit einigen Jahren: GSG 9-Kom- mandant Wegener war 1976 in En- tebbe dabei; 1975 stand die GSG 9 in Stockholm einsatzbereit; die GSG 9 war bei der Stürmung des von Moluk- kern besetzten Zuges in Assen/Hol- land dabei; seit 1973 bildet die GSG 9 Schweizer Sonderkommandos aus und flug im Sommer 1978 in die Schweiz, um bei einer Flugzeug-Geiselnahme zu helfen.

Seit Mogadishu richteten 40 Staa- ten Anfragen an die GSG 9 nach Aus- bildern (s. auch AK 132).

Die "Personalsorgen" bei der GSG 9 beziehen sich also wohl insbesondere darauf, mehr polizeilich/militärische "Berater" im Ausland einsetzen zu können.

Antifa-Kommission Hamburg



Polizei-Kurzmeldungen

Baden-Württemberg: Verschärfung des Melderechts geplant

Unter dem Stichwort "Mehr Bürger- nähe" plant die baden-württembergi- sche Landesregierung jetzt eine "Vereinfachung" des Melderechts. In Zukunft soll der Meldebürger verpflichtet sein, der Meldebehörde innerhalb einer Woche nach dem Ein- oder Auszug schriftlich die Anschrift der Wohnung, den Namen des Mie- ters sowie die Zahl der ein- und ausgezogenen Personen und das Datum des Ein- oder Auszugs zu mel- den.

Bisher war der Vermieter verpflich- tet, den Meldeschein zu unterschrei- ben und die Einhaltung der Melde- pflicht durch den Mieter zu über- wachen - was aber in der Praxis of- tenbar nicht die erwünschte totale Überwachung brachte.

Den eigentlichen Zweck der "Ver- einfachung" des Melderechts benennt die Landesregierung: "Mit der Neuge- staltung der Meldepflicht des Ver- mieters soll ... sichergestellt werden, daß die Meldebehörde von jedem Ein- oder Auszug erfaßt, was gleich- zeitig auch einen Beitrag zur wirk- samen Verbrechensbekämpfung dar- stellt". (nach "BZ", 11.1.79)

KB Freiburg

Fahndungsfieber - Fahndungsterror

Vom 24. Januar an lief in Rheinland- Pfalz über mehrere Tage hinweg eine "Anti-Terror-Übung" unter dem Thema "Terroranschlag mit Entfüh- rung". An dieser Übung nahmen - angeblich erstmals seit 1968 - der Bund und alle Länder teil. Zweck des Manövers war nach Angaben des Innenministeriums in Mainz "die Er- probung der Zusammenarbeit der Si- cherheitsbehörden des Bundes und der Länder in Fällen terroristischer Gewaltkriminalität von bundesweiter Bedeutung" ("FAZ", 25.1.1979).

In den frühen Morgenstunden des 31. Januar stürmten Beamte eines Spe- zialkommandos der Düsseldorfer Po- lizei ein Appartement. Sie brachen die Appartementtür auf und über- fielen - mit ihren Maschinenpistolen im Anschlag - im Schlafzimmer ein erschrockenes Paar. Der mit seiner Verlobten aus dem Bett geholte Wohnungsinhaber hatte eine "gewis- se Ähnlichkeit" mit dem vermuteten Terroristen Klar. Erst nach einin- halb Stunden wurden die Beiden wieder entlassen. Immerhin, sie leben noch! ...

Todesstrafe wegen Automatenknacken?

Am 28.1. wurde in Hamburg der Grieche Athanasios Koutsoudopoulos beim Versuch, einen Automaten in einem Lokal zu knacken, von zwei Bullen erschossen.

Angeblieh habe er die Bullen mit einer Waffe bedroht und dabei "Hän- de hoch! Keine Bewegung!" gerufen.

Die Polizisten gaben daraufhin 17 Schuß auf den Mann ab. Der Grie- che wurde von sechs Schuß getroffen und starb wenig später im Kranken- haus.

Dazu die Polizei: "Nach den vor- liegenden Erkenntnissen war diese Handlung sowohl notwendig als auch rechtmäßig".

Herold klagt

Professor Wilhelm Steinmüller, Datenschutz-Experte in Regensburg, ist vor kurzem mit der durchaus glaubwürdigen Warnung an die Öf- fentlichkeit getreten, das "Sicher- heits"- und Überwachungssystem der BRD stelle ein Sicherheitsrisiko für die Demokratie in der BRD dar. Prompt reagierte BKA-Chef Herold: Er verklagte Steinmüller auf Wider- ruf.

Antifa-Kommission Hamburg

Militarismus Antimilitarismus



Gewissens-TÜV — Tummelplatz für Faschisten

„Kirst, Remarque, Plievier (antimilitaristischer Schriftsteller) sind Feiglinge und Vaterlandsverräter“, so „belehrt“ ein Vorsitzender bei einem Gewissens-Prüfungsverfahren im Dezember 78 in Hamburg einen Kriegsdienstverweigerer (KDVer), der seine Kriegsdienstverweigerung (KDV) mit Zitaten antimilitaristischer Schriftsteller belegt hatte. Die drei Beisitzenden stimmten der „Einschätzung“ des Vorsitzenden zu!

Als der KDVer gegen das immer wieder gebrachte Feindbild „die Russen“ opponierte, wurde ihm vom Vorsitzenden beschieden, „das seien barbarische Horden, man wüßte ja, was im zweiten Weltkrieg passiert sei.“ (!)

Einem anderen KDVer wurde im November 78 in Hamburg vom Vorsitzenden beschieden, daß die KDV ein Sonderrecht sei, das der Antragsteller nicht für sich beanspruchen könne, sonst stelle er sich „außerhalb der Volksgemeinschaft.“ (!)

Einem KDVer, der in seiner Begründung ein Zitat von Carlo Schmidt aufgeführt hatte, wurde vom Vorsitzenden gesagt, Carlo Schmidt sei nie an der Front gewesen, sondern hätte in irgendeiner Versorgungsstelle gesessen, der wisse gar nicht, was Krieg sei (!) (Dezember 78 in Hamburg).

In Arnsberg (NRW) wies der Vorsitzende den Antragsteller darauf hin, „daß er die Bundesrepublik ja verlassen könne, wenn er nicht bereit sei, sie zu verteidigen.“ (nach Vorwärts 45/78)

Das Gewissens-Prüfungsverfahren bietet den Militaristen ein ideales Betätigungsfeld, ihre Jauche abzulassen und in besten Nazi-Kriegspropaganda-Stil zu schwadronieren, da der Gewissens-TÜV nicht öffentlich ist und der KDVer natürlich eingeschüchtert und abhängig von den Leuten ist, die ihm ein Gewissen bescheinigen sollen.

Der Vorsitzende des Verfahrens wird vom Kriegsminister bestimmt.

Der Vorsitzende des Verfahrens wird vom Kriegsminister bestimmt. Einer der drei Beisitzer wird von der Landesregierung benannt, die beiden anderen Beisitzer sind ehrenamtlich (§ 26 des Wehrpflichtgesetzes).

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Wehrdienstnovelle vom 14.4.78 forderte nicht nur den „lästigen Zivildienst“, um „unechte von echten“ Kriegsdienstverweigerern zu trennen, sondern gab den Prüfern freie Fahrt, indem nur noch solche Jugendliche als KDV anerkannt werden sollten, die aus Gewissensgründen nicht in der Lage seien, unter welchen Bedingungen und mit welchen Folgen auch immer einen anderen Menschen

zu töten oder auch nur in die Lage zu kommen, dies tun zu müssen.

Nach dem BVG-Urteil legten die Militaristen auch gleich einen Zahn zu: Da wurden wie in Unna Verhandlungstermine im Halbstundenrhythmus angesetzt (Spiegel 35/78). Zwei Fragen nach dem Motto: „Drei Russen springen aus dem Busch und wollen ihre Freundin vergewaltigen, was machen Sie?“ und dann „Der Nächste bitte!“ In Münster wurde KDVer nach dem Gewissens-TÜV nicht mehr gesagt, ob sie anerkannt sind (Spiegel 35/78).

In Schleswig-Holstein wurde zwei KDVer ihre Anerkennung wieder aberkannt. KDVer, die beim Gewissens-TÜV durchrasselten, wurde im Ablehnungsbescheid beschieden: „Der Antragsteller hat dem Prüfungsausschuß auch nicht darlegen können, wie er sich verhalten würde, wenn ein gegnerisches Bombenflugzeug eine Stadt bedrohen würde und der Antragsteller der Schilderung einer derartigen Konfliktsituation mit dem Hinweis begegnet, er könne sich dies nicht vorstellen, so macht dies deutlich, daß das Gewissen ihn nicht in die eine oder andere Richtung drängt.“ (Juli 78 in Hamburg).

„Für den Fall einer Besetzung der BRD und der Ersetzung dieser Rechtsordnung durch eine Unrechtsordnung wollte der Antragsteller versuchen, zur Zurückgewinnung der jetzt geltenden von ihm bejahten Rechtsordnung auf die Besatzungsmacht durch Gespräche einzuwirken. Dieser Vortrag erschien dem Prüfungsausschuß im Hinblick auf den angestrebten Erfolg als realitätsfern. Diskussionen mit Angehörigen der Besatzungsmacht, die dieses Land überfallen, besetzt und seiner Rechte beraubt hat, nicht ausgegangen werden kann“ (aus einem Ablehnungsbescheid vom September 78 aus Hamburg).

„Auch hinsichtlich des Auftrages der Bundeswehr geht der Antragsteller aus.“

„Auch hinsichtlich des Auftrages der Bundeswehr geht der Antragsteller von falschen Prämissen aus. In der Bundeswehr lernt man nicht, wie der Antragsteller vorträgt, das perfektionierte und organisierte Töten. Ebenso wenig wird man durch den Ausbildungsdrill zu einer ‚Tötungsmaschine‘. Eine derartige Argumentation ist nicht nur unangemessen, sondern darüber hinaus — und dies ist entscheidend — in der Sache falsch“ (Juli 78 in Hamburg).

Weitere Planungen der Militaristen

Doch die Militaristen wollen beim Gewissens-TÜV noch weiter gehen. So

schreibt ein gewisser Beutel im Militaristenblatt Europäische Wehrkunde (7/78) im Artikel „Keine Wahlmöglichkeiten zwischen Wehr- und Ersatzdienst — Notwendige Folgerungen aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts“:

„Zur Zusammensetzung der Prüfungsausschüsse bleibt dreierlei zu überlegen.“

Der Vorsitzende hat bei ständig wechselnden Beisitzern mit Sicherheit den größten Sachverstand, er hat die Beisitzer anhand ergangener Verwaltungs- und Bundesverwaltungsgerichtsurteile zu beraten; er sollte auch bei der Entscheidung verantwortlich mitwirken, wie dies bei jedem anderen richterlichen Gremium selbstverständlich ist.

Die Anzahl der Beisitzer könnte hierdurch auf 2 herabgesetzt werden; damit wäre bei unterschiedlicher Auffassung eine Stimmengleichheit ausgeschlossen.

Die derzeitige Weisung, daß ein Soldat nicht zum Beisitzer bestellt werden darf, ist sicher richtig; es bleibt unverständlich, aus welchem Grunde anerkannte Kriegsdienstverweigerer als solche fungieren dürfen.“

Diese Vorschläge zielen darauf ab, die Stellung des Vorsitzenden, der bisher ja schon die Verhandlung „geschmissen“ hat, aber bei der Entscheidung keine Stimme hatte, noch zu stärken. Der Einfluß der Beisitzer, unter die ja auch mal im Sinne der Militaristen „indifferente“ (wie z.B. anerkannte KDVer) geraten können, soll gedrosselt werden. Doch der Beutel geht noch weiter, er hat sogar einen Vorschlag, der „Vereinfachung und Verbesserung des Verfahrens“ bietet:

„Wenn man nach Möglichkeiten der Vereinfachung und der Verbesserung des Verfahrens sucht, so bietet sich m.E. an, den Erstanträgen nicht gleich mit einer Verhandlung vor dem Prüfungsausschuß zu begegnen.“

„Auch gleich mit einer Verhandlung vor dem Prüfungsausschuß zu begegnen. Wenn ein Antragsteller, wie es das Gesetz ja vorsieht, den Antrag auf Wehrdienstverweigerung rechtzeitig und begründet einreicht, sollte ihm bereits bei der Musterung Gelegenheit gegeben werden, zu diesem seinen Antrag Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende des Musterungsausschusses könnte entweder aufgrund des Antrages schon vor der Verhandlung oder im Anschluß an die Musterung entsprechend den vom BVerfG gesetzten Maßstäben „konkrete Feststellungen über Lebensführung und bisheriges Verhalten“ z.B. bei Ortsbehörden, Schulen, Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsstellen, Eltern oder Pfarrer (der Verfassungsschutz wurde sicher nur zufällig vergessen, Anm.) einholen oder diese anhören. Je nach dem Gehalt dieser Auskünfte könnte dem Wehrpflichtigen als Ergebnis der Musterung ein begründeter zustimmender oder ablehnender Bescheid erteilt werden. ... Bei einem Widerspruch des Betroffenen gegen die Ablehnung könnte anstelle der 1. und 2. Instanz [...] eine einzige Instanz der Bundeswehrverwaltung treten, der bei erneuter Ablehnung die Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht folgt.“

Die KDV soll direkt der Bundeswehr, dem Vorsitzenden des Musterungsausschusses, zugeschlagen werden. Außerdem soll die Ausschnüfflung des KDVer systematisch betrieben werden. Bisher ist die Ausschnüfflung nur vereinzelt zutage getreten.

Da werden (in Frankfurt, Anm.) die Eltern von KDVer auf hektographierten Schreiben ersucht, näheres über die Gesinnung des Sohnes mitzuteilen, etwa über „das sittliche Verhalten und die Beweggründe für seinen Beschluß, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern“ (Spiegel 35/78). Schluß mit dem Gewissens-TÜV!

AG Zivildienst

Militär und Rotes Kreuz — „Hilfst du mir, so helf' ich dir“!

Auch in diesem Jahr hatte das „Rote Kreuz“ in Münster wieder eine vortreffliche Idee, um an Geld heranzukommen: eine englische Militärkapelle spielte zugunsten des „Roten Kreuzes“. Für die „Selbstorganisation der Zivildienstleistenden“ (SÖdZDL) in Münster war dies der Anlaß, mit einem Flugblatt und einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit zu treten. „In diesen Tagen vor einem Jahr haben die Zivildienstleistenden beim Roten Kreuz Werbung für diese Militärkapelle machen müssen (Handzettel aufhängen, Plakate kleben). Nur mit einer Dienstankündigung konnten damals die ZDLs gezwungen werden, gegen ihr Gewissen zu handeln und mit Militär zusammenzuarbeiten“ (dieses und alle weiteren Zitate aus dem Flugblatt und der Presseerklärung der SÖdZDL, die bei uns eingingen).

Auch wenn sich das Rote Kreuz in diesem Jahr es sich nicht mehr traute, die Kriegsdienstverweigerer zwangszu verpflichten, protestierten die ZDLer

gegen diese „vertrauensvolle Zusammenarbeit“: „Es ist schon ein starkes Stück, wenn das Rote Kreuz, das [laut Selbstdarstellung] 'bestrebt ist, Leben und Gesundheit zu schützen' und 'einen dauerhaften Frieden unter allen Völkern zu fördern' beansprucht, sich durch Militärveranstaltungen finanzieren läßt und damit militaristische Propaganda unterstützt. Hat Militärkapelle nicht schon immer dazu beigetragen, das Militär zu verherrlichen und den eigentlichen Zweck des Militärs zu verschleiern? Ein Dudelsackpfeifer vorneweg ist mehr Wert als 100 Mann?“

„Soll die Musik vergessen machen, daß das englische Militär Rüstungsgüter in Spannungsgebiete verkauft (1978 laut Stern/48 bereits Güter im Werte von 4 Milliarden) und auch derzeit in kriegerische Konflikte eingreift? [Nordirland, Oman]??“

(nach Informationen der SÖdZDL Münster)

Harburg, Ausstellung gegen den Krieg

Vom 15. — 30. Januar zeigte die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SÖdZDL) in Harburg die Ausstellung „Nie wieder Krieg“. Das Material war von der Hamburger SÖdZDL für eine Ausstellung in der „Markthalle“ zusammengestellt worden: Bilder und Texte aus dem 1. und 2. Weltkrieg, dem spanischen Bürgerkrieg, dem Vietnam- und Nahostkrieg, sowie ein Anhang zur Bundeswehrpropaganda und zu „Kinder, Krieg und Spielzeug“ von der SO/Braunschweig.

Die Harburger SO konnte die örtliche Bücherhalle gewinnen, die Ausstellungsräume zur Verfügung zu stellen. Für die Öffentlichkeitsarbeit und Mobilisierung erhielt die SO über 400 DM von der Bücherhalle, der Kirche und der VAN/Harburg. So konnte ein Plakat gedruckt werden, was in vielen Schulen und Geschäften ausgehängt wurde. Außerdem erschienen in den drei örtli-

chen im Zivildienst und dem Plan, Frauen der allgemeinen Dienstpflicht zu unterwerfen, heißt es: „Wir sind gegen die Gleichberechtigung der Unterdrückung!“

In den 12 Tagen kamen dann über 1500 Besucher, darunter ca. 20 Schulklassen und Konfirmandengruppen. Das ist ein guter Erfolg, der durch die breite Öffentlichkeit zustande kam. Darüberhinaus wurden über 50 Diskos, Plakate und Bücher an die Besucher verkauft.

Leider gelang es bisher nicht, Ausstellungsbesucher für eine weitere Mitarbeit zu gewinnen, obwohl die Reaktionen größtenteils positiv waren: „Sowas hab ich noch nie gesehen!“ und „Das müßte man öfter zeigen“ waren Kommentare von Besuchern. Zu einigen Lehrern konnte die SO Kontakt aufnehmen, um evtl. einmal gegen Jugendoffiziere oder auch so an der Schule zu diskutieren. Von der Kirche wurde die Gruppe zur Vorbereitung einer Diskussion



chen Zeitungen teilweise recht ausführliche Ankündigungen und Fotos der Ausstellung.

Ziel der Ausstellung ist es, „mit Texten und Bildern zu schockieren und deutlich zu machen, wie unterschiedlich die Betroffenheit durch den Krieg bei der Zivilbevölkerung und den einfachen Soldaten auf der einen Seite, und den Kapitalisten und Generälen auf der anderen Seite ist“ (Disko, Zeitung der SÖdZDL Nr. 29). Darüberhinaus stellte die Harburger SO mit einem Flugblatt, was in der Bücherhalle verteilt wurde, ihre Ablehnung der Bundeswehr und jedes anderen Zwangsdienstes dar: „Wir lehnen also die Bundeswehr in ihrer Existenz ab, wegen ihrer offensiven Einsatzmöglichkeiten nach innen und außen. ... Die SÖdZDL Harburg ist gegen jeden Zwangsdienst und lehnt deshalb sowohl den Zivildienst als auch die Bundeswehr ab“. Zu den Verschär-

über Faschismus und Krieg am evangelischen Jugendtag eingeladen. Außerdem sind Diskussionsabende mit Konfirmandengruppen geplant. Das ist auch ein langfristiger Erfolg der Fotoausstellung.

Leider wurde, wie schon in den Hamburger „Markt hallen“ deutlich, daß das Bewußtsein der Linken am Ort (KB u.a.) über die politische Notwendigkeit und Möglichkeit einer Antikriegspropaganda in Zeiten einer verstärkten Aufrüstung und Kriegsfahrt noch recht unterentwickelt ist, sonst wäre sicher von diesem Teil wesentlich breiter besucht und mobilisiert worden.

Ein Genosse aus Harburg

P.S.: Die Ausstellung kann bestellt werden bei: A. Sielaff, Geesmoor 29, 2 HH 61. Demnächst wird ein Katalog über die Ausstellung erscheinen!



— Was??? Sie würden die Russenschweine nicht töten...?!

Politische Unterdrückung in der Bundeswehr

Das muß eine verheerende Wirkung haben

Die Militaristen halten ihren Laden sauber. Nicht etwa von Faschisten, wie Wohlmeinende nach Lektüre der sich häufenden Pressemeldungen über faschistische „Entgleisungen“ in der Bundeswehr (BW) vielleicht glauben könnten, sondern von Antifaschisten, Demokraten oder Kommunisten. Teilweise werden sogar Antifaschisten eingesperrt oder sogar entlassen, weil sie faschistische Umtriebe in der Bw enthüllt und ins Licht der Öffentlichkeit gebracht haben. Es geht also im folgenden nicht „nur“ um die politische Unterdrückung von Meinungen und Aktivitäten, die links von der NPD/CDU/CSU einzuordnen sind, sondern auch gleichzeitig um eine ungeheuerliche Begünstigung offen faschistischer Umtriebe in der Bundeswehr.

Ein zweiter Punkt ist bei dieser Frage zu berücksichtigen: es handelt sich bei den hier geschilderten Fällen um „Einzelfälle“, die uns mehr oder weniger zufällig auf den Tisch gekommen sind. Tatsächlich spielt sich also viel mehr ab.

Der Fall Conrad

Die Bestrafung des Soldaten Conrad wegen der Teilnahme an einer antifaschistischen Gedenkfeier des DGB auf dem Appellplatz des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau anlässlich des 40. Jahrestages der „Reichskristallnacht“ im letzten Jahr löste massive öffentliche Proteste aus.

Der Kommandeur des Fliegerhorstes in Kaufbeuren, Oberstleutnant Geier verhängte mit Zustimmung der 4. Kammer des Truppendienstgerichts – Süd in Karlsruhe eine dreitägige Arreststrafe gegen Conrad, mit der lapidaren Begründung, dieser habe „bei einer Veranstaltung der bayrischen DGB-Jugend in Uniform einen Kranz niedergelegt“. Diese „pingelige Entscheidung“, wie sie der „Spiegel“ (18.12.78) verharmlosend kennzeichnete, stützte sich auf das im Soldatengesetz im § 15 verankerte Verbot, auf politischen Veranstaltungen Uniform zu tragen. Soweit ein für unser System normaler Vorgang, wie wir noch sehen werden. Was danach folgte, war eine Ausnahme. Israelische Kul-

tusgemeinden protestierten bei Hans Apel und sprechen von der „Empörung der Juden“ über die Bestrafung Conrads. Der Vorsitzende der Jungen Union, Max Heilmeyer (CSU), selbst auf der bewußten Gedenkfeier in Dachau dabei, hielt die Bestrafung für „völlig absurd“, die Veranstaltung selbst für „völlig unpolitisch“. Auch das europäische Ausland erfuhr von dem Fall und gab dies im europäischen Parlament offenbar deutlich zu verstehen. Mit der Folge, daß sich die bundesdeutsche sozialliberale Koalition dieses Parlaments genötigt sah, ihrem Fraktionschef Wehner in Bonn über ihre „tiefe Verärgerung“ Mitteilung zu machen. Sechs Bundestagsabgeordnete, an der Spitze Schöfberger (SPD) protestierten ebenfalls.

Die Argumentation dieser Abgeordneten spricht Bände: „Ein derart skandalöses Urteil schadet dem Ansehen der Bundeswehr in höchstem Maße und muß unter den Wehrpflichtigen wie unter kritischen Bürgern eine verheerende Wirkung haben“ (Angaben über die Proteste aus Spiegel 18.12.78). Klar, zumal wenn solche Urteile breiter bekannt werden und europäischen Nachbarn zu Ohren kommen, wie hier geschehen.

Daß Conrads Fall derartige Proteste, wenn auch zum großen Teil taktischer Natur zur Beruhigung des In- und Auslands, überhaupt hervorrief, ist lediglich dem besonderen Umstand zu verdanken, daß die Sozialdemokraten selbst es waren, die die Gedenkfeier in Dachau mitorganisierten und eine Reihe weiterer ähnlicher Veranstaltungen zur „Reichskristallnacht“ mit trugen. Es macht sich halt im In- und Ausland eher schlecht, wenn man er den Antifaschisten rauskehrt, und wie es hier konkret der Fall war, einen Eppler im ehemaligen KZ-Dachau dicke Reden schwingen läßt, um dann anschließend durch den letztlich verantwortlichen SPD-Kriegsminister Apel den Soldaten Conrad für die Teilnahme an der Gedenkfeier für drei Tage in Gefängnis stecken zu lassen.

Das alles „überzeugte“ dann auch

das Truppendienstgericht-Süd. Es hob die Arreststrafe wieder auf, mit der Begründung, es sei eine politische Veranstaltung „im Bereich der Grauzone“ (!) gewesen. Zugleich wurde Conrad ein Verweis erteilt, weil er beim Besuch der Gedenkfeier auf seiner Uniform eine Plakette trug („Melde gehorsamst ‚nein‘ zur Neutronenbombe“). Damit war der Fall Conrad jedoch nicht abgeschlossen. Die Herrschenden rollten den Fall mit einer neuen Argumentation auf: aus dem Antifaschisten Conrad wurde flugs der Kommunist Conrad. Und bei Kommunisten, die „solche überpolitischen Veranstaltungen mißbrauchen“, um nur zum Schein die Toten zu ehren“ ist



Soldat Conrad (l.) bei Kranzniederlegung in Dachau: Drei Tage Arrest „wegen“ Tragens einer Uniform auf dieser Veranstaltung

„Rücksicht“ überflüssig (Spiegel, 18.12.78). „Die Frage ist, ob Conrad und seine mitdemonstrierenden Kameraden nicht die Gedenkfeier und die Bundeswehr (deshalb in Uniform) für eine Demonstration zugunsten des ADS (Arbeitskreis demokratischer Soldaten – d. Verf.) nutzen oder mißbrauchen wollten. Der ADS ist keineswegs ein so harmloser Verein, wie der Name suggeriert. Er bildet das Vehikel für die Agitation von K-Gruppen in der Bundeswehr“ (SZ, 25.11.78).

So und ähnlich in fast allen anderen Sprachrohren der BRD-Militaristen wurde der zweite „Vorstoß der Bundeswehr“ (SZ, 25.11.78).

So und ähnlich in fast allen anderen Sprachrohren der BRD-Militaristen wurde der zweite Vorstoß gegen den Antifaschisten Conrad vorbereitet und eingestimmt. Am 23.11. meldete die „SZ“, daß wegen „dreier anderer Vorfälle nun ein Arrest von 14 Tagen (gegen Conrad – d. Verf.) verhängt worden“ sei. Er soll Plakate gegen die Neutronenbombe in der Kaserne aufgehängt haben; soll an einer Demonstration teilgenommen haben, auf der seine Straffreiheit gefordert wurde und hätte zum dritten sich bundeswehrinterne Akten (die Gesundheitsakte eines Vorgesetzten) verschafft (laut „tat“ vom 5.1.79 sind diese Vorwürfe „nur zum Teil berechtigt“).

Nun jedoch blieben die Proteste aus. Genauso wie vorher, denn die Bestrafung Conrads im Zusammenhang mit dem KZ-Besuch in Dachau war nicht der erste Versuch, diesen Soldaten einzuschüchtern. Schon vorher liefen Ermittlungs- und Disziplinarverfahren gegen ihn, weil er angeblich am 1. Mai in Uniform an der DGB-Demonstration teilnahm, sich am 1. September anlässlich des Antikriegstages uniformiert einem Fackelzug des DGB anschloß und Unterschriften unter Soldaten für 100 DM mehr Wehrrsold sammelte. Im Verlaufe der Verhöre wurde er vom MAD gefragt: „Haben Sie etwa Ihre Kameraden dazu angestiftet, Beschwerden über den Verkauf der ‚Nationalzeitung‘ in der hiesigen Mannschafskantine zu schreiben und eine Wehrbeauftragteneingabe zu machen?“ (nach „die tat“ vom 3.11.78)! Proteste gegen derartige Umtriebe der Bundeswehrführung? Fehlanzeige, denn Conrad ist ja inzwischen kein „Demokrat“ mehr – sondern „Kommunist“.

Vor der ‚FDGO‘ sind alle gleich. Oder etwa nicht?

Richtig, manche sind ‚gleicher‘. Auch beim folgenden Fall geht es, wie beim Fall Conrad, um die Meinungsfreiheit. Ein Soldat hatte in seiner Kaserne unter Kameraden Unterschriften für eine Solidaritätsadresse an die sich im Kampf gegen ein AKW befindlichen Bauern in Wyhl gesam-

melt. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe befand 1977 in seinem Urteil, daß für dieses ‚Verbrechen‘ 14 Tage Knast angemessen seien.

Gleicher behandelt wurde dagegen ein Stabsunteroffizier der Bundeswehr, der auf einer Veranstaltung der ‚Jungen Union‘ den Rücktritt des SPD-Verteidigungsministers gefordert hatte, und dafür zunächst einen „strengen Verweis“ erhielt. Der „Verweis“ wurde Ende 1978 vom Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts aufgehoben. Begründung: „Die Disziplin in der Bundeswehr wird durch eine politisch begründete Rücktrittsforderung nicht gefährdet“ (nach „SZ“, 20.10.78). Wenn solche Forderungen von rechts kommen, alle-

Das Uniformverbot

Mit dem Paragraphen des Soldatengesetzes, der das Tragen von Uniformen auf politischen Veranstaltungen verbietet, haben sich die Herrschenden ein beliebiges „Antimilitaristen“-Instrument geschaffen: Meiden sollen danach „alle“ uniformierten Soldaten „Versammlungen und Demonstrationen von politischen Parteien, aber auch von Gruppen, die Einfluß auf den Staat oder die Parteien anstreben, wenn die Zusammenkunft der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten dient, oder wenn es sich um eine gemeinsame Kundgebung in solchen Angelegenheiten handelt“ (so die konkrete Auslegung laut „Spiegel“, 18.12.). Daß mit solchen Gummivorschriften nach Belieben hantiert werden kann ist klar. Interessant ist nun, daß bisher diese „Bestimmungen“ im Zusammenhang mit der Teilnahme Uniformierter an DGB-Veranstaltungen durchaus unterschiedlich eng ausgelegt wurden. Das Verhältnis zwischen „Gewerkschaften und Militär“ ist ja bekanntlich ein sehr „loyales“ in unserer Demokratie. Zumindest seitens der „Gewerkschaften“ gegenüber dem Militär. Um nun diese „Rechtsunsicherheit“ in der Frage „Uniform und DGB“ zu beseitigen, will das sozialdemokratisch geführte BMVg (wer ahnt was?) eine Neuregelung des Uniformverbots prüfen. Unter „Neuregelung“, das versteht sich eigentlich, kann hier nur eine „im Sinne Berkhans“ gemeint sein, der schon 1976 in seinem Wehrbeauftragtenbericht das generelle Uniformverbot für DGB-Veranstaltungen gefordert hatte (siehe auch „Spiegel“, 18.12.78). Dies wird sicherlich keine Anwendung auf Zusammenkünfte von hohen Offizieren in Uniform mit Vertretern oder Mitgliedern der Kapitalistenverbände, wie z.B. im Falle des Brigadegenerals Scheuermann, irgendeine Anwendung finden (siehe „die tat“ 46/78). Was heute Gewerkschaften, die 15 Monate in eine Uniform gezwungen werden, noch als Möglichkeit bleibt, um legal auch als Soldaten uniformiert sichtbar an Gewerkschaftsveranstaltungen teilnehmen zu können, ist eine offizielle Delegation durch das BMVg. Daß auf diese „Idee“ noch keiner gekommen ist (unseres Wissens jedenfalls), spricht für sich.

ne offizielle Delegation durch das BMVg. Daß auf diese „Idee“ noch keiner gekommen ist (unseres Wissens jedenfalls), spricht für sich.

Reservisten – Vorsicht!

Daß die Militaristen noch andere Mittel anwenden, um die „Disziplin“ in ihrer Truppe zu wahren, mußte Kanonier Kubitz, Mitglied der SPD und ehemals Leutnant der Reserve, vor wenigen Wochen erkennen. Kubitz hatte 1975, acht Monate nach seiner Beförderung zum Reserveoffizier und gleichzeitigen Entlassung aus der Bundeswehr vor seiner ehemaligen Kaserne ein Flugblatt des ADS verteilt. Etwa ein Jahr später leitete der zuständige Wehrdisziplinaranwalt ein Verfahren deswegen ein, welches wiederum lange Zeit später, im Februar 1977 vor der 8. Kammer des Truppendienstgerichts-Mitte in Düsseldorf eingestellt wurde. Dagegen legte 3 Monate später der Wehrdisziplinaranwalt Widerspruch ein, so daß sich Kubitz in letzter Instanz vor dem Wehrdienstsenat in Düsseldorf einfinden mußte. Dort erfuhr er von seiner Schuld im Sinne der § 17 und 23 des Soldatengesetzes. Das Verteilen der ADS-Zeitung („Hetze gegen die Bundeswehr“) registrierte „das hohe Gericht“ als eine schuldhaft Verletzung der Pflichten eines Soldaten, an die er als Reservist und Vorgesetzter auch nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr durch den § 17/3 des Soldatengesetzes gebunden sei. Er sei „nicht der Achtung und dem Vertrauen gerecht (geworden)“, die für seine Wiederverwendung als Vorgesetzter erforderlich sind“, und wurde somit im Sinne des § 23 des Soldatengesetzes degradiert (SZ, 7.12.78).

Die „SZ“ stellte derzeit ans Ende ihres Berichtes über den Fall Kubitz einen Satz, den wir ebenfalls, wenn auch aus anderen Gründen ans Ende stellen wollen: „Doch könnte es sein ..., daß dieser Schuß nach hinten losgeht. Zwar engt das Münchner Urteil den Spielraum der Arbeitskreise ein, aber es wertet sie auch auf, nimmt sie ernst, schweift sie erst zusammen. Propagandistisch aus-schlachten werden sie den Fall Kubitz auf jeden Fall.“ (Nicht näher bezeichnete Angaben nach „Disko“, 30/79, Zeitung der SO/ZDL und Berichten des Genossen P. aus Landshut).

Zur Nachahmung empfohlen:

Zur Nachahmung empfohlen: Proteste gegen Bundeswehr-Ausstellungen

Wie notwendig es ist, den Widerstand gegen militaristische Umtriebe der Bundeswehr zu organisieren, erfuh die/der Antimilitarist(in) beim Durchblättern der „Wehrtechnik“ 12/78: „Ausstellungsrekord – Die mobile Ausstellung ‚Unser Heer‘ beendete in diesen Tagen ihre Reise durch 18 Städte im süddeutschen Raum mit einem Rekordergebnis. Genau 732.347 Besucher kamen und staunten über 74 Ausstellungsfahrzeuge. (...) Zu den Besuchern gehörten auch 46.500 Schüler, die in 1.628 Klassen anrückten. 898 Bewerbungen zur Bundeswehr wurden spontan registriert, 22.029 Gäste gingen mit Bundeswehrhubschraubern in die Luft.“

DDR-Wehrkundegegner – wo bleibt der Aufschrei?

Einen Aufschrei haben wir nicht gehört, wohl aber (mit Freude!) ein hörbares Rufen. Mitglieder der DFG/VK organisierten in Rastatt und Waldkirch (Baden-Württemberg) Proteste gegen die Waffen-Wander-„Show“. Eine Woche lang postierten sich DFG/VKler in Rastatt vor dem Ausstellungsort, verteilten Flugblätter (gegen die von der BW Strafanzeige angedroht wurden) trugen „Sandwiches“ durch die Gegend („Hiroshima – schon vergessen“/„Spiel Frieden – nicht Krieg!“) und ließen mit Parolen bedruckte Luftballons steigen. Am letzten Tag fand eine mit 400 Leuten sehr gut besuchte Demonstration vorbei am Ausstellungsort statt.

„Was – ihr könnt kein Blut sehen?“

Wesentlich spektakulärer und sehr phantasievoll gestalteten DFG/VKler ihre Aktion in Waldkirch. Mit Ketten und Vorhängeschlössern ketteten sich etwa zehn Mutige an zwei Pan-

zern fest und warfen die Schlüssel weg. Dann begossen sie sich mit Tomatenketchup. Andere verteilten gleichzeitig Flugblätter mit der Aufschrift: „Was – ihr kommt zur Waffenschau und könnt kein Blut sehen?“

Sichtlich beeindruckt waren nicht nur die Besucher. Feldjäger waren sofort „zur Stelle, zerrissen die Flugblätter, schnitten mit Bolzenschneidern die Ketten auf und führten die Demonstranten in Handschellen ab. Ein Demonstrant wurde über einen Abhang in einen ein bis zwei Meter tiefen Wassergraben geworfen und später einen Wiesenhang hinuntergeschleudert. Einer alten Frau, die den Vorgang fotografieren wollte, wurde die Kamera aus der Hand geschlagen.“

Die Soldaten des Dr. Apel (laut Ahlers ist Apel „im Innersten ein Antimilitarist“) konnten jedoch nicht verhindern, daß noch sehr lange auf dem Ausstellungsgelände über diese „schöne“ Provokation diskutiert wurde. Vermutlich droht den beteiligten Antimilitaristen eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch, vielleicht sogar wegen Landfriedensbruch. Eine perverse Gesellschaft, in der eine Demonstration für den Frieden als „Friedensbruch“ bestraft werden kann.

Gerade deshalb: Zur Nachahmung empfohlen! Gefreut hat uns auch ein ähnliches Ereignis „Im Kopf der Bestie Imperialismus“ in den USA. Beim alljährlichen Waffenbasar der Waffenhändler, Offiziere und Pentagonbeamten im Oktober 1978 kam unerwarteter Besuch. 350 Gegner dieser Waffenmesse erschienen, um mit den Ausstellern und Besuchern zu diskutieren. 40 von ihnen ketteten sich an Waffen und übergossen sich mit Blut. Die Bullen waren schnell zur Stelle, konnten jedoch „nur“ noch 16 verhaften. (Angaben, Zitate und Zahlen aus „Wehrtechnik 12/78“ und „Antimilitarismusinformation 12/78“.)



Radikalenerlaß für Taxifahrer?

Ein 22-jähriger Flensburger will Taxifahrer werden. Das ist ja zunächst einmal nichts Besonderes.

Nachdem er drei Monate vergebens auf sein — für die Zulassung zur Taxischeinprüfung notwendiges — polizeiliches Führungszeugnis gewartet hatte, wurden seine Nachfragen mit dem Hinweis auf Zweifel an seiner Treue zur „freiheitlich demokratischen Straßenverkehrsordnung“ abgeblockt. Hierzu lagen „Erkenntnisse“ vor. Also richtete er ein Schreiben an das Innenministerium, um zu erfahren, welcher Art denn die „Erkenntnisse“ über ihn sind. Das Antwortschreiben war höchst interessant. Nicht so sehr vom Inhalt (es enthielt die Mitteilung, daß der Betreffende keine Auskunft über die Registrierung erhalten dürfe), aber

vom Briefumschlag her: Der hatte nämlich zwei Stempel:

1. einen Maschinenstempel aus Kiel, 2. einen Poststempel aus Flensburg, der eine Woche später auf das Kuvert gedrückt worden war. Außerdem war der Umschlag geöffnet worden und mit Klebeband neu verschlossen.

Das heißt, der Flensburger Staatschutz kontrolliert selbst die Post, die von einer höheren Dienstbehörde an Bürger verschickt wird.

Obwohl er sein Polizeizeugnis immer noch nicht hat, wurde er vorläufig zur Taxischeinprüfung zugelassen. Was ihm wohl passiert, wenn er einmal bei ROT über die Ampel fährt?

KB/Gruppe Flensburg



KURZMELDUNGEN

Mannheim: Trotz einer positiven Entscheidung des Arbeitsgerichts weigern sich die Behörde für Wissenschaft und Kunst und das Rektorat, Haru Sch. einen Lehrauftrag für Soziologie an der Fachhochschule zu erteilen. Mittlerweile wurde von ihnen beim Landesarbeitsgericht beantragte, die Vollstreckung des Arbeitsgerichtsurteils auszusetzen. Grund für solviel Engagement: Haru Sch. hatte sich für den politischen Gefangenen Kunzelmann eingesetzt.

Darüber hinaus wurde trotz massiven Protestes seitens der Studenten mehrheitlich beschlossen, einen Ersatz für den Lehrbeauftragten Haru Sch. zu beschaffen. Die betroffenen Studenten sagten diesem Dozenten den Boykott an.

Oldenburg: Nach erfolgreich angelaufener Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen soll nun der Sozialarbeiter Jürgen H. nicht weiter beschäftigt werden. Grund, der erst nach langem „Kein-Bedarfs“-Gerede herauskam: Mitgliedschaft und Betätigung für den MSB Spartakus.

Stuttgart: Hans P., 48-jähriger Technischer Fernmeldesekretär bei der Post in Stuttgart, soll nach 20-jähriger Dienstzeit entlassen werden. In einer geheimen Verfügung wurde Hans P. mitgeteilt, daß gegen ihn ein Disziplinarverfahren eröffnet worden ist. Die Vorwürfe sind: DKP-Mitgliedschaft, Teilnahme an einer Wahlveranstaltung 1969, eine Reise in die DDR und Presseveröffentlichungen. In einem Vorverfahren Anfang 1978 wurde bereits festgestellt, daß es keine Hinweise auf eine „verfassungswidrige“ Haltung Hans-Peters gebe. Dienstlich hat er sich ebenfalls immer „korrekt“ verhalten.

Kassel: Der „Fall“ Silvia Gingold läßt der hessischen SPD-Regierung keine Ruhe. Nachdem sie gegen den Widerstand des Kultusministers eingestellt werden mußte, wird ihr jetzt eines der fundamentalsten Rechte verweigert, nämlich einen Rechtsbeistand bei einer Anhörung hinzuzuziehen. In dieser Anhörung sollte ihre Rede über die Berufsverbotepraxis in der Bundesrepublik, die sie anlässlich der Weltjugendspiele in Havanna 1978 gehalten hat, überprüft werden. Ihre Anwälte haben ihr abgeraten, sich der Anhörung ohne rechtlichen Beistand zu unterziehen.

Das Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte und das Aktionskomitee gegen Berufsverbote (an der FU in Westberlin) haben ein Buch mit Interviews zu Berufsverboten veröffentlicht:

**Gesinnungsüberprüft
Gespräche mit Betroffenen**
265 Seiten, Preis 10,-

Im Buch wird behandelt: Verhörssituation; Gang durch die Gerichte; Reaktion von Freunden, Bekannten, Genossen; Arbeitslosigkeit und Arbeitssuche; berufliche Perspektiven; Widerstand — wie?; Kampagnen: Verlaufsformen, Ziele, Ergebnisse und Kritik; Solidarität — wie?; Reaktionen von Kollegen, Eltern, Schülern, Personalräten, Gewerkschaftern.

**Zu beziehen über:
Aktionskomitee gegen Berufsverbote
Altensteinstr. 59
1000 Westberlin 33**

Berufsverbote in Hamburg:

Was bleibt wirklich übrig?

In angeblich heißen Auseinandersetzungen innerhalb der SPD-Bürgerchaftsfraktion wurde am Montag den 29.1. über die Umsetzung der neuen Grundsätze zur Beschäftigung von Radikalen im öffentlichen Dienst an drei konkreten Fällen entschieden. Das Ergebnis lautete wie folgt: Die beiden DKP-Lehrer Gohl und Dreckmann (beide seit langem Beamte auf Lebenszeit) bleiben im Schuldienst, ein Disziplinarverfahren wird nicht eröffnet — der Lehrer J. Dege wird mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert. Diese Fälle sind laut Beteuerung von Grolle und Klose keine Modellfälle, sondern die sagemumwobenen Einzelfallprüfung. Eine Entlassung von Gohl und Dreckmann allein aufgrund ihrer DKP-Mitgliedschaft und ihrer Funktionen innerhalb der DKP wäre zum jetzigen Zeitpunkt für die SPD recht ungünstig gewesen. Waren diese Fälle doch schon seit langem im Blickpunkt der Öffentlichkeit und galten quasi als erster Prüfstein für die Einhaltung der von der SPD gemachten Hoffnungen. Eine Entlassung der beiden hätte zu offen eine Verschärfung der Berufsverbotepraxis verdeutlicht.

Bezeichnend ist, daß der Senat in direktem Zusammenhang mit dieser Entscheidung die sofortige Suspendierung von J. Dege bekanntgab.

J. Dege, dessen Frau schon vor einem halben Jahr aus dem Schuldienst entlassen wurde, wird der Verkauf der „KVZ“ (Zeitung des KBW), der Bruch des Konferenzgeheimnisses, die Verletzung der Aufsichtspflicht und die Störung des Betriebsfriedens an seiner Schule vorgeworfen. Letzteres leitet sich vor allem aus den Schritten ab, die J. Dege zur Entgegnung auf seine drohende Entlassung zusammen mit Schülern und Eltern unternommen hat. Die anderen Vorwürfe sind an nichtigen Vorfällen, die z.T. schon lange vergessen waren, festgemacht.

Eine erhebliche Schlappe hat das Arbeitsgericht dem Hamburger Senat im Fall Uli K. beigebracht. Es hat die Schulbehörde am 29.1.79 dazu verurteilt, Uli K. für die Dauer der Lehrerausbildung einzustellen. Abgelehnt worden war die Einstellung mit der behaupteten Mitgliedschaft in der „KPD“ und mit dem Hinweis auf eine Verurteilung wegen der Besetzung des Bonner Rathauses anlässlich einer Vietnam-Demonstration. Das Gericht hatte in der ersten Verhandlung den Senat aufgefordert, „bis zum 15.1.79 mitzuteilen, wie sie die Einstellungspraxis ab Januar 1979 handhabt.“ Dies wies der Senat „mit Verwunde-

rung“ ab und verwies auf einen Beschluss, daß Uli K. auf keinen Fall eingestellt werden soll. Dafür gab es jetzt die Quittung.

Auch im Fall Sabine D. gibt es interessante Neuigkeiten, was die „liberale“ Praxis des Senats betrifft. Wegen Verteilens eines KBW-Flugblattes und „Störung des Schulfriedens“ wurde ihr die Ernennung zum Beamten verweigert. Das Verwaltungsgericht schrieb im November — in Anbetracht der laufenden Klose-Kampagne — an den Senat: „Es wird angefragt, ob aufgrund der jüngsten Verlautbarungen des Ersten Bürgermeisters die Klägerin (Sabine D., Anm. AK) klaglos eingestellt werden soll.“ Der Senat lehnte rundherum ab. Im Berufungsverfahren führte er aus, daß Sabine D. schon deshalb nicht eingestellt werden könne, „weil sie das vom Parlament verabschiedete Schulverfassungsgesetz als undemokratisch bezeichnet und sich für die Abschaffung des Beamtengesetzes einsetzt.“ Was könnte deutlicher machen, daß Treue zum Grundgesetz eben doch nichts anderes heißt als „Treue zu allen Maßnahmen dieser Regierungen und Parlamente.“

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Pressemitteilung

Nagelprobe für die „Kurskorrektur“

„In seinem Neujahrsaufruf hat der Hamburger Bürgermeister Klose Toleranz und Liberalität gerade auch im Umgang mit dem politischen Gegner gefordert. Schon zuvor hatte er Vorschläge zur Lockerung des Extremistenerlasses vorgelegt, um — wie es hieß — der Gesinnungsschnüffelei, dem obrigkeitstaatlichen Denken und der Verunsicherung vieler demokratisch gesinnter Menschen entgegenzutreten.“

Nun muß ich an der Behandlung meines eigenen Falles feststellen, daß sich an der Praxis der Berufsverbote in Hamburg offenbar nichts geändert hat.

Seit Februar 1977 wird mir die Einstellung in den Schuldienst verweigert. Wurde dies ein Jahr lang mit dem Argument mangelnder Planstellen begründet, so sah sich die Behörde schließlich (aufgrund eines Gerichtsbeschlusses) genötigt, politische Gründe zu nennen: Vorgeworfen wird mir ausschließlich meine Arbeit in der Selbstverwaltung der Referendare und die damit verbundene presserechtliche Verantwortlichkeit für die REFERENDAR-ZEITUNG, aus der die Behörde dem Gericht Zitate vorgelegt hat, die angeblich meine „Nichteignung für das Lehramt“ belegen.

Das Arbeitsgericht stellte dazu fest, daß die gegen mich erhobenen Vorwürfe „zum Teil unzutreffend, zum anderen Teil allein im außerdienstlichen Bereich angesiedelt, im übrigen möglicherweise nicht schwerwiegend genug“ seien und schlug in einem Vergleich vor, daß die gegen mich angeführten Ablehnungsgründe „bei der Entscheidung über eine Einstellung unbeachtet bleiben“ sollten.

Trotz aller Aussagen der politisch Verantwortlichen in dieser Stadt, man wolle mehr Toleranz und Liberalität zeigen, hat die Behörde zu dem Gerichtstermin am 13.2.79 einen Schriftsatz vorgelegt, in dem sie ihre Vorwürfe in allen Punkten aufrechterhält und den Vergleichsvorschlag ablehnt.

Die Hamburger GEW schrieb im Vorwort zu der Dokumentation 'Berufsverbote und politische Disziplinierung', in der sie meinen Fall ausführlich dokumentierte und als 'Verschärfung der gegenwärtigen Berufsverbotepraxis' einschätzte:

„Wie die auf den neuesten Stand gebrachte Auflistung aller in Hamburg bekannter Berufsverboteverfahren zeigt, ist die ganze öffentliche Diskussion für die direkt Betroffenen selbst bisher praktisch ohne Auswirkungen geblieben. Die Behandlung dieser Fälle wird für die GEW zur Nagelprobe, wie ernst es dem Hamburger Senat mit seiner beabsichtigten Kurskorrektur ist.“

Wer also nach den Worten der verantwortlichen Politiker auch ihre Taten kennenlernen will, sollte meinen Prozeß vor dem Arbeitsgericht am

Dienstag, den 13. Februar 1979 um 9 Uhr

im Gerichtsgebäude Altona, Max-Brauer-Allee 89, 2 Hamburg 50, 1. Stock, Saal 138 besuchen.

gez. Karl-Heinz Kuke

Vorwürfe kommen, Vorwürfe gehen, das Berufsverbot bleibt bestehen

Münster: Hans-Hubert B. wollte — nach Ableistung des Referendariats — in den Schuldienst von NRW eingestellt werden. Sein Antrag im Februar 1978 wurde allerdings mit einer „Einladung“ zu einem Anhörungsgespräch beantwortet. Erst auf Rückfrage erfuhr er die Vorwürfe, die man ihm machte:

— Kandidatur für die Rote Zelle Germanistik im WS 71/72 (!)
— angebliche Teilnahme an einer Demonstration der „KPD“ anlässlich des Breschnew-Besuchs am 18./19.5.73
— presserechtliche Verantwortung für die Zeitung „Rührt Euch!“ der Demokratischen Soldaten- und Reservistengruppe Münster (1974 - 76).
Nach einem ersten Anhörungsgespräch Ende April 78 wurde offenbar seine Anstellung zunächst einmal in die Wege geleitet, weshalb sich Hubert an Vorbereitungsveranstaltungen seiner zukünftigen Schule, der Gesamtschule Herten, beteiligte. Dann

erhielt er aber doch keinen Vertrag, obwohl sich Schulleiter, Lehrer und Eltern dafür einsetzten. Hubert klagte gegen das Land NRW auf Einstellung. Bei der Güteverhandlung vor dem Arbeitsgericht Münster vertrat die Behörde, ein zweites Anhörungsgespräch sei notwendig, in dem es hauptsächlich um die erwähnte Zeitung „Rührt Euch!“ gehen sollte. Diese Anhörung fand auch statt, verlief aber offensichtlich nicht ganz zur Zufriedenheit der Behörde. Jedenfalls machte sich diese danach die Mühe, eine 7-seitige Synopse mit Materialteil zu erstellen, in der die Zusammenhänge zu den KBW-Leitsätzen zur Militärfrage nachgewiesen werden sollten. Dazu nahm Hubert schriftlich Stellung, was ihm ein drittes Anhörungsgespräch ersparte.

Von da an vollzog sich in der Argumentation der Behörde eine vollständige Wendung: Sie begründete ihren Antrag, Huberts Klage vor dem Arbeitsgericht zurückzuweisen, nun

(Ende Oktober 78) mit Unzuverlässigkeit während des Vorbereitungs-dienstes und einseitiger politischer Darstellungsweise im Unterricht. Die früheren Gründe spielten kaum mehr eine Rolle.

Interessant dabei ist, daß die Vorwürfe hauptsächlich mit Gutachten belegt werden, die nach Huberts Referendardienst von Seminar- und Fachleitern und Ausbilderlehrern angefordert wurden. Möglicherweise ist Huberts Fall einer der ersten, in dem mustergültig nach den neuen acht! so liberalen Richtlinien verfahren werden soll, wonach nur konkretes Verhalten zur Beurteilung eines Bewerbers herangezogen werden soll. Wie man sieht ist die Behörde auch in einem solchen Fall außerordentlich erfinderisch. Die nächste Verhandlung vor dem Arbeitsgericht findet am 9. März 79 statt.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Berufsverbot auch

bei „freien“ Trägern

Freiburg: Die „Vereinigung Freiburger Sozialarbeit“ verweigerte dem Sozialarbeiter Günter R. eine Anstellung, da er Mitglied der DKP ist. Die VFS ist formal ein unabhängiger Zusammenschluß von Wohlfahrtsverbänden. Offensichtlich steht hinter diesem Berufsverbot die Stadt Freiburg: Wie die „Badische Zeitung“ (25.1.79) berichtet, hat VFS-Vorstandsmitglied Hans-Peter Mehl — zugleich Leiter des Jugend- und Sozialamts der Stadt Freiburg —, während des Einstellungsgesprächs mit Rausch im Dezember 78 den anderen Vorstandsmitgliedern erklärt: „sollten die bei der Stadt Freiburg geltenden Einstellungsbedingungen bei der Vereinigung Freiburger Sozialarbeit nicht gelten, werde er darauf hinwirken, daß die Stadt der Vereinigung die Zuschüsse entziehe.“

Die Nichteinstellung von Günter R. hat inzwischen breite Proteste hervorgerufen. Insbesondere protestierten 154 Bewohner (von 180 Familien insgesamt) des „Breisacher Hof“, wo er als Sozialarbeiter beschäftigt werden sollte und wo er bereits ein Praktikum absolviert hat. Der Initiativ Ausschuß Bunte Liste Freiburg, die Jusos, verschiedene ASten und demokratische Persönlichkeiten schlossen sich diesem Protest an.

Aufgrund des öffentlichen Drucks mußte die VFS jetzt einen teilweisen Rückzug antreten: Auf einer Mitgliederversammlung wurde beschlossen, „bei einem neuen Bewerbungsverfahren werden R.'s Bewerbung berücksichtigt und die Bürger des Wohngebiets zum Gespräch mit der Vereinigung gebeten“ („BZ“, 27.1.79).

Über eine tatsächliche Einstellung R.'s sagte das allerdings noch wenig aus: die CDU-Mafia im VFS wird alles tun, um noch rechtzeitig einen Gegenbewerber aufzubringen und auch einzustellen.

KB/Gruppe Freiburg

Konferenz der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“

Am 27. und 28. Januar – dem 7. Jahrestag des Ministerpräsidentenerlasses von 1972 – fand in Darmstadt die seit längerer Zeit angekündigte Konferenz der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ statt.

Die Konferenz hatte ca. 900 Teilnehmer, davon etwa 100 aus dem westeuropäischen Ausland, vor allem aus Frankreich und Holland (aus Alkmaar, der holländischen Partnerstadt Darmstadt war alleine eine 19köpfige Delegation erschienen).

Im Vergleich zur letzten Konferenz 1977 in Oldenburg (s. AK 118, S. 41) hatte sich diesmal allerdings kaum sozialdemokratische Prominenz aus dem Ausland eingefunden. War 1977 noch die Parteivorsitzende der holländischen PvdA, Ina van Heuvel erschienen, so war die PvdA diesmal lediglich durch das Mitglied des PvdA-Komitees gegen die Berufsverbote, Alex Veldhoff, repräsentiert. Ein Vertreter der sozialistischen Partei Frankreichs beispielsweise, die immerhin noch vor zwei Jahren die Berufsverbotepraxis in der BRD massiv kritisiert hatte, fehlte völlig.

Man muß diese weitgehende Abwesenheit ausländischer Sozialdemokraten auf der Konferenz wohl als einen Erfolg Willy Brandts und der SPD bei der Beschwichtigung der internationalen Kritik an den Berufsverboten beurteilen.

Ähnliches muß man von der Teilnahme von Repräsentanten der Gewerkschaften berichten. Kein Wunder: Hatte der DGB es doch seinen Funktionären untersagt, als Gewerkschaftsfunktionäre auf der Konferenz aufzutreten! So mußte der ehemalige AJLE-Bundesvorsitzende und GEW-Vorstandsmitglied Kurt Bunke seine Rede als Mitglied der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ halten.

Zum Verlauf der Konferenz

Zum Verlauf der Konferenz

Das wesentliche Thema war die Einschätzung der jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung zur „Liberalisierung“ der Berufsverbote. Die Hauptrede hielt dort Prof. Wolfgang Abendroth, der die Regierungsbeschlüsse sehr deutlich als Betrug entlarvte: „Die Regierung hat die ganze Debatte auf das Dreiviertelscheingefecht zwischen automatischer Regelanfrage und nur durch irgendeinen Ansatzpunkt verursachter Regelanfrage, wie es die Regierung will, abgehoben und dadurch die öffentliche Meinung – zunächst der Bundesrepublik und fast in allen ihren wichtigen Organen – aber auch die öffentliche Meinung Europas bewußt betrogen“. Im übrigen warnte er sehr eindringlich vor der Gefahr des Exports der Berufsverbote in das westeuropäische Ausland.

Der Kampf gegen die Berufsverbote in der BRD sei im Ausland ein Kampf um die Erhaltung der Demokratie im eigenen Land.

Auch der Bundesvorsitzende der Jungdemokraten, Christoph Strässer, warnte vor dem Export des Modells Deutschland ins Ausland und wies auf die Gefahren des Neonazismus in der BRD hin.

In dem Beschluß, die Regelanfrage abzuschaffen, erblickte er allerdings einen – wenn auch zunächst nur kleinen – „Lichtblick“: „Es ist nur ein kleiner Schritt, gewiß, und er bleibt wirkungslos, wenn nicht mehr folgt. Dennoch begrüßen wir diese Maßnahmen, denn zum einen erleichtern sie unsere Arbeit, die weiter geht, zum anderen zeigt dies auf, daß bei einigen verantwortlichen sozialliberalen Politikern doch die Einsicht gestiegen hat, daß man nicht nur von Irrtum reden kann, sondern daß man etwas tun muß...“. Natürlich tun dies dieses Politiker der SPD etwas. Ob dies jedoch im Sinne einer Abschaffung der Berufsverbote ist, muß man wohl nach den neuesten Beschlüssen bezweifeln.

Brisanz hatte die Rede des schon erwähnten GEW-Vertreters Bunke, der die jüngsten Vorschläge des GEW-Hauptvorstandes als „Richtschnur“ pries, „um mit der Berufsverbotepraxis endlich aufzuräumen“. Immerhin enthält der GEW-Vorschlag auch folgenden Punkt: „Wer im öffentlichen Dienst ist und sein Amt durch Propaganda oder Handlungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung mißbraucht oder wer sich in strafbarer Weise gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung betätigt, ist zu entlassen“. Bunke dazu: „Ich stehe voll und ganz hinter der zitierten Aussage der GEW, wir werden jedoch aufpassen müssen, daß

nicht etwa künftig die Einstellungsbehörden den Kern dieser Aussage umbiegen und beispielsweise das Disziplinarrecht verschärfen...“ Ist es Naivität oder Schlimmeres? Was ist denn der Kern dieser Aussage, wenn nicht die verschärfte Überwachung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes.

Abschließend legte Ingrid Kurz als Sprecherin des Arbeitsausschusses den Standpunkt der Initiative dar, der sich weitestgehend mit dem von Abendroth deckt: „Deutlich geworden ist, daß die Gegner der Berufsverbotepolitik in den Reihen von SPD und FDP stärker geworden sind. Der neuerliche Beschluß der Bundesregierung bleibt weit hinter den Erfordernissen und Erwartungen auf eine vielfach versprochene „Liberalisierung“ zurück... Seit gestern (Bundestagsdebatte) wissen wir, daß im Prinzip alles beim Alten bleiben soll“. Deshalb blieben die Forderungen der Initiative: „Alle Regelungen, Erlasse, Beschlüsse in der Nachfolge des Ministerpräsidentenbeschlusses von 1972 müssen ersatzlos aufgehoben werden. Alle von Berufsverbotsmaßnahmen Betroffenen müssen eingestellt und entschädigt werden“.

Unstimmigkeiten bei den Jusos

Die Konferenz wurde im folgenden in fünf Arbeitskreisen fortgesetzt, wovon der erste Arbeitskreis zweifellos der interessanteste war. Nicht nur wegen des Themas „Die aktuellen Pläne zur Veränderung der Berufsverbotepraxis“, sondern auch, weil in diesem Arbeitskreis eine offene Diskussion stattfand und nicht nur eilend lange Redebeiträge verlesen wurden.

Der Diskussion lag ein Thesenpapier des Hamburger Juristen Norman Paech zugrunde, der übrigens auch als nur eilend lange Redebeiträge verlesen wurden.

Der Diskussion lag ein Thesenpapier des Hamburger Juristen Norman Paech zugrunde, der übrigens auch als Gutachter vor dem Russell-Tribunal aufgetreten war. Paech hatte noch einmal sämtliche in den letzten Monaten gemachten Vorschläge zur „Liberalisierung“ untersucht. In Bezug auf die Kabinettsbeschlüsse war er dabei zwar zu dem Ergebnis gekommen, daß diese auf die Beibehaltung der bisherigen Praxis hinauslaufen. Dennoch äußerte er die Hoffnung, daß es in einzelnen Ländern wie Hamburg oder Bremen möglich sein werde, eine fortschrittlichere Praxis durchzusetzen. Hierzu müßten allerdings die Widersprüche in der SPD noch verschärft werden. Auf einen Beitrag, der darauf hinwies, daß die Regierungsbeschlüsse keineswegs den Weg zu einer fortschrittlicheren Praxis öffneten, sondern vielmehr noch die Gefahr einer Verschärfung beinhalten (siehe Koschnicks Vorschläge zur Änderung des Disziplinarrechts und zur Verlängerung der Probezeit auf zehn Jahre) wurde entgegnet, dies sei zwar richtig, dennoch müßten die Beschlüsse als Erfolg gewertet werden, da sonst die Gefahr der Resignation bestehe (G. Stuby). In weiteren Diskussionsbeiträgen wurde die Frage der „Indoktrination“ als Berufsverbotegrund angesprochen, deren Folge eine zunehmende Selbstzensur („Messer im Kopf“) unter den Lehrern und auch anderen öffentlich Bediensteten sei. Georg Hundt von den Jusos wies darauf hin, daß sich das Spitzelwesen jetzt von Verfassungsschutz auf die jeweils unmittelbar Vorgesetzten verlagere. Er zitierte NRW-Innenminister Hirsch (FDP), der gesagt hatte, wenn man die Regelanfrage abschafft, muß man etwas Gleichwertiges an die Stelle setzen.

Am wichtigsten war allerdings die Kontroverse unter den anwesenden Juso-Vertretern. Rudolf Hartung, Vorsitzender der Juso-Hochschulgruppen, kritisierte zunächst einmal die Berichterstattung der „UZ“, die die SPD-Parteitagebeschlüsse vom Dezember als Verschleierung bezeichnet habe. Die Beschlüsse der SPD- und FDP-Parteitage stellten vielmehr eine qualitative Veränderung dar, die man positiv aufnehmen und in die Praxis umsetzen müsse. Hierauf ein Marburger Juso-Vertreter: Hartung verhalte sich genauso, wie Wolfgang Roth, der 1973, nachdem auf dem Hannoveraner Parteitag der SPD die Einzelfallprüfung beschlossen worden war, erklärt hatte, die Berufsverbote seien vom Tisch. Der SPD gehe es überhaupt nicht um die Abschaffung der Berufsverbote, sondern um die Verbesserung ihres internationalen Renommées und darum, das wachsende Protestpotential wieder zu integrieren. Der Grund für SPD-Vorschläge liege eindeutig in den Wahl-

erfolgen z.B. der Bunten Liste in Hamburg.

Hierauf griff nun Gerhard Schröder, der Juso-Bundesvorsitzende in die Diskussion ein. Die SPD-Vorschläge resultierten nicht aus Wählerverlusten, schließlich habe die SPD die Wahl in Hamburg gewonnen, sondern aus der Diskussion, die SPD-intern geführt worden sei. Im Gegensatz zu dem Marburger Juso, der darauf hingewiesen hatte, daß die SPD sich seit nunmehr 60 Jahren immer wieder an die Spitze demokratischer Bewegungen gesetzt habe, um diese zu integrieren und in das bürgerliche Lager zurückzuführen, behauptete Schröder, diese Diskussion knüpfte an die demokratische Tradition der SPD („oder will hier etwa jemand den Widerstand der SPD gegen den Faschismus bestreiten?“) an. Er ging dann soweit, die Alternative aufzustellen, entweder relevante Kräfte in der SPD für den Kampf gegen die Berufsverbote zu gewinnen oder die SPD als Berufsverbotepartei zu denunzieren. Er gab zwar zu, daß die Regierungsbeschlüsse hinter die Parteitagebeschlüsse zurückfallen, jedoch sei die Art, wie die Beschlüsse von der Exekutive interpretiert würden, abhängig vom Bewußtsein der Öffentlichkeit, die auch weiterhin über die Berufsverbote aufgeklärt werden müsse.

Pfiffe für die Wahrheit

Auf dem Schlußplenum der Konferenz sprach noch einmal Gerhard Schröder. Er erklärte dort, daß die Jusos für die Abschaffung des Beamtenrechts kämpfen, das er als „vor-demokratisch und faschistisch geprägt“ bezeichnete. Die Praxis und das Ausmaß der Berufsverbote beschrieb er u.a. unter dem Hinweis auf das Russell-Tribunal, was von den mehr demokratisch und faschistisch geprägt bezeichnete. Die Praxis und das Ausmaß der Berufsverbote beschrieb er u.a. unter dem Hinweis auf das Russell-Tribunal, was von den mehr demokratisch anwesenden DKPern mit Pfiffen quittiert wurde! Im Folgenden grenzte er sich dann von den Initiatoren des Kongresses mit Blick auf die DDR ab, wo die sozialistische Opposition (Bahro) mundtot gemacht werde. Die DKP mache sich unglaublich, wenn sie einseitig die Berufsverbote in der BRD angreife. Auch diese „sachfremden Argumente... riefen bei den Anwesenden Unmut und Pfiffe hervor“ („UZ“, 30.1.).

Schröder betonte noch einmal, daß sich mit den Parteitagebeschlüssen in der SPD eine Wandlung vollzogen habe. Schröders Schlußfolgerung: der Platz für den Kampf um gesellschaftliche Veränderungen sei nicht in irgendwelchen Splittergruppen, sondern in der SPD und den Gewerkschaften, womit er denn doch endlich zugab, daß es um die Anhängerschaft der SPD geht.

Abschließend bleibt noch der Beitrag des PvdA-Vertreters Alex Veldhoff auf dem Schlußplenum zu erwähnen. Veldhoff erklärte bezüglich der Beschwichtigungsversuche der SPD gegenüber den holländischen Sozialdemokraten, daß es „uns freut, daß nachdem man anfangs überempfindlich auf unsere Kritik reagiert hat, man sich jetzt bereit gezeigt hat, sich in dieser Frage mit uns auseinanderzusetzen. Es freut uns, daß bei unserer Schwesterpartei ein Anfang zur Änderung stattgefunden hat und daß seit kurzem auch ihre Regierung angekündigt hat, einen anderen Weg – unseres Erachtens einen besseren – einschlagen zu wollen... Wir haben keine Veranlassung, an den Absichten derjenigen zu zweifeln, die mit den Berufsverboten klar Schiff machen wollen“. Eine deutliche Vertrauensklärung für die SPD und die Bundesregierung! Zwar erklärte Veldhoff weiter, daß die Zweifel an der Anwendung dieser Beschlüsse und darüber hinausgehenden notwendigen Konsequenzen noch nicht verschwunden seien und daß die PvdA deshalb auch ihr Berufsverbote-Komitee noch nicht auflösen werde, jedoch brachte er die Hoffnung der holländischen Sozialdemokratie zum Ausdruck, daß eine weitere Konferenz dieser Art in Zukunft nicht mehr notwendig sein werde.

Die Konferenz schloß mit der Verabschiedung eines Appells an Helmut Schmidt, in dem die Aufhebung aller Berufsverbote in der BRD gefordert wird sowie mit einem Aufruf zu einer bundesweiten Demonstration gegen die Berufsverbote am 31. März in Bonn.

Berufsverbote-Kommission

DKP drischt leeres Stroh über Stärke und Einheit

Die Darmstädter Konferenz der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ stand von Anfang an im Zeichen des Versuchs der DKP, ihre zunehmende Isolierung wettzumachen. Seit Jahren macht sie damit Politik, sich als die Bewegung gegen die Berufsverbote darzustellen. Anfangs gelang es ihr, nicht unbeträchtliche Teile der linken Sozialdemokratie in ihren Bündnisbereich einzubeziehen, begünstigt durch die Politik der SPD-Führung, die die Berufsverbotegegner innerhalb der SPD zu Bündnissen außerhalb der Partei gewissermaßen zwang. Unter diesen Voraussetzungen konnte es sich die DKP sogar „leisten“, ihre Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber anderen kommunistischen Kräften auf die Initiative zu übertragen.

Heute hat sich die SPD-Führung der Bewegung gegen die Berufsverbote selbst angenommen, was den „linken“ Sozialdemokraten, insbesondere den Jusos, die Möglichkeit eröffnet, offen auch in der Frage der Berufsverbote die SPD als die eigentliche Gegenkraft darzustellen. Dies läßt sie heute stärker von der DKP und damit auch von der Initiative abrücken, teilweise bestehen bei den Jusos schon Gedanken, die Initiative zu verlassen.

Hinzu kommt die völlig unkritische Haltung der DKP gegenüber den Verhältnissen im „realen Sozialismus“, die sie ebenfalls auf die Initiative zu übertragen versuchte. Die Ausbürgerung Biermanns, die folgenden Berufsverbote für Menschen, die sich mit ihm solidarisierten, und die Einkerkung Bahros haben die DKP in weiten Teilen der Bewegung gegen die Berufsverbote unglaubwürdig werden lassen, was wiederum zu scharfen Debatten und dem Abbrücken von Teilen der Initiative führte.

Nicht zuletzt hat sich die DKP durch ihre „starrköpfige“ Haltung gegenüber dem Russell-Tribunal weitere Chancen innerhalb der demokratischen Bewegung verspielt.

Nicht zuletzt hat sich die DKP durch ihre „starrköpfige“ Haltung gegenüber dem Russell-Tribunal weitere Chancen innerhalb der demokratischen Bewegung verspielt. Die DKP, und in ihrem Schlepptau die Initiative „Weg mit den Berufsverboten“, ist bis zuletzt der einzige Teil der demokratischen Bewegung geblieben, der das Tribunal mit Demagogie und Diffamierung überzog. Sogar enge sozialdemokratische Bündnispartner innerhalb der Initiative zogen hier nicht mit, wie z.B. der Hamburger Staatsrechtler Norman Paech (Mitglied des Arbeitsausschusses).

Diesen ständigen Prozeß der Isolierung versucht die DKP heute durch Großsprechererei zu vertuschen. Einen besonderen Ausdruck fand dies in der Berichterstattung über die Darmstädter Konferenz in der revisionistischen Presse. Am klotzigsten trat dabei einmal mehr die „Deutsche Volkszeitung“ hervor. Michael Jung schreibt darin am 1.2. als Ergebnis der Konferenz: „Die Bewegung gegen die Berufsverbote (wobei wohlgeachtet immer die Initiative gemeint ist, Anm. AK) hat sich zu einer Bürgerrechtsformation entwickelt, die alle namenhaften demokratischen Jugendorganisationen, die Hochschulen, Friedenskräfte und christliche Kreise in der Bundesrepublik umfaßt und tief in die Gewerkschaften und die sozialliberalen Parteien hineinreicht. So etwa könnte man den internationalen Kongreß gegen Berufsverbote bilanzieren.“ Daran ist so gut wie nichts wahr.

Auf keiner der bisher stattgefundenen drei Konferenzen (1976 in Karlsruhe, 1977 in Oldenburg, 1979 in Darmstadt) ist das vertretene Spektrum bisher so eng gewesen wie in Darmstadt, wobei die DKP trotzdem noch eine starke Opposition gegen sich hatte.

Zwar sprachen zur Eröffnung neben DKP-nahen Kräften auch die Vorsitzenden der Jusos und der Jusos, vertreten war dieses Spektrum in größerer Anzahl jedoch nicht mehr. Insbesondere die Rede des Juso-Vorsitzenden Schröder war denn auch mehr von dem Element bestimmt, die SPD herauszuputzen, als die Gemeinsamkeit mit der DKP zu suchen. Wesentliche Vertreter der demokratischen, sozialdemokratischen und liberalen Bewegung, die noch auf den ersten Konferenzen anwesend waren fehlten ganz. So u.a. Gerhard Weber (der aus dem Arbeitsausschuß ausgetreten ist), Detlef Henschke (Mitglied des Vorstands der IG-Drupa), Bernd Engelmann, Ina van Heuvel (Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei der Niederlande), Eckart Spoo, Theo Schiller (FDP) usw., mit denen sich die DKP zwar zu schmücken wußte, die sie aber im nächsten Moment

als „Anti-Kommunisten“ diffamierte, wenn sie Kritik an der DDR äußerten. Der „tiefen Einfluß in den Gewerkschaften“ mußte sich gar auf „einfache“ Gewerkschaftsmitglieder beschränken, die keinesfalls im Namen ihrer Organisation sprechen konnten.

Sicherlich trägt die DKP an diesem Abdriften sozialdemokratischer Kräfte nicht allein die Schuld. Die SPD hat es durch ihre Kampagne geschafft, große Teile ihrer kritischen Basis wieder in die Partei zu integrieren und hat damit gezielt auf eine Spaltung der Bewegung gegen die Berufsverbote hingearbeitet. Dies kommt zum Ausdruck, wenn der Juso-Vorsitzende Schröder rotzfrech auf der Konferenz behauptet, die SPD sei die entscheidende Kraft gegen die Berufsverbote. Es fehlte nur noch die Aufforderung, die bestehenden Initiativen aufzulösen, um in die SPD einzutreten.

Aber die DKP macht es der SPD durch ihre Politik allzu leicht, diese Spaltung herbeizuführen. Die Kritik des Juso-Vorsitzenden an den Zuständen im „realen Sozialismus“ wurden auch jetzt in der Berichterstattung der revisionistischen Presse als „sachfremde Argumente“ diffamiert, die berechtigterweise „Unmut und Pfiffe hervorgerufen“ hätten. Dies erleichtert es natürlich den Sozialdemokraten, auf der Unglaubwürdigkeit dieser Initiative herumzureiten, um damit jede Kritik außerhalb der SPD zu treffen. Ähnliche Erfahrungen mußten auch andere Sozialdemokraten bei vorherigen Konferenzen machen. Aber auch der Alleinvertretungsanspruch der DKP in Sachen Berufsverbote hat bei nicht wenigen linken Sozialdemokraten Verstimmungen hervorgerufen. So gab die GEW Hamburg vor einiger Zeit eine Dokumentation über Berufsverbote heraus, in der Fälle des gesamten politischen Spektrums aufgenommen wurden (von Vorwürfen der DKP über KB bis hin zu SPD und FDP).

Zeit eine Dokumentation über Berufsverbote heraus, in der Fälle des gesamten politischen Spektrums aufgenommen wurden (von Vorwürfen der DKP über KB bis hin zu SPD und FDP/ML-Mitgliedschaft). Die Initiative druckte dies nach, unter Auslassung der Nicht-DKP-Fälle. Dies sorgte innerhalb der GEW, bis zum Vorstand, für eine scharfe Debatte über die Praktiken der DKP. Gerade in diesen Kreisen wächst die Haltung, sich nicht weiter vor den Karren der DKP spannen zu lassen.

Ein letztes hat das Russell-Tribunal getan. Alle Käfte außerhalb der DKP in der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ haben das Russell-Tribunal unterstützt. Die DKP versuchte dies wettzumachen durch politische dummliche Gegenaufrufe von DKP-Berufsverbotefällen. Es gelang allerdings nicht, gegen den Widerstand der DKP eine Unterstützung des Tribunals zu erreichen. Ebenso wie die DKP es durch Machtpolitik zu verhindern wußte, gegen die Ausbürgerung Biermanns und die Einkerkung Bahros zu protestieren.

Dies verstärkte auf allen Ebenen den Eindruck, daß die DKP zu keiner gleichberechtigten Bündnispolitik bereit ist, sondern die Bündnispartner parteipolitisch einzusetzen versucht.

Dieses Sektierertum in der Bündnispolitik einerseits ist gepaart mit der Unvereinbarkeitspolitik gegenüber anderen linken Kräften andererseits. Es sind zwei Seiten einer Medaille. Während die DKP meint, heute die eine Seite zu gebrauchen, versucht sie linke „Konkurrenz“ systematisch zu isolieren. Diese Politik fällt nun auf ihre eigenen Füße zurück.

Ein wesentliches Element der sozialdemokratischen Offensive in der Frage der Berufsverbote ist das Ziel, die demokratische Bewegung zu spalten und größere Teile wieder auf die Seite der SPD herüberzuziehen. Die ersten Erfolge konnte die SPD-Führung dabei schon verbuchen. Die Politik der DKP-Führung kommt ihr dabei in wesentlichen Fragen entgegen.

Die großsprecherischen Worte der DKP über die „Stärke und Einheit“ ihrer Initiative wird diese Gefahr nicht überwinden können.

Andererseits haben die begonnenen Debatten um die Berufsverbote vor allem aber das Russell-Tribunal gezeigt, daß Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Sektoren der Linken möglich sind. Gegenwärtig wird dies nur an der DKP v o r b e i möglich sein. Hier zeichnet sich ab, daß sie erst dann zur Zusammenarbeit mit a l l e n Linken bereit ist, wenn sie vollständig isoliert ist. Dazu bedarf es vielleicht noch ein oder zwei Kampagnen wie die des Russell-Tribunals.

Klassenjustiz



10. und 11.2. in Hannover: Gründung einer bundesweiten fortschrittlichen Anwaltsvereinigung

Auf dem 2. Deutschen Strafverteidigertag in Hamburg im April letzten Jahres beschlossen die 350 Teilnehmer bei nur zwei Enthaltungen, die Gründung einer demokratischen Anwaltsvereinigung in Angriff zu nehmen. Sie bekundeten damit ihren Willen, der „fortschreitenden Demontage von Grund- und Freiheitsrechten des Bürgers im Verhältnis zur Staatsgewalt“ (Gründungserklärung) nicht nur die Initiativen regionaler kleinerer Anwaltsgruppen entgegenzusetzen, sondern „die engagierte, kritische Minderheit der Anwaltschaft (zu) versammeln“ (Rechtsanwalt Holtfort, der vom Strafverteidigertag mit den Vorbereitungen zur Gründung beauftragt wurde, gegenüber der „FR“ vom 31.1.79).

Zu den Unterzeichnern des Aufrufs zur Gründung des Anwaltsvereins gehören bekannte Juristen wie z.B. der frühere Hamburger Justizsenator Klug (FDP), SPD-Bundestagsabgeordneter Manfred Coppik, die Rechtswissenschaftler W. Däubler und U. Preuß, der Vorsitzende des „Bundes freier Rechtsanwälte“, Hermann Husmann (CDU), die Rechtsanwälte Schily, Hannover, v. Plottnitz u.a.

Im Oktober 1978 legte die Vorbereitungsgruppe den Entwurf einer Satzung und Gründungserklärung zur Diskussion vor. Darin heißt es u.a.: „Diese Entwicklung (d.h. der Abbau von Grund- und Freiheitsrechten, die zunehmende Erfassung der Bevölkerung von nicht mehr kontrollierbaren Speichersystemen (Geheimdiensten)) zeigt sich naturgemäß besonders deutlich auf dem Gebiet des Straf- und Strafprozessrechts. Es vergeht kaum ein Monat, in dem nicht neue Gesetze strafprozessuale Garantien beseitigen, der Polizei immer mehr Vollmachten geben und die Rolle des Strafverteidigers denaturieren (seiner Aufgaben berauben, Anm. Red.). Die Anwaltsvereinigung setzt sich demgegenüber ein für das uneingeschränkte Recht des Beschuldigten, sich gegen den staatlichen Straf- und Strafverfolgungsanspruch mit allen gesetzmäßigen Mitteln zu wehren. Wir sind gegen die Eingriffe in die Verteidigerrechte, weil sie immer auch Eingriffe in die Rechte des Beschuldigten sind.“

„Nicht nur staatliche Gewalt, auch wirtschaftliche Macht steht vor der Versuchung des Rechtsmissbrauchs. ... Der wirtschaftlich Stärkere kann den wirtschaftlich Schwächeren beherrschen: z.B. im Arbeitsrecht, im Betriebsverfassungsrecht, im Mietrecht, im Bereich des Umweltschutzes (Kernenergie). Hier die Interessen der Betroffenen aus der Bevölkerung wahrzunehmen und zu verteidigen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der freien Anwaltschaft.“

... „Eine neue Dimension staatlicher und ökonomischer Eingriffsmöglichkeiten, die die Existenz ganzer Generationen bedrohen können, ist der Bereich der Kernenergie und die daraus resultierende Gefahr des 'Atomstaates' (Robert Jungk).“

Die demokratische Anwaltsvereinigung will kein Konkurrenzladen zum „Deutschen Anwaltsverein“ sein, der sich ohnehin vorrangig, wie Holtfort bissig formulierte, „mit der Vermögensbildung und Vermögensanlage seiner Mitglieder“ befasse.

Unter „Zweck des Vereins“ heißt es, daß er auf Gesetzgebungsorgane Einfluß nehmen, berufliche und wissenschaftliche Fortbildung betreiben, Veranstaltungen durchführen und die Öffentlichkeit informieren will. Bei Veranstaltungen durchzuführen und die Öffentlichkeit informieren will. Besonders die letzten beiden Punkte sind nicht nur für die fortschrittlichen Rechtsanwälte von Bedeutung, bedenkt man, daß die Informierung der Öffentlichkeit über die BRD-Justiz im wesentlichen der bürgerlichen Presse oder den herkömmlichen Standesorganisationen vorbehalten war, ganz zu schweigen von den unleserlichen juristischen „Fach“-Zeitschriften.

Zwar ist in der Gründungserklärung nicht ausdrücklich von einem Zeitungsprojekt die Rede, es ist allerdings davon auszugehen, daß die Zeitung „Einspruch“, die bisher – von der Hannoveraner Strafverteidiger e.V. herausgegeben – eher ein Schattendasein führte, zum Organ der neuen Vereinigung werden könnte. Ob eine solche Zeitung tatsächlich zu einem Forum wird, in dem alle Aspekte der Klassenjustiz zur Sprache kommen können, hängt u.a. auch davon ab, ob sich bei der Gründung am Wochenende in Hannover demokratische Strukturen durchsetzen werden.

Der Satzungsentwurf sieht vor, daß der Vorstand aus mindestens fünf Mitgliedern bestehen soll, die von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Die Regionalgruppen sollen jedoch nur eine Verbindungsperson zum Vorstand bestimmen können, die zwar Rederecht haben, aber nicht stimmberechtigt sind. Hierzu muß man wissen, daß es seit längerer Zeit in einzelnen Städten bzw. Regionen sog. „Jour fix“ gibt, Treffen linker Anwälte, die auch überregional zusammengekommen sind. Diese Gruppen haben sich in der Vergangenheit besonders mit politischen Strafprozessen (hier besonders mit den § 129a-Verfahren) befaßt und sich mit den drohenden Berufsverboten bzw. Straf- und Ehrengerichtsverfahren gegen fortschrittliche Anwälte auseinandergesetzt und versucht, hier eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Würden diese Gruppen lediglich Verbindungspersonen –

oder noch nicht einmal das – zum Vorstand stellen können, so wäre eine wichtige Gruppe unter den Anwälten (nämlich die, die den stärksten Angriffen seitens der Klassenjustiz ausgesetzt ist) gar nicht oder nicht ausreichend vertreten. Die Oppositionsmeinung zu diesem Satzungspunkt geht denn auch in die Richtung, den Vorstand zahlenmäßig wesentlich zu vergrößern, indem die Regionalgruppen mit abstimmungsberechtigten Mitgliedern vertreten sind.

Woran soll gearbeitet werden?

Relativ lange bestand eine Kontroverse darüber, ob der Verein lediglich Strafverteidiger oder auch Anwälte se darüber, ob der Verein lediglich Strafverteidiger oder auch Anwälte, die sich mit anderen Rechtsgebieten beschäftigen, organisieren soll. Sicher ist es richtig, daß besonders die zahlreichen Gesetzesänderungen im Strafrecht das Klima, das sich in westdeutschen Gerichtssälen ausbreitet, zusehends bestimmen. Gerade deshalb ist es aber ebenso wichtig, die Kolleg/innen, die sich speziell mit Miet-, Ausländer-, Arbeitsrecht etc. beschäftigen, in diese Auseinandersetzung mit einzubeziehen. Dieser Gedanke hat sich schließlich durchgesetzt. In der Satzung wird die Bildung folgender Ausschüsse vorgeschlagen:

1. Strafrecht und Strafprozessrecht
2. Ausländerrecht
3. Arbeitsrecht und Betriebsverfassungsrecht
4. Öffentliches Dienstrecht und Berufsverbote
5. Polizeirecht
6. Energierecht
7. Standesrecht für Rechtsanwälte

Allerdings gibt es bis jetzt keinerlei konkrete Vorschläge, wie – mit welchen Vorstellungen und Einschätzungen – zu diesen Themen gearbeitet werden soll. U.E. müßte auf der Gründungsversammlung die Bildung dieser Ausschüsse ein Schwerpunkt in der Diskussion sein. Denn nur, wenn sich der neue Verein auf tatsächlich arbeitende Gruppen stützen kann, wird er in der Lage sein, zu bedeutenden Entwicklungen in einzelnen Rechtsgebieten eine Einschätzung abzugeben, Veranstaltungen zu organisieren etc.

Eine Bemerkung zum Schluß können wir uns nicht verkneifen. Es gibt immer noch Leute, die die Gründung dieses Anwaltsvereins für falsch halten. Begründung: Die Vorbereitung zur Gründung sei im Geheimen zustande gekommen, die Anwaltsvereinigung gebe keine Grundlage an, auf der man gegen die Klassenjustiz kämpfen könne usw. Es handelt sich hierbei um unsere Freunde vom KBW.

IKAH/Hamburg

Dreieinhalb Jahre Knast für Rechtsanwalt Croissant gefordert!

Im Prozeß gegen Rechtsanwalt Croissant, der derzeit vor dem Landgericht in Stuttgart-Stammheim stattfindet, hat die Staatsanwaltschaft dreieinhalb Jahre Knast und fünf Jahre Berufsverbot gefordert.

Damit soll offenbar die durch das französische Auslieferungsdekret vorgegebene Beschränkung in den Anklagevorwürfen unterlaufen werden.

Mißachtung des Völkerrechts

Trotz dieser Bindung durch die Prinzipien des Völkerrechts wurde durch die Staatsanwaltschaft Stuttgart die ursprüngliche Anklage, ohne die Beschränkungen des Auslieferungsbeschlusses des französischen Gerichtes, verlesen und zum Ausgangspunkt des Prozesses gemacht.

Die Verteidiger protestierten beim Gericht gegen diesen Rechtsbruch – allerdings ohne Erfolg.

Eigentlich ein Grund, das Gericht wegen Besorgnis der Befangenheit abzulehnen. Croissant stellte diesen Ablehnungsantrag jedoch nicht und zwar mit folgender Begründung: „Wenn dennoch von einem Ablehnungsantrag abgesehen wurde, so deshalb, weil ein solcher Schritt nur den falschen Anschein erweckt hätte, als könne es innerhalb der bürgerlichen Justiz noch Richter geben, die in einem derartigen Prozeß nicht voreingenommen sind.“

Schikanen gegen die Verteidiger

Wie üblich in den Prozessen gegen Linke wurden die Verteidiger unwürdigen Durchsuchungsschikanen ausgesetzt.

Die deutschen Verteidiger von Croissant müssen sich körperlichen Durchsuchungen von der Art der Hosenladenkontrollen unterziehen, die bereits gegen Heldmann durchgezogen wurden.

Da die Hosenladenkontrolle auf den heftigen Widerstand der Anwälte stieß und auch in der Öffentlichkeit umstritten ist, holte das Gericht eine Stellungnahme der Stuttgarter Anwaltskammer ein, die zu den Diskriminierungen der Anwälte sagte: „Voraussetzung der Zumutbarkeit der sitzungspolizeilichen Maßnahmen ist, daß ihnen sämtliche Prozeßbeteiligte mit Ausnahme der Mitglieder des erkennenden Gerichts unterworfen werden.“

Die Kumpanei siegte dennoch: Das Gericht ordnete nicht die Durchsuchung der Staatsanwälte an.

Im Verfahren gegen Croissant kam diesen sogenannten Sicherheits-

maßnahmen eine besonders diskriminierende Bedeutung zu. Die Verteidiger erklärten dazu: „In dem Strafverfahren wird gegen Croissant der Vorwurf erhoben, er habe seine Rechte als Verteidiger mißbraucht; er sei ihr Komplize geworden ... Der Durchsuchung seiner Verteidiger kann nur die Unterstellung zugrunde liegen, Croissant mißbrauche den Kontakt mit seinen Verteidigern, um sich Waffen zu beschaffen oder er sei zumindest bereit, sie entgegenzunehmen ...“

Aber die Durchsuchung ist darauf angelegt, den Verdacht zu bestätigen und zu bekräftigen, er mißbrauche den Kontakt mit seinen Verteidigern. Der Vorwurf gegen Croissant wird also in der Behandlung seiner Verteidiger ihm gegenüber wie erwiesen behandelt. Mit der Durchsuchung wird der Vorwurf, die Rechte der Verteidigung zu mißbrauchen, nunmehr auch gegen die Verteidiger erhoben; sie werden in die Nähe des Komplizens gerückt. Wird der Verteidiger wie ein Komplize behandelt, gilt der Mandant bereits als Täter überführt ... Ein Anlaß der Verdächtigung ist somit die Person des Angeklagten ...“

Der Prozeßverlauf

Nach einer längeren Erklärung von Croissant zur Sache, in der er ausführte, daß es in seinem Verfahren um das Recht auf politische Verteidigung überhaupt geht, in der er seine Motive für den Schritt ins französische Exil darstellte („Maßgebend für meinen Schritt ins Exil war nicht dieser Prozeß, dem ich schon seit fünf Jahren entgehe, sondern die schließlich unerträglich gewordene Intensität der politischen Verfolgung“), begann die Beweisaufnahme.

Sie bestand ganz überwiegend in der Verlesung von Schriftstücken des sogenannten „Info-Systems“.

Rechtsanwalt Croissant gab dazu nach 46 Tagen eine Erklärung ab, die er unter das Motto: „Der Papierberg: ein Papiertiger“ stellte.

Er entwickelte nochmal anhand der verlesenen und anderer Schriftstücke, daß das sogenannte „Info-System“ eben gerade der Verteidigung diene und nichts anderem.

Wir werden im nächsten AK auf die Schlußplädoyers der Staatsanwaltschaft und der Verteidiger sowie auf das dann voraussichtlich schon gefällte Urteil eingehen.

IKAH

Berufsverbot für Rechtsanwalt Groenewold aufgehoben

Durch einen Beschluß vom 21.12.78, der allerdings erst Ende Januar zugestellt wurde, hat das Ehrengericht Hamburg das gegen Groenewold verhängte vorläufige Berufsverbot aufgehoben.

Dem war vorausgegangen, daß das Urteil in dem Strafprozeß (zwei Jahre Knast auf Bewährung und DM 70.000,- Geldbuße) durch Rücknahme der Revisionen sowohl durch die Bundesanwaltschaft als auch durch Groenewold selber rechtskräftig geworden war.

Da in diesem Urteil Groenewold zugestanden wird, daß das angeblich hochkriminelle „Infosystem“ (wenn es nach dem Staatsschutz ginge) nach Auffassung des Oberlandesgerichts legal war und Groenewold sich ansonsten in einem entschuldigen Irrtum über bestimmte illegale Papiere befand, konnte das Ehrengericht die Dringlichkeit einer sofortigen Berufsuntersagung nicht länger aufrechterhalten.

Groenewold darf also erst einmal wieder verteidigen.

Die Staatsanwaltschaft hat allerdings nicht in ihrem Verfolgungseifer nachgelassen: Gegen die Aufhebung des Berufsverbots wurde inzwischen Beschwerde eingelegt.

Für April ist außerdem bereits das ehrengerichtliche Hauptverfahren angesetzt, in dem über den endgültigen Ausschuß von Groenewold aus der Anwaltschaft entschieden werden soll (das bisherige Berufsverbot war nur „vorläufig“, also so eine Art „Einstweilige Verfügung“). Die Sache ist insgesamt noch lange nicht ausgestanden: Es kann durchaus sein, daß die Ehrenrichter es für unehrenhaft halten, wenn ein Verteidiger, der wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ zu zwei Jahren Knast (auf Bewährung) verurteilt ist, weiterhin Anwalt bleibt.

Der Hauptkampf steht also noch aus. Es wird weiter darauf ankommen, durch breite öffentliche Unterstützung den Ausschuß von Kurt Groenewold aus der Anwaltschaft und damit ein endgültiges Berufsverbot zu verhindern.

IKAH

Bitte um Post

Ein Gefangener bat uns, folgenden Text abzudrucken:

Seele auf Eis!

Ich bin seit fünf Jahren im Zuchthaus. Soziale Kontakte habe ich keine mehr, und ich merke, daß mich der Verwahrlosung langsam schafft. Ich weiß nicht, wie ich mich richtig ausdrücken soll, ich suche einfach jemanden, der mir mal schreibt und

mich mal besucht, einfach jemanden, der mir hilft. Natürlich möchte ich nichts umsonst, und für jede Gefälligkeit, für jeden Brief will ich mich revanchieren. Es soll keine Einbahnstraße in den Knast sein, also nicht nur ein Geben. Vielleicht schreibt mir Mann/Frau einmal und wir reden über alles.

Meine Adresse: Peter Schäfer, Paradeplatz 5, 3578 Schwalmstadt 2

Brief von Astrids Verteidigern

Die Verteidiger von Astrid Proll schickten uns einen Brief, in dem noch einmal ein zusammenfassender Überblick über ihre Haftsituation und den Stand des Auslieferungsverfahrens gegeben wird. Dieser Brief korrigiert auch einige ungenaue bzw. falsche Angaben, die in AK 146 im Interview mit Astrids Bruder Thorwald und dem Begleittext dazu enthalten waren (S. 21). Thorwald selbst hatte uns zwischenzeitlich auch um eine Korrektur im wesentlichen der gleichen Punkte gebeten, nachdem sich das Solidaritätskomitee „Friends of Astrid“ diesbezüglich an ihn gewandt hatte. Ein Punkt unseres Begleittext im letzten AK betreffend, sei über den folgenden Brief hinaus erwähnt: Thorwald hatte leider nicht mehrmals die Möglichkeit, Astrid zu besuchen, bevor ihm die Einreise verboten wurde; der Grenzübergang nach England blieb für ihn schon bei seinem zweiten Besuchsversuch geschlossen. Nun der Brief von Astrids Verteidigern:

Lieber Arbeiterkampf,

Interview mit Thorwald Proll und
Leitartikel Arbeiterkampf Nr. 146,
22.1.79, S. 21/22

Wir sind die Anwälte von Astrid Proll und haben gerade Kenntnis von der oben erwähnten Ausgabe des „Arbeiterkampf“ erhalten, von der zwei Seiten sich mit unserer Mandantin beschäftigen.

Wir wissen es am besten, wie schwierig es ist, nicht den Überblick über diesen zunehmend komplizierter werdenden Fall zu verlieren; es muß umso schwieriger für Nicht-Engländer sein, die langwierigen englischen Gerichtsverfahren zu verstehen, die von der deutschen Bundesregierung mit dem offiziellen Auslieferungsersuchen vom 15. Oktober 1978 in Gang gesetzt wurden.

Die wichtigste Information für Ihre Leser ist, daß weder im Magistratsgericht (der ersten Instanz) noch im Familiengericht eine endgültige Entscheidung getroffen worden ist.

Wir möchten die Situation Astrids noch einmal so kurz wie eben möglich zusammenfassen.

1. Haftbedingungen

Astrid Proll ist praktisch in Isolationshaft. Zusammen mit der Palästinenserin Kholoud Moghrabi, die kaum Englisch spricht, wird sie im Männergefängnis Brixton gefangen gehalten. Als Kategorie A-Gefangene (höchste Sicherheitsstufe) sind beide Frauen ständig von sieben Wärterinnen und einer Fernsehkamera überwacht. Astrid Proll hat Hofgang mit einer Wärterin (1 Stunde täglich), nicht mit ihrer Mitgefangenen. Während der Aufsichtzeiten – nach unserem Einspruch jetzt 6 Stunden täglich – sitzen die Gefangenen in einem Raum mit den Wärterinnen. Ohne Aufsicht ist sie nur in ihrer Zelle oder im Bad. Unser frühzeitiger

Antrag auf Verlegung in das Frauengefängnis Holloway wurde vom Innenministerium aus Sicherheitsgründen abgelehnt.

2. Das Auslieferungsverfahren

Das Auslieferungsverfahren in der ersten Instanz wurde formell am 14. Dezember 1978 eröffnet. Damals erläuterte die Anklagevertretung kurz die Beweislage für die sieben Anklagepunkte unter dem englisch-deutschen Auslieferungsantrag von 1960 mit Ergänzung. (Das Antiterrorismusgesetz von 1978 hat mit ihrem Verfahren nichts zu tun.) Die Anklagepunkte waren:

1. Bankraub Berlin
2. Urkundenfälschung
3. Urkundenfälschung
4. Mordversuch (Grünhagen)
5. Mordversuch (Simons)
6. Diebstahl oder
7. Hehlerei eines PKWs.

Bei dieser Gelegenheit wurde die Anklage wegen Beteiligung an einem Kasseler Bankraub fallengelassen. Von einer Beteiligung an der Baader-Befreiung war nie die Rede. In der Anhörung vom 8.-11. Januar 1979 verlas die Anklage sämtliche Beweise, die die Verteidigung anfocht. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Richter lediglich zu entscheiden, ob die Beweise für jeden Anklagepunkt im einzelnen nach englischem Recht zur Eröffnung eines Hauptverfahrens vor einem Schwurgericht formal ausreichen würden. Am 17.1.79 verkündete er, daß trotz erheblicher Bedenken besonders bei der Aussage des Kronzeugen Ruhland eine Anklage in sämtlichen Punkten gerechtfertigt sei. Dabei würden die Beweise zu 6. und 7. nur für eine Anklage wegen Hehlerei ausreichen.

Der Richter muß sich noch mit mehreren Anträgen der Verteidigung befassen, die im Falle eines Erfolges die Zahl der Anklagepunkte erheblich reduzieren würden. Das wird vor-

aussichtlich Ende des Monats (Februar) stattfinden.

Da Astrid Proll im Oktober 1978 einen Antrag auf britische Staatsbürgerschaft (zu der sie aufgrund ihrer Heirat mit einem Engländer berechtigt ist) gestellt hat, konzidierte der Richter, daß es juristisch strittig ist, ob eine englische Staatsangehörige trotz der Vertragsergänzung vom 3. Oktober 1978 an die Bundesrepublik ausgeliefert werden könne. (Vor diesem Datum war eine solche Auslieferung nicht möglich – die Verteidigung argumentiert, daß trotz der intendierten Veränderung de facto die Bestimmungen nicht geändert worden seien.) Die Anklage zweifelt jedoch die Zuständigkeit dieses Gerichts für dieses Problem an. Deswegen wird der Richter am 5. Februar 1979 die Argumente von Verteidigung und Anklage zur Kenntnis nehmen, ob es im Bereich seiner Zuständigkeit liegt, den Inhalt des geänderten Auslieferungsvertrages zu interpretieren. Im positiven Falle wird es zu einem weiteren Termin über die Auswirkungen der Vertragsänderung kommen. Im negativen Falle muß sich ein höheres Gericht mit dieser Frage beschäftigen.

Inzwischen kämpfen wir angesichts der Verzögerungstaktik des Innenministeriums (das die Gültigkeit der Eheschließung anzweifelt) in mehreren höheren Zivilgerichten, jetzt im Familiengericht, um die Anerkennung der Gültigkeit ihrer Ehe und ihres Rechts auf Staatsbürgerschaft. Der Termin für diese Verhandlung wird Ende Februar festgesetzt.

Es gibt mehrere Revisionsmöglichkeiten gegen die Entscheidung des Magistrats, über die Prozeßfähigkeit der Beweismittel ebenso wie gegen eine negative Entscheidung des Familiengerichts. Darüber hinaus, falls alles schief geht, liegt die letzte Entscheidung über die Auslieferung unserer Mandantin beim Innenminister, der das Ermessen hat, gegen ihre Auslieferung zu entscheiden.

Wir hoffen, daß Ihnen dieser Brief eine grundsätzliche Vorstellung von den bisherigen und künftigen juristischen Prozeduren gibt, und versuchen alles, um zu gewährleisten, daß Astrid Proll nicht länger in einem englischen oder deutschen Gefängnis festgehalten wird.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Lawrence A. Grant

Astrid-Proll-Veranstaltung in Münster

Am 26.1.79 hatte die Uni-Frauengruppe in Münster zu einer Solidaritätsveranstaltung mit Astrid Proll eingeladen.

Als Gäste waren zwei Engländerinnen aus der Gruppe „friends of Astrid“ sowie ein Rechtsanwalt aus Münster gekommen.

Es wurde der Video-Film „Anna Astrid Proll – Ihr Leben in England“ gezeigt.

Im Anschluß an den Film wurde über den bisherigen Prozeßverlauf diskutiert. Die Mehrheit der Anwesenden kam zu der Einschätzung, daß Astrid ausgeliefert wird, was eine verstärkte Solidaritätsarbeit verlangt.

Im weiteren Verlauf wurde über die Haftbedingungen in England diskutiert. Seit Astrids Verhaftung am 15.9.78 wurde in England, anlehnend an das „Modell Deutschland“, der Weg eingeschlagen, Gesetze zu verändern, wie man's braucht. So wurde

z. B. am 3.10.78, kurz nach Astrids Verhaftung, der Gesetzestext „kein britischer Staatsbürger kann ausgeliefert werden“, umgeändert in „kein Land kann verpflichtet werden, seine eigenen Staatsbürger auszuliefern“. Diese Abschwächung bedeutet, daß eine britische Staatsbürgerschaft nicht mehr prinzipiell eine Garantie auf Nichtauslieferung ist. So wird selbst eine positive Entscheidung über Astrids Staatsbürgerschaft in der Verhandlung am 5.2.79 keine Sicherheit Astrids vor der Auslieferung an die BRD bringen.

Zu der Veranstaltung in Münster kamen etwa 60 Interessierte, wovon ein Teil zu einer weiteren Solidaritätsarbeit bereit ist.

Diese Gruppe will verstärkt Öffentlichkeitsarbeit machen und die Solidarität in Münster verbreitern.

KB-Sympathisantinnen –
Frauengruppe Münster

Trauriger Unverstand

Rund 400 Frankfurter Linke besuchten am 24. Januar eine Veranstaltung zur Solidarität mit Astrid Proll. Zu den Teilnehmern auf dem Podium gehörten neben zwei Mitgliedern der „friends of Astrid“, die über die derzeitige Situation von Astrid und die englische Solidaritätsbewegung berichteten, auch Sebastian Cobler und Frau Einsele, die frühere Leiterin des Frauen-Gefängnisses in Frankfurt-Preungesheim, in dem auch Astrid seinerzeit inhaftiert war.

Frau Einsele ist Mitunterzeichnerin eines Briefes an Innenminister Baum, in dem gefordert wird, die Verfolgung von Astrid einzustellen. Ihre Teilnahme an dieser Veranstaltung schmeckte einem großen Teil der anwesenden Sponti-Linken aber gar nicht: Schon bei ihrer Ankündigung brachen regelrechte Ablehnungstumulte in diesem Teil des Publikums aus. Nur von ständigen Zwischenrufen unterbrochen, konnte Frau Einsele dann überhaupt ihre Meinung vorbringen. Sie sagte: Astrid Proll hätte durch ihr Leben in den vergangenen vier Jahren bewiesen, daß sie keine Terroristin mehr sei. Die konkreten Vorwürfe, die ihr gemacht würden, seien unglaubwürdig, weil sie sich auf den problematischen Zeugen Ruhland stützten. Astrid Prolls Gesundheit sei durch eine erneute Inhaftierung erheblich gefährdet. Frau Einsele forderte, Astrid nicht aus ihrem neuen Leben herauszureißen.

Man kann sich wirklich nur an den Kopf fassen, wie viele sich als sooo „undogmatisch“ dünkende Linke in Frankfurt

eine derartige Borniertheit an den Tag legen können, um nicht zu begreifen, wie wertvoll eine liberale Stimme wie die von Frau Einsele ist, um der Solidarität mit Astrid Proll gegen das Auslieferungsbegehren der Bundesregierung Gehör zu verschaffen; um überhaupt einen breiteren Protest gegen die unmenschlichen Haftbedingungen in den BRD-Gefängnissen und zur Rettung von Leben und Gesundheit der Gefangenen zu erreichen. Haben wir denn so viele Liberale und Demokraten in unserem Land, die offen ihren Protest gegen Maßnahmen der Bundesregierung erheben, daß ein Teil der Linken diese so überheblich von sich stoßen könnte, ohne sich selbst nur tiefer in die Isolierung zu verrennen? Politische Blindheit und selbstgefällige Sektanten-Mentalität grassieren leider nicht nur im „ML“-Lager, sondern oft nicht minder bei den sogenannten „Undogmatikern“.

Sebastian Cobler, vormals Sekretaritäts-Mitglied des III. Russell-Tribunals, kritisierte die Reaktion eines Teils der Veranstaltungsteilnehmer auf das Auftreten und den Beitrag von Frau Einsele in eben diesem Sinne: Das Thema politische Gefangene in der BRD erzeuge immer wieder den Mechanismus „Distanzierung oder Identifizierung“. Wenn man jemals über die radikale Linke hinaus Anteilnahme an der Situation politischer Gefangener wolle, dann müsse man von diesem Mechanismus wegwenden.

Auch Cobler wurde dafür ausgebuht. Trauriger Unverstand. Th./J.

Zeugen Ruhland stützen. Astrid Prolls Gesundheit sei durch eine erneute Inhaftierung erheblich gefährdet. Frau Einsele forderte, Astrid nicht aus ihrem neuen Leben herauszureißen.

Man kann sich wirklich nur an den Kopf fassen, wie viele sich als sooo „undogmatisch“ dünkende Linke in Frankfurt

„Distanzierung oder Identifizierung“. Wenn man jemals über die radikale Linke hinaus Anteilnahme an der Situation politischer Gefangener wolle, dann müsse man von diesem Mechanismus wegwenden.

Auch Cobler wurde dafür ausgebuht. Trauriger Unverstand. Th./J.

Gefangenen-Angehörige protestieren gegen Polizeiaktion

In AK 145 (Seite 29) hatten wir über die Polizeiaktion auf Dokumentarfilmer in Karlsruhe berichtet; die Polizei versuchte mit dieser (und schon vorausgegangener) Repressalien und Schikanen die Arbeit an einem Film über Angehörige von politischen Gefangenen in der BRD zu behindern. Jetzt erreichte uns eine Erklärung der Angehörigen von politischen Gefangenen in der BRD dazu, die wir nachstehend abdrucken:

„Am Samstag, dem 2.12.1978 wurden drei Studenten der Deutschen Film- und Fernsehakademie in Karlsruhe verhaftet.“

Dieses Filmteam arbeitet schon seit Anfang 1978 an einem Dokumentarfilm über die Situation der Angehörigen von politischen Gefangenen in der BRD.

Die Herstellung dieses Films wurde in den letzten Monaten immer massiver durch Polizeiaktionen behindert. Der Film ist eine Dokumentation, die aufzeigt, wie sich das Leben der Angehörigen veränderte hat durch die drastische Konfrontation mit den unmenschlichen Haftbedingungen ihrer Verwandten.

Wir Angehörigen von politischen Gefangenen haben zu diesem Filmteam der Film- und Fernsehakademie, Berlin, im Laufe der gemeinsa-

men Dreharbeiten Vertrauen gefaßt. Im Gegensatz zu den Veröffentlichungen in Presse und Medien, die immer wieder in verzerrter Form ein völlig falsches Bild unserer Engagements für die Gefangenen gebracht haben, fanden wir hier echtes Verständnis und Unvoreingenommenheit.

Es ist für uns ein grundsätzliches Anliegen, aus der Erfahrung der Diskriminierung heraus, denen wir ständig ausgesetzt sind, zu verhindern, daß dieses Filmteam, das sich als Aufgabe gesetzt hat, unverzerrt zu informieren, den gleichen Drangsalierungen unterworfen wird.

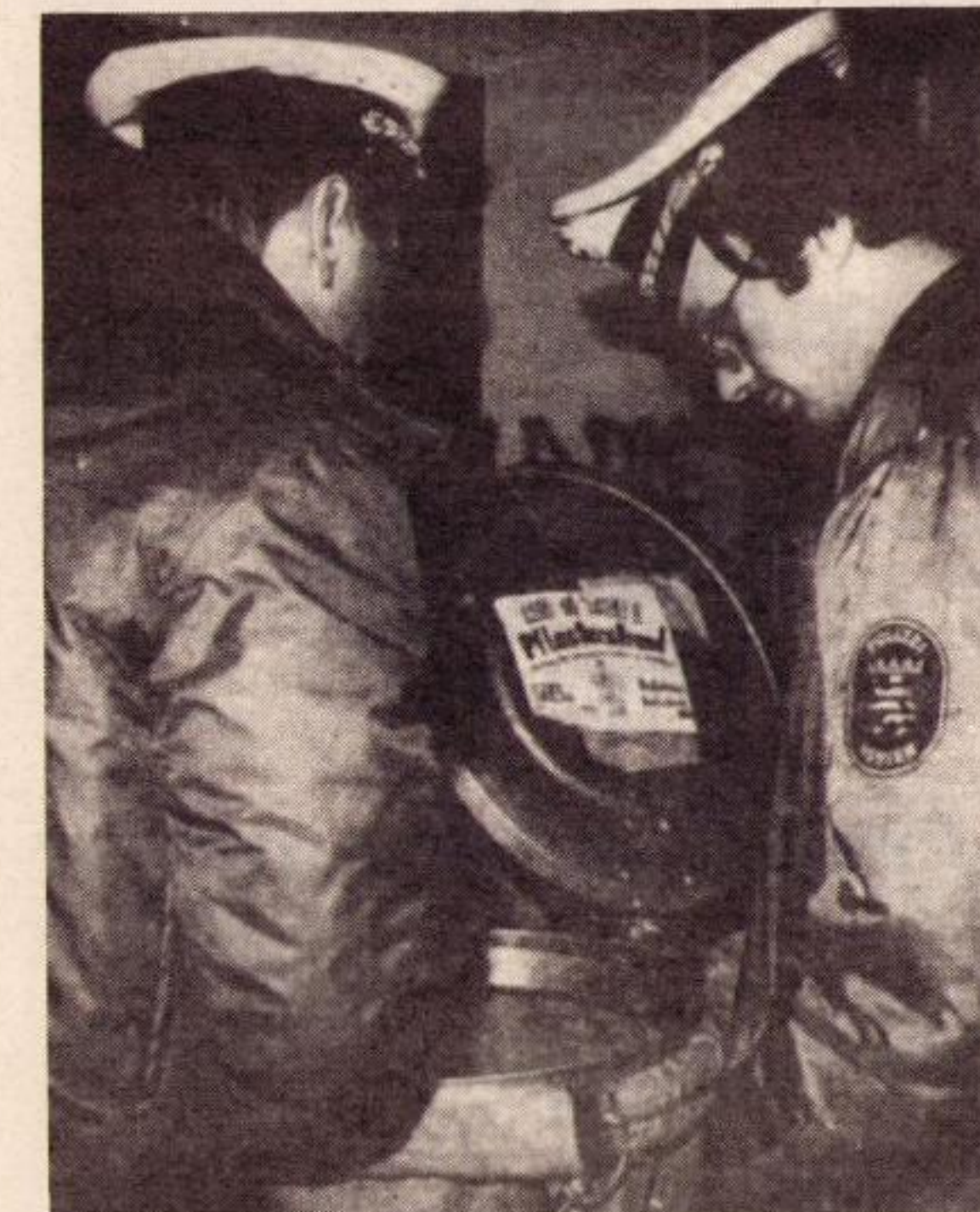
Wir fordern deshalb, daß die Studenten der Deutschen Film- und Fernsehakademie, Berlin, ihre Filmarbeiten ungehindert von polizeilichen Repressalien fortsetzen können.

Im Namen der Angehörigen von politischen Gefangenen:
Adelheid Hinrichsen
Christa Cullen
Ilse Ensslin
Wienke, Zitzlaff
Helmut Ensslin
Beate Tauffer
Uwe Folkerts
Gertrud Tauffer
Hildegard Haag
Rita Wiesniewski

„Pflasterstrand“ beschlagnahmt



„Pflasterstrand“ beschlagnahmt



Heute beschlagnahmte die Kriminalpolizei bundesweit die Restexemplare des seit zwei Wochen im Handel erhältlichen „Pflasterstrand“ („Frankfurter Stadtzeitung“) Nr. 45, wegen einem Artikel „Hunde wollt ihr ewig bellen“ der sogenannten Revolutio-

nären Zellen. Dieser Artikel wurde uns anonym zugesandt. Das Redaktionskollektiv des „Pflasterstrand“ hat sich nie als Sprachrohr oder als Werbeagentur irgendeiner politischen Organisation, ob „legale“ oder „illegale“, „pazifistische“ oder „terrori-

24.1.79

Pflasterstrand-Redaktionskollektiv
Kontakt: Pflasterstrand, Stadtzeitung
für Frankfurt GmbH i.Gr., Hamburger
Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel:
0611/70 30 87

Vier 3/4 und sechs Jahre Knast für Gerd Albartus und Enno Schwall!

Folgenden Text erhielten wir zum Urteil gegen Gerd Albartus und Enno Schwall zugeschickt:

Am 19.1.79 hat das Oberlandesgericht Düsseldorf den arbeitslosen Lehrer Gerd Albartus und den arbeitslosen Diplom-Soziologen Enno Schwall zu vierdreiviertel bzw. sechs Jahren Knast verurteilt. Beide sitzen seit über zwei Jahren in U-Haft. Enno und Gerd hatten am 3.1.77 zusammen in Aachen den Film „Unternehmen Entebbe“ besucht, der die israelische Kommandoaktion gegen palästinensische Guerilleros in Uganda verherrlichte.

Am 4.1.77 wurde in dem Kino ein Brandsatz gefunden, der sich nach kriminaltechnischer Untersuchung als funktionsunfähig erwies.

Obwohl Enno und Gerd von mehreren LKA-Bullen auch im Kino observiert wurden, sah keiner von diesen, daß die beiden den Brandsatz deponierten.

Das Gericht verurteilte trotzdem die beiden wegen versuchter Brandstiftung und Zugehörigkeit zu einer „terroristischen“ Vereinigung (§ 129a). Es unterstellt Enno und Gerd die Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen: Die beiden waren im Kino, um durch Diskussion den Film zu verhindern.

Für die Verurteilung genügte ein paar zufällig und willkürlich bewertete Indizien, die allein für eine Verurteilung nicht ausgereicht hätten, wenn Enno und Gerd nicht aufgrund ihrer politischen Überzeugung dem Täterbild entsprochen hätten, das die Richter von Mitgliedern der Revolutionären Zellen im Kopf hatten.

Weil sie nicht bereit waren, sich von der Zielsetzung – der Verhinderung des Films – des versuchten Brandanschlags zu distanzieren und weil sie eine RZ-Schrift „Revolutionärer Zorn“ besaßen, sah das Gericht ihre Mitgliedschaft als erwiesen an. Die Verurteilungsbereitschaft des Gerichtes zeigte sich schon frühzeitig an den Haftbedingungen: Über ein Jahr der U-Haft war Einzelhaft unter völligem Ausschluß von allen Gemeinschaftsveranstaltungen, Kontaktpersonen bei der Schleier-Entführung wurde angeordnet, seit Sommer 1978 Anwaltsbesuche nur mit Trennscheibe und viele andere Sonderauflagen.

Verurteilt wurde Gerd auch wegen versuchten Diebstahls eines schrottigen Autos und Enno wegen Waffenbesitzes und gefälschten Ausweispapieren. Während in der Beweisaufnahme diese Vorwürfe breiten Raum einnahmen – wohl weil sie das Hintergrundmaterial für das Bild eines Terroristen abgeben sollten – spielten sie für die Verurteilung eine ge-

ringfügige Rolle. Die Höhe der Verurteilung ergab sich aus der versuchten Brandstiftung in Verbindung mit der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung. Dafür waren aber die Beweise am düftigsten.

Weder die Observationsbulen noch andere Kinobesucher hatten gesehen, daß Enno den Brandsatz in einer Nische hinter der letzten Sitzreihe, wo er gefunden wurde, deponiert hatte. Lediglich drei Besucher hatten an einem Platz, von dem diese Stelle mit einigem Umstand vielleicht gerade noch zu erreichen war, einen Mann in schwarzem Mantel, mit Nickelbrille und halblangen Haaren gesehen. Diese Beschreibung trifft auf Enno zu, aber auch auf tausend andere.

Was „Terroristenprozesse“ alles möglich machen, zeigt auch, wie das Gericht eine terroristische Vereinigung konstruiert. Notizen, die sogar vom Gericht höchstens als Vorüberlegungen für einen Banküberfall angesehen wurden, werden als Beweis für eine terroristische Vereinigung herangezogen.

Es liegt weder eine konkrete Planung für einen Banküberfall vor, noch sind Vorbereitungen für einen solchen getroffen worden.

Es hat sich allenfalls mal jemand Gedanken über die Möglichkeit gemacht und ein paar Notizen aufgeschrieben. Zu diesen Notizen denkt sich das Gericht noch ein paar Tatgenossen hinzu und schon hat es eine terroristische Vereinigung. Während in „normalen“ Strafprozessen Richter über Geschichten vom großen Unbekannten nur müde lächeln, werden hier – für die Verurteilung nach § 129a – gleich viele große Unbekannte unterstellt, damit die RZ als terroristische Vereinigung bewiesen werden können. Der § 129a verlangt halt mindestens drei Mitglieder.

Die Notizen, die bei Enno gefunden worden waren, wertete das LKA als Vorüberlegungen für einen Banküberfall, zu dessen Durchführung nach LKA-Meinung sieben Personen erforderlich gewesen wären.

Das Gericht schließt daraus: Also müssen die Revolutionären Zellen aus mindestens sieben Personen bestanden haben.

Spenden für den Prozeß:
Kto. 92 5917 (Martin Rapp für Schwall/Albartus)
Sparkasse Bielefeld
BLZ 480 50161

Knast für die Agit-Drucker?

Am 17.1. forderte der Staatsanwalt im Prozeß gegen die Westberliner Agit-Drucker Martin, Henning und Gerdi 18 Monate Knast ohne Bewährung und für Jutta 15 Monate ohne Bewährung. Er hielt es für erwiesen, daß sie das „Info Westberliner Undogmatischer Gruppen“ nicht nur gedruckt, sondern dessen Inhalt auch gebilligt und damit „Terroristen“ unterstützt hätten. Im Gegensatz zu den anderen sehe er bei Jutta Ansätze zur Einsicht. Gutachten der Verteidigung, wie das von Professor Walter Jens beispielsweise, wurden vom Tisch gewischt mit der Behauptung, dieser habe sich „offensichtlich“ von seiner politischen Überzeugung und nicht von der Sache leiten lassen.

Obwohl der Prozeßverlauf die Anklage zunehmend ins Wanken brachte, wurde jetzt trotzdem keinen Deut von dem Vorwurf der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129a) und „Befürwortung von Gewalt“ nach § 88a abgewichen. Der Staatsanwalt ließ auch einen Hinweis nicht aus, daß nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes Gefängnisstrafen aufgrund dieser Paragraphen nicht zur Bewährung ausgesetzt werden sollen. Es besteht also ganz konkret die Gefahr, daß die Agit-Drucker wieder in den Knast müssen!

SSB/Westberlin

Günther Sonnenberg in Totalisolation

Die Gefangenen Günther Sonnenberg, Siegfried Haag und Roland Mayer sind am 24.1. in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Grund des Hungerstreiks ist die Streichung des gemeinsamen Hofgangs. Der gemeinsame Hofgang, der seit ca. 1 Jahr durchgeführt wurde, war vom zuständigen Haft Richter angeordnet worden, da „die positiven therapeutischen Auswirkungen (des gemeinsamen Hofgangs) auf den Gesundheitszustand des (durch einen Kopfschuß schwerverletzten) Gefangenen Sonnenberg augenscheinlich“ sind. Die Gestattung eines gemeinsamen Hofgangs wurde vom BGH am 29.12.78 nochmals ausdrücklich bestätigt.

Durch die Streichung des gemeinsamen Hofgangs ist Günther Sonnenberg die letzte und einzige

Möglichkeit der Kommunikation und sozialen Interaktion genommen. Damit ist auch die einzige noch bestehende Regelung entfallen, um wenigstens den weiteren gesundheitlichen Verfall von Günther Sonnenberg aufzuhalten. Die erneute Totalisolation ist offensichtlich vom baden-württembergischen Justizministerium angeordnet worden, da es bislang nicht gelungen ist, die politische Identität von Günther Sonnenberg zu brechen.

Die Gefangenen erklärten, daß der Hungerstreik erst beendet wird, wenn ihnen der gemeinsame Hofgang wieder zugelassen wird.

(Nach Presseerklärungen der Anwälte Weider und Heinisch)

KB Gruppe Frankfurt

Tübinger Richter macht aus Zeugen der Verteidigung Angeklagte!

In Tübingen sind neun von zwanzig Zeugen eines im November 1978 vor dem Tübinger Schöffengericht geführten Prozesses einen außergewöhnlichen Weg gegangen.

Die Neun hatten als Entlastungszeugen im Verfahren gegen einen 47 Jahre alten Buchhändler aus Tübingen ausgesagt und wurden jetzt unversehens zu Schuldigen, ja Vorverurteilten gestempelt. Der verurteilte Buchhändler soll auf einer Veranstaltung des Asta zu den Stammheimern „Selbstmorden“ den als „furchtbaren Juristen“ bekannten ehemaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Filbinger, als „Mörder“ bezeichnet haben.

In der inzwischen schriftlich vorliegenden Begründung des Urteils gegen den Buchhändler werden die neun und mit ihnen acht weitere Zeugen als Sympathisanten der „Terroristen“ und als Mitglieder oder Sympathisanten der „KPD“ bezeichnet. Für das Tübinger Schöffengericht stand damit fest, daß diese Zeugen ihrer Grundeinstellung nach

sämtliche Institutionen der BRD offen bekämpfen.

Die neun Zeugen haben nun Strafanklage gegen den Vorsitzenden Richter dieser Verhandlung, Burkhard Stein, gestellt und zwar wegen Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung: §§185, 186 und 187 StGB.

Das Gericht ließ in seiner 7-seitigen Begründung offen, wie es zu den oben erwähnten Erkenntnissen gekommen ist, erkannte aber, daß den 17 Zeugen „insgesamt absprachegemäß die Prozeßstrategie des sog. Justizkomitees in Tübingen bekannt war, mit der Maßgabe, die beim Amtsgericht Tübingen anhängigen Strafverfahren gegen linke, sog. fortschrittliche Studenten und Personen zu verhindern, bzw. zu erreichen, daß eine Verurteilung nicht erfolgen kann.“ Für das Tübinger Gericht stand damit folgendes fest: alle Zeugen sind unglaubwürdig.

Ausgenommen von dieser üblen Annahme wurden drei weitere Zeugen, nämlich Dr. R. Dewes, Leiter

des universitären Rechtsamtes, und Dr. H. Knorr von der Zentralen Verwaltung der Universität, sowie ein Schreiberling des Tübinger Tageblatts. Die Herren Dewes und Knorr hatten die Veranstaltung des Asta, auf die sich die Anklage gegen den Buchhändler aufbaute, als Spitzel besucht. Damit waren diese beiden natürlich durchaus „gläubhaft und glaubwürdig“.

Nachdem sich nun neun der insgesamt 17 diffamierten Zeugen zu einer Anzeige gegen Richter Stein entschlossen hatten, versuchten die Anwälte der neun, Dorte Schmeisinger und Wolfhard Kusch, die Sache durch eine Widerrufserklärung, die Richter Stein abgeben sollte, zu erledigen. Stein wollte davon natürlich nichts wissen: er holte nun selber zum Gegenschlag aus und erstattete Anzeige wegen des Verdachts der versuchten Nötigung, Anstiftung zur mittelbaren Falschbeurteilung und Anstiftung zur Rechtsbeugung! Im übrigen sehe er der Anzeige der neun Zeugen mit Gelassenheit entgegen.

Genossen aus Baden-Württemberg

Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten: Ausnahmerecht?

Am 28.12.78 entschied der dritte Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH), daß der für das Klein-Interview verantwortliche Spiegelredakteur M.W. Hentschel vom Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machen durfte und keine Aussage zum Zustandekommen des Interviews und zum Aufenthalt Kleins zu machen brauchte. Jedoch wurde ihm das Recht nur zugestanden, weil man sich von den Beiträgen eine Demoralisierung der sogenannten „Terroristen“ und „Sympathisantenzone“ erhoffte.

Die Vorgeschichte: Wegen zweier Beiträge im „Spiegel“ (Nr. 20/77 und 32/78), denen angeblich Interviews mit dem verschwundenen Hans-Joachim Klein zugrunde lagen, war Hentschel auf Antrag des Generalbundesanwalts Rebmann vor einen Ermittlungsrichter des BGH geladen worden, um als Zeuge über das Zustandekommen der Beiträge vernommen zu werden. Der Redakteur hatte jedoch unter Berufung auf das Zeugnisverweigerungsrecht (§53 StPO, siehe Kasten) die Beantwortung von Fragen abgelehnt. Daraufhin hatte Rebmann ein Ordnungsgeld gegen Hentschel beantragt, was jedoch vom Ermittlungsrichter des BGH abgelehnt wurde. Dagegen legte der Generalbundesanwalt Beschwerde ein, die nun jedoch vom 3. Senat des BGH verworfen worden ist.

In der Begründung aber wird der Ausnahmecharakter dieser Entscheidung deutlich: „Nach Auffassung des BGH erstreckt sich dieses Zeugnisverweigerungsrecht nicht auf Angaben „über die Person“ ihrer Informanten. Wird der Name aber von der Presse selber der Öffentlichkeit offenbart, so müsse der Journalist auch mitteilen, was er etwa über den Aufenthaltsort des Informanten wisse.“ („Spiegel“ 2/79). Dies gilt jedoch nicht, wenn „die Veröffentlichung ... dem im Allgemeininteresse liegenden Schutz besonders hoher Rechtsgüter dient“ (Urteil). Für den „Spiegel“ heißt das konkret: „Die hier zur Rede stehenden Äußerungen von und über den Beschuldigten Klein erhalten ihre außergewöhnliche Bedeutung dadurch, daß ein nach eigenem Zeugnis früher dem engsten Kreis des gefährlichsten Terrorismus angehörender und in ihm besonders hervorgetretener Mann sich öffentlich vom Terrorismus und den von diesem angewendeten Mitteln der Gewalt lossagt und erklärmaßen das Ziel verfolgt, dem Terror ein Ende zu bereiten ... Dem Vorgang und gerade seiner Veröffentlichung, mit der die erstrebte Wirkung allein erzielt werden kann, kommt damit eine beträchtliche po-

litische Bedeutung zu ...“ (Urteil). Hier wird also mit zweierlei Maß gemessen. Wenn eine Veröffentlichung den Herrschenden nützt (was die Justiz als „Allgemeininteresse“ bezeichnet), darf der Journalist das Zeugnisverweigerungsrecht voll in Anspruch nehmen. Sollte eine derartige Veröffentlichung ihnen jedoch nicht nützen, können die Journalisten durch Strafen oder entsprechende Androhung unter Druck gesetzt werden, den Aufenthaltsort oder andere Hinweise auf ihre Informanten auszuliefern. Oder sie wagen gar nicht erst, derartige Veröffentlichungen zu machen. Die Frage ist: wie lange dauert es noch, bis sie auch bei Nichtveröffentlichung gezwungen werden können, den Namen ihrer Informanten zu nennen?

Wenn man bedenkt, daß gerade die linke Presse oft ihre Informationen durch Personen gewinnt, die wegen zu befürchtender Repression an-

nym bleiben müssen, dann kann man sich ausrechnen, was das bedeutet.

„Wir müssen den Anfängen wehren: Journalisten dürfen nicht zu Handlangern der Staatsanwaltschaft gemacht werden können.“

(Informationen nach: „FR“, 30.12.78 und „Spiegel“ 2/79)

Eine Genossin aus dem IKAH

§ 53. (Zeugnisverweigerungsrecht aus beruflichen Gründen)

(1) Zur Verweigerung des Zeugnisses sind ferner berechtigt

5. Personen, die bei der Vorbereitung, Herstellung oder Verbreitung von periodischen Druckwerken oder Rundfunksendungen berufsmäßig mitwirken oder mitgewirkt haben, über die Person des Verfassers, Einsenders oder Gewährsmanns von Beiträgen und Unterlagen sowie über die ihnen im Hinblick auf ihre Tätigkeit gemachten Mitteilungen, soweit es sich um Beiträge, Unterlagen und Mitteilungen für den redaktionellen Teil handelt.



Haag-Maxer-Prozeß in Stammheim

Seit Ende September 1978 läuft in Stammheim der Prozeß gegen Siegfried Haag und Roland Mayer.

Angeklagt waren sie ursprünglich

– der Teilnahme am „Info“ (wie RA Groenewold), was von der Staatsanwaltschaft als „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ gewertet wird. Dieser Verfahrenspunkt wurde vom Gericht im Eröffnungsbeschuß eingestellt.

– der Beihilfe zum Anschlag in Stockholm. Angeblich wurden von den Angeklagten Waffen in der Schweiz gekauft, die dann bei der Aktion in Stockholm Verwendung gefunden haben sollen. Mittlerweile ist nach denunziatorischen Aussagen des „Kronzeugen“ Volker

Speitel die Anklage auf „Mittäterschaft“ in Stockholm ausgeweitet worden.

– Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung (der „Haag-Mayer-Bande“), deren Zweck und Tätigkeit Geiselnahme, Mord und Sprengstoffvergehen gewesen sein sollen.

Sie werden der Mittäterschaft bei drei Banküberfällen (von denen bei zweien noch nicht mal die Täter namhaft zu machen waren), KFZ-Diebstählen, Urkundenfälschung und Verstößen gegen Waffengesetze beschuldigt.

Für die Zeit im Anschluß an die Straftat hat die Staatsanwaltschaft Sicherungsverwahrung beantragt.

Was in diesem Prozeß nun seit rund 4 Monaten verhandelt wird, hat bislang keinerlei Bezug zu den Angeklagten. Nirgendwo ist in der bisherigen Beweisaufnahme eine Beteiligung der angeklagten Genossen deutlich geworden. Mit der Behauptung ihrer „Rädelsführerschaft“ soll der konkrete Nachweis über eine Tatbeteiligung umgangen werden.

Das Gericht läßt den Angeklagten keine politischen Aussagen zu. Sobald sich die Genossen politisch erklären wollen, werden ihre Ausführungen als „nicht zur Sache gehörig“ oder „beleidigend“ vom Vorsitzenden mit Ausschlussdrohungen unterbrochen.

KB Gruppe Frankfurt

Freispruch im Buback-Prozeß

Hamburg: Am 25.1. und am 2.2. wurde Heinrich Eckhoff (der heutige presserechtliche Verantwortliche des KB) vor dem Amtsgericht wegen der Veröffentlichung des „Buback-Nachrufs“ angeklagt. Vorgeworfen wurde ihm „Verunglimpfung des Andenkens eines Toten“ durch den Nachdruck des Artikels „Buback – Ein Nachruf“ ohne Distanzierung. Das Verfahren endete mit einem Freispruch, der Staatsanwalt hatte 1.200 DM Geldstrafe gefordert (60 Tagessätze à 20 DM).

Im Juni 1977 hatte Heinrich Eckhoff an der Hamburger Universität für ein Flugblatt presserechtlich verantwortlich gezeichnet, mit dem zu einer Solidaritätsveranstaltung mit dem Göttinger AStA aufgerufen wurde und in dem der „Buback-Nachruf“ als Dokument abgedruckt war. Dieses Flugblatt wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt (wegen „Billigung von Straftaten“), die Veranstaltung wurde von der Universitätsverwaltung verboten, die Räume des Sozialistischen Studentenbundes (SSB) und die Privatwohnung von H.E. durchsucht.

In einer persönlichen Erklärung vor Gericht begründete H.E. diese Herausgabe mit der Notwendigkeit, der verfälschenden Darstellung der Presse entgegenzutreten, Solidarität mit dem angegriffenen Göttinger AStA zu üben, der einsetzenden Sympathisantenhetze entgegenzutreten und das Recht auf freie Meinungsäußerung auch für vom Staat nicht „geliebte“ Meinungen zu verteidigen.

Der Staatsanwaltschaft ging es von Anfang an um eine Verurteilung – so oder so. Das zeigen folgende Tatsachen:

1. Beschlagnahmung und Durchsuchung wurden mit der Begründung des Verdachts der „Billigung von Straftaten“ vorgenommen. Diese Anklage wurde von der Staatsanwaltschaft selbst nach kurzer Zeit zurückgenommen, da nach einem hausinternen Gutachten in diesem Punkt keine Verurteilung zu erwarten sei.
2. Statt die Anklage ganz fallen zu lassen, wandte sich die Hamburger Staatsanwaltschaft an die Bundesanwaltschaft, ob diese nicht dafür sorgen könne, daß ein Angehöriger der Buback-Familie Anzeige wegen „Verunglimpfung des Andenkens eines Toten“ stellen könne (dies ist kein Offizialdelikt; deshalb kann hier der Staat nicht direkt eingreifen, sondern es muß ein Familienmitglied Anzeige erstatten).
3. Die Bundesanwaltschaft hatte Erfolg. Der Sohn Bubacks, Michael Buback, erstattete Anzeige, wobei immer noch in Zweifel zu ziehen ist, ob er den Text tatsächlich gekannt hat, da es eine – öffentlich bekannte – Vereinbarung in der Familie gibt, gegen reine Nachdrucke nicht zu klagen.
3. Die Bundesanwaltschaft hatte Erfolg. Der Sohn Bubacks, Michael Buback, erstattete Anzeige, wobei immer noch in Zweifel zu ziehen ist, ob er den Text tatsächlich gekannt hat, da es eine – öffentlich bekannte – Vereinbarung in der Familie gibt, gegen reine Nachdrucke nicht zu klagen.

4. Somit war die Anklage schon auf ein Minimum zusammengeschmolzen. Aber selbst hier machten einige Gerichte der Staatsanwaltschaft noch einen Strich durch die Rechnung. Denn in mehreren Entscheidungen wurde festgestellt, daß auch ein Nachdruck ohne Distanzierung nicht strafbar ist, wenn sich der Veröffentlicher den Text nicht zu eigen macht, sondern ihn aus anderen Gründen veröffentlicht.

Somit verwunderte es kaum, daß in der Verhandlung für den Staatsanwalt die Frage der fehlenden Distanzierung keine Rolle mehr spielte. Plötzlich sollte entscheidend sein, daß der „Nachruf“ ohne besondere Begründung erschienen sei (im begleitenden Flugblatt wird wesentlich auf die staatlichen Maßnahmen gegen den Göttinger AStA eingegangen). Auf die Ausführungen von Heinrich Eckhoff ging er nur insofern ein, als diese für den Prozeß unbedeutend seien, da diese Gründe nicht schon alle im Flugblatt genannt worden seien! Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch, daß er auf jede Befragung des Angeklagten verzichtete, so daß unmittelbar der Eindruck entstand, daß das Plädoyer schon in der Schulblase lag.

Das Strafmaß von DM 1.200 bezeichnete er dann auch noch als besondere Milde, obwohl dies das schärfste bestehende Urteil gegen einen Nachdrucker gewesen wäre (die Erstveröffentlichung in Göttingen haben DM 1.800 Geldstrafe eingebracht bekommen).

Der Richter begründete den Freispruch mit dem Hinweis auf die „Wahrung besonderer Interessen“. Es hätte damals, zwei Monate nach der Erstveröffentlichung, eine Situation bestanden, in der massive Zweifel an den von der Presse und staatlichen Stellen erhobenen Vorwürfen gegen den „Nachruf“ berechtigt gewesen seien. Dies habe eine Dokumentation des Textes für breitere Teile der Studentenschaft als notwendig erscheinen lassen. Unabhängig davon, ob sich Heinrich Eckhoff diesen Text zu eigen gemacht hätte oder nicht, habe er deshalb das Recht auf „Wahrung besonderer Interessen“ für sich geltend machen können.

Einen Pferdefuß hat dieses Urteil darin, daß der Richter den Text selbst eindeutig als „verunglimpfend“ gegenüber dem verstorbenen Generalbundesanwalt als auch gegenüber dem Staat wertete. Somit sei er strafbar im Sinne der Paragraphen 189 und 90a. Der Angeklagte habe dies billigend in Kauf genommen. Dies trete jedoch gegenüber dem oben genannten Aspekt zurück.

Die Staatsanwaltschaft hat nun eine Woche Zeit, in die Berufung zu gehen. Der Angeklagte hat nun eine Woche Zeit, in die Berufung zu gehen.

Die Staatsanwaltschaft hat nun eine Woche Zeit, in die Berufung zu gehen.

Besserung durch „Behandlung“? – Diskussionsbeitrag zur Knast„reform“

Neuerdings scheint, man sollte staunen, auch das Strafvollzugsamt in der Hamburger Justizbehörde der Ansicht zu sein, daß der Knast, wie wir ihn landläufig kennen, nichts bringt. In einer Untersuchung des Strafvollzugsamtes über „Behandlung im Strafvollzug“ heißt es: „Die Unterbringung Straffälliger in herkömmlichen Vollzugsanstalten fördert die Fähigkeit zur Führung eines straffreien Lebens in der Regel nicht“. Diese Feststellung war Anlaß für die genannte Untersuchung, deren Ergebnisdarstellung in der Reihe „Berichte und Dokumente aus der Freien und Hansestadt Hamburg“, herausgegeben von der Staatlichen Pressestelle Hamburg, Ende November '78 veröffentlicht worden ist (abgedruckt auch in der „Frankfurter Rundschau“ – „FR“ vom 5.12.78). Zweck der Untersuchung war, wie es in der Einleitung heißt, die Effizienz sozialtherapeutisch orientierter Vollzugsformen im Vergleich zu dem Vollzug in herkömmlichen Justizvollzugsanstalten zu messen. Dies geschah dann in den beiden Hamburger Reformeinrichtungen Bergedorf und Alsenstraße einerseits sowie in der JVA Fuhlsbüttel andererseits. Das Untersuchungsergebnis zeigt denn auch auf, daß die „Rückfallquote“ der aus der Sonderanstalt Bergedorf und der Übergangsanstalt „Moritz-Liepmann-Haus“ (Alsenstraße) entlassenen Straffälligen niedriger ist als die Quote der aus Fuhlsbüttel ohne intensive Vorbereitung auf die Freiheit entlassenen Gefangenen. Insgesamt wird mit Hilfe verschiedener Untersuchungsmethoden belegt, daß die Rückfallquote der aus den beiden „Behandlungseinrichtungen“ Entlassenen um etwa 10 % niedriger liegt. D.h.: Die Rückfallquote bei der Gefangenengruppe, die hier untersucht worden ist (sogenannte „Langzeit-täter“ mit besonderen „Merkmalen“) beträgt in der JVA Fuhlsbüttel 50 %, in den „Behandlungseinrichtungen“ 40 %. Dieses Ergebnis nun wird als Erfolg des reformierten Strafvollzugs gefeiert.

Was hier aber von der Justizbehörde als Fortschritt verkauft wird, stellt sich bei näherem Betrachten der tatsächlichen Verhältnisse als schlichte Irreführung heraus. Wesentliche Tatsachen, die das ermittelte Untersuchungsergebnis überhaupt erst ermöglichen, werden in dem Bericht verschwiegen.

Mit keinem Wort wird erwähnt, daß es sich bei den Insassen der beiden „Reformeinrichtungen“ um besondere „Tätergruppen“ handelt: In der Sonderanstalt Bergedorf sind Perlenreihen heraus, wesentliche Tatsachen, die das ermittelte Untersuchungsergebnis überhaupt erst ermöglichen, werden in dem Bericht verschwiegen.

Mit keinem Wort wird erwähnt, daß es sich bei den Insassen der beiden „Reformeinrichtungen“ um besondere „Tätergruppen“ handelt: In der Sonderanstalt Bergedorf sind Per-

sonen inhaftiert (ca. 35), die entweder „Sexualtäter“ sind oder während der Haft im herkömmlichen Vollzug durch „psychisch abweichendes Verhalten“ (z. B. schwere Selbstverstümmelung) auffällig geworden sind. Bei den Insassen des Moritz-Liepmann-Hauses (ca. 50) handelt es sich um Straftäter, die zu fünf und mehr Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden sind und ein halbes Jahr vor der Entlassung in diesen Übergangsvollzug kommen (Arbeitsplatz in der freien Wirtschaft, Freizeit in beschränktem Umfang, 'ne Flasche Bier am Abend), weil man bei ihnen von so starker Haftschädigung ausgeht, daß eine gelenkte Eingewöhnung in das Leben „draußen“ für notwendig erachtet wird.

Mit keinem Wort auch werden die Aufnahmevoraussetzungen und die speziellen Haftbedingungen in den beiden Sondereinrichtungen erwähnt. Zunächst einmal werden die Betroffenen vor dem Wechsel in den Behandlungsvollzug sorgfältig im Hinblick auf die Chance, dort zu bestehen, geprüft und ausgesucht. Wer die relativen Freizügigkeiten in Bergedorf oder der Alsenstraße in Anspruch nehmen will, muß durch sein bisheriges Verhalten im Fuhlsbütteler Regelvollzug (ca. 580 Insassen) gezeigt haben, daß er sich ohne Widerspruch der Anstaltsordnung widersetzt, willig den Anforderungen der Anstaltsarbeit genügt und auch während der Urlaubszeiten keine Auffälligkeiten vorkommen läßt. Darüber hinaus herrscht in beiden Anstalten ein rigides Sanktionsprinzip: Wer z. B. Unpünktlichkeiten zeigt, sich nicht selbstständig Arbeit beschafft bzw. diese wieder verliert, nicht an den Behandlungsmaßnahmen (Gesprächstherapie z. B.) teilnimmt und unerlaubt Alkohol trinkt, wird sofort wieder in den Regelvollzug zurückverlegt. Kurz, wer nicht spurt, bekommt auch keine Vorteile. Auf diese Weise werden im Behandlungsvollzug Stillhalten und Anpassung noch schärfer erzwungen als im normalen Knast.

So wird also die niedrigere Rückfallquote, die ganz allgemein als Erfolg des Behandlungsvollzugs erklärt wird, am Beispiel von Menschen ermittelt, die den Knast wegen ihrer langjährigen Knasterfahrung noch mehr satt haben als andere und die aufgrund der „Zuckerbrot- und Peitsche-Methode“ in Bergedorf und der Alsenstraße nach ihrer Entlassung überdurchschnittlich bereit sind, sich mit der sozialen und psychischen Misere abzufinden, um nur nicht wieder in den Knast zu kommen. Denn die Wahrscheinlichkeit „rückfällig“ zu langjährigen Knasterfahrung noch mehr satt haben als andere und die aufgrund der „Zuckerbrot- und Peitsche-Methode“ in Bergedorf und der Alsenstraße nach ihrer Entlassung überdurchschnittlich bereit sind, sich mit der sozialen und psychischen Misere abzufinden, um nur nicht wieder in den Knast zu kommen. Denn die Wahrscheinlichkeit „rückfällig“ zu

werden und damit zurück in den Knast zu kommen, ist groß: Die allgemeine Rückfallquote im Erwachsenen-Vollzug beträgt im Bundesdurchschnitt 70 - 75 %, im Jugend-Vollzug sogar 80 - 85 %. So besehen nimmt es nicht wunder, wenn die „Rückfallquote“ der aus Bergedorf und der Alsenstraße Entlassenen um 10 % niedriger ist als die der in Fuhlsbüttel einsitzenden Häftlinge, die bei der Untersuchung zum Vergleich herangezogen worden sind. Das Ergebnis der Untersuchung belegt deshalb auch nicht eine verbesserte Vollzugsqualität in den beiden Sonderanstalten, sondern den „Erfolg“ eines verschärften Anpassungsdrucks (nach dem Motto: Wer hinreichend angepaßt ist, nimmt schließlich widerspruchslos die gesellschaftlichen Mißstände hin, die ihn einst in den Knast brachten).

Die Absicht der Untersuchung wird nun erkennbar, das Strafvollzugsamt der Hamburger Justizbehörde will seinen Beitrag zur Rettung des Knasts leisten. Mit der scheinbar nachgewiesenen Behauptung, der Behandlungsvollzug erziele einen besseren Resozialisierungserfolg, will man uns weismachen, daß der Strafvollzug durchaus sinnvoll ist, er müsse nur „verbessert“ werden. Wenn erst der Behandlungsvollzug allgemein eingeführt ist, dann könnten und würden alle „resozialisierungswilligen Straftäter“ den Weg zurück in die Gesellschaft finden. Wer dann noch rückfällig würde, den müsse man eben zu den ewig Unverbesserlichen zählen, denen nicht geholfen werden kann. Das alte Lied wie immer: Wer in dieser Gesellschaftsordnung nicht klarkommt, dem wird zwangsweise „nachgeholfen“. In diesem Falle mit Behandlung, verstanden als Hilfe zu Unterordnung und Anpassung.

Abschließend noch eine Bemerkung zu der anfangs zitierten, scheinbar selbstkritischen Äußerung des Strafvollzugsamtes: Es mag hoffnungsvoll klingen, wenn der herkömmliche Strafvollzug selbst von seinen Verwaltern kritisiert wird; sieht man jedoch, daß als Alternative nichts anderes als dieselbe Sache in grün angeboten wird, also der Straftäter zurechtgebogen werden soll, anstatt endlich die zu kriminellen Verhalten führenden Ursachen zu verändern, dann wird einmal mehr klar, daß die Reformen des bürgerlichen Staatsapparats nicht den Menschen, sondern allein dem Erhalt der bestehenden Zustände dienen.

Thomas E. Täter zurechtgebogen werden soll, anstatt endlich die zu kriminellen Verhalten führenden Ursachen zu verändern, dann wird einmal mehr klar, daß die Reformen des bürgerlichen Staatsapparats nicht den Menschen, sondern allein dem Erhalt der bestehenden Zustände dienen.

Thomas E.

Leserbrief zu einer 'Kürzung' im AK 146

Im AK 146 wurde eine Wohngemeinschaft mit ihrer Postkartenserie zum Thema „Haft ist Folter“ vorgestellt.

Im ID, der die Erklärung der Gruppe ebenfalls abdruckte, ist eine Passage enthalten, die beim Abdruck im AK rausgelassen wurde, wahrscheinlich um die Sympathien für diese grundsätzlich gute Initiative nicht unnötig zu schmälern.

Die Genossen schreiben:

„Diese Scheiße: Schuld und Strafe – wird auch in der Linken viel zu wenig diskutiert. Ein Beispiel. Ein KB-Genosse schlug in Lübeck seine Freundin zusammen. Er wurde dafür aus dem KB ausgeschlossen, die Begründung:

1. H. hat seine Freundin regelrecht zusammengeschlagen.

2. H. hat nicht zum erstenmal zugeschlagen, es liegt also ein Wiederholungsfall vor.

3. Und, das meiner Ansicht nach Wesentliche, der Genosse hat die Gewalttätigkeit nachdrücklich gerechtfertigt und zeigt keinen Ansatz von Reue.

(Eine Genossin der KB-Landesleitung Schleswig-Holstein).

Das Ganze: Zitate aus dem Arbeiterkampf vom 8.1.79. Wir haben gedacht, wir spinnen. Genau diese abge-

fackten, gewalthörigen Rechtsprinzipien, wie die Staatsanwaltschaft, die einen Junkie, wenn er nach einem halben Jahr immer noch drückt (sonst Zufall in der BRD) und wieder 1 1/2 Gramm Heroin dabei hat, zu drei Jahren verknastet.“

Ich meine, hier liegt bei der Postkarten-WG ein Mißverständnis vor: Es geht uns nicht darum, Männer, die ihre Freundinnen schlagen, zu bestrafen. In einer solchen Situation ist es zunächst einmal dringend notwendig, das Verhalten des Genossen zu diskutieren, die Isoliertheit der Beziehung zu durchbrechen.

Um dem Genossen eine intensive Auseinandersetzung mit seinem Verhalten zu ermöglichen, wird er zunächst beurlaubt.

Ist der Genosse im Laufe der Auseinandersetzung immer noch der Meinung, richtig gehandelt zu haben und Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung gegenüber Frauen rechtfertigen zu können, so meine ich, ist eine Zusammenarbeit mit ihm im Rahmen einer Organisation, die die Abschaffung der Herrschaft des Menschen über den Menschen zum Ziel hat, nicht mehr möglich.

Astrid, Hamburg

Kleider machen Leute

Durch Zufall stieß ein AK-Leser, der auch Leser juristischer Fachzeitschriften ist, auf folgende – den Umständen nach zu urteilende – ernstgemeinte Gerichtsentscheidung in der „Neuen Juristischen Wochenschrift“ von 1977 (S. 311):

Es handelt sich um einen ungewöhnlichen Fall der Anwaltsverfolgung. Verfolgt wird ausnahmsweise nämlich nicht ein Rechts- sondern ein S t a t a s anwalt: er soll dem Sittenverfall verfallen sein, weil ihm eingefallen war, eine schwarze Krawatte zu tragen. Wer jetzt meint, darin könnten die Richter des Oberlandesgerichts Karlsruhe die Demonstration anarchistischer Gesinnung vermutet haben, ist in seinen Vorurteilen enttäuscht. Es ging schlicht um folgendes:

Ein nach Meinung des Gerichts „noch unerfahrener“ junger Staatsanwalt hatte in der Sitzungssaal darauf gewartet, daß die von ihm anzuklagende Strafsache aufgerufen würde. Die Wartezeit ergab sich, weil die vorangegangene Sache sich verzögerte. Während dieser Pause trug der Staatsanwalt ein weißes Hemd und eine schwarze Krawatte, jedoch keine Jacke. Deshalb wurde er vom Gerichtsvorsitzenden des Saales verwiesen.

Das Oberlandesgericht billigte dies u.a. mit folgenden Ausführungen:

„... die Bitte des Staatsanwaltes E. um Klärung, ob er sich wegen seiner Kleidung ungebührlich verhalten habe, (stellt) einen deutlichen Hinweis darauf dar, daß das Gefühl für bisher Selbstverständliches im Schwinden begriffen ist.“ Wer jetzt meint: „Ja richtig, man soll ja nichts übertrieben“, wird schon wieder getäuscht. Das Gericht schreibt: „Der Würde und dem Ernst, mit denen Richter und Staatsanwalt ihr verantwortungsvolles Amt ausüben, muß der äußere Rahmen der Hauptverhandlung entsprechen. Mängel der äußeren Form schaden dem Ansehen der Justiz.“ Ach so.

Weiter heißt es deshalb: „Daß ein Richter oder Staatsanwalt in einer laufenden Hauptverhandlung ohne Jacke erscheint, ist, soweit ersichtlich, ein bisher einmaliger Fall.“

Nachdem das Gericht immerhin erkannt hat, daß es in deutschen Gerichtssälen angeblich keine „allgemein gültigen Regeln“ in der Kleiderfrage geben soll (?), weist es mit klarer Entschiedenheit auf die grundsätzliche Bedeutung der Jackenlosigkeit hin: „Für den, der von der Arbeitsstelle weg seiner Zeugenpflicht genügt, kann noch angemessen sein, was für den müßigen Zuhörer unangemessen oder etwa für den, der ersichtlich dem Gericht seine Aufnahmefähigkeit zu demonstrieren bestrebt ist, ungebührlich

sein kann. Eines hat allerdings angesichts heutiger Vorgänge in deutschen (!!) Gerichtssälen mehr denn je zu gelten, daß nämlich ein Richter oder Staatsanwalt, der sich vor Gericht begibt, sich dort Kraft seines Amtes in jeder Hinsicht als Vorbild zu verhalten hat. Es ist nicht vorbildlich, wenn an einer Hauptverhandlung vor einer Strafkammer gerade (?) ein Staatsanwalt oder Richter ohne Jacke teilnimmt.“

Man spürt schon förmlich, wie die Schwarzröcke gegen den Untergang der abendländischen, insbesondere germanischen Kultur anstampeln: „Es ist von Rechts wegen geboten und zu begrüßen, daß angesichts des Sittenverfalls auch (!!) in deutschen (schon wieder!) Gerichtssälen ein Gerichtsvorsitzender auf die Wahrung der äußeren Formen mit Strenge achtet, insbesondere gegenüber Amtspersonen, die sich vorbildlich korrekt verhalten sollten.“

Es ist anzunehmen, daß sich der bisher einmalige Zwischenfall in einem heißen Sommer zutrug. Deshalb der heiße Tip an alle jungen, unerfahrenen und AK-lesenden Staatsanwälte: Kommt doch im nächsten Sommer ohne Hemd, aber mit Jacke, gell?

Ein AK-Leser



Dokumentation zum Fall des Richters Bräutigam

Hsg. Gerichtsreferendare am Kammergericht Berlin

Die Justiz hat die Geschichte der deutschen Politik seit jeher wesentlich mitgestaltet. Dies ist in der Bundesrepublik nicht anders geworden. Gerade heute, Ende der siebziger Jahre, die im Zeichen verschärfter Auseinandersetzungen stehen, greift die Justiz auf unterer Ebene (Gerichte, Staatsanwaltschaft) genauso wie auf oberster Ebene (Bundesverfassungsgericht) zunehmend stärker in das politische Geschehen ein.

Für diesen wachsenden Einfluß ist der Fall des Ermittlungsrichters am Kammergericht Berlin, Bräutigam, nur ein Exempel. An ihm zeigt sich eine deshalb in der Öffentlichkeit bekanntgewordene allgemeine Entwicklung, weil er sich durch ein besonders hartes Vorgehen auszeichnet (er war u. a. für die Haftbefehle gegen die AGIT-Drucker und des Anwalts Mülherhof zuständig), aber auch der Typus des Richters ist, der als Juristischer Motor in bestimmter Weise auf die Politik einwirkt (er schreibt als „Georg Riedel“ für die „Berliner Morgenpost“ – ein Springerblatt selbstredend).

Die Broschüre kostet 3,- DM und ist in allen linken Buchläden erhältlich oder gegen 4,- DM in Briefmarken beim Maulwurf Buchvertrieb, Waldemarstr. 24, 1000 Berlin 36.

Brief

Brief von Stader Gefangenen

Liebe Leute, auch in der Provinz gibt es 'ne Menge Knäste, in denen es oft noch reichlich mittelalterlich aussieht und zugeht. Das „Stader Tageblatt“ brachte über den hiesigen Knast einen Bericht (am 16.11.) und bezeichnete es als „menschenunwürdige Verhältnisse“ in „uralten Gemäuern“. Daraufhin stellten wir einige Forderungen auf und sandten die mit 25 Unterschriften (von ca. 40 Insassen) als Leserbrief an die Zeitung. Bis heute geschah nichts damit. Der Text:

Forderung!

Wir, die unterzeichnenden Gefangenen (überwiegend Untersuchungs-Gefangene) der JVA Stader, haben hauptsächlich folgende Anliegen und fordern die Abschaffung oder Änderung der menschenunwürdigen Zustände, auch damit Gleichheit vor dem Gesetz besteht, denn vieles ist nur in Stader so. Die Punkte sind:

1. Abbau der Sichtblenden, soweit noch vorhanden. Wir haben ein Recht auf acht Stunden normales Tageslicht.
 2. Einbau von Steckdosen in die Zellen und individuelle Lichtschaltung.
 3. Besseres und ausreichendes Essen: Z. B. gibt es jeden zweiten Tag Marmelade zum Frühstück und an anderen Tagen nur trocken Brot und Margarine.
 4. Verbesserung der Freizeitsituation
 - a) mehr Sport (Tischtennis und eine Stunde Hofgang ist nicht ausreichend zur Bewegung)
 - b) mehr Fernsehen oder Filme auch am Wochenende (z. Zt. zweimal die Woche)
 - c) U m s c h l u ß – damit wir z. B. zusammen in einer Zelle Skat oder Schach spielen können.
 5. Jede Woche Einkauf (z. Zt. alle zwei Wochen).
 6. Bessere ärztliche Versorgung.
 7. Günstigere Besuchsregelung, z. B. für Berufstätige am Wochenende.
- Es folgen die Unterschriften.



Böllings „Kontaktgremium“ bei den Journalisten nicht gefragt als Institution

Am 8. Dezember erklärte Bundespressesamtschef Klaus Bölling, daß sein Angebot zur Bildung eines „Kontaktgremiums“ von „den Angesprochenen“ als „für sie nicht überzeugend“ verworfen wurde. Aufgabe dieses „Gremiums“ sollte es sein, „in nicht-militärischen Krisenfällen“ wie der Schleyer-Entführung „eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Medien, der Bundesregierung und dem Fahndungsapparat“ herzustellen (FR, 5.11.78).

Schon die ersten Reaktionen aus den Reihen von Presse, Fernsehen und Funk veranlaßten Bölling, die

Schon die ersten Reaktionen aus den Reihen von Presse, Fernsehen und Funk veranlaßten Bölling, die öffentliche Diskussion zu suchen. In der „Föder“ 11/78, dem Organ der Deutschen Journalisten-Union in der DRUPA, (DJU), erläuterte Bölling noch einmal seinen Vorschlag. Gegenstellungnahmen gingen in zweierlei Richtung: Die einen lehnten Böllings Ansinnen aus grundsätzlich demokratischen Erwägungen ab und befürchten wie Emil Carlebach, Antifaschist und Mitglied des DJU-Bundesvorstandes, Zustände wie in Orwell's Buch „1984“. Die andere Richtung zeichnet sich durch eine weitgehende ideologische Unterordnung der Journalisten unter die „Sicherheitsinteressen“ des Staates und seines Kampfes „ge-

gen den Terrorismus“ aus. Dabei wird die „Eigenverantwortlichkeit in Fragen der Berichterstattung, die auch übergeordnete Gesichtspunkte berühren“, besonders hervorgehoben und ein spezielles Gremium abgelehnt, da es die Journalisten in den Geruch der Komplizenschaft bringe (Föder, 11/78).

Nach der DJU hatte sich auch die Bundespressekonferenz und der ständische Deutsche Journalisten-Verband (DJV) negativ zu Böllings Vorschlag geäußert. „Die Journalisten witterten einen Versuch, die Presse in Regierungsentscheidungen einzubinden, für die sie nachher mitverantwortlich gemacht werden könnten“ (Föder 1/79). Ausführlich äußerte sich in der „Föder“ der derzeitige Vorsitzende der Bonner Bundespressekonferenz Ernst Ney, Korrespondent der WAZ: „Für mich ist die Sache nicht neu, das heißt, daß schon damals, während das Drama Schleyer abließ, eines Abends Herr Bölling eine Runde von Journalisten zu sich bat, darunter auch der Kollege Strauch und ich für die Bundespressekonferenz, um – für die damaligen Bedürfnisse der Regierung – ein ähnliches Gremium zu schaffen...“ (ebenda).

Noch während der Schleyer-Aktion kritisierte Gunter Hofmann in

der „Zeit“ vom 30.9.77: „Daß Bonner Journalisten, ausländische eingeschlossen, auf ihren Nachrichten also buchstäblich sitzen, sie aber nicht veröffentlichen können, ist nicht normal zu nennen.“ Hofmann fragte nach dem journalistischen „Selbstverständnis“, „wenn nicht nur Informationen verschwiegen, sondern auch Desinformationen kredenz werden.“ Nachdem er versicherte, daß es sich hier nicht um einen „offenen oder versteckten Eingriff in die Pressefreiheit“ handelte (?), betonte er: „Kooperationsbereitschaft in kritischen Phasen versteht sich; aber als pure Selbstverständlichkeit kann kaum gelten, was hinter dem Vorhang der Nachrichtensperre geschieht.“

Klaus Bölling antwortete in derselben Ausgabe der „Zeit“: „Die Übereinstimmung beginnt einige zu genießen.“ Dann bemühte er sich, schon frühzeitig die ideologische „Übereinstimmung“ zu formulieren: „Nur im Konsens mit der Presse und nur in Ausnahmesituationen ist die Nachrichtensperre als Instrument der Informationspolitik, wie in diesen Tagen, eine glückliche Konstellation.“ Weiter:

„Den Terrorismus zu überwinden, ist nicht Sache des Staates allein. Einem

demokratischen Staat zu helfen, der in seiner Rolle als Anwalt der Gemeinschaft und ihres Schutzverlangens allerdings glaubwürdig sein muß, sollte das Journalistengewissen nicht beschweren, der Angriff aus dem Dunkeln ist auch gegen die Presse selber gerichtet. Danach wird sich ihr Handeln zu bestimmen haben.“ (ebenda).

Was die ideologische Übereinstimmung angeht, kann der Staatsschutz auf dem Gebiet der „geistigen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus“ offensichtlich einen punktuellen Erfolg verbuchen. Eine von der Bundesregierung angestrebte institutionalisierte Möglichkeit der Gleichschaltung stößt bei den Journalisten noch auf Ablehnung. Bölling sieht dafür auch Ursachen:

„Hätte es hierzulande nicht Amann und Fritzsche gegeben, wäre manches einfacher. Gelassenheit, an der es uns in kritischen Lagen bisweilen fehlt, ist auch im Verhältnis zwischen Staat und Presse noch nicht immer der Normalfall... Die den 'Schriftleitern' einst vom Wilhelmplatz verordnete 'Sprachregelung' ist ein Trauma, das auch auf solche Journalisten wirkt, die jene Zeit nicht miterlebt haben“ (ebenda).

Das Tempo der schrittweisen Gleichschaltung der Medien zu verschärfen, ist schwierig, wenn die Bourgeoisie nicht in den Geruch geraten will, sich an den Zuständen der NS-Vergangenheit zu orientieren. Bölling muß jetzt zwar auf das offiziell deklarierte „Kontaktgremium“ verzichten, „der Regierung steht es (aber) frei, sich von diesem oder jenem beraten zu lassen – ganz unverbindlich“ (Bölling in „Föder“ 1/79). Dabei kann er allerdings auf eine Praxis zurückgreifen, die Gunter Hofmann in der „Zeit“ so beschreibt: „Seit langem gibt es in Bonn eine fest verwurzelte Kumpanei zwischen Presse und Politik – seit Adenauers Zeiten. Die Verflechtung ist wechselseitig, auch die Gewöhnung an Fragwürdiges. Auf der einen Seite wird oft erwartet, daß die Regierenden mit Nachrichten aufwarten, auf der anderen Seite werden gute Informationen oft mit Stillschweigen bezahlt: Wer viel weiß, hat wenig zu schreiben, Diskretion ist Ehrensache“ (Zeit, 30.9.77).

Der Vorsitzende der Bundespressekonferenz Ernst Ney, wies in seiner Ablehnungsbegründung des „Kontaktgremiums“ darauf hin, daß „die Nachrichtensperre während der Schleyer-Entführung keineswegs 'dicht' gewesen ist, sondern einzelne 'Spezies' dann und wann Informations-

Schleyer-Entführung keineswegs 'dicht' gewesen ist, sondern einzelne 'Spezies' dann und wann Informationen, oder doch Teilinformationen, bekamen – frisch aus dem Krisenstab, von solchen, zu denen sie auch sonst gute Kontakte haben“ (Föder, 1/79). Es ist wohl nicht übertrieben, wenn wir feststellen, daß die überwiegende Zahl der Journalisten in ihrer Haltung den Böllingschen Institutionalisierungsversuchen der Kumpanei gegenüber sich in der Stellungnahme des SZ-Redakteurs Löhöffel repräsentiert sieht, der ausdrücklich erklärt: „In solchen Fällen (wie Schleyer - Anm.Red.) wollen wir es lieber 'ganz unverbindlich'“ (Föder, 1/79). Sie wollen's eben freiwillig, daß ist ja gerade das Erschreckende...!

353 c ersatzlos streichen!

Auf Antrag der DJU faßte der Presserat einen Beschluß für die Streichung des Paragraphen 353 c Absatz 1 einzutreten, der die „Verletzung wichtiger öffentlicher Interessen durch Weitergabe oder Veröffentlichung von Geheimnismaterial unter Strafe stellt“ (FR, 5.10.78). Anlaß für diese Resolution war der inzwischen eingeleitete Geheimprozeß gegen den Journalisten Faust, dem vorgeworfen wird, den „Lauschangriff“ auf Traube dem SPIEGEL zugänglich gemacht zu haben. Der Presserat führt als Begründung für seine Ablehnung an: „Das Gesetz stellt die Entscheidung über die Frage, was geheimhaltungsbefürht ist und ob eine Gefährdung wichtiger öffentlicher Interessen vorliegt, die die Ermächtigung zur Strafverfolgung rechtfertigt, in das Ermessen amtlicher Stellen. Dieses aber ist gerichtlich nicht nachprüfbar.“

Für eine ersatzlose Streichung des §353c tritt die FDP-Bundestagsabgeordnete Matthäus und der FDP-Bundesparteitag ein: „Ein derartiger Ermächtigungsparagraph, der es in das Belieben einer Bundesregierung stellt, gegen welche Journalisten bzw. Publikationsorgane im Einzelfall vorgegangen wird, erweist sich als gravierende Beeinträchtigung journalistischer Kontrollfunktionen gerade auch gegenüber staatlichen Einrichtungen und deren Handlungsweisen“ (Föder, 11/78).

Jetzt hat sich auch die CDU gemel-

det: Sie will im Bundestag dafür sorgen, daß der §353c gestrichen wird, erklärte der Vorsitzende des Rechtsausschusses Carl Otto Lorenz am 12.11.78. Er stellte sich ausdrücklich hinter die Einschätzung des Presserates, „vor allem in Hinblick darauf, daß sich die Bundesregierung nach dieser Vorschrift ihre Angeklagten selbst aussuchen könne, indem sie in dem einen Fall die Ermächtigung zur Einleitung eines Strafverfahrens erteile und in einem anderen Fall nicht (SZ, 15.11.78).

Dabei geht es der CDU nicht um die grundsätzliche Abschaffung des Zensurparagraphen, sondern um eine genauere Differenzierung: „Die unübersichtliche Handhabung der Ermächtigung, wonach schwerwiegende Verstöße gegen §353c, Abs. 1 StGB nicht verfolgt wurden, weniger bedeutende aber verfolgt wurden, hat in dem betroffenen Personenkreis Besorgnis ausgelöst“ (Welt, 14.11.78). Die CDU/CSU fordert eine Gesetzesänderung, weil es in der bisherigen Fassung des 353 c Abs.1 „nur auf die formelle Deklaration eines Gegenstandes als geheimnisbedürftig ankommt, und dabei unerheblich sei, ob ein Geheimnis im materiellen Sinne vorliege“ (Handelsblatt, 6.12.).

Gemeint sind hier offensichtlich jene Verfahren nach §353 c, die die SPD/FDP-Regierung vor allem gegen die rechte Presse-Mafia eingeleitet hatte

(um sie dann später einzustellen). Springers „Welt“ wußte sich auch gleich mit der CDU/CSU einig: „Hätte die WELT nicht... die umstrittenen Bahr-Gromyko-Papiere veröffentlicht, gäbe es wohl kaum die gemeinsame Entschließung des Bundestages zu den Ostverträgen... Nur durch Enthüllungen der Presse erhielt auch seinerzeit das Parlament die notwendigen Informationen... Im Zusammenhang mit den Ostverträgen gab es wohl die meisten Veröffentlichungen, nach denen sich die Bundesregierung veranlaßt sah, der Staatsanwaltschaft die notwendige Genehmigung zur Strafverfolgung von Journalisten zu geben“ (Welt, 14.11.78).

Nicht zu Unrecht wies die WELT dann auf die Tatsache hin, daß „Stern“-Journalisten „bei Enthüllungen von Regierungsgeheimnissen ähnlicher Art weit weniger Zorn aus dem Regierungslager (traf), als Kollegen anderer Couleur“ (ebenda). Der rechten Pressemafia und der CDU/CSU geht es mehr darum, der SPD/FDP-Regierung eine Handhabe zu nehmen, den Informationsfluß aus den Behörden und Ministerien an die CDU/CSU und die rechte Pressemafia einzuschränken, als ernsthaft eine Einschränkung der Pressefreiheit zu unterbinden. Der eingebrachte Änderungsantrag unterscheidet sich daher auch nur von der bisher gültigen Fassung des § 353 c darin, daß „geheimhaltungsbedürftig gekenn-

zeichnete Gegenstände“ ersetzt werden soll, durch die Verpflichtung „zur Geheimhaltung des Gegenstandes aufgrund des Beschlusses eines Gesetzgebungsorgans.“

Nicht mehr die Definition der 'Geheimhaltungsbedürftigkeit' durch Regierung, Parlamente und von Behörden stellt die Weitergabe und Veröffentlichung von Geheimmaterial unter Strafe bis zu drei Jahren Knast, sondern nur wenn „dadurch wichtige öffentliche Interessen verletzt“ sind. Die CDU/CSU möchte die Definitionsgewalt ausschließlich den Parlamenten überlassen. Das bedeutet kurzfristig, die CDU/CSU kann jederzeit sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene maßgeblich mitbestimmen, gegen wen in Zukunft ein Verfahren nach 353c eingeleitet wird. Langfristig bedeutet dieser Änderungsantrag, daß Verfolgungsmaßnahmen nach §353c in Zukunft von allen im Bundestag vertretenen Parteien mitverantwortet werden müssen.

Wenn jetzt selbst aus dem Regierungslager durch Innenminister Baum und durch Justizminister Vogel zu hören ist, daß eine Neufassung des §353c zu diskutieren ist, dann wird abzuwarten sein, ob diese Abwandlung nicht ausschließlich den Intentionen der CDU/CSU entspricht. Für die Demokraten kann es aber nicht um eine Neufassung und Differenzierung dieses Maulkorbparagraphen gehen, sondern ausschließlich um die ersatzlose Streichung des § 353c!

Schon wieder Knartsch beim „Stern“

Bei den Lesern gilt der „Stern“ immer noch als fortschrittliches Blatt. Beiträge über Polizei-Brutalitäten, Verfassungsschutz oder Kernkraftwerke sind in dieser Form in keiner anderen deutschen Illustrierten zu finden.

Den Mitarbeitern des Verlagshauses Grunert/Jahr, in dem der „Stern“ erscheint, ist allerdings der Fortschrittsglaube längst verflogen. Immer häufiger seit dem Rausschmiß des stellvertretenden „Stern“-Chefredakteurs Manfred Bissinger vor einem Jahr kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Vorstand und Belegschaft, die stets nach einem festen Schema ablaufen: Der Vorstand bricht aus einem nichtigen Anlaß einen Konflikt vom Zaun, die Belegschaft muß sich wehren, es hagelt Drohungen und Resolutionen, man zieht auch mal gegeneinander vor Gericht - und vertritt sich zum Schluß wieder. Nur: Die Belegschaft und der von ihr gewählte Betriebsrat werden auf die Dauer durch solche Methoden eingeschüchtert. Die Chronologie der jüngsten Krise bei G + J ist der beste Beweis dafür.

Es begann damit, daß „Stern“-Chefredakteur Henri Nannen den Betriebsrats-Vorsitzenden und „Stern“-Redakteur Ortwin Fink aus dem Impressum des „Stern“ strich. Windiger Vorwand: Der Betriebsrat hatte in seinem Mitteilungsblatt „klimatische und personelle Veränderungen“ im „Stern“ festgestellt und das Ausscheiden von immerhin 31 Redakteuren innerhalb der letzten zwölf Monate beklagt.

Wegen dieser Äußerung des Betriebsrates kann man natürlich nicht dessen Vorsitzenden bestrafen, und im Betriebsverfassungsgesetz steht auch ausdrücklich: „Die Mitglieder des Betriebsrates dürfen wegen ihrer Tätigkeit nicht benachteiligt werden“. Aber schert das einen Vorstand, der dringend einen Konflikt haben will? Fink immerhin wehrte sich, er beantragte eine einstweilige Verfügung.

Doch bevor das Gericht entscheiden konnte, das zweifelloste Fink Recht gegeben hätte, schaltete sich der Redaktionsbeirat des „Stern“ ein. Dieser Beirat, der seine Legitimation aus dem „Stern“-Statut bezieht, sich aber dank der Zermürbungstaktik des Vorstandes (siehe oben) längst als etwa so überflüssig wie ein Blinddarm erwiesen hat, handelte mit Nannen einen Kompromiß aus: Fink sollte wieder ins Impressum, allerdings mit dem Zusatz „für die Betriebsratsarbeit freigestellt“.

Der Betriebsrat meldete den Kompromiß mit drei dünnen Sätzen der Belegschaft: „Es ging auch ohne Prozeß. Im nächsten Stern steht Ortwin Fink wieder im Impressum! Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen für ihr Interesse und für alle Unterstützung in dieser Sache.“

Man muß das zweimal lesen - und versteht dann erst recht nicht, warum

die harmlosen Sätze den Streit erst richtig eskalieren ließen. Jetzt schaltete sich nämlich der Vorstandsvorsitzende Manfred Fischer ein. Der bestritt kurzerhand in einer Hausmitteilung an Fink das Ausscheiden von 31 Redakteuren, erklärte das Betriebsklima in der Redaktion für gut, obwohl er sich dort nie sehen läßt, und verlangte: „Sollte eine Richtigstellung gegenüber der Belegschaft verweigert werden, so würden wir das als grobe Pflichtverletzung im Sinne von § 23 Absatz 1 des Betriebsverfassungsgesetzes werten.“ Das ist im Klartext die Androhung eines Verfahrens auf Amtsenthebung.

Da mochte nun auch Henri Nannen nicht zurückstehen, der das Holzen ja schon in einer NS-Propaganda-Kompanie gelernt hat. In einem Rundschreiben an alle Verlagsmitglieder behauptete er, Betriebsratsmitglieder ließen sich „den Hintern vergolden“, seien „stramme Ideologen, verbreiteten Lügen“, und der Betriebsratsvorsitzende Fink sei ein „unverantwortlicher Redakteur“.

Als der Betriebsrat immer noch gelassen blieb und lediglich mit einer Gegendarstellung konterte, legte der Verlag noch einen Zahn zu. Er feuerte kurzerhand einen „Stern“-Redakteur und Ersatz-Betriebsrat - fristlos und wieder mit einer derart windigen Begründung, daß man die wiedergeben muß. Der Redakteur hatte nämlich lediglich wegen der ständigen Hauskrähe sein Amt als Wahlvorstand bei den Aufsichtsratswahlen niedergelegt und begründet. Text: „Der zunehmende Abbau von Mitarbeiterrechten durch den Verlag in letzter Zeit ist für mich unerträglich. Die Kündigung des Stern-Status, die Androhung eines Verfahrens auf Amtsenthebung gegen den Betriebsrat durch Dr. Fischer und nicht zuletzt der menschlich unerträgliche Angriff Henri Nannens auf Ortwin Fink zeigen mir, daß G + J von Mitbestimmung und Partnerschaft offenbar nichts mehr wissen will.“

Das reichte zur fristlosen Kündigung, obwohl Beirat und Betriebsrat widersprachen und somit eine Rechtsgrundlage dafür nicht gegeben war. Nachdem der Vorstand den Krieg so schön eskaliert hatte, wurde es Zeit, das Ganze auf Null zurückzudrehen. Denn natürlich hat G + J eine hochklassige Rechtsabteilung, und natürlich hatte die längst signalisiert, daß weder die Prozesse gegen Fink noch der gegen B. zu gewinnen sei, die würden allenfalls für negative Schlagzeilen in der Öffentlichkeit sorgen. Zur Vermittlung mußte auch diesmal der Redaktionsbeirat des „Stern“ herhalten, der für den Mittwochabend letzter Woche ein Versöhnungsgespräch zwischen Vorstand, Chefredaktion, Beirat und Betriebsrat anberaumte.

Wobei ein Versöhnungsgespräch zwischen Vorstand, Chefredaktion, Beirat und Betriebsrat anberaumte. Dazu war es auch aus einem anderen

Grund. Denn am Mittwochnachmittag erhielt Nannen ein von 130 der insgesamt 180 Redakteuren unterzeichnetes Schreiben, in dem von einem Klima der „Feindseligkeit, Mißtrauen und Angst“ in der Redaktion die Rede ist und festgestellt wird: „Die Art und Weise, wie bei uns hausinterne Konflikte ausgetragen werden, bedrückt, verletzt und beleidigt jeden von uns. Wie kopflos gebärden Sie sich, wenn es unter dem eigenen Dach brennt.“ Die Redaktion bestätigte also genau die Klimaverschlechterung, die Nannen partout nicht wahrhaben will.

Nannen weigerte sich daraufhin einfach, überhaupt an der Vermittlungsrunde teilzunehmen. Er drohte (zum wievielten Mal eigentlich?) mit seiner Amtsniederlegung und zwang so die auf Einigkeit gepolte Verhandlungsrunde, erst einmal über Besäftigungen für Nannen nachzudenken. Das drückte sich in einer Einigungsformel aus, die praktisch nur Streicheleinheiten für den „Stern“-Chefredakteur enthält:

1. In der Öffentlichkeit sind Behauptungen aufgestellt worden, wonach der Stern eine politische Tendenzwende vollzogen habe. Aus diesem Grunde und wegen des dadurch verschlechterten Redaktionsklimas habe eine Reihe von Redakteuren den Stern verlassen. Diese Darstellung ist unzutreffend. Der Stern versteht sich nach wie vor als ein liberal-fortschrittliches Blatt, in dem die Gewissensfreiheit der Redakteure selbstverständlich ist. Die anhaltende Auflagensteigerung des Stern ist ein Beleg für Engagement und journalistisches Können seiner Redakteure.

2. Der Betriebsrat erklärt, daß eine in seinem Mitteilungsblatt veröffentlichte Stellungnahme, die einen anderen Eindruck erweckte, auf irigen Annahmen beruhte.

3. Der Redaktionsbeirat bedauert, daß eine Gruppe von nicht vollständig informierten Angehörigen des Hauses aus verständlicher Sorge über die öffentliche Diffamierung des Blattes einen vorläufigen und deshalb in der Sache nicht gerechtfertigten Appell verfaßt hat.

4. Alle Beteiligten haben die aufgetretenen Mißverständnisse ausgeräumt und Meinungsverschiedenheiten beigelegt.

Von der Sache her nahm damit der Vorstand lediglich das zurück, was er vor Gericht sowieso nie durchgesetzt hätte: Die Androhung eines Amtsenthebungsverfahrens, die Streichung aus dem Impressum, die fristlose Kündigung. Nur wurde das in der Betriebsöffentlichkeit eben nicht ausgesprochen. Für die gab es lediglich die oben zitierte Erklärung, die sich wie eine Niederlage des Betriebsrates liest. Auch so kann man einen vom Vorstand unbeliebten Betriebsrat vor den Mitarbeitern kleinkriegen und zähmer machen.

Ein AK-Leser

Verfahren gegen Hans-Georg Faust eingestellt, aber ...



Hans-Georg Faust vor dem Russell-Tribunal: „Wenn bei uns das Recht ein wenig verbogen wird, so wird immer ein Paragraf zur Hand sein, der das immer abdeckt!“

Das Oberlandesgericht Köln hat im Dezember letzten Jahres das Urteil des Landgerichts Bonn bestätigt, ein Verfahren wegen „unbefugter Weitergabe von Nachrichten“ (§ 353c StGB) gegen den Journalisten und früheren VS-Mann Hans-Georg Faust abzulehnen und einzustellen. Das Gericht hatte die von der Staatsanwaltschaft vorgelegten Beweise für „unverwertbar“ erklärt, da sie auf „unzulässige“ Weise entstanden seien.

Gegen den mitangeklagten VS-Mann Karl Dirnhofer wurde gleichzeitig das Verfahren eröffnet, obwohl der Verdacht, er habe das Material über den Lausangriff auf Klaus Traube an Faust weitergegeben, offensichtlich sich auch nur auf die illegalen Aktionen gegen Faust stützen läßt. Das Oberlandesgericht Köln geht auch weiterhin davon aus, daß die „am 29. November 1977 sichergestellten Unterlagen an sich geeignet (sind), den hinreichenden Verdacht zu begründen, daß beide Angeschuldigten die ihnen zur Last gelegten Taten begangen haben.“ (OLG, 18. 12. 78; AZ: 3 Ws 234/78)

Damit ist Faust nicht rehabilitiert, sondern die Tatsache, daß illegal vom Verfassungsschutz vom 18. März bis zum 18. Oktober 1977 abgehört wurde, ist die entscheidende Begründung für die Einstellung des Verfahrens.

So sehr man sich über die Einstellung des Verfahrens freuen kann, bleiben doch einige Dinge, die Skepsis angehen lassen: Die Bundesregierung, die ja erst die Ermächtigung zur Strafverfolgung gegen Faust und Dirnhofer erteilen mußte, hat das Urteil des OLG ohne Kommentar geschluckt: „Mit diesem Beschluß ist ihr und ihren Nachrichtendiensten ein Stein von der Brust gewälzt. Wäre es zur Hauptverhandlung gekommen, so hätte das Bundesinnenministerium, das Bundesamt für Verfassungsschutz und der Bundesnachrichtendienst womöglich einige Wochen lang ihre schmutzige Wäsche vor Gericht waschen müssen. Und es wäre kein gutes Haar an ihnen geblieben.“ (Zeit, 8.12.78).

Und eben genau solche Enthüllungen über illegale Praktiken des

VS und anderer Geheimdienste sollen nach dem Willen der Staatsschützer unterbunden werden. Mit Dirnhofer beutelt man exemplarisch einen vermeintlichen Informanten aus dem VS mit dem Ziel, ihm, als Abschreckung für andere, für sein „Plaudern“ die Existenz zu vernichten. Dabei ist Knast wohl mit eingeplant! An Faust wurde ein Einschüchterungsmanöver exerziert, das möglichst weitere Journalisten - aus welchen Motiven auch immer - daran hindern soll, sich den Praktiken der Geheimdienste zu widmen. Faust ist vom Staatsschutz schon ohne den Prozeß an den Rand der Existenzsicherung gedrängt worden.

Durch die lancierte Diffamierungskampagne, vor allem in der FAZ, verlor er seinen Arbeitsplatz bei BURDA.

Vor dem Russell-Tribunal berichtete er, daß er die deprimierende Erfahrung habe machen müssen, daß allein das Auftreten des BKA und die Anschuldigungen gegen ihn, ihn zum Schwerverbrecher gemacht hätten. Seine soziale als auch persönliche Situation habe sich in kurzer Zeit drastisch verändert.

Mit der Einstellung des Verfahrens hat die Justiz sich auch erfolgreich um die Entscheidung herumgedrückt, „ob es im öffentlichen Interesse liegt, daß von Staats wegen angeordnete Rechtsbrüche geheimgehalten werden oder ob sich nicht gerade diejenigen ein Verdienst um den Staat erwerben, die sie publik machen und damit ihre Wiederholung zumindest erschweren“ (Hans Schueler in der Zeit vom 8.12.78).

Faktisch bedeutet die Einstellung des Verfahrens aber, daß die Justiz illegale Maßnahmen des Staates abdeckt. Das Oberlandesgericht hat nicht zugunsten des Hans-Georg Faust entschieden, sondern dem Staatsschutz Rückendeckung gegeben, mit Hinweis darauf in Zukunft bitteschön zu beachten, daß bei der Strafverfolgung von Enthüllungen über illegale Praktiken des Staates vorerst noch gewisse „Spielregeln“ eingehalten werden müssen!

Medienkommission

Leserbrief zu „Ein gewöhnliches Einstellungsgespräch?“ (AK 145, S. 46)

Sieht man sich den bundesdeutschen Blätterwald an, so wird man zu der Überzeugung kommen, daß dieses Einstellungsgespräch durchaus ein „gewöhnliches“ war.

Es ist kaum etwas neues, wenn es heißt, daß gerade die bürgerliche Presse einer der wichtigsten Ideologieträger der Bourgeoisie ist. Da es in der BRD-Presselandschaft an einer liberalen und links-bürgerlichen Öffentlichkeit fehlt, sind natürlich auch Journalisten, die „soziale Reportagen über die bundesrepublikanische Wirklichkeit“ schreiben wollen, so ziemlich fehl am Platze. (Die Sache wird natürlich dann umso schwieriger, wenn man sich gleich beim ersten Gespräch mit der Chefredaktion als Linker offen zu erkennen gibt.)

Nicht nur neuerdings geht die Tendenz dahin, daß nicht die Journalisten das Blatt machen, sondern das Blatt, d.h. Eigner, Anzeigenkunden und Chefredaktion, macht die Journalisten.

Neben der allgemeinen Funktion der Presse (Ideologieträger) hat das noch (mindestens) zwei weitere Gründe:

- 1) Riesenkonkurrenz zwischen angestellten und arbeitslosen Journalisten und
 - 2) die hohen Bezüge festangestellter Journalisten (Bestechungsgelder oder auch „Schmutzzulage“).
- Um ihren Job und ihren Status zu behalten, sind Journalisten und Redakteure dabei zu allerhand bereit. Hierfür gibt es in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Beispielen:
- Ein „Bild“-Fotograf und ein Schreiberling brachen in die Wohnung eines Untersuchungshäftlings ein, um Bildmaterial zu beschaffen.
 - „Man darf weder Fotos noch Bildbeschaffung auf eine zahme und appetitliche Weise betreiben“ — Wolf Schneider, ehem. Chefredakteur der „Welt“, heute Leiter der Journalistenschule des „Stern“ (!!!)
 - Nach der ersten Anti-Schah-Demo war

in der Hamburger Mopo eine dreiseitige Berichterstattung geplant. Die Lokalredakteure waren über den Einsatz der Polizei so empört, daß diese drei Seiten wohl sehr „unausgewogen“ aber wahrheitsgetreu geworden wären. — Ein Anruf von Polizeisprecher Krenz bei Chefredakteur Ahlers stoppte die Geschichte.

Ergebnis: Die Mopo vom Montag erscheint mit einem relativ kurzen, dafür aber „ausgewogenen“ Artikel und einem Bild.

Dieser Vorfall ist über die Redaktion hinaus kaum bekannt geworden!

— Die „Stern“-Geschichte über die BRD-Polizei (1/79) war auf 20 Seiten (inkl. Fotos) geplant. Wesentliche Inhalte wurden gekippt.

Ergebnis: 11 Seiten erschienen.

Auch dieser Vorfall blieb intern. Ich will jetzt nicht auf die Art und Weise der Zensur „von oben“ eingehen, sondern darauf, daß dieses Verhalten in den Redaktionen inzwischen schon wieder als „normal“ empfunden wird. Daß selbst betroffene Journalisten sich kaum noch empören, sondern häufig eine stillschweigende Anpassung vollziehen. Um ohne größere Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen den Job zu behalten, verinnerlichen sie sozusagen die Meinung des Blattinhabers bzw. der Chefredaktion. („Die Geschichte kann man so nicht bringen. Die kriege ich nie so durch. Entweder ich frisiere sie oder ich laß sie bleiben. Schreibe ich aber längere Zeit nichts oder etwas, was kritisiert wird, sinkt mein Marktwert bzw. ich fliege raus. Also schreibe ich so, wie's verlangt wird.“)

Für viele Redaktionsmitglieder gibt es aus dieser Sackgasse nur wenige Auswege. Entweder „kehren sie um“, d.h. sie hängen ihren Beruf an den Nagel. Oder sie versuchen nur noch für linke Zeitungen („konkret“ z.B.) zu schreiben. Davon können sie aber nicht leben.

Als letzte Möglichkeit bleibt die Flucht zum „freien“ Journalismus. D.h. nirgends

fest angestellt zu sein, selber Ideen zu entwickeln, diese dann zu „verkaufen“ oder Aufträge entgegenzunehmen mit der Möglichkeit, sie auch abzulehnen.

Über die Schwierigkeiten als fortschrittliche(r) Journalist(in) zu leben und zu überleben.

Wenn die fortschrittlichen Journalist(inn)en dann „frei“ arbeiten, geht der Ärger oft genauso los. Denn mit dem, was sie anbieten, müssen sie ja wieder in die Redaktionen, bzw. von diesen bekommen sie die Aufträge. Jetzt haben sie kein festes Einkommen mehr und jeder Auftrag bzw. jeder Vorschlag, der in die Hose geht, bedeutet weniger Geld.

(Dieser Fakt hat schon bei so Manchem, der mit guten Zielen antrat, zur totalen Anpassung und Ansrückerei geführt.)

Die „Freien“ sind daher auf doppelte Weise „frei“. Sie können sich die Themen aussuchen, über die sie schreiben wollen. Ebenso — wenn sie Glück haben — auch die Zeitungen. Es ist ihnen aber auch selber freigestellt, zu verhungern, wenn sie keine Aufträge bekommen oder annehmen. Sie sind auch „frei“ in der Gestaltung ihrer Alters- und Krankenversicherung. Ein fortschrittlicher „freier“ Mitarbeiter muß darum heute meist eine „Doppelstrategie“ an den Tag legen. Er schreibt — um zu überleben — Texte (bzw. macht Fotos), zu denen er gerade noch stehen kann; und er schreibt dann Dinge — um zu leben —, die er für richtig und wichtig hält. Diese versucht er dann in linken und/oder liberalen Publikationen unterzubringen. (Damit ist dann meistens kein Geld zu verdienen.)

Konkret sieht das dann so aus: — Man schreibt in einem Monat für eine

bürgerliche Zeitung (z.B. im reaktionären Bauer-Verlag) „Ratgeber-Seiten“ (mal über Nudeln — was gibt es für Sorten, wie bereitet man sie zu etc. —, mal über Bier, mal über Brotsorten usw. usw.).

— Dann macht man noch in einem anderen bürgerlichen Blatt einen Artikel mit entsprechenden Fotos — über die Arbeitsbedingungen von Frauen in einer Fabrik.

Hier kann man aber auf keinen Fall die ganze Wirklichkeit beschreiben. Die Redaktion möchte zwar einen „realistischen“ Bericht, aber „doch bitte in Grenzen!“ Mit diesen Artikeln ist dann das Geld für einen Monat verdient. Jetzt kann man versuchen, aus der Geschichte über die Arbeitsbedingungen das zu machen, was man selber für richtig hält.

— Man hat bei dem Besuch in der Fabrik ja viele Vorteile gehabt. Man konnte ungehindert fotografieren, mit den Kolleginnen sprechen, Interviews mit Meistern machen. Zuletzt sprach man auch noch mit dem Kapitalisten. Das ging natürlich nur, weil man mit dem Auftrag einer bürgerlichen Zeitung kam und sich der Firmenboss eine „gute Presse“ versprach.

Mit diesem Material (Text und Bild) fällt es dann relativ leicht, einen Artikel für eine linke Zeitung zu schreiben und ihn anzubieten.

(Wann kommt man schon im Auftrage des „Arbeiterkampf“ zu Blohm & Voss und kann dort Fotos machen?) Das Fatale an dieser Situation ist eben, daß die „Freien“ sich im gewissen Maße an die bürgerliche Presse verkaufen müssen und letztendlich in diesem Rahmen die ganze bourgeoise Meinungsmache mittragen. Selbst wenn sie die fortschrittlichen Feigenblatt-Artikel in sonst rechten Blättern machen.

Gezwungen sind die „Freien“ deshalb dazu, weil es leider heute — aufgrund der fehlenden demokratischen Massenbewegung und des Standes der Klassenkämpfe — keine breite Palette von linken Medien

gibt, die ihre Journalisten so bezahlen, daß diese auch davon leben können.

(Vor 1933 wurden die Redakteure und Journalisten der „roten Fahne“ oder auch der „Arbeiter Illustrierten Zeitung“ nach den damaligen Tarifen bezahlt.)

Eine andere Krux ist, daß die linken Blätter, die es sich leisten könnten, irgendwie meinen, wenn sie schon fortschrittlich sind, bräuchten sie die Honorare erst nach Monaten oder gar nicht zu zahlen. (Es ist z.B. von „konkret“ bekannt, daß man da fünf oder sechs Monate auf sein Geld zu warten hat.) Andere Blätter — wie „Sounds“ z.B. — zahlen an die „Freien“ lange nicht das, was sie eigentlich — entsprechend ihrer Auflage — zahlen müßten.

Diese Situation zwingt natürlich oft Menschen, die sich zum Journalismus ausbilden lassen wollen, zu reaktionären Chefredakteuren zu gehen und solche „Einstellungsgespräche“ über sich ergehen zu lassen.

Ihnen wird kaum etwas anderes übrigbleiben, als den Job „bis zu einer bestimmten Grenze“ in einer bürgerlichen Zeitung zu erlernen, um dann vielleicht, im Rahmen der o.g. „Doppelstrategie“, irgendwie einigermaßen heil zu überleben (in Kopf und Bauch).

Mit der „bestimmten Grenze“ meine ich zwei Dinge:

- a) wie weit man selber bereit ist, KonzeSSIONen ans eigene Bewußtsein zu machen. Unter Berücksichtigung der Tatsache,
- b) daß nämlich Journalismus und Fotojournalismus immer Ideologiekonstruktion der Gesellschaft ist, in der wir gerade leben!

(Hoffentlich hat der Schreiber aus AK 145 jetzt nicht den Mut verloren. Denn um über die „soziale Wirklichkeit in der BRD“ in den bürgerlichen Medien mehr zu berichten, braucht es viel mehr gute Journalisten!)

Ein AK-Leser, der als „freier“ Journalist sein Geld verdienen muß und will.



frauen



Hebammenberuf zum Aussterben verurteilt?

Interview mit zwei Hebammen



Frage: Mit welchen Vorstellungen seid Ihr in den Beruf gegangen?

C.: Zu meinem Beruf bin ich rein zufällig gekommen, eine Bekannte von mir war Hebamme. Ich war einmal im Kreißsaal und hab mir das angeschaut; was ich gut fand an diesem Beruf, daß ich selbstständig arbeiten kann und mit Menschen zu tun hab, ansonsten hatte ich keine Vorstellungen.

Frage: Könnt Ihr etwas zur Hebammenausbildung allgemein und zu Eurer Ausbildung im besonderen sagen?

C.: Die Voraussetzungen für die Hebammenausbildung sind folgende: Du mußt 18 Jahre alt sein, die Ausbildung dauert zwei Jahre und ab 20 darfst du auch erst als Hebamme tätig sein. Die schulische Voraussetzung rechtlich gesehen ist der Volksschulabschluß, aber in der Praxis kommst du ohne „Mittlere Reife“ nicht mehr unter — wenn nicht sogar nur mit Abitur. Wenn ich so zurückblicke brauchst du schon ein gutes Verständnis von Chemie und Physik, um die rein theoretischen Sachen zu kapieren.

Während der Ausbildung muß du auf der Wochenstation, in der Schwangeren-Vorsorge, auf der Schwangeren-Station und im Kinderkrankenhaus arbeiten — jedoch hauptsächlich im Kreißsaal —. Du wirst praktisch in allen Sachen, die mit Schwangerschaft zu tun haben ausgebildet; du mußt Schwangere, Kreißende und Wöchnerinnen versorgen können wie auch das Kind vom ersten Tag der Geburt bis zehn Tage danach.

Zu meiner Ausbildung kann ich folgendes sagen: Einerseits hatten wir eine ziemlich gute schulische Situation in Berlin. Unsere Schulhebamme hat uns genau unsere Rechte und Pflichten gesagt und wir mußten dort an sich nicht um unsere Rechte als Schülerin kämpfen. Auf der anderen Seite war die Ausbildung recht stressig und ziemlich technisch; so bestand sie hauptsächlich im Erlernen der theoretischen Medizin. Nur ein Beispiel: Während der ganzen Ausbildung haben wir kein Mal im Unterricht über die psychische Situation der Frau in der Schwangerschaft gesprochen.

Mit lediglich theoretischen Kenntnissen kamen wir relativ früh in den Kreißsaal und wurden eigentlich ziemlich brutal in die Praxis reingeschubst, mußten gleich eine Geburt machen, ohne daß wir uns unserer Verantwortung bewußt waren.

Frage: Habt Ihr Vorstellungen, wie die Ausbildung verändert werden müßte?

C.: Ja, meine Vorstellungen und Forderungen wären, die Ausbildung auf drei Jahre zu verlängern, wir müßten während der Ausbildung z.B. auch mit niedergelassenen Hebammen Hausgeburten erleben, wir müßten mit dieser Hebamme ein Viertel Jahr unterwegs sein und lernen, wie sie ihre Schwangeren versorgt, wie sie Hausgeburten macht. Nur so können wir in der Praxis sicher werden, können sicher in unseren Entscheidungen werden, z.B. ob überhaupt eine Hausgeburt möglich ist oder nicht. Wir müssen auch die notwendigen Voraussetzungen für den Beruf der niedergelassenen Hebamme während der Ausbildung mitbekommen.

Meine Situation nach der Ausbildung war die, daß ich mir gesagt habe, ich bin zwar Anhängerin von Hausgeburten, habe aber gar nicht die Voraussetzungen, diese zu praktizieren. In Holland lernen die Hebammen Schülerinnen drei Jahre und für die ist es sonnenklar, daß sie auch Hausgeburten machen.

Frage: Wirkt sich die geplante Gesetzgebung (siehe Kasten „Courage“ 10/78) heute schon auf die Ausbildung aus?

Chr.: Die Ausbildung ist an sich heute schon so gestaltet, wie das zukünftige

Gesetz den Beruf der Hebamme zu rechtstutzen will. Sie läuft darauf hinaus, daß du sehr sicher bist im Umgang mit dem Arzt, du hast dich auf den Arzt zu verlassen, das wird dann in der Praxis auf Handlangerarbeiten für den Arzt hinauslaufen. Nach dem alten Gesetz soll die Hebamme noch die Geburt alleine machen, sofern sie normal verläuft. Es besteht nach dem alten Gesetz eine Hinzuziehungspflicht, d.h. zu jeder Geburt muß eine Hebamme hinzugezogen werden.

Im neuen Gesetz soll diese Hinzuziehungspflicht wegfallen. In der Praxis wird es darauf hinauslaufen, daß Krankenschwestern die Aufgaben der Hebammen übernehmen. Sie werden dies auch bewältigen können, da ja immer der Arzt im Hintergrund ist. Ich vermute dahinter auch einen wirtschaftlichen Aspekt, Hebammen werden besser bezahlt als Krankenschwestern — eine Lohnstufe höher —, das will man einsparen. Eine Hebamme in einer Anstalt soll immer mehr einer Schwester in einer Intensivstation gleichen, weil gefordert wird, daß der Kreißsaal zu einer Intensivpflegestation in bezug auf Vorsorge, Nachsorge und Umsonde der Schwangeren wird. In letzter Konsequenz bedeutet das den Tod des Hebammenberufs.

In diesem Krankenhaus mache ich die Vorsorgeuntersuchungen mit dem Arzt zusammen und wenn er mal keine Lust hat, mache ich sie allein. Die Vorsorge ist dazu da, die Frauen optimal medizinisch, psychologisch und menschlich zu versorgen. Aus meiner Erfahrung kann ich jedoch sagen, daß die Vorsorgeuntersuchungen der niedergelassenen Ärzte oft überhaupt nicht diesen Ansprüchen gerecht werden. An den Vorsorgeuntersuchungen verdienen die Ärzte sehr viel. Oft kommen Frauen zu uns, in deren Mutterpässe Behandlungen eingetragen sind, die nie gemacht wurden. Teilweise kommen auch Frauen mit dicken Ödemen (Wasser in den Beinen) zu uns und man fragt sich wirklich, was die Ärzte da draußen machen. Ein Ödem ist ein wichtiges Symptom während der Schwangerschaft, d.h., wenn es nicht behandelt wird, können Komplikationen unter der Geburt auftreten. Bist du selbst Hebamme und weißt, daß du die Frau entbindest, dann bist du sicher sehr dahinter her, diese Sachen korrekt zu behandeln.

Das sind meine negativen Erfahrungen in den Vorsorgeuntersuchungen, das positive daran ist, daß es für mich die einzige Möglichkeit ist, die Frauen, die ich entbinde, etwas kennen

ihn von diversen Ultraschall-Untersuchungen oder aber von der Übertragenen Sprechstunde, der Schwangerschaftsvorsorge. Hierbei hab ich nichts anderes zu tun, als die Befunde, die der Arzt erhebt, aufzuschreiben.

Im Verlauf der Geburt ist es dann so: Der Arzt macht die kompliziert verlaufenden Geburtsabläufe, er ist jedoch auch bei der normalen Geburt dabei. Insofern ist die Hebamme auch aus ihrem eigentlichen Tätigkeitsbereich ausgeschaltet. Sie ist nur noch der Vollzug der rein technischen Angelegenheiten und eventuell des Dammschutzes.

Was ihr dann noch bleibt, ist die psychische Betreuung der Frauen unter der Geburt, obwohl sie sich darum kaum noch zu kümmern braucht, weil die Frau ja die Rückenspritze bekommt und dann „gelöst“ und „heiter“ in ihrem Bett sitzt.

Frage: Ein „bissiger“ Unterton ist in Deiner Darstellung kaum zu überhören. Kannst Du Deine Vorbehalte gegenüber der Rückenspritze nochmal erklären?

Chr.: Die Frauen kommen sechs Wochen vor dem Termin das erste mal ins Krankenhaus. Sie werden dann gleich gefragt, ob sie die Rückenspritze wünschen und das erledigt eigentlich ihre

C.: Wir sind natürlich nicht für eine schmerzfreie Geburt, weil wir Schmerzen gut finden und unterscheiden uns auch darin strikt vom Klerus, der eine Frau gottgewollt unter Schmerzen gebären lassen will. Andererseits ersetzt eine Spritze überhaupt nicht die körperliche Vorbereitung, daß die Frau lernen muß, ihren Körper zu beherrschen, daß sie aktiver Teil bei der Geburt ist. Die Spritze ersetzt auch nicht die psychologische und soziale Vorbereitung auf die Geburt und was danach kommt. Unter sozialer Vorbereitung verstehen wir, daß eine Vorbereitung auf die Geburt und Kindeserziehung mit den Menschen erfolgt, die eine tatsächliche Stütze sein können, und solche Vorbereitung nicht durch technische Geräte ersetzt werden.

Frage: Ihr habt Euch als Anhängerinnen der Hausgeburt bezeichnet, welchen Stellenwert meßt Ihr Hausgeburten in diesem Rahmen bei?

Chr.: Nicht nur für die Frauen und deren Partner, Kinder usw. mag eine Hausgeburt das Optimum sein, auch die Hebamme kann selbstständig und eigenverantwortlich tätig sein. Sie übernimmt nicht nur die Entbindung, sondern auch Vorsorge und Nachsorge. Sie lernt die Frau kennen und es wird ein Vertrauensverhältnis geschaffen, das für die Arbeit sehr wesentlich ist.

Viele Frauen mögen heute aus Sicherheitsgründen den Schritt zu einer Hausgeburt nicht wagen, insofern wäre eine Alternative zu beiden — Hausgeburt und Klinik — in einem Geburtszentrum zu sehen, ein Geburtszentrum, was in Kliniknähe, aber außerhalb des Krankenhauses liegen sollte. Es gibt solche Zentren in Amerika und Australien. Ich war für einige Zeit in Los Angeles und habe in dem Geburtszentrum gearbeitet. In diesem Geburtszentrum arbeiten Hebammen, Ernährungswissenschaftler, Gymnastinnen, Ärzte/innen und Soziologen/innen und sie übernehmen alles, was mit der Vorsorge, Umsonde und Nachsorge der Schwangeren zu tun hat.

Es ist gewissermaßen eine verlagerte Hausgeburt, eine Geburt, die von den werdenden Eltern und einem Team von gleichberechtigten Mitarbeitern vorbereitet und durchgeführt wird. Auch Kinder sind hier bei den Geburten dabei.

Frage: Welche Erfahrungen habt Ihr in Euren Krankenhäusern gemacht, was die Anwesenheit der Väter bei der Geburt anbetrifft?

C.: Bei uns sind bei 90 % der Geburten die Väter dabei. Ich habe immer wieder feststellen müssen, daß in dieser Situation deutlich wird, ob die Partner eine gute Beziehung haben oder nicht. Mit Erschrecken sehe ich oftmals Männer, die sitzen da und halten ihrer Partnerin die Hand und können sie kaum berühren oder sogar streicheln. Das liegt natürlich auch an dem Verhalten der Ärzte, die die Geburt selbst oft als etwas Unästhetisches ansehen, die Geburt ist eine Ausnahmesituation und nichts Natürliches mehr.

Chr.: Ich kann dazu nur sagen, daß bei uns das Grundklima das ist, daß der Mann im Hintergrund anwesend ist, und daß in der Unterwelt gearbeitet wird. Der Partner wird auch bei schwierigen Eingriffen aus dem Kreißsaal geschickt, gerade dann, wenn es für seine Partnerin am wichtigsten ist, denn in der allgemeinen Hektik vergißt man oft die Frau, man ist dann nur noch mit ihrem Unterleib beschäftigt und der Mann müßte in diesen Momenten eigentlich das ersetzen, was die Aufgabe der Hebamme oder des Arztes ist.

Fortsetzung nächste Seite



Frage: Ihr habt jetzt hauptsächlich über die Anstaltshebamme gesprochen, welche Möglichkeiten gibt es heutzutage noch nach der Ausbildung?

C.: Die zweite Möglichkeit ist die Tätigkeit der Beleghebamme. Die Beleghebamme hat draußen ihre Praxis, sie hat dort ihre Schwangeren, die sie versorgt. Zur Geburt geht sie mit der Schwangeren in ein Krankenhaus, welches sie immer belegt. Nach der Entbindung bleibt die Frau dann dort. Die dritte Möglichkeit und meiner Meinung nach die Interessanteste, ist die Tätigkeit der niedergelassenen Hebamme. Die Niedergelassene hat ihre Praxis und macht nur Hausgeburten. Hausgeburten werden nur dann praktiziert, wenn keine Risikopunkte bei der Schwangeren oder dem Ungeborenen während der Schwangerschaft auftreten, wenn also höchstwahrscheinlich die Geburt normal verlaufen wird. Falls das nicht zutrifft, wird der Arzt hinzugezogen oder die Schwangere muß dann ins Krankenhaus. In der BRD gibt es insgesamt 5.800 Hebammen, davon sind 50 % niedergelassene Hebammen. Das hört sich ganz gut an, stimmt aber insofern nicht, als sehr viele davon nur den Status einer Niedergelassenen haben. In Kleinstädten wird es so praktiziert, daß die niedergelassene Hebamme als Beleghebamme arbeitet, die Geburt also im Krankenhaus verläuft und nicht in Form der Hausgeburt.

Frage: Was könnt Ihr über Eure heutige Praxis sagen?

C.: Ich arbeite in einem kleinen Krankenhaus, in dem im Gegensatz zu großen Kliniken noch eher eine persönliche Atmosphäre besteht.

nenzulernen. Dies ist natürlich sehr begrenzt, Raum und Zeit fehlen, um z.B. die persönlichen Probleme während der Schwangerschaft zu erfahren und zu besprechen.

Nur ein Beispiel, was meiner Meinung nach zur Vorsorge gehört: In Holland haben die Hebammen in ihren Praxen Plakate mit verschiedenen Stellungen des Geschlechtsaktes während der Schwangerschaft aufgehängt. Die Frauen werden dadurch viel eher bereit sein, ihre Probleme in Sachen Sexualität anzusprechen. So etwas habe ich in der BRD noch nie gesehen. Oft verhindert die sterile Atmosphäre in der Klinik diese Gespräche, d.h. es ist schwierig, über persönliche Probleme zu sprechen, ohne daß es peinlich wird.

Zu den Frauen, die zu uns kommen, kann ich sagen, daß sie zum Großteil sehr konkrete Vorstellungen über ihre Geburt haben. Sie kommen hierher und sagen „machen Sie Lamaze, Leboyer etc.“ Ich möchte es gerne so und so haben, ohne schmerzstillende Mittel, wenn es die Situation erlaubt. Teilweise hab ich dann die Möglichkeit, es so zu praktizieren, teilweise wird es aber durch die Anwesenheit bestimmter Ärzte verhindert, die einfach von bestimmten Geburtspraktiken nichts halten. Deswegen ist es für mich jedesmal ein Erfolgserlebnis und ich freue mich mit der Frau, wenn ich das Geburtserlebnis so mit ihr zustande gebracht hab, wie sie es sich vorgestellt hat.

Chr.: Also in dem Krankenhaus, in dem ich arbeite, komme ich mir schlichtweg überflüssig vor; die Frauen, die zu uns kommen, sind fast ausschließlich an den Arzt gewöhnt und verlangen auch nach ihm, denn sie

Probleme in bezug auf Schmerzlinderung. Sie brauchen kaum noch Atemtechnik, nur für die erste Zeit; es wird ihnen dann lediglich mitgeteilt, daß eine Hebamme bei der Geburt dabei ist.

Insofern hab ich als Hebamme kaum die Möglichkeit, meine Vorstellungen von einer natürlichen Geburt den Frauen näher zu bringen. Es ist dann nicht mehr das Erlebnis, was ich mir unter einer Geburt vorstelle, wo alle gemeinsam für etwas arbeiten und was dann auch sehr persönlich erlebt wird. Dies wird kaputtgemacht durch die Spritze, die in einigen Fällen nötig und wichtig ist, aber nicht in allen Fällen und bei uns wird sie eben immer angewendet.

Zur medizinischen Seite folgendes: Bei Frauen, die die Rückenspritze (Periduralanästhesie) bekommen haben, wurden nach der Geburt häufig Kopfschmerzen und Schwierigkeiten beim Urin lassen beobachtet. Außerdem belastet die Rückenspritze den Kreislauf so stark, daß der Blutdruck absacken kann. Als Vorbeugung erhält deswegen jede Frau zur Kreislaufstabilisierung einen Plasmaexpander. Diese Mittel wirken natürlich auch noch auf das ungeborene Kind. Die Geburt endet häufiger als sogenannte vaginale Operation, als Vakuumextraktion oder Zangen Geburt, da die Frau durch die Betäubung des Unterleibs keinen Preßdruck verspürt.

Frage: Viele Frauen sagen, daß es ein medizinischer Fortschritt sei, daß sie schmerzfrei gebären können, und daß die Krankenhäuser mit ihren technischen Einrichtungen die optimale Betreuung gewährleisten. Seid Ihr auch der Meinung, daß das ein Fortschritt ist?

Fortsetzung von S.38

Frage: Wenn Ihr ein Kind bekommen würdet, wie würdet Ihr das dann zur Welt bringen?

Chr.: Also ich würde hoffen, daß meine Schwangerschaft so problemlos verläuft, daß ich mein Kind zu Hause zur Welt bringen könnte.

C.: Die Voraussetzung für mich wäre, daß ich mit einem Mann zusammen bin und unsere Beziehung so einschätze, daß wir längere Zeit zusammenbleiben. Das widerspricht jetzt den Frauen, die sagen, egal welchen Mann, ich möchte ein Kind bekommen. Ich möchte mich dann gemeinsam mit ihm auf die Geburt vorbereiten — nach Lamaze —, ich glaube, daß es ein ganz wichtiges Ereignis im Zusammenleben zweier Menschen ist. Dann möchte ich auch wie Chr., wenn es möglich ist, eine Hausgeburt, weil diese die besten Bedingungen bietet, daß zwischen den Partnern sowie ihrem Kind Emotionen während der Geburt entstehen. Was ich bislang nur auf Bildern gesehen habe und was ich mir vorstelle, daß auch während der Geburt mit dem Mann eine Körperlichkeit da ist. Bislang ist es doch so, daß der Mann der Frau gerade mal den Rücken streichelt oder sie mal umarmt, aber das ist dann auch alles. Ich stelle mir das so vor, daß beide ausgezogen sind und daß sie sich auch gegenseitig berühren, die Brüste und alles wie sie es wollen, daß es so etwas ähnliches ist wie ein Geschlechtsakt. Darauf müssen natürlich beide vorbereitet sein. Ich hoffe, daß ich es irgendwann einmal so erleben kann, einfach, um es auch weiterzugeben, nicht nur als Theorie sondern auch aus der Praxis heraus.

Frage: Ihr habt verschiedene Geburtspraktiken angesprochen, könnt Ihr sie kurz erklären?

C.: Dick Read war 1933 der erste, der durch Entspannung und bestimmte Atmung den Teufelskreis von Angst — Verkrampfung — Schmerz durchbrach. Er propagierte die Geburt ohne Angst. Lamaze hat dasselbe Ziel, jedoch in einer viel wirksameren Weise — durch Konditionierung. Die Entspannung ist nicht passiv — wie bei der Read-Methode, sondern aktiv. Die Atmung ist keine Bauchatmung, sondern Brustkorbatmung. Bei der Lamaze-Methode wird der Partner in die Vorbereitung mit einbezogen, er nimmt aktiv an der Geburt teil. Die werdenden Eltern werden regelrecht zur Geburt „erzogen“ und wissen bis ins Detail über den Ablauf der Geburt Bescheid. Die Frau braucht nicht stundenlang alleine im Kreißsaal zu liegen, ihr Partner ist immer bei ihr, und er hat gelernt, ihr zu helfen. Durch die intensive und aktive Geburtsvorbereitung können die werdenden Eltern die Geburt bewußt erleben, Vorgänge erfassen und kritisieren; sie werden zu gleichberechtigten Teilnehmern. In diesem Fall ist es nicht nur der Arzt und die Hebamme, die die Geburt leiten. Für die Frau ist die Geburt nicht mehr ein Vorgang, den sie leidend und hilflos ertragen muß, sondern eine aktive Geburtsarbeit.

Diese Einstellung zur Geburt beinhaltet auch eine bestimmte Einstellung zum Kind. Dieses wird durch Leoboyers These ausgedrückt: „Der sanfte Weg ins Leben“. Man geht sozusagen auf die Psyche des Neugeborenen ein, das bedeutet, daß man das Neugeborene mit Gefühl in sein neues Dasein außerhalb der Gebärmutter hineinleitet. Am Anfang seines Lebens soll nicht die Angst stehen, durch den Verlust des bisher Vertrauten: Wie Dunkelheit, Wärme, Nähe der Mutter.

Frage: Was meint Ihr, was in der Zukunft getan werden muß und in welche Richtung wollt Ihr arbeiten?

C.: Damit dieser Beruf der Hebamme nicht zum Aussterben verurteilt ist, meine ich, daß unter der Bevölkerung eine viel stärkere Aufklärung gemacht werden müßte über diesen Beruf. Früher war es anders, die Hebamme, der Pfarrer und der Bürgermeister waren die meistgeachteten Leute; ohne diese wieder anstreben zu wollen, will ich damit die Entwicklung dieses Berufes deutlich machen. Heute nimmt der Arzt den Platz der Hebamme ein. Wenn die Frauen den Beruf der Hebamme als was wichtiges ansehen würden, würde das für mich bedeuten, daß sie eine bewußtere Haltung in bezug auf sich selbst hätten, daß sie nicht nur denken würden — na ja, Kinderkriegen gehört irgendwie zum Leben, das kriegt ich schon irgendwie hinter mich —. Ich hab auch immer wieder festgestellt, daß Frauen, die über diesen kleinen Ausschnitt in ihrem Leben nachdenken, insgesamt auch bewußter an ihr Leben herangehen.

Um diese Öffentlichkeit zu schaffen, müssen sich Hebammen zusammenschließen. Die Bedingungen in den Krankenhäusern und die eigenen Vorstellungen von den Hebammen über Geburtspraktiken, die heute nicht breit praktiziert werden, müssen an die Öffentlichkeit, um die oben beschriebene Haltung überhaupt zu ermöglichen. Du kannst nicht zu den Frauen gehen und sagen, du mußt meinen Beruf wichtig nehmen, ohne deine Vorstellungen zur Diskussion zu stellen. Eine gute Initiative ist meiner Meinung nach auf diesem Weg die Initiative von Berliner Hebammen gegen die geplante Änderung des Hebmengesetzes. In der „Courage“ Nr. 10/78 wurde ein Artikel von ihnen abgedruckt (siehe Kasten).

Frage: Könnt Ihr von einem Beispiel berichten, wo sich Hebammen zu einer Gemeinschaftspraxis zusammengeschlossen haben, oder darauf hinarbeiten?

C.: Ja, in Berlin besteht schon seit einiger Zeit
1. ein reges Interesse an Hausgeburten und natürlicher Geburt und
2. die Möglichkeit, diese durch niedergelassene Hebammen zu praktizieren. Drei uns bekannte Hebammen schickten uns ein Informationsblatt über ihre zukünftige Arbeit (siehe Kasten).
Wir müssen nicht nur Neues lernen, neue Methoden, neue Techniken, sondern wir müssen lernen, mit unserem Körper umzugehen, zu fühlen, zu tasten — menschlich zu sein.

Proteste gegen das neue Hebammengesetz

Durch den Entwurf zum neuen Hebammengesetz wird der Schwangeren die Wahlmöglichkeit zwischen Klinik- und Hausgeburt genommen. Im § 7, Abs. 2 des Entwurfes heißt es „Geburtshilfe im Sinne des Absatzes 1 umfaßt Überwachung des Geburtsvorgangs von Beginn der Wehen an und Hilfeleistung bei der Geburt.“ (!) Das bedeutet eine wesentliche Einschränkung des Aufgabenbereiches der Hebamme, denn bisher hieß es dagegen: „Jeder Frau...steht nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes Hebammenhilfe zu. Diese erstreckt sich auf die Beratung und Hilfe in der Schwangerschaft, auf die Überwachung und Hilfe bei Geburten und Fehlgeburten sowie auf die Versorgung der Wöchnerinnen und der Neugeborenen.“ (§ 1 des alten Hebammengesetzes von 1938).

Bisher beinhaltete die „Beratung und Hilfe in der Schwangerschaft“ unter anderem 12 Vorsorgeuntersuchungen und die „Versorgung der Wöchnerinnen und der Neugeborenen“, d.h. die Nachsorge 10 Tage 1 - 2 mal täglich Hausbesuche nach der Geburt. Keine niedergelassene Hebamme wird das Risiko eingehen, einer Frau, die sie in der Schwangerschaft nie gesehen hat, zu Hause bei der Geburt beizustehen. Denn gerade in der Hausgeburtshilfe ist es für die Hebamme besonders wichtig, daß sie die medizinische Vorgeschichte und den Verlauf der Schwangerschaft der Frau genau kennt und daß zwischen ihr und der Schwangeren ein Vertrauensverhältnis entstanden ist. Nur dann kann sie abschätzen, ob die Geburt voraussichtlich komplikationsfrei verlaufen wird und andernfalls zur Klinikentbindung raten. Auch die weit größere Anzahl der in der Klinik arbeitenden Hebammen ist von diesem Gesetzesentwurf betroffen. Sie werden fortan nur noch im Kreißsaal tätig sein können. Im Entwurf ist außerdem noch vorgesehen, das bisher gesetzlich garantierte Mindesteinkommen für niedergelassene Hebammen zu streichen. Dieses Einkommensminimum gibt der freien Hebamme heute eine gewisse wirtschaftliche Sicherheit, da sie nie voraussehen kann, ob und wieviele Frauen sie pro Monat entbinden wird.

Dieser Gesetzesentwurf soll der bis vor kurzem noch steigenden Tendenz zur Klinikentbindung Rechnung tragen. Es wird von den „Gesundheitsexperten“ völlig außer acht gelassen, daß durch das steigende Unbehagen über die unpersönliche Klinikgeburt die Hausentbindung wieder im Kommen ist - was durch das neue Gesetz offenbar unterbunden werden soll.

Wir hoffen, durch Unterschriftensammlungen und Protestschreiben an die zuständigen Stellen noch eine Veränderung des Entwurfs bewirken zu können.

Bitte unterstützt uns, indem ihr unsere zwei Forderungen unterschrieben an folgende Kontaktadresse schickt: Arbeitsgruppe Hebammengesetz Monika Kubitz - Hebamme, Tile-Wardenberg-Straße 12, 1000 Berlin 21.

Aus Protest gegen die im Gesetzesentwurf zum neuen Hebammengesetz vorgesehenen Einschränkungen fordere ich, daß § 7, Abs. 2 des Gesetzesentwurfes folgendermaßen ergänzt wird:

Jeder Frau steht nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes Hebammenhilfe zu. Diese erstreckt sich auf die Beratung und Hilfe in der Schwangerschaft, auf die Überwachung und Hilfe bei Geburten und Fehlgeburten sowie auf die Versorgung der Wöchnerinnen und der Neugeborenen.

Meine zweite Forderung lautet: Beibehaltung des Rechts auf ein der Zeit angepaßtes Mindesteinkommen für freiberufliche Hebammen.

Datum

Unterschrift

(aus „Courage“, 10/78)



Frauen begreifen ihren Alltag

Unter dieser Thematik soll eine Art Kongreß (vom 20.-24.3.) über die Lebens- und Arbeitssituation der Frauen im Ruhrgebiet veranstaltet werden. Drei Themenschwerpunkte liegen den Veranstaltungstagen zu Grunde:

- Frauenarbeit in Haushalt und Familie
 - Frauenerwerbsarbeit
 - Frauenarbeit im Bildungsbereich
- Hausfrauen, arbeitslose Frauen, alleinerziehende Mütter, behinderte Frauen, Arbeiterinnen und Angestellte, Sozialhilfeempfängerinnen, Auszubildende, Ausbilderinnen, Wissenschaftlerinnen, Studentinnen usw. sollen die Gelegenheit finden, über ihre alltäglichen Probleme zu reden; Vorstellungen, Voraussetzungen und Ansätze zur besseren Interessensvertretung von Frauen sollen analysiert und weiterentwickelt werden.

Alle Frauen sind zur Mitarbeit und zur Teilnahme an den Veranstaltungen aufgerufen.
Für Kinderbetreuung wird gesorgt! Teilnahmebescheinigungen für Mütter mit Schulpflichtigen Kindern können ausgestellt werden, die u.a. als Entschuldigungsschreiben in den Schulen vorgelegt werden können!

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat das Frauenforum im Revier als förderungswürdig anerkannt. Das bedeutet, daß Sonderurlaub beantragt werden kann!

Es wird gebeten, sich bis spätestens zum 10.3. anzumelden, da davon eine gute Planung und Organisation abhängig ist.

Träger der Veranstaltung ist die Pädagogische Hochschule und der Verein „Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.“ Köln.

Frauen Kommission NRW

Frauenforum im Revier
Pädagogische Hochschule Ruhr,
Fachbereich III
4600 Dortmund 50
Emil-Figge-Straße 50
Postfach 380
Telefon (0231) 7552853

„Sie sollen nicht denken“

Leserbrief über die Behandlung von Frauen in der Industrie

Seit knapp zwei Jahren arbeite ich bei einem Kieler Industriebetrieb in der Telefonmontage.

In unserem Bereich liegt der Zünderbau (wird verkauft), die Wickelei, die Endmontage der Telefone an vier Bändern und einige Vorbereitungsarbeiten für die Bänder.

Fast alle Arbeiten sind im Akkord und alle Akkordarbeit wird von Frauen gemacht. Die Männer haben bei uns sämtlich Einrichter-, Vorarbeiter- oder Prüfposten, sind also „was Besseres“. Und was für eine Behandlung frau sich von einigen dieser Typen gefallen lassen muß, stinkt uns besonders. Wir werden oft wie „Blöde“ behandelt und es wird getan, als ob wir gar nichts können. Sprüche wie „Sie sollen nicht denken, sie sollen arbeiten, das Denken machen wir schon“ sind keine Seltenheit. Bei Materialfehlern oder defektem Prüfgerät etc. geht ein Vorarbeiter erstmal immer davon aus, daß wir etwas falsch gemacht haben. Z.B.: „Der Bosch Schrauber ist nicht schlecht, Sie müssen ihn nur richtig bedienen. Sie können das bloß nicht!“ Und das zu einer Frau, die täglich 3.000 mal mit dem Bosch Schrauber schraubt! Als sie auf einem neuen Schrauber so lange bestanden hat, bis er einen anderen brachte, gab er ihn ihr mit den Worten: „Na, wenn Sie meinen, daß dieser besser ist als der alte, bloß weil er so schön neu und blank ist, dann nehmen Sie man den schicken Blanken. Das Glitzern gefällt Ihnen wohl Besser.“ Dabei hatte die Frau ihm am Anschliff genau erklärt, warum der alte nichts taugte. Alter Kotzker! Ein anderer Fall: Eine ausländische Kollegin hatte, als sie zum ersten Mal Arbeitskarten ausfüllen mußte, einen Fehler gemacht. Als der Vorarbeiter das sah, fing er an rumzumotzen und begann in zynischer fieser Manier, ihr das zu erklären, nach dem Motto: „Dies ist eine Karte, sie ist aus Pappe und grün“. Darauf sagte eine andere Kollegin: „Sie tun ja so, als ob Sie sie für blöd halten“. Er: „Ja, das tu ich auch, und nicht nur sie“. Er hat die Kollegin mit seinen Sprüchen bis zum Weinen gebracht!

Natürlich lassen uns die Kapitalisten auch an der Bezahlung wieder merken, daß der „kleine Unterschied“ eigentlich ein großer ist. Fast alle Frauen arbeiten in Lohngruppe 2, der niedrigsten überhaupt (6,71 nach dem Motto: „Dies ist eine Karte, sie ist aus Pappe und grün“. Darauf sagte eine andere Kollegin: „Sie tun ja so, als ob Sie sie für blöd halten“. Er: „Ja, das tu ich auch, und nicht nur sie“. Er hat die Kollegin mit seinen Sprüchen bis zum Weinen gebracht!

Natürlich lassen uns die Kapitalisten auch an der Bezahlung wieder merken, daß der „kleine Unterschied“ eigentlich ein großer ist. Fast alle Frauen arbeiten in Lohngruppe 2, der niedrigsten überhaupt (6,71 DM). Besonders angeschissen sind dadurch die Bandarbeiterinnen. Da andauernd die Frauen an den Bändern ausgetauscht und versetzt werden (Krankheit, Urlaub, andere Arbeit, die eiliger ist) ist es unmöglich gleichviel zu verdienen. Wenn nur zwei Frauen nicht total schnell an ihrem Platz sind, schafft das ganze Band den Akkord nur sehr schlecht. So ist ein Band z.B. in 2 1/2 Monaten um 1.50 im Durchschnitt gesunken. Die Bandarbeiterinnen haben so durchschnittlich weniger Lohn als im Einzelakkord, obwohl die Arbeit am Band körperlich anstrengender ist.

In der Wickelei kriegen die Frauen oft Arbeitskarten, die mit Lohngruppe 3 ausgewiesen sind. Trotzdem weigerte sich die Geschäftsleitung monatelang, die Frauen auch danach zu bezahlen. Einige wenige bekommen jetzt in Lohngruppe 3 bezahlt, aber längst nicht alle.

Zwei Frauen, die über das Arbeitsamt eine Umschulung zur Metallwerkerin gemacht haben, also Facharbeiterinnen sind, müssen dieselbe stupide Arbeit wie alle anderen Frauen machen und bekommen auch nur Lohngruppe 2 bezahlt. Eine Frau, die schon monatelang alleine und selbstständig Unterwassertelefone herstellt, eine sowohl körperlich schwere als auch umfangreiche Arbeit, machte dies bis vor kurzem in Lohngruppe 2. Auf den Arbeitskarten steht größtenteils Lohngruppe 5. Der Mann, der sie vorher gebaut hat, bekam Lohngruppe 6! Jetzt erst ist sie in Gruppe 3 hochgestuft worden - immer noch ein schlechter Witz!

Und von denen haben wir schon längst die Nase voll!

Eine Genossin aus Kiel

Hebammengeburtshilfe

ist auch — ja vor allem Schwangerenberatung und -vorsorge.

Hebammengeburtshilfe sehen wir als Einheit von Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett und so wollen wir auch arbeiten. Wir sind drei niedergelassene Hebammen, die jetzt eine Gemeinschaftspraxis eröffnet haben. Wir wollen Frauen, die ein Kind erwarten, eine Unterstützung geben, die diese Einheit wiederherstellt. Wir wollen sie nicht zum ersten Mal sehen, wenn sie mit Wehen an der Kreißsaaltür klingeln. Wir finden es wichtig, daß sie uns, die ihr nachher bei der Geburt zur Seite stehen, schon kennen. Wir wollen sie auch kennen, ihre Ängste, ihre Schwierigkeiten, aber auch ihre Vorfreude. Deshalb haben wir uns niedergelassen, um eben auch schon die Schwangerenvorsorge zu machen und die Schwangerenberatung.

Wir machen eine Gemeinschaftspraxis, weil wir es erstens wichtig finden, uns gegenseitig in unserer Arbeit zu kontrollieren, weil es zweitens mehr Spaß macht, zu mehreren zu arbeiten als alleine und drittens weil wir wissen, daß die hauptsächlich angebotene Beratung sich in den Vorsorgeuntersuchungen erschöpft und wir aber Zeit haben wollen.

Zum Ort der Geburt noch ein paar Worte.

Sicher ist eine Hausgeburt die schönste Geburt — wenn alles gut geht. Eben wenn alles gut geht. Deshalb treten wir nicht als Propagandistinnen der Hausgeburtshilfe auf. Wir werden Hausgeburtshilfe leisten, wenn die Frauen es wollen und wir es für vertretbar halten. Wir wollen aber auch erreichen, und sehen auch schon Möglichkeiten, daß wir die Frauen, die, aus welchen Gründen immer, in der Klinik entbinden wollen oder müssen, dort weiterbetreuen und entbinden können.

Von Dezember an ist jeden Mittwoch ab 17 Uhr (und nach Vereinbarung) Schwangerschaftsberatung und -vorsorge. (Der Termin ist deshalb nachmittags, damit die Väter mitkommen können!).

Jeden Donnerstag wird Informationsabend sein.

Die Telefonnummern der Turmstraße: 394 57 50
Sylvia Weinhold 822 32 68
Bärbel Galeitke 625 65 72
Dagmar Hartung-Doetinchem 394 57 50
(Vorwahl Berlin 030)

29 Frauen klagen gegen ungleichen Lohn

29 Filmentwicklerinnen des Foto-unternehmens "Heinze" in Gelsenkirchen sind vor's Arbeitsgericht gegangen, weil sie bis zu 1,80 DM weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen, mit denen sie an den gleichen Maschinen gleiche Arbeit leisten.

Zwar zahlt "Foto Heinze" für Männer und Frauen die gleiche Tarifgruppe. An übertariflichen Zulagen bekommen die Männer jedoch im Schnitt 1,50 DM mehr. Von den Frauen hingegen bekommen 16 gar keine Zulage, vier bekommen ganze 12 Pfennig und zwei gar 1,02 DM.

Die Begründung von Konzernchef Rainer Heinze:

Frauen seien "nicht so flexibel einzusetzen". Die Männer würden schließlich auch in Nachtschicht arbeiten, und neben der tariflichen Nachtschichtzulage, sei eine Zulage für ihren besonderen Einsatz gerechtfertigt.

Damit ist deutlich, daß die Filmentwicklerinnen wegen ihres Geschlechts schlechter entlohnt werden, denn gemäß § 19 der Arbeitszeitordnung dürfen Frauen zwischen acht Uhr abends und sechs Uhr morgens gar nicht arbeiten.

Lohnungleichheit gesetzlich garantiert?

So macht auch dieser Kapitalist deutlich, was diese Herren von gesetzlich festgeschriebenen Rechten halten.

Nicht nur das Grundgesetz (Artikel 3 - Gleichbehandlung von Männern und Frauen) - das Betriebsverfassungsgesetz (§ 75 - Arbeitgeber und Betriebsrat haben darüber zu wachen, daß eine ungleiche Behandlung unterbleibt) und die Richtlinien des Rates der Europäischen

Gemeinschaft zum Artikel 119 des EG-Vertrages (Beseitigung jeder Diskriminierung auf Grund des Geschlechts) bieten Grundlagen gegen diese Diskriminierung der Frauen. 1955 hatte auch das Bundesarbeitsgericht die Abschaffung der Frauenlohngruppen - auf dem Papier - bestätigt.

Dennoch haben nach Angaben des statistischen Bundesamtes in der Industrie die Frauen pro Stunde 3,44 DM weniger als ihre männlichen Kollegen verdient (Vergleichsmonat Juli 1978) - ein Unterschied des Bruttowochenverdienstes von

169 DM! Bei den Angestellten in Industrie, Handel, Banken und Versicherungen bekamen die Frauen im Monat (!) durchschnittlich 1065 DM weniger als die Männer (Süddeutsche Zeitung v. 2.11.78).

Auch die EG-Kommission mußte kürzlich feststellen, daß die Diskriminierung der Frauen bei der Lohnzahlung immer noch nicht aufgehoben ist.

Interessant in diesem Gutachten, daß in allen anderen EG-Ländern eine Überwachung der "Lohnungleichheit" durch Behörden üblich ist - nur in der BRD "vertraut man auf

den Gerechtigkeitssinn der Tarifparteien, dem Betriebsrat und Personalvertretern" ("FR", 31.1.79);

Lohnklagen in der BRD - mit wechselndem Erfolg

Die Betriebsrätin Irene Einemann, die seit acht Jahren in einer Delmenhorster Brotfabrik arbeitet, konnte im letzten Jahr ihre Forderung nach Lohngleichstellung gerichtlich durchsetzen. Sie erhält jetzt gleichen Lohn, und eine Nachzahlung der Lohndifferenz bis ins Jahr 1976 (das macht immerhin 6929 DM).

Empörend jedoch urteilte ein Bad Kreuznacher Arbeitsrichter im Dezember letzten Jahres, als er die Lohnklage von vier Chemiarbeiterinnen abwies. Die Frauen, die bei den Ewald Werken in Sobornheim an Gelatine-Trocknungsmaschinen für 8,64 DM die Stunde arbeiten (sie leisten exakt die gleiche Arbeit wie ihre männlichen Kollegen, die mit 9,04 DM bezahlt werden, verloren ihren Prozeß.

Als Begründung für dieses Urteil hält her, daß die Männer regelmäßig nachts arbeiten, und die Erschwerenisse der Nachtarbeit durch 15 % Nachzuschlag nicht ausgeglichen seien.

Selbst Annemarie Renger - die diese Klage unterstützt hatte - zeigte sich "außerordentlich enttäuscht" und kündigte eine genaue Prüfung des Urteils an ("FR", 11.12.78).

"...weil wir eine Menge Leute sind..."

Auch die Filmentwicklerinnen aus Gelsenkirchen mußten sich entgegen einer Menge Unkenrufe zu ihrem Schritt durchringen: "Von Männern, Freunden und nicht gewerkschaftlich organisierten Kollegen gab's mehr Abwiegelei als Zuspruch. 'Das ging von düsteren Prophezeiungen, daß ich Ärger mit den Vorgesetzten bekommen würde, über schlechte Hinweise auf die hohe Arbeitslosigkeit in Gelsenkirchen', erinnern sich die Frauen. Erst als feststand, 'daß wir doch eine ganze Menge Leute sind, gaben die Frauen dem Rechtssekretär grünes Licht für den Gang zum Arbeitsgericht'" ("Welt der Arbeit", 25.1.79).

Betriebs- und Gewerkschaftskommission

Aber speziell die Workshops, in denen Frauen zum ersten Mal ihr darstellerisches Talent kennengelernt haben, waren wohl ein Erfolg. Wir sind den Könnern, die das initiiert und geleitet haben, besonders dankbar. Hoffentlich wird im September in München alles schon ausgereifter sein. Aber es sieht schon danach aus, besonders weil die Frauen dort von Anfang an eine breite Zusammenarbeit angehen.

Wir wollen erstmal nicht gleich wieder so eine große Sache in Angriff nehmen, sondern etwas bescheidener, aber kontinuierlich weitermachen. Dazu suchen wir gerade Räume, in denen dann die ausgebildeten Frauen, die auch beim Treffen die Workshops geleitet haben, eine regelmäßige Fortsetzung von diesen anbieten. Da machen wir dann erstmal mit, um uns selbst auch weiterzubringen. Natürlich fahren wir im Herbst auch nach München.

AK: Danke für das Gespräch und viel Erfolg für Euch weiterhin.

Kulturkommission



Diese Frauen aus Gelsenkirchen klagen um gleichen Lohn für gleiche Arbeit

Frauentheater in Hamburg Gespräch mit den Veranstalterinnen

Ende November fand in der Markthalle in Hamburg ein Frauentheater-Treffen statt - das erste in der BRD. Es gab Theater-Workshops, Diskussionen und viele interessante Darbietungen. Es gab aber auch Konflikte unter den Frauen und Schwierigkeiten mit einem solch anspruchsvollen Unternehmen. Durch die viele Arbeit, die die Vorbereitungsgruppe (sechs Frauen) hatte und die Weihnachtsfest/Neujahrs-Pause des AK kommen wir erst jetzt dazu, ein Interview mit zwei Frauen aus der Veranstalterinnen-Gruppe zu veröffentlichen. Uns scheint es wichtig, in die Erfahrungen und Schwierigkeiten Einblick zu geben, weil es ein guter Anfang war, aus dem viel zu lernen ist, id weil wir solche Frauenkultur-Offen sehr wichtig finden. Die 'Geg' kultur' von Frauen ist noch

FG: Wir haben erstmal im August von unseren eigenen Kräften her den November angepeilt. Damals erschien uns noch die Markthalle mit ihrer Bühne und einigen Nebenräumen als ideal. Heute sind wir anderer Meinung, weil da zuviel Hektik und Krach ist, weil man nicht unter sich ist schon durch die Architektur: außerdem war die Miete sehr teuer. Dann haben wir erst die Theatergruppen und Einzeldarstellerinnen angesprochen, weil uns das als günstige Schrittfolge von anderen Organisatoren aus dem Kulturbereich empfohlen wurde. Über Anzeigen, Buchläden-Aushänge, Weitersagen setzte bald eine Kettenreaktion ein. Zusagen und wieder Absagen hagelten wie Wechselbäder auf uns nieder. Wir haben leider den Fehler gemacht, das alles unter uns zu 'managen' und

die Frauenszene Hamburgs nicht in das alles unter uns zu 'managen' und die Frauenszene Hamburgs nicht in die Planung miteinzubeziehen. Wir haben mehr an die Effektivität als an die inhaltliche Ausrichtung und Gestaltung im Zusammenhang mit der Frauenbewegung gedacht. Das schlug sich später leider etwas als Stellvertreterhaltung nieder. Wir lernten, daß Frauenkulturgruppen, besonders die nicht-professionellen, gar nicht so schnell mit einer Zusage reagieren können, daß sie viel mehr Zeit als "Touneegruppen" brauchen, daß sie in kollektiven Zusammenhängen mit Frauenzentren stecken usw. Wir haben erstmal alle festen Zusagen angenommen und keine Kriterien entwickelt wollen für eine Programmgestaltung, nach inhaltlichen oder dramaturgischen Gesichtspunkten. Ziel war erstmal, unstrukturiert einen Eindruck zu geben, was es überhaupt an professioneller und Amateurtheater-Kultur der Frauen gibt. Wir kannten selbst das Programm bis zum Treffen nicht.

AK: Haben diese Voraussetzungen nicht zu Schwierigkeiten geführt, oder war das produktiv?

FG: Teils-teils. Produktiv war, daß sich die verschiedenen Fraueninitiativen und Einzelfrauen zum ersten Mal kennen lernten. Daß Künstlerinnen, die noch nie was für die Frauenbewegung getan hatten, so in Kontakt mit ihr gerieten und ihre Fähigkeiten dafür einsetzten, indem sie teilweise extra Programme zu Frauenfragen für die Vorstellung ausarbeiteten.

Negativ war, daß wir in der Präsentation der Darstellerinnen, z.B. keine Zusammenhänge zwischen Profis und Amateuren herstellen konnten. So wurde durch die Trennung in zwei Abende die Chance verschenkt, die

unterschiedlichen Konzeptionen verbunden wahrzunehmen und zu diskutieren. Denn die Amateurgruppen hatten mehr die Konzeption eines Eingreiftheaters für die Frauenbewegung, waren aus ihr heraus auch entstanden. Z.B. war oft ihr Thema "Konflikte und Entwicklungsstand der Frauenzentren". Die Profifrauen, meist übrigens Einzeldarstellerinnen, waren erstmal an der Darbietung ihres Programms ohne große Diskussion interessiert, stellten auch kaum Sprechtheater, eher Pantomime und Ausdruckstanz dar.

AK: Ein Problem auf dem Treffen war doch wohl, daß Ihr für den zweiten Abend auch Männer eingeladen hattet?

FG: Ja, das kann man wohl sagen. Das kam so: Wir hatten die Idee, und hatten das auch öffentlich verbreitet, daß am ersten Abend und bei

dem Workshop am Sonnabend die Frauen unter sich sein sollten. Meinten aber nach langem Hin und Her in der Gruppe, am Samstag

abend sollten sich auch Männer mal mit Frauenkultur auseinandersetzen, mit uns drüber diskutieren (wozu es dann leider aus Zeitmangel nicht mehr kam). Dann wollten wir am Samstagabend auch Frauen erreichen, die bisher nichts von der Frauenbewegung erlebt haben und die lieber mit Mann oder Freund auf einen gemischten Abend mit Frauenprogramm kämen. Das kollidierte nun aber ganz ungeheuer mit den Interessen der etwa 100 Frauen, die am Samstag mit viel Spaß und Interesse an den Workshops teilgenommen und zum Beispiel kleine Stücke entwickelt hatten, die sie gern nur unter Frauen vorgeführt hätten. Wir waren schwer in der Bredouille. Da wir aber über Rundfunk und Zeitungen auch Männer eingeladen hatten, blieben wir dann bei unserem Konzept, wofür wir bei einem kleineren, sehr militant auftretenden Teil überhaupt kein Verständnis, sondern schwere Aggressionen ernteten. Diese Frauen machten auf sehr unangenehme Art Stimmung gegen uns (Was wir überhaupt mit der Bewegung zu tun hätten u.ä.) und versuchten am Eingang, die Männer, teilweise sogar mit Anspucken, am Reingehen zu hindern.

Schließlich sind etwa 40 Frauen in die Frauenkneipe abgezogen.

AK: Wie hat denn das Publikum auf die Begrüßung reagiert?

FG: Die waren eher verunsichert, wodurch sich der Abend dann wohl im ganzen sehr durch Aufmerksamkeit, Toleranz und Diszipliniertheit auszeichnete. Der Saal war proppenvoll und das Programm ging bis

1.30 Uhr. Leider war das Programm so lang und der Abend so voll gepackt, weil die meisten Darstellerinnen am Samstag auftreten wollten, sodaß es leider keine Diskussionsmöglichkeit mehr gab.

AK: Wie schätzt Ihr denn Euer Unternehmen nun im Nachhinein ein?

FG: Überwiegend erfolgreich, das meinten auch die Kulturfrauen. Und viele Anrufe von Frauen, die auf diesem Sektor weiter machen wollen, bestätigen das. Natürlich war die Organisation noch sehr dilettantisch, aber ein Ansatz, mit dem wir weiter machen können, war es auf alle Fälle. Nächstes Mal muß viel länger geplant und das Programm sinnvoller zusammengestellt werden. Auch haben wir aus den Querelen mit der "Männerfrage" den Schluß gezogen, nächstes Mal ein Frauen-Kultur-Treffen nur für Frauen zu organisieren. Eine Veranstaltung mit Frauenkultur für gemischtes Publikum würden wir dann getrennt davon laufen lassen.

Lesben vergessenen ...? Lesben vergessenen ...? Ein berechtigter Leserbrief

Lesben vergessenen ...? Ein berechtigter Leserbrief

Liebe Genossinnen!

Meine Freude über die Besprechung meiner Bibliographie hat sich leider bei näherem Hinsehen wieder gelegt: ist es Zufall, daß unter den zahlreichen Einzelrubriken, die ihr erwähnt habt - (Abtreibung, Hausarbeit, Mütter usw.) die Kapitel Lesben bzw. Lesbenromane nicht vorkommen? Wenn frau sich regelmäßig die KB-Frauenseite ansieht, sieht das eher nach Absicht aus! Klar ist mir, daß eine stockbürgerliche Tageszeitung wie der "Tagesspiegel" Berlin das wegläßt in seinen Rezensionen, aber ihr solltet doch inzwischen dazu gelernt haben! Bei der Besprechung der Frauenkalender bin ich auch schon wieder unheimlich wütend geworden: in dem stark kritisierten Kalender werden die Lesben erwähnt. (negativ, versteht sich: das Lesben-Leben stehe mal wieder im Mittelpunkt). In dem positiv besprochenen Schwarzer-Kalender, in dem auch manches über Lesben steht, sagt ihr das nicht, und daß der DKP-Kalender überhaupt nur von Frauen mit

Männern handelt, ist euch natürlich gar nicht aufgefallen. Ich habe übrigens zwei Bücher geschrieben, das zweite - da nicht mehr so allgemein, sondern mit schwuler Thematik - paßt wohl auch nicht in die KB-Frauenwelt?

Eigentlich kann ich aus solchen Vorfällen nur den Schluß ziehen, daß Lesben damit aufgehört sollten, sich für die Interessen heterosexueller Frauen mit einzusetzen; die nutzen das bloß aus, denken ihrerseits nicht im Traum daran, sich um Lesbiansachen zu kümmern und versuchen stattdessen, einen bruchlos zu vereinbaren. Gegenteilige Erfahrungen mache ich leider nicht oft! Also schreibt bitte eine Richtigstellung oder drückt den Brief ab und machteuch ein paar „warme“ Gedanken!

Mit rosa-lilanen Grüßen
Annette Dröge

Anmerkung der Redaktion: Der Brief bezieht sich auf eine Buchbesprechung in AK 146, S.38.

EMMA contra Hua

„Die Zeichen auf der chinesischen Coke-Flasche bedeuten so viel wie ‚bringt Glück und Freiheit‘. Das tut weh. Zumindest politischen Menschen, die das kühne Experiment Chinas, aus dem einst geknebelten und hungernden Volk eine wahrhaft sozialistische Gemeinschaft zu machen, mit Spannung verfolgten. Wie immer man auch die Entwicklung

nach Maos Tod beurteilen mag, wie verlockend auch die Vorteile einer Lockerung des Lebens für so manchen Chinesen selbst sein mögen - es ist ganz bestimmt nicht positiv, daß nun auch in China nicht mehr Bewußtsein, sondern Coke Glück und Freude verspricht“.

(„Emma“, Februar 79)



Zu diesem Thema hatten am 18.1. in Hannover die Demokratische Fraueninitiative (DFI), Frauen gegen Repression (Arbeitsgruppe im Anti-Repressions-Arbeitskreis Hannover), die GLU-Frauen und die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG - VK) zu einer Diskussion eingeladen. Ca. 150 (überwiegend) Frauen und Männer waren gekommen.

Zunächst wurden einleitende Kurzreferate gehalten.

Die DFI stellte die historischen Erfahrungen dar, beginnend mit der Unterstützung der Kriegstreiber durch die bürgerliche Frauenbewegung vor dem 1. Weltkrieg über den Hitlerfaschismus bis hin zur US-Armee, dem Vorbild für die Bundeswehr.

Ein DFG-VK'ler skizzierte dann die Pläne, den Zivildienst zu kasernieren, gekoppelt mit der Überlegung, ein Berufswehr und eine allgemeine Dienstpflicht auch für Frauen einzurichten. Großen Anklang fand der Beitrag der „Frauen gegen Repression“, in dem u.a. gesagt wurde:

„Die Bundeswehr ist vor allem Schule der Nation, d.h. sie bricht den Wehrpflichtigen das Rückgrat. Sie leistet, was Familie und Schule noch nicht erreicht haben.... Die Armee ist der bewaffnete Arm des Staates. Sie ist da, um die bestehende Macht, Hierarchie und Unterdrückung zu erhalten. In einer Zeit des verstärkten Wettrüstens, an dem sich die BRD massiv beteiligt, muß es im Interesse des Staates liegen eine Militarisierung der gesamten Gesellschaft voranzutreiben und sie in sich zu festigen“.

Die Versuche, mit Emanzipationsgerede uns Frauen die Bundeswehr schmackhaft zu machen, wurden der Benachteiligung von Frauen in der Ausbildung, bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, im Beruf usw. gegenübergestellt. Das Bild von der Frau am Gewehr paßt dem Staat nur dann, wenn das Gewehr sich

nicht gegen ihn richtet.

„Alles in allem wird deutlich, daß der Wehrdienst uns der Emanzipation ganz gewiß nicht näher bringt. Wir streben... nicht nach Funktionen, in denen wir einen Staat, der unsere Ungleichheit täglich festigt, auch noch verteidigen müssen“.

(Zitate aus dem Referat der „Frauen gegen Repression“).

Von der DFG-VK wurde in der anschließenden Diskussion folgender Vorschlag eingebracht:

Die Frauen sollten jetzt schon vorbeugend den Wehrdienst verweigern. Es wurde eine Aktion an die Kreiswehrratsämter vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde von einer Reihe Frauen zunächst positiv aufgegriffen.

Mehrheitlich wurde von den Frauen jedoch kritisiert, daß damit bereits anerkannt würde, daß Frauen zum Bund sollen. Die DFG-VK ließ denn auch die Katze aus dem Sack: Die Frauen sollten den Kampf der Männer gegen den Kriegsdienst unterstützen.

So ja wohl nicht! Wir Frauen kämpfen gegen die geplante Einbeziehung der Frauen in den Bund und können an diesem Punkt auch mit Männern, die gegen die Bundeswehr sind, zusammenarbeiten. Aber in erster Linie stehen für uns Aktionen an, die zunächst mal die vielen jungen Frauen und Mädchen in die Diskussion einbeziehen.

Da die Veranstaltung als Anfang einer Öffentlichkeitsarbeit begriffen wurde, bildete sich eine Arbeitsgruppe von interessierten Anwesenden zu diesem Thema, die weitere Aktionen, Informationen für Schulen etc. vorbereiten will.

AG Frauen Hannover

„Courage“ zum Thema „Frauen zum Bund“:

„a sind einige, die sagen, wir Feministinnen wollten ins Militär. Nein, ihr Herren vom bekannten Hamburger Nachrichtenmagazin, Eure Alibidame täuscht sich, ist dem amtlich zugelassenen Klischee der Feministin aufgesessen. Wir dagegen erklären feierlich: Wir denken weder daran, Euch industrielle Männer-Bund-Wehr vor den bösen Russen (oder gar wieder Russinnen?) zu verteidigen, noch wollen wir Euch vor Euren momentanen Brüdern, den Franzosen, Engländern und Amerikanern schützen. Und erst recht nicht, uns im Namen der Menschheit oder des Abendlandes an Euren Verbrechen in Südostasien, in Afrika und Lateinamerika beteiligen. Ihr werdet uns nicht los, indem ihr uns in den nächsten Krieg schickt! Denn den führen wir gegen Euch – nicht gegen unsere französischen Schwestern in von Euch ausgeachten Schützengräben.“

Wir sollen beim nächsten Vietnam dabei sein? Wie? Es soll jetzt Persien heißen? Dann werden wir gegen Euch kämpfen – an der Seite unserer vietnamesisch-persisch-sahaurischen Schwestern. Ob ihr das überlebt?

„Courage“ Januar 1979

Anzeige

Die neuste Ausgabe der DISKO (dies ist die Zeitung der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden) beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Thema „Frauen zur Bundeswehr“. Es wird eingegangen auf die Geschichte der Militarisierung der Frauen in der BRD seit 1945, Frauen im Hitlerfaschismus, die Vorbilder der Frauenmilitarisierung in Israel und USA. In einem „Offenen Brief an die EMMA“ setzt sich die Redaktion mit den von Alice Schwarzer vertretenen Positionen auseinander. Schließlich ist ein erster Überblick über

Stellungnahmen gegen die allgemeine Dienstpflicht für Frauen zusammengestellt. In der augenblicklichen Debatte geben diese – aus der Sicht der Kriegsdienstverweigerer geschriebenen – Artikel und Informationen interessante Anregungen für Diskussionen. Zu beziehen über:

DISKOFO-Redaktion
c/o Henner Schmude
Hallerstr. 4
85 Nürnberg

Preis: 1,- DM + Versandkosten
ab 10 Exemplare -80 DM pro Exemplar.

Brandanschlag auf Frauenhaus

Auf das Frauenhaus in Westberlin wurde ein Brandanschlag verübt. Es ist ein Brandsatz in das Erdgeschoss des Hauses geworfen worden, der das Mobiliar in Brand setzte. Zum Glück konnte ein Nachbar rechtzeitig die Feuerwehr alarmieren. Zur Zeit des Brandes schliefen 100 Personen, darunter 50 Kinder, in dem Haus.

♀♀♀

Gericht verweigert Studentin Wohngeld

Eine Studentin mit einem monatlichen Einkommen von 525,- DM erhält kein Wohngeld, obwohl sie etwa 350,- DM Miete monatlich aufbringen muß – so entschied das Verwaltungsgericht Bremen.

Grund: Die Studentin lebe mit ihrem Freund, einem Referendar, nicht in einer Wohn- sondern Wirtschaftsgemeinschaft, so daß dessen Einkommen von 1.300 DM bei der Berechnung mitberücksichtigt werden müsse.

Die Bourgeoisie verfügt durchaus noch über Alternativen zur immer unbeliebter werdenden Ehe, um frau vom Mann abhängig zu machen. (Nach „Welt“, 3.1.79).

♀♀♀

10.000 DM Strafe gegen EMMA

Der „Stern“ läßt nicht locker. „Emma“ hatte den „Stern“ wegen „gegen die Menschenwürde von Frauen verstößenden Titelbildern“ im letzten Jahr vor Gericht zitiert.

„Emma“ ist nun für die Berichtserstattung über die Folgen der Titelbild-Klage vom Hamburger Landgericht zu 10.000 DM Strafe verurteilt worden. „Emma“ hatte in einem ihrer Artikel den „Stern“ der „Zensur“ beschuldigt, da ein kritischer Artikel der „Stern“-Redakteurin Ingrid Kolb zum Thema in der Endredaktion herausgenommen worden war.

„Emma“ wird nun Beschwerde gegen die Geldstrafe einlegen und: „Wir haben also jetzt im Zusammenhang mit der bereits im September erteilten einstweiligen Verfügung, die uns die Behauptung, es sei Zensur gewesen, verbletet, ein sogenanntes Hauptverfahren beantragt. Das heißt, das Verfahren, in dem Nannen seine Behauptung, es sei keine Zensur gewesen, wird beweisen müssen. (...) Es scheint durchaus vorstellbar, daß durch den Verlauf der Beweisaufnahme die Berechtigung der einstweiligen Verfügung erschüttert wird und der jetzt ausgesprochenen Geldstrafe damit die Basis entzogen wird. (...) Bei diesem Prozess, dessen Datum wir noch nicht wissen (er ist im Laufe des Februar zu erwarten), wird es von großer Wichtigkeit sein, daß die Öffentlichkeit ihn zur Kenntnis nimmt. Wir bitten darum, Journalist(innen) und Frauen, unbedingt an diesem Prozeß teilzunehmen, sich selbst vor Ort zu informieren (Termin bitte bei „Emma“ erfragen). Denn jetzt geht es neben der Frauenfrage um die Meinungsfreiheit überhaupt und darum, ob nur Mächtige eine Meinung haben können und weniger Mächtige zu schweigen haben.“ („Emma“ 2/79).

♀♀♀

Notlösung für geschlagene Frauen in Freiburg

Schon seit langem betreut die „Gruppe alleinstehender Eltern“ („Gralle“) mißhandelte und von ihren Männern geschlagene Frauen in ihren Privatwohnungen. Jetzt hat die Stadt Freiburg der Gruppe eine Wohnung zur Verfügung gestellt; Miete, Strom und Telefon sowie einen Teil der Einrichtung trägt die Stadt. Die Wohnung soll eine Übergangslösung sein, bis es auch in Freiburg ein Frauenhaus gibt.

Diskussionen hierüber laufen schon lange, aber bisher lehnt vor allem die CDU ein Konzept der Selbstverwaltung ab.

♀♀♀

Kurzmeldungen

Emma hat Geburtstag

wir gratulieren!



Chefgynäkologen verweigern Abtreibung

Auf dem Gynäkologenkongreß in Gießen wurde das Ergebnis einer Umfrage des Kieler Sexualmediziners Dr. R.Wille zur Einstellung der gynäkologischen Chefsärzte zu dem seit 1976 veränderten § 218 veröffentlicht. Das Ergebnis:

62% der Befragten lehnen einen Schwangerschaftsabbruch wegen einer Notlage ab. 6% der Gynäkologen verweigern einen Abbruch auch bei einer medizinischen und 14% bei einer genetischen Indikation! Erhebliche Unterschiede wurden zwischen katholischen und protestantischen Krankenhausärzten festgestellt. Nur 65% der protestantischen Krankenhausärzte waren bereit, bei einer Notlagenindikation die Abtreibung vorzunehmen, von den katholischen nur 3%! Selbst bei einer medizinischen Indikation war die Bereitschaft, die Abtreibung durchzuführen, eingeschränkt: 92% der evangelischen Krankenhausärzte und nur 32% der katholischen waren bereit, die Abtreibung durchzuführen. („FAZ“, 26.1.79).

♀♀♀

♀♀♀



aus „Stern“, 7.12.78 – Neues Abtreibungsgesetz in Holland

Zum geplanten holländischen Abtreibungsgesetz

Oswalt Kolle – in Holland lebender westdeutscher Journalist und bekannt durch seine Bücher über die Sexualität von Mann und Frau – hat im „Stern“ vom 27.12.78 einen Leserbrief zur geplanten neuen holländischen Abtreibungsgesetzgebung geschrieben. Seiner Meinung nach werden für westdeutsche Frauen auch in Zukunft keine

zusätzliche Schwierigkeiten bestehen, in Holland abzutreiben, da das Gesetz in der vorgesehenen Form im Parlament keine Mehrheit finden würde.

In seinem Leserbrief gibt er gleichzeitig die Telefonnummer der niederländischen Sexualreformbewegung (NVSH) in Den Haag an: (70) 51 23 41. Frau kann dort jederzeit anrufen und sich anmelden. Danke, Oswalt Kolle!

Leserbrief zum Thema Gewalt im KB

Wir meinen, daß die Ausschlußmaßnahme von LG/ZRK im Falle des gewalttätigen „Genossen“ in Lübeck (AK 145, S. 33) richtig war. Allerdings halten wir die Kritik der Genossin der Landesleitung Schleswig-Holstein für ungenügend:

Sie begründet den Ausschluß im wesentlichen mit dem „regelmäßigen Zusammenschlagen“, dem „Wiederholungsfall“ und der „nicht gezeigten Reue“.

Generell meinen wir: Ein Zusammenkommen der drei genannten Faktoren muß nicht immer für einen Ausschluß gegeben sein, sondern

1. zum „regelmäßigen Zusammenschlagen“: Wieviel Prügel muß eine Frau einstecken, damit der Typ aus der Organisation fliegt? Wir

meinen nicht, daß eine Frau erst halb tot geschlagen werden muß, um einen Ausschluß zu rechtfertigen;

2. zum „Wiederholungsfall“: Bei besonders brutalem Zusammenkommen müssen nicht erst Wiederholungen eintreten;

3. zur „nicht gezeigten Reue“: Muß der Täter total reuelos sein, damit klare Konsequenzen gezogen werden? Schärfer als die Genossin vertreten wir: Selbst wenn der Typ Reue gezeigt hätte, würden wir aufgrund der Faktoren: Vorsatz, brutales Zusammenkommen und Wiederholungsfall – für Ausschluß stimmen, denn die Reue kann in einem solchen Fall nur Opportunismus sein! Schnell überkommt ihn die Reue (wer will

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von S. 41

schon ausgeschlossen werden?). Zur Begründung der Reue: Wir fragen uns hier, wie wohl die erste Selbstkritik des „Genossen“ ausgesehen hat? Wurde sie ernsthaft hinterfragt oder hat frau/man sich da nicht schon hinter Licht führen lassen? Führte sie nicht eher zu einer Verharmlosung von Gewalt gegenüber Frauen, die allen Genossen einen Freibrief ausstellt, „in begründeten Fällen“ mal die „Hand ausrutschen zu lassen“?

Zum Versatz: Wir meinen, es reicht als Ausschlußgrund, wenn das Prügeln vorher geplant und angekündigt wurde. Auch müssen wir fragen, was sind das eigentlich für Scheißtypen, die von dem Vorhaben des Schlägers wußten und es unwidersprochen geschehen ließen? Das ist eine total bürgerliche Verhaltensweise (Vogel Strauß-Politik), wodurch das Problem „privatisiert“ wird und damit die Gewalt gegen Frauen gefördert wird! Diese Genossen sollten sich schleunigst Gedanken machen über folgendes Zitat aus dem Referat zur Frauenarbeit der AG-Frauen:

„Wir fordern das Bewußtsein über die Frauenunterdrückung in dieser Gesellschaft von jeder Genossin und von jedem Genossen. Innerhalb des KB darf das keine Frage der Agitation mehr sein!“

KB-Sympathisantinnen-Frauengruppe Münster

Patentex Oval: Verhütungsmittel oder Lotterie?

„Zu Ihrer Liebe gehört Sicherheit. Patentex Oval schützt zuverlässig und verträglich.“... „Patentex Oval liegt im Sicherheitsbereich der Pille.“

So wird für das Verhütungszäpfchen Patentex Oval, daß in der BRD seit 1971 in allen Apotheken und Drogerien zu erhalten ist, in Werbefernsehen und Zeitschriften, speziell auch Jugendzeitschriften, geworben.

Die Wirkung von Patentex Oval beruht auf einem durch die Körpertemperatur entstehenden Schamutritismus in der Vagina, der sowohl undurchdringlich für die Samenfladen sein als auch die Spermien abtöten soll.

undurchdringlich für die Samenfladen sein als auch die Spermien abtöten soll.

Laut Test der Internationalen Familienplanungsorganisation (IPPF) ist die kontrazeptive (verhütende) Wirkung jedoch ungenügend. Die Niederländische Vereinigung für Sozialfragen (NVSH) warnt davor, Patentex oval ohne zusätzliche Schutzmittel zu benutzen. Der Verein für Familienplanung in Dänemark stellte fest, daß von 87 Frauen, die abtreiben wollten, 9 trotz Patentex oval schwanger wurden. In Großbritannien muß seit 1.10.78 auf allen frei verkäuflichen spermientötenden Mitteln gut sichtbar ein Hinweis angebracht sein, daß ein besserer Schutz nur bei zusätzlicher Anwendung eines anderen Verhütungsmittels gewährleistet ist.

Die Reaktion der Patentex oval GmbH auf diese internationalen Bedenken und auf sie bereits 1973 herangetragene Regressforderungen: Ursache für auftretende Schwangerschaften seien Anwendungsfehler! Die Firma wirbt nach wie vor weiter mit dem Pearl Index 0,8 (der Pearl Index bezeichnet die Zahl der ungewollten Schwangerschaften auf 1.200 Anwendungsmonate), obwohl der „Medical Letter“ in einer Studie eine Versagerquote von 15 % bei Schaumovula, Cremes und Gelees festgestellt hat!

Wie kommt dann der Index von 0,8, der angeblich in „der umfangreichsten europäischen Untersuchung, die je für ein Verhütungsmittel dieser Art durchgeführt wurde“ errechnet wurde, zustande? Die Untersuchung beruht auf Fragebögen der Firma Patentex, die von 287 Ärzten gegen Honorar (!) ausgefüllt wurden und in die beispielsweise auch Frauen, die Patentex oval als zusätzliches Verhütungsmittel nehmen, ohne besondere Kennzeichnung einbezogen wurden.

Wir können uns nur Dr. Ulrich Möbius, dem Berliner Arzneimittelkritiker und Herausgeber des „Arzneitelegrams“, anschließen, der meint, daß die verantwortungslose Werbung für Patentex oval einen eindeutigen „Verstoß gegen das Heilmittelwerbegesetz durch irreführende Werbung“ darstellt. Seine Adresse, Albertinenstr. 21, steht als Sammelstelle für Versagerquoten zur Verfügung. (nach „Clio“ 10).

AG Frauen Göttingen



Kinder



Jugendpolizei in Baden-Württemberg Ein Modell zur Bespitzelung und Kriminalisierung der Jugend

Seit Oktober 1978 gibt es in Stuttgart, Reutlingen und Freiburg eine Jugendpolizei (Jupo). Damit will Dr. Stümper, heute Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg, auf breiter Basis das fortsetzen, was er vor Jahren schon als Mannheimer Polizeipräsident ausprobierte. Damals hatte Stümper in Mannheim einen „Jugendclub“ einrichten lassen, der von Polizisten geleitet und betreut wurde. Heute will die Polizei nicht mehr darauf warten, daß Jugendliche ihren Polizei-Club aufsuchen, sondern sie schickt Schnüffler überall dahin, wo sich Jugendliche mit Vorliebe aufhalten – angeblich um vorbeugend die Jugendkriminalität zu bekämpfen. Für viele Jugendliche ist das Jugendhaus und das Gespräch mit dem Sozialarbeiter eine wichtige Möglichkeit, um Auswege aus ihren beschissenen Lebensbedingungen zu suchen. Was soll daraus werden? „Wenn hier ein Jupo auftaucht“, meinte ein Besucher des Jugendhauses Urach im Kreis Reutlingen, „dann hält jeder den Mund!“.

Die Planungsgruppe des LKA

Im Mai 1976 fand eine Arbeitstagung an der Landespolizeischule Freiburg statt, die sich angeblich mit der Intensivierung der „Bekämpfung der Jugendkriminalität“ befaßte.

Zur selben Zeit wurde beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium eine Arbeitsgruppe „Jugendkriminalität“ gebildet. Im August 1977 legte die Arbeitsgruppe ihre Ergebnisse dem Innenministerium vor. „Um umfassende Informationen über Jugendtätigkeit und Jugendkriminalität zu erlangen und örtlich wirksame Prävention zu betreiben,

sollte bei jedem Polizeirevier ein besonders geeigneter Beamter als Jugendbeamter eingesetzt werden“.

Was geschieht mit den so gewonnenen „umfassenden Informationen“? Es sollen z.B. Karteien über „auffällige“ Kinder und Jugendliche gesammelt werden, in denen Informationen zugänglich werden, deren Verfügung bisher zum Schutz der Persönlichkeit des Minderjährigen eingeschränkt war. Einsetzen soll die Bearbeitung durch die Polizei bereits im Kindergarten! Während die Jupos in Jugendhäusern in zivil erscheinen, „verspricht eine Aufklärungsarbeit bei Kindern im Kindergarten – und Grundschulalter durch einen Schutzpolizeibeamten in Uniform größere Effektivität als durch einen gewöhnlich bekleideten Kriminalbeamten“.

(Zitate aus: Neue Wege in der Bekämpfung der Jugendkriminalität. Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Jugendkriminalität“ beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg).

Jupo versuchsweise eingeführt

Im Juli 1978 ordnet Dr. Stümper, damals noch Ministerialdirigent im Stuttgarter Innenministerium, inzwischen Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg, die Einführung der Jugendpolizei in Stuttgart, Freiburg und Reutlingen an. In einem Modellversuch sollen hier bis Ende 1979 Erfahrungen gesammelt werden. Anschließend droht dann die Ausweitung dieses Modells auf ganz Baden-Württemberg. – Im Einzelnen geht es um folgende Aufgaben:

1. Einrichtung von Jugenddezernaten bei den Polizeipräsidien und den Polizeidirektionen. Hier sollen beispielsweise – Anzeigen gegen Jugendliche und

Kinder bearbeitet werden; – „alle Vorgänge, die im Bereich der Jugendkriminalität, der Jugendverwahrlosung und der Jugendgefährdung angefallen sind“, ausgewertet werden;

– „sonstige Maßnahmen der vorbeugenden Bekämpfung der Jugendkriminalität innerhalb und außerhalb der Polizei“ entwickelt werden.

2. „Bei Kriminalkommissariaten werden die Aufgaben des Jugenddezernates von few. mindestens einem Jugendsachbearbeiter wahrgenommen“.

3. Als Informationssammler soll „bei jedem Polizeirevier ein besonders geeigneter, an der Jugendarbeit interessierter, möglichst jüngerer Beamter als Jugendbeamter eingesetzt“ werden. Er soll u.a. an von Jugendlichen bevorzugten Plätzen mit ihnen Kontakt aufnehmen, Informationen sammeln, alle Jugendvorgänge im Revierbereich erfassen und auswerten, sowie den Kontakt zu allen mit der Jugendarbeit befaßten Behörden, Institutionen und Vereinigungen halten. (Zitate und Informationen aus: Schreiben des Innenministeriums (Dr. Stümper) vom 19.7.78 an die Regierungspräsidien Stuttgart, Freiburg, Tübingen).

Widerstand entsteht

Mitte Januar fand in Stuttgart im Jugendhaus Mitte eine Diskussion zwischen ca. 100 Jugendlichen und Jupos statt. Danach erklärten die Jupos im Rundfunk: Sie hätten zwar Kritik erwartet, aber daß sie auf so einhellige Ablehnung stoßen würden, damit hätten sie nicht gerechnet. Ähnlich war es bereits Anfang Dezember dem Reutlinger Jugenddezernat bei einem Besuch im

Uracher Jugendhaus ergangen. Nach der Diskussion schrieb der „Reutlinger Generalanzeiger“: „Kriminaloberkommissar Fred Rietz und seine drei Kolleginnen... sahen sich im Uracher Jugendhaus „Schloßmühle“ einer Phalanx von Jugendlichen, Sozialarbeitern und Studenten der Fachhochschule Reutlingen gegenüber, die von den Ideen und Absichten dieses als Modellversuch arbeitenden Dezernates gar nicht begeistert waren. Kernpunkt des jugendlichen Mißtrauens und der Ablehnung war die „Vertrauensbasis“, die von Fred Rietz als Leiter des Dezernats zur Grundlage seiner Arbeit erhoben wurde. „Vertrauen zu Leuten, die dazu da sind, uns zu überwachen und Freunde, die etwas ausgefressen haben, einzubuchten?“ fragten sich die Jugendhausbesucher.“ (6.12.78).

Auf besondere Ablehnung stieß auch die Mitteilung von Herrn Rietz, daß einmal gesammelte Informationen über Jugendliche nicht wieder gelöscht werden. Hinzu kommt, daß Sozialarbeiter Informationen über Jugendliche an die Polizei weitergeben sollen. Sie haben kein Zeugnisverweigerungsrecht! Hier setzt auch der Widerstand von Sozialarbeitern gegen das Jupo-Modell an. Wie soll ein jugendlicher unter solchen Bedingungen noch Vertrauen zum Sozialarbeiter haben?

Der Leiter des Reutlinger Jugenddezernates Fred Rietz war übrigens vorher ein halbes Jahr lang Leiter und Koordinator der Abteilung Terrorismus beim LKA!

Wir wollen über den Widerstand gegen das Jupo-Modell weiter berichten.

Ein Genosse aus Stuttgart

Erst Kinder-Polizei, dann Kinder-Gefängnis? Erst Kinder-Polizei, dann Kinder-Gefängnis?

Daß an Schulen geklaut wird, ist nichts Ungewöhnliches. Trotzdem wird die Polizei auch schon gegen Kinder aktiv: Weil 1977 ein türkisches Mädchen und ihre Freundin, damals zehn und zwölf Jahre alt, verdächtigt wurden, Mitschülern die Füller weggenommen zu haben, wurde das Mädchen von der Schulleitung der Polizei übergeben, die es für zwei Stunden in eine Zelle sperrte.

Schule und Polizei befanden es nicht einmal für notwendig, die Eltern darüber zu informieren. Eine Schmerzensgeldklage der Eltern wurde zurückgewiesen. Das Gericht meinte, das Kind habe sich ja lediglich „in einer offenen Sammelzelle“ aufgehalten. Dieser „Aufenthalt“ sei „selbst aus kindlicher Sicht der Klägerin kein ungerechtfertigtes, überraschendes Ereignis gewesen, sondern eine zwar unangenehme, aber durchaus in ihre Wertvorstellungen einzuordnende Folge der vorangegangenen und zugegebenen Wegnahmehandlungen sowie der Selbstbeschuldigung hinsichtlich weiterer Diebstähle. Außerdem hätte das Mädchen sich auf dem Polizeirevier in Gesellschaft zweier Freundinnen befunden, so daß auch insoweit von einer ungewöhnlichen psychischen Belastung mangels substantieller Darlegung nicht ausgegangen werden konnte“.

Wer hat früher als Kind in der Schule oder sonstwo nicht mal Sachen geklaut? Hier soll nicht dem Klauen das Wort geredet werden, obwohl man immerhin beachten sollte, wer wo wem was klaut. Kinder werden von der Polizei abgeführt, nur weil sie mal ihrem Klassenkameraden den Schulfüller wegnehmen. Aber jene Herren wie Horten, Thyssen Strauß und wie sie alle heißen mögen, sie werden sogar noch als anzustrebende Ideale für Kinder und Jugendliche ausgegeben.

Daß dieses Urteil und der ganze Vorgang nicht etwa ein Ausrutscher, sondern offensichtlich die zukünftige Vorgehensweise und Rechtsprechung sein soll, wird an den Umständen deutlich, wie dieser Fall weiter behandelt wurde.

Der Westberliner „Tagesspiegel“ sah sich auf Grund eines Protestschreibens des Westberliner Landgerichtspräsidenten Beyer veranlaßt, noch

einmal über den Fall zu berichten und in einem Kommentar dazu Stellung zu nehmen.

Beyer hatte sich in einem Schreiben an die Zeitung darüber beschwert, daß deren Bericht über den Vorfall „bei den Lesern einen falschen Eindruck erweckt“ haben könnte. Ebenfalls beschwerte sich dieser Herr Beyer über den Protest der Humanistischen Union gegen das Urteil. Die HU meint, daß damit der „Außerkräftsetzung von Kindern – und Elternrechten Tür und Tor geöffnet wird.“

Der Kommentator des „Tagesspiegel“ antwortete dem Herrn Beyer: „In Polizeizellen haben Kinder nichts zu suchen. Es macht den Fall nicht besser sondern schlimmer, daß die Behörden sich bei deutschen Kindern und Eltern vermutlich bei sonst gleichen Voraussetzungen anders ver-

halten hätten.“

Dafür gibt es in der Tat tragische Beispiele.

Zwei Fälle aus der letzten Zeit:

„Beim Diebstahl ertappt - Mädchen (12) sprang aus Scham in den Tod.“ Das türkische Mädchen Zublyda war beim Klauen einer Musik-Kassette für 12 DM in einem Supermarkt erwischt worden. Sie wurde der Polizei übergeben und verurteilt. Die Eltern wurden nicht benachrichtigt, das Kind wurde anschließend alleine nach Hause geschickt. Dort hatte es Angst, darüber zu berichten. Die Polizei kam am nächsten Tag zu den Eltern. Das Mädchen sprang daraufhin aus Angst vor Strafe aus dem 5. Stock in den Tod.

- Am 22.9.78 wurde der türkische Schüler Edip Cinerli tot unter einem Baum auf einem Spielplatz aufge-

funden. Er hatte sich erhängt. Er war zwei Tage zuvor beim Verlassen eines Aldi-Supermarktes in Bremen-Osterholz festgehalten worden, weil er für seine Waren keinen Kassenbon hatte; man behauptete, er habe die Ware gestohlen. Obwohl dafür kein Beweis vorlag, wurde er der Polizei übergeben. Auf der Wache wurde er einer Leibesvisitation unterzogen. Danach wurde er nach Hause gebracht, wo die Polizei, in Abwesenheit der Eltern und ohne Durchsuchungsbefehl, gleich die ganze Wohnung incl. Kühlschrank inspizierte mit den Worten: „Das habt ihr wohl auch alles geklaut“ und „Beim nächsten Mal holen wir dich ab“. Edip erhängte sich daraufhin.

Kinderkommission Hamburg

Beim Diebstahl ertappt Mädchen (12) sprang aus Scham in den Tod

Eine Musikkassette für 12 Mark wurde ihr zum Verhängnis

Ausländerjunge soll im Supermarkt geklaut haben:

Zum Selbstmord getrieben

STUTTGART — Korrespondentenbericht: Am 21. 9. 78 wurde der türkische Schüler Edip beim Verlassen des Aldi-Supermarktes in Bremen-Osterholz festgenommen. Er hatte Brot, Zigaretten und Schokolade eingekauft. Da er keinen Bon hatte, wurde er beschuldigt, die Sachen im Wert von 12 DM gestohlen zu haben. Obwohl an dieser Aldi-Kasse gar keine Bon ausgeben werden, schleppte die Polizei Edip mit zur Wache. Dort mußte er sich zur Leibesvisitation ausziehen. Wie von Vatermännern wurde er durchsucht. Danach dort im Abstellraum, im Keller und so weiter herum. Als sie den Kühlschrank öffneten, meinte einer der Polizisten: „Das habt ihr wohl auch alles geklaut.“ „Beim nächsten Mal holen wir dich ab“ drohte der andere, als sie gingen.

Der „West-Kurier“ wollte diese Anzeige nicht drucken. Der Chef der Anzeigenabteilung meinte: „Wir haben uns keine Vorschriften... Die Todesart nicht deutlich gemacht werden. Das ist für den Toten diffamierend. Die Leibesvisitation sollte die Schüler zur Änderung ihrer Anzeige bewegen.“ Die Schüler dachten nicht daran, ein Wort in dem Bericht zu ändern. Sie waren in der Schule.

16jähriger Türke nahm sich das Leben

Ein 16jähriger Türke hat sich vor etwa drei Tagen in seinem Zimmer in der Nähe des Spielplatzes an der Zürcher Straße erhängt. Der Junge war, nachdem man ihn bei einem Leibesvisitation ertappt hatte, nach Hause geschickt worden. Da er für seine Tat zunächst noch in der Schule inhaftiert war, wurde er von der Polizei nach Hause gebracht und wurde erst am Sonntagabend um 10.30 Uhr getötet.

Mißhandlungen im Kinderheim — vom Staat geduldet?

„Weil der kleine Günther seine Mittagsschlafzeit nicht aufessen wollte, schlug ihn ‚Onkel Karl‘ ein halbes dutzendmal brutal ins Gesicht. Danach mußte Günther ... von 12 bis 15 Uhr mit verschränkten Armen hinter seinem Stuhl stehen“.

Behinderte Kinder wurden „mit der Reitpeitsche geprügelt und mit dem Kopf so lange gegen die Wand gestoßen (...), bis sie blutüberströmt waren“.

Den Mitarbeitern wurde „empfohlen, kräftig zuzuschlagen, denn das (gemeint sind die Kinder) sind die potentiellen Mörder von morgen“.

„In einer Ecke des Treppenaufgangs (hatte eine Angestellte) einen Eimer mit ziemlich verstaubtem Deckel entdeckt: ‚Ich nahm den Deckel ab und fuhr entsetzt zurück. Der Eimer war über die Hälfte voll mit Kot, Würmern und weißen Wurmeln‘“.

„Das den Kindern gesetzlich zustehende Taschengeld (wurde) von der Heimleitung einbehalten“.

Das sind einige Aussagen von Praktikanten, Erzieherinnen und einer Krankenschwester: ehemalige, d.h. z.T. gefeuerte Angestellte des Kinderheims Wernberg/Oberpfalz, in dem über 53 Kinder und Jugendliche „leben“. Diese Enthüllungen der „Frankfurter Rundschau“ vom 19. Januar setzen die Berichte über die sogenannten Skandalheime vom letzten Jahr, dem Isenberghaus/Bremen (inzwischen geschlossen), dem Mädchenheim Birkenhof/Hannover, dem Mädchenheim Tempelstraße/Köln u.a. fort.

Wernberg ist ein privates Kinderheim. Chefin ist die 44-jährige Kaufrau Agnes-Anna N. (der vollständige Name wird von der „FR“ nicht genannt), die für ihre barbarische „Pädagogik“ einen Tagespflugesatz von

DM 64,50 pro Kind kassiert. („FR“, 19.1.). Sie gab auf Anfrage zu verstehen, daß sie das alles „im Rahmen der unternehmerischen Freiheit“ für erlaubt halte! (ebenda).

Erst Klagen von Krankenschwestern und Kinderpflegerinnen beim zuständigen Kreisjugendam und eine Anzeige gegen den Prügelpädagogen „Onkel Karl“ haben die Behörden zum Eingreifen veranlaßt! Und das, obgleich hohe staatliche Instanzen seit Jahren von diesen Prügelmaßnahmen und Mißhandlungen gewußt haben! Bereits 1973 hatte die Kriminalpolizei festgestellt: „Die Kinder wurden roh mißhandelt und in ihrer Gesundheit beeinträchtigt“.

Daraus folgte ... NICHTS!

Erst heute, fast fünf Jahre später, scheinen die Behörden und die zuständige Bezirksregierung Oberpfalz sich aufgrund mehrerer Klagen veranlaßt, etwas ändern zu wollen: Laut „FR“ ist inzwischen die Einsetzung einer „pädagogischen Leitung“ durchgesetzt worden. Allerdings hat die Heimleitung eine Diplompsychologin und einen Sozialpädagogen, die von der Regierung eingesetzt worden waren, schon wieder gefeuert; aufgrund eines „mangelnden Vertrauensverhältnisses“.

Bis zum 31. Januar müsse ein „brauchbares pädagogisches Konzept“ vorgelegt sein, sonst sei mit einer Teilschließung des Kinderheims zu rechnen, verkündete die zuständige Heimaufsichtsbehörde.

Sollte die Heimleitung ein „brauchbares pädagogisches Konzept“ vorlegen, könnte also wieder „Ruhe“ im Wernberg einkehren? Für die Kinder kann das allerdings bedeuten, bald wieder verprügelt und mißhandelt zu werden, wenn niemand mehr hinschaut.

Ein Kieler Genosse

Auf der Alm, da gibts koa Sünd'!...

Auf der Alm, da gibts koa Sünd'!...

Reaktionäre Kreise aus Kirche, Elternschaft und verschiedenen Verbänden laufen Sturm gegen die Einführung des Sexualkundeunterrichts in Bayern:

— Der „Freundeskreis Maria Goretti“ veranstaltet „Gebete“ vor den Türen des Kultusministeriums zur Abwendung einer „sexuellen Dauerberieselung in allen Fächern“.

Dabei werden bitterböse Flugblätter verteilt, die den Kultusminister anklagen, ein „Kinderverderber“ zu sein, und die behaupten, daß „linke CSU-Leute gegen die Zielsetzung ihrer eigenen Partei und gegen die Staatsverfassung die Geschäfte der Marxisten besorgen“.

— Die Zeitschrift der Bayerischen Katholiken rief die Eltern dazu auf, Unterrichtstexte auf „Schweineereien“ hin zu untersuchen und dies amtlich zu melden. Denn: „sozialistische Lehrer“ wollen Autorität und Fülle zerstören.

— Die „Landfrauengruppe“ im Bayerischen Bauernverband ist pauschal gegen jede Sexualerziehung an den Grundschulen; sie fördere nur die „Sexualisierung“ der Kinder.

— Eine „Katholische Elternschaft“ im Bistum Regensburg will, daß die sexuelle Aufklärung der Kinder frühestens beginnen soll, wenn sie 10 oder 11 Jahre alt sind.

— Der Vorsitzende der „Katholischen Erziehergemeinschaft“, Schindbeck, hält eine Erziehung zur „Schamhaftigkeit“ und „Wahrung der Intimsphäre“ für unmöglich, wenn die Sexualität ständig öffentlich behandelt wird.

Nazi-„Spielzeug“: Mal erlaubt, mal verboten

Auf Weisung der Staatsanwaltschaft hatte Mitte Januar die Polizei mehrere Spielzeugläden in Karlsruhe nach NS-„Spielzeug“ durchsucht und eine große Anzahl von Modellbausätzen beschlagnahmt, die NS-Symbole enthielten.

Diese Maßnahme wurde vom Landgericht Karlsruhe gebilligt: Der Verkauf dieser Modelle verherrlichte die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus und rufe in der Bevölkerung Beunruhigung und Verunsicherung hervor („Tagesspiegel“, 17.1.79).

Völlig gegenteilig entschied die Staatsanwaltschaft in Frankfurt: Eine Anzeige der Deutschen Friedensgesellschaft/VK wurde mit der Begründung zurückgewiesen, NS-Symbole seien nur dann strafbar, wenn sie „Propagandazwecken“ dienen oder gezielt eingesetzt würden. Das sei bei den Modellen nicht der Fall.

Ähnlich die Staatsanwaltschaft in Bielefeld: Dort wurde ein Verfahren gegen die Modellbaufirma Revell wegen „geringfügigem Verschulden“

Der Hintergrund:

Das Bundesverfassungsgericht hatte Ende 1977 von den Ländern gefordert, klare rechtliche Grundlagen (in Gesetzesform) für die Sexualerziehung an den Schulen einzuführen; eine Übergangsfrist — die noch nicht abgelaufen ist — wurde eingeräumt. Bayerns Kultusminister Maier hatte daraufhin einen Entwurf eingebracht, der sofort den Protest der Kulturpolitischen Ausschüsse beherrschenden Pfaffen erntete: Die Arbeitsmaterialien seien „mehr oder minder pornographisch“; die Erwähnung von „unchristlichen Praktiken der Onanie“ und überhaupt die „sexuelle Bedarfswerbung“ seien zu kritisieren.

Angesichts des Radaus, den dann die schwarz-frommen Verbände und Persönlichkeiten veranstalteten, und angesichts der eventuell zu erwartenden Stimmverluste bei den anstehenden Landtagswahlen wurde die Verabschiedung des Gesetzesentwurfs im Herbst 78 kurzfristig unmöglich gemacht — die CSU-Fraktion setzte die Beratung von der Tagesordnung ab. Nach der Wahl hat sich die FDP der Sache angenommen und den alten Maier-Entwurf in den Landtag eingebracht. Mit einem ganz neuen Vorschlag hat sich der Fraktionsvorsitzende der CSU, Gustl Lang, hervorgetan. Er möchte — ganz im Sinne seiner Auftraggeber — die gesamte Sexualerziehung „höchstens“ an den Schluß des jeweiligen Ausbildungsganges setzen, also kurz vor der Schulentlassung.

Kinderkommission Hamburg

eingestellt. Mittlerweile habe die Firma derartige Symbole unkenntlich gemacht (im Katalog sowie den Bausätzen); in mehreren Spielzeugläden wurden die Modelle an weniger sichtbaren Plätzen aufgestellt (NW, 31.1.79).

NS-„Spielzeug“ ist nun auch Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage von SPD und FDP im Bundestag (ED, 26.1.79).

Abschlägig beschieden wurde im Westberliner Abgeordnetenhaus (SPD/FDP - Mehrheit) eine Petition von Lehrern und Sozialarbeitern, Verbote von NS-Verherrlichungen — und Verharmlosungsliteratur zu erlassen. Genannt wurden dabei u.a. Fests Hitlerfilm sowie die Schriftenreihe „Das Dritte Reich“.

Auch eine geforderte Dokumentation über Neonazismus an Westberliner Schulen (derartige Umtriebe hatten breit um sich gegriffen!) wurde im Abgeordnetenhaus abgelehnt, „da die Tendenzen zu unterschiedlich seien“ („Tagesspiegel“, 25.1.79).



Zu viert im Bett — und nun? Ein Erfahrungsbericht

Wir möchten einige Erfahrungen wiedergeben, die unserer Meinung nach nicht nur für uns, sondern auch für eine Reihe anderer Genossinnen diskutierwürdig und nachdenkenswert sind. Über Stellungnahmen würden wir uns freuen.

Der Artikel ist in der Ich-Form geschrieben, obwohl wir ihn zu zweit verfaßt haben, aber es ist einfacher so.

verfaßt haben, aber es ist einfacher so.

Wie alles anfang ...

Die Personen: N. (ein Flensburger Genosse), ich, U. und B. — drei Frauen aus dem Jugendbereich in Hamburg.

Sylvesterabend. Große Fete, ich treffe N. Wir haben uns viel zu erzählen und irgendwann schmusen wir auch ein bißchen rum. U. gesellt sich dazu. Allmählich wird's uns unbequem und wir ergattern uns ein Bett. B. taucht auf einmal auf und sagt, daß sie nicht weiß, wo sie schlafen soll. Wir sind nun zu viert. Nach 'ner langen Weile entschlossen wir uns, uns auszuziehen und schmusen dann zu viert ziemlich doll rum (Wir verzichten hier auf eine nähere Darstellung, der AK ist schließlich kein Porno). Wir fühlten uns alle sehr wohl und es war alles erst mal überhaupt nicht schwierig. — Am nächsten Morgen ging's weiter ... N. sagte dann, daß er sich vernachlässigt fühle. Das war wohl auch so, weil Frau hauptsächlich mit Frau rumstummelte. Es war halt neu, interessant und schön.

Die Genossen und Genossinnen waren durchweg (bis auf eine Ausnahme) total verunsichert und geschockt, wenn sie ins Zimmer kamen; sie guckten, als wenn da ein Kind mit 50 Fieber liegen würde, und verdrückten sich schnell wieder. Ein Genosse, der mich später auf die Sache ansprach, meinte, wir müßten ja wohl total besoffen gewesen sein; anders wäre „so etwas“ ja gar nicht möglich. Es läßt sich feststellen, daß die Genoss(innen) zwar im Kopf derartige Dinge akzeptieren, in der direkten Konfrontation damit aber sehr verunsichert sind und nicht wissen, wie sie sich verhalten sollen (in etwa so, als wenn man einem Krüppel gegenübersteht).

Schwierigkeiten setzen ein

Die erste Schwierigkeit war, die Sylvestersachen unter uns drei Frauen zu diskutieren. Es erforderte einen ca. zweiwöchigen Kampf von mir darum, endlich die Unklarheiten zu beseitigen. Erste Ansätze einer Diskussion fanden zwischen mir und U. statt. Das lief dort, wo es um konkrete Ängste und die Formulierung von Bedürfnissen ging, trotz mehrerer Biere so gut wie gar nicht, bis auf die Tatsache, daß ich U. erklärte, daß ich mich „möglicherweise, unter Umständen, vielleicht ein bißchen“ in sie verliebt haben könnte, woraufhin U. nur ein „Hm, das hab ich mir gedacht“ zustande brachte.

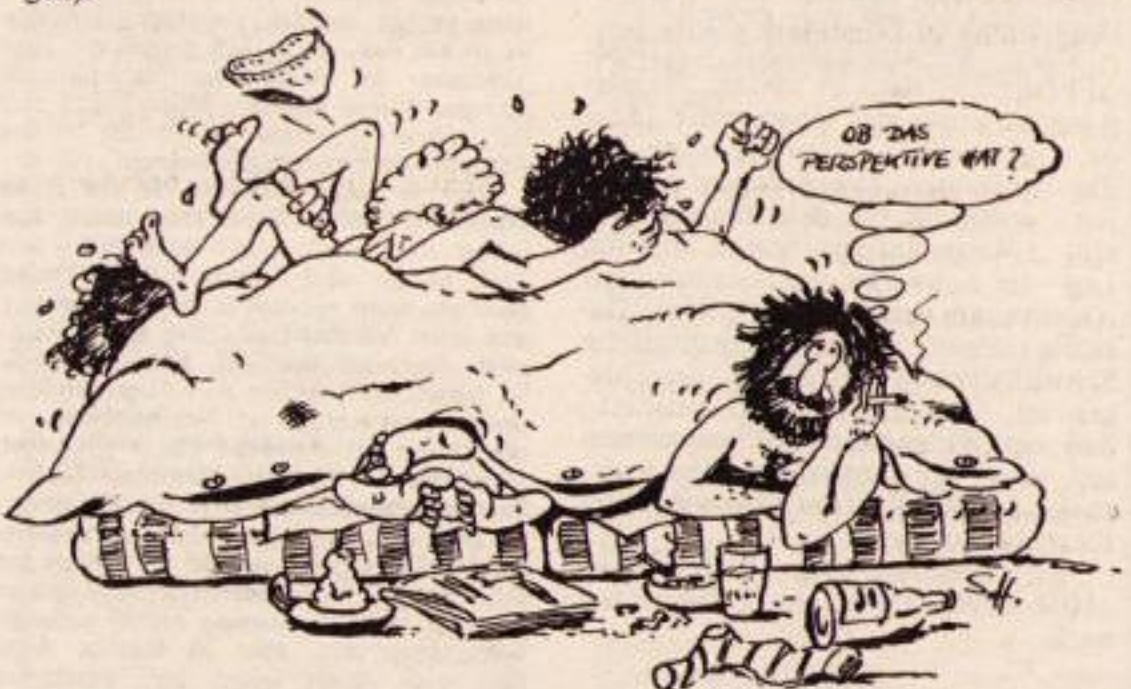
Wir versuchten dann, die Sachen erst mal theoretisch zu diskutieren, was auch fruchtbarer war. Wir waren

uns einig darin, daß die Fixiertheit auf ein Geschlecht eine Norm ist, die es zu überwinden gilt und daß dieser Anspruch auch in die Praxis umgesetzt werden sollte.

Die zweite Schwierigkeit war (zumindest für mich und U.), die Sachen im Kopf zu verarbeiten, uns Klarheit über unsere Bedürfnisse zu verschaffen und diese dann auch zu formulieren. Konkret sah es so aus, daß wir zwar in letzter Zeit viel zusammen machten, aber starke sexuelle Berührungen und diese dann auch zu formulieren. Konkret sah es so aus, daß wir zwar in letzter Zeit viel zusammen machten, aber starke sexuelle Berührungsängste auftraten. Das fing beim Küssen an und hörte da auf, wo wir zusammen im Bett lagen und beide feststellten, daß wir „fürchterlich müde“ seien und nichts abließ.

Ich wurde dadurch, daß U. noch größere Schwierigkeiten als ich hatte, ihre Ängste und Bedürfnisse zu formulieren, stark verunsichert und war schon kurz davor, den Kampf um eine Klärung der Verhältnisse aufzugeben.

Als N. 3 Wochen nach Sylvester wieder nach Hamburg kam, schafften wir es endlich, eine Diskussion anzusetzen (Auch hier hatte er also wieder eine Feigenblatt- und Katalysatorfunktion, genau wie Sylvesterabend: ohne ihn wären wir drei Frauen wohl nie zusammen ins Bett gegangen).



Bei der Diskussion meinte U., daß sie an mir ein „starkes Interesse“ habe, daß es besser sei, mit mir etwas zu machen als mit Typen. Praktische Konsequenzen folgten daraus aber nicht: Wir waren/sind gegenüber der anderen immer noch genauso unsicher wie vorher. U. fühlte sich durch meine „Verliebtheit“ unter Druck gesetzt, weil von ihr dadurch eine Entscheidung gefordert wird und sie nicht weiß, was sie davon halten soll. Na, es ist eben sehr viel schwieriger als bei einem „normalen“ Mann/Frau-Verhältnis, an die Sachen offen und ehrlich ranzugehen.

Hinzu kommt, daß wir beide ziemlich Angst davor haben, lesbisch zu werden — nach dem Motto: „Das wäre ja viel zu kompliziert.“

Perspektiven? Perspektiven!

Die momentane Situation ist dadurch, daß wir uns unsere Bedürfnisse, Ängste usw. nicht eingestehen, teilweise ziemlich nervig. Die einzige Möglichkeit, dies zu bekämpfen, ist: die Diskussion darum voranzutreiben

und nicht seinen Ängsten nachzugeben, sich nicht zurückziehen und langfristig kaputtzugehen, denn lesbische Wünsche würden über kurz oder lang sowieso wieder aufbrechen und einen dann vor noch größere Schwierigkeiten stellen.

Sexuelle Bedürfnisse können unserer Meinung nach grundsätzlich von beiden Geschlechtern erfüllt werden. Durch die Erziehung und bürgerliche Gesellschaftsnormen tritt aber eine Fixierung auf das andere Geschlecht beiden Geschlechtern erfüllt werden. Durch die Erziehung und bürgerliche Gesellschaftsnormen tritt aber eine Fixierung auf das andere Geschlecht ein. Das Anknacksen der Zwangsexualität (der hetero- und der homosexuellen) ist eine fortschrittliche Sache. Wirft frau dies bei Diskussionen mit anderen Genoss(innen) auf, treten bei diesen regelrechte Vergewaltigungsängste auf. Da wird dann behauptet, wir wollten neue Normen und Zwänge aufstellen, sie zur Bisexualität zwingen etc. Darum geht es uns aber gar nicht, sondern darum, daß die Genoss(innen) sich mit diesem Thema beschäftigen, dazu kommen, ihre eigenen Gefühle zu hinterfragen und uns in unserem Kampf zu unterstützen. Hier die Genoss(innen) unter Zugzwang zu setzen, halten wir allerdings für richtig. Wie schreibt ein schwuler Genosse in der letzten SOLI:



„Und so gibt es in der Herrschaft des Kapitals und des Mannes auch vorwiegend die Ausschließlichkeit von Heterosexualität und Homosexualität. Jeder, dessen Bedürfnisse aus welchen Gründen auch immer auf emotionale und sexuelle Kontakte zum gleichen Geschlecht gerichtet sind, wird homosexuell [früher oder später]. Und jeder, der es nur irgendwie schafft, wird heterosexuell. Beides bedeutet die Einschränkung der Liebesfähigkeit auf die Hälfte der Menschheit und gleichzeitig den Erhalt männlicher Herrschaft bei Ausgrenzung einer, in ihrer Funktion gestörten Minderheit ... Die Normen oder besser Prinzipien, für die wir kämpfen sollten, könnten etwa so lauten: Beziehungen zwischen Menschen sollten Emotionen und ‚Kopf‘ miteinbeziehen [anstatt wie heute üblich, beides je nach Geschlecht zu trennen], sie sollten lustvoll sein, d.h. in ihnen sollte eine optimale Befriedigung der Bedürfnisse möglich sein, und niemand darf dabei unterdrückt werden“.

Dem können wir uns nur anschließen.

Zwei Genossinnen aus dem Schülerbereich

Schwulenverfolgung in Argentinien

Noch vor dem Machtantritt der Junta in Argentinien (1976) brachte die faschistische Zeitschrift „El Caudillo“ (Der Führer) in ihrer Ausgabe vom 12.2.1975 einen Artikel, in dem sie offen die Liquidierung der Homosexuellen nach der Machtübernahme ankündigte. Unter dem Titel „Wir müssen die Homosexuellen ausröten“ verbreiteten die Faschisten wahnwitzige Vorstellungen über Homosexualität und forderten: „Wir sollten Schutzstaffeln bilden, die die Straßen durchkämmen und die Kreaturen, die wie Frauen gekleidet sind, einfangen, ihnen die Haare abschneiden und abrasieren ... Wir müssen die Homosexuellen ausröten! Sperrt sie ein und tötet sie!“

Nach weiteren rassistischen Hetztiraden stellten die Faschisten die Beziehungen zum Marxismus her: „Der Marxismus benutzt und benutzt die Homosexualität, um sich einzuschleichen ... Es scheint, als ob die Bolschewiken zwar krank geboren, aber nicht dumm sind ... Die Marxisten exportieren die Homosexuellen, sie sind aber darauf bedacht, sie nicht zuhause zu haben.“

Die Diffamierung des Klassengegners mit der Homosexualität ist also keine spezifisch deutsche Erfindung. Auch die chilenischen Faschisten z.B. heften die Vorurteile gegen Homosexuelle dem Klassengegnern an.

Die argentinische Schwulenbefreiungsorganisation FLH rief nach Erscheinen jenes Artikels im „El Caudillo“ zum Widerstand auf: „Die Brutalität des Faschismus läßt den argentinischen Homosexuellen nur einen Ausweg: Widerstand zu leisten, um das Leben zu verteidigen.“

Daß die Faschisten die Ausrottung der Homosexuellen nicht nur verbal fordern, sondern dies nach der Machtergreifung auch in die Tat umsetzen, belegt das Vorgehen der Hitler-Faschisten ab 1933.

Bereits im Dezember 1976 waren führende Aktivisten der FLH gezwungen, entweder in den Untergrund zu gehen oder zu emigrieren. Viele gerieten in die Gefängnisse der Faschisten, über ihr Schicksal ist bis heute nichts bekannt ... Kurz vor seiner Flucht aus Argentinien schrieb ein FLH-Aktivist an Freunde in USA: „Wir sehen, daß das Leben hier für uns nicht länger möglich ist. Es ist hauptsächlich eine Frage des Überlebens und da kann man sich keine großen Versprechungen machen ... So wollen wir hoffen, daß die argentinische Schwulenbewegung bald wieder funktionieren wird, aber von West-Europa aus, besonders aus Spanien und Italien“ (Gay Sunshine, Winter 1979).

Die Schwulenzzeitung „HIM-APPLAUS“ hat in ihrer Januar-Ausgabe unter der Überschrift „Szene Argentinien. Folterungen an der Tagordnung: Augenzeugen berichten“, erstmalig für den deutschsprachigen Raum Informationen über die Lage der Schwulen im faschistischen Argentinien veröffentlicht. Diese Berichte zeigen, daß die argentinische Schwulenbewegung heute zerschlagen ist. Gleichzeitig wird deutlich, daß ein Widerstand nur gemeinsam mit allen fortschrittlichen und demokratischen Kräften zusammengeführt werden kann.

Wir drucken den Bericht aus „HIM-APPLAUS“ im folgenden nach.

AG Schwule im KB

Dienstag, 13. Juni 1978. Buenos Aires, Plaza Flores. Es ist kurz nach 18 Uhr. Abel D. hat an einem Tisch eines der zahlreichen Straßencafés Platz genommen, die man hier „confiterías“ nennt. Abel, 24 Jahre alt, Elektriker von Beruf, ist homosexuell. Er ist in Begleitung einer Freundin, Mirtha P. Als Abel um sich schaut, bemerkt er einen Mann, der am Nebentisch sitzt und der sehr gut aussieht. Abel wirft ihm verstohlen einen Blick zu. Danach wendet er sich dann wieder seiner Freundin zu. Er weiß wohl, daß man sich davor hüten sollte, also wozu das Spiel fortsetzen! Abel unterhält sich mit Mirtha und vergißt dann auch seinen Tischnachbarn. Fünf Minuten später stellt Mirtha fest, daß der Mann von nebenan verschwunden ist. Aber wenig später kommt er zurück, in Begleitung von sechs anderen.

Abel ist ihr Ziel. Er wird nicht nur mit unzähligen Beleidigungen überhäuft, sondern kriegt mehrere Faustschläge ab, wird an den Haaren aus dem Café gezerrt und in ein Polizeiauto verfrachtet. Der Unbekannte vom Nebentisch war also ein Polizist in Zivil! Mirtha darf das Café nicht verlassen, sie gehorcht. Es

hat sowieso keinen Sinn, etwas dagegen zu unternehmen. Das Auto fährt ab. Mirtha hört einen Knall. „Ich bin mir absolut sicher, das war ein Schuß aus einer Pistole!“ sagt sie, denn Abel ist seitdem spurlos verschwunden. In Buenos Aires also – denk daran, schau immer geradeaus, am besten auf den Boden. Andernfalls könntest du den Männlichkeitswahn der Polizisten herausfordern, und dies kann dich das Leben kosten.

Mirtha geht an ihren Tisch zurück, sie kann sich vor Bestürzung kaum noch zurückhalten. Vor ihren Augen ist Abel getötet worden! Niemand hat was dagegen unternommen, alle sind still geblieben. Sie beide hatten sich in diesem Café mit anderen Freunden treffen wollen. Jetzt gilt es, die Freunde zu warnen. Aber das Telefon des Cafés kann unter Umständen angezapft sein. Mirtha wartet also, bis die Freunde eintreffen. Sie benachrichtigen zusammen die Eltern von Abel und beschließen, trotz allem wie vorgesehen ins Kino zu gehen. Vor dem Nachhausegehen wollen sie noch kurz etwas trinken. Also gehen sie in ein Café, in der Straße Lavalle gelegen, dort, wo sich die meisten Kinos befinden.

Ein Junge, ungefähr zwanzig Jahre alt, mit einem rosa gestreiften Pullover und einem hellblauen Hemd, geht auf das Café zu, schaut auf seine Uhr. Ein Polizeiauto fährt an ihm vorbei, er bemerkt es jedoch nicht. Er nimmt in dem Café Platz, offensichtlich, um auf jemanden zu warten. Wenige Minuten später wiederholt sich die Szene vom späten Nachmittag.

Die Polizisten gehen auf den Jungen zu. „Du dreckiger Schwuler, wir werden es dir schon zeigen!“ muß er sich anhören.

Höflich versucht der Angesprochene die Polizisten aufzuklären: „Ich bin nicht schwul, ich wäre hier auf meine Verlobte und meine Schwiegereltern. Sie müssen jeden Moment hier aufkreuzen.“

Mirtha und ihre Freunde mischen sich dazwischen, ebenso einige andere Gäste des Cafés: „Nein, er ist kein Schwuler, wir haben alle gesehen, daß er auf jemanden wartet. Und im übrigen: Seit wann ist es verboten, einen rosa Pullover zu tragen?“ Fausthiebe gehen auf den Jungen nieder, auch er wird im Polizeiauto abgeführt. Seine Verlobte und deren Eltern, die gerade auf der Stelle eintreffen, können ihm nicht helfen.

Drei Tage später wird Mario N. freigelassen, mit Spuren am Körper, die von Mißhandlungen zeugen. Von jetzt an ist auch er als Homosexueller bei den Behörden registriert. Dennoch, er hat Glück gehabt, er ist wieder frei.

Diese beiden Vorfälle habe ich von Mirtha erfahren, die wenige Tage später nach Sao Paulo abgereist ist, wo ich sie getroffen habe. Sie will weiterhin anonym bleiben, denn Eltern und Freunde von Abel und sie selbst leben weiterhin in Buenos Aires.

Stellungnahme eines Argentiniers

Dieser Bericht ist, daran gibt es für mich keinen Zweifel, ziemlich realistisch. Es ist ein Fall, wie er sich derzeit alle Tage irgendwo in Argentinien wiederholen könnte. Meine eigenen Erfahrungen und die meiner Freunde lassen die Affäre Abels als glaubwürdig erscheinen.

Nur in einer Hinsicht bin ich etwas skeptisch: Selbst, wenn man davon ausgehen muß, daß Abel nicht mehr lebt (daß Militär und Polizei kurzen Prozeß machen, nicht nur mit Schwulen, sondern mit allen Verdächtigen, hat sich mittlerweile herumgesprochen), habe ich Zweifel daran, ob Abel vor den Augen anderer umgebracht worden ist. Normalerweise ist die Polizei viel diskreter. Für ihre blutigen Geschäfte will sie keine unnötigen Zeugen. Ruhige, abgeschirmte Orte sind ihr lieber.

Daß alle diejenigen, die sich extravagant kleiden, das Interesse der Polizei auf sich ziehen, ist unbestritten. Ein greller Pullover mag in Europa nichts außergewöhnliches sein, aber in Buenos Aires fällt man damit schon auf. Besonders dann, wenn der Betreffende sich eine Tasche umgehängt hat. Dann glaubt die Polizei sicher zu sein, daß sie einen Homo vor sich hat. Genauso wie es sich um einen Drogensüchtigen oder einen schwulen „Taxi-Boy“ handeln muß, wer Jeans trägt und dazu vielleicht noch einen Schnauzbart. Für Europäer kaum vorstellbar, gewiß. Wer sich in Buenos Aires aufhält, muß wissen, daß die normale Kleidung – auch für Studenten und Schüler – viel formeller ist als in europäischen Breiten, daß sich die staats- und volksgefährdende Einstellung schon in unkonventioneller Kleidung widerspiegelt und daß die Konventionen einem, gerade in faschistischen Zeiten, wenig Spielraum lassen. Oder hätte es jemand gewagt, während der Nazi-Zeit mit lila Pullover, Lederjacke und Jeans durch die Straßen zu flanieren, ohne den Argwohn der Ordnungskräfte auf sich zu lenken?

Die Repression gegen Schwule muß in einem weiteren Zusammenhang gesehen werden, nämlich als ein Element einer Hysterie, die Polizei, Militär, Reaktionen und Opportunisten befallen hat. Heteros, als Terroristen oder deren Helfershelfer verdächtigt, oftmals ohne die Spur eines Beweises, ganz willkürlich, verhaftet geht es kaum besser. Ich glaube, es ist für Außenstehende nicht nachvollziehbar, unter welchen Bedingungen man in Buenos Aires lebt, wo eine Schreckensnachricht die andere jagt, wo man sich tagtäglich kuscheln muß, gedemütigt wird, wo Denun-

ziation an der Tagesordnung ist und wo vor allem Resignation und nichts als Resignation sichtbar ist, worunter selbst die Freunde leiden.

Seit der Machtübernahme durch das Militär im März 1976 hat die Repression gegen Schwule ein neues Stadium erreicht. Die herrschenden Militärs kümmern es genauso wenig wie die meisten ihrer Vorgänger, daß es in Argentinien keine diskriminierenden Gesetze gegen Homosexuelle gibt. Selbst in Fragen der öffentlichen Sitten und Moral macht das Gesetz keinen Unterschied zwischen Heteros und Homos.

Unmittelbar nach ihrem Staatsstreich, mit dem sie Isabella Peron von der Macht verjagten, trieben die Militärs ein besonders grauenhaftes Spiel mit den Schwulen. Sie machten Jagd auf alles, was ihnen verdächtig schien. Nach der Maxime „Ohne Rücksicht auf Verluste“ und „Lieber einen Unschuldigen zuviel als einen Schuldigen zuwenig“ traf es neben Linken, die im Jargon von Videla und seiner Chargin „Subversive Elemente“, Kommunisten und Terroristen hießen, auch Schwule, deren Existenz mit den Moralvorstellungen der strenggläubigen Katholiken im Militärkorps unvereinbar war.

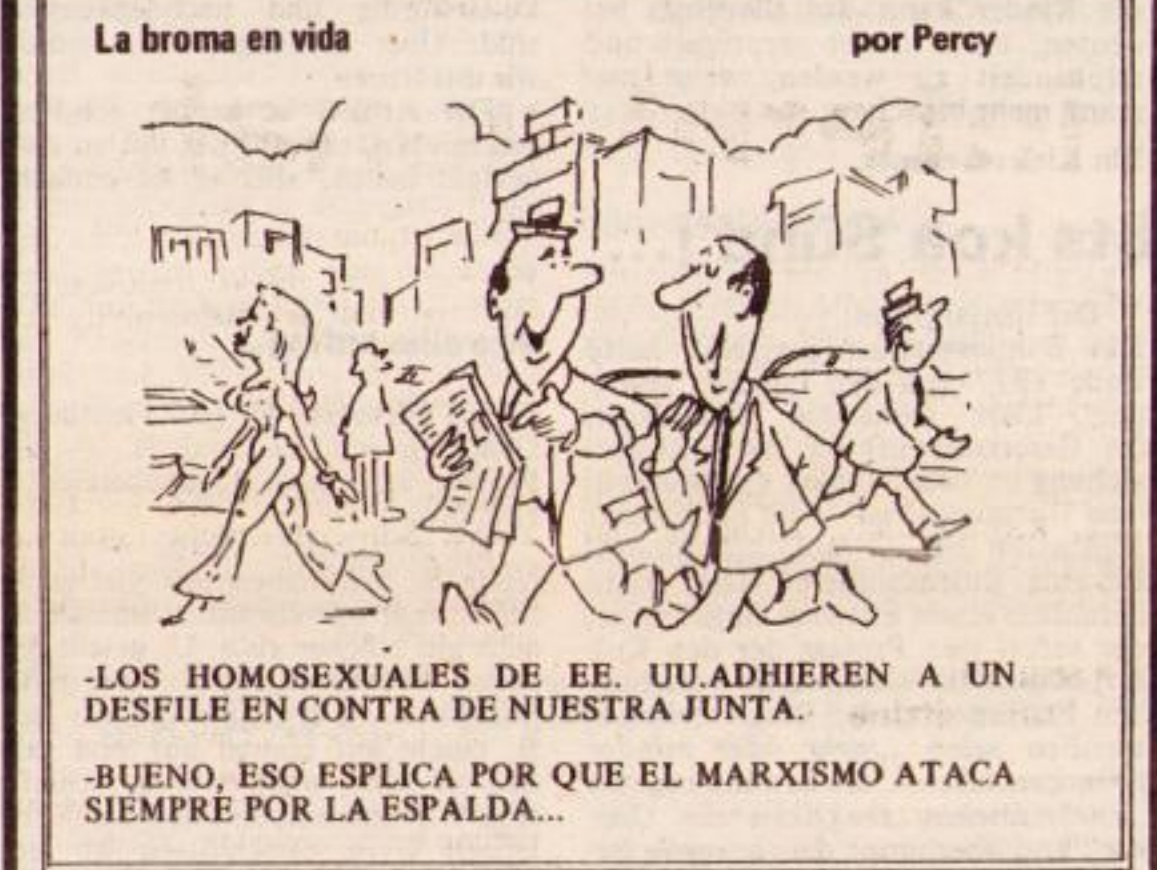
Die Einschüchterung und Angst nahm ein solches Ausmaß an, daß sich bald keiner mehr auf Plätze wagte, die als Homo-Treffpunkte ausgewiesen waren. Ihre zwiespältige Moral offenbarten die Militärs jedoch während des Fußball-Mundials,

Damit sich ein derartiger Vorfall nicht wiederhole, arbeiteten die Militärs und Polizisten noch gründlicher: Kaum war eine Woche vergangen, ging die neueröffnete Disco in Flammen auf. Der lokale Polizeichef konnte nun zufrieden sein. Er darf weiterhin allein dieses lukrative Geschäft betreiben.

Seitdem das Risiko für die Schwulen zu groß geworden ist, sich an einschlägigen Orten blicken zu lassen, hat sich die Szene mehr auf die Cafés verlagert, die sich in der Lavalle-Straße im Herzen von Buenos Aires aneinanderreihen. Man trifft sich in einem Café solange, bis die Polizei ihre erste Razzia durchgeführt hat. Danach ist das heimgesuchte Café tabu, man zieht in ein anderes in derselben Straße weiter.

Ein belebendes Element der staatlichen Repression stellen die Sittenbrigaden der argentinischen Polizei dar, deren Verhalten an Niederträchtigkeit kaum noch zu überbieten ist. Schwule, die für ihre Dienste erpreßt und umgedreht wurden, stellen anderen auf Plätzen und Klappen nach. Doch diese haben wenigstens einen Vorteil: Sie lassen sich bestechen. Ich kenne keinen meiner Freunde, der nicht schon in die Hände dieser Typen geraten wäre. Mir selbst ist es auch schon passiert. Glücklicherweise hatte ich damals nur etwas mehr als zehn Dollar bei mir, die sie mir abknöpften.

Hetzkarikatur aus dem chilenischen Faschistenblatt »EL MERCURIO«



Der Witz des Tages: „Die Homosexuellen der USA stehen in einer Reihe gegen unsere Junta.“

„Logisch, das erklärt, warum der Marxismus immer von hinten angreift...“

als sie die Eröffnung einer schwulen Disco

im Stadtzentrum von Buenos Aires duldeten. Schließlich wollte man ja den ausländischen Gästen deren heimische Freunde nicht vorenthalten. Und außerdem: Wenn das Interesse an Argentinien wieder abflaut, wie nach dem Fußball-Spektakel, wird das Lokal wieder dicht gemacht.

Ist es möglich, daß eine Stadt wie Buenos Aires mit neun Millionen Einwohnern keine schwulen Bars kennt, geschweige denn Saunas? Soweit mir bekannt, gibt es im Stadtzentrum keine einzige. Wäre es anders, würde es sich in unseren Kreisen schnell herumersprechen. Vielleicht existiert derartiges auf höherer Ebene, in privaten Zirkeln. Dies sind allerdings reine Spekulationen von mir.

Zwanzig Kilometer außerhalb von Buenos Aires, in einem der äußersten Vororte, kann man aber eine schwule Disco antreffen. Ihr Besitzer ist ein lokaler Polizeichef. Dieser Umstand garantiert wenigstens den Schutz vor Belästigungen seiner Kollegen.

Sollte es allerdings jemand wagen, sein Monopol zu bedrohen, der kann sein blaues Wunder erleben. Vor einigen Monaten, noch im letzten Jahr, hatte ein Schwuler aus Buenos Aires die Frechheit besessen, ihm Konkurrenz mit einer Disco zu machen. Polizei und Militär holten zum gemeinsamen Gegenschlag aus. Alle zweihundert Homos, die sich an jenem Samstagabend dort vergnügten, wurden abgeführt und registriert. Schlimmer noch: Zwei Tage darauf konnten sie ihren Namen in einem Boulevard-Blatt wiederfinden. Was das für sie, und nicht zuletzt für ihren Arbeitsplatz, in einer schwulenfeindlichen Umwelt bedeutet, ist unschwer zu erraten.

(Anmerkung AG Schwule: Wie wir aus Berichten von Schwulen wissen, die unter dem Hitler-Faschismus lebten, werden solche Lokale von der Polizei bewußt offen gehalten. Sie dienen als sog. „Mausefallen“ und werden in unregelmäßigen Abständen „geräumt“, alle Anwesenden verhaftet. Zweck: Kontrolle der „Szene“).

Gefährlich in einer Lebensgefährlich

kann es für einen werden, wenn man von der Polizei angehalten wird und zufälligerweise von einem anderen Schwulen, den man unter Umständen erst gerade kennengelernt hat, begleitet ist. Die Polizei fragt nämlich beide, an getrennten Orten, nach der Identität des anderen aus, und wehe, wenn man von seinem Partner zu wenig weiß, wird man schnell zum Subversiven. Die argentinischen Guerilleros haben es sich nämlich angewöhnt, ihre Identität soweit wie möglich zu verbergen, um gegen staatliche Repression und Terror besser gewappnet zu sein. Selbst die einzelnen Guerrilleros, die in der gleichen Einheit operieren, kennen in der Regel nicht die volle Identität der anderen. Wer einmal als Guerrillero verdächtigt ist, und dies geschieht oftmals schnell, kommt normalerweise nicht mehr aus den Klauen der Terrormaschinerie frei. Nicht nur einmal haben die Militärs wissen lassen, daß Argentinien erst dann wieder gesund und zur Ruhe kommen kann, wenn die subversiven Kräfte physisch liquidiert sind.

Repressionen gegen Schwule, darüber sollte man sich keiner Täuschung hingeben, hat es immer schon gegeben, selbst unter Peron. Nur war das Ausmaß unterschiedlich.

Eine Ausnahme hat es dennoch gegeben, von Ende März bis Ende August 1973.

In diese Zeit fällt die Herrschaft Camporas, eines Linkspersonisten, den selbst die Monteneros unterstützten. Für viele Intellektuelle brach ein neuer Frühling an. Vielfach übernahmen die Progressiven das Kommando, so vor allem im kulturellen Bereich, weniger, wie sich versteht, im ökonomischen. Zum ersten Mal seit zwanzig Jahren regte sich die schwule Subkultur, trat sogar an die Öffentlichkeit. Zum ersten Mal war die Angst vor staatlicher Repression wie weggeegt, ja schwule Discos schossen wie Pilze aus dem Boden.

Die neue Freiheit entpuppte sich nach drei Monaten als Strohfeuer. Die Widersprüche der Regierung Camporas waren für

den rechten Flügel des Peronismus Anlaß, selbst wieder nach der Macht zu greifen und die Linken in die Wüste zu schicken. Und mit ihrer Machtübernahme im September 1973 kehrte die Polizei zu ihrem traditionellen Repressionsinstrumentarium zurück.

Seitdem ging es immer mehr bergab, mit einem eindeutigen Höhepunkt unmittelbar im Anschluß an den Putsch des Militärs im Frühjahr des Jahres 1976. Daß es zu Zeiten von Peron nicht gerade repressionslos zugeht, kann ein kleines Ereignis aus dem Jahre 1974 veranschaulichen.

Eines Abends gehe ich an die Kasse eines Kinos, das in der Lavalle Straße liegt, um mir ein Ticket für das Abendprogramm zu besorgen. Zusammen mit einem Bekannten, der wie ich schwul war, bummeln wir durch diese Straße, in der sich die Schwulen und auch die „Taxi-Boys“ treffen. Wir biegen in die Florida Straße ein, schauen uns die Vitrinen eines Bekleidungsgeschäfts an. Fünfzig Schritte weiter kreuzen wir zwei Typen, die uns Fixieren, die uns anstieren. „Was schauen die so komisch?“ wollte ich gerade meinen Kumpel fragen, als die beiden auch schon unsere Ausweise sehen wollten.

Wir werden getrennt, unsere Identität überprüft und über den anderen ausgefragt. Glücklicherweise kenne ich meinen Partner gut, weil wir zusammen ein Geschäft betreiben. Dennoch behalten sie unsere Ausweise ein.

Wir werden zu einem Bus geführt, der einige hundert Meter abseits steht. Ungefähr zwanzig Typen haben dort Platz genommen. Meiner Schätzung nach waren die Hälfte darunter schwul, auch einige Mädchen waren dabei. Der Bus fuhr ab. An der Hauptpolizei mußten wir aussteigen, wo wir auf schätzungsweise fünfhundert Jungens stießen. Je 150 teilen eine Zelle, fünf auf fünf Meter groß, während einer Nacht ohne Licht.

Mein Begleiter und ich wurden am nächsten Morgen freigelassen. Die Mehrzahl der anderen, insbesondere die Schwulen, die ihren Partner weniger gut kannten, mußten weitere sechs Tage auf der Polizeiwache aushalten. Zum Abschied zwang man sie, ein Dokument zu unterschreiben, demzufolge sie ihre Homosexualität eingestehen.

Transvestiten sahen wir auch auf der Polizeiwache. Diese waren aber schon längere Zeit dort und ganz zu Diensten der Polizisten: Ihre Aufgabe war es, Kaffee für ihre neuen „Herren“ vorzubereiten und zu servieren und sonstige Pflichten einer Haushälterin zu erfüllen.

Um das Klima zu charakterisieren, das zu Beginn der Militärherrschaft herrschte, haben wir den Freund eines Argentiniers befragt, der ganz besonders unter dem staatlichen Terror litt und seit einem Jahr illegal in Paris lebt. Der Argentinier, der das Opfer der Repression gegen Schwule war, wollte selbst nicht zu dem Vorfall Stellung nehmen, da er immer noch unter dem Trauma der Ereignisse von damals leidet. Obwohl ich ihn schon nahezu ein Jahr kenne, habe ich mich nicht getraut, ihm diesbezüglich eine Frage zu stellen, weil er dann sofort in Tränen ausbricht.

Vor ungefähr zwei Jahren war mein Freund mit drei anderen schwulen Freunden in Rosario, der drittgrößten Stadt von Argentinien mit 300- bis 400 000 Einwohnern. An einer Straßenkreuzung hatten sie eine Relfenanne. Als sie aussteigen wollten, um das Rad zu wechseln, näherte sich ihnen ein Fahrzeug ohne Nummernschild. Die blaue und weiße Farbe des Ford-Modells verriet ihnen sofort, mit wem sie es zu tun hatten: mit einer zivilen Spezialpolizei, die den Schutz des Militärs und der uniformierten Polizei genießt und als besonders berüchtigt gilt. Zur Überprüfung ihrer Personalien wurden sie zur Polizeistation gebeten.

Hier wartete Schlimmes auf sie: eine Woche lang wurden sie festgehalten, die ganze Zeit über gefoltert, unter anderem mit Elektroschocks. Dann wurden sie, mit den Füßen nach oben, an einer Wand festgehängt. Daß sie doch noch freikamen, ist einem besonderen Umstand zu verdanken. Einer der vier war Sohn eines höheren Militärs.

Cesar Figueredo

Termine der Rosa Hilfe

Rosa Telefon: Montags, 18 - 22 Uhr Tel.279 36 98

Rosa Treff: Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, 15 - 17 Uhr, Bierstube „Mader“, Beim Schlump/Ecke Bundesstraße. Nächste Termine: 21.1., 4.2., 18.2., 4.3., 18.3., 1.4.

Die AG Schwule im KB hat ein Inhaltsverzeichnis der seit 1976 geschriebenen Artikel fertiggestellt. Insgesamt liegen rund 140 Artikel zur Schwulen- und Lesbenunterdrückung vor. Das Inhaltsverzeichnis kann unter der Verlagsadresse angefordert werden.

Mord ist nicht gleich Mord

In der Nacht vom 8. auf den 9. Dezember wurde in Mainz der Gartengestalter Siegfried Haupe umgebracht. Die „Mainzer Allgemeine Zeitung“ berichtete ausführlich darüber, u.a. auch, daß der Gartengestalter „sich zu den Homosexuellen zählte“ und diese, „seine sexuelle Veranlagung ihm jetzt zum Verhängnis geworden ist.“

Zu diesem Vorfalle erreichte uns ein Flugblatt von Viola Fliederwild, Mitglied in der „Initiative Homosexualität Mainz“ (IHM).

In ihm heißt es:

In der Nacht vom Freitag auf Samstag wurde der Gärtner Siegfried Haupe brutal umgebracht. Laut Bericht im „Mainzer Anzeiger“ war Herr Haupe ein „überaus zuvorkommender“ Nachbar. Bei seinem Einzug stellte er sich überall vor. Das haben wir hier noch nicht erlebt, meinte eine Nachbarin.

Der Gärtner Siegfried Haupe war homosexuell. Am dem Freitagabend nahm er zwei Strichjungen vom Mainzer Hauptbahnhof mit zu sich nach Hause und bewirtete sie. Sie fesselten ihn auf sein Bett und brachten ihn auf unbeschreiblich grausame Weise um. Auf Geheiß seines Hundes fand die Polizei sonntags die blutüberströmte Leiche.

Die übliche Reaktion auf solch einen Mord mit Homosexualität und Strichjungen ist Ekel und Abscheu. Ich stelle hier die Frage nach dem Hintergrund solcher Morde.

Da ist zum ersten der Ermordete, Gärtner Haupe: Er verhielt sich übernormal „nett“ und „freundlich“. Als Homosexueller hat er dieses nötig; er

muß ständig beweisen: „Der ist zwar schwul, aber sonst ein ganz netter Kerl!“ — Oder er muß sich verstecken, muß seine Mitbewohner besänftigen, damit er ihrer Verachtung entgeht, denn er ist „anders“.

Für Homosexuelle ist es sehr schwer, einfach eine Beziehung zu finden — jemand zum Leben, Zusammensein, Zärtlichkeit usw. Es gibt wenige Homosexuelle, und die, die es gibt, zeigen sich meist nicht offen. Schwul sein gilt als „pervers“. Das wird dem Schwulen immer wieder gezeigt, überall. Er findet überall Angst. Diese Angst zeigt sich auch in den sich gelegentlich doch ergebenden Beziehungen Homosexueller immer wieder. Wäre diese Angst nicht, könnten diese Männer eher glücklich werden.

Siegfried Haupe war 43 Jahre alt. Mit 43 Jahren hat er es sicherlich schwer gehabt, homosexuelle Partner zu finden. Bei vielen Homosexuellen wirkt das unmenschliche Ideal der Jugend. Je älter sie werden, desto öfter erfahren sie Ablehnung, desto einsamer und schwieriger wird ihre Situation. Diese Einsamkeit und diese schwierige Situation treiben Homosexuelle dazu, an abstoßigen Orten nach einem verrückten Moment Erfüllung und „Glück“ zu suchen. Diese Situation treibt sie dazu, „käuflische Liebe“ bei Strichjungen zu suchen. Dies ist unnötig, wenn Homosexuelle keine Angst vor sich und anderen haben müssen — wenn sie ohne Unterdrückung selbstbewußt zueinander finden.

„Jedermann“ und jeder im einzelnen zwingt sie zu Angst und Selbstunterdrückung durch seinen Abscheu, sein Mißachten — Ausstoßen — Mißhandeln. Diese Unterdrückung der

Homosexuellen von „Jedermann“ entsteht aus „Jedermanns“ Angst vor Homosexualität, die ihm rundherum anezogen ist.

Nicht die Homosexualität ist das Problem, sondern die Angst vor ihr.

Zum zweiten sind da die Strichjungen: Meist sind sie nicht schwul und haben kein Geld, keine Arbeit. Einige Gründe treiben sie dazu, das ekelhafte Spiel der bezahlten Liebe mit Männern zu spielen. Ihre Situation zwingt sie dazu, daß sie versuchen, von ihren Freiern möglichst schnell, möglichst viel Geld zu bekommen.

Schiefe Beziehungen: Beide sind dazu getrieben, sich gegenseitig auszunutzen und zu mißbrauchen. Ihre Beziehungen sind vom Geld und vom faden Ekel bestimmt.

Eine Form, die krasseste, wie sich dieser Ekel ausdrückt, war wahrscheinlich der Mord an Siegfried Haupe in grausamer, blutiger, sadistischer Weise.

Die Angst und der Ekel sind nicht selbstverständlich, und sie müssen nicht sein. Sie entstehen aus der allgemeinen Unterdrückung der Homosexualität und der Homosexuellen.

Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt. Diese Situation ist zu ändern!!

(Wir haben diesen Artikel aus der „Tageszeitung/Regionalblatt“ ungekürzt nachgedruckt, weil wir den Artikel von Viola Fliederwild/IHM für besonders geeignet halten, den Zusammenhang von Homosexualität und Gewalt/Mord zu vermitteln).

AG Schwule im KB

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler
Nachrichten“ und Buchladen „Monta-
nus“

Lübeck
ARBEITERKAMPF - Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Mecklenburg

Neumünster
Angelika Schuknecht
Joachimstraße 29
2350 Neumünster
04321/46598

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Bürostunde nur noch
Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr
(nicht mehr Mittwochs)

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wilhelmshaven
Samstags in der Marktstraße
AK-Verkauf zwischen
11.00 und 13.00 Uhr

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz
Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddstr. 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstags 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Dienstags:
Büchertisch-Fachhochschule für
Sozialarbeit
Mittwoch: Büchertisch — Uni
Gesamthochschule für
Sozialarbeit
Mittwoch: Büchertisch — Uni

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Koselstr. 37
6 Frankfurt
Tel.: 0611/599 701

Kassel
F. Rohs
Postfach 10 31 43
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
Jeden Samstag Verkauf
11 bis 12 Uhr
Kaiser-Josef-Str./Ecke
Rathausgasse

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/
Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
0808458

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11-13 Uhr
Gesamthochschule

Landshut
A. Fierbeck,
Postfach 2413,
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
87 Würzburg
Verkauf Mittwochs nach AK-Erscheinen
alte Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150472
85 Nürnberg

Westberlin
Andy Radke
1 Berlin 12
Postlagerkarte 006 129 B

Schwule international

Israel: Militanter Widerstand im Park

Ende letzten Jahres wurde ein Schwuler nachts in einem Park in Tel Aviv, einem bekannten Schwulentreff, von zwei jungen Typen angegriffen.

Das wäre an sich nichts Neues. In letzter Zeit hatte sich aber die Zahl der Übergriffe gesteigert und darum hat die israelische Schwulenorganisation SPPR eigene „Parkwachen“ aufgestellt. Obwohl diese „Patrouillen“ anfänglich mit Skepsis oder gar Hohn von Seiten der Schwulen konfrontiert waren, wuchs die Zahl derer, die die schwule Selbstverteidigung als mögliche Alternative erkannten.

Und obwohl keine organisierten Patrouillen in der Nacht dieses Angriffs im Park waren, kamen andere Schwule spontan zur Hilfe, da durch die üblichen Patrouillen sich das Klima der Vereinzelung und Ohnmacht verzogen hatte.

Die Schwulen schlugen mit Stöcken und Zweigen auf die beiden Angreifer gn. lenos ein. Der eine verlor in dem Tu ult seine Schuhe, dafür bekam der andere einen Schock. Beide flüchteten schreiend vor den „schwulen Üb. griffen im Park“ (Gay News, 24.1.79).

Zensur in englischer Zeitung

In der „Mid Sussex Times“ sollte eine Anzeige der örtlichen Telefonberatung für Schwule erscheinen. Die Druckpresse war schon am Laufen, als die Herausgeber die Anzeige bemerkten.

Prompt wurde der Anzeigentext aus der Druckplatte herausgemeißelt; der Rest der Auflage erschien mit einer weißen Fläche statt der Anzeige. Die „Mid Sussex Times“ weigert sich hartnäckig, zu begründen, warum sie den Abdruck ablehnt. Das stieß auf breite Empörung: Die örtliche Druckergewerkschaft, Parlamentsabgeordnete, Rechtsanwälte, kirchliche und Gemeindegruppen protestierten. („Gay News“, 25.1.79).

Da schmunzelt die Fummeltrine

„Für einen Versicherten, der in kurzer Hose, Damenstrümpfen und Strumpfhaltern zur Arbeit erscheint, gibt es keinen allgemeinen Grundsatz, daß männliche Personen, die Kleidungsstücke bevorzugen, die üblicherweise von Frauen getragen werden, nicht mehr als Arbeitnehmer zu vermitteln sind“. So lautet ein Urteil, das das Bundessozialgericht jüngst fällte. Somit scheint es weiterhin möglich, als angestellte Trine Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe zu beziehen. Laut Arbeitsförderungs-gesetz hat nur der/die Anspruch auf dieses Geld, der auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar ist. Aber schon im eben zitierten Urteil haben sich die Herren Richter Möglichkeiten offengelassen, zukünftig „Versicherte“, die sich wie oben beschrieben kleiden, als nicht vermittelbar einzustufen und von der Alu bzw. Alhi auszugenzen: Heißt es doch, daß es „keinen Grundsatz“ gebe. Das könnte wohl als Hinweis an die zuständigen Stellen gemeint sein,

solche Grundsätze zu schaffen. Für das Recht auf Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenhilfe auch für Fummeltrinen!

Gay Pride Week

London. Der 10. Jahrestag der New Yorker Schwulen-Revolution (Stonewall) von 1969 soll zum „größten schwulen Ereignis, das es jemals in Europa gegeben hat“ (lt. „Capital Radio“) werden. Die Vorbereitungen nehmen Gestalt an.

Das Londoner „Gay Pride Committee“ hat sich z.B. ein Büro gemietet, von wo aus die Planung und Mobilisierung für den zehnten „Geburtstag“ der Schwulenbewegung in die Hände genommen wird.

Das Vorbereitungskomitee, das lt. „Gay News“ von sehr vielen schwulen und lesbischen Aktions- und Beratungsgruppen getragen wird, hat schon 20.000 Aufkleber vertrieben, die für die Gay Pride Week (etwa: Woche des Stolzes der Schwulen) werben. Aufkleber, Anstecker und demnächst auch Plakate sind erhältlich bei der Kontaktadresse des Komitees:

Gay Pride Week
5 Caledonian Road
London N 19 DX

Themenschwerpunkte der ROSA

Die „Rosa — Eine Zeitung der schwulen Bewegung“ teilt uns mit, daß für das laufende Jahr folgende Themenschwerpunkte geplant sind:

„Rosa“ 17: „Schwul leben“ zum Sommer 1979

Autonome Projekte, gemeinsames Wohnen, Arbeiten und Freizeiten — Wie warm leben — „Nur“ schwul oder „auch“ schwul — Schwule unter „Normalen“.

„Rosa“ 18: „Schwule und Alter“ zum Herbst 1979.

Wie leben alte Schwule — Angst und Verdrängung der Altersfrage — Jugendfetischismus — Gemeinsames Altern werden in der Bewegung.

„Rosa“ 19: „Schwule und Medien“ zum Winter 1979

Wie gehen wir mit Medien um? — Schwule Medien — Mehr Interesse der Medien an Schwulen?

Beiträge, auch unabhängig vom Themenschwerpunkt, sollen möglichst frühzeitig an die „Rosa“-Adresse geschickt werden.

Die „Rosa“ 16 mit dem Schwerpunkt „Schwule und Sexualität“ erscheint im März.

Das zweite „Rosa“-Treffen wird im September 1979 in Hamburg stattfinden.

„Rosa“ c/o Schwab
Postfach 10 16 43
2800 Bremen

Aufruf der Gruppe „Fliederlich“ (Nürnberg)

„Wir, die Nürnberger Schwulen- und Lesbengruppe, nehmen im Sommer 1979 am evangelischen Kirchentag zu Nürnberg teil. Zu diesem Kirchentag hat sich die bundesweit organisierte AG Homosexuelle und Kirche dies-jährig fristgerecht angemeldet. Der Markt der Möglichkeiten, der im Rahmen des Kirchentages dazu dienen soll, der Öffentlichkeit ein Bild von der Arbeit der Kirche zu vermitteln, soll für diese AG jedoch gesperrt werden, da ihr vor kurzem hierfür offiziell die Genehmigung verweigert wurde. Münchens Oberkirchenrat Greifenstein sprach mittlerweile öffentlich vom Markt der Unmöglichkeiten für den Fall, daß sich Homosexuelle beteiligen sollten. Ein Vorfall des vergangenen Jahres: Die Berliner AHA (Allgemeine Arbeitsgemeinschaft Homosexualität — Anm. AG Schwule) wurde aus dem MdM hinausgeworfen. Nichtsdestotrotz und gerade deshalb beabsichtigen wir, uns nicht aus-schließen zu lassen! Bitte macht euch Gedanken, ob und wie ihr euch an diesem Kirchentag beteiligen wollt, ob

ihr kommen könnt, um uns zu unterstützen! Bitte schreibt uns Ideen und Vorschläge möglichst bald, spätestens bis 1.2.79. Je stärker wir dort auftreten können, desto größer sind unsere Chancen, uns beim Kirchentag einzumischen!

Parallel zu den offiziellen Veranstaltungen wollen wir alternative Programme vorbereiten, d.h. Diskussionen organisieren und Feste feiern. Wir planen, Räume anzumieten, wo wir Filme zeigen und auch andere Dinge tun können. Bitte gebt uns bald Bescheid, damit wir wenn möglich privat für Übernachtungen sorgen können. Termin für den Kirchentag: Beginn Mittwoch, den 13.6., Schlußveranstaltung Sonntag, 17.6.79. Während dieser Tage wird im Messezentrum besagter „Markt der Möglichkeiten“ stattfinden.

K o m m i z a h l r e i c h ! ! !

Kontaktadresse für Briefe und Anrufe: „Fliederlich“ c/o Wolfgang Kaaden, Waldstromerstr. 10, 85 Nürnberg 14, Tel. 0911/64 02 98 (O - 24 Uhr).



Nachrichten aus Schule und Hochschule



SP-Wahlen nach neuem Wahlrecht Erste Ergebnisse

In Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen und Westberlin wurden im vergangenen Jahr neue, dem Hochschulrahmengesetz angepaßte Hochschulgesetze verabschiedet (die übrigen nördlichen Bundesländer hatten diese Anpassung schon früher vollzogen), die eine fortschrittliche Politik studentischer Vertretungsorgane stark erschweren: Das politische Mandat ist verboten, die ASten werden ihrer Finanz- und Satzungshoheit beraubt und damit zu Service-Unternehmen unter der Fuchtel der Hochschulbürokratie und des Staates degradiert. Wahlordnungen, die die Studentenschaft in demokratischen Verfahren beschlossenen hatte, werden für ungültig erklärt und per Gesetz durch neue ersetzt.

Die diessemestriigen Wahlen zum Studentenparlament (SP) stehen im Zeichen der Auseinandersetzung um das weitere Vorgehen der Studenten: Soll man sich an Wahlen unter diesen Bedingungen beteiligen oder den Boykott ausrufen und stattdessen ein unabhängiges Vertretungsorgan aufbauen?

An einer Reihe von Hochschulen in NRW wurden ausschließlich von der Hochschulverwaltung — ohne Unterstützung der Studentenschaft — Zwangswahlen gemäß dem neuen Studentenschaftsgesetz (SSG) durchgeführt, was meist zu einer sehr geringen Wahlbeteiligung führte. An anderen Hochschulen liefen neben diesen offiziellen Wahlen, unabhängige Wahlen der Studenten. In Bochum und Münster z.B. haben sich die Studenten entschlossen, an den offiziellen Wahlen teilzunehmen, da sonst dem RCDS Niedersachsen:

die ASten und damit auch die Gelder in die Hände fallen würden.

Im folgenden wollen wir — so weit möglich — einen Überblick über den Stand der SP-Wahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen geben.

Nordrhein-Westfalen

FHS Aachen: Das mit einer Wahlbeteiligung von nur 3,2 % gewählte Studentenparlament löste sich sehr schnell wieder auf und beauftragte die Hochschule, noch in diesem Semester Neuwahlen auszuschreiben. Die Linken hatten zum Boykott aufgerufen.

FHS Düsseldorf: Hier beteiligten sich nur 1,8 % an den Wahlen gemäß SSG. Die „gewählten“ Studenten traten ebenfalls zurück.

GHS Wuppertal: Bei einer Wahlbeteiligung von 23,3 % entfielen folgende Sitze auf die einzelnen Listen:

RCDS: 487 Stimmen, 7 (—) Sitze
Jusos: 330 Stimmen, 5 (4) Sitze
LUST (Basisgruppen) 294 St., 4 (3) S.
LHV: 198 Stimmen, 2 (2) Sitze
Unorganisierte: 181 St., 2 (—) Sitze
GO (MSB/SBH): 106 St., 1 (13) Sitze

GHS Paderborn:
Wahlbeteiligung 48 %.
RCDS: 16 Sitze,
Jusos: 10 Sitze,
GEW, Stud. Gruppe: 4 Sitze,
GO (MSB/SBH) 2 Sitze

FHS Köln:
Wahlbeteiligung 12 %.
Jusos 12 (8) Sitze
MSB 6 (7)
SHB 6 (7)
GO 2 (7)
LHV 1 (—)
RCDS 4 (1)

Bonn: Die Rechten (RCDS und SLH) konnten bei einer Wahlbeteiligung von 52 % ihre Mehrheit mit geringem Stimmenzuwachs stabilisieren.
RCDS 13 (11) Sitze
Lib. Aktion 12 (12)
SLH 3 (3)
Jusos 10 (9)
SHB 5 (6)
MSB 3 (3)
LHV 3 (3)
Institutsgr. 2 (2)

Bochum: Hier ist es der Linken ein zweites Mal gelungen, diese traditionelle Hochburg des RCDS zu knacken. Die Basisgruppen, MSB, SHB, LHV und die LSSG (KBW-dominiert) erhielten gemeinsam 49,5 % der Stimmen, die Rechten nur 48 %. Stärkste Fraktion bilden die Basisgruppen, die ihren Stimmenanteil fast verdoppeln konnten, von 18 auf 31 %. Die Wahlbeteiligung sank von 40 auf 32 %. Der AStA wird von einer Koalition aus BG, MSB, SHB und LHV getragen.

Uni Münster: Trotz aufwändiger Wahlkampfeschlacht und massiver Unterstützung durch die Lokalpresse und die Stadtverwaltung hat es der

RCDS nicht geschafft, den AStA der Uni zu erobern. Dieser Erfolg ist sicherlich der Tatsache zu verdanken, daß fast sämtliche fortschrittliche Kräfte gemeinsam gegen die Rechten Front gemacht haben. KB, MSB, Jusos u.a. konnten sich auf einen gemeinsamen Aufruf gegen die Wahl von RCDS und SLH einigen. Bei einer Wahlbeteiligung von 43 % fiel das Ergebnis allerdings sehr knapp aus:

RCDS 28,4 % 9 Sitze
Jusos 21,5 % 7
SHB 12 % 4
AUF (Rechte) 10,4 % 3
MSB 10,3 % 3
SLH 9,8 % 3
(Rechte SPDler)
LHV 6,7 % 2

PH Münster. Wahlbeteiligung 26 %.
Basisgruppen 8 (6) Sitze
Jusos 4 (6)
GO 2 (—)
MSB 1 (2)
FDP 9 (8)
RCDS 3 (5)

An zahlreichen Fachhochschulen wurde unter sehr geringer Wahlbeteiligung gewählt:
GHS Duisburg 8 % Wahlbeteiligung
FHS Lippe 2,4 %
FHS Niederrhein 7,9 %
FHS Hagen 15 %
FHS Köln 11 %

Alle bis hier erwähnten Wahlen wurden auf Grundlage des neuen Studentenschaftsgesetzes durchgeführt. **GHS Essen:** Auch hier wurden Wahlen gemäß SSG durchgeführt, an de-

nen sich allerdings nur 4 % der Studenten beteiligten. An den von den Studenten selber nach alter Wahlordnung durchgeführten Wahlen beteiligten sich dagegen 28 %.

Die Sitzverteilung:
MSB 27 (28)
SHB 12 (14)
GO 11 (—)
Basisdem. Liste 10 (9)
Sonst. 2

Dem SSG-Studentenparlament ist es inzwischen gelungen, einen „AStA“ zu konstituieren; 20 der 33 gewählten Kandidaten sind allerdings schon wieder zurückgetreten. Trotzdem, die Hochschulverwaltung will diesen KASTRA unbedingt ins Amt setzen. Sie droht dem auf Grundlage der Satzung der Studentenschaft gewählten AStA mit Zwangsäumung, Strom und Telefon wurden bereits abgestellt.

PH Dortmund: An den Wahlen nach der alten Wahlordnung beteiligten sich 21,15 % der wahlberechtigten Studenten: Die Basisliste erhielt 54,4 % der Stimmen und

22 (18) Sitze
Jusos/SBH 4 (8)
MSB 2 (2)
LAUF (MSB-Fachschafsrat) 8 (7)
Institutsgruppe (KBW) 1 (2)
Die offiziellen SSG-Zwangswahlen sind voll ins Wasser gefallen. Kein einziger Wahlvorschlag wurde von der Studentenschaft eingerichtet, lediglich 3 (dreif!) gültige Stimmen wurden abgegeben. Auch an der Universität Dortmund führten die Studenten eine unabhängige Wahl durch, während sich für die Zwangswahlen nicht mal ein Kandidat fand.

Erfolge für die Linke

Niedersachsen:

Erfolge für die Linke

Hannover: Minister boykottiert Wahl

In einem Fernschreiben vom 26.1.79 hat Minister Pestel dem Präsident der Uni Hannover mitgeteilt, daß er die vom Präsident verfügte Änderung der Studentenschafts-Satzung nicht genehmigt. Damit existiert keine rechtliche Grundlage mehr für die eben ills oktroyierte Studentische Wahlordnung (SWO); die Wahlen vom Präsident bereits am 22.12.78 für die Woche vom 6.2. - 9.2.79 ausgeschrieben - fallen ins Wasser.

Braunschweig: Boykott erfolgreich

An der TU und PH war per Urabstimmung beschlossen worden, die Wahlen nach der aufgewungenen NHG-Ordnung zu boykottieren und eigenständige Fachschafts- und Studentenrats-Wahlen zu organisieren (siehe AK 145).

Dies ist vollständig gelungen. Lediglich der RCDS reichte eine Liste ein, allerdings mit zu wenigen Kandidaten, so daß es zum Wahlakt selbst gar nicht erst kam.

Abgerundet wurde diese Entwicklung mit den eigenständig organisierten Wahlen, an denen sich 34,3 % der Kommiliten(innen) beteiligten, was besonders hoch zu bewerten ist; einmal weil die Beteiligung über der vom letzten mal liegt (ca. 32 %), zum anderen weil die rechten Studenten diesmal nicht zur Urne gegangen sind.

Das Wahlergebnis

| Basisgruppen | ca. 2.300 | 37 (25) |
|--------------|-----------|---------|
| GO (MSB/SBH) | 497 (505) | 8 (9) |
| Juso | 220 (337) | 3 (4) |
| KSB | 225 (118) | 3 (3) |
| LHV | 20 (—) | 1 (—) |

Der überwältigende Sieg der Basisgruppen ist als klares Votum für die (BG)AStA-Politik zu werten.

Fachhochschule Braunschweig: Linke Liste endlich im AStA!

Die LiLi (BG und KB-Studenten) stand seit längerem vor dem Problem an dem fortschrittlicheren Be-

reich Sozialwesen in Braunschweig politisch zu dominieren, bei Wahlen allerdings hinter den Jusos zurückzubleiben, die einen Großteil ihrer Stimmen aus der 'rechteren' Abteilung in Wolfenbüttel (Techniker) bekamen, wo die LiLi wenig verankert ist. Zusammen mit der Gruppe unabhängiger Sozialdemokraten (GUS) gelang es den Jusos die LiLi aus dem AStA fernzuhalten.

Das Wahlergebnis

| | Stimmen | Sitze |
|-------|---------|---------|
| Jusos | 534 | 13 (13) |
| GUS | 172 | 6 (8) |
| LGO | 108 | 4 (3) |
| LiLi | 377 | 15 (11) |

(LGO = MSB/SBH)
(Daß die Jusos mehr Stimmen haben als die LiLi aber weniger Sitze liegt daran, daß sie nur 13 besetzen können; eigentlich stünden ihnen 21 zu.) Auch diesmal wollten die Jusos die LiLi wieder austricksen. Da die GUS nicht mehr im AStA vertreten sein wollte, versuchten die Jusos mit dem MSB einen AStA zu bilden. Doch damit kamen sie nicht durch: auch die GUS, im letzten Semester noch gemeinsam mit den Jusos im AStA, wollte solch ein undemokratisches Spiel nicht mitmachen. So wurden zunächst die beiden Vertreter der Linken Liste in den AStA gewählt, zwei weitere sollen zu Beginn nächsten Semesters nachgewählt werden.

Göttingen: Leichte Gewinne für Bündnisliste

Die Ergebnisse:

| Gruppierung | Stimmen | Prozent | Sitze |
|---|-------------|-------------|---------|
| (In Klammern die Ergebnisse des Vorjahrs) | | | |
| NHG-Nein Danke | 98 (—) | 1,2 (—) | 1 (3) |
| MSB | 287 (328) | 4 (3,6) | 3 (3) |
| DSG (Burschen.) | 249 (254) | 3,5 (2,8) | 3 (3) |
| SB | 723 (1237) | 10 (13,6) | 10 (12) |
| Jusos | 1496 (1980) | 21 (22) | 20 (19) |
| LHV | 571 (—) | 8 (—) | 7 (—) |
| Spontigruppe | 236 (—) | 3,3 | 3 |
| GO an der PH | 133 | 1,8 | 1 |
| RCDS | 1152 (1530) | 16 (17) | 16 (15) |
| SLH | 914 (1319) | 12,6 (14,5) | 12 (13) |
| KSB (KBW) | 137 (218) | 1,9 (2,4) | 1 (2) |
| Fachschafsliste | 281 (288) | 3,9 (3,2) | 3 (3) |
| LDK/CISNU | 948 (907) | 13 (10) | 13 (8) |

7216 (31%) Studenten beteiligten sich an der Wahl, im Gegensatz zu 9075 (44%) im letzten Jahr. Dieses

7216 (31%) Studenten beteiligten sich an der Wahl, im Gegensatz zu 9075 (44%) im letzten Jahr. Dieses Absacken der Wahlbeteiligung ist wesentlich dem neuen Wahlverfahren geschuldet. Während früher mit den Wahlurnen durch die Lehrveranstaltungen gezogen wurde, darf jetzt pro Institut nur noch eine festinstallierte Urne stehen.

Die LDK (Liste Demokratischer Kampf) wird vom KHB (der Sympathisantenorganisation des KB) und unorganisierten Studenten gebildet. Die scheinbaren Ungereimtheiten in der Tabelle (weniger Stimmen mehr Sitze) kommen dadurch zustande, daß die Wahlen an der Uni und der PH zusammengelegt wurden und das SP entsprechend vergrößert wurde.

Die LDK/CISNU hat als einzige Liste trotz starken Rückgangs der Wahlbeteiligung Stimmen gewonnen. Teilweise haben Gruppierungen weit über das Maß des Rückgangs Stimmen verloren, wie z.B. das SB auf der linken und RCDS und SLH (Rechtssozialdemokraten) auf der

rechten Seite. Beim SB wirkte sich die politische „Abstinentz“ des vergangenen Semesters aus, bei RCDS und SLH waren dies wohl die Früchte des VS-Skandals, obwohl sich die Masse der rechten Wähler selbst davon nicht abschrecken läßt.

Oldenburg:

Der von Jusos und Basisgruppen (BG) getragene und vom LHV politisch unterstützte bisherige AStA, litt an chronischem Aktivistenmangel und hatte in der letzten Zeit offenbar auch einiges an politischer Substanz eingebüßt. Die starke GO-Opposition setzte dem AStA ebenfalls zu und konnte sich z.B. bei einer VV-Abstimmung über die (MSHB-) Aktions-tage im Dezember durchsetzen.

Die BG meint mit ihrem Anspruch, eine stärkere Verbindung zwischen AStA und Basispolitik (hier v.a. BI's etc.) herzustellen, gescheitert zu sein. Beide AStA-Fraktionen stellten sich infolgedessen nicht mehr zur Wahl. Ihr Wählerpotential wurde jetzt weitgehend von einer neuen, der 'Öko-

logie-Liste' gewonnen, die sich hochschulspezifisch allerdings nicht betätigen, sondern ausschließlich um

logie-Liste' gewonnen, die sich hochschulspezifisch allerdings nicht betätigen, sondern ausschließlich um Fragen des Umweltschutzes kümmern will.

Mangels linker Alternativen konnten die GO-Listen (MSB/SBH) so bei insgesamt gesunkener Wahlbeteiligung (von 42% auf 36%) einige Stimmengewinne verbuchen; zudem hatten die Jusos auch zur Wahl des SHB aufgerufen.

| Liste | Stimmen | Sitze |
|-------------|-----------|---------|
| SHB | 532 (481) | 18 (16) |
| MSB | 308 (226) | 10 (7) |
| Öko-Liste | 383 (—) | 13 (—) |
| (Jusos) | — | — (8) |
| (BG) | — | — (10) |
| LHV | 208 (178) | 7 (6) |
| Freie Liste | 71 (106) | 2 (3) |
| (RCDS) | | |
| KSB | 26 (28) | — (—) |
| NHB | 8 (7) | — (—) |

Erstellt in Zusammenarbeit von Genossen des SSB/Hamburg und des KHB/Göttingen

RCDS und SLH zum VS-Skandal

Unter der Überschrift „Von einem Skandal, der keiner ist!“ meldete sich die Hamburger Abteilung des RCDS zu Wort, um die Hintermänner der Verfassungsschutzaffäre zu entlarven. Endlich weiß die Studentenschaft, wem sie es zu verdanken hat, daß die Finanzierung politischer Gruppen durch den Verfassungsschutz an's Licht der Öffentlichkeit gelangt ist: dem MSB! Denn die ganze Kampagne ist nichts weiter als ein Ausdruck der „Wut über die eigene Unfähigkeit, die Finanzierung des MSB aus Ostberlin in der Öffentlichkeit zu vertreten“. Vielleicht hat der MSB ja sogar vorher beim VS angeklingelt, um dafür zu sorgen, daß die Gelder auch wirklich ausgezahlt werden? Jedenfalls war alles „so schön vorbereitet: RCDS, SLH, LHV und Jusos werden vom Verfassungsschutz finanziert, so sollte es heißen, der MSB/SBH würde als strahlender Märtyrer und Opfer einer Spitzelkampagne dastehen“. Nun, nach Ansicht des RCDS ist diese „geniale Strategie“ gescheitert, denn die „Bündnispartner“ des MSB

— Anm. AK) LHV und Jusos sind leider auch in den 'Skandal' verwickelt“ und „die Mähr vom 'Spitzelstaat' ist viel zu abgedroschen, oft genug widerlegt“. Zudem sei es „überall so üblich“ und „sinnvoll“, daß politische Gruppen vom Innenministerium finanziert werden. „Denn auch dieser freiheitliche Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland ist berechtigt, diejenigen Organisationen finanziell zu unterstützen, die sich innerhalb der Demokratie politisch engagieren“. Gehen wir vom bekannten Demokratieverständnis des RCDS aus, heißt das im Klartext: Unterstützung für diejenigen, die sich für Zensur, Berufsverbote und Kontaktsperre einsetzen, keine Unterstützung für Linke, für Radikaldemokraten und Kommunisten. Allerdings meint der RCDS, mit der „Geheimniskrämerei im Bundesinnenministerium“ müsse Schluss sein. Was sollte auch schlecht daran sein, wenn die Gelder zum Schutze dieser „FDGO“ reichlich fließen?

(Flugblatt des RCDS/Hamburg)

Auch dem SLH sind die „konspirativen Umstände“, unter denen der VS seine Gelder verteilt hat, nicht angenehm. „Zwar ist es in politischen Kreisen nicht üblich, seine Geldgeber zu nennen, um nicht in den Verdacht zu kommen, Handlanger seines Finanziers zu sein, dennoch ist die derart mysteriöse Weise der Geldvergabe ... völlig unverständlich“. Der SLH „kommt sich ganz schön blöde vor, wenn man viel Freizeit, Idealismus und 'Taschengeld' ... in eine Hochschulguppe investiert und dann aus heiterem Himmel mit dem Verfassungsschutz in Verbindung gebracht wird“. Er fürchtet, daß „seine Arbeit nun in ein zwiespältiges Licht zu rücken droht“. Eher hat wohl die Aufbesserung seines „Taschengeldes“, das z.B. für dickleibige kostenlose Broschüren gegen den „Terrorismus“ ausgegeben wurde, dazu beigetragen, die eindeutigen Absichten dieser „sozial-liberalen“ Politik zu erhellen. (Flugblatt des SLH/Göttingen).

SSB/Hamburg

„Arbeitskreis saubere Uni“

In altbekannter Nazi-Manier ruft in Frankfurt ein sogenannter „Arbeitskreis Saubere Universität“ dagegen auf, „daß unsere Stadt von schlitzäugigen Kindern bevölkert wird“. Anlaß ist ein westdeutsch-chinesisches Abkommen, das 450 Chinesen einen Studienplatz an bundesdeutschen Universitäten zusagt. „National getriebene Kräfte“ in Wiesbaden und Göttingen hätten bereits ihre Unterstützung zugesagt, um eine „Überfremdung unserer Hochschulen“ zu verhindern, vor allem, um zu verhindern, daß „Studenten unsere Hochschulen bevölkern, denen kommunistisches Bekenntnis wichtiger ist als fachliche Qualifikation“. Wenig einzuwenden hätte dieses faschistische „Säuberungskommando“ sicherlich gegen Studenten aus dem Freundeskreis eines Pinochet. Sollte die Regierung nicht geneigt sein; „chinesische Studenten von uns fernzuhalten“, will man ihnen „einen gebührenden Empfang bereiten“ (nach „Vorwärts“, 25.1.).

SHB — unabhängig von der SPD?

Wir haben uns im letzten „Arbeiterkampf“ mit der Orientierung der Jungsozialisten-Hochschulgruppen auf die SPD und mit ihrer Funktion, Proteste der Studentenbewegung immer wieder in systemkonforme Bahnen zu lenken, auseinandergesetzt. Nun, wir hätten den SHB, den „Sozialistischen Hochschulbund“, gleich mit in diese Einschätzung einbeziehen sollen.

Einerseits ständig bemüht, seine Unabhängigkeit von der SPD hervorzuheben, legt der SHB andererseits auch sehr viel Wert darauf, seine Verbundenheit mit dieser Partei zu betonen: „Er ist mit der Sozialdemokratie dadurch verbunden, daß viele seiner Mitglieder in der SPD organisiert sind, und er seinen Standpunkt innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung hat“. Ziel des SHB ist es, „den Einfluß aller fortschrittlichen Sozialdemokraten in Hochschulen, Betrieben und in der Gesellschaft zu stärken, die sich entsprechend der sozialistischen Tradition der SPD für die Interessen der Arbeiterklasse, für Demokratie und sozialen Fortschritt einsetzen“. Schon vergessen, daß die Tradition der SPD im wesentlichen darin besteht, in Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie die Arbeiterbewegung niedergehalten zu haben. Schon vergessen, daß die SPD-Fraktion 1914 geschlossen für die Bewilligung der Kriegskredite stimmte, daß ein führender SPDler namens Noske mit den Worten „Einer muß der Bluthund sein!“ seine Polizei gegen demonstrierende Arbeiter schickte? Nicht wahrhaben zu wollen scheint der SHB, daß die heutige SPD-Führung konsequent im Sinne dieser Tradition, die alles andere als sozialistisch ist, handelt.

Der SHB geht nicht davon aus, „daß die SPD oder auch nur ihre Führung (!) insgesamt als Bestandteil des monopolkapitalistischen Herrschaftssystems angesehen werden kann“. Die Namen haben sich geändert, doch auch heute zeichnen führende SPDler verantwortlich für brutale Polizeieinsätze gegen Demonstranten, für Berufsverbote gegen Linke usw.

Die Zusammenarbeit mit den „Bluthunden“ der Gegenwart hält der SHB für notwendig — die Zusammenarbeit mit einem großen Teil der Linken lehnt er prinzipiell ab, und zwar ausdrücklich mit all denjenigen, die sich nicht auf das Programm der „gewerkschaftlichen Orientierung“ stellen: „Auch von linken Gruppen ist die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung diffamiert worden. Mit ihnen gibt es keine Zusammenarbeit, da sie aufgrund falscher Analysen zu falschen Strategien und taktischen Schlußfolgerungen kommen“.

Zwar ist der SHB — im Gegensatz zu den Jungsozialisten — heute gewzungenmaßen organisatorisch unabhängig von der SPD, dies macht jedoch seine Dienste für diese Partei, und damit für die Stabilisierung des kapitalistischen Systems, nicht weniger wertvoll (alle Zitate aus „offensiv“, Zeitung des SHB/Hamburg).

SSB/Hamburg

Lehrbeauftragter abgesägt — Studenten wehren sich

„Sie haben durch Ihr Verhalten Ihre Beziehung zu unserer Abteilung so schwer belastet, daß wir die Grundlage für eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Ihnen als nicht mehr gegeben ansehen.“ Mit dieser Erklärung der Direktoren des Germanischen Instituts an der Uni Münster wurde Jörg Scheibe, seit fünf Jahren Lehrbeauftragter an diesem Institut, im Herbst 1978 aus dem „Wissenschaftsbetrieb“ entfernt.

Jörg Scheibe hatte im Wintersemester ein Seminar über Peter Paul Zahl durchführen wollen. Dieses Seminar wurde vom Institut kurzerhand aus dem Lehrangebot gestrichen. Begründung: Mangelnde „Relevanz“ von P.P. Zahl. Scheibe teilte daraufhin den Studenten per Aushang mit: „Die Veranstaltung „Literatur der Gegenwart — Peter Paul Zahl“ findet nicht statt“. Dieser Mitteilung fügte er die Keuner-Geschichte „Maßnahmen gegen die Gewalt“ von Brecht bei, um darauf aufmerksam zu machen, daß Gewalt gegen ihn ausgeübt wurde und warum er sich dieser Gewalt gebeugt hat. Das war für die Münsteraner Germanistikprofessoren zu viel. Scheibe flog.

In den vergangenen Wochen hat diese Affäre allerdings mehr Staub aufgewirbelt, als den „in ihrer Ehre gekränkten“ Professoren lieb sein konnte: Ein Tag Streik der Germanistik-Studenten, Solidaritätsveranstaltungen

(eine davon mit Erich Fried und über 1.000 Teilnehmern), ein Go-in bei Institutsdirektor Ohl, ausführliche Berichterstattung durch AStA und Alternativpresse. Erich Fried schickte eine Solidaritätserklärung, die auf der Titelseite der AStA-Zeitung verbreitet wurde: „Ich protestiere gegen die Erklärung der Direktoren des Germanistischen Instituts zum Fall Scheibe und zu Peter Paul Zahl. Das erbärmliche Deutsch ihrer Erklärung entspricht genau ihrem Inhalt. Es ist traurig, ja es ist eine Schande, daß in Münster die Verfasser eines solchen Textes die Macht haben sollen, über das Schicksal von Lehrbeauftragten und über die Relevanz eines Dichters zu entscheiden.“

Die weitere Entwicklung wird von Jörg Scheibe selbst folgendermaßen eingeschätzt: „Bei einer realistischen Einschätzung glaube ich, daß ich an diesem Institut keinen Lehrauftrag mehr kriegen werde. Andererseits finde ich es einfach schlimm, wenn nach einer Zeit der Auseinandersetzung nach den Semesterferien nichts mehr passieren würde. Ich meine, daß das Armutszeugnis, das sich die Direktoren dieses Instituts mit ihren Begründungen über die Nichtrelevanz von Peter Paul Zahl ausgestellt haben, nicht so schnell vergessen werden dürfte.“

KB-Sympathisanten Münster

AUFRUF AN ALLE PERSER-STUDENTEN
MACHT EURE SCHUL-REVOLUTION
FÜR DIE SCH.-RELIGION
ODER DEN SCH.-KOMMUNISMUS
GEGEN DEN SCH.-SCHAH
EUREM EIGENEN SCH.-LAND
SONST RUFEN WIR DENN WIR HABEN SELBST
GENUG IN LAND MIT FREIHEIT

Nach Veröffentlichung seines ersten Schmierblattes („Aufruf an alle Perser...“) hatte der Frankfurter Fachhochschulprofessor Sickinger auch noch die Stirn, mit einem Machwerk gleicher Farbe auf die massiven Proteste zu antworten. Manche Leute sind mit Worten kaum zu überzeugen!

ERKLÄRUNG ZUM PERSERAUFRUF:
WER KRIEGE MUSS AUCH REVOLUTIONEN
ACHTEN!
DIE FALSCHEN WERDEN GETÖTET,
NIE DIE SCHARFMACHER ODER MACHTHABER
AUF GEWALT FOLGT
DIES WISSEN VIELE NUR NICHT
SCHON SEHR VIELE DIE GLÄUBIGEN JÜNGER
DES HEILIGEN RAUSCHEBARTS VOM
JAHRHUNDERT UND DER HEILIGEN SPITZBART-POLIT-
MUMIE VOR DER KREMLMAUER. ES
WER VIEL GLAUBT, DENKT WENIG!
WIR SIND GEGEN
AUSSÄNDISCHE ERSATZ-REVOLUTIONEN
AUF UNSEREM BODEN! AUCH DER AStA MUßTE GEGEN
SIE SEIN, WENN ES SEIN POLITISCHER KINDERGLOUBE
ZULIESSE. SELTSAME FHS-LEITUNG
MIT IHREM SEHR EINSEITIGEN FHS-SONDER-KÄSEBLATT-
CHEN. GRUSS AN ALLE IN-UND AUSLÄNDER
BESONDERS AUCH IM JAHR D. KINDEG JANUAR 79
AN DEN AStA D. FHS

Lehrerprüfung an kurzer staatlicher Leine

„Gemeinsame Regelungen zur Lehramtsprüfung“ haben die Kultusminister auf einer Konferenz am 20./21. Januar dieses Jahres beschlossen. Während bisher die einzelnen Bundesländer Lehrerprüfungsordnungen unabhängig voneinander bestimmten, wurden hier nach mehrjährigem Geringel Richtlinien geschaffen, die für alle Länder verbindlich werden sollen. Die unterschiedlichen Prüfungsordnungen hatten dazu geführt, daß einzelne Bundesländer der Lehramtskandidaten aus anderen Bundesländern die Anerkennung ihres Exams verweigerten, vornehmlich lehnten CDU-regierte Länder Bewerber aus Bremen, Berlin oder Hessen ab.

Im Kern geht es bei dem Beschluß der Kultusministerkonferenz (KMK) darum, den Einfluß des Staates bei Prüfungen festzuschreiben bzw. zu vergrößern. So heißt es in dem Beschluß: „Lehramtsprüfungen sind Staatsprüfungen, bei denen die Regierungsverantwortung durch abgestufte (?) staatliche Aufsichtsmittel wahrzunehmen ist, die das erforderliche Maß an ministeriellem Einfluß und parlamentarischer Rückbindung gewährleisten.“ (Dieses wie folgende Zitate sind aus der „Frankfurter Rundschau“ vom 25.1.79). Dementsprechend kann es nach Ansicht der KMK keine gleichberechtigte Teilnahme von Hochschullehrern an Ausbildungen und Prüfungsämtern geben, diese müssen der Aufsicht des zuständigen Ministers unterstellt sein.

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtes zur Beurteilung eines Prüfers beitragen können. Einschlägige Erfahrungen zeigen denn auch, daß für derartige Beurteilungen weniger wissenschaftliche, fachbezogene Kriterien ausschlaggebend sind, als vielmehr politische — wie im Falle Wolf-Dieter Nars, dem in Westberlin kurzerhand die Prüfungsberechtigung entzogen wurde. Mangelnde Qualifikation dient in solchen Fällen höchstens als Vorwand. Das Berufsrecht des Ministers

wurde. Mangelnde Qualifikation dient in solchen Fällen höchstens als Vorwand. Das Berufsrecht des Ministers — sein Recht, politisch unliebsame Wissenschaftler auf einfachem Wege kaltzustellen, sie werden eben nie berufen und sind damit generell aus Prüfungsverfahren ausgeschlossen. Diese Regelung schließt an sich schon ein, daß Studenten und Referendare nicht das Recht haben, sich ihre Prüfer frei zu wählen. Doch die ursprüngliche Fassung der „gemeinsamen Regelungen“ wollte dies noch einmal ausdrücklich betont wissen: „Ein Rechtsanspruch auf Zuweisung eines bestimmten Prüfers besteht nicht“, sollte es heißen. Dieser Zusatz wurde auf Antrag Westberlins gestrichen. Die Formulierung lautet nun: „Der Prüfungskandidat kann an der Hochschule tätige Prüfer vorschlagen. Der Vorschlag kann (Hervorhebung AK) bei der Zusammensetzung der Prüfungskommission berücksichtigt werden.“ Ob mit oder ohne Zusatz, das „Vorschlagsrecht“ ist eine Farce, solange es im selbstherrlichen Ermessen des Ministers steht, Vorschläge zu berücksichtigen — oder auch nicht!

An der geplanten Zusammensetzung der Prüfungskommission wird deutlich, daß die Kultusminister die Absicht haben, Ablauf und Ergebnis der Prüfungen vollends unter die Kontrolle des Staates zu bringen. „In der mündlichen Prüfung ist die Einhaltung der Prüfungsordnung durch Staatsaufsicht zu gewährleisten.“ Dies soll über die Zahl der Kommissionenmitglieder, deren Stimmrecht und den Vorsitz gewährleistet werden.“ Im

Klartext heißt das wohl nicht anderes, als daß die Kommissionen nur den staatlichen Vertretern genehme Entscheidungen treffen können, sei es durch ein Vetorecht der Behördenvertreter oder ihre absolute Mehrheit in diesen Gremien.

„Der Aufsicht des Staates unterliegt auch die Beurteilung und Bewertung der wissenschaftlichen Prüfungsarbeit (Hausarbeit).“ Auch für sonstige Leistungskontrollen soll sichergestellt werden, „daß der Einfluß des Staates gewährleistet ist“. Jeder Schein, jedes Referat, das für die Prüfung relevant ist, fällt damit unter die Aufsicht staatlicher Organe.

Staatliche Zensur erstreckt sich damit nicht „nur“ auf Examensarbeiten, sondern auf jede Seminararbeit, und sei das Seminar auch von einem fortschrittlichen Seminarleiter veranstaltet. Zur Gruppenprüfung heißt es: „Bei einer schriftlichen Hausarbeit als Gruppenarbeit und bei einer mündlichen Prüfung in Gruppen muß die selbständige Leistung jedes Prüfungskandidaten klar erkennbar sein.“

Ausgerechnet diejenigen, die ansonsten alle Anstrengungen unternehmen, die Studenten zu bevormunden, pochen hier auf die Selbstständigkeit der Studenten. Der eigentliche Zweck der Gruppenarbeit, das gemeinsame Artikulieren von gemeinsamen Interessen zu fördern, wird mit dem KMK-Beschluß völlig zunichte gemacht, diesem geht es vielmehr um eine Förderung des Konkurrenzdenkens „Jeder gegen Jeden“ und um eine Verschärfung des Leistungsdrucks auf den Einzelnen.

Für einige Bundesländer, z.B. für Hamburg, wo schon 1972 eine äußerst repressive Lehrerprüfungsordnung vom SPD-Senat verabschiedet wurde, bedeutet der KMK-Beschluß „nur“ in wenigen Punkten eine Verschärfung, ansonsten eine nochmalige Festschreibung der herrschenden katastrophalen Prüfungsbedingungen. In anderen Ländern, z.B. Bremen, werden damit alternative, ansatzweise positive (so weit Prüfungen das überhaupt sein können) Prüfungsformen zunichte gemacht. Dem Bremer SPD-Senat scheint sein Reformprojekt sowieso nicht mehr am Herzen zu liegen, denn in Windeseile erklärte er sich zu einer Anpassung an die „gemeinsame Regelung“, bereit, noch dazu mit der nicht mehr am Herzen zu liegen, denn in Windeseile erklärte er sich zu einer Anpassung an die „gemeinsame Regelung“ bereit, noch dazu mit der Behauptung, „der Kern der Reformpositionen bleibt erhalten“ („FR“, 30.1.). Die Senatsbehörde für Wissenschaft und Kunst erweist sich sogar zu dem Eigenlob, es sei „gelingen, die KMK dazu zu bewegen, die beratende Mitgliedschaft von Studenten und Referendaren in den Prüfungskommissionen zu erhalten“. Wahrscheinlich eine Errungenschaft von unschätzbarem Wert für die Studenten!

Der zunehmende zentralisierte Einfluß des Staates kann nicht ausschließlich als Mittel zur politischen Zensur gewertet werden, er muß ebenso im Zusammenhang mit der herrschenden Lehrerbearbeitungslosigkeit betrachtet werden. Schon immer hatten Bildungspolitik die größte Schwierigkeit, die Zahl der Hochschulabsolventen mit dem „Bedarf des Arbeitsmarktes“ in Einklang zu bringen. Mit dem Beschluß der Kultusminister schafft sich der Staat die Möglichkeit, relativ flexibel auf die Zahl der Lehrer einzuwirken: Werden Lehrer gebraucht (bzw. sollen Lehrer eingestellt werden!) — läßt man die Zügel etwas locker, will man keine mehr einstellen — werden dementsprechend mehr Studenten durch die Prüfung „gefallen“. Und dann kann sich keiner mehr beklagen, daß arbeitslose Lehrer nicht eingestellt werden, obwohl die Schulklassen viel zu groß sind. So einfach ist das...

SSB/Hamburg



SOLIDARITÄT Nr. 47

Aus dem Inhalt:

- Interview mit der CISNU über die Studentenbewegung im Iran
- Restauration der Hochschulen nach 45 Über den Muff der braunen Jahre unter den Talaren der Professoren
- 3. Teil des Rechenschaftsberichts des SSB/Hamburg Zur Entwicklung der nationalen Studentenpolitik

— Zur Frauenpolitik des MSB

Preis: 1,50 DM 48 Seiten/A4

SOLIDARITÄT-Sondernummer Hochschulen und Faschismus

siger Jahren und der Hochschulen als Stütze für den Faschismus. Ein Artikel über die ungebrochene Tradition faschistischer Professoren an den BRD-Hochschulen nach 1945. Ein Artikel über den „Bund Deutscher Mädel“ (BDM).

Preis: 1,50 DM 24 Seiten/A4

Nachdrucke aus bisher in der SOLIDARITÄT erschienenen Artikeln. Zwei Artikel zur faschistischen Tradition der Hochschulen in den dreis-

Bestellungen über Verl. Jürgen Reents, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50. Konten: Dresdner Bank 4518378/J. Reents; PSchA Hamburg 240 595/J. Reents

Neues Ordnungsrecht an Nordrhein-Westfalens Schulen



Mit dem Inkrafttreten der neuen allgemeinen Schulordnung (ASCHO) am 1. Februar ist in NRW nach dem Schulverwaltungsgesetz und dem

Schulmitwirkungsrecht das Instruktivgesetz zur Unterordnung von selbständigen Schüleraktivitäten vollständig worden. Gegen dieses

neue Gesetz hat es in ganz NRW einen Aktionstag gegeben, der von Streiks und kämpferischen Kundgebungen gekennzeichnet war. Insgesamt beteiligten sich in 19 Städten über 20.000 Schüler an den Aktionen (nach "DVZ", 1.2.79).

Am 25.1. nahmen 1400 Schüler an einer Kundgebung in Köln teil.

Am 30.1. demonstrierten ca. 1300 Schüler aus Köln und Umgebung in der Kölner Innenstadt (im unbelebten Teil) unter der Parole: "Weg mit der ASCHO". Auf der Abschlussskundgebung dieser Demo solidarisierten sich Lehrer in der GEW mit dem Kampf der Schüler. Die Reden wurden immer wieder durch Parolen gegen die ASCHO unterbrochen.

Vielen Schülern war die Kundgebung nicht genug, sie zeigten in einer spontanen Demonstration, die von den Ordnungskräften nicht genehmigt, dann aber doch geduldet wurde. Diese Aktion bildete dann einen erfrischenden Abschluß des Tages, der zudem auch noch wirksamer war als die vorangegangene Demo, weil dieser Marsch durch den sehr publikumswirksamen Teil der Kölner City ging.

Ein Schüler aus Köln

Neuordnung

Von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen, haben sich Ende letzten Jahres Kapitalisten und Gewerkschaftsführung über eine Neuordnung der industriellen Metallberufe geeinigt. Die vor drei Jahren (12.11.75) zwischen Gesamtmetall und IGM-Metall aufgenommenen Verhandlungen sind am 5.10.78 mit einem übereinstimmenden Ergebnis abgeschlossen worden.

Von den Vorständen beider Organisationen gebilligt, wurden am 20.11.78 den zuständigen Ministerien die „Eckdaten zur Neuordnung der industriellen Metallberufe“ („Eckdaten“) übergeben. Im Rahmen des Bundesinstituts für Berufsbildung sollen nun „Sachverständige“ von IGM und Gesamtmetall auf der Grundlage dieser „Eckdaten“ die Detailarbeit für die neuen Ausbildungsordnungen leisten. Gleichzeitig werden entsprechende Rahmenpläne für den Berufsschulunterricht entwickelt. Vom Bundeswirtschaftsministerium werden auf dieser Grundlage Vorschläge für neue Rechtsverordnungen gemacht und dann IGM und Gesamtmetall zur abschließenden Zustimmung vorgelegt. Die Zeit, die bis zum endgültigen Inkrafttreten der neuen Ausbildungsverordnungen vergeht, wird von den Kapitalisten und der IGM-Führung konkret mit drei bis fünf Jahren angegeben.

Kernpunkt der „Eckdaten“: Die bislang einheitliche Facharbeiterausbildung von in der Regel drei- bis dreieinhalbjähriger Dauer, soll in verschiedene Qualifikationsstufen aufgeteilt und gekürzt werden. Auf einer einjährigen Grundausbildung soll eine zweijährige Facharbeiterstufe folgen. Lehrverträge werden nicht mehr, wie bisher, über die Dauer der gesamten Ausbildung ausgestellt, sondern nur für jede Ausbildungsstufe. Die Übernahme in die jeweils aufbauende Qualifikationsstufe richtet sich nach Bedarf und alleiniger Entscheidung des Kapitalisten. Neu im Vergleich zum „klassischen“ Modell der Stufenausbildung ist, daß die einjährige berufliche Grundausbildung in einem „kooperativen Berufsgrundbildungsjahr“ durchgeführt werden soll, d.h. der Staat finanziert den teuersten und für den Kapitalisten am wenigsten profitablen Teil der Ausbildung. Da die Grundausbildung im „dualen System“, also in Kooperation von Schule und Betrieb durchgeführt werden soll, haben die Kapitalisten dann ein Jahr lang die Möglichkeit, sich „vor Ort“ die gewünschte Zahl angelernter Hilfsarbeitskräfte (Übernahme in ein Arbeitsverhältnis nach dem Berufsgrundbildungsjahr) auszusuchen, sowie eine gezielte Rekrutierung ihres Facharbeiterpotentials (Übernahme in ein zweijähriges Ausbildungsverhältnis im Betrieb) vorzunehmen. Für den Jugendlichen bedeutet diese einjährige Probezeit Konkurrenzkampf und Streß und die völlige Ungewißheit, wie über seine Zukunft entschieden wird.

Mit den vorgelegten „Eckdaten“ für die industriellen Metallberufe ist die Neuordnung der Berufsausbildung für fast alle maßgeblichen gewerblich-industriellen Bereiche innerhalb der letzten acht Jahre in ihren Grundzügen im Wesentlichen abgeschlossen.

Die „Eckdaten“ werden von den Kapitalisten als „Durchbruch“

1) für ihre langfristigen Pläne gesehen. Die IGM-Führung hat, — (1) für ihre langfristigen Pläne gesehen. Die IGM-Führung hat, — (1) für ihre langfristigen Pläne gesehen. Die IGM-Führung hat, —

Der Vorstoß der Metallkapitalisten ist nicht nur ein Angriff auf die Qualität der Berufsausbildung; tendenziell läuft die Entwicklung des Facharbeitersystems hinaus, verbunden mit einer Senkung des Lebensstandards der werktätigen Bevölkerung. — Diesem Aspekt gilt der erste Teil des Artikels.

Überlegungen der Kapitalisten zur Überarbeitung und Neuordnung der z.T. noch aus den 30er Jahren stammenden Ausbildungsordnungen der Metallberufe sind nicht neu. Spätestens mit Einbruch der ersten Strukturkrise nach Beendigung der Rekonstruktionsphase des westdeutschen Kapitalismus 1966/77 wurde ein „Umdenken“ nötig: Im Zuge dieser Krise wurden allein in Nordrhein-Westfalen 360.000 Arbeitsplätze im Bergbau zerstört. Diese Arbeitskräfte gingen für einen längeren Zeitraum für den kapitalistischen Produktionsprozeß verloren. Bevor sie profitabel in andere Industriezweige eingesetzt werden konnten, waren aufwendige Anlern- und Umschulungsmaßnahmen erforderlich. Ein großes Heer ungeleitetter Hilfsarbeitskräfte war ebenso wenig „mobil“ wie der Stamm von Facharbeitern, der aufgrund seiner dreieinhalbjährigen Ausbildung in Monoberufen lediglich spezielle Kenntnisse eines Berufes besaß. Diese „Mobilität“ zu erhöhen war der Grundgedanke der Neuordnung industrieller Berufe.

Arbeitskräfte sollten — je nach konjunktureller Lage — von Betrieb zu Betrieb, von Branche zu Branche innerhalb eines Industriezweiges nach Belieben der Wirtschaft „umsetzbar“ sein, ohne daß viel Zeit für Um- und Anlernen verloren geht. Die ersten Vorläufer für eine Neuordnung industrieller Metallberufe sind bis auf die Zeit kurz nach Kriegsende zurückzuführen. Bereits das „Braunschweiger Modell“ aus dem Jahre 1948 sah eine Aufteilung

der Ausbildung in drei leistungsdifferenzierte Qualifikationsstufen vor. Nach vergleichbarem Muster lief von 1958 bis '63 ein Modellversuch der „Arbeitsstelle für betriebliche Berufsausbildung“ (ein von den Kapitalisten speziell für die Erprobung neuer Ausbildungsmodelle eingerichteter Verband). Der bekannte Kruppische Stufenplan (1962 - 65) arbeitete mit einer Grund- und zwei bzw. dreiteiligen Aufbaustufen, für die jeweils Übergangsprüfungen abgelegt werden mußten. Die Folge für die am „Krupp-Modell“ beteiligten Jugendlichen war, daß 50 bis 70% von ihrem Ausbildungsstand her unterhalb der ursprünglichen Facharbeiterqualifikation in die Produktion gesteckt wurden.

Nach der Erprobung unterschiedlichster Modelle der Stufenausbildung, faßten die Kapitalisten in einer Auswertung die gesammelten Erfahrungen in drei Grundgedanken zusammen, die gleichzeitig Ausgangsbasis weiterer Versuche wurden und von ihrem Wesen her heute das Fundament für die Neuordnung der industriellen Metallberufe bilden:

1. „verwandte Lehrberufe in ihren ersten Ausbildungsabschnitten zu einigen wenigen, breit angelegten und dadurch vielseitig verwendbaren Grundberufen zusammenzufassen und erst in einem späteren Ausbildungsstadium, etwa nach zwei Jahren, die Spezialisierung in bestimmten Fachrichtungen beginnen zu lassen;“

2. „die Ausbildung in diesen wenigen, breit angelegten Grundberufen und anschließend die Spezial-

Hausfriedensbruchanzeige gegen Schülervertreter

Frankfurt: Am 18.1.79 fand ein Prozeß gegen ein Mitglied des Stadtschulrates statt. Die Anklage lautete auf „Hausfriedensbruch“.

Der frühere Schulsprecher der Libigschule, Johannes L., Bezirkssprecher-Nord im Stadtschulerrat (SSR), nahm an einer Bezirksversammlung teil, die sich mit den Zuständen an der Libigschule beschäftigten sollte.

Dieses Treffen mußte auf dem Schulhof stattfinden, da die Schule zur Zeit gerade renoviert wurde, und angeblich kein Raum bereitgestellt werden konnte. Als ein Lehrer Johannes auf dem Schulgelände erblickte, stürzte er auf diesen zu und sagte, er solle sofort vom Schulgelände verschwinden, da er seit Herbst 77 Hausverbot habe. Da Johannes diesem keine Beachtung schenkte, (er wußte von keinem Hausverbot) rannte der pflichtbewußte Beamte sofort zum Direktor, um diesen zu informieren. Direktor Bernat kam daraufhin sofort auf den Schulhof, um Johannes aufgrund des „Hausverbotes“ vom Schulgelände zu verweisen. Falls er nicht ginge, drohte er, würde er Johannes wegen Hausfriedensbruchs anzeigen. Außerdem sei Johannes ja gar nicht

mehr an der Schule und habe kein Recht an der SV-Vorstandssitzung teilzunehmen. Das Dorf er als Mitglied des SSR jedoch jederzeit. (Viel leicht sollten sich die Herren mal die SV-Sätze zu Gemüte führen!)

Als Johannes ihm eine Bestätigung für die An der Vorstandssitzung vorlegte, die dem SSR-Sprecher überreichte war, sagte Bernat, dies interessiert ihn nicht, er hätte zu bestimmen, was an seiner Schule geschehe.

Er schleifte ihn daraufhin ins Sekretariat und sagte der Sekretärin, sie solle Johannes' Akte herausuchen, da dort auch das Hausverbot zu finden sei, denn in der Schülerkartei habe er alles über seine Schüler hinterlegt! Doch da fand sich nichts!

Bernat erklärte, das Hausverbot sei erlassen worden, weil Johannes einen Pakt „kommunistischer“ Zeitungen in der Schule verteilt habe, auf welchen Bernat Hammer und Sichel erkannt haben will. In Wirklichkeit handelte es sich dabei jedoch um eine Schülerzeitung, genannt „Rumpelstilzchen“, wie Johannes vor Gericht aussagte, und dies auch durch

einen Zeugen beweisen konnte. Damals hatte Bernat zu ihnen gesagt, sie sollten damit vom Schulgelände verschwinden. Dies war dann wohl auch das „Hausverbot“ auf welches sich Bernat berief.

Nachdem Johannes trotz alledem noch bis zum Ende der Vorstandssitzung blieb, rief der Schulleiter die Polizei und reichte Anklage gegen ihn wegen Hausfriedensbruchs ein. Nachträglich wurde dann auch noch ein Hausverbot ausgesprochen.

Am 18.1.79 fand nun die Verhandlung statt, die mit einem Freispruch endete. Der Verteidiger gab den Rat, dieses Strafverfahren nicht auf diesen Fall allein zu reduzieren, sondern in einer Latte von Maßnahmen gegen engagierte Schüler zu sehen. „Statt Strafanzeige hätte Johannes Lob verdient“, Richter Biernath meinte, unter keinen Umständen könne ein Hausfriedensbruch angenommen werden. Mit der Anklage, so meinte der Richter, sei sicherlich keine Kriminalisierung der SV gewollt. Nicht verkneifen konnte er sich jedoch den Schlußsatz: „An Kritik sich zu gewöhnen fällt manchem schwer“. Eine Frankfurter Schülergenossin

VS — raus aus den Schulen!

Ende letzten Jahres stellte der FDP-Abgeordnete Schumacher eine kleine Anfrage an die Schleswig-Holsteinische Landesregierung über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes an den Schulen des Landes. Antwort der Landesregierung:

„Der Verfassungsschutz setzt nachrichtendienstliche Mittel zur Beobachtung extremistischer Bestrebungen in oder an Schulen ein. Insbesondere führt er keine geheimen Mitarbeiter unter Schülern und Lehrern. Die Erkenntnisse des VS über extremistische Bestrebungen in oder an Schulen beruhen vielmehr auf Zufallsinformationen (Auftauchen von Flugblättern oder Hinweise von Schülern, Eltern, Lehrern usw.).“ („Flensburger Tageblatt“, 29.11.78)

In diesem Sinne erklärte auch der Leiter des Verfassungsschutzamtes der Kieler Regierung, Alfred Kuhn, es würden keine ständigen V-Leute, weder unter den Schülern noch unter den Lehrern, angeworben. Das Amt werde aber „auf Hinweis an Schulen

tätig“. („Flensb. Avis“, 24.8.78)

Fazit: Die Landesregierung deklariert lediglich, daß es direkte V-Leute in den Schulen gibt, nicht aber Schnüffeleien in den Schulen „auf Hinweis“ in Zusammenarbeit mit reaktionären Schülern, Lehrern und Eltern.

Zugeben mußte die Landesregierung Aktivitäten des VS in der Schule vielmehr zumindest in einem konkreten Fall: Die in Flensburg geborene staatenlose tamara T. ist nach Ermittlungen der Politischen Polizei an der Auguste-Viktoria-Schule in Flensburg „bei 16 Vorgängen von Anfang 1971 bis Mitte 1974“ vom VS beobachtet worden. Die Oberstudiendirektorin Bethge lieferte dem VS Informationen. Ein Dossier des VS zeichnet ein detailliertes Bild der damaligen APO-Szene in Flensburg, namentlich im Schülerbereich. (Informationen nach internen Aufzeichnungen des VS, die in einen Prozeß zwischen T. und der Landesregierung eingeführt wurden.)

Ebenso sollen 27 Lehrer und Erzieher aus dem Kreis Pinneberg beim VS registriert worden sein, weil sie einen Aufruf unter dem Motto „Weg mit den Berufsverböten“ unterschrieben haben. (Aus einer Anfrage der SPD-Fraktion, nach „Flensb. Avis“, 24.8.78)

Kommentar des Landesinnenministers Titzack: Er sei „sehr betroffen, daß aus einem ganz besonders gelagerten Einzelfall verallgemeinernde, unrichtige Schlußfolgerungen gezogen werden könnten“. („FR“, 29.11.78)

Die Sache sieht aber eher so aus, daß in Schleswig-Holstein ebenso wie in Bayern die Schulen ein Feld für VS-Schnüffeleien und Bespitzelungen sind, auf dem sich Denunzianten — wie in Bayern die Schüler-Union — wohlfühlen und aktiv werden. Nur, daß Stoltenberg diese Methoden nicht so offensiv verteidigt wie Strauß und Seidl in Bayern.

KB/Gruppe Kiel

Erneutes Verbot einer Schülerzeitung

Freiburg: „Wie bereits den Ausgaben 1, 5, 6 und 10 hat Direktor Adler auch gegen Nummer 11 der Schülerzeitung „Kollektiv“ ein Verbot verhängt. Als Begründung nannte er diesmal folgende Punkte:

1. Der Artikel „Fr. jenseits...“ könnte zehn- bis elfjährige Schüler entweder in einen Schock versetzen oder zum Sadismus treiben. In dem Artikel wird in detaillierter Weise die in einigen Ländern Afrikas und Asiens übliche Klitorisbeschneidung bei Frauen beschrieben.

2. Das Gedicht „Freiheit“ wäre ein Verstoß gegen §§ 90a und 90b StGB. Diese verbieten die Verbreitung von Schriften, die eine „Verunglimpfung“ der BRD und ihrer Vertreter beinhalten.

3. Ein Bildstreifen zum gezielten Todesschuß. Er könne den Eindruck erwecken, die Polizei sei eine gegen den

Bürger gerichtete Institution.

4. Die Karrikatur „Volksvertreter“. Hier werde wiederum § 90a StGB berührt. Auf der Karrikatur sind drei Volksvertreter abgebildet, die auf ihr Wahlvolk scheißen“. (Aus einem Flugblatt der Redaktion)

Doch damit nicht genug: der Rektor versuchte auch, das Verkaufsverbot auf alle Bereiche auszuweiten, wo „unmittelbar auf die Schüler der Schule eingewirkt werden kann“. Hier gilt zwar nicht das Hausrecht der Schulleitung, aber doch das Disziplinarrecht, was in der Konsequenz auf ein absolutes Verkaufsverbot hinausläuft.

War es dann wirklich reiner Zufall, daß das Freiburger Rauschgiftdezernat kurz nach Erscheinen des in hoher Auflage an den meisten Freiburger Schulen verteilten Flugblatts der „Kollektiv“-Redaktion bei drei Redakteuren (ergebnislose) Hausdurch-

suchungen durchführte? Tatsache ist auf jeden Fall, daß die Bullen überraschend gut informiert waren, drohte doch einem Schüler, daß er schon Mittel wüßte sich zu wehren, falls im „Kollektiv“ auch nur ein unwahres Wort über die Hausdurchsuchungen zu lesen sei!

Da sich in letzter Zeit in Freiburg die Zensurfälle häufen, haben sieben Schüler- und Jugendzeitungsredaktionen auf einer Veranstaltung mit hundert Teilnehmern beschlossen, eine Vereinigung gegen Schülerzeitungszensur zu gründen. Im Statut dieser Vereinigung ist festgelegt, daß Artikel, die zum Vertriebsverbot einer Zeitung geführt haben, von den anderen Zeitungen aus Solidarität nachgedruckt werden. Außerdem wurde beschlossen, ab Januar acht gemeinsame Seiten herauszugeben.

KB/Gruppe Freiburg

Angriff auf das Facharbeitersystem

Fortsetzung von Seite 48

sierung in bestimmte Fachrichtungen so systematisch als irgend möglich anzulegen, sie – methodisch durchdacht – von Fertigungsstufe zu Fertigungsstufe und von Kenntnisstufe zu Kenntnisstufe fortschreiten zu lassen“;

3. „die verschiedenen Fertigkeiten und Kenntnisstufen durch die Einführung von Zwischenprüfungen zu Qualifikationsstufen umzugestalten, um dadurch (...) abgestufte, in sich vollwertige Berufsabschlüsse zu schaffen, die zur Aufnahme einer hinsichtlich ihres Schwierigkeitsgrades von Stufe zu Stufe anspruchsvollen Erwerbsfähigkeit befähigen.“ (3)

Einige offene Fragen sollten durch weitere Modellversuche geklärt werden, wenn das der Fall ist – darüber waren sich die Kapitalisten also schon 1965 einig, „dann besteht aus der Sicht der Industrie- und Handelskammer nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Verpflichtung zur Einführung der Stufenausbildung“ (3).

Die letzten Vorarbeiten

Mit der Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes 1969, das eine Zentralisierung der Zuständigkeiten in der bis dahin uneinheitlich geregelten Berufsausbildungsordnung vorsah, wurde gleichzeitig die formelle Voraussetzung geschaffen, eine

ung bereits mit dem ersten Ausbildungsjahr beginnt. Dies wiederum steht im Gegensatz zum Interesse der Gesamtkapitalisten an genügender „Mobilität“, insbesondere für einen großen und krisenanfälligen Bereich wie der Metallindustrie.

– Dem Kapitalisten ist eine Leistungsbewertung auf Grundlage des Abschlussscheins des Jugendlichen und der sechswöchigen Probezeit zu vorgeben. Um keinen „Fehlgriff“ zu machen, um kein Jahr „umsonst“ auszubilden, braucht er greifbare Ausleseverfahren.

Die Möglichkeiten, eine optimale Synthese von „Mobilität“ und Spezialisierung der Arbeitskräfte über die berufliche Bildung zu erreichen, sehen die Metallkapitalisten derzeit offenbar in der Einführung des Berufsbildungsjahres (BGJ) gegeben. So fällt die letzte Phase der Vorbereitung zur Neuordnung der industriellen Metallberufe zusammen mit der Geburt des BGJs – es war gewissermaßen Experimentierbasis für die Pläne der Kapitalisten.

BGJ: „Reform“ für die Kapitalisten

Mit der Einführung der Berufsbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung vom 4. Juni 1972 liefen zwischen 1972 bis '75 in den Bundesländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen mit zunächst

30 Betrieben und Berufsschulen am „kooperativen Berufsgrundbildungsjahr“ beteiligt (sogenanntes Pfälzer Modell). Nach erster Erprobungsphase arbeiten jetzt in Ludwigsburg und Bietheim-Bissingen 13 große Ausbildungsbetriebe mit Lehrwerkstätten und die entsprechenden Berufsschulen im Berufsgrundbildungsjahr im Berufsfeld Metall zusammen. Die Ausbildungs- und Lehrpläne sind auch hier so bestimmt, daß die Jugendlichen drei Wochentage im Betrieb und zwei Tage in der Berufsschule unterrichtet werden. „Die beteiligten Betriebe und Berufsschulen werden das kooperative Berufsgrundbildungsjahr als einen der neuen Wege, die Berufsausbildung umfassender, rationeller und systematischer zu gestalten.“ Schlüsselfolgerung für die Kapitalisten: „Die Gliederung der Berufsausbildung in Grund- und Fachausbildung kann nicht mehr in Frage gestellt werden“ (6).

Die noch 1965 offengebliebenen Fragen scheinen also geklärt zu sein.

Andere Industriebereiche, u.a. auch solche, die bereits über eine Stufenausbildung verfügen, versuchen ihrerseits wiederum die im Metallbereich gesammelten Erfahrungen einzubauen, denn ähnlich der Metallindustrie „haben die Wirtschaftsverbände seit längerer Zeit detaillierte Vorschläge und Empfehlungen in

Senkung der Ausbildungsqualität und des Lebensstandards

Wenn die Kapitalisten heute eine breiter angelegte Grundausbildung propagieren, so profitieren hiervon keineswegs die Jugendlichen. Das Modell des Berufsgrundbildungsjahres, wie es u.a. von den Gewerkschaften propagiert wird, lehnen die Kapitalisten mehr und mehr ab. Ihnen geht es nicht um die Vermittlung allgemeiner theoretischer Kenntnisse, vielmehr bemängeln die Kapitalisten ein „Defizit an Fachpraxis“. Der Jugendliche soll nach einem Jahr nicht ein Grundwissen, sondern Grundfertigkeiten beherrschen. Im Berufsgrundbildungsjahr sind für die Praxisausbildung (Metall) 540 Stunden vorgesehen. Deshalb geben die Kapitalisten insbesondere der produzierenden Industrie der kooperativen Form des BGJ mehr und mehr den Vorrang.

Bei dieser Form der beruflichen Grundbildung stehen für die Fachpraxis ca. 1.200 Stunden (gegenüber 1.400 bis 1.500 Stunden im traditionellen ersten Ausbildungsjahr) zur Verfügung.

Nach der Vermittlung allgemeiner Grundtechniken für mehrere miteinander verwandte Berufe soll nach einem halben Jahr in die fachorientierte Berufsbildung übergegangen werden. Nach Beendigung des BGJ muß eine Prüfung abgelegt werden, von deren Ergebnis die Übernahme in die aufbauende zweijährige Fachausbildung abhängen soll. Eine Übernahme verpflichtet die Jugendlichen nicht.

Über das BGJ als Ausleseinstrument wird ein wachsender Teil der Jugendlichen administrativ von der Berufsausbildung ausgeschlossen. 1977 ergab die Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung, daß 56% (!) der Absolventen des BGJ anschließend nicht in ein zweites Lehrjahr übernommen wurde (10). Ähnliches gilt beispielsweise auch für die Form der Stufenausbildung in der Elektroindustrie. Bereits zwei Jahre nach dessen Einführung fielen 1974 in den Groß- und Mittelbetrieben der Elektroindustrie 30 bis 40% der Jugendlichen der ersten Stufe zum Opfer.

Jugendliche ohne Hauptschulabschluß, die mehr und mehr in den Sonderformen des Berufsgrundschuljahres untergebracht werden, haben so gut wie keine Chance mehr auf eine berufliche Ausbildung. Eine Anrechnungsverordnung für die Sonderformen gibt es nicht. Für Rheinland-Pfalz gilt hier „richtungsweisend“ für die anderen Bundesländer die berichtigte Forderung, daß für Jugendliche, die ein solches Sonderberufsbildungsjahr absolviert haben, die weitere Berufsschulpflicht gesetzlich entfällt.

Wenn das Ausbildungs-niveau für die Masse von Jugendlichen durch die Einführung der Stufenausbildung unterhalb der Facharbeiterqualifikation gedrückt wird, so bedeutet das nach Logik der Kapitalisten natürlich auch gleichzeitig weniger Lohn: „Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Jugendliche nach zweijähriger Ausbildungszeit nicht die gleiche Qualifikation aufweisen können, wie Jugendliche mit einer dreijährigen Ausbildungszeit. Aus diesem Grund können Auszubildende nach zweijähriger Ausbildungszeit nicht die gleichen Löhne beanspruchen wie nach einer dreijährigen Facharbeiterausbildung“ (11). Dies könne schon

allein „im Interesse einer Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer“ nicht der Fall sein (12).

Andererseits wird vielen der kurz ausgebildeten Jugendlichen aufgrund wachsender Leistungsanforderungen heute ein Wissen vermittelt, das sie durchaus befähigt, Posten zu übernehmen, die früher von Facharbeitern bekleidet wurden – bei niedrigerem Lohn versteht sich. Diese Entwicklung wird durch den Rationalisierungs- und Technisierungsprozeß vorangetrieben.

Es ist im Interesse aller Werktätigen, sich dem kapitalistischen Rationalisierungsprozeß gerade auch im Berufsausbildungssektor entgegenzustellen. Dieser Entwicklung ist von der ArbeiterInnen kaum Aufmerksamkeit gewidmet worden. So haben die Kapitalisten jeweils eine günstige Verhandlungsbasis mit der Gewerkschaftsführung, deren „sozialpartnerschaftliches“ Verhalten gerade in Sachen Berufsausbildung kaum Grenzen an Übereinstimmung und Zusammenarbeit kennt. Dies soll Gegenstand der Betrachtung eines folgenden Artikels sein.

Ein Lehrlingsgenosse KB/Gruppe Hamburg

(1) – In Anspielung auf die zustimmende Haltung der IGM-Führung kommentiert das Institut der Deutschen Wirtschaft in seinen „Informationen zur beruflichen Bildung“ (18.12.78) die Vereinbarungen: „Seitdem Berufsausbildung heute mehr als früher diskutiert wird, sind Kompromisse und Einigungen gefragt. In dieser Situation bedeuten die (vom...) gemeinsam erarbeiteten „Eckdaten...“ ein Signal und eine Weichenstellung“. Hiermit sei „der Weg zu neuen Ausbildungsordnungen gebahnt“.

(2) – IGM-Vorstand/Abteilung Jugend nach „Solidarität“-Monatszeitschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit, Sonderausgabe Juni 78.

(3) – „Stufenausbildung in den metallverarbeitenden Berufen“, Deutscher Industrie- und Handelsrat (DIHT) – Schriftreihe, 1965.

(4) – Im § 26 BBiG „Stufenausbildung“ Abs. 1 heißt es u.a.: „Die Ausbildungsordnung kann sachlich und zeitlich besonders geordnete, aufeinander aufbauende Stufen der Berufsausbildung festlegen. Nach den einzelnen Stufen soll (...) die Fortsetzung der Berufsausbildung in weiteren Stufen möglich sein“.

(5) – „Welt“, 23.10.1978

(6) – „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ 8.7.1978

(7) – Die Erprobung des BGJ für den Bereich der Druckindustrie ist mit Modellversuchen aufgenommen worden, die nach Meinung der Kapitalisten noch einige Probleme aufwerfen. Der Bildungspolitische Ausschuss des Bundesverbandes der Druckindustrie hat für die Erprobung bereits einen Rahmenplan erstellt. Quelle: Verband der Druckindustrie Nord e.V., 18.12.1978.

band der Druckindustrie Nord e.V., 18.12.1978.

(8) – „Handelsblatt“, 14.4.1978

(9) – „Arbeitsmaterial der Kultusministerkonferenz – Datenkommission“

(10) – aus: „betrifft erziehung“, März/1978

(11) – Mitteilung des Bundesministers für Wirtschaft aufgrund von Informationen des Zentralverbandes der elektrotechnischen Industrie vom Herbst 1974, zitiert nach: DGB/gewerkschaftliche Bildungspolitik, 1/77

(12) – Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände, Köln zitiert nach: „Frankfurter Rundschau“, 27.12.1976

(12) – „Handelsblatt“, 9.11.1976



bundeseinheitliche Neuordnung der industriellen Berufe nach den oben genannten Prinzipien vorzunehmen.

Die einsetzende „Reform der beruflichen Bildung“, die jahrelang Wahl-schlager Nummer einer der sozial-liberalen Koalition war, zeitigte bald ihre ersten Ergebnisse. Abgesichert durch das Berufsbildungsgesetz (4) wurde eine Stufenausbildung in den unterschiedlichsten Bereichen durchgeführt:

Bekleidungsindustrie (25.5.71)

Maschinenbau produzierende Industrie (25.5.71)

Spinnerei Industrie (30.7.71)

Weberei Industrie (30.7.71)

Pelzverarbeitung – Industrie und Handwerk (23.8.72)

Bauwirtschaft – Industrie und Handwerk (8.5.74)

Bergbau (hier laufen seit Juni '77 Modelle einer dreigestuften Ausbildung bei der Ruhrkohle AG und dem Eschweiler Bergwerkverein).

Zur Neuordnung der Metallberufe wurden erneut Modellversuche aufgenommen, die wiederum eine neue Variation der Stufenausbildung darstellten. Die Metallkapitalisten gingen dabei etwa von folgenden Gedanken aus:

– Eine breit angelegte Berufsgrundbildung für zusammengefaßte Berufsfelder ist für die meisten Kapitalisten aufwendige Investition für zusätzliche Ausbildungseinrichtungen nur eingeschränkt möglich. Diese Grundausbildung ist teuer und steht im Widerspruch zum Interesse der Einzelkapitalisten an einem möglichst raschen profitablen „output“ des Lehrlings;

– dies hat dazu geführt, daß bei vielen Betrieben eine spezialisierte, eng an den Anforderungen des jeweiligen Betriebes ausgerichtete Ausbil-

2985 Jugendlichen die ersten größeren Versuche an:

An ihnen beteiligten sich ausnahmslos Großfirmen (Daimler Benz AG, Bosch, BASF, Henschel, Thyssen). Die Versuche bezogen sich alle auf die Gestaltung des Berufsgrundbildungsjahres (also die Phase der einjährigen „Grundbildung“), das allerdings von Anfang an nicht in rein schulischer, sondern in der sogenannten „kooperativen“ Form, also in Zusammenwirken von Schule und Betrieb (im „dualen System“), durchgeführt wurde. Das lief so ab:

Die wöchentliche Ausbildungszeit von 40 Stunden wurde zwischen Schule und beteiligten Betrieben nach zwei Schichten aufgeteilt: Drei Wochentage entfielen auf den Betrieb, zwei auf die Berufsschule, oder aber eine Woche Berufsschulunterricht wechselte mit einer Woche betrieblicher Ausbildung.

Die „enge Zusammenarbeit“ („Kooperation“, sprich: Kontrolle durch die Kapitalisten) zwischen Schule und Betrieb wurde hergestellt über die Einrichtung von Betriebsklassen (d.h. die Jugendlichen eines Betriebes blieben ständig zusammen), durch die Abstimmung der Pläne, den Austausch von Unterrichtsmaterialien und in der gemeinsamen Erarbeitung der Prüfungsaufgaben. „Aufgrund dieser Zusammenarbeit von Betrieb und Berufsschule ist ein Ausbildungs- und Lehrplan für das Berufsgrundbildungsjahr im Berufsfeld Metall zustande gekommen.“ (5). Nicht nur die am Versuch beteiligten Betriebe führten das Berufsgrundbildungsjahr durch: So läuft seit 1974 der größte „Modellversuch“ in Bayern zur kooperativen Form im Werk Augsburg der MAN. In der Pfalz sind mehr als

den Bereichen Elektronik, Bau, Textil und Chemie vorgelegt“ (6). Erste Andeutungen sind uns auch aus dem Druckbereich bekannt geworden, auch wenn innerhalb der nächsten fünf Jahre mit der generellen Einführung der Stufenausbildung noch nicht zu rechnen ist. (7).

Bei der Diskussion über die „Eckdaten zur Neuordnung der industriellen Metallberufe“ geht es heute natürlich nicht mehr um die Frage, ob die Vorschläge von Gesamtmetall überhaupt durchkommen – diese Entscheidung ist von den Kapitalisten durch ihre Praxis längst gefallen. Die „Eckdaten“ sind das Ergebnis einer systematischen jahrelangen Planung, sie entsprechen nicht nur den von den Kapitalisten favorisierten Modellversuchen (zwei Tage Berufsschule, drei Tage Betrieb im kooperativen BGJ als erste Stufe einer verkürzten Ausbildung), sie sind heute bereits im großen Umfang eingeführt. Heute geht es allenfalls um die Schaffung der Voraussetzungen einer möglichst raschen und bundeseinheitlichen Umsetzung dieser Neuordnung.

Zwar ist von der Bund-Länderkommission für Bildungsplanung am 5.12.1977 beschlossen worden, das BGJ bis 1982 auf eine Kapazität von 97.000 Ausbildungsplätzen auszubauen (das wäre immerhin eine beachtliche Steigerung von über 100% in nur vier Jahren), aber der Ausbau des BGJ in kooperativer Form verläuft noch recht zaghaft (1976 von 2.673 auf 5.264 1977). (8).

Hier gilt es also noch etwas aufzuholen, schließlich fordern die Kapitalisten „das Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form gleichberechtigt zur vollschulischen Form zu entwickeln“ (9).

Demo für das Abendgymnasium

Frankfurt: Anlässlich der Entlassung von sechs Lehrern des Abendgymnasiums hatte die GEW für den 27.1. zu einer Demonstration gegen die Zerschlagung des zweiten Bildungsweges aufgerufen, an der sich ca. 800 Schüler, Lehrer und Studenten beteiligten.

Auf der anschließenden Kundgebung protestierte der hessische Vorsitzende der GEW, Harnischfeger, gegen die Entlassung der AG-Lehrer, die er als völlig grundlos bezeichnete.

Der Landesvorsitzende der Jusos, Martin Wentz, bemängelte, daß es „statt Diskussionen über pädagogische Ziele nur noch administrative Konflikte“ gäbe. Auch „pädagogische“ Maßnahmen dürfen die AG'ler nicht vom Kampf für ihre berechtigten Forderungen abhalten!

Aber auch ein anderer meldete sich

wieder: Walter Preißler, Lehrer am Abendgymnasium. Vor rund einem Jahr denunzierte er den Widerstand der Lehrer und Schüler gegen die Schließung öffentlich als „KBW-gesteuert“ und denunzierte Kollegen beim GEW-Vorsitzenden Frister. Jetzt erklärte er, die GEW mache sich zum „Komplizen von Extremisten“, wenn sie „den Dienstherren als Aggressor denunziere“. Gleichzeitig forderte er die Disziplinierung von Schülern, „weil sie ihren SA-Terror für revolutionäre Gewalt halten“ würden. Dem Faß die Krone setzte er mit der Bemerkung auf, er teile die Sorge um den Bestand des zweiten Bildungsweges. Die Gefahr ginge jedoch nicht von staatlicher Seite, sondern von den „Chaoten“ aus!

Eine Frankfurter Genossin

Skandinavien

Volksabstimmung auf Grönland

Am 17. Januar fand auf Grönland die Volksabstimmung über die Wahl eines „Landestings“ (Parlament) und die Bildung einer sog. „Heimregierung“ statt. Von den knapp 29.000 Wahlberechtigten (darunter auch die auf Grönland lebenden Dänen) nahmen über 18.000 an der Abstimmung teil, was ca. 63 % entspricht. Diese Wahlbeteiligung wird (im Vergleich zu früheren Abstimmungen) als durchschnittlich eingeschätzt. 70,1 % stimmten für eine „Heimregierung“, die am 1. Mai dieses Jahres in Kraft treten soll. Der Plan einer Heimregierung wurde in den letzten Jahren von einer Grönlandkommission der dänischen Regierung entwickelt; die daran beteiligten Mitglieder grönländischer Parteien waren praktisch ohne Einfluß und wohl auch mehr als Aushängeschild gedacht. Dieser Plan sieht vor, daß „Landesting“ und „Heimregierung“ den bisherigen, völlig bedeutungslosen „Landesrat“ absetzen, der keinerlei Rechte hatte. Die „Heimregierung“ soll bis 1984 eine Liste mit den Bereichen aufstellen, die sie selbst verwalten will. Bis 1981 soll die „Heimregierung“ Bereiche wie Schulwesen, Arbeits- und Sozialverwaltung selbst übernehmen. Nach „Kapitalzuschüssen“ während der ersten drei Jahre der „Heimregierung“ soll das grönländische Volk die Kosten für die gesamte Verwaltung selbst tragen. Diese „Heimregierung“ hat nichts mit der vom grönländischen Volk geforderten „Nationalen Unabhängigkeit“ zu tun. Alle „Diskussionen“ wurden von Seiten der dänischen Regierung unter der Voraussetzung geführt, daß Grönland weiterhin zum „Königreich Dänemark“ gehört. In dem Plan der dänischen Grönlandkommission wird ebenfalls nicht auf die Forderung nach Eigentumsrecht des grönländischen Volkes an Grund und Boden und damit allen Rohstoffen eingegangen.

Die Stellungnahme der Parteien

Die SIUMUT („Vorwärts“) gründete sich 1977 als Partei. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Diskussion um die „Heimregierung“ entfacht wurde. Ihre Hauptforderung war somit auch in den letzten Jahren: Für eine Heimregierung; für grönländische Kontrolle über den Fischfang. Die Siunut ist offensichtlich die Partei mit dem gegenwärtig größten Einfluß auf Grönland.

Die ATASSUT gründete sich im Frühjahr 1978 als Partei und ist als verlängerter Arm der dänischen Regierung einzuschätzen. So kritisierte sie Siunut vor allem wegen ihrer „anti-dänischen“ Haltung, macht gegen eine „Heimregierung“ Front und spricht sich für die weitere Mitgliedschaft Grönlands in der EG aus.

Die INUIT ATAQATIGIIT (ungefähr: „das vereinigte Volk der Eskimos“) gründete sich erst im Herbst 1978. Diese Partei hat gegen die „Heimregierung“ agitiert und

fordert „absolute nationale Unabhängigkeit“. „Mit der Zustimmung zur Heimregierung würden wir unsere Unterschrift geben, daß unser Land Dänemark gehört.“

Inuit Ataqaigiti ist gegen die EG und will alle Bestrebungen unterstützen, die die Föderation aller eskimoi-schen Völker vorantreiben (Anm. AK, das Volk der Eskimos — Inuit — versteht sich als eine Nation, die durch den Imperialismus auseinandergerissen und in verschiedene Staaten „versprengt“ wurde).

Im Hintergrund: EG- und US-Imperialismus

Durch den dänischen Kolonialismus ist das grönländische Volk weitgehend seiner Kultur, Sprache und natürlichen Existenzbasis beraubt worden. Aus einer klassenlosen Gesellschaft wurde ein völlig entrechtetes Volk gemacht.

1972 fand auf Grönland eine „Volksabstimmung“ zur EG statt. Obwohl 70,8 % gegen die EG stimmten, wurde Grönland in die EG gezwungen. Das bedeutet z.B.: Wenn die EG-Länder beschließen, daß sie etwas von den 42.000 t Uran möchten, die auf Grönland lagern, was angesichts des beständigen Weiterbaus von AKWs ja nicht unwahrscheinlich ist, muß Grönland liefern. Der Wert des grönländischen Urans beläuft sich auf 10 Milliarden DM und würde

10 % des EG-Bedarfs decken. Die erzwungene EG-Mitgliedschaft beginnt sich für den Imperialismus auszuzahlen. Grönland ist reich an Bodenschätzen: Neben Uran gibt es reiche Kohle- und Öl-Vorkommen sowie Fischgründe usw. Die Kryolithvorkommen machten sich schon während des Zweiten Weltkrieges bezahlt, als die gesamte Produktion in die USA wanderte (Anm., Kryolith ist ein spezifisch grönländisches Mineral, das besonders zur Aluminium- und Emailleproduktion geeignet ist).

Vor einem Jahr wurden vor der grönländischen Küste Ölbohrungen aufgenommen. Diese Bohrungen (es sind schon mehrere Unglücke passiert) sind hochgefährlich, da durch ein Öl-unglück die gesamte Nahrungskette an der Küste zerstört und damit den vom Fischfang lebenden Eskimos die Existenzgrundlage ganz zerstört werden kann. Konzessionen für die Erdöl-gewinnung sind bereits alle „gerecht“ an amerikanische und europäische Konzerne verteilt. Die Vertreter des grönländischen Volkes dürfen jetzt die Investitionen dieser Konzerne verwalten — so sieht die „Selbstbestimmung“ aus. Das Vorgehen bei der Vergabe der Konzessionen ist bei-

spielhaft für die Ausplünderung und Rechtlosigkeit des grönländischen Volkes: Eine Kommission wurde ausschließlich mit dänischen Regierungsbeamten besetzt. Als alles unter Dach und Fach war, wurde als Aushängeschild ein von Grönländern besetzter „Rohstoffrat“ gegründet. Kommentator eines Mitglieds der dänischen Grönlandkommission: „Es ist nicht gesund für ein so kleines Volk, einen so großen Überfluß zu haben.“ In diesem Sinne ist auch von der dänischen Regierung die „Heimregierung“ geplant. Die Rechte dieser Regierung sind schon formal ein Witz, da sie sich im wesentlichen auf die Verwaltung beziehen und keinerlei für die Existenz des grönländischen Volkes entscheidendes Gebiet einschließen. Aber, selbst wenn eine Entscheidung gefällt werden sollte, die nicht im Sinne der dänischen Regierung ist, bleibt das Mittel der ökonomischen Erpressung, was in der Vergangenheit bei zu „weitgehenden“ Forderungen der Grönländer bereits eingesetzt wurde.

Skandinavien-Kommission

Militärpolizei zum Schutz der U-Bahnen

Schweden. Ein Stadtverordneter der reaktionären Partei der Moderaten schlug dem Polizeichef von Stockholm vor, die U-Bahnen künftig an den Wochenenden und Feiertagen von Militärpolizei bewachen zu lassen.

Gewalttaten in der U-Bahn stellen nach seiner Ansicht ein wichtiges Problem der Stadt dar. Bisher werden die Bahnen von einer privaten Wachmannschaft bewacht, die äußerlich nur unwesentlich anders als Polizisten

gekleidet sind — und auch so auftreten. Diese privaten Wächter sollen nach Willen der Polizeiführung nicht mehr eingesetzt werden. Und auch hiergegen spricht sich der konservative Politiker aus, denn die Polizei hätte keine Reserven mehr, um „der berechtigten Forderung der Stockholmer nach Ruhe, Ordnung und gutem Benehmen“ in der U-Bahn Rechnung zu tragen („Dagens Nyheter“, 18.11.78).

Skandinavienkommission

MOT TUNNELBANAN!



„Auf zur U-Bahn“ aus „Dagens Nyheter“ 18.11.78

Zentrumspartei immer offener auf Pro-AKW-Kurs

Der vor einigen Monaten als schwedischer Regierungschef zurückgetretene Vorsitzende der Zentrumspartei (Centern), Torbjörn Fälldin, kann sich neuerdings vorstellen, einen Atomstaat zu managen. Fälldin hatte die Reichstagswahl 1976 — nach vierzig-jähriger Regierungszeit der Sozialdemokraten — vor allem als kompromißlos erscheinender AKW-Gegner gewonnen. Während seiner Amtszeit wurde allerdings das Atomprogramm trotzdem vorangetrieben, gegen den Willen der Parteibasis und vor allem

der Jugendorganisation von Centern. Im Herbst vergangenen Jahres mußte Fälldin die Koalitionsregierung platzen lassen: Seine allzuoft für die Durchsetzung der Interessen der Atomindustrie geschlossenen „Kompromisse“ gefährdeten die Einheit der Partei (wir berichteten hierüber).

Centern fordert seit längerem eine Volksabstimmung über den weiteren Ausbau des Atomprogramms. Nun allerdings wird deutlich, welche Funk-

Fortsetzung nächste Seite

Norwegen: Samen wollen nicht weichen!



Ende des vorigen Jahres beschloß das norwegische Storting mit großer Mehrheit, den Fluß Alta in Nord-Norwegen aufzustauen. Wird dieses Projekt tatsächlich durchgeführt, müßte die dort ansässige samische Bevölkerung dieses Gebiet verlassen. Der projektierte Staudamm würde nämlich die jetzige Lebensgrundlage der Samen zerstören; denn durch den Stausee wären das Rentierzuchtgebiet, die besten Bauernhöfe und der Lachsbestand des Flusses der Vernichtung preisgegeben. Aufgrund dessen führt die eingeborene Bevölkerung, die nur von den Kolonialisten abfällig „Lappen“ genannt wird, schon seit Jahren einen Kampf gegen den geplanten Staudamm. Noch mit legalen Mitteln. Am Tag vor der Abstimmung gingen 14.000 Proteststimmen aus dem Alta-Gebiet im Storting ein. Auch die Kommunalverwaltungen des Gebietes protestierten aufs Schärfste. Selbst aus dem Ausland wurde gegen den Bau des Staudammes Protest erhoben — u.a. von der belgischen Naturschutz-Föderation, der Inter-Environment — einem Dachverband aus 16 Ländern — und der Internationalen Arbeitsgruppe für Eingeborene Völker. Doch dieser Protest nützte nichts, die Interessen der staatlichen Energiegesellschaft NVE setzten sich im Storting durch. Im Verlauf der letzten Jahre hat die NVE mit unläuterlichen Mitteln versucht, Wissenschaftler zu beeinflussen, um von ihnen für den Bau des Staudammes positive Untersuchungsergebnisse zu erhalten. So schrieb z.B. ein Biologe im Herbst 1976 in mehreren norwegischen Zeitungen: „...als die Ergebnisse meiner Untersuchungen im März 1973 vorlagen, führte das zu Wutausbrüchen bei einem gewissen Obergeringen...“.

Oder ein anderer Fall: Einem Botaniker wurde eine Untersuchung angeboten, diese wurde von ihm abgelehnt, weil er nicht willens war, Scheinuntersuchungen durchzuführen; er sollte während eines Sommers die botanischen Folgen des Staudammbaus erforschen.

Schon vor Jahren hatte der norwegische Staat einen Ausschuß damit beauftragt, Energieforschungen in der Finnmark zu betreiben. Wesentlicher Punkt in dem Forschungsbericht dieses Ausschusses bildete dann allerdings die Frage der Rechtsgrundlage. In bezug

auf das Gesetz vom 12.3.65 wurde über das Gebiet des geplanten Stauwerkes in der Finnmark festgestellt, daß der norwegische Staat, mit Ausnahme einiger kleiner Gebiete, frei über samisches Land verfügen könne. Einen rechtlichen Einspruch der ortsansässigen Bevölkerung gibt es also nicht.

Das samische Volk, ein Nomaden-volk in den skandinavischen Staaten und der UdSSR, verlangt die Durchsetzung seiner Rechte, Kultur und Sprache in seinem Lebensraum. Seit geraumer Zeit gehören die Samen der internationalen Minderheitenbewegung an. Die Samen sind nicht länger gewillt, die Unterdrückung, die ihnen seit Jahrzehnten widerfahren ist, immer noch widerstandslos hinzunehmen.

Für viele Samen ist der Bau des Staudammes gleichbedeutend mit der Vertreibung aus ihrem Lebensraum. Dagegen wollen sie den Kampf aufnehmen. Ein Führer der samischen Bewegung prophezeite eine Welle von Gewalttaten. „Menschen, denen die Lebensgrundlage genommen wird, werden sich durch nichts zurückhalten lassen. Ihnen ist es egal, ob sie leben oder sterben.“

Nach einem Bericht unseres Korrespondenten aus Norwegen und Skandinavienkommission Solidaritätsadressen sind zu richten an: Tore Bongo — N 9510 Elvebakken (Postgirokonto 359 779 6) Norwegen

Kommando T für Schweden

Seit Januar 1979 werden in Stockholm 40 Polizisten in einem dreiwöchigen Kurs zu Anti-Terror-Spezialisten ausgebildet. Das gesamte Kommando soll 132 Männer umfassen und in zwei Gruppen mit je zwei Kommissaren, acht Inspektoren, 40 Polizisten und 16 „Reservisten“ gegliedert werden.

1975 wurde nach der Besetzung der westdeutschen Botschaft in Stockholm eine Arbeitsgruppe beim Polizeichef von Stockholm ins Leben gerufen, die — unter Mithilfe der Gewerkschaft der Polizei — die Ausbildung dieser Spezialeinheit ausarbeitete. Diese umfaßt Theorie und Praxis, d.h. zum Beispiel Waffenausstattung, Waffenübungen, „Behandlung“ von gefährlichen Personen, ob sie allein sind oder ob sie Geiseln genommen haben oder ob verletzte Personen mit im Spiel sind. Man übt die Behandlung von Situationen, in denen Bombendrohungen ausgesprochen werden ebenso wie die Verteidigung bei Unglücksfällen, deren Ursache umweltgefährdende

Güter waren.

Der theoretische Teil umfaßt Psychologie, Psychiatrie, Pädagogik, Menschenführung, Kenntnisse über die geltenden Gesetze, aber auch Diskussionen über die Rolle und das Ansehen der Polizei. Die Ausbildung schließt mit einer „Katastrophenübung“ ab.

Nach Aussagen der Polizeiführung liegt diese Aufgabe der Spezialeinheit nicht vorrangig in der Bekämpfung von Terroristen, sondern im Eingreifen gegen „gefährliche Personen“, die z.B. Geiseln nehmen oder „grobe Gewalt gegen ihre Angehörigen“ anwenden („Dagens Nyheter“, 7.12.78).

Der Begriff der gefährlichen Personen ist so schön weit gefaßt, daß notfalls alle möglichen Menschen darunter zu verstehen sind. Offenbar bot die Besetzung der Botschaft Grund genug, um hieraus zu lernen (mit Hilfe der „Kollegen“ der GSG 9?).

Skandinavienkommission

Frankreich

Täglicher Polizeiterror

Daß die französische Polizei brutal foltert und gegen Demonstranten tödliche Handgranaten einsetzt, ist den Leserinnen und Lesern des AK spätestens seit der Folter an Heidy und dem Toden und den Schwerverletzten der Anti-AKW-Demo in Malville bekannt. Daß es sich dabei nicht um besonders krasse Auswüchse, sondern um die tagtägliche Praxis der französischen Bullen handelt, beweist eine Untersuchung der Polizeieinsätze der letzten Zeit.

Wieder Einsatz der mörderischen Offensivgranaten

Am 15.11.78 fand in Cean (Normandie) ein Aktionstag der Gewerkschaften gegen die Arbeitslosigkeit statt (allein in Cean gibt es 11.000 Arbeitslose), in dessen Verlauf die ca. 3.000 Demonstranten drei Brücken im Stadtzentrum blockierten. Bevor es zu einer größeren Behinderung des Verkehrs gekommen war, griffen CRS und Polizei die Demonstranten brutal an. Ein Demonstrant bekam eine Offensivgranate mitten ins Gesicht und verlor ein Auge!

Zwei Tage später protestierten fast 5.000 Menschen militant gegen den Polizeiterror, mehrere Hundert Demonstranten hatten sich mit Helmen und Knütteln ausgerüstet, die Scheiben verschiedener Banken, Luxusgeschäfte und Kaufhäuser wurden eingeschlagen („Libe“, 16., 17., 18. 11.78).

Am 22.12.78 baten streikende Werftarbeiter in St. Nazaire (bei Nantes) vier Direktoren etwas unsanft, sie auf einer Demonstration in die Innenstadt zu begleiten. Dort funktionierten sie das Rathaus zum Volksgefängnis um, in dem sie die Vier festhielten. Als die Bullen das Rathaus unter Einsatz von Tränengas- und Offensivgranaten stürmten, verletzten sie einen Arbeiter schwer an Kopf und Gehirn. Mehrere Tausend Arbeiter demonstrierten daraufhin ihren Protest unter der Parole: „Der Faschismus wird nicht durchkommen!“ („Libe“, 23.12.78).

Ebenfalls kurz vor Weihnachten räumten Bullen in offener Gemeinsamkeit mit einem kommerziellen paramilitärischen Kommando die Textilfabrik Martin in Saint Chamond (bei Lyon). Seit der Schließung am 1. August 1977 hatten 105 Arbeiter und Angestellte ihre Fabrik besetzt gehalten. Nach der nächtlichen Räumung besetzten am nächsten Tag ca. 3.000 Menschen erneut die Fabrik: die herbeigeeilte CRS hatte diesmal alle Hände voll zu tun, die gekauften Kommandomänner vor der Wut der Menge zu schützen.

Die Räumung besetzter Fabriken gehört zum Hauptaufgabengebiet der Bürgerkriegstruppe CRS; sie wird regelmäßig geübt und systematisch vorbereitet. So enthüllte „Rouge“ einen bereits im Juli 1978 erarbeiteten Polizeiplan für die Räumung der Großwerften in La Ciotat (bei Marseille). Der Plan sah im Falle einer eventuellen Besetzung den Einsatz von 2.000 Bullen und die Räumung innerhalb von 20 Minuten vor („Rouge“, 3.10.78). Im Juni letzten Jahres war bei Renault in Flins eine von streikenden ausländischen Arbeitern besetzte Abteilung zweimal von CRS geräumt worden. Die Arbeiter wurden unter Bewachung von bewaffneten CRS-Truppen gezwungen, die Arbeit wieder aufzunehmen - das fand nicht im Chile Pinochets, sondern in Frankreich 1978 statt!

Polizeiterror gegen Studenten

Am 14.11.78 unterbrachen Bullen gewaltsam eine Versammlung von autonomen Studenten und Schülern an

der Pariser Uni von Tolbiac und nahmen sämtliche Teilnehmer fest. Als auf einer Protestversammlung am 15. 11. fünf anwesende Zivilbullen an die Luft gesetzt wurden, rächte sich die CRS mit einem Überfall, in den gleich das gesamte Universitätsgebäude einbezogen wurde. Raum für Raum wurde das ganze Gebäude durchgekämmt, einschließlich der Büro- und Verwaltungsgebäude; alle Anwesenden mußten durch ein Bullenspalier „verdächtig“ Aussehende bekamen Hiebe mit dem Gummiknüppel.

Als Reaktion trat die gesamte Fakultät einschließlich der Angestellten in den Streik. 5.000 Menschen beteiligten sich an einer Protestdemonstration, die von einem provokatorischen



Die französische Polizei verwendet weiter mörderische Handgranaten gegen Demonstranten: Ein verlorenes Auge und eine Hirnverletzung sind die jüngste Bilanz! Hier ein schwerverletzter auf der Demo in Caen im November.

Bullenangebot begleitet wurde: neben jeder Demonstrationsreihe patrouillierte ein Bulle („Libe“, „Etin-celle“).

Besonders betroffen: die ausländischen Arbeiter

Die Kette der rassistischen Morde in Frankreich reißt nicht ab. Verätzte Franzosen erschossen im Dezember in Strasbourg einen Afrikaner, im Januar in Toulon einen Algerier. Der bis zum Mord gehende Rassistismus der Täter befindet sich in schönstem Einklang mit der Grundhaltung der „Ordnungskräfte“.

unverbindlich (der Reichstag hat schon bei bedeutend weniger lebenswichtigen Fragen das Ergebnis einer Volksabstimmung mißachtet, z.B. bei der Einführung des Rechtsverkehrs).

Die Versicherung Fäldins, sich nach einer Volksabstimmung an das Ergebnis zu halten (wobei er offensichtlich davon ausgeht, daß die Abstimmung im Sinne der Atomindustrie ausgeht) scheint vordringlich das Ziel zu haben, sich beim Kapital wieder als salonfähig zu profilieren, wieder koalitionsfähig zu werden.

Ob allerdings die schwedischen Wähler einem Fäldin mit seinen Versprechen und den garantierten folgenden „Kompromissen“ in die entgegengesetzte Richtung Glauben und die Stimme schenken werden, wird die Wahl im Herbst 1979 zeigen.

Skandinavienkommission

Am 27.12. kontrollierten neun Polizisten die Papiere der Gäste in der arabischen Bar „Lexicon“ in Paris. Alle Gäste wurden wie Vieh in einer Ecke zusammengetrieben. Der Barbesitzer hatte seine Papiere in seiner Wohnung über der Bar. Zwei Bullen begleiteten ihn nach oben, traten die Tür ein und zwangen seine Freundin, im Nachthemd mit nach unten zu kommen. Dort fegten die anderen „Helden“ in Uniform die Gläser von den Tischen und rissen Bilder von der Wand ab. Ein kranker junger Araber bekam einen Herzanfall. Alle wurden ohne Begründung zur Wache verschleppt, wo sie sich nackt ausziehen mußten. Es fand ein entwürdiges „Verhör“ mit Fragen wie „Was habt ihr hier in Frankreich verloren?“ und „Warum kritisiert uns Boumedienne?“ statt.

Am frühen Morgen wurden sie mit der Drohung, daß sich die Kontrollen jeden Abend wiederholen würden, entlassen. Nur mit Hemden bekleidet wurden sie in die eisige Kälte ge-

und klagte mit Unterstützung der Gewerkschaften CGT und CFDT sowie revolutionärer Organisationen.

Solche Klagen bleiben allerdings oft genug ohne Folgen für die Angreifer in Uniform. So wurde im Dezember 78 eine Klage verhandelt, die auf einen Bullenüberfall in der arabischen Bar „Theleme“ in Paris im Februar 1975 zurückging. Damals hatten Mitglieder der Spezialeinheit „Brigade-anti-gang“ (entspricht etwa dem MEK in der BRD) sogar Schüsse auf die Araber abgegeben. Obwohl eines der Opfer, der schwer verletzte arabische Anwalt Benachenhou, den Polizisten Bernard Pire identifiziert hatte, wurde keiner der beteiligten Bullen bestraft („Libe“, 15.12.78).

Wir haben hier nur wenige Fälle der letzten Zeit zusammengetragen, in denen die Betroffenen an die Öffentlichkeit gingen. Die tatsächliche Zahl liegt mit Sicherheit höher. Desgleichen sind uns etliche Fälle bekannt, in denen Franzosen Opfer von Polizeivillkür wurden, insbesondere, wenn sie bei nächtlichen Kontrollen nach Dienstnummern fragten.

Ein Raubüberfall, bei dem am 16. 11.78 ein Postbeamter in Marseille ermordet wurde, hatte damals zu einem Streik der Postangestellten für „mehr Sicherheit“ geführt. Im Dezember stellte sich heraus, daß einer der Mörder der CRS-ler Antoine

Ruccione war! Flugs bemühten sich die Behörden, sich von diesem „schwarzen Schaf“ zu distanzieren, obwohl er nur ein gehorsamer Schüler bei der alltäglichen Erziehung zur Gewalt war.

Bullenkampagne für „mehr Sicherheit“

Eine Aktion von Paris Autonomen, bei der sie am 13.1.79 in einer Protestaktion gegen die Preissteigerungen mehrere Nobelläden zerstörten, sowie die Erschießung eines Polizisten im Dienst dienen der Polizei jetzt als Vorwand für eine massive Kampagne zum weiteren Ausbau des Polizeiapparats. Am 20.1. demonstrierten in Paris 15.000 Bullen unter Parolen wie „Die Sicherheit der Bevölkerung hängt von der Sicherheit der Polizei ab“. Sogar Polizeiminister Bonnet mußte jedoch in einem Radio-Interview am 22.1. zugeben, daß die Zahl der im Dienst getöteten Polizisten rückläufig ist. Das hinderte ihn jedoch nicht, die Bildung von „mobilen Sicherheitseinrichtungen“ (=Fußpatrouillen) in jedem Pariser Stadtteil anzukündigen („Libe“, 23.1.79). Bereits im November hatte er die Schaffung von 1.000 neuen Stellen bei der Polizei verkündet („Lutte Ouvrière“, 18.11.78).

Frankreich-Kommission

Stahlarbeiter:

Der Protest weitet sich aus

Unter den von Arbeitslosigkeit bedrohten Stahlarbeitern in Lothringen und Nordfrankreich tut sich was. Ihre Aktionen werden immer kämpferischer und zwingen die Gewerkschaftsführer, radikalere Töne anzuschlagen. Erstmals gab es einen Polizeieinsatz gegen protestierende Arbeiter. Ein Höhepunkt der Kampfkaktionen war eine Demonstration von 15.000 Kindern am 24.1. (zur Stahlkrise siehe AK Nr. 146).

Am 29.1. haben Stahlarbeiter des Konzerns Chiers-Chatillon in Longwy eine Betriebsratssitzung verhindert und den Betriebsleiter, den Personalchef und dessen Stellvertreter eingeschlossen. Trotz der Ankündigung, die drei morgens wieder freizulassen, griff nachts die Polizei ein und befreite sie. Die Wut der Arbeiter war enorm: sie warfen mit Steinen und Flaschen nach den Bullen und schlugen Scheiben von Polizeifahrzeugen ein. 10 Bullen wurden verletzt. Am 30.1. folgte eine Protestdemonstration gegen den Polizeigriff mit 5.000 Teilnehmern. Mehrere Hundert Demonstranten wollten das Polizeikommissariat stürmen, die Bullen gingen mit Tränengas gegen sie vor.

Am selben Tag stoppten Bergarbeiter auf dem Bahnhof von Jaruy einen Güterzug mit ausländischen Erzen, die in Lothringen verhüttet werden sollten. Sie leerten kurzerhand 1.500 Tonnen Eisenerz auf die Schienen und die benachbarte Straße, so daß der Verkehr zwischen Metz und Verdun zusammenbrach. Auch in Nordfrankreich blockierten Stahlarbeiter Straßen und Schienen. Seit sechs Wochen reißen die punktuellen Aktionen der Stahlarbeiter nicht mehr ab und werden zunehmend kämpferischer. Mit einer Welle von Besetzungen antworteten sie auf die „Augenwischerei“ (so ein Arbeiter laut „Liberation“ vom 24.1.) der Regierungserklärung zur Stahlkrise, auf die sie lange vertröstet worden waren. Danach soll es in Lothringen 20.000 neue Arbeitsplätze geben, über deren Schaffung jedoch nur Vages gesagt wird. Besetzt wurden u.a. die Telefonzentrale der Post in Longwy (die Leitungen der Stahlkonzerne waren tagelang unterbrochen), die Finanzämter in Longwy, Verdun und Hayange (Mosel), sowie die Verwaltungsgebäude von Sacilor in Hayange. In Denain (Nordfrankreich) wurde ebenfalls das Finanzamt besetzt. Die Arbeiter verbrannten sämtliche Akten mit Steuerbescheiden!

Fast überall verhinderten die Stahlarbeiter die Betriebsratssitzungen, auf denen die Entlassungen verhandelt werden sollten. So beim Stahlkonzern Sacilor in Hayange und bei Usinor in Longwy, wo sich an

wiederholten Sprengungen jeweils bis zu 2.000 Arbeiter beteiligten.

Am 24.1. demonstrierten in Longwy 15.000 Kinder von Stahlarbeitern mit Fackeln und Taschenlampen: mehr als die Hälfte von ihnen zwischen 4 und 11 Jahre alt, der Rest älter. Journalisten, die besonders die Kleinen interviewten, um etwas über Indoktrination der Kinder fassen zu können, bekamen klare Auskünfte über die Existenzbedrohung der Familien. Am 25.1. demonstrierten noch einmal 4.000 Gymnasiasten.

In Longwy spiegelt die ganze Stadt den Kampf der Stahlarbeiter wider, keine Mauer ohne Parolen, an vielen Häusern und Geschäften hängen Transparente. Auf der Erzhalde von Senelle, oberhalb Longwy, blinkt es Tag und Nacht „SOS“ in großen Leuchtbuchstaben.

Unter dem Druck der zunehmenden Kämpfe an der Basis sahen sich die Gewerkschaftsführungen genötigt, „Aktionen von einer gewissen Gewalt“ („Libe“, 19.1.) anzukündigen. Tatsächlich kündigten sie dann jedoch nur einen 24-stündigen Generalstreik für den 16. Februar an, eine Aktion, die von vielen Arbeitern als völlig unzureichend und abweglich angesehen wird.

Während der Kampf in der gesamten Region zunimmt, braucht ihr früherer Parlamentsabgeordneter Jean-Jaques Servan-Schreiber (Vorsitzender der „Radikalsozialisten“, die weder radikal noch sozialistisch sind) nach seiner Niederlage bei einer kürzlichen Nachwahl keine Rücksichten mehr zu nehmen. Er verkündete offen die Pläne der Stahlkapitalisten: „Ich glaube ernsthaft, daß in 10 Jahren der Stahl kein europäisches Produkt mehr sein wird“; und „Machen wir uns nicht vor: Es kann keine Rede davon sein, daß Longwy durch eine Fabrik von Ford (=Vorschlag der Regierung, Anm.AK) gerettet werden kann, denn Longwy hat keine modernen Straßen, um die 40 km nach Thionville, Luxemburg und Deutschland zu überbrücken.“ („Le Monde“, 30.1.)

Über diese Pläne haben die Stahlarbeiter das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Frankreich-Kommission

Larzac: „Entscheiden, kontrollieren, um auf dem Land zu bleiben!“

Acht Jahre nach der Ankündigung des Verteidigungsministers, das Larzac-Militärcamp um mehr als die vierfache Fläche zu erweitern, gehen die Behörden seit Herbst 1978 mit dem Mittel der Zwangsenteignung vor. Dem Staat war es Dank dem Widerstand der Bauern und Zehntausender Unterstützer nicht gelungen, mehr als ein gutes Drittel der vorgesehenen Erweiterungsfläche für diese „gewaltige Fabrik zur Produktion von Kriegern“ („Le Monde“, 14.12.78) aufzukaufen. Mit juristischer Gewalt nimmt er den Bauern ihr „Arbeitswerkzeug“ (so die Larzac-Bauern), um es den Interessen der Waffenindustrie und der Großmachtpolitik dienstbar zu machen (vgl. AK 141, 142, 143).

Die Bauern jedoch haben am 9.12.78 beschlossen, auf ihren Höfen zu bleiben, „in der perfektesten Illegalität“ („Gardarem lo Larzac“ Nr. 40, Jan. 79), unter sehr schwierigen Bedingungen: Kredite der Landwirtschaftsbank sind z.T. unmöglich geworden, Ersatzansprüche für Manöverschäden auf dem enteigneten Gelände gibt es nicht mehr, gegen Belästigungen der Feld- und Weidearbeit von Seiten der Armee können die Bauern nicht mehr mit juristischen Mitteln vorgehen, und über einigen der illegalen Siedler und enteigneten Bauern schwebt die Drohung des Hinauswurfs durch die Polizei. Schon führt die Armee sich als Herr des Larzac auf: Mit 40 Panzern hat sie auf den Weiden und Feldern von Montredon manövriert, dem Sitz der selbstorganisierten „Larzac-Universität“, einem Zentrum der Linken in der Unterstützungs- und Bewegung. Mit Tieffliegern haben Armeeflugzeuge die Herden beunruhigt....

Unter Ihrer Parole „Decidir, controlar, per demorar al pais!“ (okzitanisch: Entscheiden, kontrollieren, um auf dem Land zu bleiben!) haben die Bauern und Siedler mit Hilfe vieler Unterstützer inzwischen weitere illegale Baumaßnahmen (Ställe, Telefon- und Wasserleitungen, Reparatur von Straßen) durchgeführt, den Landkauf durch Beteiligungsgenossenschaften (GFA) forciert, die Steuerverweigerungskampagne zugunsten der Larzac-Förderungsgesellschaft (APAL) gesteigert, über 1.000 Wehrpässe zur Protest-Rück-

sendung ans Verteidigungsministerium gesammelt. Eine selbstorganisierte Landwirtschaftsbank soll geschaffen werden, ganz im Sinne des am 9.12.78 erneuerten „Schwurs der 103“ (jetzt sind es 108 beteiligte Höfe):

„Kein Landwirt darf gegen seinen Willen hinausgeworfen werden! Das Projekt der Camp-Erweiterung muß aufgegeben werden! Alle gemeinsam werden die nötigen Mittel ergreifen, damit auch nicht ein einziger weggeht!“

Volksabstimmung in zwei Gemeinden

Nachdem bereits alle Gemeindevertretungen der betroffenen Region, die Bauernverbände, Gewerkschaften und Linksparteien, ja sogar die zur Regierungskoalition gehörende sozialdemokratische CDS ihr „Nein“ zur Camp-Erweiterung beschlossen haben, soll nun am 15./16. Februar in den Großgemeinden Millau und Creissels eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Es wird nur über „Ja“ und „Nein“ abgestimmt - der linksliberale Bürgermeister von Millau konnte sich mit seinem Vorschlag einer dritten Abstimmungsmöglichkeit „Ja, aber nur wenn Millau finanzielle Förderung bekommt“ in den Gemeinderäten nicht durchsetzen. Die „Nein“-Kampagne wird hauptsächlich von dem (neben den Bauern selbst wichtigsten) Larzac-Komitee von Millau, in dem die regional vorhandenen Linksparteien (PS, PSU, LCR), die Gewerkschaft CFDT und Kirchen vertreten sind, sowie den Naturschutzverbänden getragen. Die Abstimmung bewirkt im juristischen Sinne nichts Zwingendes, ist aber vor allem geeignet, die Auseinandersetzung stärker als bisher über den engen Kreis der Bauern hinauszuführen. Volksabstimmungen gegen Atomanlagen und Projekte der Touristikindustrie haben in den vergangenen Jahren in Südfrankreich mehrfach zumindest den Erfolg der Verzögerung gehabt („Sud“ Nr. 148, 27.1.2.79). An einer Mehrheit der „Nein“-Stimmen zweifelt niemand. Ziel der Mobilisierung in diesen Wochen ist vor allem die aktive Einbeziehung vieler Menschen in die

Informationskampagne und eine hohe Abstimmungsbeteiligung. Unter den Befürwortern der Camp-Erweiterung ist man sich uneinig, ob man zum „Ja“ oder zur Nichtteilnahme an der Abstimmung auffordern soll.

Debatte um die Orientierung des Widerstandes

Nach dem „Marsch nach Paris“ und der anschließenden Demonstration am 2.12.78 in Paris mit 40-50.000 Teilnehmern, (davon mindestens 10.000 aus allen Teilen des Landes) ist einerseits noch einmal die Breite des Widerstandes verdeutlicht worden, andererseits sind aber auch Schwächen und Spannungen innerhalb der „Larzac-Bewegung“ ans Licht gekommen. Eine breite öffentliche Debatte hierüber hat begonnen; neben Beiträgen in den Zeitungen der linken Parteien und Organisationen und Diskussionen in der jetzt häufig tagenden Koordinierungskonferenz der Larzac-Komitees wird dieser Debatte der größte Teil der Monatszeitung „Gardarem lo Larzac“ ab Januar 79 gewidmet. Im Kern geht es dabei um die Kontroverse „Gewaltfreiheit als Ideologie“ oder „Taktik mit nichtgewaltsamen Mitteln“. Daneben geht es auch um die Frage der Bedeutung von Verhandlungen mit Behörden bzw. Regierung und von parlamentarischen Aktivitäten und Bündnispartnern. Diese Debatte ist aus zwei Anlässen entstanden: Einmal die Erfahrung der Demonstration vom 2.12.78 in Paris: Die Bauern und die verantwortlichen Organisatoren verfolgten dort ein Konzept der größtmöglichen Beteiligung, des absolut friedlichen Charakters der Demonstration (Schweigemarsch) und dementsprechend der Unterordnung unter die Polizeireglementierungen (sehr kurze Route am Stadtrand). Dies konnte nur deshalb durchgehalten werden, weil die organisierte Linke sich trotz „grundsätzlichen Einwänden“ gegen dieses gesamte Konzept („Gardarem lo Larzac“, Jan. 79), als Ordnerdienst den Polizeibürokraten entgegenstellte und aussetzte (Tränengas, Knüppel, Festnahmen, Beschlagnahme von Fahnen und Transparenten). Ferner versuchte die Sozialistische Partei (PS) sich durch den Auftritt ihrer parlamentarischen „Würdenträger“ (mit Blau-Weiß-Rot-Schärpen, Parteielementen usw.) in Szene zu setzen und - ebenso wie die KPF - die Aufmerksamkeit vor allem auf den von ihr (und der KPF) initiierten parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu lenken.



Giscard, der neue Hirte auf dem Larzac ... („Le Matin“, 5.12.78)

Zum zweiten geht es in der Debatte um den Hungerstreik, der (jetzt als unbefristeter, mit tödlichem Risiko) von den Ideologen der „Gewaltfreiheit“ als das Zentrum des Widerstandes propagiert wird. Der unbefristete Hungerstreik wird von allen Linken als „nichts als ein langsamer Selbstmord“ (so die OCT in ihrer Wochenzeitung „L'Etincelle“ Nr. 80, 15.12.78) abgelehnt und wurde in der Koordinierungskonferenz der Larzac-Komitees am 9./10.12.78 mehrheitlich zurückgewiesen. Dem

Konzept des unbefristeten Hungerstreiks steht die Orientierung auf Aktionen gegenüber, die eindeutig den Staat, die Regierung, die Militärbürokratie und -industrie treffen und eine Stärkung der Bauern und der Bewegung bewirken sollen letztlich in Richtung auf einen - zumindest regionalen Generalstreik. Nicht strittig ist die Notwendigkeit, die erreichte Massenmobilisierung aufrechtzuerhalten durch Publikationsstätigkeit (Dossiers über Bodenspekulanten in hohen Regierungskreisen, Militärgutachten, Plakataktionen „Bourges - der Verteidigungsminister - lügt“, Veranstaltungsserie und Aktionstage anlässlich der Einberufung der Wehrpflichtigen u.a.m.) und Aktivitäten auf dem Larzac selbst, wo u.a. ein großes Arbeitslosenmeeting geplant wird..

Zwei westdeutsche Larzac-Unterstützer

Portugal

Brief aus einer Kooperative

Ein Brief erreichte uns durch Otelio de Carvalho aus der Kooperative „22. Februar“ in Ameixoeira.

Die Genossen bedanken sich in dem Brief für die Summe von 3.360 DM, die sie kürzlich vom KB erhalten haben.

Die Genossen schreiben, daß sie das Geld gut gebrauchen konnten, um Futter für 34 Kälber zu kaufen.

In dem Brief (der an die linke Organisation OUT gerichtet ist, die für uns das Geld übermittelte) heißt es weiter: „Genossen, wir wissen genau, daß es nur mit der internationalistischen Einheit und Solidarität aller Revolutionäre, Landarbeiter, Arbeiter und aller Werktätigen möglich ist, um unser Land auf den Weg einer revolutionären Krise zu bringen...“

In einem Begleitschreiben, das Otelio uns schickt, bittet er um weitere Spenden für die kooperativen und finanzielle Unterstützung für die OUT. Er grüßt die Genossen des KB „in der Erwartung besserer Tage und in der Sicherheit, daß uns der endgültige Sieg lachend wird. Der Kampf geht weiter. Bis zum schließlichen Sieg! Brüderlich: Otelio.“

Die Summe, die wir an diese Kooperative überweisen konnten, ist Teil eines Sammlungsbetrages für verschiedene Basisprojekte, plus etwa 2.500 DM aus dem Erlös der Portugal-Platte „A Luta Continua“ mit Jose Afonso u.a.

Aus Briefen wird klar, daß die portugiesischen Genossen weitere Hilfe bitter nötig haben. Wir möchten daher an dieser Stelle alle Genossinnen und Genossen bitten, nach Möglichkeit auch wieder für die portugiesischen Kooperativen zu sammeln und zu spenden!

Portugal-Kommission

Cooperativa de Produção Agro-Pecuária 22 DE FEVEREIRO

AMEIXOEIRA - ALCOENTRE

O U T-Organização Unitária de
Trabalhadores
Rua Braancamp, 52-3º, Dtº
Lisboa

Sua referência: Sua comunicação de: Nome referente: DATA 15.1.79

Camaradas:

As nossas melhores saudações Revolucionárias.

Serve a presente para, em nome de todos os trabalhadores desta Cooperativa, endereçar-lhes o nosso reconhecimento pela solidariedade que, através da O U T-Organização Unitária de Trabalhadores e por intervenção do Camarada Otelio Saralva de Carvalho, nos acaba de ser demonstrada, de irmos receber uma ajuda de DM 3.360,00 que nos permite a compra de rações para levar-mos à prática uma engorda de 34 vitelos.

Camaradas: Estamos certos de que só com a união e a solidariedade internacionalista de todos os Revolucionários, Camponeses, Operários e de todos os trabalhadores, é possível fazer encaminhar o nosso País para uma crise Revolucionária, que aprofundada até às últimas consequências levará de vencida a burguesia corrupta, reacconária e capitalista, instalada no poder desde o golpe contra-revolucionário do 25 de Novembro.

Na certeza de que o Internacionalismo Revolucionário é a moeda real que vai impulsionar e reagrupar todas as nossas forças, saudamo-vos com as nossas Saudações Revolucionárias

P'la Direcção

Handwritten signature

Portugal: Unterstützung der inhaftierten portugiesischen Antifaschisten!

Wie im AK bereits früher berichtet, wurden seit dem 29.6.78 in Portugal unter dem Vorwand der „Terrorismusbekämpfung“ zahlreiche Genossen, darunter mehrere leitende Genossinnen und Genossen der PRP (Revolutionäre Partei des Proletariats) verhaftet. Im Gefängnis befinden sich seitdem u.a. Isabel do Carmo (mit ihrem Baby), Carlo Antunes und Pedro Goulart, die alle der Leitung der PRP angehören.

Nachdem sich zu ihrer Unterstützung in Portugal ein Solidaritätskomitee gebildet hat, dem zahlreiche bekannte demokratische Persönlichkeiten angehören, ist inzwischen ein solches Komitee ebenfalls in Frankreich gebildet worden. (Ihm gehört u.a. Georges Casalis an).

Schon vor einiger Zeit hat sich in Frankfurt auch eine westdeutsche Initiative gebildet. In der Erklärung der Frankfurter Initiative, die sie einer Broschüre voranstellt,

heißt es: „... Wie zu Zeiten des faschistischen Regimes wurden einige der jetzt Inhaftierten nach ihrer Festnahme mißhandelt und gefoltert. Andere Verfolgungspraktiken, so etwa die in dieser Form selbst zur Zeit des Faschismus kaum übliche Beseitigung des freien, nicht überwachten Kontaktes mit dem gewählten Verteidiger, erinnern an 'Errungenschaften', wie sie im europäischen Ausland politisch zutreffend mit dem 'Modell Deutschland' in Verbindung gebracht werden.“

Die erwähnte Broschüre mit Dokumentationsmaterial kann bezogen werden über:

Frieder Bauer
Eppsteiner Str. 47
6 Frankfurt 1

Spenden können auf das Konto PSchA Ffm, 326 372 - 607, Frieder Bauer, eingezahlt werden.

Portugal-Kommission

Zentralcomputer im Innenministerium

Die Erfassung persönlicher Daten in einem Zentralcomputer beim portugiesischen Innenministerium ist in aller Heimlichkeit bereits abgeschlossen worden.

Hatte die Einrichtung eines solchen Datenspeichers in Spanien im vergangenen Jahr noch lebhaft Debatten unter anderem im spanischen Parlament hervorgerufen, so wurde nun durch einen Zufall bekannt, daß diese Entwicklung in Portugal - ohne jede öffentliche Erörterung oder gar Kontrolle! - anscheinend ebenfalls im letzten Jahr stattfand.

Kollegen, die in der Datenverarbeitung eines Lissabonner Großbetriebs arbeiten, wo in nächster Zeit ein neuer IBM-Computer eingerichtet werden soll, wurden von IBM unter anderem ins Innenministerium geführt, wo ihnen Beamte

voll Stolz den staatlichen IBM-Computer vorführten.

Als besonderen Vorteil priesen die Beamten, daß ihr Computer mit dem Zentralen BKA-Computer in Wiesbaden verbunden sei und daß sie in Lissabon Daten aus diesem BKA-Computer ebenso schnell erhalten könnten wie Dienststellen in der BRD!

Man kann sicher vermuten, daß ein Land wie Portugal in Westeuropa ziemlich als letztes an diese Zentrale angeschlossen wurde - oder mit anderen Worten: dies ist wahrscheinlich der Beweis, daß das BKA inzwischen mit jeder Regierung in Westeuropa verbunden ist. (Eigene Meldung nach Berichten portugiesischer Genossen)

Portugal-Kommission

Italien

Rücktritt Andreottis

Beinahe pünktlich nach Jahresfrist trat am 31.1.79 der italienische Ministerpräsident Giulio Andreotti zurück. Genau wie vor einem Jahr ließ er es nicht zur „Vertrauens-

frage“ kommen, sondern reichte gleich seinen Rücktritt beim Staatspräsidenten ein.

Anlaß war der Rückzug der PCI aus dem nach der letzten Krise ent-



Giulio Andreotti



Enrico Berlinguer

standenen faktischen Regierungsbündnis. Dieses Bündnis war ein zweifelhafter Kompromiß, der der PCI so gut wie keinen Vorteil gegenüber der vorherigen Situation brachte. Von Ministersesseln ist sie entfernter denn je: Vor kurzem gaben die italienischen Christdemokraten (DC) gegenüber US-Präsident Carter die Versicherung, daß es zu keiner direkten Regierungsbeteiligung der PCI kommen werden. Noch am 31.1.79 gab der Vizepräsident der DC, Donat Cattin, der Zeitung „Repubblica“ ein Interview, in dem er erklärte: „Die PCI in der Regierung? Niemals.“

Diese eindeutigen Absagen sind Schläge ins Gesicht der PCI-Spitze, die insbesondere im letzten Jahr vehement ihre bürgerliche Staatstreue zur Schau gestellt hat: Angefangen bei ihren „Maßhalte“-programmen, über ihre extrem „harte“ Haltung bei der Entführung Moros bis hin zu massiver Unterstützung repressiver Gesetze. Allerdings hat die DC nie ein Hehl daraus gemacht, daß von ihr keine direkten Zugeständnisse zu erwarten waren, sodaß zwar nicht die Frage bleibt, wieso die PCI die Regierungskrise verschärft hat (denn im Grunde handelt es sich ja um eine permanente), sondern wieso gerade jetzt?

Ein nicht zu unterschätzender Punkt ist, daß am 2.2.79 der „Pandolfi-Plan“ (ein Dreijahres-Sparprogramm des Schatzministers Pandolfi) mit einem Generalstreik „begrüßt“ werden sollte. Dieser heißt umkämpfte Plan zur „Sanierung der Wirtschaft“, sprich Lohnraub und „Spar“-politik, ist natürlich für die PCI eine

extrem heikle Frage, da sie die Basis in diesem Punkt sehr viel schwerer ruhig halten kann, wenn überhaupt, als z.B. in ihrer Haltung zum Terrorismus. Durch den Rücktritt Andreottis verzögert sich nun das Inkrafttreten des Pandolfi-Planes

auf unbestimmte Zeit.

Darüber hinaus geht es der PCI offenbar auch darum, stärkeren Druck auf eine direkte Regierungsbeteiligung auszuüben.

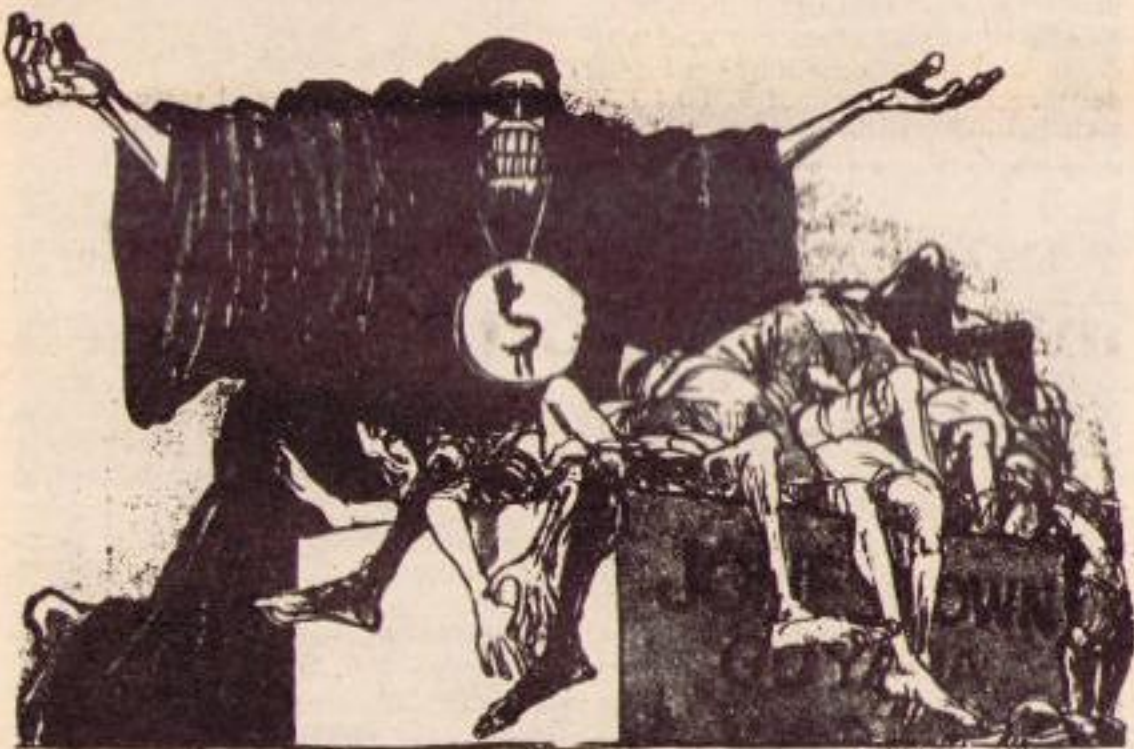
Italien-Kommission



„Repubblica“, 27.1.79

USA

Volkstempelsekte: War es Mord?



Nach der Entdeckung von ca. 900 Toten der Gruppe „Tempel des Volkes“ am 18.11.78 in Jonestown/ Guyana waren die bürgerlichen Zeitungen voll von grausigen Geschichten über den Massen-„Selbstmord“ und den Fanatismus von Sektenmitgliedern. Doch nach zwei Wochen blutrünstiger Artikel war das Thema auf einmal vom Tisch. Die Zeitung „Workers World“ bezweifelt die These vom „Massensuizid“ und stellt besonders kritische Fragen nach der Rolle des CIA in Jonestown.

Demnach gibt es einen Augenzeugenbericht des Massakers in Jonestown, von dem 25-jährigen Stanley Clayton, nach dessen Aussage bewaffnete Personen die Mitglieder der Gruppe „Tempel des Volkes“ zwangen, das Gift zu nehmen. Teilweise sei es den Mitgliedern eingespritzt worden; diejenigen, bei denen das Gift nicht tödlich wirkte, seien erschossen worden (nach „Workers World“, 8.12.78).

Der guyanische Arzt Dr. C. Leslie Mootoo war einer der ersten, der nach dem Massaker Jonestown betrat. Nach seiner Aussage haben höchstens 200 Gruppenmitglieder sich selbst getötet – also wurden 700 ermordet („Workers World“, 22.12.78).

Nach Aussage der guyanischen Regierung wurden bei ca. 70 Toten Einspritzpunkte von Spritzen gefunden; außerdem Giftflaschen, die als Valium etikettiert waren – anscheinend um die Opfer zu täuschen.

Von der US-Regierung ist bekannt, daß sie ein Mordgezetzer beginnt, wenn irgendwo in der Dritten Welt US-Bürger ums Leben kommen. Aber was war in Jonestown? Erst einen knappen Monat später wurden sieben halbwegs verwesene Leichen US-Är-

zten zur Autopsie übergeben. Es war natürlich keine Aussage mehr möglich über die Todesursache. Die erste Gruppe von 17 Überlebenden des Massakers wurden am New Yorker Flughafen von 80 FBI-Beamten in Empfang genommen und verhört. Dabei sind sie natürlich „an die richtige Adresse“ geraten.

Nicht nur Jimmy Carters Frau, auch US-Vizepräsident Mondale, Senator Hubert Humphrey u.a. hatten sich damals bei der guyanischen Regierung dafür ausgesprochen, daß Jonestown vom „Tempel des Volkes“ in Guyana gegründet werden darf. Und es gab einen regen Besucherverkehr zwischen Jonestown und dem US-Konsulat in Guyana; andererseits kamen einige Male amerikanische Regierungsbeamte nach Jonestown („Workers World“, 24.11.78). Von 1968 bis 1972 unterstützten die Anhänger von Jones aktiv die Republikanische Partei. 1974 schrieb sie Durchhaltebriefe an Nixon. „Sie waren traumhaft“, sagte die Parteifunktionärin Marge Boynton. „Sie taten alles, was du wolltest, und so schnell, es war nicht zu glauben.“ (Washington Post, 18.12.78). Wie kann eine als „weltfremde Sekte“ titulierte Gruppe zu solch mächtigen Freunden und Förderern kommen?

Der CIA wühlt in Guyana ...

Der CIA selber hat den gegenwärtigen Präsidenten Guyanas, Forbes Burnham, in den Sessel gehievt, verreckte sich aber in dessen Willfährigkeit den USA gegenüber.

So unterhält Guyana relativ gute Beziehungen zu Kuba und gestattete kubanischen Truppen sogar, 1976 auf ihrem Weg nach Angola in Guyana Station zu machen. Das sind Gründe genug für den CIA, tätig zu wer-

den, was heißt, Guyana zu destabilisieren, Unruhe zu stiften, um so zu einer neuen Führung zu kommen. Eine legale amerikanische Kommune in Guyana, die für Rassengleichheit und Solidarität eintritt, offiziell von US-Politikern unterstützt wird und aufgrund dessen nahezu exterritoriale Rechte genießt, das ist ein idealer Stützpunkt für CIA-Agenten, um von Jonestown aus zu operieren. Dafür spricht zumindest die enge Verbindung einiger schräger Vögel zur Volkstempelsekte.

Philip Blakey, seit 1970 Mitglied der Gruppe „Tempel des Volkes“, hat 1974 begonnen, die Gründung und Besiedelung Jonestowns zu organisieren. Der gleiche Blakey trat 1975 hervor als Anwerber von Söldnern für die UNITA, der vom CIA unterstützten konterrevolutionären Bande in Angola. Zur Zeit des Massenmordes war er bereits in See gestochen in Richtung Barbados („Chicago Defender“, 15.12.78).

Der Anwalt Joseph H. Blatchford – unter Nixon war er Direktor des Peace-Corps (CIA-Hilfsgruppe) – vertritt die Interessen von 13 ehemaligen Mitgliedern der Gruppe „Tempel des Volkes“, die Augenzeugen der Ermordung des Kongreßabgeordneten Ryan waren. Ryan wollte Vorwürfe gegen Jonestown an Ort und Stelle untersuchen. Blatchford schirmt diese 13 erst einmal hermetisch vor der Öffentlichkeit ab („Workers World“, 22.12.78).

Ein Begleiter des ermordeten Ryan war Richard Dwyer, der mutmaßliche CIA-Boß in Guyana („Workers World“, 8.12.78).

Wurde der Abgeordnete Ryan vielleicht ermordet, damit er nicht hinter die verdeckten CIA-Aktivitäten in Jonestown kommt? Es wäre in der Tat peinlich gewesen, wenn nachdem die CIA-Direktoren etlichen Untersuchungsausschüssen des amerikanischen Parlaments Besserung und demokratische Mäßigung versprochen hatten, jetzt öffentlich bekannt würde, daß sie ihre schweinische Arbeit wie eh und je weiterbetreiben.

Die amerikanische Öffentlichkeit verlangte Aufklärung über Ryans Ermordung. Die bürgerlichen Medien beschuldigten die Mitglieder des „Tempels des Volkes“, aber bevor eine gründliche Untersuchung an Ort und Stelle möglich ist, findet das als Massen-„selbstmord“ getarnte Massaker statt. Zeugen, die über die Situation in Jonestown hätten aussagen können, sind so ausgeschaltet. Die wenigen Überlebenden werden in den USA vom FBI traktiert. Dies könnte nach „Workers World“ eine Erklärung für die Vorgänge in Guyana sein. Der CIA schweigt zu den Vorwürfen.

CIA

Zu den erfreulichsten Neuigkeiten zählt das regelmäßige Erscheinen eines (Anti-)CIA-Infos:

„Covert Action – Information Bulletin“. An ihm arbeiten neben dem Ex-CIA-Agenten Philip Agee die fortschrittlichen Washingtoner Anwälte Ellen Ray und William Schaap mit sowie Louis Wolf und Elsie und Jim Wilcott. Aus dem „Counterspy“, der von Agee und Winslow Peck herausgegeben wurde, schied Agee nach Meinungsverschiedenheiten 1977 aus. Er lebt seit Nov. 1978 bei seiner Frau in Hamburg, nachdem er zuvor in einem ständigen Wechselbad von Ausweisungen und Einreiseverboten Westeuropa „kennenlernen“ konnte.

„Covert Action“ berichtet über CIA-Aktivitäten in einzelnen Ländern, beschreibt CIA-Agenten und bringt „Insider“-Berichte. Das Einzelheft kostet ca. DM 4,50 und ist u.a. im Arbeiterbuch, Grindelhof 45, 2000 Hamburg 13 erhältlich.

In der „Covert Action“ Nr. 2 vom Oktober 78 wird z.B. auf sieben Seiten berichtet: „Wie der CIA ausländische Diplomaten anwirbt“; ein Interview mit einem kubanischen Doppelagenten anlässlich dessen Auftreten während der Weltjugendfestspiele schildert 10 Jahre CIA-Erfahrungen; daneben zahlreiche Kurznachrichten. Zu den Reaktionen der US-Regierung, des CIA und der Presse nimmt ein Bericht in Nr. 3 vom Januar 79 Stellung. Außerdem wird ein Geheimdokument über die „Stabilisierung von gefährdeten verbündeten Ländern“ abgedruckt und kommentiert. Aus den Kurznachrichten einige Kostproben:

War es wirklich Paisley?

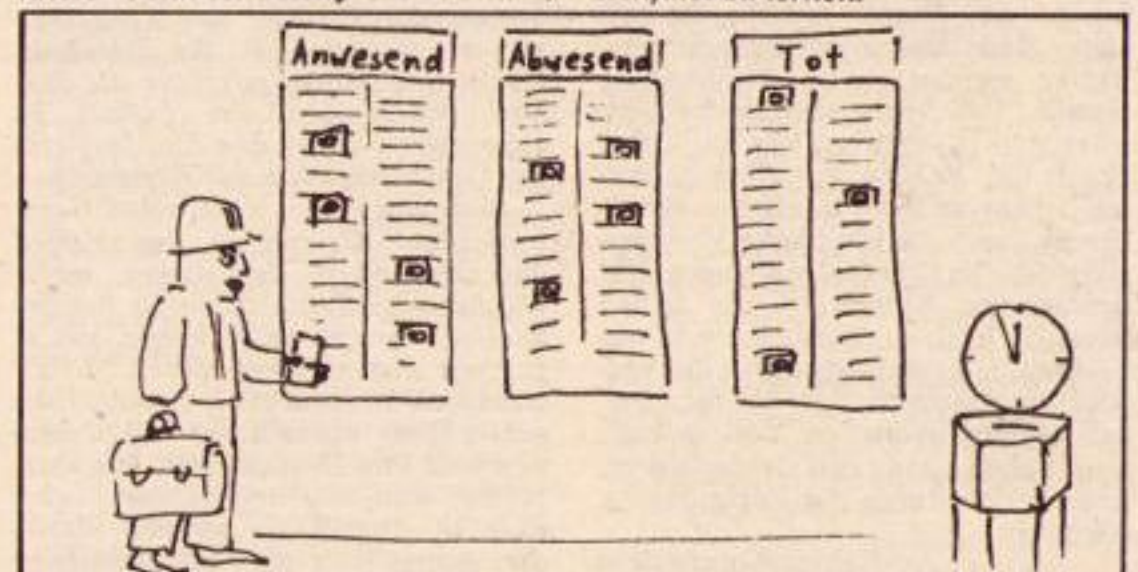
„Als die Leiche des ehemaligen CIA-Analysten und späteren CIA-„Beraters“ John A. Paisley am 1. Okt. 78

Bernard Fensterwald beauftragt, ihre überraschende Erkenntnis zu überprüfen, daß die gefundene Leiche nicht die ihres Mannes war. Sie erklärte, daß der CIA sie sogleich nach dem Auffinden der Leiche dazu überredet habe, eine Einäscherung zu veranlassen. Sie und ihr Anwalt enthüllten nun, daß der Leichnam weder die Größe noch das Gewicht oder die Maße von Paisley hatte. Darüber hinaus wurden einige Totenscheine der Behörden des Bundesstaates Maryland verändert, um die Unstimmigkeiten in den Maßen und Merkmalen zu vertuschen.“

Eine ganze Stadt im Test

Die Agency für International Development (AID – „Entwicklungshilfe“-Organisation der USA) hat angekündigt, daß sie Scotland County in North Carolina untersuchen wird, „um von Scotland zu lernen und dessen Fortschritte im Ausland zu kopieren“ (Laurinburg Exchange, 27.11.78).

Eine 25köpfige Mannschaft von AID-Spezialisten wird zwölf Wochen dort verbringen. Ironischerweise ist Scotland der ärmste Bezirk des Bundesstaates. Mehr Verständnis bringt die Tatsache, daß der Bezirk nahezu vollkommen (gewerkschaftlich) unorganisiert ist und in der Vergangenheit oft als Schrittmacher von antigewerkschaftlichen Aktivitäten dieses gewerkschaftsfeindlichsten Bundesstaates auftrat. So mußte der Handelskammer-Rundbrief gerichtlich gezwungen werden, Listen mit Autokennzeichen und -beschreibungen von Gewerkschaftsorganisatoren nicht weiter zu veröffentlichen. Wie es ein AID-Spezialist ausdrückte: „Ich meine, Scotland kann uns einiges zeigen, und ich meine, es lohnt sich, dies zu lernen.“



mit einer Schußwunde am Kopf aus der Chesapeake Bucht gefischt wurde, drehten sich alle Fragen um einen Punkt: Wurde er umgebracht oder beging er Selbstmord? Nun stellt sich heraus, daß das Geheimnis noch tiefer liegt: War es überhaupt Paisley?

Fast zwei Monate nach der Entdeckung der Leiche hat die Witwe, Maryann Paisley, einen Privatdetektiv und den Washingtoner Anwalt

Angeht der Art und Weise, wie AID die US-Unterdrückungstechnologie anderen Ländern übermitteln, könnten sie auch das Justizwesen in North Carolina studieren, wohl das schlimmste in den USA. Viele der von AID „bedienten“ Regierungen haben selbst ihre „Wilmington Ten“ (zehn Bürgerrechtler, die in einem Scheinprozeß zu insgesamt 282 Jahren verurteilt wurden – Anm. AK) in ihren Kerkern schmachten.“

nahost

Schah plant Massenmord



Der Mörder-Schah beim Report in Washington: Carter kommen die Tränen angesichts der „schlechten Meldungen“ aus dem Iran

Wir drucken im folgenden eine Rede des Schahs ab, die er kurz vor Verlassen des Irans in einer geheimen Sitzung vor hohen Militärs hielt. Der vorliegende Text wurde von Genossen der CISNU direkt aus dem Persischen ins Deutsche übersetzt. Die Rede gelangte auf verschiedenen Wegen bisher ins Ausland, was darauf schließen lässt, daß sie auch im Iran verbreitet ist.

Nach der amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS, die Auszüge aus der Rede nach zweiwöchiger Überprüfung durch mehrere Tonband- und Stimmexperten veröffentlichte, brachten auch die westdeutschen Massenmedien einige Zitate aus der Rede (auf Grund der verschiedenen Übersetzungen ergeben sich Formulierungsunterschiede).

Die Rede hat inzwischen viel Staub aufgewirbelt und sollte auch den letzten Zweifler davon überzeugen, daß es der Schah mit seinen „Liberalisierungsbestrebungen“ nie ernst gemeint hat, sondern daß alle Versprechungen in diese Richtung nur dazu dienten, das immer unruhiger werdende Volk zu täuschen. Wie der Schah als selbsternannter Kaiser „sein“ Volk zu behandeln gedenkt, kommt in der Rede in nie gekannter Offenheit zum Ausdruck: Falls es sich nicht widerspruchslos wie das Vieh für den Luxus und die Verschwendungssucht der wenigen ganz reichen Familien und die Interessen der Imperialisten ausbeuten lassen will, wird's halt solange hingeschlachtet, bis sich der Rest wieder ungestört ausbeuten läßt.

Das iranische Regime, mit oder ohne Schah im Land, plant – mit den Imperialisten im Rücken – einen langdauernden Bürgerkrieg. Hunderttausende Tote sind einkalkuliert, auch zeitweise taktische Zugeständnisse, um dem Widerstand erneut und auf Jahre hinaus das Rückgrat zu brechen. Der spanische Bürgerkrieg als Vorbild, nachdem ein spanisches „Demokratisierungsmodell“ nicht geklappt hat?

Aber auch die iranische Bevölkerung bereitet sich vor. Der Zersetzungsprozeß der Armee, von dem der Schah mit „Sorge“ spricht, ist seit dieser Rede weiter vorangeschritten. Waffen werden an die Bevölkerung verteilt. Die Spaltungsversuche zwischen den Ölarbeitern (die mit ihrem Streik das Regime am Nerv getroffen haben) und der iranischen Bevölkerung durch die künstliche Verknappung des Öls sind fehlgeschlagen. Die Bevölkerung organisiert ihr Leben selbst (s. Kasten „Telefonbericht aus Teheran“). Tragen wir durch die Verstärkung unserer Solidarität dazu bei, daß es dem iranischen Volk gelingt, dem Schah und den Imperialisten einen Strich durch die Rechnung zu machen!

Nahost-Kommission

Schah-Rede

Wie Sie alle wissen, sind die letzten Vorfälle, die sich im Lande ereignet haben, und noch immer andauern, nicht zum ersten Mal in der Ära meiner Herrschaft geschehen. Wir hatten auch in den vorigen Jahren viele Zwischenfälle, wie das Zustandekommen der Verget Demokrat Partei in Aserbeidschan und Kurdistan,

wie die Machterlangung der Regierung Mossadeghs, die allgemeinen Kämpfe des Volkes für die Nationalisierung der Ölindustrie, die Befreiungskämpfe des Volkes usw. Wir konnten all die Aufstände und die ungeheuerlichen Ungehorsamkeiten, die seitens des Volkes für den Sturz des kaiserlichen Systems erfolgten, ungeheuerlichen Ungehorsamkeiten, die seitens des Volkes für den Sturz des kaiserlichen Systems erfolgten, mit Nutzung der Erfahrungen meines Vaters und der aufrichtigen Zusammenarbeit der US-Regierung zerschlagen und vernichten.

Aber die augenblickliche Lage unterscheidet sich gewissermaßen von der Vergangenheit. Dieses Mal sind wir mit einer größeren und bewußteren Masse konfrontiert. Der Erfolg der angewandten Taktiken zu ihrer Unterwerfung und die Wiederherstellung der früheren Lage bestätigt dieses Problem. Und wegen der außerordentlich erhöhten Gefahr der jetzigen Lage hielten wir die Einberufung dieser Sitzung für erforderlich, und es ist nötig, Maßnahmen und Beschlüsse für die Fortsetzung der Monarchie und meiner Herrschaft in diesem Lande zu ergreifen, deren Existenz vom Beistand und der Unterstützung der Armee abhängt.

Auf diesem Weg sind die Spuren der Spaltung und der Zwietracht im Innern dieser einzigen Kraft zum Schutz der Interessen und der Beständigkeit des kaiserlichen Systems sichtbar geworden, und es ist zu befürchten, daß wir nicht zu ihrer notwendigen Wiederherstellung fähig sind.

Täglich nimmt die Zahl der flüchtigen Soldaten und Aufführer in den Garnisonen und Militärgeländen sowie die Niedermetzelung der Generale durch die Anführer zu. Die Widersetzung gegen die Befehle der Vorgesetzten und die Auslieferung der Waffen an das Volk sind Bestandteil der gewöhnlichen und alltäglichen Vorfälle in der Armee geworden. Wegen dieses Mißtrauens gegen die Militärs waren wir zur Unterwerfung der Volksbewegung gezwungen, in den weit entfernt gelegenen Städten Irans, bei Nomadenstämmen jener Gebiete, um Unterstützung zu suchen. Natürlich erforderte diese Arbeit, wie Sie wissen, die Vergabe von Konzessionen an sie, wie z.B. die Erlaubnis, Waren und Rauschgift über die Süd- und Westgrenzen des Landes zu schmuggeln, sowie den Empfang großer Geldbeträge von der Regierung.

Was zeigen all diese Gegebenheiten? Sie zeigen den Verfall der Ordnung in der Armee, wofür wir Jahre an Zeit und riesige Beträge an Geld verschwendet haben, um in solchen Augenblicken davon Nutzen ziehen zu können. Aber nun sind wir gezwungen, schnellstens die Personen und ihre Beziehungen zu überprüfen, und eine umgehende Säuberung in Angriff zu nehmen, damit die Armee von den unzufriedenen Elementen gereinigt wird. Es ist wahr, daß bei umso mehr Kräften unsere Beherrschung der Lage desto besser sein wird, aber das Übermaß an Personen erschwert die Kontrolle und vermehrt auch die Möglichkeit des Aufruhrs. Infolgedessen nehmen Sie die Kündigungsgesuche all der Unzufriedenen an, die bisher aus der Armee austreten wollten, aus welchem Grund es auch immer sein mag. Sorgen Sie für mehr Zufriedenheit der übrigen Personen, besonders im

Hinblick auf die materielle Sicherheit. Zeigen Sie ihnen Ihr Wohlwollen und stellen Sie es so dar, daß unser und ihr Interesse eins ist und daß das Volk mit ihnen verfeindet ist. Selbstverständlich ist es möglich zu fragen, wie man ihre Zufriedenheit garantieren kann. Daher müssen wir die Streiks der Arbeiter in der Ölindustrie, die zur Entleerung der Staatskasse geführt haben, berücksichtigen. Vielleicht werden wir zur Auszahlung der Gehälter der Armeemitglieder nicht mehr in der Lage sein. Zur Beseitigung der Schwierigkeit wurde zuerst eine Anzahl der Organisatoren des Streiks und ihrer Anführer in den verschiedenen Abteilungen der Ölproduktion für die Ausfuhr festgenommen und ihnen die Möglichkeit genommen zu agieren. Die befreundeten Länder, USA, Israel und Südafrika, haben uns bisher bei der Niederwerfung der Bewegung viel geholfen. Wir haben das in den Vorratslagern vorhandene Öl, das für den inländischen Bedarf bestimmt war, in die ausländischen Länder ausgeführt. Dies führte dazu, daß diejenigen Mitarbeiter, die bis zu der Zeit für die Sicherung des Brennstoffs, des inländischen Brennstoffes, beschäftigt waren, die Arbeit niederlegten und sich den anderen

streikenden Angestellten anschlossen. Wir haben zur rechten Zeit unter Ausnutzung dieses Problems und breiter Propaganda damit begonnen, das Volk vor den Folgen der Ölknappeit im Winter einzuschüchtern, um hiermit alle Beschäftigten in der Ölindustrie zu ihren Arbeitsplätzen zurückführen zu können und um letzten Endes zur Auszahlung der Gehälter für die Armee und für unsere anderen Regierungsangestellten in der Lage zu sein.

Nun weiß es das Volk zu gut, und es ist ihm bestätigt worden, daß der einzige Beistand unserer Interessen die Armee ist, und aus dem Grund ist es bestrebt, diese Kräfte an sich zu ziehen. Bedauerlicherweise ist auch die Armee dem Anschluß an das Volk nicht so sehr abgeneigt. Daher ist es Ihre Pflicht, dieses Bündnis zu unterbinden. Nun, auf jede mögliche Weise, die Sie selbst kennen und wie es Ihnen auch vorher gezeigt worden ist. Durch Säen von Haß und Abscheu zwischen dem Volk und Ihnen auf verschiedene Art, u.a. durch das Erteilen von Schießbefehlen und das Töten des Volkes. Diese zwei Kräfte sind gegeneinander aufzubringen bis zur Verwirklichung eines lang andauernden Bürgerkrieges, um genügend Zeit zur Überlegung und Er-

mächtigung einer Regierung, die gewissermaßen für das Volk annehmbar ist, zu haben. Wir können, so Gott will, danach allmählich aus dieser Zeitspanne mit Nutzung dieser erlangten Erfahrungen die Macht ergreifen. Natürlich sind wir diesmal bemüht, daß die vergangenen Irrtümer nicht wiederholt werden, ich meine, der Nation sollte man nicht ein Übermaß an Freiheit geben, da sie es bestätigt, daß sie nicht die Fähigkeit besitzt, das von mir gegebene Geschenk zu bekommen. Wir werden einen ausgedehnten Geheimdienst statt der SAVAK gründen. Trotz aller unserer Befehle an die ehemaligen Chefs dieser Organisation zur Festnahme und Liquidierung aller Elemente gegen das kaiserliche System ... (unverständliches Satzende, Übersetzung nicht möglich).

Trotz allem waren wir Zeuge von Wachstum und Formierung dieser Elemente, die all die letzten Ereignisse im Lande verursacht haben, und dies war nur wegen der Unfähigkeit der Personen dieser Organisation SAVAK. Dieses Mal werden wir dem Volk nicht einmal die kleinste Bewegung und keinen Funken, an dem sich etwas entzünden kann, erlauben.

Telefonbericht

Telefonbericht aus Teheran (30.1.79)

„Die Lage im Iran ist unübersichtlich, jeden Tag finden Auseinandersetzungen zwischen Bevölkerung und Armee statt. Die Regierung versucht, Zeit zu gewinnen und hofft, daß die Bevölkerung müde wird.“

Am vergangenen Freitag (26.1.), als Khomeini zurückkehren wollte, sind mindestens tausend Leute erschossen worden!

Viele Parlamentarier, darunter der ehemalige Ministerpräsident von 1962, Amini, und Generäle sind nach Paris geflogen, um mit Khomeini zu verhandeln. Der bewaffnete Kampf findet jeden Tag mehr Anhänger. Auf Wandzeitungen auf Plakaten und in Broschüren werden der Umgang mit Waffen und Baupläne für Bomben erklärt. Die „Fedajin des Volkes“ haben vor ca. 3 Tagen einen Gendarmenposten überfallen und die Waffen mitgenommen. Alle Zeitungen erscheinen zensuriert.

Die Linken sind in der Minderheit. Sie haben bisher fünf Flugblätter herausgegeben.

Der Großteil der Bevölkerung will jedoch weder eine linke noch eine islamische, sondern eine demokratische Republik.

An der Uni Teherans wird viel diskutiert, werden Dias und Filme gezeigt.

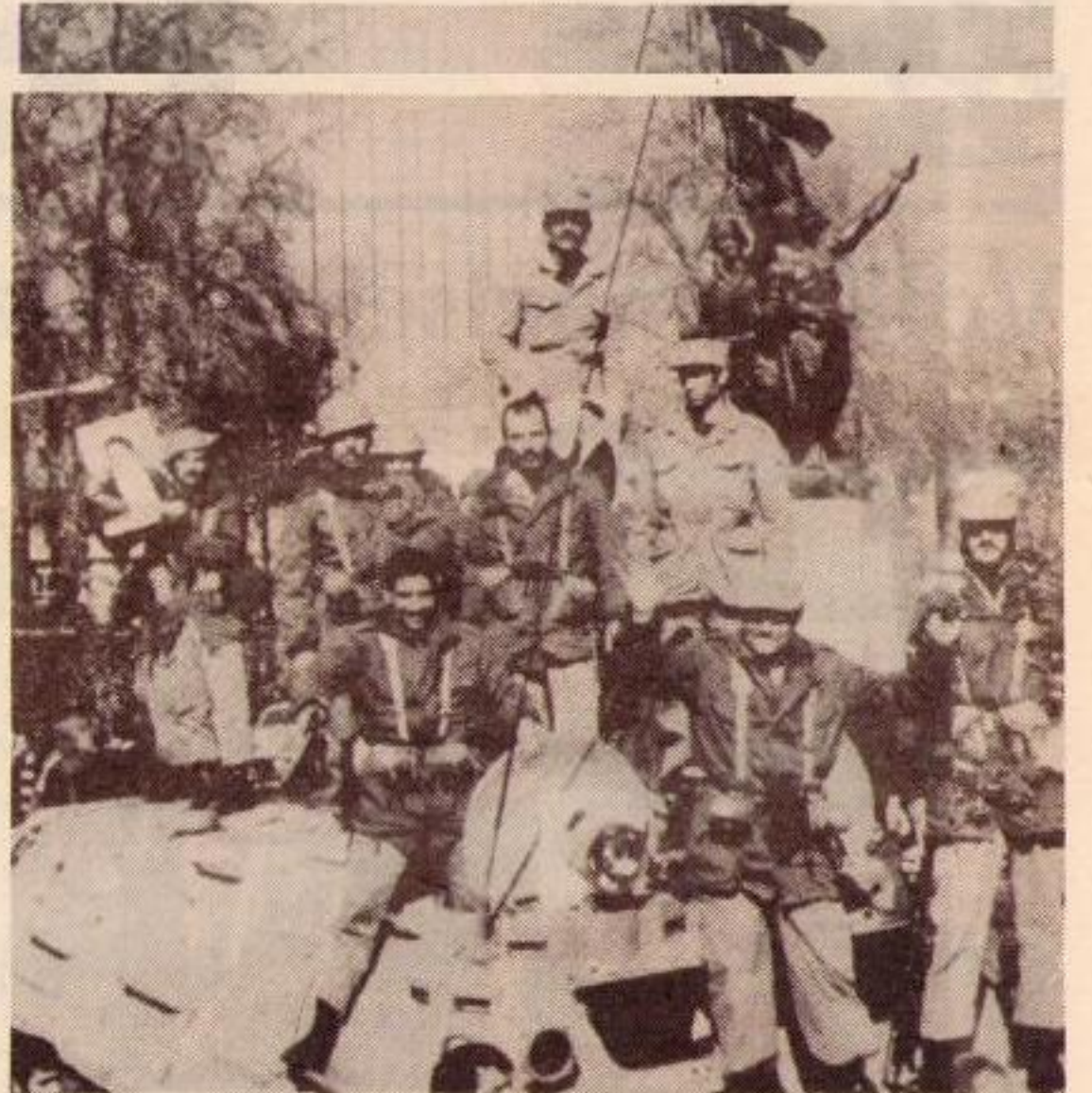
Ein General ist von der Bevölkerung festgenommen worden. Er sollte vor ein Volksgericht gestellt werden. Der Ayatollah von Teheran (Taleghani) hat ihn jedoch wieder freigelassen.

Uniprofessoren und der Ayatollah von Teheran haben sich in einer Moschee versammelt und fordern die ungehinderte Rückkehr Khomeinis. In der Stadt Teheran ist das Militär abgezogen, die Bevölkerung hat durch die Selbstverwaltung einzelner Straßenzüge quasi die Kontrolle über die Stadt. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Die Polizei greift jedoch nicht ein, um die Bevölkerung durch das Treiben der Diebe zu verunsichern.

Sondereinheiten der Luftwaffe solidarisieren sich mit der Bevölkerung, nehmen an Demonstrationen teil oder streiken.

Die Bevölkerung hat kooperative Läden eingerichtet, Lebensmittel sind genug vorhanden. Nur Öl und Benzin gibt es auf Bezugsschein.

(Der Telefonbericht wurde uns vom Iran-Arbeitskreis Essen zugeschickt)



... und wie's die westdeutschen Imperialisten sehen!

Am 15. Januar wurde in den „Fuchsbriefen“ (Aktuelle Informationen und Analysen aus Wirtschaft und Politik – kurz und knapp für die vielbeschäftigten westdeutschen Unternehmerröhren abgefaßt) eine Einschätzung der Situation im Iran veröffentlicht. Man kann diese Einschätzung fast als einen „Zusatz“ zur Rede des Schah auffassen: Was da – ganz zurückhaltend – als „aufrichtige Zusammenarbeit“ mit der US-Regierung bei der Zerschlagung und Vernichtung der „ungeheuerlichen Ungehorsamkeiten“ des Volkes bezeichnet wird, wird in den Fuchsbriefen in schöner Offenheit ausgesprochen: Zusammenarbeit bis hin zur militärischen Intervention. Wir drucken den Text im Wortlaut:

„Es wird Zeit, sich an die Abkürzung „IRI“ zu gewöhnen. Denn von Tag zu Tag verbessern sich die Aussichten des Ayatollah Khomeini, die „Islamische Republik Iran“ zu proklamieren. Das „Wort Gottes“ – „Ayatollah“ hat in Paris schon die Bildung eines Schattenkabinetts bekanntgegeben. Schittische Geistliche mit wirtschaftsfachlicher Qualifikation sind auch darunter. Es ist kein Scherz: Die Vorstellung, daß einmal ein leibhaftiger Mullah an Krupp-Aufsichtsratssitzungen teilnimmt, ist gar nicht so abwegig.“

Nach erfolgter Abreise des Schah können nur noch zwei Ereignisse den weißbärtigen Alten vom Griff nach der Macht abhalten: sein Tod oder ein Militärputsch nach chilenischem Vorbild. Die Regierung Bakhtiar ist nur eine hilflose, von den Generalen (vorläufig!) geduldete Übergangsregierung ohne Massenbasis. Unbestreitbar: Klerus, Bauernschaft und Ölarbeiter hören nur auf Khomeini. Aber da ist noch der für die schittische Opposition gefährliche Unsicherheitsfaktor USA: 1. Ein Dutzend hochmoderner F-15-Kampfbomber der US-Air-Force ist überraschenderweise in Saudi-Arabien zu „Schulungsfügen“ eingetroffen. 2. Ein US-Flugzeugträger mit 90 Maschinen an Deck nähert sich dem Golf. 3. Im Schwarzen Meer kreuzt neuerdings ein US-Raketenzerstörer. 4. Elf Kriegsschiffe der siebten US-Flotte halten Kurs auf den Golf, um ein dort bereits kreuzendes Geschwader zu verstärken.

Sicherlich ist die Zeit unverhohlener Kanonenbootpolitik vorbei. Jedoch kann man es einer Großmacht nicht verwehren, ihren im Ausland bedrohten Staatsbürgern aus humanitären Gründen zu Hilfe zu eilen (s. französisch-belgische Katanga-Expedition!). Und daß eine solche Militärintervention nicht nur Tausenden von ausländischen Spezialisten zum schnellen Rückflug in die sichere Heimat verhilft, liegt auf der Hand. Denn auch das innenpolitische Kräfteverhältnis des von der Intervention betroffenen Landes wird durch einen solchen Eingriff verschoben. Nicht umsonst enthalten die jüngsten Kassetten-Predigten Khomeinis stets denselben eindringlichen Appell an die persischen Massen: Keine Übergriffe gegenüber Ausländern! Sicherlich Aufrufe, die die Angst vor einer US-Intervention diktiert.“

Tagung des 14. Palästinensischen Nationalrates beendet

Vom 15. bis zum 23. Januar 1979 tagte in Damaskus (Syrien) der 1. Palästinensische Nationalrat, das oberste Organ der PLO, in dem alle Organisationen der palästinensischen Revolution, alle palästinensischen Massenorganisationen und Unabhängige vertreten sind. Schon der Tagungsort gibt einen Hinweis auf die völlig veränderte politische Situation, in der dieser Nationalrat stattfand.

Die Tagung des 13. Nationalrates war im März 1977 noch in Kairo abgehalten worden — ein halbes Jahr nach der syrischen Intervention im Libanon, die den Sieg der fortschrittlichen libanesischen Kräfte und der Palästinenser und damit einen demokratischen Libanon verhinderte, und in einer Situation, in der von einer erneuten Genfer Nahost-Konferenz und einer möglichen Beteiligung der PLO gesprochen wurde, was die Politik der kapitulanten Kräfte innerhalb der PLO erleichterte. Im politischen Kommuniqué war damals nicht mehr explizit von der Befreiung ganz Palästinas die Rede gewesen, auch der Kampf gegen die reaktionären arabischen Regimes, insbesondere gegen Jordanien, wurde nicht mehr erwähnt. Abgesichert worden waren die Ergebnisse des 13. Nationalrates von vornherein durch eine veränderte Zusammensetzung. Zu den bisherigen 170 Vertretern kamen 120 neue, meist rechte Vertreter hinzu, u.a. war auch die As-Saika, die kurz vorher im Libanon gegen die fortschrittlichen Kräfte gekämpft hatte, stark vertreten. Die Vertreter der Ablehnungsfront hatten hingegen nur etwa 20 Sitze.

Der 14. Nationalrat stand, besonders von Seiten der Ablehnungsfront, ganz im Zeichen des Kampfes um die Stärkung der Nationalen Einheit. Mit dem Besuch Sadats in Jerusalem und mit dem Camp-David-Abkommen hatte sich gezeigt, daß für eine kapitulante Lösung kein Raum mehr ist. Die imperialistische Lösung hatte alle Illusionen darüber zerstört, daß die Palästinenser ohne bewaffneten Kampf — in einer Verhandlungslösung — einen eigenen Staat erhalten könnten. Die PLO wurde als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes abge-

lehnt. Dadurch hatten sich — verglichen mit der Situation zur Zeit des 13. Nationalrates — die Auseinandersetzungen verschoben. Es ging nicht mehr um die Fragen, ob die PLO an einer politischen Regelung teilnimmt oder nicht, ob die PLO-Führung an der Genfer Konferenz mit einer eigenen Delegation oder als Teil einer arabischen Delegation teilnimmt oder nicht. Die imperialistische Lösung ebenso wie der von den Zionisten und libanesischen Faschisten im Libanon immer wieder angeheizte Krieg bedrohen die palästinensische Revolution.

Schon Wochen vor der Tagung des 14. Nationalrates wurden angesichts der politischen Entwicklung verschiedene Konferenzen mit vielen Organisationen abgehalten, auf denen die Stärkung der Nationalen Einheit diskutiert wurde.

In einem Interview äußert sich George Habash, Chef der PFLP, zum Thema der Nationalen Einheit folgendermaßen:

„...Es gibt nicht mehr die politischen Probleme, die wir einmal als Grundlage für die nationale Einheit verstanden haben. Die Grundlagen der nationalen Einheit sind die Probleme, die jetzt die palästinensische Revolution bedrängen. Deshalb wird die PFLP intensiv arbeiten, um die nationale Einheit zu erreichen. Voraussetzung ist, daß das Tripolis-Abkommen als Grundlage genommen wird. Außerdem ist es notwendig, daß die palästinensischen Organisationen zu einer gleichen Position zu

• Camp David
• der sogenannten Autonomie (der besetzten Gebiete, Anm. AK)
• der Einschätzung des jordanischen Regimes
• dem Krieg in Libanon kommen. Eine weitere Voraussetzung ist, daß die PLO einen organisatorischen Aufbau nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus erhält und ein soziales Führungsprinzip beweist. Wenn diese drei Bedingungen erfüllt werden, werden wir intensiv arbeiten und uns voll einsetzen, die nationale Einheit zu erreichen“ („Al Hadaf“, Nr. 407).

Die in diesem Interview angesprochenen drei Bedingungen beinhalten

im wesentlichen die politischen Positionen der PFLP zum Nationalrat.

Das Palästinensische Manifest von Tripolis war auf der ersten Konferenz der Staaten der Ablehnungsfront in Tripolis, unmittelbar nach dem Besuch Sadats in Jerusalem im November 1977, von allen acht Organisationen innerhalb der PLO unterzeichnet worden. Darin heißt es wörtlich: „Wir in der PLO, Vertreter aller ihrer Organisationen, erklären folgendes: 1. Wir kämpfen für den Aufbau einer fortschrittlichen, arabischen Front gegen jegliche Kapitulation und gegen die zionistischen und reaktionären Pläne der Imperialisten, die zur Kapitulationslösung führen sollen und gegen die arabischen Instrumente der Lösung in diesem Gebiet.“

2. Wir bekräftigen unsere Ablehnung der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338.

3. Wir bekräftigen unsere Ablehnung gegenüber allen internationalen Verhandlungen und Abmachungen, die auf der Grundlage der Resolutionen 242 und 338 beruhen einschließlich der Genfer Konferenz.

4. Wir bekräftigen unser Recht, für die Durchsetzung der legitimen Rechte unseres Volkes zu arbeiten, das heißt das Recht der Rückkehr und Selbstbestimmungsrecht in der Heimat, einschließlich des Rechts, einen unabhängigen palästinensischen Staat aufzubauen, auf jedem Teil des Palästinensischen Bodens, der befreit wird ohne Anerkennung, Versöhnung und Verhandlungen.

5. Wir verurteilen jeden Partner, der den Aufbau der fortschrittlichen arabischen Front ablehnt oder verhindert.“ („Tal al-Saatar“, 2/3).

Der Inhalt dieses Manifestes ist wenig bekannt, aus diesem Grunde fielen Gerüchte über Änderungen der politischen Standpunkte der PFLP, die gerade während des Nationalrates in der bürgerlichen Presse lanciert wurden, und von „die PFLP sei jetzt auch für den Ministerrat“ bis „die PFLP wolle sich in die Al-Fatah auflösen“, reichten auch unter Linken auf fruchtbaren Boden. Es verhält sich also genau andersherum: Im Tripolis-Manifest konnten die Organisationen der Ablehnungsfront ihre Positionen durchsetzen und diese

schon einmal vereinheitlichten Standpunkte machten sie zur Grundlage der Auseinandersetzung um die nationale Einheit auch auf dem 14. Palästinensischen Nationalrat.

Die Betonung einer gemeinsamen Haltung gegenüber dem jordanischen Regime hatte durch die in der letzten Zeit intensiv geführten Gespräche zwischen dem jordanischen Regime und der PLO-Führung besondere Aktualität gewonnen. Wie weit diese Gespräche tatsächlich gediehen sind und ob es schon zu einem Abkommen zwischen beiden gekommen ist, wie in der Presse z. T. berichtet wird, ist noch unklar. Die PFLP hatte sich jedenfalls in den Vorgesprächen zum Nationalrat der Stimme zu den jordanisch-palästinensischen Verhandlungen enthalten, mit der Begründung, daß sie die Aufnahme von Beziehungen an folgende Bedingungen knüpfte: die Existenz der palästinensischen Revolution auf jordanischem Boden müsse gesichert sein, wozu die Organisation und Bewaffnung der Massen gehöre (in Jordanien seit dem Septembermassaker von 1970 verboten), die politische Arbeit der PLO müsse umfassend möglich sein, ebenso die militärischen Aktionen von jordanischem Boden aus gegen den zionistischen Feind. Jordanien hatte gefordert, daß palästinensische Kämpfer in die jordanische Armee integriert werden müßten (!), daß alle Aktionen gegen den zionistischen Feind vorher angezeigt werden müßten (!) und daß die Palästinenser innerhalb Jordaniens weder bewaffnet noch organisiert werden dürften.

Zur Frage der Neuorganisation der PLO forderte die PFLP: Alle palästinensischen Organisationen sollten am Nationalrat und am Exekutivkomitee unter demokratischen Verhältnissen beteiligt werden (die bisher relativ willkürliche Zusammensetzung des Nationalrates ist oben angedeutet worden, in dieser Forderung kommt gleichzeitig der Wille der PFLP zum Ausdruck, sich wieder am Exekutivkomitee zu beteiligen, aus dem sie 1974 wegen der kapitulanten Politik der PLO-Führung ausgetreten war), es solle keinen Alleingang von einzelnen Organisationen mehr geben (dies ist wohl vor allem eine Anspie-

lung auf die Hausmacht Arafats und auf seinen schon in der Vergangenheit von verschiedenen Organisationen der PLO kritisierten „einsamen“ Führungsstil), in den militärischen, organisatorischen und finanziellen Bereichen müssen alle palästinensischen Organisationen zusammenarbeiten, die Beziehungen zwischen den Organisationen, ihre Rechte und Pflichten müssen in klarer Form festgelegt werden. Außerdem wurde gefordert, daß eine militärische Führung von allen Organisationen gestellt werden müsse, die die Aufgabe habe, die Angriffe gegen den zionistischen Feind zu planen und koordinieren.

Betont wurde in diesem Zusammenhang — und dies besonders im Hinblick auf die blutigen Auseinandersetzungen zwischen palästinensischen Organisationen in letzter Zeit, in denen durchaus der zionistische Geheimdienst seine Hände im Spiel gehabt haben kann — daß das Fehlen der organisatorischen Einheit die Nebenwidersprüche verstärkt und die Feinde ermutigt, sich in palästinensische Angelegenheiten einzumischen (Informationen nach den letzten Nummern der „Al Hadaf“).

Der 14. Palästinensische Nationalrat ist inzwischen zu Ende gegangen, über die Ergebnisse gibt es in der bürgerlichen Presse unterschiedliche und z.T. gegensätzliche Verlautbarungen. Fest steht bisher: Die Organisationen der Ablehnungsfront sind nicht im Exekutivkomitee vertreten, unklar ist, ob dies die Folge unannehmbarer Bedingungen ist oder ob die Neuwahl verschoben wurde. Des weiteren scheint klar, daß weder in der Jordanienfrage noch in der Finanzfrage (immerhin standen die 250 Mio. Dollar der Bagdad-Konferenz zur Verfügung) die Organisation der Ablehnungsfront sich durchsetzen konnten.

Der Wortlaut des politischen Kommuniqués und der anderen Resolutionen sowie Stellungnahmen der palästinensischen Organisationen zu den Ergebnissen der Tagung des Nationalrates liegen uns noch nicht vor. Wir werden darüber berichten.

Nahost-Kommission

Festigung des reaktionären ägyptisch-sudanesischen Bündnisses

Anläßlich seines jüngsten Besuchs in der sudanesischen Hauptstadt Khartoum hat Sadat vor internationalen Pressevertretern am 20. Januar wieder in Erinnerung gerufen, daß die beiden reaktionären Regime Ägyptens und Sudans die Bildung eines gemeinsamen Staates vorbereiten. Die enge Zusammenarbeit, die auf die Stärkung der rechten Kräfte im eigenen Land und in der gesamten arabischen Welt abzielt, nahm auf vertraglicher Ebene ihren Anfang im Februar 1974 mit ägyptisch-sudanesischen Abmachungen über die politische und wirtschaftliche Integration beider Länder, in deren Folge ein gemeinsamer Integrationsausschuß gebildet wurde, der bis heute arbeitet („Monitordienst“, 2.1.79). Institutionalisiert wurden inzwischen auch gemeinsame Sitzungen der beiden Parlamente; die zweite Sitzung war der Anlaß für den Sadat-Besuch in Khartoum Mitte Januar („Guardian“, 22.1.).

Längst vor den Integrationsabmachungen von 1974 hatte sich Sadat bereits im Juni 1971 als echter Freund von Präsident Numeiri erwiesen, als er ihm bei der Niederschlagung eines Aufstandes zuhelfe kam. Dieser Aufstand unter Führung linker Offiziere hatte sich gegen den pro-imperialistischen Kurs Numeiris gerichtet, der nicht länger verschleiern konnte, daß er das Bündnis mit den Linkskräften im Sudan, insbesondere der KP, nach seiner Machtergreifung 1969 nur aus taktischen Gründen gegen die absolute Macht der bis dahin herrschenden Feudalreaktionäre eingegangen war. Sadat, der an einem sozialistischen oder demokratischen Nachbarstaat nicht interessiert sein konnte, beorderte damals zur Niederschlagung des Putsches die am Suezkanal unter seinem Kommando stehenden numeiritreuen Truppen in den Sudan. Zum zweiten Mal bewährte sich das Bündnis im Juli 1976, als Sadat wiederum zur Niederschlagung eines Putsches die am Suezkanal stationierten sudanesischen Soldaten als „Eingreiftruppe“ in den Sudan schickte.

Die „innere Sicherheit“ im Sudan und in Ägypten, womit nach internationaler Sprachregelung unter den Reaktionären die Zerschlagung der demokratischen und linken oppositionellen Kräfte bezeichnet wird, ist eines der zentralen Anliegen der engen

ägyptisch-sudanesischen Zusammenarbeit. Mit der ehemals noch vorhandenen rechten Opposition haben sich beide Regime inzwischen arrangiert. So hat Numeiri gerade im letzten Jahr unter dem Schlagwort der „nationalen Versöhnung“ den Exilpolitiker Sadiq al-Mahdi in den Sudan zurückgeholt, der — neben Qadafi — 1976 für den Putschversuch verantwortlich gemacht und in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden war („Orient“, 1977/3). Mahdi ist der Führer der in der oppositionellen „Nationalen Front“ zusammengeschlossenen traditionell-religiösen Rechtspartei („Umma-Partei“ von Sadiq al-Mahdi; „Unions-Partei“ von Sharif al-Hindi, der noch im Exil lebt, aber von Numeiri ebenfalls zur Rückkehr aufgefordert wurde und die „Muslimbrüder“). Ganz offensichtlich versucht Numeiri durch diese Art „nationaler Versöhnung“ seine seit Amtsantritt durch Opposition von rechts und links gefährdete Position zu retten, indem er sich mit den Rechten gegen die Linke verbündet, die trotz Massenverhaftungen und -hinrichtungen in den letzten Jahren nicht völlig liquidiert ist. Darüber können Numeiris Beteuerungen, daß es keine Kommunisten mehr im Sudan gäbe, weder in den Gefängnissen, noch sonst wo, nicht hinwegtäuschen (Interview mit Numeiri in „The Middle East“, Dez. 1978).

Den zweiten Eckpfeiler des sudanesisch-ägyptischen Bündnisses bildet das gemeinsame außenpolitische Interesse in der Rotmeerregion, in der Nahostfrage insgesamt und gegenüber den Imperialisten. Ihr engster Verbündeter und Mäzen im Nahen Osten ist Saudi-Arabien, das (zusammen mit den rechten arabischen Golfstaaten) Entwicklungsprogramme in Ägypten und Sudan, die Waffenbeschaffung aus westlichen Quellen (USA und Frankreich), den Aufbau einer arabischen Rüstungsindustrie in Ägypten und den ägyptischen Staatshaushalt mitfinanziert. Saudi-Arabien wurde auch hinzugezogen zu den ägyptisch-sudanesischen Gesprächen im Juli '76 nach dem (u.a. Libyen in die Schuhe geschoben) mißglückten Putschversuch gegen Numeiri; im Verlauf dieser Gespräche wurde ein Militärhilfsabkommen zwischen Ägypten und Su-

dan geschlossen und ein gemeinsamer Verteidigungsrat gebildet. Dieses Abkommen und der Vertrag vom Januar 1977 zum Kampf gegen die „Subversion“ durch Libyen zielten auf eine gemeinsame reaktionäre Strategie im Roten Meer gegenüber der „Achse des Terrors“ („Jeune Afrique“, 13.5.77).

Ein weiterer enger Verbündeter war zeitweilig Syrien. Im Dezember 1976 beschlossen Syrien und Ägypten die Bildung eines „gemeinsamen politischen Kommandos“, in das der Sudan im Februar 1977 einbezogen wurde. In diesem Dreierbündnis ging es vor allem um das gemeinsame Ziel einer „friedlichen Lösung“ im Nahostkonflikt (vgl. ARBEITERKAMPF Nr. 101, Feb. 77). Auf diesem Feld konnte Numeiri sich nach dem Sadat-

Abu Hassan ermordet

Noch während der Tagung des 13. Palästinensischen Nationalrates in Damaskus wurde Ali Hassan Salameh, Chef der Fatah-Abteilung für Spezialoperationen und einer der Verantwortlichen für die Sicherheit, von Zionisten in Beirut ermordet. In einem parkenden Auto zündeten mit britischen Pässen in Libanon eingereiste Agenten mehr als 50 kg TNT, als der Wagen Abu Hassans vorbeifuhr. Er und vier Mitglieder seiner Leibwache wurden getötet, ebenso vier Passanten.

In der „Jerusalem Post“ (28.1.79) schildern die Zionisten genüßlich, wer alles schon als Abu Hassan ermordet wurde, bevor der wirkliche Abu Hassan in Beirut getötet wurde, hinter dessen Tod „terroristische Quellen“ einen „israelischen Stoßtrupp“ sehen würden: 1973 in der norwegischen Stadt Lillehammer Ahmad Bouchiki, 1972 in Paris Mahmoud Hamshari.

Dieser Mord trägt deutlich die Handschrift der Zionisten — und auf ihr Konto gehen eine ganze Reihe ähnlicher Anschläge. Beispielsweise wurde im Juni 1972 der palästinensische Schriftsteller und Chefredakteur der „Al Hadaf“ (Zeitung der PFLP), Ghassan Khanafani durch eine Bombe, die in seinem Auto explodierte, ermordet. Nahost-Kommission

Besuch in Jerusalem im November 1977, der Syrien an die Seite der Staaten der Ablehnungsfront brachte, endlich erkenntlich zeigen für die bisherige Unterstützung durch Ägypten. Als Präsident eines „Arabischen Solidaritätskomitees“, das nach dem Jerusalem-Besuch eingerichtet wurde, reiste er in der Welt umher (Europa, USA, arabische Länder) und warb für die „Friedensinitiative“ Sadats.

Die verräterischen Abkommen von Camp David lobte er — außer Sultan Qabus wohl als einziger arabischer Staatschef — ungeteilt und offen: „Aufgrund meiner Kenntnis der Geschichte, meines strategischen Wissens und der Analyse der heutigen Weltlage halte ich das, was in Camp David erreicht wurde, für die

beste der z. Zt. möglichen Lösungen“ (Interview in „The Middle East“, Dez. 78).

Was Sadat jetzt im Januar in Khartoum zum Stand der ägyptisch-sudanesischen Beziehungen sagte, kann nur als Drohung aufgefaßt werden, die sich, wie die Erfahrung lehrt, nicht nur auf äußere Feinde sondern die demokratischen Kräfte im Sudan richtet: „Ich sage es für alle, die es betrifft, die Grenzen Sudans sind auch die Grenzen Ägyptens“ („Süddeutsche Zeitung“, 22.1.79). „jede Aggression gegen den Sudan wird so betrachtet, als richte sie sich direkt gegen Ägypten“ („Le Monde“, 23.1.).

Nahostkommission

Vietnamesische Flüchtlinge für zionistische Propaganda

Mitte Januar 79 wurden in Israel 103 chinesische Vietnam-Flüchtlinge mit großem Propaganda-Aufwand in Empfang genommen. 66 leben schon seit dem letzten Sommer in Israel. Einwanderungsminister David Levy kommentierte: „Mehr als jedes andere Volk haben wir Mitgefühl mit der Not von Flüchtlingen“ („Jerusalem Post“, 28.1.79). Was dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht für antikommunistische Hetze recht ist, ist den Zionisten lange billig, wenn es darum geht, über die rassistische und unmenschliche Politik in Israel und in den besetzten Gebieten hinwegzutäuschen.

Es seien hier nur ein paar Beispiele aus den letzten Monaten angeführt:

— 1978 wurden in den besetzten Gebieten 2.480 Palästinenser wegen „subversiver Tätigkeiten“ verhaftet („Le Monde“, 28.12.78).

— Seit langem gibt es an der palästinensischen Universität Bir Zeit scharfe Auseinandersetzungen mit der israelischen Besatzermacht. Immer wieder wurden in der letzten Zeit politische aktive Studenten verhaftet, gefoltert und ohne Anklage in Haft gehalten („FR“, 17.1., „NZ“, 27.1.).

— Ausgewiesen wurde ein Universitätsangehöriger, weil er verdächtigt wird, arabische Israelis „aufgehetzt“ zu haben, dem Palästinensischen Na-

tionalrat eine Resolution geschickt zu haben, in der die PLO aufgefordert wird, ihren bewaffneten Kampf gegen Israel fortzuführen („Le Monde“, 31.1.79). (Die Resolution stammt von der „Progressiv-Nationalen Front Palästinas“ und fordert außerdem den Kampf gegen den Zionismus, warnt vor einer Annäherung an Jordanien und verurteilt die arabische Reaktion und den Verräter Sadat.)

— Immer wieder werden die Häuser von Angehörigen zerstört, wenn ein Palästinenser in den Verdacht gerät, den Widerstand zu unterstützen.

— Im Dezember wurden in der Gegend von Hebron, Ramallah und Sahour Landstriche enteignet und eingezäunt, um eine weitere Bebauung zu verhindern („UZ“, 20.12.78). Bei Ramallah ist außerdem ein neues Militärlager geplant.

— 60.000 palästinensische Flüchtlinge aus dem Gaza-Streifen sind bis heute in eine Wüstengegend im Südwesten Israels zwangsumgesiedelt worden („Zeit“, 17.11.78).

In Israel selbst und auch in den besetzten Gebieten erlebt der Widerstand des palästinensischen Volkes wieder einen Aufschwung (besonders während des libanesischen Bürgerkrieges fanden in den besetzten Gebieten, aber auch in Galiläa im „Kernland“ Israels große Aufstände statt).

Nahost-Kommission



lateinamerika

Frauen in Nicaragua: Der Kampf um unsere Emanzipation ist mit dem Kampf unseres Volkes für Freiheit heute besonders eng verknüpft

Eine nicaraguanische Frauenorganisation, AMPRONAC (Asociación de la mujer ante la problemática nacional), hat eine Dokumentation über ihre Entstehung und Entwicklung herausgegeben. Diese Organisation hat seit Ende 1977 versucht, die Beteiligung der Frauen an den Massenkämpfen zu stärken und in der Dokumentation erste Erfahrungen ausgewertet. Im folgenden geben wir die wesentlichen Aussagen zusammengefaßt wieder.

Die Frauen in Nicaragua sind in ihrer Mehrheit gezwungen, acht bis zwölf Stunden am Tag schwerste Arbeit zu leisten, in den Fabriken oder auf den Kaffee- oder Zuckerfeldern. Hinzu kommen meistens noch Überstunden und dann der Haushalt. Die meisten Kinder müssen mitarbeiten, sie können nicht zur Schule gehen, sind unterernährt und anfällig für Krankheiten. Viele Kinder überleben das erste Lebensjahr nicht. Die Jahre 1974 - 1976 waren von totaler Repression gekennzeichnet, von der auch die Frauen betroffen waren. Hunderte von Bäuerinnen, Studentinnen, Arbeiterinnen wurden verhaftet, gefoltert und ermordet. Aus dieser Situation fand sich eine zunächst relativ kleine Gruppe von Frauen zusammen, die sich zum Ziel setzte, für die Einhaltung der Menschenrechte in Nicaragua zu kämpfen. Die Hauptforderungen der Gruppe waren:

— Gesicherter sozialer Status für die Frauen

— Abschaffung von Folter und Unterdrückung.

Sehr bald entwickelten sich erste Diskussionen, daß die Arbeit sich nicht auf Menschenrechtsfragen beschränken sollte, sondern daß es darum gehen muß, eine alternative Organisation für alle Frauen zu schaffen und aktiv an den politischen Kämpfen teilzunehmen.

Ergebnis dieser Diskussionen war im September 1977 die Gründung von AMPRONAC. Rund 70 Frauen waren an dieser Gründung beteiligt, es wurde ein Führungsausschuß von neun bis zehn Frauen und Kommissionen für die Propagandaarbeit, die Finanzen etc. gebildet. AMPRONAC begann, sich an den stattfindenden Aktionen, Demonstrationen, Streiks zu beteiligen. Im November 1977 unterstützte AMPRONAC die Kampagne für Verschwundene — vor allem aus den ländlichen Gebieten — unter der Parole: „Wo sind unsere Brüder, die campesinos. Was antworten die Ermordeten?“ Es fanden zahlreiche Veranstaltungen gegen die Unterdrückung statt, die teilweise brutal von der Nationalgarde aufgelöst wurden. Im Dezember 1977 nahm AMPRONAC an dem großen Marsch teil, der von allen Organisationen des Volkes vorbereitet war und mit Hubschraubern und Schießbefehl von der Diktatur aufgelöst wurde. Nach der Ermordung des bürgerlichen Oppositionellen Chamorro im Januar 1978 beteiligte

sich AMPRONAC an den Massenmobilisierungen. Eine Gruppe von Frauen nahm an der Besetzung des UNO-Büros teil, eine Aktion, mit der Informationen über Verschwundene erzwungen werden sollten.

Von Februar bis April 1978 wurden die Anstrengungen vergrößert, um zu einer Massenorganisation der nicaraguanischen Frauen zu werden.

Anfang März wurde eine Woche der Frau ausgerufen. Schwerpunkt der Propaganda war, die Frauen zur Beteiligung an den Kämpfen des Volkes aufzurufen. Dies ist Ausdruck erster Veränderungen in der Arbeit von AMPRONAC. Nachdem sich die ersten Aktionen auf die Denunziation der Diktatur beschränkt hatten, wurde jetzt zunehmend die aktive Teilnahme der Frauen an den Kämpfen des Volkes und das Eintreten für die allgemeinen Forderungen propagiert. Die Aktionen zur Woche der Frau waren zwar nicht vergleichbar mit den großen internationalen feministischen Bewegungen, aber doch erfolgreich. Als wesentliche Forderungen zum internationalen Tag der Frau wurden aufgestellt: Schluß mit der Repression; Organisationsfreiheit; Freiheit für die politischen Gefangenen; Bestrafung derjenigen, die für Verbrechen und Barbarei verantwortlich sind; Aufhebung aller Gesetze, die die Frau diskriminieren; gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Schluß mit der Kommerzialisierung der Frau.

Die Veränderung in der Arbeit AMPRONACs drückte sich auch in den Kampfmethoden aus. Statt Besuchen in den Ministerien, statt Petitionen und Bittschriften wurden zunehmend Versammlungen, Demonstrationen, Kundgebungen, Besetzungen veranstaltet. Konkret beteiligte sich AMPRONAC in dieser Zeit an den Kampfaktionen gegen die Diktatur, am Hungermarsch im April, der von besonderer Bedeutung ist, weil es eine der ersten gemeinsamen Aktionen von Stadt- und Landbevölkerung war. AMPRONAC organisierte Besetzungen von Rot-Kreuz-Stationen, unterstützte aktiv die Streiks und Hungerstreiks, die zur Freilassung von inhaftierten Kämpfern der FSLN durchgeführt wurden. Aus den Aktionen für die Freilassung einer FSLN-Kämpferin, die im neunten Monat schwanger war, entwickelte sich eine breite Kampagne unter der Parole: „Jede Mutter hat das Recht, ihr Kind in Freiheit zu bekommen“. Diese Kampagne war Ausgangspunkt für die Schaffung von Basiskomitees in den Stadtteilen und Wohnvierteln.

AMPRONAC ist in diesen Monaten stark angewachsen, allerdings hauptsächlich durch die konsequente Beteiligung an den laufenden Kämpfen, weniger auf Grundlage eines Programms oder durch besonders gezielte, organisierte Arbeit. So war auch die aktive Beteiligung an der Vorbereitung und Beschlußfassung über Aktionen noch auf einen relativ kleinen Kreis von Frauen begrenzt. Im Mai fanden deswegen 2 Seminare statt, um die Situation im Land einzuschätzen und die wichtigsten Aufgaben festzulegen. Wesentliches Ergebnis dieser Diskussion war eine differenziertere Einschätzung der Oppositionsbewegung, daß es nämlich zu unterscheiden gelte zwischen den Kräften des Volkes und denen, die eine Alternative der Bourgeoisie, einen Somozismus ohne Somoza anstreben. Diese Diskussion löste zunächst Unruhe und Widersprüche aus, weil AMPRONAC ein breites Spektrum von Frauen aus allen Schichten und allen Teilen der Opposition umfaßte. Bis Juli beherrschten diese internen Diskussionen die Organisation, es gab kaum ein Auftreten nach außen. Ergebnis der internen Kämpfe, zahlreicher nationaler Treffen und Versammlungen war schließlich ein



Semana de la Mujer Nicaragüense
Woche der nicaraguanischen Frau (März '78)

Minimalprogramm, das auf einem nationalen Treffen von 150 Delegierten, die über 1.000 Mitglieder aus neun Städten vertraten, angenommen wurde. Die Hauptpunkte des Programms:

Informations- und Redefreiheit, Organisationsfreiheit, Freiheit für alle politischen Gefangenen und Rückkehr aller Exilierten, bessere Lebensbedingungen (Gesundheit, Erziehung usw.), Bestrafung aller für Barbarei, Korruption und Verbrechen Verantwortlichen, die Erde denen, die sie bearbeiten.

Dieses Minimalprogramm war der erste Schritt zur Vereinheitlichung und Festlegung der Organisation auf die „Alternative des Volkes“, in Abgrenzung zu der „Alternative“ der Bourgeoisie. Als 2. Schritt war ein Programm speziell für die Forderungen der Frauen geplant. Außerdem wurde auf dem Delegiertentreffen der Beschluß gefaßt, im September 78 einen ersten Nationalen Kongreß durchzuführen, um das umfassende Programm, ein Statut etc. zu beschließen.

Mitte des Jahres wurde die Repression der Diktatur enorm gesteigert. Es begann die brutale Verfolgung und Ermordung von Jugendlichen, nur weil sie Jugendliche waren. Kirchen wurden beschossen und zerstört. Hinzu kam das Dekret über Steuererhöhungen, die das Lebensniveau noch weiter drückten. Neben zahlreichen Demonstrationen und Streiks wurde der Kampf gegen diese Steuererhöhungen zu einem zentralen Schwerpunkt. Die Handelskammer protestierte dagegen, die MPU (Bewegung Vereinigtes Volk) rief zum Kampf auf. Seit August war AMPRONAC wieder voll an den Kämpfen beteiligt. Es wurde, ausgehend von Managua, eine nationale Kampagne gegen die Steuererhöhungen eingeleitet, die sich vor allem an die Frauen als besonders Betroffene wandte. In Managua wurden alle Basiskomitees in diese Arbeit einbezogen, überall gab es Parolen an den Wänden, Plakate, öffentliche Erklärungen usw. Im ganzen Land demonstrierten überwiegend Frauen gegen die Steuererhöhungen, Demonstrationen von 500 (in kleinen Städten) bis zu 8000 in Managua. Die Frauen trugen leere Einkaufskörbe, die das Zeichen der Kampagne geworden waren, als Symbol der Knappheit und des Mangels.

Die weitere Zuspitzung der Kämpfe und die Verschärfung der Repression zeichneten sich immer deutlicher ab. AMPRONAC versuchte deswegen, sich auf nationalen Treffen auf eine Eskalation der Kämpfe vorzubereiten. Es wurden vor allem die Verbindungs- und Informationswege so organisiert, daß sie auch unter den Bedingungen schärfster Repression funktionieren konnten. Es wurde eine Infrastruktur geschaffen, um Verletzte versorgen zu können und weitere Bewohner-Komitees gebildet, die die Bevölkerung in den Stadtvierteln und Häuserblocks

informieren und zusammenfassen konnten. Am 9. September begannen alle drei Tendenzen der FSLN die Offensive, Frauen bauten Barrikaden, sorgten für die Verpflegung der Kämpfer, kümmerten sich um Verletzte. Die Diktatur antwortete mit Völkermord und war dieses Mal noch überlegen. Der militärische Sieg der Nationalgarde konnte die Organisationen des Volkes nicht zerschlagen, konnte sie aber teilweise desorganisieren und zersplittern.

AMPRONAC z.B. konnte sich in den Gebieten, die bombardiert worden waren (Esteli, Chinandega, León), nicht als geschlossene, aktionsfähige Organisation halten. Viele Genossinnen wurden verhaftet, gefoltert, ihre Häuser zerstört, die Ehemänner ermordet. In einigen Gebieten, vor allem in Managua, gelang es teilweise die organisierte Arbeit aufrechtzuerhalten.

Es wurden auch während der Höhepunkte der Kämpfe und der Repression Flugblätter verteilt, ein dezentrales Informationsnetz funktionierte weiter, die Kommunikation zwischen den Wohnvierteln blieb aufrecht.

Nach den Septemberkämpfen ist die Volksbewegung vor allem in ihrer organisierten Form geschwächt. Der Imperialismus und die Reaktionen setzen verstärkt auf die „Lösung“ Somozismus ohne Somoza.

Deswegen ist es dringend notwendig, an den Forderungen des Volkes festzuhalten, sie wieder stärker zur Geltung zu bringen. Deswegen arbeitet AMPRONAC schwerpunktmäßig daran, die Basiskomitees zu reorganisieren und neue zu schaffen. Gleichzeitig wird eine Kampagne vorbereitet, die vor allem die Frauen ansprechen und die Notwendigkeit einer demokratischen und Volksregierung begründen und hervorheben soll. Außerdem hat AMPRONAC in mehreren Gesprächen begonnen, den Eintritt in die MPU vorzubereiten.

Eine der wichtigsten Erfahrungen der Septemberkämpfe ist jedenfalls, daß die Frauen einen ganz wesentlichen Teil im Kampf des Volkes bilden.

„Heute verknüpft sich mehr als je der Kampf um Gleichheit, um unsere Emanzipation mit dem Kampf unserer Söhne, unseres Volkes, ... die nicaraguanischen Frauen rufen Euch auf, Euch mit dem Kampf bis zum Tod zu solidarisieren, der das Volk Nicaraguas gegen die Militärdiktatur Somozas befreien wird. Heute ist für uns die Einheit der Volksbewegung und die Solidarität der Völker der Erde mehr als je die Garantie für unseren zukünftigen Sieg“.

Spendenkonto für die FSLN (Sandinistische Befreiungsfront Nicaraguas)
Angelika Poppe Kto. 10 14 51 85 00
Bank für Gemeinwirtschaft, Essen
(BLZ 360 101 11)



In Kolumbien hat sich in den letzten 1 – 2 Jahren wie in zahlreichen Ländern Lateinamerikas ein deutlicher Aufschwung der Massenkämpfe entwickelt. Gleichzeitig wird bereits seit Jahren der Repressionsapparat ausgebaut: Einfluß und Kompetenzen der Militärs wurden schrittweise aber beständig erweitert, die Gesetze zur Unterdrückung von Massenbewegungen verschärft. Kolumbien unterscheidet sich insofern von der Mehrheit seiner Nachbarländer, als dort seit 20 Jahren die formale Demokratie herrscht, das heißt aber zunächst nicht viel mehr, als daß kein Militärputsch stattgefunden hat. Selbst bürgerlichen Maßstäben kann das demokratische System Kolumbiens nicht genügen. Seit 20 Jahren wechselten sich die beiden großen traditionellen Parteien (Konservative und Liberale) unabhängig von Wahlergebnissen in der Präsidentschaft ab. Wahlergebnisse spielten lediglich für den Proporz in der Besetzung des Parlaments und öffentlicher Ämter eine Rolle. Darüberhinaus wurde über 2/3 dieser Zeit (bis auf einen Gesamtzeitraum von 6 Jahren) mit dem Ausnahmezustand regiert.

Ergebnis ist, daß in Kolumbien seit Jahren die Wahlbeteiligung außergewöhnlich gering ist. Bei den Präsidentschaftswahlen im Juni 78 gingen von 12 Mio Wahlberechtigten nur 5 Mio zur Wahl. Da der „liberale“ Kandidat Turbay nur mit knappem Vorsprung vor dem Vertreter der Konservativen Partei, Betancur, gewann, hat er gemessen an der Gesamtbevölkerung nur ganze 17% hinter sich. Die Besonderheit der Wahlen im vergangenen Jahr bestand darin, daß zum ersten Mal das Abkommen zwischen liberaler und konservativer Partei aufgehoben war, d.h. angeblich keine vorherige Absprache über die Besetzung von Präsidentenamt und Regierungsposten stattfand.

Trotzdem setzte der neue Präsident Turbay die Regierung nach der alten Tradition zusammen: Er nahm außer 7 „liberalen“ auch 5 konservative Minister in sein Kabinett auf und beteiligte erstmalig auch einen Militär direkt an der Regierung.

Die wesentlichen Schwierigkeiten, denen sich die kolumbianische Regierung gegenübersehen, bestehen zum einen in der wachsenden Massenbewegung und den Aktionen der Guerilla, die nie ganz zerschlagen werden konnte.

Über Jahre hinweg galt die kolumbianische Arbeiterbewegung durch starke Repression einerseits und durch Demagogie und Integration in gelbe Gewerkschaften andererseits als einigermaßen befriedet. Dies hat sich vor allem auf Grund der zunehmenden Verelendung in den letzten Jahren geändert. 50% der arbeitenden Bevölkerung verdienen weniger als den Mindestlohn. Der Reallohn ist von allem auf Grund der zunehmenden Verelendung in den letzten Jahren geändert. 50% der arbeitenden Bevölkerung verdienen weniger als den Mindestlohn. Der Reallohn ist von 1971 bis 1977 um über 20% gefallen. 25% der Bevölkerung sind arbeitslos, und man weiß nicht, wie sie überleben. Es gibt keinen Gesundheitsdienst, kaum Ausbildungschancen, über 20% Analphabetismus (in ländlichen Gebieten teilweise über 40%). Die Berichte über die Kinderhorden in Bogotá, die auf der Straße leben und versuchen, sich mit Taschendiebstählen, Betteln u.ä. über Wasser zu halten, gingen durch die bürgerliche Presse.

Kolumbien: „Demokratische Diktatur“



Der neue Präsident Turbay (rechts) und sein Vorgänger Lopez Michelsen (links)

Deutlichster Ausdruck für den wachsenden Protest der Bevölkerung war der große Generalstreik 1977, der einen Tag lang das gesamte Land lahmlegte; aber auch Streiks in verschiedenen Sektoren wie im Gesundheitsbereich, einschließlich der Ärzte, Kämpfe der Studenten Ende 1978, zahlreiche „zivilis Streiks“, in denen Bewohner von Elendsvierteln und Dörfern bessere Versorgung (Wasser, Strom, Gesundheit) fordern, Landbesetzungen, v.a. von Indianern usw.

Parallel zum Aufschwung der Massenbewegung haben sich die Aktionen der Guerilla vervielfacht. Allein im Jahr 1977 sind über 80 Entführungen bekannt geworden, im Jahr 1978 bis September über 40.

Bombenanschläge, Angriffe gegen Polizei- und Militärstreifen häufen sich („SZ“, 4.9.78, „NZZ“, 22.8.1978).

In Kolumbien war es trotz der üblichen militärischen und finanziellen Unterstützung durch den US-Imperialismus nie ganz gelungen, die Guerilla-Organisationen zu zerschlagen. Die ersten Ansätze bewaffneter Kämpfe waren in Kolumbien in der Zeit der Violencia in Form von Selbstschutzeinheiten entstanden (1948 – 1953, als Großgrundbesitzer, liberale und konservative Partei, bewaffnete Banden gegeneinander und vor allem gegen die Bauern hetzten – Kämpfe, die nach vorsichtigen Schätzungen 200.000 Tote gefordert hatten). In den 60er Jahren zur Zeit des Aufschwungs der Guerillakämpfe in ganz Lateinamerika, nach dem Sieg der kubanischen Revolution, gab es in Kolumbien mehrere regelrecht befreite Zonen. Diese wurden Ende der 60er Jahre mit US-Hilfe zerschlagen, ohne aber die Guerillaorganisationen aufzuheben. Diese wurden Ende der 60er Jahre mit US-Hilfe zerschlagen, ohne aber die Guerillaorganisationen aufzuheben. Bis heute operieren in Kolumbien die „castristische“ ELN, zu der der legendäre FARC, die bewaffnete Organisation, die aus der Anapo (Nationale Volksallianz) hervorgegangen ist (die Anapo war der bis 1970 recht erfolgreiche kolumbianische Versuch einer populistischen Bewegung, die bei den Wahlen 1970 nur durch massive Wahlfälschung um

die Präsidentschaft gebracht wurde, sich immer deutlicher nach rechts entwickelte und heute kaum noch über Einfluß verfügt). Und schließlich soll auch die PCC/ML (Bruderpartei der KPD/ML, mit offener Kritik an der chinesischen 3-Welten-Theorie) in einigen Gebieten bewaffnete Gruppen haben. Alle diese Gruppen treten zur Zeit wieder mit Aktionen hervor, einschließlich der FARC, deren Aktivitäten von Seiten der KP zwischenzeitlich immer wieder auf Eis gelegt, aber nie endgültig behindert werden konnten.

Eine weitere Schwierigkeit der Regierung besteht darin, den „legalen“ Rahmen des Systems zu erhalten, bzw. auch nach außen hin demokratisch darzustellen. Der beständige Ausnahmezustand paßt ebenso wenig ins angestrebte Bild der kolumbianischen Demokratie wie das Höchstmaß an Korruption und illegaler Bereicherung vor allem durch Drogenhandel und Schmuggel (1976 kamen 1,6 Mrd der Deviseneinnahmen des Landes aus illegalen Geschäften – „iz3w“, Nr. 74). Der neu gewählte Präsident Turbay faßte bei seinem Amtsantritt diese Schwierigkeiten und die Aufgaben der Regierung anschaulich zusammen: Er warnte vor den Gefahren der Subversion und Kriminalität und forderte die Schaffung wirksamerer Gesetze, insbesondere weil die bisherige Praxis, bei Krisensituationen den Ausnahmezustand (!) auszurufen, vor allem im Ausland (!) Kritik hervorgerufen hätte. Notwendig sei, „eine starke gesellschaftliche Mobilisierung gegen einen Feind, der von Tag zu Tag gefährlicher wird, wenn er nicht mit allen Mitteln bekämpft wird. Das ist nicht gleichzusetzen mit einer schlechten Politik der Repression, sondern erfordert eine Reihe von Maßnahmen ... anfangen von Gesetzesänderungen bis zu ganzen Gesetzeskomplexen; die Verbesserung der polizeilichen Möglichkeiten, die Verbesserung der Geheimdienste, die Nutzung der Zivilverteidigung sowie die Förderung einer energischeren Haltung der Behörden in der Frage der Mitarbeit der Bevölkerung, die bisher sehr lax war“ („Monitor-Dienst“, 10.8.78).

Mit dem neuen Sicherheitsgesetz hat die Regierung Turbay sehr schnell einen Teil dieser „Programmatik“ in die Praxis umgesetzt.

Das Sicherheitsgesetz – „Zum Wohl und Schutze aller Bürger“

Das Sicherheitsgesetz – „Zum Wohl und Schutze aller Bürger“

Das Gesetz wurde im September '78 verabschiedet; es soll dem „Schutze der Demokratie“ dienen und sich allein gegen „antidemokratische und antisoziale Aktionen“ richten. Tatsächlich ist das ganze Gesetz auf die Unterdrückung der Massenkämpfe ausgerichtet. Einige Beispiele:

– 20 – 24 Jahre Haft erhalten „Personen, die in den Zentren oder anderen Gebieten der Städte an öffentlichen Unruhen teilnehmen oder sie hervorrufen ... oder Brandstiftungen provozieren ...“ (Artikel 1). Damit soll jeglicher Protest der Bevölkerung unterbunden werden, wie z.B. die häufigen Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen, bei denen häufig leerstehende Busse in Brand gesetzt wurden, um den Busverkehr zu blockieren.

– 4 – 10 Jahre Haft drohen denjenigen, die bei Aufständen oder Unruhen Geld oder Dokumente aufbewahren oder versenden ... Damit ist der Status des Sympathisanten, den es bisher im Gesetz nicht gab, unter massive Strafe gestellt.

– Für die Besetzung öffentlicher Gebäude gibt es bis zu einem Jahr Arrest. Dieser Artikel richtet sich vor allem gegen die Kämpfe in den Wohngebieten und Dörfern, wo z.B. die Besetzung der zuständigen Behörde ein häufiges Mittel zur Durchsetzung der elementarsten Forderungen, wie ausreichende Strom- oder Wasserversorgung, Einrichtung von Gesundheitszentren etc. darstellt. Was als Besetzung gilt, wird allein von Polizei und Militärs festgelegt.

– Ebenfalls bis zu einem Jahr Arrest steht auf Beförderung von „Objekten, die dazu dienen, sich eines strafbaren Vergehens schuldig zu machen ... Schußwaffen, Dolche, Macheten, Steine, Flaschen ... mit Benzin...“. Dies sind zum großen Teil Gebrauchsgegenstände, z.B. Macheten oder Benzinbehälter (in Kolumbien wird großenteils mit Benzin gekocht. In Bogotá gibt es Ausgabestellen für Benzin, wo sich die Menschen vor allem aus den Elendsvierteln täglich ihren Bedarf holen).

– Während einer Störung der öffentlichen Ordnung sind verschie-

dene Behörden berechtigt, Ausgangssperren zu verhängen. Den Militärs wird die fast ausschließliche Macht zugeteilt, Kriegsgerichte gegen politische Delikte abzuhalten.

– „Während der Dauer der Störung öffentlicher Ordnung ist es den Radio- sowie Fernsehanstalten verboten, Informationen, Deklarationen, Kommunikationen oder Kommentare auszustrahlen, die im Zusammenhang mit der öffentlichen Ordnung stehen; hierzu gehören Streiks, illegale Streiks...“ (Artikel 13).

(nach Blätter iz3w, Nr. 74)

Das Sicherheitsgesetz „ist die Fortsetzung, vielleicht schneller als zu erwarten war, der Rückbildung des kolumbianischen politischen Systems von der formalen Demokratie zur institutionalisierten Diktatur“, so die linke Bewegung FIRMES in ihrem Protest gegen das Gesetz (nach Lateinamerikanachrichten, 66).

Zwar gibt es in dem Gesetz auch Artikel gegen die „gewöhnliche“ Kriminalität; sein wesentliches Ziel, die Unterdrückung der Massenkämpfe, kann deswegen aber nicht geleugnet werden.

Teilweise wird das Sicherheitsgesetz bereits gezielt angewendet, teilweise werden unabhängig von dem neuen Gesetz „begleitende Maßnahmen“ durchgeführt. Folter und Mißhandlung von Gefangenen sind üblich, mehrere Fälle von „Verschwindenen“ und durch Folter Ermordeten sind inzwischen bekannt.

– Ein Beispiel ist der Prozeß gegen 12 angebliche Mitglieder der ELN (nationale Befreiungsarmee). Ihnen wurde der Status der politischen Gefangenen verweigert, die Anklage lautete auf „kriminelle Vereinigung“, die Verteidigung wurde massiv behindert, Zuschauer und Anwälte wurden bei Betreten des Gerichtsgebäudes strengstens durchsucht oder gänzlich am Betreten gehindert, ärztliche Versorgung wird den Angeklagten verweigert, trotz schwerer Verletzungen durch Folterungen (Verbrennungen an Händen und Füßen, gewaltsame Einleitung einer Fehlgeburt, ein Gefangener ist „verschwunden“ (Blätter des iz3w, Nr. 74).

– Von weiteren 100 Studenten, die Ende Oktober '78 verhaftet wurden, sind immer noch 40 in Haft. Als auch hier der Vorwurf schwerer Folterungen an die Öffentlichkeit drang, setzte das Parlament eine Kommission zur Verteidigung der Menschenrechte ein, die diese Fälle untersuchen soll. Gleichzeitig nahm ein Militärgericht an die Öffentlichkeit drang, setzte das Parlament eine Kommission zur Verteidigung der Menschenrechte ein, die diese Fälle untersuchen soll. Gleichzeitig nahm ein Militärgericht seine Arbeit auf. Die Untersuchungen der Kommission wurden mit allen Mitteln behindert, wichtige Dokumente waren verschwunden, zu befragende Personen (Ärzte) wurden plötzlich versetzt usw. Die Kommission gab dann trotzdem öffentlich bekannt, daß Folterungen stattgefunden haben. Völlig unbeeindruckt von allen Untersuchungen hatte die Regierung aber schon vorher bekannt gegeben, daß alle Foltervorwürfe nur der „Verschleierung“ der „Gefahr der Subversion“ dienen. Die Foltervorwürfe seien nichts als „ein Streich der Subversiven“ („Lateinamerika-Nachrichten“, Nr. 66).

– Ganz offensichtlich nach dem Muster der GSG 9 wird seit Ende '77 eine „Spezialeinheit gegen Entführungen und Terrorismus“ aufgebaut. Dies mit handfester Hilfe aus der BRD: Da sich nach den Ereignissen in Mogadischu „deutsche Terroristen“ in Kolumbien aufgehalten haben sollen, wurde der kolumbianische Staat personell, finanziell und ausbildungsmäßig durch deutsche Stellen unterstützt – so Meldungen der kolumbianischen Tagespresse. Gleichzeitig wird in Erwägung gezogen, Daten über kriminelle Vergehen zentral zu speichern (Blätter des iz3w, Nr. 74).

– Seit November '78 sind nun auch Berufsverbote in Vorbereitung. Mehrere Dekrete sind geplant, die es erlauben, Lehrer des Amtes zu entheben, wenn sie an „staatsfeindlichen Untrieben“ teilnehmen. Der „liberale“ Präsident Turbay persönlich warnte vor der „marxistisch-leninistischen Unterwanderung“ der Lehrerschaft (Lateinamerikanachrichten, Nr. 66).

Man kann die Situation in Kolumbien nicht mit den benachbarten faschistischen Diktaturen gleichsetzen, auch wenn sich die Formen der Unterdrückung teilweise kaum unterscheiden. Kolumbien gehört zu den Ländern, die sich darum bemühen, ein wirksames Instrumentarium gegen die Massenbewegung und die bewaffneten Kämpfe aufzubauen, die schrittweise ein immer repressiveres System entwickeln und institutionell absichern und die die Militärs unter Wahrung der „demokratischen“ Gesetze in die



Regierung einbeziehen. Eine Entwicklung, die unter Umständen nach dem Muster Uruguays vorangetrieben werden kann, wo genau auf diesem Wege die faschistische Diktatur vorbereitet und eingerichtet wurde, ist nicht ausgeschlossen.

Die Linke in Kolumbien

Der Aufschwung der Massenkämpfe in der letzten Zeit sagt noch nichts über die Linke aus. Vielleicht abgesehen von der Guerilla, ist die Linke in Kolumbien sehr zersplittert und schwach. Am deutlichsten hat sich das in den Wahlen im vergangenen Jahr gezeigt, wo die linken Kräfte insgesamt von den rund 5 Mio abgegebenen Stimmen 170.000 Stimmen erhalten haben. Dabei sind aber die rund 7 Mio Wahlberechtigten, die nicht zur Wahl gegangen sind, zu berücksichtigen. Zwar kann man nicht sagen, daß dies alles bewußte Wahlenthaltungen aus Protest gegen das System waren, dies ist aber ein Potential, das zumindest teilweise für die Linke mobilisierbar ist, und in dem sie sich verankern kann.

Kandidiert hatten für die Wahlen verschiedene Bündnisse, die sich nach den gängigen ideologischen Hauptströmungen gebildet hatten. Eine Gruppierung um die revisionistische KP, UNO, die mit 100.000 Stimmen den größten Anteil der linken Wähler verbuchen konnte; ein Bündnis aus ML-Parteien und eins aus trotzkistischen Gruppen. Neu war die Gründung der FIRMES, die aus einer Unterschriftensammlung hervorging. Auf Anregung der Zeitung „Alternativa“ sollte die gesamte Linke über eine Unterschriftensammlung (firmas) aufgefordert werden, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen zu einigen. Dies wurde nicht erreicht. Aus dieser Initiative ging aber das Bündnis FIRMES hervor, das inzwischen von Teilen der Lehrer- und Landarbeitergewerkschaft (Fecode und ANUC) und von der wichtigsten Indio-Organisation (CRIC) unterstützt wird. Außerdem haben sich eine Reihe linker Parteien und Gruppen, wie z.B. eine Fraktion der bisher stärksten maoistischen Partei (MOIR), Liberale, fortschrittliche Intellektuelle, Kirchenkreise, Studenten usw. dem Bündnis angeschlossen. FIRMES versteht sich als demokratische und antiimperialistische Bewegung, die sich offen halten will für die Zusammenarbeit mit möglichst großen Bereichen der linken und fortschrittlichen Kräfte Kolumbiens.

„Für die Bedürfnisse der Massen kämpfen und ... dafür, daß eine sozialistische und demokratische Gesellschaft in Kolumbien aufgebaut wird. Die Oligarchie und die Multinationalen, die dem kolumbianischen Volk nicht erlauben, Herr seiner eigenen Entwicklung zu sein, werden als die Gegner bezeichnet. Mit anderen Worten, es handelt sich um eine antiimperialistische Aktion, die sich gegen die Unterdrückung des Landes richtet“ (Interview der Lateinamerika-Nachrichten mit Professor Tirado, Mitglied von FIRMES, LAN, 66).

Regionale Komitees der FIRMES versuchen, eine Arbeit direkt an den Problemen in den Elendsvierteln, der Landarbeiter etc. zu entwickeln. Auf nationaler Ebene hat sich FIRMES in den letzten Monaten vor allem mit dem Protest gegen das Sicherheitsgesetz und der Solidarität mit Nicaragua befaßt (LAN, 65).

Wie weit es dieser neuen Organisation und der Linken insgesamt gelingt, in den zu erwartenden Auseinandersetzungen und Kämpfen trotz der verschärften und wachsenden Repression mehr Einfluß zu gewinnen, bleibt abzuwarten.

- Weg mit dem Sicherheitsgesetz!
- Keine BRD-Unterstützung für den Unterdrückungsapparat in Kolumbien!
- Freiheit für die politischen Gefangenen!



Wer den Diebstahl am Mann begehrt, ist ein „großer Flieger“

Paraguay, in zahlreichen Kasernen, wo die Soldaten auf ihren nächsten Kampf, den sie leisten sollen, vorbereitet werden. Die Soldaten sind in der Regel sehr jung und werden in der Regel in der Kasernenkommande untergebracht. Die Soldaten sind in der Regel sehr jung und werden in der Regel in der Kasernenkommande untergebracht. Die Soldaten sind in der Regel sehr jung und werden in der Regel in der Kasernenkommande untergebracht.



asien

Kampuchea nach der Befreiung

Seit der vollständigen Befreiung durch die Streitkräfte der Nationalen Einheitsfront Kampuchea für die Nationale Rettung (CNUFNS) und der Gründung der Volksrepublik Kampuchea (VRK) vor knapp einem Monat beginnt sich das Leben im Lande langsam zu normalisieren.

Der rasche Zusammenbruch des Pol-Pot-Regimes, der viele (nicht nur bürgerliche) Beobachter der Indochina-Szene zu dem Schluß verleitet, das könne eben nur mit vietnamesischer Hilfe zustandekommen sein, zeigt sich jetzt immer deutlicher.

Es werden zwar in den bürgerlichen Zeitungen die wie eh und je phantastischen Zahlen der Pol-Pot-Armee berichtet, aber doch mit einiger Skepsis. So wurde über den in Yunnan (Südchina) stationierten „Radiosender Pol-Pot“ behauptet, „seit Weihnachten hätten sie „mehr als 14.000 vietnamesische Soldaten getötet und 300 Panzer, 2.000 Lastwagen und zwölf Flugzeuge vernichtet“ („Süddeutsche Zeitung“, „SZ“, 31.1.79). Auch wenn behauptet wird, „die zur Gegenoffensive an „allen Fronten“ übergegangenen Verbände der Roten Khmer“ (gemeint ist die Pol-Pot-Armee - AK) „befanden sich nur noch zehn Kilometer vom Zentrum der eingeschlossenen Hauptstadt Pnom Penh entfernt“, so bezeichnen selbst Militärs in Bangkok, die nun gewiß keine Sympathie für die neue Führung Kampuchea hegen, diese Zahlen „als „höchst übertrieben“, manche nannten sie völlig unwahr“ („SZ“, 30.1.79).

Ebensowenig wie die Pol-Pot-Armee bisher auch nur ein einziges Mal Flugzeuge vorweisen kann, sind auch Beweise über die Behauptung zu erwarten, „an den Kämpfen sollen auch Russen und Cubaner teilgenommen haben. Der Rundfunksender berichtete, es seien „Leichen von Russen und Cubanern“ in der Nähe eines Reis-Lagerhauses gesehen worden“ („SZ“, 29.1.79).

Scheint auch der militärische Widerstand des alten Regimes im Landesinnern weitgehend zusammengebrochen zu sein, so ist die Volksrepublik Kampuchea international immer noch weitgehend isoliert, sieht man einmal von den revisionistischen Staaten Osteuropas, den revisionistischen Parteien Westeuropas und von Laos und Kuba ab.

Anerkannt wurde die VR Kampuchea bisher (soweit uns bekannt) von Vietnam, Laos, der DDR, der Sowjetunion, Polen, Bulgarien, Ungarn, der CSSR, der Mongolischen Volksrepublik, Afghanistan, Äthiopien und Kuba. Pakistan, das ursprünglich ebenfalls genannt wurde, „hat energisch Meldungen aus Hanoi demontiert, es habe das neue Regime in Kampodscha anerkannt. Die Regierung in Islamabad teile vielmehr

weiter die chinesische Auffassung über den Konflikt“ („SZ“, 24.1.79).

Die chinesische Kampagne gegen die angebliche „vietnamesische Invasion“ hat offensichtlich Früchte getragen.

Rumänien, das als einer der ersten Staaten 1970 die kambodschanische Exilregierung in Peking anerkannte und den Befreiungskampf der indochinesischen Völker stets unterstützte, fordert „den Abzug aller ausländischen Truppen vom Territorium Kampodschas innerhalb kürzester Zeit“ („Le Monde“, 12.1.79).

Jugoslawien, das „sich gehütet hatte, im somalisch-äthiopischen Konflikt und während der Ereignisse in Shaba Partei zu ergreifen“ („Le Monde“, 13.1.79), hatte die Befreiung Kampuchea als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines blockfreien Landes verurteilt, den Aufmarsch der Sihanouk-Truppe vor der UNO als

Benminister, Hermann Cubillos und dem Botschafter der VRCh in Santiago, Hu Cheng-fang, in dessen Verlauf letzterer Möglichkeiten vorschlug, in welcher Weise die beiden Länder in der UNO zusammenarbeiten könnten, um der vietnamesischen Aggression Kampuchea entgegenzutreten“ („SWB“, 24.1.79)!

Und Deng steigert die offene Kriegshetze gegen Vietnam unvermindert weiter. „Auf die Frage, ob seine Regierung in Peking angesichts der Entwicklung in Kampodscha eine Invasion Vietnams in Betracht ziehe, erwiderte der stellvertretende Ministerpräsident: „Wir können Vietnam nicht überall den wilden Mann spielen lassen. Im Interesse von Weltfrieden und Stabilität, und im Interesse unseres eigenen Landes könnten wir uns gezwungen sehen, gegen unseren Willen handeln zu müssen“ („Frankfurter Rundschau“, 1.2.79)!

das paßt nicht in die derzeit weltweit laufende Kampagne gegen Vietnam. So kommen denn die bürgerlichen Kommentatoren zu so akrobatischen Überlegungen: „Nach Thailand übergewechselte Zivilisten berichteten, ein großer Teil der kambodschanischen Bevölkerung arbeite anscheinend mit den Vietnamesen und der neuen Regierung zusammen. Beobachter werteten das Ausbleiben großer Flüchtlingsströme als Anzeichen dafür, daß die Kambodschaner ihre vietnamesischen „Befreier“ zwar nicht lieben, andererseits aber wohl der Meinung sind, etwas schlimmeres als das Pol-Pot-Regime könne nicht kommen“ („SZ“, 24.1.79).

Inzwischen sind von der CNUFNS und anderen Stellen Berichte über das Leben unter dem Pol-Pot-Regime veröffentlicht worden, die es verständlich erscheinen lassen, daß das

aber nicht vergessen, daß gerade die Buddhisten im Befreiungskampf Kampuchea eine wichtige Rolle gespielt haben und die „Abschaffung der Religion“ in wenigen Jahren wohl nicht durch Überzeugung, sondern nur durch „Abschaffung“ (d. h. Vernichtung) der Gläubigen erreicht werden kann. So ist es auch bezeichnend, daß im Zentralkomitee der CNUFNS der Präsident der patriotischen Buddhisten Kampuchea vertreten ist. Diese Organisation „warf Pol Pot 'Massaker' unter den Gläubigen vor“ und „erklärte sich bereit, aktiv am Wiederaufbau des Landes mitzuarbeiten“ („SZ“, 25.1.79).

Über den Aufbau neuer politischer und wirtschaftlicher Strukturen sind bisher nur wenige Einzelheiten bekannt.

In Pnom Penh wurden erst einmal die Voraussetzungen für die Rückkehr der 1975 ausgesiedelten Bevölkerung geschaffen. „Der Unrat, der seit Jahren in großen Haufen herumlag, wurde weggeschafft. (...) Die Stadtverwaltung hat die zurückkehrenden Landsleute, die vorbeiziehen, mit Nahrungsmitteln, Medizin und Kleidung versorgt, so daß sie ihre Reise fortsetzen können. Die unmittelbare Aufgabe, die sie in ihren Heimatstädten erwartet, besteht darin, sich in die Erntearbeit zu stürzen und die Vorbereitungen für die nächste Landwirtschaftssaison zu treffen“ (Khang Sarin, Vorsitzender des Revolutionären Volkskomitees von Pnom Penh, „VOKP“, 24.1.79).

„Eine andere wichtige Aufgabe, die uns derzeit erwartet und eine, die unsere revolutionäre Verwaltung in der allernächsten Zukunft durchführen muß, besteht darin, die Massen zu ermutigen, örtliche revolutionäre Verwaltungen durch Gründung von Selbstverwaltungskomitees in allen Dörfern, Kommunen, Distrikten und Städten aufzubauen.

Distrikten und Städten aufzubauen.

Diese Komitees werden eine vom Volk gewählte Verwaltung bilden, dem Volke treu und die Interessen und Sehnsüchte des Volkes repräsentierend. Die wahre Natur dieser Komitees ist vollständig verschieden von denen der verräterischen und reaktionären Pol-Pot/Jeng-Sary-Clique“ (ebenda).

In der Provinz Kompong Cham (nördlich des „Papageienschnabels“) wurden bereits „285 Volkskomitees für Selbstverwaltung und Solidaritätsgruppen für die Produktion gebildet“ („SPK“, 19.1.79).

Der neue „Volksbildungsminister Char Ven bezeichnete die 'Liquidierung des Analphabetentums' als eine der dringenden Aufgaben“ („SZ“, 24.1.79). „Erstmals seit vier Jahren erschien wieder eine Zeitung“ („SZ“, 27.1.79).

Asien-Australien Kommission



Heng Samrin vor Kämpfern der Befreiungsfront CNUFNS

Heng Samrin vor Kämpfern der Befreiungsfront CNUFNS

„legitim“ bezeichnet und die Frage gestellt: „Wenn man ungestraft in Kampodscha einfallen kann, warum nicht auch im Iran?“ („SZ“, 29.1.79) Die Koreanische Demokratische Volksrepublik („Nordkorea“) hat die Befreiung Kampuchea als „Herausforderung an die nationale Unabhängigkeit, Sozialismus und Frieden“ verurteilt („Pyongyang Times“, 13.1.79) und Vietnam aufgefordert, seine Truppen zurückzuziehen.

Von der neuen chinesischen Regierung kann man ja mittlerweile immer noch eine Steigerung ihrer „bündnispolitischen Fähigkeiten“ erwarten, wie das Angebot Dengs zu einer „großen Allianz“ USA-EG-Japan-VRCh anlässlich seiner USA-Reise zeigte. Deswegen dürfte die folgende Meldung nicht mehr besonders überraschen: „Radio Santiago (15.1.16.30 GMT) berichtete über ein Treffen zwischen dem chilenischen Au-

Die Hinterlassenschaften des Pol-Pot-Regimes werden beseitigt

Wenn man sich noch an die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse nach der Befreiung Kampuchea vom US-Imperialismus erinnert, so ist man erstaunt, wie die Berichte der CNUFNS über die Verbrechen der Pol-Pot-Clique in Nebensätzen verbannt werden. Nach der ersten Befreiung wurde jede Meldung über Massaker und Hinrichtungen begierig aufgegriffen und noch kräftig aufgeblasen - auch solche, die nachgewiesenermaßen erlogen und gefälscht waren, ging es doch um die Diskreditierung des Sozialismus. Heute würde ein Herausstellen solcher Berichte aber dazu führen, daß der These vom „vietnamesischen Einmarsch gegen den Willen der Bevölkerung“ einiger Boden entzogen würde. Und

Regime derart schnell zusammenbrach.

So wurde berichtet, „die Regierung Pol-Pot habe die Schulen des Landes geschlossen und sie als Waffenlager und Gefängnisse benutzt, wo Menschen gefoltert worden seien. Ein Reporter habe in den Klassenräume einer Schule in Pnom Penh „viele verwesene und aufgedunsene Leichen von Regimegegnern gefunden“ („SZ“, 22.1.79).

In den Pnom Penh umgebenden Provinzen „seien erste Massengräber entdeckt worden“ (ebenda).

Besonderer Stolz des Pol-Pot-Regimes war die „Abschaffung der Religion“ gewesen und auch unter vielen Linken hierzulande hatte die Tatsache, daß Pagoden in Reissilos umgewandelt worden waren, Begeisterung ausgelöst. Dabei sollte man

Zur Innenpolitik des Pol-Pot-Regimes

Der Sturz des Pol Pot-Regimes und damit die „2. Befreiung Kampodschas“ haben wie kaum zuvor die Frage nach dem Charakter dieses Regimes aufgeworfen. Auf die Frage nach der inneren Entwicklung Kampodschas kann selbstverständlich erst aufgrund genauester Untersuchungen eingegangen werden. Fakten dazu werden z.T. erst heute bekannt, bzw. sind heute überhaupt erst einordbar. Demgegenüber steht das Herangehen der Revisionisten, die schlicht erklären, der „Maoismus“ hätte zum Terror geführt und andererseits behaupten die internationalen Pol-Pot-Freunde, daß das kambodschanische Volk in spontanen Erhebungen brutale Exzesse durchführte, die selbstverständlich von Pol Pot niemals beabsichtigt waren. Beide Haltungen zeigen, daß Kampodscha lediglich als Vehikel zur Propaganda der jeweiligen Position benutzt wird.

Wir wollen in diesem Artikel beginnen, die Entwicklung in Kambod-

scha seit der ersten Befreiung (1975) zu beleuchten. In diesem Teil soll auf die Frage der Machtergreifung Pol Pot's eingegangen werden, auf den Terror im Land und den Widerstand dagegen und auf die chinesischen Drahtzieher, die den Konflikt kräftig anheizten.

Liquidierung der volksdemokratischen Macht in Kambodscha

Kambodscha war bekanntlich lange vor der Befreiung am 17.4.1975 weitgehend befreit. Bereits 1973 waren 4/5 des Landes in der Hand der FUNK (Befreiungsfront Kampodscha), Ende 1974 spricht die FUNK von 90% des Territoriums. Einzelne Provinzen, wie die an Vietnam angrenzenden Rattanakiri, Mondokiri u.a. waren schon Ende der sechziger Jahre in Händen der FUNK. So wurde am 17.4.75 „nur“ noch die Hauptstadt Pnom Penh mit allerdings 3 Mio. Einwohnern (knapp 40%) der Herrschaft Lon Nols entrissen.

In den befreiten Gebieten bestand bereits vor dem Fall Pnom Penhs „eine demokratische und gesunde Macht“, existierte ein „rechtmäßiger und legaler Staat, der als solcher mit allen seinen Eigenschaften, mit seinen Planungs-, Leitungs- und Exekutivorganen funktionierte“ so die FUNK in einer Broschüre „Das befreite Gebiet Kambodscha“, 1974, S. 17).

Grundlage dieser Macht war ein System der Volksmacht. „Auf allen Verwaltungsebenen... wurden Komitees der FUNK gegründet“ (S. 17). Die Komitees arbeiteten als „Organe des Staatsapparates“, stellten die „Administration des befreiten Gebietes“ dar (S. 16). „Die Organe der Volksmacht“ wurden „demokratisch unter den Vertretern aller sozialen Schichten der Bevölkerung gewählt“ (S. 17).

Die damals existierende Volksdemokratie in Kambodscha hatte den

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von S. 58

Charakter einer neudemokratischen Entwicklung, wie sie bereits 1970 im Programm der FUNK programmatisch festgelegt wurde (siehe auch „Peking Rundschau“ 19.5.70).

Entsprechend den 1975 bestehenden Errungenschaften, und im Einklang mit dem Programm der FUNK wurde Kambodscha nach der Befreiung 1975 kein sozialistischer, sondern ein demokratischer Staat. In der Erklärung des Nationalkongresses vom Februar 1975 heißt es entsprechend: „Im Innern des Landes nehmen die FUNK und die GRUNK (Regierung der FUNK, Red.) im Namen der Nation und des Volkes von Kambodscha das Schicksal in die Hand. Sie halten sich an die Politik der breiten Einheit der ganzen Nation und des ganzen Volkes ohne Unterschied der sozialen Klassen, politischen Tendenzen und Religionen und ohne Berücksichtigung der Vergangenheit jedes einzelnen mit Ausnahme der sieben Verräter Lon Nol...“ (S. 40).

Die Entwicklung nahm einen anderen Weg als die FUNK geplant hatte: unter Führung Pol Pot's und Ieng Sary's wurden die oben skizzierten Errungenschaften liquidiert.

Schon die Evakuierung Pnom Penhs sofort nach der Befreiung April 1975 muß als ein wesentlicher Schritt zum Zwangsstaat gesehen werden. Ungefähr 3 Mio. Menschen wurden bei genauer Betrachtung grundlos umgesiedelt, gegen ihren Willen, wie sich heute zeigt (Zehntausende sind in Kambodscha unterwegs auf der Rückkehr in ihre Heimatorte, „SZ“, 29.1., unter Berufung auf Meldungen aus Kambodscha.). Es liegt auf der Hand und ist von den alten kambodschanischen Führern z.T. nicht bestritten worden, daß eine solche Evakuierung in kurzer Zeit (2-3 Wochen) nur mit Zwangsmaßnahmen und unter hohen Verlusten erreichbar ist. Ieng Sary selbst hat in einem Interview im „Spiegel“ vom 9.5.77 zugegeben, daß bei der Evakuierung Pnom Penh's mehrere Tausend Menschen umkamen. Entscheidend scheint aber, daß systematisch die Bevölkerung in allergrößter Zeit dezentralisiert wurde (auch andere Städte wurden offenbar evakuiert) und Ballungszentren durch Evakuierung beseitigt wurden.

Weitere entscheidende, für uns sichtbare Veränderungen fanden im Jahr nach der Befreiung, im April 1976, statt. 1976 wurde ein neuer Nationalkongress gewählt. Die Regierungsbildung am 14.4.1976 brachte vor allem Veränderungen in der Staatsführung. Mit wenigen Ausnahmen wurde die gesamte alte Führungsmannschaft der FUNK/GRUNK abgelöst, selbst Khieu Samphan, bekannter Führer der FUNK, erhielt nur den machtlosen Job des Staatspräsidenten; Sihanouk, Penn Nouth u.a. wurden abgesägt oder auf untere Ränge versetzt. Der bis dahin unbekannte Pol Pot erhielt dagegen den höchsten Posten: Ministerpräsident. Einige Zahlen verdeutlichen die Kräfteverschiebung: In der 1976 gebildeten Regierung ist gerade noch ein Mitglied der alten GRUNK von 1970 und 4 Mitglieder der GRUNK von ca. 1974/75 (alle Angaben lt. Pressekommission der 1. Plenartagung des Nationalkongresses vom 14.4.76; „PR“, 19.5.76 sowie verschiedene Einzelausgaben aus 1974/75).

Die neue Führungsmannschaft stellt zudem eine langjährig zusammenarbeitende Gruppe dar: Ieng Sary, Son Sen, Nuon Chea und angeblich Pol Pot gingen ca. 1963 gemeinsam in den politischen Untergrund - zwei weitere gehören ebenfalls dazu, Ieng Thirith und Yun Yat, verheiratet mit Ieng Sary bzw. Son Sen (lt. „Far Eastern Economic Review“, 21.10.77). Dies verstärkt die Vermutung, daß bereits 1976 eine politisch übereinstimmende Gruppe die Führung der FUNK übernahm. Sie muß andere Zielsetzungen gehabt haben, sonst wäre ein Führungswechsel sicherlich überflüssig.

Nach der Ernennung dieser Regierung verschwand der Nationalkongress mit seinen Gremien in der Versenkung. Obwohl wörtlich festgelegt ist, daß er „einmal im Jahr“ seine Plenartagung durchführen soll, „um die Linie der Innen- und Außenpolitik festzulegen“ („Pressekommission...“) hat es nach dem 14.4.1976 bis zum 7.1.1979 keine weitere Sitzung gegeben. Es gibt ebenfalls keinen einzigen Hinweis darauf, daß irgendein anderes Gremium („Ständiger Ausschuss“ des Nationalkongresses etc.) jemals tagte.

Herbst 1977: Putsch der Pol Pot-Clique

Nach Auseinandersetzungen innerhalb der kambodschanischen Führung (allerdings auf Ebenen unterhalb der Regierung) - im Juli 1977

wurde nach Angabe der „Liberation“ und W. Burchett „eine Fraktion ausgeschaltet“ („Liberation“, 2.7.78) - wurde eine neue Phase eingeleitet. Am 28.9.77 gab Pol Pot „die Phase der proletarischen Diktatur“ bekannt und stellte fest, daß es nur noch „Feinde in Form von verschiedenen Spionageringen“ und „eine Handvoll reaktionärer Elemente ... ca. 1-2 % der Bevölkerung“ gibt („Radio Pnom Penh“, 28.9.77 lt. „SWB“, 5.10.77). Da laut Pol Pot „98-99 % der Bevölkerung die sozialistische Revolution führen“ ist es nur logisch, daß „gegen den Feind und die Handvoll reaktionärer Elemente“ die „proletarische Diktatur ernst und resolut“ angewandt wird („SWB“, 5.10.77). Machtorgan der „proletarischen Diktatur“ ist nunmehr die „K“P Kampuchea: es ist die „Proletarische Diktatur der Partei“ (wörtlich Pol Pot lt. „SWB“, 5.10.77). Die Partei wurde ebenfalls erst mit Einführung dieser neuen Phase der erstaunten Öffentlichkeit bekanntgegeben. Obwohl angeblich schon 1960 gegründet (so Pol Pot), existierte sie 17 Jahre lang (davon 2 Jahre nach der Befreiung!!) in der Illegalität - ohne auch nur einen Ton von sich zu geben (wir haben auch hier unsere Radiobereiche durchforstet und nichts gefunden, wir haben in Archiven deswegen Berichte von 1960, 1970 und 1975 durchgesehen - auch nichts gefunden - es gibt keinen Hinweis auf solch eine Partei!). Über diese Partei ist auch sonst nichts bekannt, keine programmatischen Aussagen, keine Führungsstruktur, keine personelle Zusammensetzung - und das über einen Zeitraum von 17 Jahren!?

Allerdings gab es revolutionäre Gruppierungen, die sich 1970 in der FUNK zusammengeschlossen hatten. Diese arbeiteten eng mit den vietnamesischen Genossen zusammen (so Sihanouk am 19.6.1969 lt. „SWB“, 20.6.69). Es liegt nahe, daß es sich bei den „Fraktionen“, die Pol Pot ausschaltete, um genau diese Kräfte handelte (die jetzt z.T. in der CNUFNS sind). Es wundert nicht, daß in der Führung dieser neuen „Partei“ Pol Pot, Ieng Sary und einige ihrer Mannen sitzen (das sind auch die einzigen bekannten Funktionäre...). Pol Pot wurde kurzerhand auch ZK-Sekretär und damit höchster Chef dieser „Partei“. Die Pol Pot Gruppe avanciert damit zum absoluten Machtorgan, das als Machtorgan dieser „proletarischen Diktatur“ an nichts mehr gebunden ist. Die Machtergreifung, die infolge der Ausschaltung der Widersacher („Fraktion“) als Putsch begriffen werden muß, beinhaltet gleichsam eine mit sozialistischer Phraseologie verbrämte Festschreibung des Terrors im Innern als Mittel „der proletarischen Diktatur“ gegen „Spionageringe“...

Das Bild rundet sich ab: Nach der Ausschaltung der zentralen und lokalen Volksmachtstrukturen bis zum Herbst 1977 folgt die Ausschaltung der oppositionellen politischen Funktionäre und damit verbunden die absolute Machtergreifung durch Pol Pot und die Oppositionellen politischen Funktionäre und damit verbunden die absolute Machtergreifung durch Pol Pot & Co. Damit wurden die Errungenschaften der kambodschanischen Volksdemokratischen Revolution (vorerst) vollständig beseitigt.

Es wird niemanden verwundern, daß diesem Putsch acht Wochen später die offene Eskalierung des Grenzkrieges gegen Vietnam folgte - die von Pol Pot bereits zur Machtergreifung angekündigt wurde: „Kambodscha hat viel Territorium verloren“ und besteht „in reduzierten Grenzen“ (so Pol Pot in seiner Rede lt. „SWB“, 5.10.77). Damit konnten nur die schon von Sihanouk 1964 geforderten südvietsamesischen Gebiete des Mekong-Delta gemeint sein („NZ“, 7.1.1964).

Wilfried Burchett berichtet über dies in der Zeitschrift „Afrique-Asie“ 179 (Januar 1979) davon, daß es „von Februar 1977 bis Mai 1978 in verschiedenen Landesteilen sechs große militärische Aufstände gegen Pol Pot“ gegeben habe. Auch die fortgesetzten Ausschaltungen von Fraktionen belegen die Existenz des Widerstandes. Das Pol Pot-Regime gab alleine 1978 mehrere „Putschversuche“ bekannt, die mißglückt seien.

Insofern deutet dies auch darauf hin, daß sich Pol Pot nur durch brutale Unterdrückung des Widerstandes durchsetzen konnte, nur durch diese Unterdrückung die Volksmachtstrukturen liquidieren und 1977 über seinen Putsch die absolute Macht ergreifen konnte.

Dieser Widerstand war es aber auch, der die „schnelle“ Befreiung Kambodschas erklärt. Burchett, der zu dem Zeitpunkt selbst in Indochina war, gibt z.B. an, daß bereits am 28. Mai 1978 mehrere Einheiten der Divisionen 280 und 290 in Pnom Penh meuterten und „die zu Vietnam benachbarten Ostprovinzen, insgesamt eine Fläche von 15.000 qkm befreiten“ („Afrique-Asie“, No. 179, Januar 1979).

Terror gegen das Volk

Es wäre unsinnig zu glauben, die Bevölkerung hätte eine solche Entwicklung freiwillig mitgemacht, oder gar die revolutionären, oppositionellen politischen Kräfte.

Bereits die Zwangsumsiedlungen müssen zu enormen Verlusten geführt haben. Die CNUFNS bzw. der „Revolutionäre Volksrat“ hat jetzt Massengräber in der Umgebung Pnom Penh's sowie als grausame Gefängnisse umgebaute Schulen (mit Zellen von 1,5 qm!) entdeckt. Diese Beweise zeigen, wie Pol Pot mit seinen „Widersachern“ umging.

Auch die Fluchtbewegung beweist dies. Anders als in Vietnam flüchteten Hunderttausende nicht ins westliche Ausland (Thailand), sondern nach Vietnam. Die Zahlen dieser Flüchtlinge schwanken zwischen 500.000 („FAZ“, 3.7.78) und mehreren Hunderttausend (W. Burchett in „Afrique-Asie“, No. 179/1979). Die Flüchtlinge sind nicht vor einem fortschrittlichen Staat in „den Westen“ geflüchtet, sondern eben gerade in einen sozialistischen Staat!

Widerstand hat es in Kambodscha unseren Angaben nach in Hülle und Fülle gegeben - der allerdings brutal niedergeschlagen wurde. Bereits im Herbst 1977 rief die Pol Pot-Verwaltung zur Verteidigung der Provinzen Rattanakiri, Svay, Rieng und Kampot Cham auf („SWB“, 28.6.77, 15.8.77 und 9.11.77). Dies sind bemerkenswerterweise die Provinzen, die 1979 als erste befreit wurden!!

Kambodscha - eine Provinz Chinas

Das Pol-Pot-Regime ist ohne die neuen Machthaber in China völlig undenkbar gewesen. Tatsache ist, daß sowohl die Machtergreifung Pol Pots als auch der Auftakt der Grenzprovokationen gegen die SR Vietnam in Peking besiegelt wurden!

Ende September 1977 war eine kambodschanische Delegation in Peking, die aus Pol Pot, Vorn Vet (ehemaliger Wirtschaftsminister) und Thiounn Thiounn (Minister für Gesundheit) bestand. Am 28.9. gab Pol Pot in Peking die Existenz der „K“P Kambodschas bekannt und stellte sich gleichzeitig als deren Vorsitzender vor („SWB“, 30.9.77). Kurze Zeit später traf Ieng Sary in Peking ein („SWB“, 9.10.77). Erst am 22.10.77 reist Pol Pot aus Peking wieder ab. Daraufhin trifft eine neue Delegation aus Kambodscha in Peking ein. Sie besteht aus Kieu Samphan, Nuon Chea, Son Sen, Mey Prang, Cheng An, Ieng Thirith und Yun Yat. D.h. praktisch die gesamte Regierung plus Staatspräsident befinden sich unmittelbar nach der Machtergreifung der „K“P für Wochen in Peking! In der Folge sind sämtliche Auslandsbesuche kambodschanischer Führer mit den chinesischen Machthabern abgesprochen worden. Ieng Sary fährt vor seinem UNO-Auftritt nach Peking (9.10.) und erstattet hiervon Rapport (s. „SWB“ vom 12.10. und 18.

9.10.) und erstattet hiervon Rapport (s. „SWB“ vom 12.10. und 18.10.77), usw.

Die einzige (!) kambodschanische Auslandsbotschaft existiert seit 1977 in Peking. Selbst die UNO hatte keine direkte Anlaufstelle in Kambodscha, sondern besaß lediglich eine Anlaufstelle in Peking. Am 14.11. eröffnete Kambodscha seine einzige Auslandstelefonverbindung - nach China („SWB“, 14.11.77)...

Nach dem langen Besuch der kambodschanischen Staatsführung in Peking begann der offene Provokationskurs Kambodschas gegen Vietnam. Pol Pot hatte ja schon bei seinem langen Peking-Besuch erklärt, daß Kambodscha „viel Territorium“ verloren habe und jetzt nur noch „in reduzierten Grenzen“ bestehe („SWB“, 5.10.77). Eineinhalb Monate später begannen die Aggressionen gegen die SR Vietnam. Der Provokationskurs war seit längerem vorbereitet, wahrscheinlich aber auch mit den chinesischen Führern abgesprochen - wenn nicht von ihnen in Szene gesetzt!

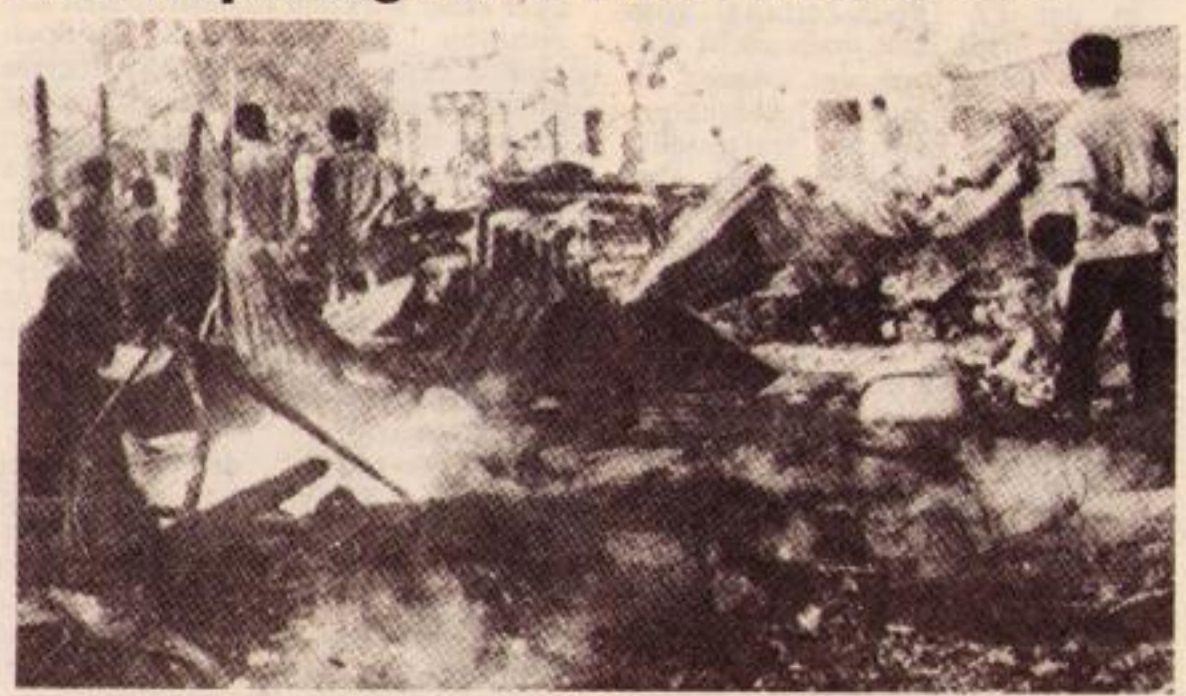
Auch das direkte Engagement der VR China in Kambodscha - die bürgerliche Presse spricht von 20.000 chinesischen „Beratern“ bei rund 8 Millionen Einwohnern - spricht Bände über die Verantwortung Chinas für die Zustände in Kambodscha. Zweifellos ist es auch kein Zufall, daß diese Entwicklung kurz nach dem Rechtsputsch Huas und der erneuten Machtergreifung Teng's einsetzte.

Die Beteiligung der chinesischen Machthaber an diesem erneuten Indochina-Konflikt läßt sich schon deshalb nicht ableugnen, weil sie selbst die Aggressionen an der chinesisch-vietnamesischen Grenze und „das Flüchtlingsproblem“ geschaffen haben, um die sozialistische Entwicklung in Vietnam aufzuhalten.

Asien-Australien Kommission

„Dreißig Tage mit den Vietnamesen“

Eine Reportage von Wilfred Burchett



verwüstetes vietnamesisches Dorf an der Grenze zu Kampuchea

In der neuesten Nummer der „Afrique-Asie“ (Nr. 179, 22.1. - 4.2.79) ist mit dem Abdruck einer Artikel-Serie des langjährigen Indochina-Kenners (und -Freundes) W. Burchett begonnen worden. Burchett ist erst vor kurzem von einer langen Reise aus Vietnam zurückgekehrt, berichtet als Augenzeuge also authentisch von der Situation. Wir geben den Text im Folgenden im wesentlichen in den Teilen wieder, die als direkter Augenzeugenbericht zustande gekommen sind. Andere Teile sind z.T. dem AK-Leser bekannt und die allgemeineren Teile zur Gesamteinschätzung lohnen nicht, da sich Burchett hier inzwischen so weit den Positionen der Sowjetunion angenähert hat (revisionistische „Maoismus-Kritik“), daß sie nur seine Meinung wiedergeben.

„Wie die meisten fortschrittlichen Menschen auch, die den Kampf des kambodschanischen Volkes gegen den US-Imperialismus und das widerwärtige Lon Nol Regime unterstützt haben, weigerte ich mich zuerst, die schrecklichen Geschichten zu glauben, die die kambodschanischen Flüchtlinge erzählten. Grausamkeiten, Massaker an ganzen Familien, Zwangsarbeit, das Auseinanderreißen von Verwandten, Massenheiraten von Paaren, die gar nicht zustimmten, Hunger überall, die Liquidierung von Intellektuellen! Und das alles im Namen des Sozialismus!“

Welcher fortschrittliche Mensch konnte an so etwas glauben? Im Laufe der Monate jedoch häuften sich die Beweise. Flüchtlinge, die aus allen Provinzen Kambodschas und aus sehr unterschiedlichen sozialen Schichten kamen, erzählten Geschichten, die sich auf schreckliche Weise glichen. Zudem wurde eine Mauer des Schweigens über das Land verhängt, aus der keine Nachricht herauskommen konnte. Das gab zu Mißtrauen Anlaß.

Das gab zu Mißtrauen Anlaß.

Ich hatte damit gerechnet, in das Land zurückkehren zu können, da ich einer der ersten und enthusiastischsten Verteidiger der kambodschanischen Revolutionäre war. Ich war sicher, dort Fakten finden zu können, die das schreckliche Bild korrigieren konnten, das man überall von Kambodscha zeichnete. Aber meine unzähligen Vorstöße in dieser Richtung blieben ohne Antwort. Ich war darüber umso mehr überrascht, da ich Sihanouk im Oktober 1975, kurz vor seiner endgültigen Rückkehr nach Kambodscha noch getroffen hatte und er mir versprach, daß ich „einer der ersten, wenn nicht der erste Journalist sein würde, der das Land betreten darf.“

Eine weitere Überraschung war, daß die ersten, die akzeptiert wurden, keine Kenner der kambodschanischen Probleme waren - mit der Ausnahme vielleicht von Vittorovitch, einem jugoslawischen Dokumentarfilmer. 1978 drehte er einen Film über das Kambodscha Pol Pots, der ein düsteres Bild zeichnete, und eines Tages vertraute er mir an: „Ja, das ist schrecklich. Aber die Realität ist noch hundertmal schlimmer als ich sie jemals beschreiben könnte.“

Nachdem ich Dutzende kambodschanischer Flüchtlinge chin. oder vietn. Herkunft befragt hatte, bin ich selbst auch zu dem traurigen Schluß gekommen, daß die abstoßendsten Geschichten noch unterhalb der Wahrheit liegen. In 40 Jahren Journalismus haben ich etwas ähnliches noch niemals gehört.

Wer die Präambel des 11-Punkte-Programms der CNUFNS, gegründet am 2. Dezember 1978, durchliest, kann sich ein Bild von dem machen, was Kampuchea seit dem 17.4.1975, am Tag des Sturzes des Lon Nol-Regimes, durchgemacht hat.

(Es folgen ausführliche Zitate aus dem auch im AK abgedruckten

Programm)...

Das Programm macht auch verstehen, daß die Bildung der CNUFNS kein Zufall war: sie ist die natürliche Konsequenz einer dreijährigen, unerträglichen Unterdrückung. Übrigens hat es von Februar 1977 bis Mai 1978 in verschiedenen Landesteilen sechs große militärische Aufstände gegen Pol Pot gegeben. Der wichtigste dieser Aufstände hatte am 28. Mai 1978 begonnen: mehrere Einheiten der Divisionen 280 und 290 aus Pnom Penh meuterten und befreiten die zu Vietnam benachbarten Ostprovinzen, insgesamt eine Fläche von 15.000 qkm.

Einer der Führer dieser Revolte war So Phim, (ehemaliger) Vizepräsident Kampuchea, Stellvertreter der Kommandeure der Streitkräfte und Präsident des Politbüros der Partei in der Zone 203. 30 Bataillone nahmen am Aufstand teil. Sie wurden von zahlreichen Deserteuren der Pol Pot-Armee und einer großen Anzahl der 400.000 kambodschanischen Flüchtlinge in Vietnam verstärkt.

Man wird sich nicht weiter verwundern, daß die 14 Mitglieder des Komitees der CNUFNS hochgestellte ehemalige politische oder militärische Führer der Khmer Rouges sind, die der Meinung waren, daß Pol Pot und Ieng Sary die Revolution verraten haben. (...)

In der Tay Ninh Provinz in Süd-Vietnam bin ich während meines letzten Aufenthalts dort im Dezember 1978 unter Beschuß von kambodschanischem Bomben-Feuer geraten. Ich habe ausgelöschte Dörfer gesehen, andere waren evakuiert worden. Kambodschanische Kommandos führten nächtliche Überfälle auf vietnamesisches Gebiet durch. Huynh Van Luan, Mitglied des Volkskomitees der Provinz Tay Ninh, sagte mir damals: „Seit September 1977 haben wir 1181 Tote und fast ebensovielen Verletzte in unseren Grenzdörfern

wir 1181 Tote und fast ebensovielen Verletzte in unseren Grenzdörfern zu beklagen. Wir mußten die Regionen, wo es Bombenangriffe und Kommando-Überfälle gab, evakuieren. Wir mußten 15.000 Hektar Land aufgeben und 71.000 Personen umsiedeln.“

Für das Recht der Völker

Das sind Zahlen nur für eine einzige Provinz. Später habe ich erfahren, daß entlang der gesamten Grenze zu Kambodscha 200.000 Hektar Land aufgegeben werden mußte und 1.250.000 Menschen evakuiert wurden.

Am 23. Dezember letzten Jahres gewährte Pol Pot ein Interview an Elizabeth Becker von der „Washington Post“ und an Richard Dudman vom „Saint-Louis Post Dispatch“. Er erzählte ihnen: „Wir greifen sie an, um zu verhindern, daß sie in bestimmte Zonen unseres Territoriums einsickern. Aber wenn sie doch Erfolg in ihren Bemühungen hätten, dann werden sie es schwer haben, davonzukommen.“ (nach „International Herald Tribune“ vom 3.1.79). Das beweist, daß es am 23. Dezember 1978 keine vietnamesischen Truppen auf kambodschanischem Gebiet gab, daß im Gegenteil die Kambodschaner „präventiv“ angriffen. Tatsache ist, daß es heute in Pnom Penh eine Regierung gibt, die für das kambodschanische Volk die elementaren Rechte wiederherstellen will und die bereit ist, einen Freundschafts- und Friedensvertrag mit Vietnam auszuhandeln. Wer ein Anhänger des Friedens ist und an die Menschenrechte glaubt, der kann die CNUFNS nur beglückwünschen. Und er kann die Vietnamesen beglückwünschen, die ihr geholfen haben.“

Wilfred Burchett

Übersetzung: KB/Gruppe Bielefeld

So sehen's die anderen

Poch (Schweiz)

In der PZ (Poch-Zeitung) vom 11. Januar wird eine noch recht vorsichtige Bewertung der „neuen Situation in Kampuchea“ vorgenommen. Es wird zunächst festgestellt: „Mit Hilfe Vietnams über deren Ausmaß liegen widersprüchliche Informationen vor - kontrolliert die Nationale Einheitsfront zur Rettung Kampuchea den größten Teil des Landes.“ Zwar will man sich auf das „Ausmaß“ der vietnamesischen Hilfe nicht festlegen, die Theorie von einer angeblichen vietnamesischen „Invasion“ oder „Aggression“ wird jedoch nicht vertreten.

Nach einer etwas zaghaften Distanzierung von der Pol-Pot-Regierung wird ihr schneller Sturz auf den ausserordentlich „starken inneren Widerstand gegen das Regime“ zurückgeführt. Allgemeiner schätzt die Poch ein: „...beim neuen Konflikt um Kampuchea handelt es sich nicht allein um eine rein innere Angelegenheit dieses Landes und trotz des weit in die Geschichte zurückreichenden Konfliktes zwischen Vietnam und den Khmers um Territorien ist der ganze Problemmassstab überschattet von der Spaltung innerhalb der kommunistischen Weltbewegung, denn diese hat den Raum geschaffen, solche Auseinandersetzungen unter den antiimperialistischen Kräften selbst.“ Dafür werden die „Provokationen an der chinesisch-vietnamesischen Grenze, die Verleumdung Vietnams als „asiatisches Kuba“ (...) durch Pol-Pot und gewisse chinesische Veröffentlichungen“ angeführt.

Die Poch appelliert schließlich, den Konflikt zwischen Kampuchea und Vietnam auf Grundlage der Prinzipien der Blockfreiheit zu lösen.

Niederlande

Ohne sich die Mühe eines konkreten Nachweises zu machen, wird in „Klassenstrijd“, der Zeitung des Internationalen Kommunistenbonds (IV. Internationale), eine „Besetzung (Kampuchea) mit regulären Truppen des Staates Vietnam“ behauptet. Bei aller Mühe, über eine Untersuchung des politischen Charakters von Vietnam und Kampuchea die Vorgänge begreiflicher zu machen, landet der Artikel dann doch nur bei trotzkistischen Ladenhütern. Im Titel „Stalinismus hemmt den Aufbau des Sozialismus in Indochina“ war man eigentlich schon vorgewarnt, im Text selbst wird - nach richtiger Benennung der Kriegsfolgen wie des von der UdSSR und der VR China ausgeübten Druckes - dann kurzgeschlossen, daß alles am „stalinistischen Dogma vom Sozialismus in einem Land“ liege. „Auch hier wieder wird der Kampf gehemmt durch die trau-

rige Wirklichkeit des faktischen Zusammengehens von imperialistischen und stalinistischen Interessen gegenüber einer wirklich sozialistischen Revolution.“ Der Kommentar, der noch einmal breit die Probleme Vietnams aufzählt und hierbei besonders auf die von der VR China ausgehenden Pressionen eingeht, schließt mit den Worten: „Ohne auch nur im geringsten die vietnamesischen Schritte zu unterstützen, ist die permanente Solidarität in Wort und Tat mit unseren vietnamesischen und kambodschanischen Genossen im Kampf für den Sozialismus heute nötiger denn je.“ („Klassenstrijd“, Nr. 19, 27.1.79).

In „Bevrijding“, der Zeitung der Pacifistisch-Socialistische Partij (PSP), wird die Entwicklung in Vietnam und Kampuchea in den letzten Jahren dargelegt und bezüglich der aktuellen Lage ausgeführt: „Gegen die rigorosen und blutigen Maßnahmen der Pol Pot-Herrschaft in Kampuchea blieb der Widerstand nicht aus. Vietnam, das von Flüchtlingsströmen und Grenzkriegen auch von diesem Regime getroffen wurde, begann diesen Widerstand zu unterstützen. Die Opposition in Kampuchea wurde bewaffnet und militärisch unterstützt bei ihrem gelungenen Versuch, das Schreckensregime von Pol Pot zu verjagen. Die Schnelligkeit, womit dies möglich schien, sagt viel über die Unterstützung, die das Schreckensregime unter dem Volk hatte. Ob vietnamesische Truppen in Kampuchea mitgekämpft haben, steht noch nicht fest... Aber auch wenn vietnamesische Truppen mitgekämpft haben, ist das nicht ohne weiteres zu verurteilen. Im Rode Cirkel (ein Radioprogramm - Anm. AK) zog Karel Roskam einen Vergleich mit dem Sturz des Regimes von Amin von ausen. Wer würde das verurteilen?“ - Weiter lehnt die PSP die Anerkennung Sihanouks als Vertreter Kampuchas ab, da dieser „nur den Standpunkt der neuen Achse Washington-Peking“ vertritt. Der Artikel schließt mit der Hoffnung nach „Aufhellung der wirklichen Geschehnisse in und um Vietnam“, da dies nicht nur von Bedeutung für die Unterstützung des vietnamesischen Volkes ist, sondern „auch für den sozialistischen Kampf in unserem eigenen Land.“

In einer „Erklärung“ der Parteiführung der PSP heißt es u.a.: Die Führung der PSP stellt fest, daß der kambodschanische Widerstand mit Unterstützung Vietnams das Regime von Pol Pot verjagt hat.

Die Probleme in Vietnam dürfen kein Alibi werden, um die Hilfe für dieses Land zu beenden...

Die PSP verlangt von der Regierung:

- Anerkennung der neuen Regierung in Kampuchea und ein Angebot zur Hilfe beim Aufbau des Landes - mehr Entwicklungshilfe für Vietnam.“ (nach „Bevrijding“, Nr. 1, 20.1.79).

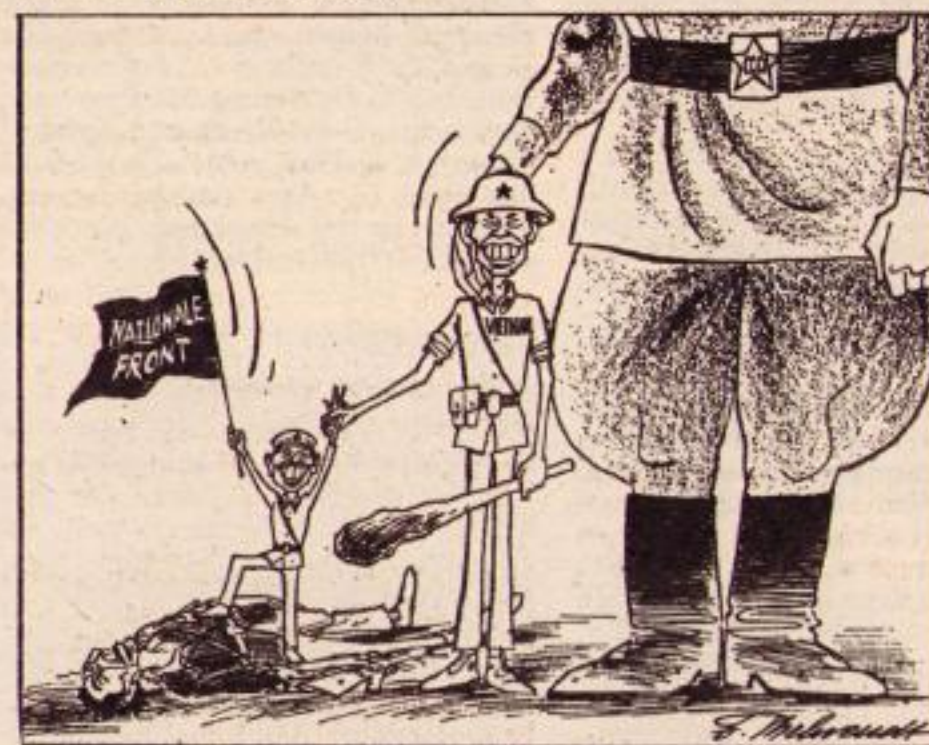
Niederlande-Kommission

Niederlande-Kommission

Lutte Ouvriere (Frankreich)

Beachtlich im insgesamt recht eintönigen Spektrum der „4. Internationalen“ ist die Stimme der französischen trotzkistischen Organisation Lutte Ouvriere: „Es ist unmöglich, die Intervention vietnamesischer Truppen in Kampuchea einzuschätzen, ohne das Verhalten der kambodschanischen Bevölkerung dazu in Betracht zu ziehen. Was dies angeht, wird alles davon abhängen, wie sich die neuen Herrscher verhalten und welche Verbindungen sie zur Bevölkerung aufbauen.“

Wenn das neue Regime keine allgemeine Unterstützung gewinnen kann und sich zur Erhaltung seiner Macht auf die vietnamesischen Truppen stützen muß, wird Vietnam selbst in Mitleidenschaft gezogen werden. Aber wenn das neue Regime die Unterstützung des Volkes gewinnt, wird die vietnamesische Intervention gerechtfertigt sein, auch wenn Vietnam deshalb auf der internationalen Szene angeklagt wird...“ („Class struggle“, Febr. 79).



„Verwandte Seelen“ links: aus „F.A.Z.“ v. 16.1.79 rechts: aus „Beijing Rundschau“ (ehem. „Peking Rundschau“) v. 16.1.79

Belgien

400 Teilnehmer verzeichnete nach eigenen Angaben eine „Solidaritätsdemonstration“ mit dem Pol Pot-Regime am 20.1. in Brüssel.

Aufgerufen hatten die belgischen Vaterländler Gruppen Amada, PCMLB, UCMLB nebst jeweiligen Bündnisorganisationen sowie eine türkische ML-Gruppe.

Es war versucht worden, unter Zuhilfenahme eines Tricks, nämlich der Einbeziehung des eritreischen Befreiungskampfes, die Beteiligung zu erweitern, was kaum gelungen ist.

(Zentrale Parole: „Kambodscha - Eritrea - Unabhängigkeit gegen die durch die Sowjet-Union organisierte Aggression“.)

Aggression“.)

„Arbeiterbund“ München: Zusammenbruch eines Weltbilds

Die jüngsten Ereignisse in Indochina haben beim „Arbeiterbund“ München offensichtlich die seit langem überfällige Krise seines schizophren Weltbildes zum Ausbruch gebracht. Dieses Weltbild ergab sich aus dem Festhalten an der bedingungslosen Unterstützung der jeweils herrschenden chinesischen Führung, bei weitestgehender Anpassung an die DKP auf allen anderen Gebieten. Daß die „Arbeiterbund“-Führer diesen schrecklichen Konflikt bisher durchgehalten hatten, zeugt von einer bemerkenswerten naiven Robustheit. Nun aber scheint die äußerste Grenze erreicht: Über die jüngsten Ereignisse in Indochina war im ZK des „Arbeiterbund“ keine Einigkeit zu erzielen! Einigen konnte man sich lediglich darauf, „daß es zur Zeit keine Einschätzung dazu geben kann, weil die Klärung und sorgfältige Prüfung wesentlicher Fragen noch aussteht“. („KAZ“, 21.1.79). Es sollen nun einzelne Mitglieder des ZK des „Arbeiterbund“ in der „KAZ“ ihre unterschiedlichen Auffassungen zu diesem Thema veröffentlichen.

Bisher sind zwei Stellungnahmen veröffentlicht worden („KAZ“, 21.1.), eine von Thomas Schmitz-Bender (Mitbegründer des „Arbeiterbund“ bzw. von dessen Vorläufer; eine der obersten Autoritäten im „Arbeiterbund“), und eine von einem (einer?) E. P. Beide Stellungnahmen unterstützen, mit kleinen Nuancen und einigen offenen Fragen, im Wesentlichen die Position Vietnams. Das entspricht auch der Politik des „Arbeiterbund“ in den

letzten Monaten, der eine Solidaritätskampagne der DKP für Vietnam engagiert mitgetragen hatte. Es wird von Interesse sein, wenn die „KAZ“ demnächst auch Gegenstimmen aus dem Kreis der „Arbeiterbund“-Führung veröffentlicht wird. Eine besondere Rolle kommt dabei sicher der Stellungnahme der „Arbeiterbund“-Chefin Helge Sommerrock zu, die aus der „KAZ“ vom 21.1. noch nicht ersichtlich ist.

Einige Punkte aus der Stellungnahme von Thomas S.-B.: „Dieses Regime war es wert, von revolutionären Kräften gestürzt zu werden! Die Frage nach dem Regime, das in Kampuchea herrschte, ist in der Tat von ausschlaggebender Bedeutung für die Stellung, die wir heute beziehen und beziehen müssen...“ „Niemand kann Vietnam das Recht streitig machen, Grenzübergänge zurückzuschlagen und den Angreifer bis auf dessen Territorium zu verfolgen, soweit dies zur Unterbindung der Aggressionsakte notwendig ist...“ „Wer fragt, ob sich die Truppen der sozialistischen Republik Vietnam in Kampuchea befinden, hat zur Kenntnis zu nehmen, daß die vietnamesische Regierung dies ausdrücklich verneint...“ Thomas S.-B. schreibt zwar, er könne die Vorwürfe Vietnams gegen China noch nicht beurteilen, gibt jedoch immerhin zu: „Tatsache ist allerdings, daß mit der ‚Drei-Welten-Theorie‘ von Führern der VR China seit einiger Zeit bürgerlich-nationalistische Auffassungen über das Verhältnis zu anderen Staaten vertreten werden.“ Das ist zwar nicht sensationell und

auch nicht gerade tiefschürfend, aber angesichts des bisherigen totalen Schweigens des „Arbeiterbund“ zur chinesischen Außenpolitik immerhin als kühner Schritt zur Wiedereingasetzung stillgelegter Gehirnteile zu werten.

Insgesamt unentschiedener und fragender ist die Stellungnahme von E.P. in der selben „KAZ“: „Ich selbst sehe mich noch nicht in der Lage, die Berechtigung des Sturzes der Regierung von Kampuchea zu beurteilen. Denn die wichtigste Frage ist für mich noch nicht geklärt: ob es ein gerechter Kampf war, der gegen die Regierung mit Pol Pot an der Spitze geführt wurde...“ E.P. läßt diese Frage völlig offen, meint dann aber doch:

„Ich finde es nicht verwunderlich, aber doch sehr falsch, daß jetzt viele fortschrittliche Menschen aufgrund der Zeitungsmeldungen die Sozialistische Republik Vietnam der Aggression bezichtigen, oder als die für sie wesentliche Frage die stellen, ob Streitkräfte Vietnams am Sturz der kambodschanischen Regierung beteiligt waren, ohne sich die Frage zu stellen, ob es ein gerechtes Ziel gewesen sein kann, die kambodschanische Regierung zu stürzen...“

Beim „Arbeiterbund“ gehen traditionell die Uhren anders. Trotzdem ist die Vermutung wohl nicht allzu gewagt, daß die jetzige Diskussion endlich auch zu einer grundsätzlichen Neubewertung der gesamten chinesischen Politik durch den „Arbeiterbund“ führen könnte.

Nochmals zur Kambodscha-Diskussion im KB

Wie im AK 146 bereits berichtet, haben die Berichterstattung im AK und die Stellungnahme des LG zu den Ereignissen in Kambodscha breiten Widerspruch im KB ausgelöst. Es soll darum nochmals auf einige Fragen eingegangen werden.

1. War es eine vietnamesische Invasion? Wenn es keine vietnamesische Invasion gab, stellt sich gar nicht erst die Frage, ob man eventuell eine solche verurteilen soll. Es gibt bisher keinen Beweis für eine solche Invasion, sodaß selbst die „Rote Fahne“ der „KPD“ nur mit indirekten Indizien-Hinweisen operiert.

Der üblichste Indizien-Beweis lautet: Die gerade erst im Dezember 1978 gegründete CNUFNS könne doch unmöglich innerhalb von nur einem Monat so stark geworden sein, um ohne fremde Hilfe das ganze Land zu befreien. Das ist zwar völlig richtig, nur hat das auch niemand be-

übrigen sich viele Fragen, die derzeit von einigen Genossen in den Vordergrund gestellt werden.

Das Recht Vietnams auch auf Intervention gegen das Pol-Pot-Regime ist von uns allein aus der aggressiven Außenpolitik des Regimes begründet worden. Zum besseren Verständnis dieser Frage ist folgendes hinzuzufügen: Es ging nicht „nur“ darum, daß kambodschanische Truppen immer wieder Massaker in den vietnamesischen Grenzgebieten durchführten, denen sicher Tausende zum Opfer fielen - was in kaum zweifelhafter Weise durch Filme etc. belegt ist -, sondern es ging um die im Hintergrund stehende chinesische Strategie zur Vernichtung Vietnams. Die chinesische Strategie beruhte auf dem Plan, Vietnam durch ein wesentlich von China aus geschaffenes „Flüchtlingsproblem“ außenpolitisch zu isolieren und



gleichzeitig an der Grenze zu Kambodscha in langwierige und nach außen hin undurchschaubare Auseinandersetzungen zu verwickeln, die schließlich den Vorwand für einen chinesischen Angriff auf Vietnam liefern sollten, mit dem Deng jetzt, nach dem Sturz seiner Marionetten in Pnom Penh, unverhohlen droht. Die chinesische Planung ging von der Annahme aus, Vietnam werde die ständigen Provokationen durch das Pol-Pot-Regime ertragen müssen, da es aus außenpolitischen Rücksichten gar keinen entscheidenden Schlag gegen Kambodscha führen könnte. Diese Rechnung ging nicht auf!

3. Wie war das Pol-Pot-Regime einzuschätzen? Das durchgängige Argument der Kritiker lautet, daß hierüber zu wenig bekannt sei, um eine Einschätzung als „Terror-Regime“ (LG-Erklärung) zu rechtfertigen, und daß eine solche Einschätzung auch aus der bisherigen AK-Berichterstattung nicht herzuleiten sei. Die Genoss(innen) weisen darauf hin, daß im AK nach der Befreiung Kampuchas 1975 zunächst alle westlichen Gerüchte über Massaker etc. in Kambodscha als Lügen abgelehnt wurden und daß im AK 138 von einem Genossen der Asien-Australien-Kommission nochmals zur Vorsicht gegenüber solchen Geschichten geraten wurde.

Diese Kritik ist sachlich richtig. Zwar gab es bereits kurz nach der damaligen Befreiung Kampuchas eine erste interne Kontroverse über die Einschätzung der neuen Regierung, nämlich anlässlich der Evakuierung Pnom Penhs und der anderen Städte. Es setzte sich aber damals im AK als Argumentationslinie durch, die bürgerlichen Erzählungen insgesamt als Lügen, Fälschungen etc. anzusehen und sich eindeutig für die neue Regierung auszusprechen. Dies umso mehr, da von der internationalen Bourgeoisie tatsächlich, erwiesenermaßen, mit Fälschungen, Geheimdienst-Produkten usw. gegen Kambodscha gearbeitet wurde. Das beweist aber an sich noch nicht, daß es nicht trotzdem auch real schon damals volksfeindliche Maßnahmen der neuen Regierung gab. Auch die imperialistischen Erzählungen über Idi Amin sind zu mindestens 50% Übertreibungen oder Erfindungen. Trotzdem bleibt für uns Amin ein volksfeindlicher Diktator.

Daß zu Beginn im AK sehr entschieden die neue Regierung Kampuchas gegen westliche Vorwürfe verteidigt wurde, muß im Rückblick als Fehler erscheinen. Aber wie hätte es anders sein können, da es für uns zu jener Zeit nicht die allergeringste Möglichkeit gab, sich ein halbwegs realistisches Bild von den Verhältnissen zu machen.

Es wäre beispielsweise etwas anderes, wenn Vietnam, wozu es freilich gar keine Anstalten macht, in Thailand einmarschieren würde, wo ja anerkanntermaßen ein extrem volksfeindliches Regime herrscht. Wir sind nicht davon ausgegangen, daß es das Recht relativ fortschrittlicher Staaten sei, reaktionärere Regierungen in ihren Nachbarländern auf kriegerischem Wege zu stürzen. Insofern er-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von S. 60

„Tauwetter“ und Krisen-Debatte in der „KPD“

sen in Kambodscha zu machen?

Eine Änderung trat erst ein, als das Pol-Pot-Regime die Feindseligkeiten gegen Vietnam begann und nunmehr auch aus vietnamesischen Quellen Berichte über die Politik des Pol-Pot-Regimes vorlagen – Berichte, die erster genommen werden mußten als die früheren Meldungen aus den imperialistischen Küchen. Allein die von Vietnam eindeutig dokumentierten Übergriffe und Massaker des Pol-Pot-Regimes gegen die vietnamesischen Grenzgebiete reichen aus, um von einem Terror-Regime zu sprechen. Daß dieser Konflikt nicht irgendwie „kompliziert“, „tragisch“ oder sonstwie undurchschaubar war, sondern daß er eindeutig von kambodschanischer Seite ausging, gibt sogar die „KPD“ zu, indem Horlemann in der „Roten Fahne“ 3/79 von umfangreichen Gebietsansprüchen des Pol-Pot-Regimes an Vietnam spricht.

In der Stellungnahme eines (!) Genossen der Asien-Australien-Kommission im AK 138 wurde die Kritik am Pol-Pot-Regime etwas relativiert und es wurde davor gewarnt, allen vietnamesischen Vorwürfen Glauben zu schenken. Viele Kritiker beziehen sich jetzt auf diese Stellungnahme im AK 138, wobei sie teilweise so tun, als sei das sozusagen „die Linie“ des AK bis zum Sturz des Pol-Pot-Regimes gewesen.

Man muß an dieser Stelle ein paar Worte zur Arbeitsweise der AK-Redaktion sagen, da dieser Punkt manchen Genoss(innen) unklar zu sein scheint: Ein Leserbrief oder eine individuelle Stellungnahme ist tatsächlich nur die Stellungnahme eines/ einer Einzelnen. Er kann unmöglich „die Linie“ des AK oder des KB authentisch wiedergeben. Die Aufgabe eines ausdrücklich so gekennzeichneten Leserbriefs oder einer individuellen Stellungnahme besteht gerade darin, eine Einzelmeinung zum Ausdruck zu bringen und damit auch zur Diskussion zu stellen. Ein typischer Irrtum ist allerdings folgender (Zitat aus der Stellungnahme der Hamburger Lehrer-Referendarschule des KB): „Da diesem Beitrag kein einziger Diskussionsbeitrag folgte, durfte man angesichts dieser ungenügenden wichtigen Materie annehmen, daß es dazu in der Organisation (und auch im LG) keine Widersprüche gäbe“. Dazu ist klar festzustellen: LG und AK-Redaktion sind voneinander getrennt. Dazu ist klar festzustellen: LG und AK-Redaktion sind voneinander getrennt. Dazu ist klar festzustellen: LG und AK-Redaktion sind voneinander getrennt.

Es ist hinzuzufügen, daß auch die Artikel der einzelnen Kommissionen in erster Linie eben die Meinung dieser Kommissionen und nicht unbedingt auch „die Linie“ des AK und des KB zum Ausdruck bringen. So ist beispielsweise die Stoßrichtung des Kambodscha-Artikels im AK 145 erkennbar nicht völlig identisch mit der der Stellungnahme des LG (AK 146). Zwar gibt es immer wieder Absprachen und Diskussionen über die Artikel, aber keine garantierte, sozusagen „bombensichere“ Vereinheitlichung in allen Punkten. Vor allem dort, wo profunde Sachkenntnis gefordert ist, haben naturgemäß die Kommissionen ziemlich freies Spiel. Wäre es anders, müßte der AK erheblich ärmer aussehen.

(Wir sind an diesem Punkt nur auf die Arbeitsweise des AK eingegangen; auf die Politik des Pol-Pot-Regimes wird an anderer Stelle dieses AK eingegangen.)

4. Die Politik der Großmächte. Die „KPD“ hat in der „Roten Fahne“ 4/79 ihren Lesern sehr schadenfroh mitgeteilt, daß es im KB Weigerungen gegeben hat, die Stellungnahme des LG zu verteidigen. Vielleicht sollte die „Rote Fahne“ ihren Lesern auch noch mitteilen, daß bei dieser Weigerung (Bielefeld, Münster) eine entscheidende Rolle der Vorwurf spielte, in der Erklärung des LG würde z. T. die chinesische „Theorie der drei Welten“ vertreten! Auf diese Frage werden wir im nächsten AK eingehen. Übrigens: Vorliegende Stellungnahmen aus der Organisation hierzu werden von uns im Rahmen der Diskussionsmaterialien zum 1. Kongreß des KB veröffentlicht werden.

„Tauwetter-Periode“ nannte man eine politische Phase nach dem Tode Stalins, in der Künstler, Journalisten etc. zur Entfaltung von Kritik am „System behördlicher Bevormundung“ ermuntert wurden, wo von mehr künstlerischer Freiheit die Rede war, wo allgemein Kritik an „Mißständen“ gefordert wurde. Die Periode reichte ungefähr vom Sommer 1953 bis Sommer 1954. Dann wurde es wieder frostiger.

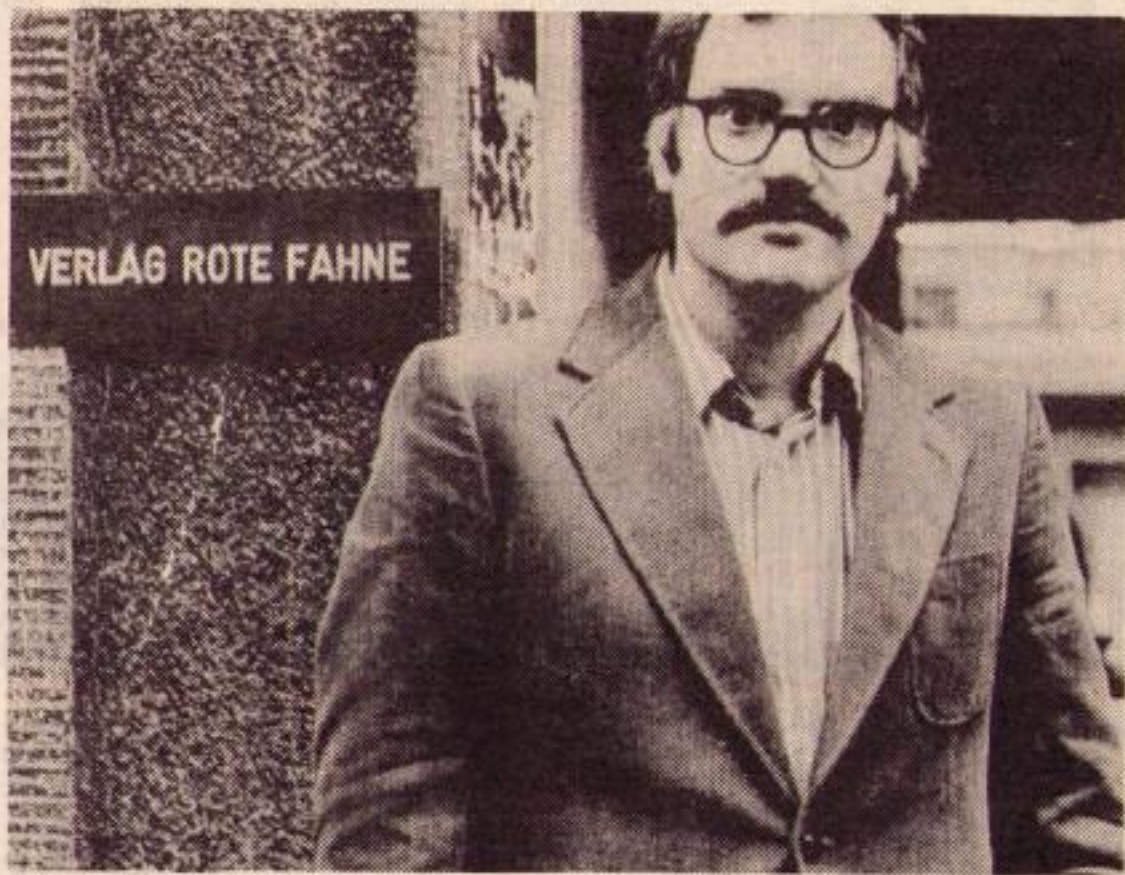
Als „Tauwetter-Periode“ kann man auch die Entwicklung in China seit dem Rechtsputsch vom Oktober 1976 bezeichnen: Alte Kunstwerke aus der Zeit vor der Kulturrevolution kommen wieder zu Ehren, es herrscht ein schon wieder naiver Glaube in die Freiheit von Forschung und Wissenschaft, die Zeitungen drucken kritische Leserbriefe, sensationelle Wandzeitungen erscheinen usw. Daß bei soviel pluralistischer Freiheit keine einzige linke kritische Stimme nach außen dringt, daß die Kampagne gegen die „Vierbande“ im Stile mittelalterlicher Hexenjagden geführt wurde usw., wird die Freunde der jeweiligen chinesischen Parteilinie nicht besonders stören.

Es ist also kein Wunder, daß seit Monaten auch in der „KPD“ ein, wenn auch zaghaftes, Tauwetter vorherrscht. Vor allem äußert sich das im Abdruck von Leserbriefen in der „Roten Fahne“, wobei auch kritische Stimmen, Stimmen von Nicht-Mitgliedern u. ä. vorkommen. Sogar Frauen aus der „KPD“ haben sich in dieser Leserbrief-Ecke schon einmal zu Wort melden dürfen. Zwar kann man nicht gerade von einem Brechen des Eises sprechen, aber wer genau hinhörte, vernahm doch schon ein Knistern.

Interessante Aspekte für den weiteren Gang der Dinge in der „KPD“ enthält eine Rede des „KPD“-Vorsitzenden Semler, die er am 15. oder 16. Januar in Westberlin gehalten hat, abgedruckt in der „Roten Fahne“ vom 25.1.79. Einige wesentliche Punkte:

+ Semler wirft der alten KPD vor, sie sei im Grunde seit ihrer Gründung 1918 nicht über ein „mechanisches Bild vom Ablauf der Revolution“ und über „sektiererische Haltungen“ hinaus gekommen. Als erstes Beispiel führt er die Weigerung der KPD an, sich 1919 an den Parlamentswahlen zu beteiligen und Arbeit in den Gewerkschaften zu leisten. „Auch im Verlauf der Linkskämpfe der 20er Jahre“ sei es der KPD nicht gelungen, sich von den „mechanischen Vorstellungen“ zu befreien. Zwar habe Ernst Thälmann 1932 „erkannt, daß die Arbeiterklasse an die Revolution herangeführt werden muß. Aber die Vorstellung eines gradlinigen Radikalisierungsprozesses, die Unfähigkeit, die reale Gefahr des Faschismus wirklich zu begreifen, machte der KPD eine wirksame Aktionseinheits- und Bündnispolitik unmöglich“. Was Semler hier als neueste Erkenntnis von sich gibt, war schon vor 10 Jahren genauso in x-beliebigen linkssozialdemokratischen oder revisionistischen Geschichtsabrisse zu lesen. Gar so dumm und oberflächlich kann man die gewiß fehlerhafte Politik der KPD vor 1933 denn doch nicht abtun!

Kommt die frühere kommunistische Organisation Lotta Continua (Italien), die sich nach ihrem Kongress von Rimini weitgehend aufgelöst hatte, wieder auf die Beine? Ein kleines Hoffnungszeichen ist aus Mailand zu melden. Dort besetzten im Januar Genossen der alten LC-Organisation mehrere Tage lang die Räume der örtlichen Redaktion der Tageszeitung „Lotta Continua“, um gegen die Einseitigkeit und Selbstherrlichkeit der zentralen Redaktion (Sitz in Rom) und gegen die Auflösung ihrer Organisation zu protestieren. Was sich nach Rimini ereignet hatte, war nämlich dies: Nachdem sich die alte LC-Führung an die Spitze organisationsfeindlicher und antikomunistischer Tendenzen gestellt hatte, fiel die LC-Organisation auseinander. Allerdings nicht völlig, da einige Ortsgruppen von LC aus eigener Initiative organisiert weiterarbeiteten. Von solchen Gruppen ging auch im wesentlichen die Initiative zu der Besetzungsaktion in Mailand aus. Irgendwelche zentralen Gremien von LC existieren seit Rimini nicht mehr. Die Redaktion der Tageszeitung „Lotta Continua“ hat sich von den



C. Semler

Wie Semler weiter ausführte, habe eigentlich erst der VII. Weltkongreß der Komintern 1935 Abhilfe geschaffen.

+ Semler übte in seiner Rede in einem bisher bei der „KPD“ wohl nicht üblichen Umfang Kritik am „Genossen Stalin“, etwa an „schweren Fehlentwicklungen“ bei der Kollektivierung der Landwirtschaft oder an der „Verfolgung einer großen Zahl von Unschuldigen ... zu Ende der 30er Jahre“.

+ Wichtigste noch ist Semlers Kritik am Verhältnis Partei – Massen zur Zeit Stalins: „Die Beziehungen zwischen Partei und Arbeiterklasse wurden vorrangig als Erziehungsaufgaben gegenüber der Klasse bestimmt; daß die Partei gegenüber der Klasse ins Unrecht geraten könne, war definitionsgemäß ausgeschlossen“. So sei letztes Endes die revisionistische Entwicklung begünstigt worden, nämlich: „Weil nicht jeder Kommunist zu einer aktiven ideologisch-politischen Haltung erzogen worden war, weil die Gefolgschaft zur Führung und bedingt war, weil die Disziplin nicht mehr das Ergebnis einer bewußten Einsicht war ...“. Man konnte genau diese Auffassung vom KB schon 1972 hören („Unser Weg“ Nr. 16/17), aber deshalb braucht sie ja nicht falsch zu sein. Über die Politik der Komintern sagte Semler: „Wenn wir deshalb heute von unserem Verhältnis zur kommunistischen Internationale sprechen, so müssen wir sowohl Kontinuität als auch Bruch walten lassen. Wir müssen uns vor allem an jene politische Linie anschließen, die von Lenin zu Mao Tsetung geht und die in Europa in den nationalen Befreiungskriegen gegen den Hitlerfaschismus kulminierte“.

Zwar redet Semler hier offensichtlich dummes Zeug, da es eine „Linie“ von Lenin zu Mao höchstens in Gedanken gibt und da der Widerstandskampf gegen Hitler konkret weder mit Lenin noch mit Mao etwas zu tun hatte, dafür aber ziemlich viel mit dem von Semler elegant aus der Szene katapultierten Stalin.

Was Semler aber meint, ist

klar: Man müsse sich aus den Texten, Beschlüssen etc. der Komintern eben das herausuchen, was sich von der „KPD“ heute im Sinne ihrer Vaterlandsverteidigung hinbiegen läßt. Lenin und Mao mögen ihm dafür verzeihen!

+ Recht ausführlich ging Semler in seiner Rede auf Auseinandersetzungen um die Notwendigkeit der kommunistischen Organisation ein. Sogar von einer „Krise der Marxisten“ sprach Semler in diesem Zusammenhang, ohne inhaltlich wirklich etwas zu dem Problem zu sagen, außer daß man sich theoretisch mehr mit bestimmten linksbürgerlichen, reformistischen, revisionistischen etc. Theoretikern auseinandersetzen müsse. + Auch von Problemen mit der „Gegenüberstellung der Privatsphäre und der Sphäre der politischen Aufgaben“ sprach Semler und daß diese Gegenüberstellung falsch sei. So etwas habe es in der „KPD“ „vor allem in der ersten Hälfte der 70er Jah-

re, aber auch zum Teil noch später“ gegeben. Inzwischen ist das Problem, wenn man Semler glauben darf, in der „KPD“ im wesentlichen geklärt.

Man tut gut daran, bei dieser zwar sprachlich hölzernen-blutarmen, aber inhaltlich streckenweise recht schön klingenden Rede Abstriche zu machen. Zwar kritisiert Semler an der DKP: „...An die Stelle bewußter Disziplin tritt die Anforderung an die Mitglieder, mystischen und überhistorischen Anforderungen zu folgen, wie z. B. der unlöslichen Verbindung mit der Sowjetunion. Einem DKP-Mitglied, das das zu kritisieren wagte, wurde sofort das Maul gestopft“. Wie wahr. Aber wie ergeht es einem „KPD“ler, dem die blinde Gefolgschaft der „KPD“ gegenüber jedem Schwenk der chinesischen Politik nicht mehr paßt? Soll es zu solchen Fragen zukünftig eine freie Aussprache auch in der „Roten Fahne“ geben? Wohl kaum, wie man vermuten muß. Zu befürchten ist im Gegenteil, daß die „KPD“ auch jeden weiteren Schritt in China – heute die Rückgabe ihres „Eigentums“ plus „Entschädigungen“ an chinesische Kapitalisten, morgen vielleicht die offizielle Wiedereinführung der Prostitution in China usw. usf. rechtfertigen oder zumindest stillschweigend schlucken wird.

Zum Abschluß seiner Rede gab Semler bekannt, die „KPD“ habe sich „entschlossen, eine Diskussion darüber zu führen, wie eine kommunistische Partei heute aussehen muß, die erfolgreich den Marxismus-Leninismus auf die konkreten Bedingungen der Revolution in Westdeutschland anwenden will. Wir wollen uns dabei nicht einigeln und uns hauptsächlich mit uns selbst beschäftigen, sondern diese Diskussion soll auch öffentlich geführt werden. Durch Debatte, Kritik und Selbstkritik, durch ideologischen Kampf und Umgestaltung wollen wir unter der gesamten fortschrittlichen Bewegung eine Offensive für die Notwendigkeit der kommunistischen Partei gerade unter unseren heutigen Bedingungen einleiten“. Das könnte interessant werden. Mal abwarten...

Artikelaustausch mit der „KPD“: Nochmals Verzögerung

Wie im AK 146 berichtet, hatte die „KPD“ nach langem Sträuben mit Schreiben vom 19.1. doch noch zugestimmt, mit uns ein Gespräch zur Konkretisierung und Realisierung des bereits am 6.10.78 vereinbarten Artikelaustausches zwischen „Roter Fahne“ und AK zu führen. Vorgesprochen wurden von der „KPD“ als mögliche Termine der 24.1. (in Köln, wo die „KPD“ ihre Zentrale hat) oder der 27.1. (in Hamburg). Wir teilten der „KPD“ mit, daß uns der 27.1. recht wäre. Am 25.1. meldete sich die „KPD“ erneut bei uns: Der Genosse, der mit uns das Gespräch machen sollte, sei erkrankt und lasse deshalb darum bitten, das Gespräch nicht in Hamburg, sondern in Köln zu führen. Wir stimmten zu. Als sich dann allerdings einer unserer Genossen in Köln meldete, um Uhrzeit und Ort des Gesprächs zu vereinbaren, traten neue Komplikationen auf: Da der Genosse zu krank sei, könne das Gespräch erst später stattfinden. Auch beharrliches Drängen auf einen raschen Termin konnte die „KPD“ nicht umstimmen. Nunmehr soll das Gespräch in den nächsten Tagen stattfinden.

Wir müssen es akzeptieren, wenn ein Genosse sich gesundheitlich nicht zu einem politischen Gespräch in der Lage sieht. Was uns aber nicht einleuchtet: Hätte denn statt des erkrankten Genossen wirklich niemand anders von der „KPD“ das Gespräch führen können? Wir sehen die Sache daher unter dem Stichwort „unnötige Verzögerungen“ und sehen uns dadurch in unserer Befürchtung bestätigt, daß die „KPD“ in dem bevorstehenden Gespräch versuchen könnte, noch mehr Zeit herauszuschinden und den Beginn des Artikelaustausches auf die Lange Bank zu schieben.

Revolte bei „Lotta Continua“?

Resten der alten LC-Organisation total abgenabelt und ganz in den Dienst der sogenannten „Bewegung“, d.h. des Spontaneismus und Individualismus, gestellt.

Dagegen richtete sich die Revolte von Mailand. Die LC-Redakteure, die ungeheuer überheblich zunächst von einem „Dutzend“ oder einer „Bande“ bezüglich der Besetzer sprachen und die über den „Sturm in unserem Kaffeetässchen“ spotteten, sahen schnell recht alt aus. Denn die Basis der Besetzer war so stark, daß am 27. Januar, vier Tage nach Beginn der Besetzung, eine Art Mitglieder- und Sympathisantenveranstaltung von LC für Mailand und Umgebung stattfand. Ungefähr 1000 Genoss(innen) waren gekommen, um zu diskutieren und Beschlüsse zu fassen. Die Mehrheit stimmte schließlich folgenden Forderungen zu:

1. Einräumung eines festen Platzes in „Lotta Continua“ für die begonnene Debatte und für die Stellungnahme aus der alten LC-Organisation. (Das sind so ziemlich die einzigen, für die bisher im pluralistischen Konzept

der „Lotta Continua“-Redaktion kein Platz war!). 2. Durchführung eines neuen (des Dritten) Nationalen Kongresses von LC nach vorheriger Diskussion im gesamten alten LC-Umfeld.

Die Herrschaften von der „Lotta Continua“-Redaktion scheint der ganze Vorfall unheimlich zu amüsieren. Angesichts von Arbeiter-Genossen, die auf der Versammlung am 27.1. in ganz einfachen und verständlichen Worten über ihre Erfahrung zur Notwendigkeit einer Organisation sprachen, druckt „Lotta Continua“ kackfremde Kommentare, wie etwa: „Ich fand die ganze Diskussion surrealistisch, wie zwischen Bewohnern eines anderen Planeten, die gar nicht die Probleme dieses Lebens in diesem Land erleben. Diese Besetzer können doch bloß das Wort „Organisation“ sprechen...“. Und die Mailänder Redaktion höhnt (LC, 30.1.): Einen Kongreß könnte doch bloß eine Organisation durchführen, und die gebe es doch gar nicht mehr. Hahaha! Da könnte ja jeder kommen und einen Kongreß machen wollen. Hihihi! – Ach, es ist ja auch wirklich

gar zu komisch ... Zum Hintergrund des Vorfalles, der hoffentlich nur ein Anfang war, ist folgendes zu ergänzen: Große Teile der italienischen „Neuen Linken“ haben sich in den letzten Jahren total auf die sogenannte „Bewegung“ konzentriert (kleinbürgerliche Randgruppen, zeitweise allenfalls noch ergänzt durch radikalisierte jugendliche Arbeitslose) und dies bereits mit der gesamten gesellschaftlichen Realität Italiens verwechselt. Sie haben aufgehört, sich überhaupt noch auf die Arbeiterbewegung zu beziehen – abgesehen von einer negativen Fixierung auf die PCI. Mit dem Zerfall der „Bewegung“ scheint mehr Platz für eine Rückbesinnung auf Erkenntnisse, die nicht einfach deshalb schon falsch zu sein brauchen, weil sie nicht neu sind. Indessen wäre es sicher falsch, die Mailänder LC-Revolte als Ausdruck einer einigermaßen einheitlichen Strömung zu verstehen. Sie bringt das anscheinend allgemeine Wiedererwachende Bedürfnis nach Organisiertheit zum Ausdruck, ist aber sehr heterogen hinsichtlich der vorgeschlagenen bzw. diskutierten politischen Linien.



Leserbrief

„1. Kongreß des KB für 1979 beschlossen“

Wir sind Genoss(inn)en des KB Hannover, die sich seit Beginn der Bebatte um den Kongreß treffen, um durch gemeinsam erarbeitete Positionen in die Diskussion (für Hannover, aber auch anderswo) einzugreifen. Unsere eigenen Erfahrungen mit dem politischen Leben in der Organisation (Probleme des Konsumentenverhaltens und der Demokratie in der Organisation, des Eingehens auf Kritik, der eigenen Qualifikation zu selbständiger Arbeit und des Umgangs mit Bündnispartnern) zeigen uns, wie nötig eine gründliche Überprüfung der Grundlagen und Umsetzung unserer Politik ist.

Überregionale Erfahrungen, wie sie immer wieder im AK dokumentiert sind, bestätigen das. Sinkender AK-Verkauf, Rausgehen von ca. einem Drittel der Mitglieder im letzten Jahr und viele andere Anzeichen zeigen, daß es um nichts weniger geht als um die Zukunft unserer Organisation.

In dieser Situation halten wir Selbstgefälligkeit, ein selbstzufriedenes Maßnehmen an Organisationsmaßnahmen wie DKP oder KBW, statt an den von uns als nötig erkannten Ansprüchen, für äußerst gefährlich. Genauso gefährlich ist die Reduktion der Krisendebatte auf das Problem böser Annahme von „außen“ oder einer „Kritik- oder Boykottfraktion“ im Inneren.

Auf dem Hintergrund dieser Überlegungen hat uns der AK-Artikel, dabei besonders der letzte Teil: „Ein neuer Abschnitt in der Entwicklung des KB“ erstaunt, aber auch sauer gemacht. Erstaunt, weil dieser Abschnitt, der doch den Stellenwert des Kongresses für uns darstellen sollte, so weit hinter das Niveau der bisherigen Diskussion zurückfällt. Sauer gemacht, weil hier nicht, wie vielleicht beabsichtigt, „Stärke“ demonstriert wird, sondern Pluspunkte, die wir durch die offene und selbstkritische Krisendiskussion gewonnen haben, in Frage gestellt werden.

Der Artikel hilft kaum, die gerade erst begonnene und noch viel zu wenig geführte Debatte weiterzubringen, indem Fragen und Probleme aufgezeigt werden, sondern eher entsteht ein unkritisches harmonisiertes Bild der Situation, das dazu ansetzt, sich mit dem erreichten Stand zufriedenzugeben.

Nun zu den Kritikpunkten im einzelnen. Der/die Verfasser/in stellt sich rhetorisch die Frage, warum der Kongreß nicht eher stattgefunden hat und antwortet sich selbst, daß das wegen der „dichten demokratischen Strukturen“ und der regelmäßigen Delegiertenkonferenzen überflüssig war. (Anm. d. Verf.: nicht „überflüssig war“, sondern „überflüssig schien“! – vgl. AK 145.) Wir sind uns darüber einig, daß das jährliche Stattfinden von Kongressen nichts über die Demokratie in einer Organisation aussagt – man denke nur an die Parteitage der verschiedenen Parteien. Es geht also gar nicht um die Verteidigung gegen solche hypothetischen Angriffe, sondern um eine Antwort auf die Frage, warum denn jetzt der Kongreß nötig ist, und warum die bestehenden Strukturen zur Bewältigung der Aufgaben nicht ausreichen. Und da ist schon ein selbstkritisches Wort zur tatsächlichen Praxis der Delegiertenkonferenzen (DK) angebracht. So positiv einerseits die Konzeption der DKs ist – zentrale Diskussion, die die am jeweiligen Problem Arbeitenden einbezieht, so sind doch nach unserer Erfahrung erhebliche Mängel eingerissen: es mangelt an einer Vor- und Nachbereitung in breiteren

Kreisen der Organisation; teilweise war vielen gar nicht mehr bekannt, wer da zu welchen Themen hinfuhr. In Hannover war i.A. gängige Praxis, daß die Leitung selbst fuhr oder gezielt einzelne „Spezialisten“ hinzuzog.

So etwas kann natürlich nicht allein Leitungsgremien vorgeworfen werden, sondern ist ein Produkt davon, daß viele entweder konsumiert haben, was an sie herangetragen wurde, oder Mut und Energie nicht aufbrachten, Widersprüche offenzulegen und eigene Vorstellungen offensiv zu vertreten.

Schließlich müssen wir auch darauf hinweisen, daß wir in Hannover anfänglich Schwierigkeiten hatten, die Leitung davon zu überzeugen, daß auch Nicht-Leitungsmitglieder zu der Vorbereitungskonferenz (von der der Artikel berichtete) als gewählte Delegierte hinfahren sollten.

Kurz: Eigenlob ist weder nötig noch angebracht, gerade wenn wir nicht formale, sondern inhaltliche Maßstäbe von Demokratie anlegen. Weiter wird im Artikel die Frage nach dem „Vertrauen“ in die Leitungsgremien und der Wahl von Leitungsmitgliedern gestellt – und auf

Weiter wird im Artikel die Frage nach dem „Vertrauen“ in die Leitungsgremien und der Wahl von Leitungsmitgliedern gestellt – und auf eine sehr oberflächliche, wenn nicht falsche Art beantwortet.

Es brauche angeblich „nicht ernsthaft bezweifelt zu werden, daß die Leitungsgremien das Vertrauen der Organisation hatten“, abgesehen von einem „sehr kleinen“ Teil der Organisation, der ein „prinzipielles Mißtrauen gegenüber Leitungsgremien“ hat. (Anm. des Verf.: Das steht überhaupt nicht so in dem Artikel. Bitte nachlesen!)

Es fragt sich natürlich nur, was hier unter Vertrauen verstanden wird. Vertrauen kann positiv doch nur bedeuten, daß man sich „traut“, Fragen, abweichende Meinungen, Kritiken vorzubringen, und daß man der Leitung ein konstruktives Eingehen darauf „zutraut“. Die Praxis dürfte oft eher darin bestanden haben, willig oder unwillig hinterherzutrotten oder sich aus der gemeinsamen Diskussion zurückzuziehen. Einige Absätze später bestätigt das der Artikel ja auch (indem er von nur äußerlicher Vereinheitlichung spricht), widerspricht sich allerdings damit selbst.

Aus dem Fehlen massenhafter Kritik an Leitungsorganen kann jedenfalls nicht auf „Vertrauen“ geschlossen werden.

„Vertrauen“ muß bestimmte Voraussetzungen haben, nämlich Erfahrungen, die es begründen, und Kontrollmöglichkeiten, die es bestätigen. Die Zwischenbilanz im AK 144 zeigt doch, daß ein Mehr an Transparenz von Diskussionen und Beschlüssen auch in Leitungsgremien nötig ist. Dazu gehört neben einer größeren Durchsichtigkeit (soweit das heute möglich ist) der persönlichen Zusammensetzung von Leitungen eine stärkere Offenlegung von Diskussionsprozessen auf Leitungsebene. So haben wir z.B. die Erfahrung gemacht, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen örtlicher Leitung und ZRK nicht deutlich gemacht (und damit für alle diskutierbar) wurden, sondern sich höchstens in nicht recht verständlichen Positionsänderungen der betreffenden Personen niederschlugen.

Bis vor kurzer Zeit gab es auch keine Informationen bzw. Beschlußprotokolle von Sitzungen der örtlichen Leitung.

Gerade weit ab von Hamburg wird LG und ZRK doch oft zur anonymen Instanz, in die man entweder alles mögliche hineingeheimnist oder von denen man alles mögliche erwartet, mit denen eine konkrete Auseinandersetzung aber erschwert ist.

In diesem Sinne ist die Wahl der Leitungsgremien durchaus eine Not-

wendigkeit für unsere Organisation (übrigens auch im Sinne leninscher Vorstellungen vom demokratischen Zentralismus, der doch sonst gern als formelhaftes Rezept zitiert wird), und nicht, wie es der Artikel darstellt, ein ZUGESTÄNDNIS an die Kritik von anderen Organisationen aus der ML- oder DKP-Ecke, von Sympathisanten oder von einer Minderheit Mißtrauischer. Dazu ist zuerst einmal zu sagen, daß es völlig unzulässig ist, die Kritik von Organisationen, die nur von der Scheiße in ihrem eigenen Laden ablenken wollen, in einen Topf zu schmeißen mit der Kritik von Sympathisanten.

Kritik letzterer beruht zum einen auf konkreten Erfahrungen mit dem KB, zum anderen auf einem durchaus gesunden Mißtrauen gegenüber Anpassung und Mitläufertum in allen Bereichen. Solche oberflächlichen Aussagen wie die des Artikels über die „reale Dichte der demokratischen Strukturen“ und die Unbezahlbarkeit des Vertrauens in die Leitungsgremien helfen da auch nicht weiter, wo Sympathisanten und Freunde des KB mit KBlern konfrontiert sind, die Widersprüche runterschlucken, ihnen selbst unklare Aufträge ausführen usw.

KB mit KBlern konfrontiert sind, die Widersprüche runterschlucken, ihnen selbst unklare Aufträge ausführen usw.

Daß hier im Artikel der Kongreß und die Wahlen schwerpunktmäßig als Reaktion auf Einflüsse von außen erscheinen, daß die Kennzeichnung der inneren Entwicklung unserer Organisation nicht da ist (bis auf eine Ausnahme, auf die wir noch zu sprechen kommen), kann nur dazu führen, ein harmonisiertes und damit unglaubwürdiges Bild der Situation in unserer Organisation zu geben.

Es sei dabei an folgende Feststellung Maos über das Verhältnis innerer und äußerer Faktoren erinnert: „Die Grundursache für die Entwicklung eines Dings liegt nicht außerhalb, sondern innerhalb desselben. Sie liegt in seiner inneren Widersprüchlichkeit, ... während der Zusammenhang und die Wechselwirkung eines Dings mit anderen Dingen sekundäre Ursachen darstellen... Sie (die materialistische Dialektik) betrachtet die äußeren Ursachen als Bedingungen der Veränderung und die inneren als deren Grundlage, wobei die äußeren Ursachen vermittels der inneren wirken“ (Über den Widerspruch).

Im Artikel ist nun als Anlaß, die „bisherigen Zustände“ zu ändern, „insbesondere auch“ das „prinzipielle Mißtrauen“ einer winzigen Minderheit, die die KB-Politik boykottiere, gegen Leitungsgremien genannt. Angenommen, das Problem existiere in dieser simplen Form tatsächlich, würde es wohl nur ein Grund unter fernem liefern zur Änderung der bisherigen Zustände sein. Ferner stellt sich die Frage, zu welcher winzigen Minderheit die Ausgetretenen und Weggebliebenen gehören – deren gibt es auch in Hannover eine ganze Zahl.

Wir können es uns allerdings nicht vorstellen, daß es wirklich so einfach ist: hier die guten Vertrauensvollen, dort die bösen, boykottierenden Mißtrauischen. Erstmal ist Mißtrauen im allgemeinen durchaus anzuerkennen – jedenfalls, solange es dazu führt, das kritisch zu reflektieren, was einem vorgesetzt wird – immerhin hat man so erstmal die Möglichkeit, Erfahrungen zu machen, die Vertrauen begründen können. Wenn es allerdings dazu führt, die Auseinandersetzungsbereitschaft mit der Organisation zu blockieren, ist das sicherlich ein schlechter Zustand, der allerdings mit Boykottvorfällen kaum zu lösen ist.

Wir mußten in Hannover selbst die Erfahrung machen, daß die Erstellung von Kritikpapieren zeitweise gar nicht in Gang kam – doch nicht, weil hier Boykottierer saßen oder weil es keine Widersprüche gäbe, sondern weil bestimmte Widersprüche auf Eis gelegt worden waren und sich nie-

mand mehr so richtig rantraute und bestimmte Diskussionen einfach festgerannt waren. Erst die Konstituierung unserer Gruppe, die gemeinsam ein Papier erstellte, brachte die Auseinandersetzung wieder in Gang.

Darum also: keine falschen Vereinfachungen und Verkürzungen in der Krisendiskussion. Die Änderung der bisherigen Zustände ist nicht die Sache weniger Kritiker oder geschieht, um sie zu beruhigen, sondern einer selbstkritischen Überprüfung der gesamten Organisation. Nicht Konsumhaltung oder Rückzug mit Vertrauen in die Leitung verwechseln; erst wenn wir alle selbständiger und kritischer geworden sind, kann Vertrauen einen positiven Sinn erhalten.

In der Hoffnung auf eine Antwort des/derjenigen, aus deren/dessen Feder der Artikel stammt, und mit solidarischen Grüßen: Die „Wellenlängengruppe“ (Zehn Mitglieder und fünf Ehemalige des KB Hannover)

Zur Beantwortung dieser Kritik

Den dargelegten Auffassungen der

Zur Beantwortung dieser Kritik

Den dargelegten Auffassungen der Hannoveraner Genossen möchte ich im wesentlichen nicht widersprechen. Nur scheint mir der Zusammenhang zum Kongreß-Artikel im AK 145 unklar.

Ich bin mir in den kritischen Punkten nicht bewußt, daß es geschrieben zu haben, was die Genossen jetzt in den Artikel hineinlesen. Zumal die These, es solle durch den Artikel „ein harmonisiertes... Bild in unserer Organisation“ gegeben werden, geht offenbar von einem Vorurteil in den Köpfen der Genossen aus, statt von den Tatsachen. Es ist doch nicht von LG und AK-Redaktion eine öffentliche Debatte über mehrere AKs hin und in bisher zwei UW-Heften initiiert worden, um ein „harmonisiertes Bild“ vom inneren Zustand des KB zu geben! Es ist doch nicht auf unserem Vor-Kongreß ausdrücklich – wiederum auf Initiative des LG und der AK-Redaktion – festgelegt worden, daß bei der Delegierung zum 1. KB-Kongreß Minderheitstendenzen proportional berücksichtigt werden sollen, daß Minderheitstendenzen (bei der Abstimmung über die Resolutionen u.ä.) öffentlich dokumentiert werden sollen... weil wir ein „harmonisiertes Bild“ geben wollen?! Ich gebe allerdings zu, daß man schon ziemlich schlechte Erfahrungen im KB gemacht haben muß, um auf eine derart unsinnige Unterstellung zu verfallen.

Ich habe im AK 145 nicht behauptet, daß der Ablauf der DK's – um ein Beispiel zu nennen – von unserem Anspruch des demokratischen Zentralismus her zufriedenstellend war. Ich habe lediglich auf das Vorhandensein solcher und anderer demokratischer Strukturen verwiesen. Daß es Mängel gibt, ist nach dem Ausmaß der bisherigen Kritik anzunehmen. Allerdings werden solche Mängel nicht automatisch durch die Einsetzung neuer Strukturen – in diesem Fall durch die ordentliche Durchführung von Kongressen – behoben. Insofern ergibt sich meiner Meinung nach die Funktion des Kongresses nicht einfach aus den Mängeln der bisherigen Strukturen, sondern aus der Gesamtsituation der Organisation und der Linken, wozu bisher schon soviel gesagt worden ist, daß es hier nicht noch einmal wiederholt zu werden braucht.

Ich habe mich im AK 145 auch nicht – wie man glatt vermuten muß, wenn man nur die Hannoveraner Kritik dazu liest – gegen ein Mißtrauen gegenüber den Leitungsorganen des

KB ausgesprochen. Mißtrauen, wie es die Genossen an einer Stelle interpretieren, im Sinne von Wachsamkeit und selbständigem Denken, ist nicht nur berechtigt, sondern auch notwendig. Von diesem Mißtrauen war im AK 145 aber gar nicht die Rede, sondern von prinzipiellen Mißtrauen gegenüber den leitenden Genossen. Auch dieses prinzipielle Mißtrauen habe ich im AK 145 nicht kritisiert, denn jede(r) im KB hat selbstverständlich das Recht, die Leitungsgremien insgesamt oder einzelne Genossen der Leitungen für unfähig zu halten. Gerade daraus ergibt sich die Notwendigkeit, alle Leitungsgremien wählbar und abwählbar zu machen. Dies (die formale Wählbarkeit) war bisher meiner Meinung nach tatsächlich kein Problem, solange Leitungswahlen ohnehin nur eine formale Bestätigung der leitenden Genossen gebracht hätten. Es wird aber schon zum Problem, wenn wir, wie jetzt, ein Potential von vielleicht fünf oder zehn Prozent haben, die die gegenwärtigen Leitungsgremien insgesamt, und nicht bloß einzelne Entscheidungen und/oder Arbeitsmethoden ablehnen. Und es wird zum Problem, wenn einzelne (bisher kleine) Teile der Organisation Entscheidungen und/oder Arbeitsmethoden ablehnen. Und es wird zum Problem, wenn einzelne (bisher kleine) Teile der Organisation eine Zusammenarbeit mit den Leitungsorganen faktisch sabotieren. Diese Haltung greife ich in der Tat an, und man wird sich, wenn solche Widersprüche nicht lösbar sind, so oder so voneinander trennen müssen.

Die Hannoveraner Genossen schreiben, im AK 145 würden „der Kongreß und die Wahlen schwerpunktmäßig als Reaktion auf Einflüsse von außen erscheinen...“. Das ist schlicht falsch. Es ist noch nicht einmal so, daß ich als Hauptargument das „prinzipielle Mißtrauen“ einiger Genossen genannt hatte. Sondern, ich zitierte das mal: „Schwerer (Anm.: als das Problem des „prinzipiellen Mißtrauens“) wirkt sich aus, daß wichtige Aspekte unserer Politik zwar äußerlich „vereinheitlicht“ waren... in der Praxis aber diese Politik nicht oder nur unwillig durchgeführt wurde“.

Den 1. KB-Kongreß, wie die Hannoveraner Kritiker unterstellen, in erster Linie als „Zugeständnis“ an die „KB-Opposition“, oder gar an Kritik von außen zu interpretieren, wäre in der Tat total absurd. Ich verstehe auch die Logik der Genossen nicht: Warum sollte das LG das „Zugeständnis“ einer öffentlichen Debatte und eines öffentlichen Kongresses an die „KB-Opposition“ machen, wenn es ihr nur darum geht, „ein harmonisiertes Bild in unserer Organisation“ zu geben?

K., AK-Redaktion

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND 25

1. KB-Kongreß für 1979 beschlossen

Berichte und Dokumente des Vorkongresses im Dezember 1979

(Teil 1)

39 Seiten, DM 3.-

Aus der „ML“-Szene

„Ein für alle deutschen Kommunisten und revolutionären Arbeiter bedeutsames Ereignis“ („Roter Morgen“, 5.1.79) hat Mitte Dezember stattgefunden: Der 4. Parteitag der „KPD/ML“ wurde „erfolgreich abgeschlossen“. Die Atmosphäre war enthusiastisch, kämpferisch und revolutionär. Der Parteitag war von einer außerordentlichen Geschlossenheit und Einheit geprägt; er eröffnete der „KPD/ML“ „neue, glänzende Perspektiven“ („Roter Morgen“, 5.1.79). Der 4. Parteitag bestätigte die Absetzung Mao Tse-tungs von allen Positionen im Programm und Statut der „KPD/ML“ sowie die vollständige Verdammlung der Mao Tse-tung-Ideen. Der 4. Parteitag bestätigte außerdem die Absicht der „KPD/ML“, das „linke“ Sekretariat vollständig zu überwinden und mit der bisherigen Unterschätzung des Kampfes um Reformen Schluß zu machen.

Die CSU-nahe Provokationsgruppe MLD („Marxisten-Leninisten Deutschland“) trat Mitte November 78 an KPD und KBW mit dem Vorschlag heran, eine gemeinsame Liste zu den Europa-Wahlen zu bilden. Vorbild dieser Liste sollte die berüchtigte „Lissabonner Konferenz“ sein. Auch Konservative und Christdemokraten sollten aufgenommen werden („Neue Welt“, 16.11.78).

Da KPD und KBW auf dieses heiße Angebot überhaupt nicht reagierten und auch sonst der Vorschlag keine öffentliche Resonanz fand, fackelte die MLD nicht lange, sondern gründete: Im MLD-Organ „Neue Welt“ vom 23.1.79 war zu lesen, daß im Dezember 78 ein Wahlbündnis namens „Vereint Europa gegen die sowjetische Bedrohung“ gegründet worden sei. Dies habe am 20.1.79 seine Kandidatenliste für die Europawahlen festgelegt. Spitzenkandidatin des Wahlbündnisses sei dessen Vorsitzende, Frau Dr. Gisela Klein, aus Offenbach. Pressesprecherin des Wahlbündnisses sei Renate Bausum aus Frankfurt. Frau Bausum ist zugleich Kontaktperson der MLD-nahen „Initiative für Unabhängigkeit und Demokratie“.

Die MLD hat, so muß man schlußfolgern, nicht einmal den Anspruch, ein echter Bemühungen um ein Wahlbündnis für nötig gehalten, sondern in aller Eile eine Wahlliste Marke Eigenbau zusammengestellt. Diese Wahlliste will nach eigenem Bekunden „ein Signal setzen für den breitestmöglichen Zusammenschluß aller, die es sich ohne Rücksicht auf Weltanschauung und Parteizugehörigkeit zur Aufgabe gemacht haben, die Kernfrage für die Zukunft Westeuropas, wie der Bedrohung durch die Sowjetunion zu begegnen ist, auf die Tagesordnung auch dieses Wahlkampfes zu setzen“.

Eine politische Logik liegt für die MLD in dem Aufstellen eines solchen schwachbrüstigen, keineswegs breiten „Wahlbündnisses“ ganz gewiß nicht. Warum will die MLD nicht den einzig konsequenten Schritt tun, für die Wahl einer CSU-Liste mit dem Patrioten und Antihegemonisten Otto von Habsburg aufzurufen?

Ziemlich unpräzise berichtet die MLD-Zeitung „Neue Welt“ vom 23.1.79, daß die Leitung des KABD „große Teile des Landesverbandes Bayern“ ausgeschlossen habe. Das habe, so spekuliert die „Neue Welt“, mit Sympathien der Ausgeschlossenen für die Herren in Peking zu tun. Aus demselben Grund habe es auch schon vor einiger Zeit Ausschüsse in Karlsruhe und Düsseldorf gegeben. Zu der Düsseldorfer Gruppe gehörte auch Gerd Flatow, Mitbegründer der KPD/ML, später führend aktiv im KABD und dessen Presseverantwortlicher für seine „Rote Fahne“ bis zum Herbst 78. Flatow ist seit Jahr und Tag im China-Geschäft aktiv. Sein Engagement für die jeweils vorherrschende Parteilinie in Peking ist also ökonomisch wohlbegründet. Nicht alle „ML“-er können so vernünftige Gründe für ihre unvernünftige Politik anführen!

In Dänemark wurde als Filiale der pro-albanischen Internationale Ende Dezember die DKP/ML gegründet. „Die dänische Arbeiterklasse verfügt nun wieder über eine wahrhaft marxistisch-leninistische Vorhutpartei“ („Roter Morgen“, 26.1.79). Die Gründung war selbstverständlich „erfolgreich“, die Linie der neuen Partei ist „prinzipienhaft“ (ebenda). Gründerväter der neuen Partei sind die Gruppen MLF und KS/ml.

Ob diese Partei aus der albanischen Retorte eine ernsthafte Konkurrenz für die stramm vaterländische pro-chinesische KAP werden kann, ist wahrhaftig zu bezweifeln.

Eine Neugründung ist auch aus der Schweiz zu melden. Dort haben die „Kommunistische Organisation Arbeiterpolitik“, der KB Basel und die „Organisation Communiste le Drapeau Rouge“ endlich ihren langwährenden Fusionsprozeß abgeschlossen. Der neue Verein nennt sich jetzt „Schweizerische Kommunistische Organisation“ (SKO). In der deutschsprachigen Schweiz wird die SKO eine Zeitschrift „Kämpfer“ herausgeben.

Die SKO vertritt die „Theorie der drei Welten“ und die Vaterlandsverteidigung. Unklar bleibt somit die Funktion der neuen Partei, da es in der Schweiz ohnehin schon zwei solche Organisationen gibt, die sich kaum unterscheiden:

- die KP der Schweiz (ML) ist die Bruderpartei der „KPD“. Sie tritt für Landesverteidigung und AKWs ein. Ihre Zeitung heißt „Oktober“.
- Die KPS gibt die „Rote Fahne“ heraus. Sie hat mit dem KB Basel zusammengearbeitet (der sich jetzt der SKO angeschlossen hat) und möchte nach eigenem Bekunden auch gern mit der „Oktober“-Gruppe zusammenarbeiten.

Eine dritte Organisation auf diesem Markt wird es schwer haben!

Die PCP/ML, die portugiesische Bruderpartei der „KPD“, bastelt seit einiger Zeit an der „Theorie der drei Welten“ herum. Sie möchte auch formal das Kriegsbeil gegen den US-Imperialismus begraben und diesen zum Verbündeten gegen den „Sozialimperialismus“ erklären. So hieß es in ihrer Zeitung „Unidade Popular“ vom 21.12.78: „...Und die USA, ein Land der Ersten Welt, sehen sich gleichfalls von der aggressiven Politik der neuen Hitler bedroht; daher müssen sie ihre Kräfte darauf richten, mit den Ländern der Zweiten und Dritten Welt zusammenzuarbeiten ...“ Und in der „Unidade Popular“ vom 11.1.79: „Die UdSSR ist immer klarer der Hauptfeind der Völker und Länder der Welt. Die USA können sich dieser Realität nicht entziehen und sehen sich zu einer engeren Zusammenarbeit mit der Zweiten Welt gezwungen, aus Opposition gegen den gemeinsamen Feind der Menschheit...“

Der KABD hat sich dazu durchgerungen, öffentlich die Verdamnung Mao Tse-tungs durch die albanische Führung zu kritisieren. Unter der Überschrift „Verteidigt die Maotsetungsideen!“ gibt der KABD in seiner „Roten Fahne“ vom 27.1.79 bekannt, daß er mit der albanischen Haltung zu Mao nicht einverstanden ist. Dieser Schritt ist allen Aussagen des KABD zu Mao Tse-tung nach nur logisch, dürfte den KABD aber doch einige Überwindung gekostet haben. Nun so ganz ohne die Mutterpartei-Fixierung und sicheren Halt? ...

Fällig ist eine ähnliche Äußerung auch beim „Arbeiterbund“ München. Den Genossen dort scheint der Sprung ins kalte Wasser aber noch schwerer zu fallen als dem KABD.

Und Stalin ist auch nicht mehr, was er mal war. Zwar wählt der KABD für diese ernüchternde Mitteilung in seiner „Roten Fahne“ vom 27.1.79 noch kühn die Überschrift „Von Stalin lernen!“ Im Artikel selbst kann man jedoch lesen: Stalin habe nicht den Unterschied zwischen Widersprüchen im Volk und Widersprüchen zum Feind gemacht. Stalin habe politische Oppositionelle als Agenten des Feindes behandeln lassen. Es sei zu „Gewaltmaßnahmen gegen viele Genossen“ gekommen. Und: „Gegen die Feinde des Volkes mobilisierte Stalin nicht genügend das Volk selbst, sondern er versuchte, der Volksfeinde durch Polizeimaßnahmen Herr zu werden“. Allerdings gilt für den KABD immer noch: „Wir lassen Stalin nicht einfach fallen wie eine heiße Kartoffel, denn Stalins Verdienste sind größer als seine Fehler...“

Noch eine erfreuliche Meldung: auch die Arbeiterklasse der USA „verfügt nach langer Zeit wieder über einen revolutionären Kampfstab“ („Roter Morgen“, 22.12.78). Die Geburt des neuen Kampfstabs geschah, wie üblich, kurz und schmerzlos, durch Umbenennung eines „Marxistisch-Leninistischen Organisationskomitees“ (MLOC) in CPUSA/ML. Das Ereignis ist „von großer Bedeutung für das amerikanische Proletariat“ (RM, 22.12.78). Wahrscheinlich ist allerdings, daß die Ausrufung dieser pro-albanischen Briefkasten-Firma noch nicht einmal der pro-chinesischen Konkurrenz (CPUSA/ML) besondere Aufmerksamkeit entlockt hat.

Kleiner Zuwachs für die belgische Bruderpartei der „KPD“, die PCMLB. Ihr hat sich im Januar die kleine Gruppe LC/ML angeschlossen. Gemeinsam will man nun die neue Wochenzeitung „La Voix Communiste“ herausgeben. Die gleichfalls stramm vaterländische belgische Organisation AMADA baut derzeit ihre internationalen Kontakte aus. Mit der französischen PCRML (die ihrerseits Fusionsverhandlungen mit der Bruderpartei der „KPD“, der PCMLF, führt) veröffentlichte AMADA im Januar ein gemeinsames Kommuniqué: „... Es wurde die Entschlossenheit bekräftigt, die Verbindungen zu Organisationen, die sich auf den Boden des Marxismus-Leninismus und der Mao-Tse-Tung-Ideen stellen, zu verstärken.“ Ja, es geht schon bunt zu in der Szene.

Dichtgemacht hat dafür Ende Januar der Frankfurter Buchladen „Libresso“. Er war pluralistisch im Sortiment, stand aber bekanntermaßen der Gruppe MLD sehr nahe. Leider, so teilt das „Libresso“ in einer Erklärung zu seiner Schließung mit, habe sich der spezielle vaterländische Kundenkreis „nicht als groß genug erwiesen, um das Libresso weiterhin wirtschaftlich tragen zu können.“ Man sei aber überzeugt, so versichern die Ex-Libresso-Leute, daß zukünftig die Marktbedingungen für einen vaterländischen Buchladen wieder besser werden.

Wer folgende Geschichte für einen Witz hält, der kennt den KBW noch nicht richtig. Also: Im Bericht der Regionalleitung Nord an die 2. Delegiertenkonferenz der Region Nord des KBW (September 1977) wurde

Leserbrief zu dem Artikel „Herr Matzen und seine Auftraggeber“

Eigentlich wollte ich nur eine kritische Ergänzung zu eurem Artikel über den VS-Dissidenten „Matzen“ schreiben, aber je mehr ich mich damit beschäftigte, umso mehr halte ich es für angebracht, daraus mehr zu machen.

Aber nun erst einmal zu „Matzen“! Da ich selbst einmal im KBW war und auch zur gleichen Zellengruppe wie „Herr Matzen“ gehörte, glaube ich, mir ein Urteil bilden zu können, ob „Herr Matzen“ eingeschleust wurde oder ob er „ausgeflippt“ ist. Ich tippe auf „ausgeflippt“. „Matzen“ ist noch relativ jung (21 Jahre), war also, als er den KBW verließ, 19 Jahre. Hierzu ist zu sagen, daß er zuvor kirchlich stark engagiert war und sich von daher mit seinem Anleiter (ein ehemaliger Pastor) auf dieser Ebene erstmal gut verständigen konnte.

Der innerorganisatorische Druck im KBW Bezirk Holstein führte dazu, daß Ende 77 ein großer Teil der Genossen, zumeist Leute mit 3 bis 4 Jahren Organisationserfahrung, aus dem KBW austraten. Was übrig blieb, waren ganz junge Genossen und ein Teil der „Roten-Zellen“-Riege in Kiel als Leitung.

Das war z.B. in Neumünster so, daß sich dort innerhalb kurzer Zeit 8 KBW-Genossen und ca. 10 Sympathisanten vom KBW absetzten und nur 2 übrig blieben, die etwas über ein halbes Jahr in der Organisation waren. Die Konsequenz der Leitung war nun nicht etwa, eine konstruktive Kritik an den „Strukturen“ der Organisation zu üben. Die verbliebenen Mitglieder und Sympathisanten wurden nur noch zu halsbrecherischen Aktionen aufgestachelt. Man denke hier nur an die Marathon-Tour nach Bonn am 8.10.77 zur Demonstration gegen das K-Gruppen-Verbot. Die Genossen fuhren ohne zu schlafen am Freitag um 18 Uhr (Neumünster) weg und waren bis Sonntag ununterbrochen mit PKWs unterwegs. Dasselbe in „grün“ war am Wochenende darauf (15.10.77): eine Demonstration mit ca. 200 Leuten in Brokdorf, wo es dann zu einer vermeidbaren Auseinandersetzung mit der Polizei kam (die Polizei hatte ca. 1500 Mann aufgeföhren). Den ganzen Winter hindurch folgten ähnliche Aktionen, hauptsächlich mit den Soldaten- und Reservisten-Komitees.

Das Ende vom Lied: massenhafte Anklagen wegen Hausfriedensbruch, Körperverletzung, Wehrkraftszersetzung etc. Dies führte dazu, daß man, wollte man als „kritischer“ Genosse die Organisation verlassen, noch eine ganze Reihe von Gerichtsverfahren am Hals hatte.

So auch „Herr Matzen“: er hatte eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch im Zusammenhang mit Widerstand gegen die Staatsgewalt. Da braucht der Verfassungsschutz doch nur einzuhaken! Oder?

Ich habe „Matzen“ Mitte 78 aus den Augen verloren, aber die in der bürgerlichen Presse geschilderten Details ließen mich ziemlich schnell auf ihn stoßen; dasselbe dürfte für den KBW gelten. Ich habe dann versucht, zu ihm Kontakt aufzunehmen, was mir natürlich nicht gelungen ist.

Aus dieser ganzen Geschichte kann man aber etwas lernen. Eine kommunistische Organisation hat nicht nur eine abstrakte Verantwortung gegenüber der „Arbeiterklasse“ oder den „unterdrückten Völkern“, sondern in erster Linie auch eine Verantwortung gegenüber ihren eigenen Mitgliedern.

Der KBW (vor allem) hat immer wieder den Kampf zweier Linien beschworen, was abstrakt gesehen positiv zu bewerten ist. Aber dieser Kampf wurde nie so geführt, daß man um Einsichten rang – es wurde lediglich „geknüpelt“, jede Kleinigkeit wurde zur Frage für oder gegen den KBW umgemünzt und somit tabuisiert.

Gerade unsichere Genossen wurden auf eine rüde Art und Weise gedrückt. Das ging über Anschreien, Bestrafen bis hin zu körperlichen Drohungen und teilweise auch regelrechten Prügeleien. Man könnte hier viele Beispiele bringen, aber das bringt glaube ich nichts.

Wichtig ist, wohin ein solches Verhalten, das nicht mehr zu verantworten ist, hinführt. Bei „Matzen“ führte es in die offenen Arme der Reaktion. Bei anderen führte es in die Isolation und politische Abstinenz. Bei mir selbst, nun, ich würde sagen, daß ich seit meinen KBW-Erfahrungen ziemlich zynisch geworden bin – ich messe nun alles und jedes an diesen Erfahrungen. Von daher halte ich es heute für wichtig, daß die Gefühlslage des einzelnen in einer Organisation ständig auf die Tagesordnung gehört, daß es wichtiger ist, ein Wohlfühlen des einzelnen in der Zelle zu erreichen, auch wenn dies auf Kosten der Arbeit geht. Langfristig wird sich eine Stabilität des einzelnen mehr auszahlen als ein, zwei mehr besuchte Veranstaltungen etc.

Dies gilt meiner Ansicht nach nicht nur für den KBW, sondern auch für alle anderen kommunistischen Organisationen. Was den KBW selbst angeht, halte ich ihn im Augenblick für so verrottet, daß man ihm nur zur Selbstauflösung raten kann.

Ein AK-Leser

„Ich alotz TV ...“

„Ich glotz TV ...“

der Bezirksleitung Holstein: „Zur Gewährleistung, daß alle Genossen die Nachrichten heute sehen können, werden Veranstaltungen auf 20.00 Uhr angesetzt. Dafür gewinnen wir auch die Bürgerinitiativen. In den Büros und Wohnungen, wo Zellenbesprechungen stattfinden, werden Fernseher angeschafft.“

Wer den KBW kennt, kann sich denken, daß diesem Fernseh-Erlaß irgendeine entsprechende Anweisung des ZK vorausgegangen ist. So kann man sich vorstellen, daß im gesamten Bundesgebiet Schlag 19.00 Uhr sämtliche KBW'ler vor der Glotze hockten.

Ob das jetzt immer noch so ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Wahrscheinlich ist diese Praxis inzwischen rationalisiert worden: Es gibt jetzt innerhalb des KBW zentralisierte Nachrichten-Dienste (regional organisiert), die täglich per Telex im gesamten KBW verbreitet werden und zu deren festem Bestandteil die 19.00 Uhr-Nachrichten des ZDF (in vollem Wortlaut) gehören. Auch das möge man nicht für einen Witz halten!

Diese Blüten kleinbürgerlicher Jugendsekterei haben allerdings einen ernsteren Hintergrund: Die Illusion einer Massenbewegung, die nur darauf wartet, vom KBW geführt zu werden. Für diese Führung, so meint man in den oberen Etagen der KBW-Zentrale, ist der modernste technische Apparat unerlässlich. So unterhält der KBW z.B. ein Fernschreiber-Netz, das hinsichtlich seiner Dichte und des Umfangs der übermittelten (weitgehend sinnlosen) Nachrichten selbst eine Partei wie die FDP weit in den Schatten stellen dürfte.

Wir sagten es schon, als der KBW ca. 1976 mit den Millionen-schweren Anschaffungen begann: Mit der Politik des KBW wird der supermodernen Maschinen-Park zu wertlosem Schrott!

1978 den neuen Namen gegeben, unter dem sie nun vom KBW eingesackt wurde. Groß ist das Personal der Gruppe gerade nicht mehr: 45 Mitglieder und Sympathisanten, von denen 43 „ihre völlige oder weitgehende Übereinstimmung mit Programm und politischer Linie des KBW“ erklärten. Davon scheinen 10 aber noch zu schwanken, denn nur 33 Leute erklärten, daß sie jetzt Kandidaten des KBW werden wollen („KVZ“, 29.1.79).

folgende Anweisung erteilt: „Es gibt zwei Formen der Nachricht, die von der Bourgeoisie und die aus der Organisation. Die von der Bourgeoisie können wir uns einheitlich um 19.00 Uhr im Fernsehen ansehen in Form der Sendung „heute“. Dies macht die Organisation aber vielerorts nicht. Es müssen aber alle sein, die sich diese Sendung anschauen, damit wir ein einheitliches Bild haben.“ Hierzu gibt es, mit Datum vom 12.9.77, noch eine Ausführungsbestimmung

